

UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR MÜNCHEN

Fakultät für Sozialwissenschaften

**THEORIE UND PRAXIS DER NUTZUNG MILITÄRISCHER
MACHT IM VERGLEICH DER SYSTEME
USA UND SOWJETUNION**

**EINE ANWENDUNG DER METHODOLOGIE VON CLAUSEWITZ
AUF DEN EINSATZ MILITÄRISCHER MACHT IN DER
EPOCHE DES OST-WEST-KONFLIKTS
1945 – 1991**

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

Frank Kostelnik, M. A.

Juli 2001

1. Berichtstatter: Prof. Dr. Dietmar Schössler
2. Berichtstatter: Prof. Dr. Jürgen Schwarz

In Dankbarkeit für meine Mutter

Mein ausdrücklicher Dank gilt der Konrad-Adenauer-Stiftung für die wertvolle Unterstützung meiner Dissertation.

„I must study politics and war, that my sons may have liberty to study mathematics and philosophy, geography, natural history and naval architecture, navigation, commerce, and agriculture, in order to give their children a right to study painting, poetry, music, architecture, statuary, tapestry, and porcelain.“

John Adams

2. Präsident der USA, 1735 – 1826

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung	10
2.	Zur Methodologie	26
2.1.	Charakterisierung der Theorie von Clausewitz	26
2.2.	Die konkreten Inhalte der Clausewitz'schen Analysen und ihre Übertragung auf die vorliegende Arbeit	32
3.	Der Analyserahmen: Die Struktur des Internationalen Systems in der Zeit des Kalten Krieges	39
3.1.	Die Struktur des Internationalen Systems	40
3.1.1.	Die Hauptakteure im Internationalen System	41
3.1.2.	Das strukturelle Hauptmerkmal der Interaktionen souveräner Staaten im Internationalen System: Das Sicherheitsdilemma	44
3.1.3.	Die Grundstruktur des Internationalen Systems	46
3.1.4.	Das legitime und das revolutionäre Internationale System	48
3.2.	Die USA und die UdSSR im Internationalen System	53
4.	Prinzipien und Strategien der Außenpolitik der USA und der UdSSR	58
4.1.	Die allgemeinen Prinzipien der US-Außenpolitik	60
4.2.	Abgeleitete Grundsätze der US-Außenpolitik	65
4.3.	Die vier Entwürfe der US-Außenpolitik nach 1945	68
4.3.1.	Die eine Welt (1. Entwurf)	68
4.3.2.	„Containment“ (2. Entwurf)	69
4.3.3.	Entspannung als Fortsetzung des „Containment“'s mit anderen Mitteln (3. Entwurf)	84
4.3.4.	Von der militärischen Stärke bei gleichzeitiger Rüstungskontrolle zur „One World“ (4. Entwurf)	89
4.3.5.	Zurück zur „One World“?	94
4.4.	Allgemeine Prinzipien der Außenpolitik der UdSSR	98
4.5.	Das ideologische Wesen der Außenpolitik	102
4.5.1.	Die allgemeine Relevanz der Ideologie	102
4.5.2.	Die Funktion der Ideologie in der Außenpolitik	105
4.5.3.	Bewertung des Faktors „Ideologie“ in der Außenpolitik	107
4.6.	Die „operating ideologies“: Die marxistisch-leninistische Theorie der Internationalen Beziehungen	109

4.6.1.	Charakterisierung der marxistisch-leninistischen Theorie der Internationalen Beziehungen	109
4.6.2.	Entstehung und Entwicklung	111
4.6.3.	Grundcharakteristika der Theorie der Internationalen Beziehungen im Marxismus-Leninismus	117
4.7.	Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen	120
4.7.1.	Der proletarische Internationalismus	120
4.7.2.	Der „Sozialistische Internationalismus“ und die „Internationalen Beziehungen neuen Typs“	121
4.7.3.	Die „Friedliche Koexistenz“	122
4.8.	Grundzüge der Außenpolitik der Sowjetunion nach 1945	127
4.8.1.	Allgemeine Zielsetzung	127
4.8.2.	Die Blockpolitik	132
4.8.3.	Die Westpolitik	136
4.8.4.	Die Dritte-Welt-Politik	144
4.9.	Die außenpolitische Entwicklung unter Gorbatschow	155
4.9.1.	Die Systemkrise der UdSSR	155
4.9.2.	Die Rolle des Afghanistan-Krieges bei der De-Legitimierung der Sowjetunion	159
4.9.3.	Gesellschaftliche und außenpolitische Reformversuche	161
4.9.3.1.	Die Theorie der außenpolitischen „Perestroika“	161
4.9.3.2.	Etappen der Perestroika in der Außen- und Sicherheitspolitik	163
4.9.3.3.	Kernpunkte der sicherheitspolitischen Perestroika	165
5.	Militärmacht im Kalten Krieg	170
5.1.	Systematik der Militärmacht	170
5.1.1.	Die Zweck-Ziel-Mittel-Relation des Einsatzes militärischer Macht	170
5.1.2.	Offensiver und defensiver Einsatz	171
5.1.3.	Politische Zielsetzungen	172
5.1.4.	Militärische Zielsetzungen	174
5.1.5.	Intensität des Militärmachteinsatzes	176
5.2.	Die Anwendung militärischer Macht	178
5.2.1.	Der unmittelbare Einsatz militärischer Macht	178
5.2.2.	Der indirekte Einsatz militärischer Macht	180
5.2.2.1.	Abschreckung	181
5.2.2.2.	Militärische Diplomatie	184
5.2.2.3.	Verschiebung der Korrelation der Kräfte	186

5.3.	Der Nutzen der Militärmacht im Internationales System	189
5.4.	Militärdoktrinen und Militärstrategien der Supermächte	196
5.4.1.	Die Militärstrategie der USA	196
5.4.1.1.	Die US-Militärstrategie bis zum Aufbau der militärischen Strukturen der NATO	196
5.4.1.2.	Die Militärstrategie der USA: Vom Aufbau militärischer Strukturen der NATO bis zur Flexiblen Reaktion 1951 – 1961	227
5.4.1.3.	Die Anfänge der „Flexible Response“ unter Kennedy und Johnson 1961 – 1969	258
5.4.1.4.	Die Anpassung der Strategie an die geschwundenen Kräfte. Von Nixon bis Carter 1969 – 1979	262
5.4.1.5.	US-Militärstrategie im Zeichen der globalen Herausforderung 1980 – 1990	264
5.4.1.6.	US-Militärstrategie „beyond containment“: Bush-Ära 1990/91	266
5.5.	Sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie	268
5.5.1.	Die Kriegstheorie des Marxismus-Leninismus	272
5.5.2.	Exkurs: Die sowjetische Militärwissenschaft	278
5.5.3.	Die sowjetische Militärstrategie	281
5.5.3.1.	Die defensive Phase 1946 – 1949	281
5.5.3.2.	Von Stalin zu Chruschtschow 1949 – 1960	282
5.5.3.3.	Militärstrategie in der Zeit der „Militärisch-Technischen Revolution“ 1960 – 1966	284
5.5.3.4.	Die nukleare Zielplanung der Sowjetunion	285
5.5.3.5.	Die dritte Nachkriegsperiode 1966 – 1987	288
5.5.3.6.	Die Operation strategischer Reichweite im TVD West	291
5.5.3.7.	Militärstrategie im Zeichen der „Perestroika“	293
6.	Die operative Anwendung von Militärmacht im Kalten Krieg	296
6.1.	Die „Rules of the Game“	296
6.2.	Überblick: Die operativen Anwendungen von Militärmacht im Kalten Krieg	304
6.2.1.	Die operative Anwendung der „power to seize“ im Kalten Krieg	305
6.2.1.1.	USA	305
6.2.1.2.	UdSSR	331
6.2.2.	Analyse der „power to seize“ im Kalten Krieg	355
6.2.2.1.	Politischer Zweck	356
6.2.2.2.	Modus	360

6.2.2.3.	Intensität	363
6.2.3.	Analyse der „power to hurt“ im Kalten Krieg	371
6.2.3.1.	USA	371
6.2.3.2.	UdSSR	383
6.2.3.3.	Analyse der „power to pacify“ im Kalten Krieg	404
6.2.3.4.	USA	404
6.2.3.5.	UdSSR	407
7.	Ausblick und Synopse	408
7.1.	Das Internationale System der postkonfrontativen Periode	408
7.2.	Militärmachteininsatz in der postkonfrontativen Periode	410
7.2.1.	Die postkonfrontative Periode – Multifunktionalität von Militärmacht	410
7.3.	Präventive Diplomatie („preventive diplomacy“)	413
7.3.1.	Peacemaking	413
7.3.2.	Peacekeeping	414
7.3.3.	Military Operations Other Than War (MOOTW)	416
7.3.4.	Ein neues Leitbild des Soldaten?	419
7.4.	Kategorisierung	422
7.5.	Die Stellung der Militärmacht im Internationalen System	424
7.6.	Die „Constabulary Force“ als Militärmachtanwendung in der neuen historischen Etappe der Internationalen Beziehungen	428
	Zusammenfassung	439
	Literaturverzeichnis	442

1. Einleitung

Die „ethnischen Säuberungen“ der Serben im Kosovo und die am 24.3.1999 begonnenen NATO-Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien haben ein weiteres Mal verdeutlicht, daß nach dem Ende des Kalten Krieges nicht etwa eine Periode der Stabilität und des Friedens angebrochen, sondern eher die Normalität im internationalen System eingekehrt ist, das durch die Vernichtungspotentiale der beiden Bündnissysteme in der Zeit des Kalten Krieges zu einem „ultra-stabilen“ System in Europa transformiert worden war¹. Das Mittel des Einsatzes militärischer Macht, von dem preußischen Kriegsphilosophen Carl von Clausewitz als die Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel charakterisiert², findet in den nationalen, ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen sowie den Gegenreaktionen der westlichen Staatengemeinschaft in der „postkonfrontativen Periode“ nun auch auf europäischem Boden wieder Anwendung.

Hierbei zeigt sich einerseits erneut die alte Frontstellung Rußlands gegen die USA und die NATO³; andererseits werden Muster des Einsatzes militärischer Macht für die Öffentlichkeit wieder deutlich, wie sie nur in der Dritten Welt oder in der Phase zwischen den Weltkriegen von der europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Hierzu zählen unter anderem die (humanitären) – Interventionen oder das „Air Policing“⁴ gegenüber Diktatoren wie Gaddafi (Operation „El Dorado Canyon“ 1986), Karacic (Operation „Deliberate Force“ 1995), Saddam Hussein (Operation „Desert Fox“ 1998) und Milosevic (Operation „Allied Force“ 1999).

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat ein beschleunigter Wandel des Internationalen Systems eingesetzt. Dieser beschleunigte Wandel hält auch weiterhin an, wie die Wirt-

¹ vgl. Josef Joffe: *The limited Partnership*, Cambridge 1987, S.177

² vgl. Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*, 19. Aufl., Bonn 1991, S. 990

³ dies zeigt sich insbesondere an der Ausweisung des Vertreters des NATO-Informationszentrums (vgl.: Die Ukraine möchte vermitteln, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27.3.1999); an der Entsendung eines Aufklärungsschiffes in die Adria (vgl.: Die NATO eröffnet die Phase 3 ihrer Luftangriffe. Kein Eingehen auf „verbale Bekundungen“ Milosevics, in: *FAZ*, 1.4.1999) sowie dem Aufruf der Nationalisten und Kommunisten, Freiwillige für den gemeinsamen Kampf für die „slawisch-orthodoxe Sache“ nach Serbien zu entsenden (vgl. Matthias Rüb: *Den Dritten Weltkrieg herbeireden*, in: *FAZ*, 29.3.1999)

⁴ hierbei soll der Begriff in seiner ursprünglichen Bedeutung gebraucht werden, wie ihn die Royal Air Force und Hugh Trenchard zu Beginn der 20er Jahre für die Überwachung der Kolonien und Mandate Großbritanniens verwendet haben; vgl. John D.R. Rawlings (Consultant): *The History of the Royal Air Force*, London 1984, S. 33ff.

schaftskrise in Südostasien und die Konflikte im Nahen Osten und auf dem Balkan deutlich werden lassen.

Ein weiterer deutlicher Indikator für diesen schnellen Wandel ist auch die Tatsache, daß sich die NATO veranlaßt sah, ihr erstes strategisches Konzept nach dem Ende des Kalten Krieges vom November 1991 – also einer Zeit, als die politischen Eliten der NATO-Länder glaubten, die sogenannte „Friedensdividende“ einstreichen zu können – revidieren zu müssen, da es zunehmend überholt war und den tatsächlichen Gegebenheiten und Einsätzen nicht mehr entsprach.⁵

In dem auf dem Gipfeltreffen in Washington vom 24.4.1999 verabschiedeten neuen Strategischen Konzept hat die NATO eine Reihe neuer Aufgaben definiert, denen sie sich in der Realität seit längerer Zeit schon erfolgreich gewidmet hat.⁶ Seit 1994 erfüllt sie – zusätzlich zu ihren Kernfunktionen⁷ – die Aufgaben eines Auftragnehmers der für kollektive Sicherheit verantwortlichen UNO auf militärischem Gebiet.⁸ Die Ereignisse hatten sich aber so schnell weiterentwickelt, daß sich die NATO und die westliche Staatengemeinschaft genötigt sahen, aus humanitären Gründen – auch ohne ausdrückliches Mandat des Weltsicherheitsrats – militärisch zu intervenieren; als Bestätigung ihres von der UNO zunehmend selbständiger werdenden Kurses wurden die Äußerungen des erstmals zu einem Besuch des NATO-Hauptquartiers weilenden UNO-Generalsekretärs Kofi Annan angesehen, daß in bestimmten Situationen der Friede nur mit militärischen Mitteln erhalten werden könne. Die Frage eines Mandates des Weltsicherheitsrates für einen möglichen NATO-Einsatz im Kosovo wurde vom UNO-Generalsekretär hierbei nicht einmal angesprochen. Vielmehr unterstützte er die Beschlüsse der Balkan-Kontaktgruppe ausdrücklich.⁹ Ob sich hierin ein erneuter Wandel des Völkerrechts abzeichnet, müßte Gegenstand neuer völkerrechtlicher Untersuchungen sein – ähnlich der

⁵ vgl. Karl-Heinz Kamp: Das neue Strategische Konzept der NATO, Aus: Politik und Zeitgeschichte, B 11/99, 12.3.1999, S. 19

⁶ vgl. Kamp: a.a.O., S. 25

⁷ Das Strategische Konzept vom November 1991 nennt hier 4 Kernfunktionen der NATO:

1. „To provide one of the indispensable foundations for a stable security environment in Europe...“
2. „To serve ... as a transatlantic forum for Allied consultations on any issues that affect their vital interests...“
3. „To deter and defend against any threat of aggression against the territory of any NATO memberstate.“
4. „To preserve the strategic balance in Europe.“

The Alliance's New Strategic Concept: <http://www.nato.int/docu/comm/c911107a.htm>, S.4

⁸ vgl. Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert Nordatlantische Allianz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/99, 12.3.1999, S. 4

größeren Bereitschaft des Weltsicherheitsrates, die humanitäre Notlage der Bevölkerung eines Staates nach Kapitel VII der UNO-Charta als eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu interpretieren und damit diese als Legitimation für humanitäre Interventionen heranzuziehen.¹⁰

Aber auch wenn im Oktober 1998 der NATO-Rat die „Activation Order“, auf deren Grundlage die Militärschläge vom 24.3.1999 gegen das serbische Milosevic-Regime erfolgten, ohne ein Mandat des Weltsicherheitsrats beschlossen hat,¹¹ so ist dennoch nicht zu erwarten, daß die NATO nun die Rolle eines ubiquitär intervenierenden „Welt-polizisten“ einnehmen wird, da jegliche gemeinsame Aktion vom gemeinsamen Willen der 19 demokratischen Regierungen abhängig ist und politisches Abenteuerertum damit strukturell unmöglich gemacht wird.¹²

Die Rolle der Militärmacht – sowohl im Kalten Krieg als auch in der "Periode der neuen Unübersichtlichkeit"– war bisher selten Gegenstand einer systematischen Untersuchung¹³, die sowohl eine systematische Kategorisierung als auch eine historisch-politische Einordnung des Einsatzes militärischer Macht leistete.

Allgemein festgestellt bedeutet nach Max Weber Macht: „... jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“¹⁴

Auf militärischem Gebiet, also in der Sphäre der internationalen Beziehungen, war für Clausewitz die Anwendung militärischer Gewalt (zusammengefaßt unter dem Begriff „Krieg“) ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung des eigenen politischen Willens zu zwingen.¹⁵

Diese Erzwingung des eigenen Willens ist oftmals mit erheblichen menschlichen Verlusten, materiellen Kosten und politischen Risiken verbunden, weswegen sich die sou-

⁹ vgl. Karl Feldmeyer: Fieberhafte Vorbereitungen in Brüssel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1999

¹⁰ vgl. Christopher Greenwood: Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention? in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Einmischung erwünscht?, Frankfurt a. M. 1998, S. 34

¹¹ vgl. Kamp: a.a.O., S. 22

¹² vgl. Kamp: a.a.O., S. 25

¹³ einen Ansatz hierzu bietet das Standardwerk von Robert J. Art/ Kenneth N. Waltz (Hrsg.): The Use of Force, 4. Aufl., Lanham, New York, London 1993. Allerdings geschieht hier eine Systematisierung nur auf 9 Seiten, und ohne daß im weiteren bei den Einzelbeiträgen darauf Bezug genommen wird.

¹⁴ Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Studienausgabe, Tübingen 1980, S. 28

¹⁵ vgl. Carl von Clausewitz: Vom Kriege, 19. Aufl., Bonn 1991, S.191ff.

veräben politischen Einheiten (meist Staaten) einer Fülle gewaltfreier Mittel der Einflußnahme bedienen, ehe sie auf die Anwendung militärischer Macht zurückgreifen.

Im internationalen Verkehr der Staaten, internationalen Organisationen und „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NGO) ist die Anwendung militärischer Macht zur Beeinflussung anderer sozialer Einheiten und Gruppen daher trotz der empirischen Häufigkeit – insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg – eher die Ausnahme als die Regel, da diesen sozialen Großverbänden eine Fülle anderer Machtmittel zur Verfügung steht und spätestens seit dem 1. Weltkrieg der Einsatz militärischer Macht im internationalen Verkehr der Ächtung unterliegt.¹⁶

Schon der Erste Weltkrieg wurde, besonders von den USA, als der letzte Krieg betrachtet – „a war to end wars“ –, der die Welt für die Demokratie sicher machen sollte.¹⁷

Seitdem kehren die Thesen vom anachronistischen Charakter der Militärmacht in periodischen Abständen wieder. Hatten sich die Hoffnungen von 1917 und 1928 spätestens 1939 als Illusionen erwiesen, so glaubten nach der Erfindung der Atomwaffen auch führende Strategieexperten, daß Militärmacht nur noch indirekt zur Abschreckung eingesetzt würde.¹⁸ Das Paradoxon des Kalten Krieges, in dem sich zwei antagonistische Weltsysteme hochgerüstet gegenüberstanden und sich durch ein gewaltiges Arsenal von Atomwaffen gegenseitig vor einem Angriff abschreckten, war genau dieser Gesichtspunkt, daß durch einen gewaltigen Aufbau von Militärmacht ihr Nicht-Einsatz erzwungen wurde. Insofern spielte der Faktor „Militärmacht“ eine entscheidende Rolle in den internationalen Beziehungen der Jahre 1945 – 1991. Dennoch wurde in dieser Zeit oft die These vom stark abnehmenden Nutzen militärischer Macht vertreten. Allgemein wurde argumentiert, daß die „Produktivität von Militärmacht“ – d. h. der Nutzen der Militärmacht bei der Umsetzung politischer Ziele im Verhältnis zu dem Aufwand und

¹⁶ hier ist insbesondere der Kellogg-Pakt vom 27.8.1928 zu nennen, bei dem die 15 Unterzeichnerstaaten erklärten, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten. vgl. Wolfram Wette: Von Kellogg bis Hitler (1928- 1933). Die öffentliche Meinung zwischen Kriegsächtung und Kriegsverherrlichung, in: Reiner Steinweg (Redaktion): Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus, Stuttgart 1980, S. 233

¹⁷ vgl. die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vor dem Kongreß vom 2.4.1917, zitiert nach: Gottfried Niedhart (Hrsg.): Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1978, S. 142

¹⁸ so schrieb zum Beispiel Bernhard Brodie: „Deterrence now means something as a strategic policy only when we are fairly confident that the retaliatory instrument upon which it relies will not be called upon to function at all.“ Zitiert nach: Rusell F. Weigley: The American Way of War, paperback edition, Bloomington 1977, S. 367

den Folgekosten ihres Einsatzes wegen der enorm gestiegenen Kosten eines nuklearen Holocausts stark zurückgegangen sei.¹⁹ Dem Führen eines Krieges unter der nuklearen Drohung wurde jegliche Rationalität abgesprochen.²⁰ Einziger Zweck der Militärmacht könne nur noch die gegenseitige Abschreckung vor einem Angriff sein. Auch in der Hoch-Zeit des Kalten Krieges wurde die – nicht ganz neue – These aufgestellt, daß die Hauptziele der Nationen wirtschaftlicher Natur seien und daß ein Einsatz militärischer Gewalt zu deren Erreichung nichts beitragen könne. Zudem sei, so L. Martin, – indem er diese These referiert²¹ – der Einsatz von Militärmacht teuer und als persönliche Betätigung dem Menschen im Industriezeitalter zunehmend widerwärtig. Ebenso hätten das Aufkommen der Massenmedien neue Hindernisse für die Anwendung von Militärmacht entstehen lassen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion haben solche Thesen weiteren Auftrieb erhalten. In der neuen Weltordnung seien Investitionen, Produktion und Handel der kürzeste Weg, um sowohl zu wirtschaftlichem Wohlstand als auch zu Prestige und Selbstachtung zu gelangen. So konstatierte der – ansonsten gegenüber dem Vorwurf des Pazifismus unverdächtige – amerikanische Strategieexperte Edward N. Luttwak die Ablösung des von der Geostrategie geleiteten Handlungsmusters der Nationen durch ein von der Geoökonomie geleitetes Verhalten.²² Zwar kämen in den Seitenarmen des weltpolitischen Flusses noch territoriale Konflikte zum Ausdruck, aber in den zentralen Gebieten der Weltpolitik, in denen Amerikaner, Europäer und Japaner sowohl miteinander kooperierten als auch miteinander wetteiferten, habe das Investivkapital längst die „Feuerkraft“ als Maßstab für Macht und Einfluß abgelöst.²³ Kanonen und Diplomaten zählten heute weit weniger als Kapital und High-Tech-Arbeitsplätze.

Die These vom abnehmenden Nutzen der militärischen Macht steht im starken Kontrast zu den seit dem Ende des Kalten Krieges zunehmenden ethnischen und religiösen Konflikten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1984 wurden in der Welt 824 Kon-

¹⁹ vgl. Laurence Martin: Der Nutzen militärischer Macht, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. neu bearbeitete Aufl. Bad Honnef-Erpel, 1978, S. 66

²⁰ vgl. Andreas v. Bülow: Das Bülow-Papier: Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa – Wege zur Sicherheitspartnerschaft, Frankfurt a. M., Oktober 1985, S. 14 f

²¹ vgl. L. Martin: a.a.O., S. 66

²² vgl. Edward N. Luttwak: The endangered American Dream, New York 1993, S. 34

²³ vgl. Luttwak. a.a.O., S. 35

flikte militärisch ausgetragen.²⁴ Der überwiegende Teil dieser Konflikte (789) spielte sich zwar in der Dritten Welt ab²⁵, aber die schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien erinnern die Weltöffentlichkeit daran, daß Konflikte, die längst für gelöst gehalten wurden, auch in Europa mit fundamentaler Macht und Grausamkeit ausbrechen können. Leider haben sich bis heute nicht alle Machthaber dieser Erde durch die Lektüre derjenigen Bücher und Artikel, in denen die These vom abnehmenden Nutzen der Militärmacht verbreitet wird, von der Richtigkeit dieser These überzeugen lassen. So ist auch gerade nach dem zweiten Golfkrieg eine verstärkte Aufrüstung im nahöstlichen und südostasiatischen Raum festzustellen.

Nach Samuel P. Huntington ist diese Erweiterung des militärischen Potentials auch die Folge der weltweiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. In dem Maße, wie Schwellenländer wirtschaftlich erfolgreich werden, streben diese, so zum Beispiel China und die Tigerstaaten, auch auf militärischem Gebiet nach stärkerem Einfluß.²⁶ Obwohl die Wachstumsraten der südostasiatischen Volkswirtschaften seit Anfang 1996 stark rückläufig sind, ist diese Region der Welt noch immer die dynamischste, was den Import von Waffen aus den Großmächten anbelangt. Auch streben viele Staaten der Dritten Welt, insbesondere beherrschende Regionalmächte, nach Massenvernichtungswaffen sowie weitreichenden Trägersystemen, gerade um die konventionelle Überlegenheit der westlichen Militärtechnologie auszugleichen.²⁷ Die Aktualität seiner These wurde durch die Nukleartests von Indien und Pakistan im Mai 1998 verdeutlicht. Huntington zitierte in seinem Werk „Kampf der Kulturen“ einen hohen indische Offizier, der dieses Streben folgendermaßen auf den Punkt brachte: „Führe nicht Krieg mit den USA, wenn du keine Kernwaffen hast.“²⁸

War es früher der Irak gewesen, der für seine Expansionsgelüste Massenvernichtungswaffen benötigte, sind es heute Länder wie Nordkorea, Pakistan, Libyen, Iran und Syrien, die sich meist mit Hilfe der Volksrepublik China ein solches Potential aneignen wollen. Huntington bemerkt dazu: „Auf dem Gebiet der Waffenverbreitung ist die konfuzianisch-islamische Verbindung gestützt und gefestigt, wobei China die zentrale Rolle

²⁴ Nach einer Studie der Militärakademie „Friedrich Engels“ der ehemaligen NVA fanden zwischen 1945 und 1984 824 bewaffnete Konflikte statt: vgl. Frieden, Krieg, Streitkräfte (hrsg. v. Militärakademie „Friedrich Engels“), Dresden 1989, S. 330 f.

²⁵ vgl. ebenda

²⁶ vgl. Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen, München, Wien 1996, S. 296

²⁷ vgl. Huntington: a.a.O., S. 297

²⁸ vgl. ebenda

im Transfer von konventionellen wie nichtkonventionellen Waffen an viele muslimische Staaten spielt.²⁹ Daher ist die Verhinderung der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen mit an die Spitze der westlichen Sicherheitsagenda gerückt.³⁰

Bisher ist die Stabilisierung der ost- und mitteleuropäischen Staaten durch die Erweiterung der NATO, die Kooperationsabkommen mit Rußland und der Ukraine sowie dank des Systems der „interlocking institutions“ in Europa nach dem Zerfall des Kommunismus und des Warschauer Paktes erstaunlich gut gelungen. Auch bei diesem Export von Stabilität hat die Militärmacht eine nicht unbedeutende Rolle gespielt – wie dies zum Beispiel durch das Programm „Partnership for Peace“ belegt wird. Mit dem Beginn der humanitären Intervention der NATO gegen Jugoslawien dürfte es Vertretern der These von der abnehmenden Relevanz des Faktors Militärmacht schwer fallen, diese weiterhin zu vertreten.

Die These von der gesunkenen Relevanz der Militärmacht läßt aber auch die dialektische Natur der Prozesse im Internationalen System außer Acht. Verringert sich das Gefühl des Nutzens militärischer Macht bei einem Staat oder einer Staatengruppe, erhöht sich dieser Nutzen in gleichem Maße für andere Nationen oder Staatengruppen, da die selbstauferlegte Einschränkung der einen Seite der anderen Seite sowohl größere psychologische als auch reale Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Der Nutzen militärischer Macht ist somit keine starre Größe,³¹ sondern er hängt stark von seiner Perzeption durch die Akteure im internationalen System ab.

Besonders für die Bundesrepublik Deutschland, die zwar Jahrzehnte an der Nahtstelle zwischen zwei hochgerüsteten, antagonistischen Bündnissystemen gelegen war – aber unter dem atomaren Schirm der USA von den Unbilden der Weltpolitik verschont geblieben war –, ist die Einsicht Ernst Vollraths,³² daß Handeln primär nicht Verständigung sondern Streit ist und daß Gegenhandeln nicht primär aus bösem Willen geschieht, sondern phänomenal zum Handeln gehört, von besonderer Bedeutung. Gerade wenn

²⁹ vgl. Huntington: a.a.O., S. 300

³⁰ vgl. Huntington: a.a.O., S. 303. Mit seinen Executive Orders 12930 und 12938 vom 29.9. bzw. 14.11.1994 erklärte Präsident Clinton den nationalen Notstand, was die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen anbelangt. Im Dezember 1993 wurde von Verteidigungsminister Aspin im Zuge seiner Defense Counterproliferation Initiative der Posten eines Staatssekretärs für nukleare Sicherheit und Nichtweitergabe eingerichtet.

³¹ vgl. Laurence Martin: Der Nutzen militärischer Macht – Die westliche Sicht, in Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. neu bearbeitete Aufl., Bad Honnef-Erpel 1978, S. 65

³² vgl. Ernst Vollrath: Neue Wege der Klugheit: Zum methodischen Prinzip der Theorie des Handelns bei Clausewitz, in: Zeitschrift für Politik 1/1984, S. 57

Handeln nicht primär Verständigung sondern Streit ist, ist die Notwendigkeit einer zwar auf Verständigung abzielenden, aber realistischen Sicherheitspolitik von besonderer Bedeutung.³³

Nach den schnellen Wandlungen im internationalen System und der zunehmenden Verantwortungsübernahme der Bundesrepublik Deutschland im Verbund der westlichen Demokratien – insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994³⁴ – hat seit dem Beginn der Erzwingungseinsätze gegenüber Jugoslawien das öffentliche Interesse für Sicherheitspolitik einen neuen Höhepunkt erreicht. Oft wird aber die öffentliche Diskussion mit falschen Alternativen geführt. Auf der einen Seite ein radikaler Pazifismus, der trotz extremster Menschenrechtsverletzungen gegenüber einer ganzen Volksgruppe ein militärisches Eingreifen nicht für gerechtfertigt hält. Auf der anderen Seite die Forderung nach einem Großeinsatz von Bodentruppen, der von der NATO auch weiterhin abgelehnt wird, da sie die Verwicklung in langandauernde Bodenkämpfe und hohe Verluste fürchtet.³⁵ Im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit wird deutlich werden, daß noch mehr Alternativen bestehen zu Abstinenz, einem reinen – und bisher erfolglosen – Luftkrieg und einer groß angelegten Bodenoffensive.

Am Beginn einer neuen Phase der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist es m. E. nötiger denn je, zu einem umfassenderen Verständnis der Anwendungsmöglichkeiten und Wirkungsweise von Militärmacht in einer systematischen Zweck-Ziel-Mittel-Relation zu gelangen. Je besser Entscheidungsträger und Öffentlichkeit das Wesen und die politischen Wirkungen von Militärmacht verstehen, desto eher kann auch ein demokratisches Gemeinwesen ihrer Anwendung entgehen oder irrationale und schädliche Anwendungen vermeiden.

Schon in den lebhaften Debatten über den NATO-Doppelbeschluß und über die Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenwaffen Anfang der 80er Jahre waren dreierlei Mißverständnisse, die bis in die politische Funktionselite hineinreichten, über Militärmacht deutlich geworden:

³³ vgl. Vollrath: a.a.O., S. 58

³⁴ Zum Inhalt und zur Interpretation des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994 vgl. Anlage 1: Leitsätze und Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Auslandsverwendungen deutscher Streitkräfte vom 12.7.1994 – mit einer Einführung von Armin A. Steinkamm, in: Bayerische Monatsspiegel, Sonderdruck, April 1995

³⁵ vgl. Joseph Fitchett: Denouncing Serbs, NATO Intensifies Attacks on Troops, in: International Herald Tribune, 31.3.1999, S. 7

1. Die Debatte konzentrierte sich hauptsächlich auf die militärischen Aspekte der Nachrüstung, wie zum Beispiel Erstschlagsfähigkeit und Vorwarnzeiten, ohne die dahinterstehende Politik der NATO und des Warschauer Paktes zu berücksichtigen.
2. Die weltpolitischen Aspekte und die damalige revolutionäre Qualität des Internationalen Systems (H. Kissinger)³⁶ waren nicht beachtet worden.
3. Die in der Debatte gewählten Beispiele wurden fast immer aus Kriegsszenarien entnommen, die sich auf der Ebene eines großen konventionellen Krieges oder eines Nuklearkrieges bewegten, ohne daß andere Anwendungsmöglichkeiten von Militärmacht, wie die Anwendung militärisch-diplomatischen Drucks oder die langfristige Verschiebung der Korrelation der Kräfte, beachtet wurden.

Es ist daher geboten, den Begriff und die aus ihm abgeleiteten Phänomene der internationalen Politik systematisch zu durchdringen, um so die Diskussion über die Fragen der Sicherheitspolitik auf eine rationale und begrifflich fundierte Basis zu stellen. Auf jeden Fall ist auch am Beginn des 21. Jahrhunderts die Frage nach der Macht im internationalen System und nach dem Stellenwert, den die Militärmacht dabei spielt, das Herzstück bei der Untersuchung der internationalen Beziehungen geblieben.³⁷

In der vorliegenden Arbeit soll nun der Versuch unternommen werden, die Zweck-Ziel-Mittel-Relation der Anwendung von Militärmacht im Sinne einer Ganzheitsschau während der Periode des Ost-West-Konflikts 1945 - 1991 darzustellen, anschließend den Nutzen ihrer Anwendung im Kontext des Internationalen Systems zu bewerten und Aussagen über Militärmacht zu verallgemeinern. Als Studienobjekte dienen hierfür die beiden stärksten Mächte im internationalen System, die sich jahrzehntelang im Kalten Krieg antagonistisch gegenüberstanden und deren Beziehungen nun, nach einer Phase der Euphorie, wieder in problematisches Fahrwasser geraten sind.

Die Auswahl der beiden Staaten USA und Sowjetunion (heute Rußland) erfolgte einerseits, um die Analyse in einem bearbeitbaren Rahmen zu halten. Andererseits sind und waren diese Staaten auch die Hauptakteure im alten und im neuen Internationalen Sys-

³⁶ Henry Kissinger unterscheidet in seinem Buch „Großmachtdiplomatie“ wesensmäßig zwei Arten des Internationalen Systems: ein legitimes und ein revolutionäres System. Genauer werden diese Systeme im Kapitel 3 dieser Arbeit charakterisiert. vgl. Henry Kissinger: Großmachtdiplomatie. Neuaufl., Düsseldorf, Wien 1980, S. 8

³⁷ vgl. Kjell Goldmann: Introduction, in: Kjell Goldmann/Gunnar Sjösted (Hrsg.): Power Capabilities, Interdependence, London, Beverly Hills 1979, S. 1

tem, die sich fast ein halbes Jahrhundert unversöhnlich und unter Androhung eines nuklearen Holocausts gegenüberstanden, um weltpolitischen Einfluß rangen und jetzt im neuen Internationalen System auf Zusammenarbeit angewiesen sind, solange beide von der Durchsetzung eines vollständigen Unilateralismus absehen.

Die USA und die Sowjetunion wurden aber nicht nur ausgewählt, da sie als Supermächte einen besonders bestimmenden Einfluß auf die Weltpolitik hatten, sondern auch deswegen, da sie mit Abstand die am weitesten ausdifferenzierte Militärorganisation und das weiteste Einsatzspektrum dieser Militärapparate besaßen.³⁸

Als Focus des Betrachtungszeitraumes wurde dezidiert die Epoche des Ost-West-Konfliktes zwischen 1945 und 1991 gewählt, da ab diesem Zeitraum alle relevanten Wesensmerkmale der beiden Internationalen Systeme (vor 1991 und nach 1991) – der Ost-West-Konflikt bzw. dessen Nachwirkungen, die Entkolonialisierung der Dritte-Welt-Staaten und die fortschreitende Globalisierung – bereits in nuce vorhanden waren bzw. sich entwickelt haben. Nur ein intensives Verständnis des Einsatzes von Militärmacht in dieser Phase ermöglicht es, in weiteren Untersuchungen sowohl die Unterschiede und fortwirkenden Faktoren und Wesensmerkmale der Einsätze von Militärmacht in den unterschiedlichen Internationalen Systemen vor und nach 1991 herauszuarbeiten.

Ebenfalls waren zu Beginn dieser Epoche schon viele der heute vorhandenen militärischen Erscheinungsformen, wie z. B. vollmechanisierte konventionelle Kriegführung, subkonventioneller Guerillakampf sowie atomare Waffen und ihre Trägermittel, vorhanden, die sich heute nur weiter entfaltet haben.

Als Hauptbetrachtungsgegenstand dieser Arbeit wurden die militärischen Konzepte und die Militärmachteinsätze der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gewählt,³⁹ wie sie sich in der Zeit nach 1945 darstellten. Auf die neuesten Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges in der Zeit der neuen „Unübersichtlichkeit“ und der „ethni-

³⁸ Es muß allerdings angemerkt werden, daß bestimmte politische Ziele des Einsatzes von Militärmacht – so zum Beispiel die Eroberung von Gebieten (China 1950 in Tibet) oder ein klassischer konventioneller Krieg wegen reiner Interessenkonflikte (Großbritannien – Argentinien 1982) von beiden Supermächten weder im Kalten Krieg noch danach abgedeckt werden. Darauf wird im Schlußkapitel noch eingegangen werden.

³⁹ Zu Zeiten des Kalten Krieges wurde immer von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion gesprochen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß tatsächlich nur die USA als Weltmacht agieren konnte. Heute ist die USA unstreitig die einzig verbliebene Weltmacht, während man die Russische

schen Säuberungen“ kann in dieser Arbeit in ihren analytischen Teilen nur cursorisch und mit einem Ausblick eingegangen werden, da ansonsten der Rahmen einer solchen Untersuchung bei weitem gesprengt werden würde.

Ein solches Vorhaben ist natürlich mit einer Reihe von Problemen verbunden. Eines der Hauptprobleme der Analyse von Militärmacht in ihren verschiedenen Aspekten sind die komplexen Zusammenhänge im Internationalen System, in dem die Militärmacht ihre Anwendung fand. Die Existenz von 178 souveränen Staaten (September 1991) und die vielschichtigen Beziehungskomplexe, mit denen sie miteinander verbunden waren, verbieten es eigentlich, daß der Faktor „Militärmacht“ von anderen wichtigen Faktoren wie Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen, Austausch von Ressourcen, aber auch dem kulturellen Austausch, dem Völkerrecht oder gar den vorherrschenden Weltanschauungen getrennt wird. Die große Vielfalt der kaum noch zu übersehenden Kombinationsmöglichkeiten der internationalen Beziehungen erfordert daher eine Theorie, deren Anwendung „die Setzung bestimmter Ordnungsprinzipien oder Kriterien im größeren Seinszusammenhang ermöglicht.“⁴⁰

Um trotz der Komplexität dennoch in der abschließenden Synthese zu einer allgemeinen Aussage kommen zu können, soll in dieser Arbeit eine historisch-hermeneutische Methode gewählt werden, wie sie Carl von Clausewitz in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ zur Erklärung des Wesens des Krieges und der Darstellung der Beziehungen zwischen Krieg und Politik angewandt hat. Diese Methode soll im folgenden Kapitel näher ausgeführt werden.

Trotz des gegenwärtig hohen öffentlichen Interesses für sicherheitspolitische und militärische Fragen ist in der akademischen Welt, vor allem in der Bundesrepublik, die Bearbeitung solcher Themen auf einen sehr kleinen Kreis von Experten außerhalb des „Mainstreams“ der politikwissenschaftlichen und historischen Forschung begrenzt. Die vollständige Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik Deutschland sowie die mit ihrem internationalen Gewicht verbundene außenpolitische Verantwortungsübernahme⁴¹ lassen es m. E. aber notwendig erscheinen, daß eine wissenschaftlich fundierte Beschäftigung mit den militärischen Aspekten der internationalen Politik zum

Föderation aufgrund ihrer Größe und ihrer atomaren Bewaffnung immer noch als Supermacht bezeichnen könnte.

⁴⁰ Einleitung von Werner Hahlweg zu: Carl von Clausewitz: Verstreute kleine Schriften, hrsg.von Werner Hahlweg, Osnabrück 1979, S. XIII

Allgemeingut einer politischen Wissenschaft wird. In den angelsächsischen Ländern besteht hierin eine Tradition mit dem Forschungsfeld der „strategic studies“. Dieses Feld wurde durch die „strategic community“ mit solch illustren Persönlichkeiten wie Nicholas Spykman⁴², Bernard Brodie, Robert Osgood, Henry Kissinger, Albert Wohlstetter, Hermann Kahn⁴³ bis hin zu Samuel Huntington, Thomas Schelling oder Edward Luttwak konstituiert. Diese fanden nicht nur in akademischen Zirkeln Beachtung, sondern hatten in bestimmten historischen Situationen großen Einfluß auf die Entwicklung der Militärstrategie der USA.⁴⁴ Bedingt durch die gestiegene Bedrohung der USA und den Aufbau einer gesicherten Zweitschlagsfähigkeit durch die UdSSR verschob sich der Schwerpunkt der strategischen Studien allerdings hin zur Entwicklung immer ausgefeilterer Abschreckungstheorien und mit der Etablierung der strategischen Parität in den 70er Jahren hin zu Theorien über Rüstungskontrolle, die sich oft in technischen Details verloren.⁴⁵

Nach John Chipman lassen die Veränderungen nach 1991 und die vielen neuen Faktoren im Internationalen System nicht nur neue Handlungszwänge – zum Beispiel präventives Krisenmanagement – sondern auch neue Analysezwänge entstehen. Daher müssen die strategischen Studien wieder ihre alte Breite zurückgewinnen: Zu einer ganzheitlichen Analyse zählt er im Idealfall sowohl die Untersuchung der sozialen Organisation von Gemeinwesen als auch ihre ökonomische Leistungsfähigkeit, ihre innenpolitische Situation und ihre militärischen Fähigkeiten.⁴⁶ Eine Aufgabe der vorliegenden Arbeit wird es aber auch sein, zu zeigen, daß trotz des dominierenden Ost-West Konfliktes eine Fülle von endogenen Krisen und Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg bewältigt werden mußte, die ein wesentlich komplexeres Bild ergeben als nur die bipolare Welt der Supermächte.

Als strukturierendes Element der strategischen Studien sieht Chipman nach wie vor den potentiellen Einsatz militärischer Gewalt. Danach hat sich weder die Anwendung militärischer Gewalt – sei es zum Nutzen oder zum Schaden – im neuen internationalen System verändert, noch haben die Prinzipien der Abschreckung ihre strategische Rele-

⁴¹ vgl. Christoph Bertram: Eine Macht ohne Augenmaß, in: Die Zeit, 2.1.1992

⁴² vgl. Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. III, Göttingen 1982, S.380 ff.

⁴³ vgl. hierzu besonders: Russell F. Weigley: The American Way of War, Bloomington 1977 S.410 – 440 (Strategies of Deterrence and of Action: The Strategy Intellectuals)

⁴⁴ vgl. ebenda

⁴⁵ vgl. John Chipman: The future of strategic studies: beyond even grand strategy, in: Survival, Spring 1992, S. 109

vanz verloren. Zwar müßten die nicht-militärischen Aspekte der Sicherheit heute einen breiteren Raum einnehmen, doch sollten die Streitkräfte und deren Einsatz das primäre Ziel der Fragestellung der strategischen Studien darstellen.⁴⁷

Die Begründung für eine strategische Herangehensweise an die internationalen Beziehungen, die der englische Historiker Michael Howard 1983 gegeben hat, ist durch die Ereignisse auf dem Balkan aktueller denn je⁴⁸: „Wertesysteme, eingeschlossen solche, die nach friedlicher Lösung der internationalen Konflikte streben, besitzen keine offensichtliche und allgemeine Gültigkeit, sondern sie sind das Produkt von speziellen kulturellen und politischen Bedingungen, die in bestimmten Arten von Gemeinwesen vorherrschen. Diese Gemeinwesen sind verwundbar gegenüber gewaltsamer Einschüchterung, Auflösung (Zerstückelung) und physischer Zerstörung ... Eine strategische Herangehensweise an die internationalen Beziehungen ... ist unverzichtbar und notwendig, solange sie beständig durch andere Faktoren modifiziert wird.“

In diesem Sinne versteht sich diese Arbeit auch als ein Beitrag zu einer besonders in der Bundesrepublik in kleinen akademischen Zirkeln betriebene Strategiewissenschaft, die aber keineswegs als reine Militärstrategie verstanden werden soll, sondern sich eher am Begriff der „Totalen Strategie“ von André Beaufre orientieren soll. Darunter versteht er diejenige Handlungsweise einer Regierung, welche die verschiedenen Aktionen auf den politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Feldern koordiniert und sinnvoll zur Erreichung eines politischen Gesamtzwecks einsetzt⁴⁹. (Zu den verschiedenen Definitionen von Strategie s. E. Luttwak⁵⁰.)

Dennoch liefert der militärische Strategiebegriff von Clausewitz⁵¹ ein wichtiges Abgrenzungs- und Auswahlkriterium für die politikwissenschaftliche Orientierung der Arbeit. Für Clausewitz sind alle Handlungen in der Strategie auf ein tatsächliches oder angedrohtes Gefecht bezogen⁵², d. h. allem, wozu Streitkräfte gebraucht werden (auch

⁴⁶ vgl. Chipman: a.a.O. S.110

⁴⁷ vgl. Chipman: a.a.O. S.129

⁴⁸ Michael Howard: *The Strategic Approach to International Relations*, in: ders.: *The Causes of War*, London 1983, S. 48

⁴⁹ vgl. André Beaufre: *Totale Kriegskunst im Frieden*, Berlin 1964, S. 36 f.

⁵⁰ vgl. Edward N. Luttwak: *Strategy, The Logic of War and Peace*, Camb ridge, Mass., London, 4. Aufl. 1995, S. 239 ff.

⁵¹ Clausewitz definiert die Strategie als die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zur Erreichung des politischen Zweck des Krieges; in Abgrenzung zur Taktik, die er als die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht definiert, vgl. Clausewitz: a.a.O. S. XXXX

⁵² vgl. Carl von Clausewitz: *Strategie aus dem Jahr 1804*, in: Carl von Clausewitz: *Verstreute kleine Schriften*, hrsg. v. Werner Hahlweg, Osnabrück 1979, S.33 ff. Zur Verdeutlichung sei hier Clause-

zum „peacekeeping“) liegt die Idee eines Gefechtes zu Grunde. Entsprechend dieser Einsicht soll sich diese Untersuchung auf die politische Wirkungs- und Einsatzweise von Streitkräften – als dem Kern von Militärmacht – beschränken. Natürlich umfaßt gerade in den internationalen Beziehungen die Anwendung von Militärmacht mehr als nur den direkten Einsatz von Streitkräften. Besonders Waffenlieferungen, technische Hilfe, die Entsendung von Militärberatern und andere Ausbildungshilfen spielen in den internationalen Beziehungen eine große Rolle. Aber all diese Aktionsmöglichkeiten beruhen letztlich auf der tatsächlichen oder perzipierten Fähigkeit der Streitkräfte des jeweiligen Akteurs zum Gefecht. Daher soll in dieser Arbeit eine umfassende Analyse vom Einsatz militärischer Macht mit seinen auch indirekten diplomatischen und psychologischen Wirkungen erfolgen, die sich allerdings aufgrund des Zwangs der systematischen Eingrenzung strikt auf die politischen und historischen Auswirkungen von Gefechten und/oder Schlägen beziehungsweise auf das angedrohte Gefecht beschränken muß.

Diese Arbeit soll drei miteinander verbundene und aufeinander aufbauende Ziele verfolgen:

1. Durch eine Zusammenfassung der Einzelbetrachtungen über Militärmachteinsätze soll ein Überblick und eine breitere Sichtweise über den Einsatz und die Wirkungen von Militärmacht vermittelt werden.
2. Die Anwendung soll nach der Zweck-Ziel-Mittel-Relation analysiert werden und die Einsatzziele und Verhaltensmuster der beiden Supermächte sollen miteinander verglichen werden.
3. Die gewonnenen Erkenntnisse über den Einsatz militärischer Macht der beiden Supermächte sollen in den Rahmen des Internationalen Systems eingeordnet und miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wird in folgenden Schritten vorgegangen:

witz im Original zitiert: „Ganz allgemein kann man sagen: allem, wozu Streitkräfte gebraucht werden, liegt die Idee eines Gefechts zu Grunde; denn sonst würde man ja keine Streitkräfte gebrauchen... Das Gefecht ist für die Strategie, was das bare Geld für den Wechselhandel ist. Mehrere glückliche Gefechte können einem Feldherrn zuweilen mehr Erfolg verschaffen als sie eigentlich sollten, gerade so wie ein gewisses Vermögen dem Kaufmann oft einen viel größeren Kredit verschafft, als er verbürgen kann. Aber wer gar kein Vermögen hat, kann auch keine Wechsel stellen, und wer gar nicht zu fechten verstünde, könnte sich tot manövrieren ohne den geringsten Erfolg.“

Nach der Darstellung der Methode im 2. Kapitel wird im 3. Kapitel die Struktur des Internationalen Systems bis zum Ende des Kalten Krieges und die Rolle der beiden Supermächte in diesem System untersucht. Im 4. Kapitel werden daraufhin die operativen Prinzipien und Strategien der Außenpolitik der USA und der UdSSR, die für den Einsatz von Militärmacht bis 1991 relevant waren, dargestellt.

Danach erfolgt im 5. Kapitel zunächst eine Problematisierung und ein Versuch der Definition des Begriffs der Militärmacht. Anschließend werden die vier hauptsächlichen, direkten und indirekten Anwendungsfälle von Militärmacht durch die USA und die UdSSR bis 1991 in der potentiellen Form dargestellt. Zum Zwecke der Analyse sollen diese Formen in folgende drei Punkte unterteilt werden:

1. die militärstrategischen Konzepte der beiden Supermächte – insbesondere die Planungen für die Verteidigung ihrer hauptsächlichen Einflußsphären einschließlich der nuklearen Abschreckung und der langfristigen Verschiebung der Korrelation der Kräfte,
2. die militärische Diplomatie und militärisches Krisenmanagement
3. und friedenserhaltende und friedensfördernde Maßnahmen.

So werden in Kapitel 5 sowohl der Versuch einer Erweiterung des theoretischen Konzeptes von Thomas Schelling⁵³ bezüglich der Anwendung von Militärmacht unternommen als auch die Militärdoktrinen und Militärstrategien der Supermächte im Kalten Krieg und im Ost-West-Konflikt dargestellt.

Im 6. Kapitel wird der operative Einsatz der Streitkräfte der Supermächte in Kriegen und Konflikten, wie zum Beispiel in Korea, Vietnam, Golfkrieg II, Ungarn oder Afghanistan dargestellt und analysiert. Weiterhin werden die militärische Diplomatie, Krisenmanagement und militärische Aktionen zur Befriedung, die es auch schon im Kalten Krieg gab, einer Analyse unterzogen.

Im 7. und letzten Kapitel soll der Versuch der Bewertung der Fakten und Analysen unternommen und ein Ausblick auf die weitere Problematik des Militärmachteinsatzes im nationalen Rahmen der untersuchten Supermächte und im multilateralen Rahmen einer sich den neuen Gegebenheiten anpassenden NATO gegeben werden. Insbesondere soll

⁵³ vgl. Thomas C. Schelling: Arms and Influence, New Haven, London 1966

hierbei auf einen Typus der „Constabulary Force“ eingegangen werden, der schon 1960 von dem – neben S. Huntington zu den „Klassikern“ der US-Militärsoziologie zählenden – Morris Janowitz⁵⁴ entwickelt wurde und heute von größerer Aktualität denn je ist.

⁵⁴ vgl. Dietmar Schössler: Militärsoziologie, Königstein/Ts. 1980, S. 5

2. Zur Methodologie

2.1. Charakterisierung der Theorie von Clausewitz

Dieses Thema im Bereich der Sozialwissenschaften – genauer aus dem Gebiet der Internationalen Beziehungen – soll mit Hilfe der historisch-hermeneutischen Methode, wie sie der preußische Kriegstheoretiker und Philosoph Carl von Clausewitz in seinen Studien und vor allem in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ angewendet hat, bearbeitet werden. Clausewitz steht durch dieses Werk – wie es der ausgewiesene Clausewitzforscher Werner Hahlweg ausgedrückt hat – in und über der Zeit⁵⁵. Neben den prinzipiellen Erkenntnissen über die Relationen von Politik, Gesellschaft, Krieg und Frieden gibt vor allem sein theoretisch-methodisches Vorgehen dem Werk „Vom Kriege“ seine eigentliche Bedeutung⁵⁶. Seine Theorie ist in ihren methodischen Grundlagen und ihren Urteilsmaßstäben so allgemein gehalten, daß sie auch auf die Gegebenheiten anderer Wirkungsbereiche menschlichen Handelns übertragen werden kann. So wurde sie u. a. in den Bereich der Wirtschaftsführung übertragen⁵⁷.

Clausewitz' theoretischer Vorgehensweise soll sich hier nicht nur deshalb angeschlossen werden, weil in dieser Arbeit zu seinem Hauptwerk ein kongruentes Forschungsinteresse vorliegt⁵⁸, sondern da seine Methodologie am besten geeignet erscheint, die Vielfältigkeit der Empirie, wie sie in den internationalen Beziehungen vorliegt, und das Wechselspiel von Handeln und Gegenhandeln zu durchdringen und in theoretischen Grundsätzen widerzuspiegeln.

Nach Vollrath läßt die Theorie von Clausewitz nicht wie fast alle philosophischen Theorien der Praxis das Moment des Gegenhandelns aus dem Phänomen des Handelns heraus, sondern sie bezieht ausdrücklich das Wesen allen Handelns – nämlich seine situative und kontingente Partikularität – mit ein, die das Handeln dem Zugriff einer objekti-

⁵⁵ Vg. Carl von Clausewitz: Verstreute kleine Schriften, hrsg. von Werner Hahlweg, Osnabrück 1979, S. XII

⁵⁶ vgl. ebd., S. XXI

⁵⁷ vgl. Werner Hahlweg: Das Clausewitzbild einst und jetzt, in: Carl von Clausewitz: Vom Kriege, hrsg. v. Werner Hahlweg, 18. Aufl., Bonn 1973, S. 24

⁵⁸ in dieser Arbeit geht es allerdings nicht um die theoretisch-philosophische Verbindung von Krieg und Politik, sondern vielmehr um den konkreten Zusammenhang zwischen politischen Zielen und dem Einsatz der militärischen Macht als politisches Mittel

ven Theorie entziehen⁵⁹. Gleichzeitig vermeidet sie dadurch, daß in ihr Theorie und Praxis eine vollkommene Einheit bilden⁶⁰, den Mangel der szientistischen Theorie bei den Sozialwissenschaften, welche die Kluft zwischen Theorie und Praxis vergrößern, anstatt sie zu schließen.

Eine solche Theorie stellt sich auch der Tatsache, daß letztendlich keine Trennung von Wert- und Tatsachener Urteil möglich ist und als einziger Ausweg zur Bewahrung der Wissenschaftlichkeit nur die Einsicht in den Normenbezug aller Urteile – Habermas nennt dies die Einheit von Erkenntnis und Interesse – und das Reflektieren auf die eigenen Abhängigkeiten von Mächten und Maßstäben der Gegenwart bleibt⁶¹.⁶²

Zur Zeit Clausewitz' wurde verschiedentlich versucht, eine positive Lehre oder eine positive Doktrin der Kriegführung aufzustellen, welche die Gestalt einer Wissenschaft annahm. Diesen Versuchen stellte Clausewitz hauptsächlich vier Hauptkritikpunkte entgegen:

1. die ausschließliche, einseitige Betrachtung einer Variablen unter Gegebenheiten eines komplexen Problems,
2. die Weigerung, geistige Größen in Betracht zu ziehen,
3. die Illusion von Wissenschaftlichkeit durch Messung von Größen, die der Meßbarkeit entgehen,
4. die Auslassung der Wechselwirkung⁶³.

Daher kommt Clausewitz zu dem Schluß, daß alle diese Theorieversuche nur in ihrem analytischen Teil Fortschritte gebracht haben, in ihrem synthetischen Teil aber unbrauchbar sind⁶⁴.

⁵⁹ vgl. Ernst Vollrath: Neue Wege der Klugheit: Zum methodischen Prinzip der Theorie des Handelns bei Clausewitz, in: Zeitschrift für Politik 1/1984, S. 53-76, S. 58 f.

⁶⁰ vgl. Hahlweg: Das Clausewitzbild, a.a.O., S. 34

⁶¹ vgl. Gerhard Simon: Zeitgeschichtliche Sowjetunion-Forschung: Methoden- und Theorieprobleme: a.a.O., S. 40

⁶² Dies soll im 3. Kapitel geschehen durch die Darstellung der Struktur des Internationalen Systems und der beiden Hauptakteure darin, nicht als eine objektive Widerspiegelung der Tatsachen, sondern als Rahmen für die folgende Analyse und zur Darlegung des Vorverständnisses des Autors

⁶³ vgl. Raymond Aron: Clausewitz. Den Krieg denken, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980, S. 257

⁶⁴ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O., S. 283

Er kommt zu dem Schluß: „Bei dieser Natur des Gegenstandes (Wirkung der geistigen Kräfte wie Mut oder Haß, die lebendige Reaktion des Gegenhandelns und die Unge-
wißheit aller Datis) müssen wir uns sagen, daß es eine reine Unmöglichkeit wäre, die
Kriegskunst durch ein positives Lehrgebäude wie mit einem Gerüst versehen zu wol-
len.“⁶⁵

Als Ausweg für die Theorie bleibt, daß sie nicht notwendig eine positive Lehre, d. h.
eine Anweisung zum Handeln, zu sein braucht. Sie soll vielmehr nur eine vernünftige
Betrachtung des Gegenstandes sein, die zu einer genauen Bekanntschaft mit demselben
führt⁶⁶. Wird eine solche Theorie dann auf die Erfahrung angewendet, führt sie zu einer
Vertrautheit mit dem Gegenstand, so daß sie von einem objektiven Wissen in ein sub-
jektives Können übergeht. „Daß also nicht jeder von neuem aufzuräumen und sich
durchzuarbeiten habe, sondern die Sache geordnet und gelichtet finde, dazu ist die The-
orie vorhanden.“⁶⁷

Aber nur eine besondere Theorie – so Vollrath – kann dem Phänomen des Handelns qua
Gegenhandeln gerecht werden. Eine solche Theorie ist – um die Unterscheidung Kants
zu verwenden⁶⁸ – eine Theorie der reflektierenden, nicht der subsumierenden Urteils-
kraft, die bei Clausewitz Takt des Urteils genannt wird.⁶⁹

Die subsumierende Urteilskraft – um nochmals Vollrath zu zitieren⁷⁰ – ist ohne jegli-
chen Takt und sie ist auch nicht des Taktes bedürftig. Sie „unterstellt, vermöge gewisser
im Begriffe vorgestellter Merkmale, das Einzelne und Besondere als bloßen Fall dem
begrifflich Allgemeinen, und zwar so, daß über dieses subsumierte Fallsein hinaus für

⁶⁵ ebd., S. 289

⁶⁶ vgl. ebd., S. 290

⁶⁷ ebd., S. 291

⁶⁸ Kant charakterisiert die Urteilskraft folgendermaßen: "Daß zwischen der Theorie und Praxis noch ein Mittelglied der Verknüpfung und des Überganges von der einen zur anderen erfordert werden, die Theorie mag auch so vollständig sein, wie sie wolle, fällt in die Augen; denn zu dem Verstandesbegriffe, welcher die Regeln enthält, muß ein Akt der Urteilskraft hinzukommen, wodurch der Praktiker unterscheidet, ob etwas der Fall der Regel sei oder nicht; und da für die Urteilskraft nicht immer wiederum Regeln gegeben werden können, wonach sie sich in der Submission zu richten haben..., so kann es Theoretiker geben, die in ihrem Leben nie praktisch werden können, weil es ihnen an Urteilskraft fehlt...". Immanuel Kant: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Taschenausgabe der "Philosophischen Bibliothek", H. 8 (o.J.) S. 69

⁶⁹ vgl. Vollrath: a.a.O., S. 61

⁷⁰ ebd.

das Einzel-Besondere nichts übrig bleibt: Es ist dem Begriffe vollständig subsumiert ...⁷¹

Während sie nach den Regeln der technischen Klugheit und der materiellen Zweckmäßigkeit verfährt, und sozusagen ein technisches Know-how zur Verfügung stellt, ist sie doch dem eigentlichen Handlungswissen untergeordnet. Das Handlungswissen bzw. der Takt des Urteils bestimmt, wann und wo welches objektive Wissen angewendet wird⁷².

Als besonders drastisches Beispiel für die Folgen, die eintreten, wenn ein quasi objektives Wissen an die Stelle von Handlungswissen tritt, ist die Niederlage der USA im Vietnamkrieg anzusehen. In diesem Krieg gelang es den USA trotz oder wegen ihrer erdrückenden technischen und materiellen Übermacht nicht, ihren Gegner zu besiegen. Der Vietkong und Nordvietnam, mit ihren primitiven Partisanenverbänden, hatten hingegen den politischen Charakter des Krieges begriffen und diesen rücksichtslos im Bewußtsein der amerikanischen Bürger – qua Fernsehen – ausgespielt⁷³.

Statt auf ein solches technizistisches Wissen beruft sich Clausewitz auf die historische Erfahrung, ohne sich aber alleine auf sie zu verlassen, da sie leicht dazu verführt, in der Wiederholung der Beispiele die Regel zu erblicken und zu einem erstarrten Methodismus führt⁷⁴.

Um dem Dilemma einer bloßen historischen Anschauung einerseits und einer bloßen philosophischen Spekulation andererseits⁷⁵ zu entgehen, verbindet er die historische Anschauung mit einer detaillierten Analyse der historischen Abläufe; sobald man nämlich bestrebt ist, einen allgemeinen Satz mit Hilfe der Geschichte zu beweisen, ist es die detaillierte Analyse und nicht die Zahl der Beispiele, die einen demonstrativen Wert besitzt⁷⁶.

Diese Analyse unternimmt Clausewitz mit Hilfe der Kritik. Er bemerkt dazu: „Von der einfachen Erzählung eines geschichtlichen Ereignisses, welche die Dinge bloß nebeneinander hinstellt und höchstens ihre nächste Kausalverbindung berührt, unterscheiden

⁷¹ ebd.

⁷² vgl. ebd., S. 65

⁷³ vgl. ebd., S. 66

⁷⁴ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, S. 305 ff. II 4

⁷⁵ vgl. W. Hahlweg in: Clausewitz: Vom Kriege, Einleitung S. 19

⁷⁶ vgl. Aron R.: a.a.O., S. 294

wir die kritische. In dieser kritischen können drei verschiedene Tätigkeiten des Verstandes vorkommen.⁷⁷

Die erste Tätigkeit besteht aus der reinen Eruiierung von historischen Fakten. Die zweite Tätigkeit des Verstandes ist die Ableitung der Wirkung aus den Ursachen. Dies nennt Clausewitz die eigentliche kritische Forschung. Die dritte schließlich besteht aus der Prüfung der angewandten Mittel des Handelnden und ihre Bewertung – diese nennt Clausewitz die eigentliche Kritik⁷⁸. Sodann ordnet er die betreffende Entscheidung (i.e. die Wahl eines Mittels zu einem naheliegenden Zweck) in einen größeren Zusammenhang ein, um in einem dritten Schritt die Handlungen zu bewerten⁷⁹. Dieses Urteil erhebt Clausewitz auf einen Standort, der potentiell von allen anderen Individuen geteilt werden kann. Kant nennt diesen Standort die erweiterte Denkungsart⁸⁰. Dieser Vorgang läßt sich am besten mit den Worten von Ernst Vollrath beschreiben: „Kant führt die Methode solcher Erhebung in der „Operation der Reflexion“ vor: Es ist dazu nicht nur die Befreiung aus der Selbstbezüglichkeit, sondern die Versetzung in den Standort anderer erforderlich, um von dort her über das eigene Urteil zu reflektieren, d. h. zu beurteilen, ob das eigene Urteil so ergangen ist, als ob es von einem zur Allgemeinheit erweiterten Standort her ergangen wäre.“⁸¹

Durch den Akt des Urteilens findet Clausewitz sowohl den Urteilsstandort, als auch den Urteilsmaßstab, der zur theoretischen Bewältigung eines Phänomens erforderlich ist. Dieses Verfahren vermag – mit den Worten Clausewitz' – „... die Theorie mit den Handeln so zu befreunden, daß der widersinnige Unterschied zwischen Theorie und Praxis ganz verschwindet, den so oft eine unvernünftige Theorie hervorgerufen hat.“⁸²

Da geschichtliche Daten ihre Bedeutung immer erst innerhalb eines begrifflichen Bezugssystems gewinnen, das nicht aus den Daten allein gewonnen werden kann⁸³, stellt eine Interpretation immer eine Konstruktion eines Rahmens innerhalb eines Bezugssys-

⁷⁷ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, S. 69, 2. V

⁷⁸ vgl. ebd.

⁷⁹ vgl. Aron: a.a.O., S. 68

⁸⁰ vgl. Vollrath: a.a.O., S. 69

⁸¹ Vollrath: a.a.O., S. 69

⁸² Clausewitz: Vom Kriege, 19. Aufl., S. 292, 42. Man vergleiche die nahezu kongruente Vorgehensweise, wie sie bei Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik 3, erweiterte Neuauflage, München 1986, S. 25 geschildert wird. Allerdings vermeidet Clausewitz die etwas starren und schematischen Analyseschritte der Kindermannschen Konstellationsanalyse (S. 81).

⁸³ vgl. Simon: a.a.O., S. 41

tems dar⁸⁴. Der Clausewitzsche Takt des Urteils kann daher auch nicht voraussetzungslos als Analysemittel angewendet werden; er muß sich immer auf ein historisch-hermeneutisches Vorwissen stützen. Mit diesem Wissen ausgestattet können dann die relevant erscheinenden Tatsachen gesammelt werden, um anschließend strukturiert und sinngebend interpretiert zu werden.

So werden Theorie und Praxis miteinander verbunden und nicht wie bei technizistischen Theorien auseinandergerissen. Dies ermöglicht auf dem Gebiet der sozialen Handlungen eine genauere Abbildung und Interpretation der Wirklichkeit.

So kommt auch Clausewitz zu der Selbsteinschätzung seiner Theorie: „Nicht was wir gedacht haben, halten wir für einen Verdienst um die Theorie, sondern die Art, wie wir es gedacht haben.“

Führt man sich noch einmal das amerikanische Vietnamdebakel und die danach einsetzende intensive Beschäftigung mit Clausewitz in den USA vor Augen, kann man diesem Urteil nur beipflichten.

⁸⁴ ebenda. S. 25

2.2. Die konkreten Inhalte der Clausewitz'schen Analysen und ihre Übertragung auf die vorliegende Arbeit

Das Hauptwerk von Clausewitz „Vom Kriege“, das postum von seiner Frau im Jahre 1832 veröffentlicht wurde, stellt die Frucht seiner nahezu drei Jahrzehnte währenden theoretischen Beschäftigung mit dem sozialen Phänomen des Krieges dar.

Zwar ist der oben beschriebene Takt des Urteils der Kern des Clausewitzschen Theorieverständnisses, doch genügt diese Erkenntnis keineswegs, um die Gesamtmethode zu charakterisieren. Vielmehr führt Hahlweg drei große Bereiche an, die das Wesen der Clausewitzschen Methodologie ausmachen.⁸⁵

Dies ist zum ersten die Ausschöpfung des für ihn relevanten historischen Erfahrungsraumes. Er gewann seine Einsichten durch die Untersuchung von ca. 130 Feldzügen und belegt seine Aussagen häufig mit Beispielen aus der frederizianischen und napoleonischen Kriegführung⁸⁶. Er gelangte somit zu einem umfassenden militär-historischen Wissen seiner Zeit.

Als zweites Charakteristikum nennt Hahlweg seine philosophisch-dialektische Denkweise, die sich einmal durch die Anwendung des oben beschriebenen Takts des Urteils ausdrückt und zum anderen durch sein Denken in Gegensatzpaaren wie Wesen/Erscheinungsform, Totalität/Moment, Idealität/Wirklichkeit, totaler Krieg/ wirklicher Krieg zur Wirkung kommt. Gerade dieses dialektische Denken ermöglicht ein Erschließen der Totalität der Erscheinungsformen und zugleich Erkenntnis über die einzelnen Teile dieser Totalität zueinander und zum Ganzen.

Als drittes Element führt Hahlweg die kritisch-realistische Auswertung und Dauerbeobachtung der in seiner Zeit ausgeübten militärischen und politischen Praxis an, die ein aufmerksames Verfolgen des Zeitgeschehens, seiner Entwicklungstendenzen und Wandlungen mit einschließt.

⁸⁵ vgl. W. Hahlweg, Einleitung: Vom Kriege, a.a.O., S. 19

⁸⁶ Einleitung von Werner Hahlweg zu Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“ 18. Aufl.: a.a.O., S. 40 f

Konkret hat sich Clausewitz mit einer Fülle von einzelnen Themenschwerpunkten beschäftigt, durch die er das Wesen und die Erscheinungsformen des Krieges umfassend analysieren konnte.

Werner Hahlweg zählt in seinem Vorwort zur 18. Auflage zehn verschiedene Themenbereiche auf, die für Clausewitz in seinem Hauptwerk von Interesse sind:⁸⁷

1. die Natur und der Begriff des Krieges als Element des sozialen Lebens,
2. das Verhältnis von Krieg und Politik,
3. die Beziehungen zwischen Theorie und Praxis auf grundsätzlicher Ebene,
4. Grundfragen von Strategie und Taktik,
5. das Wechselverhältnis von Angriff und Verteidigung,
6. die Bedeutung der moralischen Größen,
7. die Rolle der Unwägbarkeit oder Friktionen,
8. die Problematik des Vernichtungsprinzips in Gedanken und Verwirklichung,
9. das Phänomen des Volkskrieges,
10. Reflexionen über das rechte Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel.

Von besonderem Interesse für diese Arbeit ist das Verfahren, Wirkungszusammenhänge mit Hilfe einer Zweck-Ziel-Mittel-Analyse zu untersuchen. Durch diese Zweck-Ziel-Mittel-Analyse wird es möglich, Politik, Krieg und die darin enthaltenen operativen und taktischen Erscheinungen – die Gefechte – in einem teleologischen (zielgerichteten), hierarchisch abgestuften Zusammenhang zu sehen⁸⁸, wodurch das empirische Chaos – zumindest teilweise – in eine zweckrationale Ordnung gebracht werden kann.

Der politische Zweck ist die oberste Analyseebene. Clausewitz stellt fest, daß der Zweck des Krieges außerhalb desselben liegt. Er ist in der Sphäre des Verstandes anzusiedeln und wird ganz von der Politik gesetzt, die beabsichtigt, dem Gegner ihren eige-

⁸⁷ Als Beispiel sei hier sein Werk über den Rußlandfeldzug Napoleons angeführt: Carl von Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812, Stuttgart (Magnus-Verlag)

⁸⁸ vgl. Dietmar Schössler: Theorie und Praxis bei Clausewitz, Ein militärischer Revolutionär als Vorbild für die Bundeswehr, Manuskript August 1985

nen Willen aufzuzwingen. Letztendlich ist mit einem neuen Frieden der Zweck des Krieges erreicht.⁸⁹

Das Ziel, das zu diesem Zwecke erreicht werden soll, ist ein strategisches; nämlich die Wehrlosmachung des Gegners, um ihm dann den eigenen Willen aufzwingen zu können. Dies ist die Sphäre des freien Spiels von Wahrscheinlichkeit und Zufall (der Friktionen), in welcher der Feldherr durch seine „freie Seelentätigkeit“ den Sieg zu erringen trachtet.

Die unterste der drei Ebenen ist die des Mittels; der Bereich der Taktik und des angedrohten oder tatsächlichen Gefechts. Hier entladen sich die Gewaltsamkeit, der Haß und die Feindschaft eines Volkes. Aber immer durchzieht die Politik den ganzen kriegerischen Akt, soweit es die Natur der explodierenden Kräfte zuläßt.⁹⁰

Die vorliegende Arbeit soll mit Hilfe einer Analyse von politischem Zweck, strategischem Ziel und militärischem Mittel zu Erkenntnissen über den Zusammenhang dieser drei Ebenen gelangen. Als politische Zweck-Ebene wird hierzu die Struktur des Internationalen Systems und die Rolle und das Selbstverständnis der beiden hier als Untersuchungsgegenstand vorliegenden Supermächte USA und UdSSR analysiert.

Die strategische Ziel-Ebene soll durch die Darstellung der jeweiligen außenpolitischen Prinzipien, der Militärdoktrinen und der Militärstrategien aufgespannt werden. Durch die genaue Untersuchung der angewendeten oder angedrohten militärischen Mittel der beiden Staaten wird schließlich als Hauptgegenstand der Arbeit die Analyse der Mittel-Ebene verwirklicht. Zu beachten ist dabei einmal, daß die genannten Ebenen nicht isoliert voneinander betrachtet werden dürfen, sondern in ihren Abhängigkeiten voneinander gesehen werden müssen, und auch Rückkopplungseffekte der einzelnen Ebenen aufeinander deutlich zu machen sind. Nur eine solche Gesamtschau gewährleistet eine möglichst wirklichkeitsgerechte und systematische Darstellung, die leider bisher nur in Ansätzen durchgeführt worden ist.

Auf den ersten Blick scheint eine solche Analyse der Zweck-Ziel-Mittelrelation eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Analysemodell internationaler Beziehungen zu haben, das Graham T. Allison in seinem Standardwerk „Essence of Decision, Explaining the

⁸⁹ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O., S. 215

⁹⁰ vgl. Graham T. Allison: Essence of Decision, Boston 1971, S. 14-37

Cuban Missile Crises“ als vorhersehenden Ansatz unter den Theoretikern der internationalen Beziehungen vorstellt.

Dieses Modell nennt er „rational actor model“ und findet seine Anwendung hauptsächlich in der Diplomatiegeschichte, der Strategie, der Sowjetologie oder in der Theorie internationaler Beziehungen verwirklicht.⁹¹

Die Hauptannahme dieses Analysemodells ist, daß die betreffenden Akteure im Internationalen System rational vorgehen und handeln. Ausgehend von dieser Basis wird mit Hilfe dieses „rational actor model“ eine nationale Regierung als ganzes, als ein einheitlicher Akteur angesehen, der Zweck, Ziel und Mittel rational in Einklang bringen möchte, und aus den gegebenen Handlungsoptionen die günstigste heraussucht⁹², wobei eine Wertmaximierung angestrebt wird. Das Rationalitätskonzept dieses Modells besagt also – nach Allison – daß ein einheitlicher, rationaler Akteur seine Ziele und Präferenzen kennt, alle Alternativen vor Augen hat, die Konsequenzen seiner Entscheidung abschätzen kann und schließlich zweckrational die günstigste Entscheidung trifft.

Nachdem Allison zwei alternative Ansätze, das „organisational process model“ und das „bureaucratic politics model“ ebenfalls vermittels der Kuba-Krise durchgespielt hat, kommt er zu folgendem Ergebnis: Das „rational actor model“ liefert zwar gewisse Tendenzen für die Analyse, aber keine volle Erklärung für die Handlungsweise eines Akteurs⁹³. Als Kritikpunkt am „rational actor model“ führt er auf, daß hierbei die großen bürokratischen Apparate mit ihren standardisierten Vorgehensweisen oder einflußreichen Gruppen und Personen mit ihren meist innenpolitischen Sonderinteressen außer Acht gelassen werden. Berechtigt erscheint jedenfalls die Frage – wie sie Allison in seiner Kritik an dem „rational actor model“ stellt⁹⁴ –, ob in der heutigen Zeit Regierungen überhaupt noch in der Lage sind, das durchzusetzen, was eigentlich in ihrer Absicht liegt. Besonders müssen die Grundannahmen des „rational actor models“, nämlich daß nur ein Entscheidungszentrum existiert, das rational optimale Entscheidungen trifft, mit Recht in Frage gestellt werden.

Aber die Analyse von Clausewitz erhebt gar nicht den Anspruch, den Allison mit seinem „rational actor model“ erhebt. Während Allison versucht, ein bestimmtes Verhalten

⁹¹ vgl. ebd. S. 13

⁹² vgl. ebd. S. 13

⁹³ vgl. ebd. S. 254 f

⁹⁴ vgl. ebd. S. 265

in einer bestimmten Situation zu erklären, unterläßt es Clausewitz, gerade eine positive Lehre aufzustellen. Er betont ausdrücklich, daß die Theorie auch das Menschliche berücksichtigen muß, ja auch den Mut und die Kühnheit berücksichtigen soll, ja selbst der Verwegenheit ihren Platz gönnen soll⁹⁵. Vor allem müssen sämtliche relevanten Faktoren, nicht nur die Entscheidungen in einer „black box“, Eingang in die Analyse finden. „Es steht aber im Kriege, wie überhaupt in der Welt, alles im Zusammenhange, was einem Ganzen angehört und folglich muß jede Ursache in ihren Wirkungen sich bis ans Ende des kriegerischen Aktes erstrecken ...“ Vor allem erkannte Clausewitz die gesellschaftlichen Faktoren, welche die moderne Kriegführung beeinflussen. So stellte er schon im ersten Drittel des 19. Jahrhundert fest, daß „... die ungeheure Wirkung der Französischen Revolution nach außen offenbar viel weniger in neuen Mitteln und Ansichten ihrer Kriegführung als in der ganz veränderten Staats- und Verwaltungskunst, in dem Charakter der Regierung, in dem Zustand des Volkes usw. zu suchen ist“⁹⁶. Clausewitz hat ganz klar erkannt, daß Kriege nach 1789 nie mehr so sein können wie vor der Mobilisierung der Massen durch die bürgerliche Revolution oder die Entfesselung der Produktivkräfte durch die industrielle Revolution. Folglich muß heute bei der Analyse nach einer fortentwickelten Methode von Clausewitz noch über den Rahmen, den Allison mit seinen drei verschiedenen Forschungsansätzen gesteckt hat, hinausgegangen werden, da die sozialen und die geistig-moralischen Kräfte einen wichtigen Teil der außen- und sicherheitspolitischen Einflußgrößen ausmachen.

Dieser Tatsache soll durch eine vorab unternommene Darstellung und Analyse des Selbstverständnisses (bzw. der Ideologie) der einzelnen Akteure und ihrer außenpolitischen Leitlinien Rechnung getragen werden. Diese Faktoren aber sind nur als Folge der sozialen, gesellschaftlichen und politischen, so wie wirtschaftlichen Verhältnisse im Inneren der USA und der Sowjetunion anzusehen, so daß diese Faktoren teils direkt, teils indirekt in die Analyse mit eingehen und so „dem Charakter der Regierung“ und „dem Zustand des Volkes“ angemessen berücksichtigt werden sollen.

Neben der charakterisierten Zweck-Ziel-Mittel-Relation soll, wie bei Clausewitzens Methode, in meiner Arbeit die historische Erfahrung der Anwendung der militärischen Macht zur Untersuchung herangezogen werden. Dies geschieht auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen werden konkrete historische Beispiele der Militärmachtanwendung

⁹⁵ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O., S. 208

⁹⁶ Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O., S. 997

– ohne bis in alle historischen oder militärischen Details gehen zu können oder zu wollen⁹⁷ –, die charakteristisch sind für den Einsatz von Feuerkraft zur Erreichung politischer Zielsetzungen, untersucht und unter der spezifischen Fragestellung dieser Arbeit ausgewertet.⁹⁸

Zum anderen fand natürlich auch ein historischer Entwicklungsprozeß auf der Ebene der Theorie statt, der auf keinen Fall unberücksichtigt bleiben kann. Veränderte Perzeption des Gegners, veränderte eigene oder gegnerische Mittel und veränderte politische Zielsetzungen oder wirtschaftliche Möglichkeiten bewirken eine kontinuierliche Fortentwicklung der Militärtheorie, der Militärdoktrin oder –strategie. Diese Bestandteile der Militärtheorie spiegeln die Merkmale des jeweils herrschenden Kriegsbildes wider. Nach Niemeyer ist das Kriegsbild die Gesamtkonzeption konkreter Untersuchungen über alle möglichen Erscheinungsformen eines Krieges oder bewaffneten Kampfes⁹⁹. In dem Kriegsbild eines jeweiligen Staates werden die engen Verknüpfungen möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen mit Gesellschaft, Ökonomie, Technologie, Natur und Staatspolitik im Inneren und Äußeren sichtbar.¹⁰⁰

Das Kriegsbild als Leitbild der Sicherheits- und Wehrpolitik stellt – wie es Niemeyer ausdrückt – eine Zusammenschau aller bleibenden Elemente und veränderlichen Faktoren dar, die das Wesen eines zukünftigen Krieges und seine möglichen Erscheinungsformen in den Grundzügen bestimmen. Es versteht sich von selbst, daß es kein beständiges Kriegsbild geben kann, sondern es muß vielmehr als Planungsgrundlage immer neu überprüft und neu erstellt werden, um so der veränderten politischen und sozialen Lage und dem technischen Fortschritt angepaßt zu werden.¹⁰¹

⁹⁷ Vielmehr geht es bei der Darstellung der historischen Fälle darum, den Kern der Zweck-Ziel-Mittel-Relation herauszuarbeiten. Die große Anzahl der Details muß berücksichtigt werden, aber ohne sich von ihrer Fülle verwirren zu lassen. Man könnte hier auch von einem idealtypischen Vorgehen nach der Art von Max Weber sprechen.

⁹⁸ In diesem Satz wurde bewußt der Militärmacheinsatz auf den Gebrauch von Feuerkraft eingeeengt, um so die tatsächliche Kriegsführung zu kennzeichnen. Hierbei sollen besonders wichtige Einzelbeispiele herausgestellt werden. Bei der Anwendung der Militärmacht zum Zwecke der militärischen Diplomatie (bei denen die Fallbeispiele alleine bei den USA und der UdSSR in die Hunderte reichen), kann natürlich nicht auf jeden einzelnen Fall eingegangen werden. Diese Fälle sollen daher nur summarisch abgehandelt werden oder aber einzelne markante Fallbeispiele mit weiterreichenden Wirkungen zusammenfassend dargestellt werden.

⁹⁹ vgl. Joachim Niemeyer: Elemente des modernen Kriegsbildes aus historischer Sicht, in: Truppenpraxis, Jg. 20, Heft 2, 1976, S. 73

¹⁰⁰ vgl. ebd.

¹⁰¹ vgl. ebd.

Als drittes Verfahren, neben der Analyse der Zweck-Ziel-Mittel-Relation und der Heranziehung der historischen Erfahrung, soll sodann die kritische Dauerbeobachtung treten, um zu einer ganzheitlichen Sichtweise zu gelangen. Hahlweg hat dies bei Clausewitz als die kritisch-realistische Auswertung und Dauerbeobachtung der in seiner Zeit ausgeübten militärischen und politischen Praxis identifiziert. Nur eine kritisch begleitende Dauerbeobachtung, die neben diesen doktrinären Veränderungen auch ideologische Wandlungsprozesse und strukturelle Umgestaltungen mit einschließt, bietet in der Zeit des beschleunigten Wandels noch die Chance zu einer Wesensanalyse der internationalen Beziehungen und zu einer realistischen Einschätzung des gegebenen Möglichkeitsraumes¹⁰² zu gelangen.

Aus diesem Grunde wird sich diese Arbeit auch mit den neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Strategie und Doktrin-Entwicklung in den USA, aber vor allem in der UdSSR beschäftigen und die angelaufenen Wandlungsprozesse aus dem jeweiligen Selbstverständnis der Akteure heraus interpretieren; dies kann auch zu einer weiteren Schulung des Taktes des Urteils und zu einer besseren Prognosefähigkeit führen.

Zu Beginn der Darstellung muß aber erst der eigentliche Analyserahmen abgesteckt werden. Zum einen, um die Prämissen dieser Arbeit darzulegen, die der Analyse zu Grunde liegen werden. Zum anderen aber, um die Militärmacht in den weltpolitischen Kontext einbetten zu können und um ihre jeweilige politische Relevanz und die Zielsetzung ihrer Anwendung verdeutlichen zu können.

¹⁰² Zum Begriff des Möglichkeitsraumes vgl. Reiner Albert: Außenpolitische Planung zwischen Vision und realem Wirklichkeitsraum. Woodrow Wilsons Theorieverständnis und Friedensplanung am Vorabend des 1. Weltkrieges, Münster, Hamburg, 1993, S. 27 ff.

3. Der Analyserahmen: Die Struktur des Internationalen Systems in der Zeit des Kalten Krieges

Die Anwendung der militärischen Macht geschieht immer in konkreten historischen Situationen zur Erreichung gesamtstrategischer, strategischer oder operativer Ziele. Aber eine noch so detaillierte Analyse dieser historischen Situation und der darin wirkenden kausalen Faktoren würde wichtige Einflußfaktoren und Wirkungszusammenhänge außer acht lassen, wenn nicht die jeweilige Struktur des Internationalen Systems in die Betrachtung mit einfließen würde. Gerade bei der Analyse der Militärmachtanwendung haben Grundbedingungen des Internationalen Systems entscheidenden Einfluß auf die Art der angewendeten militärischen Mittel und ihre politischen Wirkungen.

Erst durch eine vorausgegangene Analyse der Bedingungen, unter denen sich die Beziehungen der jeweiligen Akteure vollziehen, kann der Analyserahmen aufgestellt werden, der eine Bewertung der Militärmacht überhaupt ermöglicht. Ein weiterer Zweck der Analyse des Internationalen Systems ist die Entwicklung von Begriffen, mit deren Hilfe eine spätere Analyse erst sinnvoll durchgeführt werden kann.

Neben diesen beiden Funktionen – also einer konkreten Lagedarstellung im Internationalen System, unter der sich die Anwendung von Militärmacht vollzieht, und der Entwicklung einer Begrifflichkeit, mit deren Hilfe die Analyse der Militärmachtanwendung durchgeführt werden kann, – dient die Erläuterung der Strukturelemente des Internationalen Systems noch einem dritten Zweck: Der Darlegung der Prämissen, auf denen die wissenschaftliche Analyse aufbauen soll. Wie schon im 2. Kapitel ausgeführt, läßt sich wegen der Seinsgebundenheit des Menschen (Karl Mannheim) – und damit auch des Analytikers – eine vollständige Objektivität nicht erreichen. Die Wissenschaftlichkeit einer Analyse kann vielmehr nur dadurch angestrebt werden, daß die Prämissen, auf denen sie beruht, der intersubjektiven Überprüfbarkeit zugänglich gemacht werden. Durch die Darstellung der Strukturen des Internationalen Systems sollen hier die Grundprämissen dargelegt werden, unter denen die getroffenen Aussagen ausschließliche Gültigkeit besitzen, wodurch dann auch eine Standortbestimmung des Analysierenden und der Analyseebene gegeben ist.

3.1. Die Struktur des Internationalen Systems

Wenn hier die Struktur des Internationalen Systems analysiert werden soll, dann ist damit nicht ein kybernetisches System im Sinne der Systemtheorie gemeint, sondern nach Clausewitz die vernünftige Anschauung der Akteure und ihrer Beziehungsmuster in der internationalen Arena. In der Unterscheidung des Kybernetikers Stefford Beer in einfache, komplexe und äußerst komplexe Systeme stellt das internationale Beziehungsgeflecht ein System der letzten Kategorie dar¹⁰³. Nach R. Meyers sind aber solche Systeme nur modellhafte Rekonstruktionen eines für ursprünglich gehaltenen Wirklichkeitszusammenhangs, deren jeweiliger Charakter davon abhängt, wie der Systemtheoretiker die Welt interpretiert¹⁰⁴; weiter führt er aus: Sie erfassen daher ...“keinen primären Lebenszusammenhang, sondern nur dessen quasi – objektive Projektion; sie spiegeln modellartig eine (fingierte) objektive Wirklichkeit...”¹⁰⁵. Zudem ist die Komplexität der Aktionszusammenhänge im „Internationalen System“ derartig hoch, (s. Modell der 3. Kategorie) daß statt szientistischer Methoden eher ein geschulter Takt des Urteils zur Erfassung dieser Zusammenhänge geeignet erscheint. Eine Definition des Internationalen Systems im Sinne des Clausewitzschen Taktes des Urteils gab Raymond Aron, indem er die Gesamtheit der politischen Einheiten, welche untereinander reguläre Beziehungen unterhalten und in einen allgemeinen Krieg hineingezogen werden können, „Internationales System“ nannte.¹⁰⁶

Zur Kennzeichnung der Strukturen des Internationalen Systems soll nun in drei Schritten vorgegangen werden.

1. Zunächst müssen die Hauptakteure im Internationalen System identifiziert werden,
2. danach werden gleichbleibende (quasi-ontische) Strukturmerkmale des Internationalen Systems herausgearbeitet

¹⁰³ vgl. Henning Behrens/Paul Noack: Theorien der internationalen Politik, München 1984, S. 69

¹⁰⁴ vgl. Reihard Meyers: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, 2. Aufl., Düsseldorf 1981, S. 89

¹⁰⁵ ebenda

¹⁰⁶ vgl. Raymond Aron: Frieden und Krieg, Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt a.M. 1986, S.117

3. und schließlich werden verschiedene Gattungen von Internationalen Systemen nach qualitativen Merkmalen unterschieden¹⁰⁷ (wobei die verschiedenen Arten von Internationalen Systemen als für die Analyse wenig relevant vernachlässigt werden).¹⁰⁸

3.1.1. Die Hauptakteure im Internationalen System

Der traditionelle Ansatz für die Erklärung der Beziehungen im Internationalen System geht davon aus, daß die Staaten die Hauptakteure dieses Systems sind. Hierbei wird der Staat als prinzipiell autonomer und homogener Akteur angesehen¹⁰⁹. Aber die wachsenden internationalen Verflechtungen auf ökonomischem oder kulturellem Gebiet haben die Grenzen des Territorialstaates durchlässig gemacht: Die wichtigsten Einflüsse auf eine unabhängige Existenz des Territorialstaates gingen aber von neueren Entwicklungen in der Kriegführung aus. So stellt John Herz heraus, daß es durch die zunehmende Wirkung im Wirtschaftskrieg, in der ideologisch-politischen Durchdringung, im Luftkrieg und im Atomkrieg einem gegnerischen Staat weitgehend gelingen kann, die „harte Schale“ des Staates zu überspringen oder zu durchdringen¹¹⁰. Damit konnte der Nationalstaat der wichtigsten Schutzfunktion seinen Bürgern gegenüber nicht mehr gerecht werden.

¹⁰⁷ Raymond Aron unterscheidet die "Gattung" Internationaler Systeme von der "Art" der Internationalen Systeme. Wenn sich die Gestaltung der Kräfteverhältnisse wesentlich ändert oder wenn die Homogenität der Heterogenität (s. dazu S. XI) weicht, spricht Aron von qualitativen Veränderungen der Gattung des Internationalen Systems. Wenn die Heterogenität oder die Bipolarität stärker oder schwächer wird, spricht Aron von quantitativen Veränderungen der Art; m. E. stellt die Frage der Homogenität oder Heterogenität des Internationalen Systems einen solch fundamentalen Unterschied dar, daß hierfür im folgenden ausschließlich der Begriff "Gattung" des Internationalen Systems verwendet werden soll.

¹⁰⁸ In seinem Buch: *System and Process in International Politics*, New York 1957, unterscheidet Morton Kaplan sechs verschiedene Arten eines Internationalen Systems, wobei nur die beiden ersten einer historischen Wirklichkeit entsprechen und die übrigen rein fiktiver Natur sind.

1. das "balance of power" System
2. das bipolare System
3. das straffe bipolare System
4. das "universal system"
5. das hierarchische System
6. das "out-veto-system"

Zitiert nach: Morton A. Kaplan: *Die Internationalen Systeme*, in: Ernst Otto Czempel (Hrsg.) *Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1969, S. 132-170

¹⁰⁹ Max Weber definiert den Staat als diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit mit Erfolg beanspruchen kann; vgl. Max Weber: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. v. Johanna Winkelmann, Tübingen 1971, S. 506

¹¹⁰ vgl. John Herz: *Aufstieg und Niedergang des Territorialstaates*, in: John Herz, *Staatenwelt und Weltpolitik*, Hamburg 1974, S. 74

Eine ebenso große Herausforderung des Nationalstaates als Hauptakteur im Internationalen System stellte die Herausbildung von internationalen Organisationen auf intergouvernementaler Ebene dar, von denen hier nur die Vereinten Nationen, die OECD oder die Internationale Energieagentur genannt seien. Nach Link¹¹¹ überlagert ein dichtes Netz von ca. 250 internationalen Organisationen die traditionellen Organisationen des Staatensystems.

Weitere Akteure des Internationalen Systems sind eine große Anzahl von inneren gesellschaftlichen Organisationen, die in Staaten, in denen kein Staatsmonopol besteht, Autonomie genießen und so auch zu anderen Organisationen, gesellschaftlichen Gruppen oder Regierungen Beziehungen aufnehmen und aufrecht erhalten können. Werner Link nennt als Beispiele für solche nicht-gouvernementale, internationale Organisationen die Sozialistische Internationale, den Internationalen Gewerkschaftsbund oder den Weltkirchenrat¹¹². Derzeit existieren Über 2500 solcher Organisationen (NGO).¹¹³

All diese Veränderungen modifizierten das Internationale System auf solche Weise, daß der Staat als einzige Analyseeinheit in der Theorie der Internationalen Beziehungen in Frage gestellt wurde¹¹⁴. In den 60er Jahren war vor allem die Integrationstheorie eine beherrschende Forschungsrichtung in der Lehre von den Internationalen Beziehungen. Diese strebten in Verbindung mit der Friedensforschung durch den Zusammenschluß von Staaten zu überstaatlichen Einheiten eine Eindämmung der Vielfalt nationaler Egoismen an, die möglicherweise gar durch die Errichtung eines Weltstaates zu einer dauerhaften Befriedung der Welt führen sollte¹¹⁵. In abgewandelter Form und mit realisierbarem Hintergrund untersuchte der Neo-Funktionalismus hauptsächlich am Beispiel

¹¹¹ vgl. Werner Link: Der Ost-West-Konflikt, zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, S. 23

¹¹² vgl. Link: a.a.O., S. 28

¹¹³ vgl. ebenda

¹¹⁴ Die marxistisch-leninistische Theorie sieht die gesellschaftlichen Klassen als Hauptakteure in der Weltgeschichte und auch in den internationalen Beziehungen an. Reinhard Meyers kommt daher zu drei Modellen bezüglich der Akteure im Internationalen System.

(vgl. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen: a.a.O., S. 19 f.)

a.) Grundannahme, daß die internationale Politik traditioneller Weise von souveränen Territorialstaaten ausgeht (z. B. Aron oder Herz)

b.) der Internationale-Beziehungen-Ansatz, der, im Gegensatz zu dem angeführten Außenpolitik-Ansatz, die Handlungen von Akteuren als nur einen Aspekt eines ganzen Interaktionsmusters begreift und alle Arten von öffentlichen, privaten, politischen oder sonstigen Beziehungen mit einbezieht.

c.) der marxistisch-leninistische Ansatz, der den Staat nur als Machtinstrument bestimmter herrschender Klassen begreift und die Außenpolitik nur als Bestandteil der Politik der jeweils herrschenden Klasse definiert.

¹¹⁵ vgl. Behrens/Noack: a.a.O., S. 135

der Europäischen Union Vorgänge, die bei der regionalen Integration auftreten¹¹⁶. Hierbei wurde ein „spill-over“ Effekt vorausgesagt, bei dem eine rein funktionale Integration schließlich in eine politische Integration übergehen sollte¹¹⁷.

Aber weder die Hoffnung der Funktionalisten, daß neue Strukturen des „arbeitenden Friedens“ entstehen würden, und so der Antagonismus souveräner Staaten überwunden werden könnte, noch die Annahme der Neo-Funktionalisten, daß ein „spillover“ von der ökonomischen zur politischen Kooperation erfolgen würde, hat sich bisher erfüllt¹¹⁸. So ist zum Beispiel die Zusammenarbeit in internationalen (und supranationalen) Organisationen noch immer von der Zustimmung der einzelnen souveränen Staaten abhängig. Als besonders augenfälliges Beispiel führt Link die Vereinten Nationen an. Weder stellt der Sicherheitsrat eine Weltregierung noch die Generalversammlung eine Weltlegislative dar. Es existiert ferner keine internationale Polizei, welche die Entscheidungen des Sicherheitsrates durchsetzen könnte¹¹⁹. So ist es nicht verwunderlich, wenn auch die Analyseeinheit „Nationalstaat“ wieder eine Renaissance erlebt hat, so daß Behrens/Noack zu der Aussage gelangen, daß Theorien, die den Staat, seine Funktionen und seine Handlungsweisen in den Mittelpunkt der Analyse stellen, zugleich zu den ältesten, wie zu den neuesten Ansätzen gehören¹²⁰. Hierfür sind mehrere Gründe ausschlaggebend: Zwar hat der Staat seine „harte Schale“ verloren, aber gerade die Rüstungspotentiale sind auf nationaler Basis organisiert, womit die Verfügungsgewalt über die nationale Verteidigung in den Händen des Staates geblieben ist¹²¹. Als zweites ist anzuführen, daß im internationalen Völkerrecht und in der internationalen Diplomatie nur der eine Rolle spielt, der offiziell als Staat anerkannt ist.

Der Hauptgrund für die weitere Orientierung am Staat als Analyseeinheit ist aber der, daß nur staatliche Akteure in der Lage sind, für alle Einwohner verbindliche Entscheidungen zu treffen und nur Staaten können als nationale und internationale Normgeber angesehen werden¹²². Gesellschaftliche Akteure sind keine Normgeber und sie besitzen

¹¹⁶ vgl. Behrens/Noack: a.a.O., S. 138

¹¹⁷ vgl. ebenda

¹¹⁸ vgl. Link: a.a.O., S. 23

¹¹⁹ vgl. Link: a.a.O., S. 24

¹²⁰ vgl. Behrens/Noack: a.a.O., S. 42

¹²¹ vgl. Behrens/Noack: a.a.O., S. 50

¹²² vgl. Link: a.a.O., S. 30

auch nur eine relative Autonomie, und zwar nicht einmal global – wie Link bemerkt –, sondern nur in nicht-totalitären Staaten¹²³.

Eine Systemtheorie, die den Staat als bloßes administratives Subsystem ansieht (etwa im „multistabilen Mehrebenensystem“ von W. Bühl¹²⁴ wird dem Analysegegenstand nicht gerecht, besonders dann, wenn man am speziell politischen Aspekt – und der Gebrauch von Militärmacht ist m. E. ein besonderer politischer Aspekt der internationalen Beziehungen, interessiert ist¹²⁵.

Der Staat der Gegenwart ist daher nicht als ein solches Subsystem anzusehen, sondern als kollektiver Macht- und Willensverbund, in dem die Regierung autoritative Entscheidungen fällt, durchsetzt und diese nach außen im Internationalen System vertritt¹²⁶. Staaten sind somit zwar nicht die einzigen Akteure, aber doch die bei weitem wichtigsten Akteure; daher geht diese Untersuchung, die sich mit einem der vornehmsten Souveränitätsrechte der Staaten beschäftigt, zu Analysezielen von einem durch Staaten bestimmten Internationalen System aus. Allerdings wird man diesen Akteuren mit einem Staatsverständnis, das noch vor der Französischen Revolution entstanden ist, – wie im Verlaufe dieses Kapitels gezeigt werden wird – in der Analyse nicht gerecht, da die Janusgesichtigkeit des modernen Staates immer in Betracht gezogen werden muß.

3.1.2. Das strukturelle Hauptmerkmal der Interaktionen souveräner Staaten im Internationalen System: Das Sicherheitsdilemma

Die Interaktionen von Staaten im Internationalen System sind ihrem Wesen nach durch Unsicherheiten über das Verhalten der anderen Staaten gekennzeichnet. Andere Staaten müssen so als potentielle Bedrohung der eigenen staatlichen Sicherheit angesehen werden. Nach Link soll hier Sicherheit als Folge der Sicherung der fortgesetzten inneren Selbstbestimmung, der Bewahrung der staatlichen Identität und der Freiheit der gesellschaftlichen Entwicklung, als essentieller Kernbereich staatlichen Handelns angesehen werden.¹²⁷

¹²³ vgl. ebenda

¹²⁴ vgl. Walter L. Bühl: Transnationale Politik, Stuttgart 1978, S. 388

¹²⁵ vgl. Link: a.a.O., S.32

¹²⁶ vgl. Link: a.a.O., S. 33

¹²⁷ vgl. Link a.a.O., S. 15. Link verwendet hier seinerseits eine Definition von Richard Löwenthal: Freiheit der Eigenentwicklung, in: Außenpolitik, Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 1, Das Ende des Provisoriums, München, Wien 1971, S. 11-18

Doch wegen der Unsicherheit über die Absichten anderer Staaten müssen Staaten um ihre eigene Sicherheit fürchten. Daher sind Staaten aus strukturellen Gründen gezwungen, Macht zu akkumulieren, um der Macht anderer Staaten begegnen zu können. Dieses Dilemma wird in der Lehre der Internationalen Beziehungen als das „Macht- und Sicherheitsdilemma“ bezeichnet.

Einer der Hauptvertreter dieser Denkrichtung ist John Herz, dessen Theorie des „Sicherheitsdilemmas“ als eine der drei Hauptrichtungen innerhalb der Realistischen Schule der Theorie der Internationalen Beziehungen bezeichnet wird.¹²⁸

Im folgenden soll hier das Herz'sche Konzept des Macht- und Sicherheitsdilemmas kurz zusammenfassend dargestellt werden.¹²⁹

Herz fasst den Menschen als ein „historisches Wesen“ auf, das auf die Sicherung seiner Zukunft bedacht ist. Bei dem Versuch, für seine Zukunft Vorsorge zu treffen, wird sich der Mensch der ständigen Gefährdung seines Lebens durch Krankheiten, äußere Einflüsse oder durch seine Mitmenschen bewußt. Besonders die Einsicht, daß andere Menschen ihn töten können, ist von entscheidender Bedeutung für sein gesellschaftliches und politisches Verhalten. Hierbei spielt die Frage, ob der Mensch von Natur aus friedfertig oder aggressiv und herrschsüchtig ist, keine Rolle. Der gegenseitige Verdacht genügt, den anderen als potentiellen Todfeind zu perzipieren. So ergibt sich für den Menschen die paradoxe Situation, einerseits seinen Mitmenschen als potentiellen Gegner anzusehen, andererseits zur Erlangung lebensnotwendiger Dinge auf die soziale Zusammenarbeit mit ihm angewiesen zu sein. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß er nicht alle potentiellen Feinde vernichten kann. Dies führt zu dem Bestreben des Menschen, seine eigene Sicherheit zu maximieren. Er erreicht die Maximierung durch die Akkumulation von Mitteln der Lebenserhaltung (Nahrung, Kleidung und andere Güter) und von Waffen, die es ihm ermöglichen, sein Leben und sein Eigentum gegen Angriffe anderer zu schützen.

Diese Akkumulation muß aber das Mißtrauen der anderen Mitmenschen verstärken, woraufhin diese ebenfalls zur Steigerung ihrer Machtmittel angeregt werden. Auf diese

¹²⁸ Neben Herz ist hierbei die theologisch begründete Schule von Reinhold Niebuhr und die anthropologisch begründete Schule von H.J. Morgenthau zu nennen. vgl. Meyers: a.a.O., S. 51 f.

¹²⁹ vgl. hierzu John Herz: Politischer Realismus und politischer Idealismus, Meisenheim am Glan., 1959, S. 16 ff.

Weise wird ein *circulus vitiosus* in Gang gesetzt, der nach Herz nichts mit einem angeborenen Machtinstinkt des Menschen zu tun hat, sondern alleine auf den Selbsterhaltungstrieb des Menschen zurückzuführen ist. Das Streben nach Prestige kann ebenfalls diesem Verhaltensmuster zugerechnet werden, da das Prestige hauptsächlich auf der von anderen zugerechneten Macht beruht, es aber gleichgültig ist, ob die Macht auf objektiven Tatsachen oder auf subjektiven von anderen zugerechneten Faktoren beruht. Herz streitet mit dem Konzept des Macht- und Sicherheitsdilemmas die Existenz von Charakterschwächen keineswegs ab, die noch erschwerend bei der Beurteilung des sozialen Verhaltens berücksichtigt werden müssen; er geht nur davon aus, daß auch von einem Menschen, der nicht durch Herrschaftsinstinkte motiviert ist, das Streben nach Macht als Mittel zur besseren Sicherung seines Lebens erwartet werden muß.

Die geschilderte Situation des „*homo homini lupus*“ schließt die Zusammenarbeit und Solidarität als Grundlage sozialen Lebens nicht aus. Durch den Zusammenschluß von Menschen zu Gruppen aber verschiebt sich der Konkurrenzkampf lediglich auf die Ebene der Kleingruppe bis hin zu dem Wettbewerbsverhalten ganzer Nationen¹³⁰; Herz führt dazu weiter aus: „Angesichts dieses Tatbestandes gewinnt unsere oben angesprochene Behauptung von der Geltung des „*homo-homini-lupus*“-Prinzips, die im Bereich des reinen Individualismus vielleicht angezweifelt werden kann, an Allgemeingültigkeit“¹³¹. Das Prinzip des Sicherheitsdilemmas ist es auch, das sich in seiner äußersten Zuspitzung in der „... tragischen Lage, in der sich eine zwiegespaltene und mit Atombomben gesegnete Welt derzeit befindet, ...“¹³² widerspiegelt und „... mit dem sich menschliche Gesellschaften von Anbeginn ihrer Geschichte auseinanderzusetzen hatten.“¹³³

3.1.3. Die Grundstruktur des Internationalen Systems

Nachdem nun Staaten als die bestimmenden Hauptakteure des Internationalen Systems angegeben wurden und das „Macht- und Sicherheitsdilemma“ als beherrschendes Prinzip der Beziehungen der Staaten untereinander charakterisiert wurde, gilt es nun, einen Blick auf die Gesamtstruktur des Internationalen Systems zu werfen. Hierbei ist zu fra-

¹³⁰ vgl. John Herz: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma, in: John Herz: Staatenwelt und Weltpolitik, a.a.O., S. 39 f.

¹³¹ Herz: Politischer Realismus: a.a.O., S. 26

¹³² Herz: Idealistischer Internationalismus ...: a.a.O., S. 39

gen, welche strukturellen Elemente sich trotz aller Veränderungen im Internationalen System erhalten haben. Charakteristisches Merkmal des Internationalen Systems ist das Fehlen eines Monopols legaler Gewaltmittel, das die Durchsetzung verbindlicher Entscheidungen gegen Rechtsbrecher gewährleisten könnte. Hinzu kommt, daß es im Internationalen System keine hinreichenden Gemeinsamkeiten der einzelnen Staaten gibt, die als Basis für eine staatsähnliche Ordnung dienen könnten, so daß keine verbindlichen Entscheidungen, etwa durch einen Gesetzgebungsakt, sondern nur durch weniger verbindliche Entscheidungen die Koordination der Willen der einzelnen Staaten erfolgen kann¹³⁴. Trotz des fortgeschrittenen europäischen Integrationsprozesses gilt der Satz von Raymond Aron noch in seiner Kernaussage, den er 1962 in dem Standardwerk „Frieden und Krieg“ niederschrieb: „..., daß Staaten weder Schiedsrichter noch Gerichtshof oder Gesetz anerkennen, die ihrem Willen übergeordnet sind, und daß sie infolgedessen ihre Existenz und ihre Sicherheit nur sich selbst oder ihren Verbündeten verdanken.“¹³⁵

Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn man den Blickwinkel auf die Fragen der Sicherheit beschränkt – weswegen auch die europäische Integration auf dem Gebiet der Sicherheit am schwierigsten zu gestalten ist und hier der Prozeß auch die geringsten Fortschritte erzielt hat.

Neben dem Fehlen eines Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit auf internationaler Ebene ist die Pluralität autonomer Entscheidungszentren eine weitere Grundgegebenheit des Internationalen Systems. Zur Zeit gibt es 193 formal souveräne Staaten auf der Erde¹³⁶, die nach der Durchsetzung ihrer Ziele und Interessen streben, dies aber unter den Bedingungen vielfältiger Abhängigkeiten und faktischer Ungleichheit tun müssen.

Das dritte Grundmerkmal des Internationalen Systems besteht darin, daß die politischen Souveränitätswillen der einzelnen Staaten aufeinandertreffen, und sich diese der Macht zur Lösung ihres Konfliktes bedienen.¹³⁷ Von diesen Tatsachen, der Pluralität der Entscheidungszentren, der Dialektik der Willen und des Fehlens eines Monopols legitimer

¹³³ ebenda

¹³⁴ vgl. Link: a.a.O., S. 15

¹³⁵ Aron: a.a.O., S. 153

¹³⁶ vgl. Der Fischer Weltalmanach 2001, hrsg. v. Mario v. Baratta, Frankfurt a.M., Oktober 2000, Spalte 31 ff.

¹³⁷ vgl. André Beaufre: Totale Kriegskunst im Frieden, Frankfurt/Berlin 1964, S. 24

physischer Gewaltsamkeit muß nun die Theorie der Internationalen Beziehungen – nach Aron – ausgehen und das damit verbundene Risiko eines Krieges immer mit berücksichtigen.¹³⁸

Alles in allem gesehen, stellt sich also das Internationale System als ein dezentralisiertes, anarchisches Selbsthilfesystem dar, in dem formal souveräne und rechtlich gleichberechtigte, faktisch aber ungleiche Staaten, selbst für ihre Sicherheit und Verwirklichungschancen sorgen müssen; dieses System wird nur modifiziert, nicht ersetzt, von einem Geflecht transnationaler, d. h. grenzüberschreitender Interaktionen gesellschaftlicher Gruppen und supranationaler Akteure.¹³⁹

Durch diese allgemeinen Betrachtungen werden zwar notwendige Kriterien zum Verständnis des Wesens des Internationalen Systems aufgezeigt, aber demnach sind diese nicht hinreichend für das Verständnis der Qualität des Internationalen Systems, wie es nach den Epochenjahren 1917 und 1990/91 existierten. Die oben skizzierten Gegebenheiten stellen die quasi-ontischen Strukturen eines Staatensystems dar, wie sie sich seit der Entstehung von Nationalstaaten (also seit dem Spätmittelalter und der frühen Neuzeit bis hin zu ihrer endgültigen Dominanz mit dem Westfälischen Frieden von 1648) herausgebildet haben und idealtypisch zwischen dem Westfälischen Frieden und der Französischen Revolution und in abgeschwächter Form nach dem Wiener Kongreß bis zur Russischen Revolution bestanden haben. Bisher aber unberücksichtigt geblieben ist dabei die Tatsache, daß innerhalb dieses Systems Konflikte eine ganz entscheidende neue Qualität annehmen können und angenommen haben.

3.1.4. Das legitime und das revolutionäre Internationale System

Verschiedene Autoren wie Werner Link, Raymond Aron und Henry Kissinger haben unterschiedliche Begriffe gebraucht, um im wesentlichen den gleichen Sachverhalt zu kennzeichnen: Die unterschiedlichen Qualitäten der Legitimität, die ein gegebenes Internationales System jeweils annehmen kann. Raymond Aron unterscheidet bei Internationalen Systemen zwischen ihrer Art und ihrer Gattung. Während die „Art“ quantitative Unterschiede und graduelle Wandlungsprozesse bezeichnet, wendet Aron die Unter-

¹³⁸ vgl. Aron: a.a.O., S. 27

¹³⁹ Dies ist eine Zusammenfassung von Definitionen des Internationalen Systems, wie sie Werner Link in seinem Buch: „Der Ost-West-Konflikt“ aufstellt. vgl. Link: a.a.O., S. 15 und S. 31

scheidung „Gattung“ für wesentliche Veränderungen des Kräfteverhältnisses oder beim Übergang von Homogenität zur Heterogenität,¹⁴⁰ also bei qualitativen Veränderungen des Systems, an.

Im folgenden soll hier mit Hilfe der drei obengenannten Autoren eine Unterscheidung der Gattung des Internationalen Systems hinsichtlich der grundlegenden Legitimität des Systems getroffen werden.

Für Link ist das Internationale System durch Wettbewerb und Konflikt gekennzeichnet, wobei er den Konflikt als eine Wettbewerbssituation definiert, in der sich bestimmte Akteure der Unvereinbarkeit potentieller künftiger Positionen bewußt sind, und jeder den erkennbaren Wunsch hat, eine Position einzunehmen, die mit den Wünschen des anderen unvereinbar ist.¹⁴¹ Link fährt fort: „Konflikte sind ein kritischer Spannungszustand bzw. Spannungsprozeß, der durch das Auftreten miteinander unvereinbarer (oder unvereinbar erscheinender) Tendenzen in einer (die Akteure) umfassenden (Interaktions-)Einheit verursacht wird und dadurch deren Organisation und Struktur bedroht.“¹⁴²

Von ganz besonderer Qualität ist nach Link aber ein „struktureller Konflikt“, bei dem die miteinander unvereinbaren (oder unvereinbar erscheinenden) Tendenzen, die einen kritischen Spannungszustand erzeugen und die Organisation des Beziehungsrahmens bedrohen, die Gestaltung des Beziehungsrahmens selbst zu ihrem Gegenstand haben.¹⁴³ Dieser strukturelle Konflikt wird zum strukturellen Weltkonflikt, wenn die Großmächte oder Mächtegruppierungen unvereinbare (oder unvereinbar erscheinende) Tendenzen hinsichtlich der Organisationsstruktur des Internationalen Systems verfolgen. Diese Tendenzen können aus sich einander ausschließenden Veränderungen bestehen, die beide Mächte anstreben oder aber aus strukturellen Veränderungstendenzen einer Macht, während die andere Macht für die Erhaltung des Status quo eintritt.¹⁴⁴

Raymond Aron benutzt eine andere Terminologie, um im wesentlichen den gleichen Sachverhalt zu kennzeichnen. Für ihn kann das Internationale System von der Gattung her entweder homogen oder heterogen sein. In einem homogenen System befinden sich Staaten, die dem gleichen Typus angehören und der gleichen politischen Konzeption

¹⁴⁰ vgl. Aron: a.a.O., S. 180

¹⁴¹ vgl. Link: a.a.O., S. 95 f.

¹⁴² Link: a.a.O., S. 38

¹⁴³ vgl. Link: a.a.O., S. 47

¹⁴⁴ ebenda

folgen, während sich in einem heterogenen Internationalen System Staaten befinden, die nach verschiedenen Prinzipien organisiert sind und sich aufeinander widersprechende Werte berufen.¹⁴⁵

Ihren stärksten Ausdruck fand nach Aron die Homogenität des Internationalen Systems in der „Heiligen Allianz“, dem Bündnis der fünf europäischen Großmächte nach dem Wiener Kongreß zur Erhaltung der europäischen Ordnung und zur Abwehr revolutionärer Bestrebungen. Bis 1914 war die Homogenität vorherrschend. Erst 1917 wurde das Internationale System unheilbar heterogen.¹⁴⁶ Während ein homogenes Internationales System für die Begrenzung der Gewalt günstig ist und aus Staaten mit berechenbaren Regierungen besteht, hat das heterogene Internationale System gegenteilige Folgen, indem sich die Instabilitäten verschärfen, sich die zwischenstaatlichen Konflikte mit internen Bürgerkriegen überschneiden und die Erzielung eines Kompromißfriedens erheblich erschwert wird.¹⁴⁷

Henry Kissinger trifft die gleiche Unterscheidung der Gattungen des Internationalen Systems mit den Bezeichnungen „legitimes“ bzw. „revolutionäres“ Internationales System. Ein legitimes System besteht nach Kissinger dann, wenn kein Staat so unzufrieden mit der herrschenden Friedensordnung ist, daß er sie zur Erreichung seiner Ziele beseitigen will oder seine Rechtsauffassung nicht als unvereinbar mit derjenigen anderer Staaten ansieht.¹⁴⁸

Ein revolutionäres Internationales System liegt dann vor, wenn eine oder mehrere Mächte die internationale Ordnung oder die Art ihrer Legitimität ablehnen. Dann sind nicht mehr Differenzen innerhalb des Systems der Streitpunkt zwischen den Staaten, sondern es geht um das System selbst.¹⁴⁹

Ob man nun einen Konflikt im Internationalen System als strukturellen Weltkonflikt, oder ein System als heterogenes oder revolutionäres Internationales System bezeichnet, immer geht es in den Streitpunkten um die internationale Ordnung als solche und nicht um einzelne politische, wirtschaftliche oder territoriale Streitpunkte zwischen einzelnen Staaten oder Staatengruppen.

¹⁴⁵ vgl. Aron: a.a.O., S. 123 f.

¹⁴⁶ vgl. Aron: a.a.O., S. 126 f.

¹⁴⁷ vgl. Aron: a.a.O., S. 124 f.

¹⁴⁸ vgl. Henry Kissinger. Kernwaffen und auswärtige Politik, 2. Aufl., München, Wien 1974, S. 121

¹⁴⁹ vgl. Henry Kissinger: Großmachtdiplomatie, Neuauflage, Düsseldorf, Wien 1980, S. 8

In einem legitimen Internationalen System – um bei dem Begriff von Kissinger zu bleiben¹⁵⁰ – in dem Interessenkonflikte vorherrschend sind, treten – wie oben gezeigt – folgende Wesensmerkmale auf:

- Staaten als hauptsächlichliche Akteure
- Fehlen eines Monopols legitimer physischer Gewaltbarkeit
- Pluralität der Entscheidungszentren
- Dialektik der Willen

In einem revolutionären Internationalen System, in dem die Interessenkonflikte weiter bestehen, aber von Ideenkonflikten überlagert sind, bestehen auch diese Strukturmerkmale weiter, aber sie werden von spezifischen Strukturmerkmalen ergänzt. Seit der erfolgreichen Etablierung der „Atlantischen Revolution“¹⁵¹ kamen, laut Schössler,¹⁵² weitere wesentliche Dimensionen hinzu, welche die alten Strukturmerkmale überlagerten. Der wichtigste dieser Faktoren ist die Ideologienpolitik oder auch Teleologisierung der Politik, d. h. der revolutionäre Staat wird nun zum Machtmittel für Ideen, deren Charakter im Prinzip uneingrenzbar ist (weder dynastisch, noch durch territoriale Grenzen), sondern vielmehr universelle Gültigkeit besitzt (z. B. die Idee der Menschenrechte oder die des Sozialismus/Kommunismus):

Eng damit verbunden sind die Polarisierung und die Globalität des Ideenkonfliktes. Unter Polarisierung versteht Schössler¹⁵³ das Auftreten von Weltparteien, welche die Akteure in progressive und konservative Protagonisten einteilen und prinzipiell überall auftreten können, während er unter Globalität die Tatsache versteht, daß es im geographischen und kulturellen Sinne keine autonomen Räume mehr gibt, sondern von einer

¹⁵⁰ Im weiteren Verlauf der Arbeit sollen die Begriffe von Henry Kissinger „legitimes Internationales System“ und „Revolutionäres Internationales System“ verwendet werden, da sie einmal zeitlich am frühesten von den drei genannten Bezeichnungen entstanden sind, aber sie m. E. auch am besten das heutige Wesen des Internationalen Systems charakterisieren.

¹⁵¹ Der Begriff der „Atlantischen Revolution“ faßt die bürgerlichen Revolutionen in den USA von 1775/76 und in Frankreich von 1789 zusammen und läßt die von hier ab entfesselte Geschichtsdynamik deutlich werden. vgl. hierzu Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 1, Göttingen 1972, S. 253 ff.

¹⁵² vgl. Dietmar Schössler: Eine „Revolution“ im strategischen Denken, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Vorträge, Speeches, Conferences Nr. 4, München 1985, S. 3 f.

¹⁵³ vgl. ebenda

ins Globale ausgedehnten Bürgerkriegskonstellation in der politischen Wirklichkeit auszugehen ist.¹⁵⁴

Nach dieser allgemeinen und theoretischen Betrachtung der strukturellen Merkmale und der Gattungen möglicher Varianten des Internationalen Systems müssen nun die Hauptakteure im Internationalen System und die Untersuchungsobjekte dieser Arbeit, die USA und die UdSSR (später Russland) in den Kontext des Internationalen Systems eingeordnet werden. Weiterhin ist dann auch die Frage zu beantworten, welche Gattung des Internationalen Systems durch ihr gegenseitiges Verhältnis konstituiert wird.

¹⁵⁴ vgl. Dietmar Schössler: Der militärisch-industrielle Komplex und sein Einfluß auf Sicherheit und Entspannung in Ost und West, in: Friede ohne Rüstung?, hrsg. v. d. Clausewitz-Gesellschaft, Herford, Bonn 1989, S. 150

3.2. Die USA und die UdSSR im Internationalen System

Das Wesen des Internationalen Systems von 1917 bis 1990 wurde maßgeblich vom Verhältnis der beiden Supermächte USA und UdSSR bestimmt. Beide verdanken ihre Entstehung zweier epochemachender Revolutionen – der ersten wahren bürgerlichen Revolution im Verlaufe des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und der sozialistischen Oktoberrevolution. Hierdurch wird schon deutlich, daß ihre gegenseitigen Beziehungen entscheidend durch das Spannungsverhältnis der beiden unterschiedlichen Revolutionsmodelle gekennzeichnet war und ist.

Nach der vollen Ausbildung der Nationalstaaten nach dem Westfälischen Frieden und nach der klassischen Zeit des legitimen Internationalen Systems verwandelte erstmals die Atlantische Revolution – hier besonders die Französische Revolution – das Internationale System in ein revolutionäres Internationales System. Gleichzeitig wurde eine bis heute anhaltende Modernisierungsdynamik auf allen Ebenen des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens in Gang gesetzt dadurch, daß nun, mit Hegel zu sprechen, sich „... der Mensch vom Kopf auf den Gedanken stellt, und die Wirklichkeit danach erbaut.“¹⁵⁵

Der auffälligste Aspekt dieser Modernisierung war der Prozeß des Überganges von einer feudal strukturierten Agrargesellschaft zu einer modernen Industriegesellschaft. Dadurch waren diejenigen Staaten, die mit der Atlantischen Revolution in Kontakt kamen, ebenfalls gezwungen, einen Weg von der Feudal- in die Industriegesellschaft einzuschlagen. Barrington Moore unterscheidet drei Hauptwege des Übergangs von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft.¹⁵⁶

Zeitlich am frühesten verbanden sich Kapitalismus und Demokratie nach einer Serie von Revolutionen: Der Puritanischen Revolution, der Französischen Revolution und dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Diese Straße der bürgerlichen Revolutionen schlugen zeitlich nacheinander England, die Vereinigten Staaten und Frankreich ein.

¹⁵⁵ vgl. G. W. F. Hegel

¹⁵⁶ vgl. Barrington Moore: Soziale Ursprünge von Demokratie und Diktatur, Frankfurt a.M. 1974, S. 475

Der zweite Weg stellt für ihn der Sozialismus/Kommunismus dar. In Rußland und in China ermöglichten Revolutionen, die in der Hauptsache, aber nicht ausschließlich, ihre Wurzeln in der Bauernschaft hatten, diese Modernisierungsvariante.

Diese drei aufeinanderfolgenden Stufen weisen eine begrenzte, determinierte Beziehung untereinander auf: Die Methoden der Modernisierung, die sich in dem einen Land durchsetzten, veränderten die Dimensionen des Problems für die nächsten Länder, die diesen Schritt taten.¹⁵⁷

So stellen sich die beiden Supermächte als Träger universeller Fortschrittsideen dar, die prinzipiell auf die ganze Menschheit gerichtete Beispiele für das Streben nach Gerechtigkeit aufstellten.

Ralf Dahrendorf deutet die Geschichte der USA als die in der Praxis angewandte Aufklärung,¹⁵⁸ in welcher der demokratische und freiheitliche Fortschrittsgedanke verwirklicht wurde.

Tatsächlich sahen schon die Pilgerväter in ihrer neuen Kolonie das neue Jerusalem der Menschheit.¹⁵⁹ Auch nach der Säkularisierung dieses puritanischen Sendungsbewußtseins war es der Glaube der Gründerväter der USA, für die ganze Menschheit zu handeln (James Madison: Workshop of Liberty).¹⁶⁰

Diese einzigartige Symbiose von Rationalismus und Christentum, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und moralischem Anspruch brachte die bis heute grundlegenden amerikanischen Werte wie Demokratie, Freiheit, die Idee der Gleichheit und der individuellen menschlichen Würde sowie die Idee des universellen Sendungsbewußtseins und der moralischen Verantwortung des einzelnen hervor¹⁶¹.

Anders als aber in Europa empfanden es die Amerikaner – wie Margarita Mathiopoulos in ihrer Studie über das amerikanische politische Denken betont – niemals als Widerspruch, moralische Idealismuskonzepte mit pragmatischem Realismus zu verfolgen¹⁶²,

¹⁵⁷ vgl. Moore: a.a.O., S. 476

¹⁵⁸ vgl. Rolf Dahrendorf: Die angewandte Aufklärung, Frankfurt a.M. 1968, passim, zitiert nach Margarita Mathiopoulos: Amerika: Das Experiment des Fortschritts, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 134

¹⁵⁹ vgl. Margarita Mathiopoulos: Amerika: Das Experiment des Fortschritts, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987, S. 82

¹⁶⁰ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 88

¹⁶¹ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 87 und S. 93

¹⁶² vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 173

obwohl eine solche Politik von außen betrachtet oft wie eine Interessenpolitik aussehen mußte.

Aus welthistorischer Perspektive waren damit die USA der erste Staat der Linken¹⁶³, der die Volkssouveränität zum Fundament staatlicher Ordnung machte. Dennoch ging die amerikanische Revolution von Anfang an vom konkreten Menschen aus, bezog seine Schwächen und Irrtumsfähigkeit in ihr Gedankengebäude mit ein, anders als die Französische Revolution – und setzte idealistische Ziele, ohne den realistischen Boden unter den Füßen zu verlieren¹⁶⁴. Dies zeigt sich gerade daran, daß sie zwar die Volkssouveränität zum Fundament der staatlichen Ordnung machte, aber dabei nicht die reine Theorie verwirklichen wollte, sondern die Volkssouveränität konstitutionalisierte und durch Grundrechte des Individuums begrenzte.¹⁶⁵

Zur abschließenden Wertung der USA sei hier nochmals Margarita Mathiopoulos zitiert: „Somit lag von Anfang an die (Fortschritts-)Qualität der amerikanischen politischen Theorie in der Kontinuität der revolutionären Praxis und in ihrer verfassungsrechtlichen Institutionalisierung, die als konservatives Grundelement der amerikanischen politischen Tradition den freiwillig akzeptierten, historisch-politischen Konsens der USA bis heute prägte.“¹⁶⁶

Das gleiche Phänomen eines ideengeleiteten, eigenständigen Modernisierungsweges, der es verstand, revolutionären Moralismus mit pragmatischer Realpolitik zu verbinden, kann in der Sowjetunion beobachtet werden. Für die UdSSR ist besonders die Feststellung zu beachten,

daß Modernität im wirtschaftlich-technischen Bereich und die Ausbildung einer liberalen Demokratie – geschichtlich gesehen – nur selten Hand in Hand gingen. Nur beim liberal-kapitalistischen Modernisierungsweg treten diese Merkmale gemeinsam auf.

Die Erfahrungen aus der Dritten Welt legen eher den Schluß nahe, daß wirtschaftlich-technische Modernität in unterentwickelten Staaten besser durch autoritäre Systeme durchgesetzt werden kann.¹⁶⁷

¹⁶³ vgl. Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, zweite, neubearbeitete Aufl., Stuttgart 1985, S. 47

¹⁶⁴ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 293

¹⁶⁵ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 140

¹⁶⁶ Mathiopoulos: a.a.O., S. 213

¹⁶⁷ vgl. Dietmar Schössler: Militär und Politik, Koblenz 1983, S. 55

In der Sowjetunion wurde seit 1917 eine planmäßige Modernisierung von oben betrieben, als deren Ausgangsmodell die preußisch-deutsche Militär- und Generalstabsorganisation sowie die von Ludendorff und Rathenau ab 1916 entwickelte permanente Wehrwirtschaft zu betrachten ist.¹⁶⁸

Vom ideengeschichtlichen Standpunkt aus betrachtet stellt Heinz Gollwitzer fest, daß die internationale Politik schon immer von ideologischen Momenten bestimmt gewesen sei – besonders seit der Atlantischen Revolution – daß sich aber diese vorher vorhandenen Momente ab der Oktober-Revolution potenziert hätten. Dies sei darauf zurückzuführen, daß eine „armed doctrine“ sich eines großen Imperiums bemächtigt habe.¹⁶⁹ Seit dieser Zeit kann der Modernisierungsweg der Sowjetunion bis zum Höhepunkt ihrer Macht in der Mitte der 70er Jahre als ein kybernetischer Lernprozeß der KPdSU-Elite gedacht werden, da der Aufstieg von einer invasionsbedrohten, defensiven Kontinentalmacht zu einer weltpolitisch agierenden Globalmacht von dieser Machtelite als erfolgversprechender Weg gedeutet worden ist.¹⁷⁰

Diesen Prozeß des genuinen Modernisierungsweges der UdSSR bringt auch Ernst Nolte zum Ausdruck, indem er die Zielvorstellungen des Staatsgründers Lenin nach der Revolution folgendermaßen deutet: Lenins Hauptziele waren einmal die Weltrevolution, die er notfalls mit Gewalt gegen die Ausbeuterklassen durchsetzen wollte,¹⁷¹ das zweite Ziel war die Modernisierung des katastrophal rückständigen Rußlands. Wörtlich schreibt Nolte: „... er sieht die Möglichkeit des „Einholens“ für eine weniger entwickelte Gesellschaft ... in der Schaffung eines „politischen Bürgertums“, das sich nicht von privaten ökonomischen Interessen bestimmen läßt und seine Macht mit keiner anderen Kraft teilt, indem es permanent sich selbst und die Gesellschaft im ganzen mobilisiert und in Spannung hält; mit anderen Worten, in der Schaffung eines Staates, der nach einer „vollendeten Revolution“, d. h. der Vernichtung der bisher führenden Schichten und eines embryonalen Bürgertums, nicht dem Typus des europäischen Systems angehört und dennoch in seiner Feindschaft gegen das „Alte“ und in seiner Orientierung an der Steigerung der Produktion ein moderner Staat ist.“¹⁷²

¹⁶⁸ vgl. ebenda

¹⁶⁹ vgl. Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 2, Göttingen 1982, S. 502

¹⁷⁰ vgl. Schössler: Militär und Politik: a.a.O., S. 58/59

¹⁷¹ vgl. Nolte: a.a.O., S. 72

¹⁷² Nolte: a.a.O., S. 72

Somit ist die Sowjetunion – trotz aller Ähnlichkeiten moderner Industriegesellschaften – als eine Weltmacht sui generis anzusehen, die nicht ohne weiteres mit anderen industrialisierten Großmächten verglichen werden kann.¹⁷³

Diese Deutung der Supermächte, die beide als Repräsentanten entgegengesetzter Modernisierungswege und Weltordnungsvorstellungen begreift, läßt nun deutlich werden, daß die traditionellen Bestimmungsfaktoren des Internationalen Systems wie z. B. das Sicherheitsdilemma durch das Aufeinandertreffen der USA und der UdSSR als bestimmende Mächte in diesem System durch ideologische Bestimmungsfaktoren ergänzt werden, die das Internationale System potentiell vom Typus her zu einem revolutionären System werden lassen. Inwieweit sich dies auf die sicherheits- und militärpolitischen Beziehungen beider Staaten auswirkt, wird im weiteren Verlauf der Arbeit gezeigt werden.

¹⁷³ vgl. Klaus v. Beyme: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München, Zürich 1983, S. 11

4. Prinzipien und Strategien der Außenpolitik der USA und der UdSSR

Im dritten Kapitel wurde verdeutlicht, daß das Internationale System nach dem Zweiten Weltkrieg – zumindest bis zu den revolutionären Ereignissen in der UdSSR im August 1991 – maßgeblich vom Spannungsverhältnis der verschiedenen Revolutionsmodelle der Supermächte USA und UdSSR geprägt war. Die Feststellung dieser Tatsache allein genügt aber nicht, um einen Analyserahmen für die Militärpolitik und den Militärmachteinsatz der beiden Supermächte abstecken zu können. Die Komplexität der Daten erfordert abgrenzbare Kategorien, die eine umfassende Bewertung ermöglichen und eine sinnvolle Einordnung in die Clausewitz'sche Zweck-Ziel-Mittel-Relation erlauben. Zur Analyse der Militärpolitik eines Staates gibt William E. Odom sechs Kategorien vor, die er als umfassend und geeignet bezeichnet, die Militärpolitik eines Staates zu analysieren:

1. die Außenpolitik, welche die Militärpolitik reflektiert und unterstützt
2. die Militärstrategie
3. die Militärdoktrin
4. die Mannschaftsstärke
5. die militärische Fiskalpolitik
6. die militärische Industriepolitik
7. die militärische Organisation¹⁷⁴

Zur Analyse des Militärmachteinsatzes genügen allerdings die ersten drei Kategorien, da die weiteren Kategorien keinen direkten Einfluß auf die Theorie und die Praxis dieses Einsatzes haben und in einer Zweck-Ziel-Mittel-Relation nur abhängige Größen der ersten drei Kategorien sind.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ergeben sich aus der konfrontativen Stellung der beiden gegensätzliche Revolutionsmodelle mit weltweitem Gültigkeitsanspruch besondere

¹⁷⁴ vgl. William Odom: The Soviet Military in Transition, in: Problems of Communism, May/June 1990, S.51

Beziehungsmuster und Verhaltensnormen der beiden Supermächte, die sich bis in ihre Militärmachtanwendung fortsetzen.

Hierbei sind die jeweils aus den weltpolitischen Zielvorstellungen abgeleiteten außenpolitischen Prinzipien, die jeweils genuine historische Situation und die jeweils herrschenden Kräfteverhältnisse in alle Betrachtungen einzubeziehen. Der Stabilität der Epoche ist es aber zu verdanken, daß sich die Grundprinzipien ihrer Außenpolitik weitgehend unverändert durch die Epoche erhalten haben. Ausgehend von dieser Tatsache sollen im folgenden Kapitel weniger die Einzelheiten ihrer Außenpolitik als vielmehr die Prinzipien der außenpolitischen Grundkonzeptionen und die ihnen zugrundeliegenden Rezeptions- und Interpretationsmuster aufgezeigt werden, in deren Rahmen der Einsatz der betreffenden Streitkräfte erfolgte. Es werden hierbei sowohl langfristige Überzeugungen z. T. ideologisch beeinflußt – als auch entgegengesetzte außenpolitische Strategien auf der politischen Zweck-Ebene im Clausewitz'schen Zweck-Ziel-Mittel-Schema darzustellen und zu analysieren sein.

4.1. Die allgemeinen Prinzipien der US-Außenpolitik

Unter den mannigfaltigen Strömungen der abendländischen Geistesgeschichte, die sich im Grundmuster der amerikanischen Außenpolitik vereinigt haben, treten vor allem der Pragmatismus und der Idealismus als besondere Merkmale hervor. Einerseits gilt der Pragmatismus als nationale Philosophie und politisches Credo¹⁷⁵. Dies drückt sich vor allem in dem Glauben an die Rationalität aus, indem es wohlmeinenden und utilitaristisch eingestellten und rational handelnden Akteuren gelingt, Konflikte friedlich zu regeln und ausgleichende Kompromisse zu finden¹⁷⁶. Ausdruck findet dies in der US-Diplomatie, die sich hauptsächlich auf die Lösung momentan drängender Probleme konzentriert und weniger auf die Erreichung langfristiger Ziele gerichtet ist¹⁷⁷.

Durch einen solchen „realpolitischen Ansatz“ ist aber die US-Außenpolitik keineswegs hinreichend gekennzeichnet, da sie sonst mit der in Europa vorherrschenden pragmatischen Politik des Gleichgewichts der Kräfte und der Gegenmachtbildung gleichzusetzen wäre. Vielmehr verstand sich die Außenpolitik der USA als besseres Gegenmodell zur europäischen Politik, das aller Welt ein Beispiel geben sollte¹⁷⁸. Starke ideelle Komponenten waren von jeher ein Kennzeichen der amerikanischen Außenpolitik. Die Frage, ob die amerikanische Außenpolitik im strengen Sinne ideologisch genannt werden kann, verneint zum Beispiel Stanley Hoffmann, wenn man darunter „...einen Kranz von Taten, Gefühlen und Symbolen versteht, die darauf abzielen, eine systematische und umfassende Interpretation der Welt und der Geschichte zu liefern, die als Verpflichtung, Anleitung und Legitimität des Handelns dienen und in einer organischen politischen Bewegung institutionalisiert sind.“¹⁷⁹

Dennoch – fährt er fort – haben ihre Prinzipien signifikante Gemeinsamkeiten mit einer ideologischen Außenpolitik: Indem sie das nationale Interesse transzendieren und in

¹⁷⁵ vgl. Emil v. Crabb, in.: *American Foreign Policy in the Nuclear Age*, 5. Aufl., New York, 1988, S. 28 f.

¹⁷⁶ vgl. Stanley Hoffmann: *Gouliers Troubles or the Setting of American Foreign Policy*, New York, London, Sidney 1968, S. 122 f.

¹⁷⁷ vgl. Crabb Jr.: a.a.O., S. 30

¹⁷⁸ vgl. Kurt A. Spillmann: *Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945–1985*, Stuttgart 1985, S. 11.

¹⁷⁹ vgl. Hoffmann: a.a.O., S. 114

ihnen allgemeine Ansichten über das Wesen des Menschen und die Ordnung der Gesellschaft zum Ausdruck kommen¹⁸⁰.

Im Unterschied zu einer im strengen Sinne ideologischen Politik sind diese Prinzipien nicht kodifiziert oder institutionalisiert, sie haben auch nicht die soziale Relevanz, die Mobilisierungsfähigkeit und den Wahrheitsanspruch, wie sie ideologischen Prinzipien zugesprochen werden¹⁸¹. Aufgrund der idealistischen Prinzipien bezeichnet Raymond Aron aber die USA auch als imperiale Republik. Nach seiner Definition ist es das Kennzeichen eines imperialen Staates, daß er sowohl nach der physischen Sicherheit des Staatswesens und dem Wohlergehen der Staatsbürger als auch nach der Herstellung einer internationalen Umgebung strebt, die seinen Ideen oder Absichten entspricht¹⁸². Alleine durch die Verfolgung seiner nationalen Interessen – so Aron weiter – würde er keine Bundesgenossen gewinnen oder Loyalitäten hervorrufen; nur dadurch, daß sie eine internationale Ordnung repräsentierte und anstrebte, die zugleich eine Ordnung der Macht und des Gesetzes ist, gelang es den USA, als Führungsmacht des Westens aufzusteigen. Die nationale Sicherheit der USA wird so nicht nur als Sicherheit des eigenen Staatsgebietes und der Bevölkerung sowie sicherer Zugang zu Rohstoffen und Energiequellen, sondern auch als Absicherung eines eigenen „ideologischen“ Raumes¹⁸³, definiert¹⁸⁴. Der Inhalt der dominierenden amerikanischen Denktraditionen speist sich aus einer Vielzahl der unterschiedlichsten Quellen. Margarita Mathiopoulos nennt in ihrem Vergleich des politischen Denkens in den USA und Europa als allgemeine Wurzeln des amerikanischen Selbstverständnisses das griechische Denken der Antike, das römische Recht, den christlichen Glauben und die Gedanken der Aufklärung¹⁸⁵. Jürgen Hartmann nennt als Traditionen des „American way of life“ den Locke'schen Liberalismus der Einwanderer aus Großbritannien, den Prädestinationsglauben der Puritaner und die „Jacksonian Revolution“¹⁸⁶, jene demokratisch-populistische Strömung, die im Zuge der Eroberung des Westens und als Ausfluß des „Frontier Geistes“ in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts den aristokratischen Charakter der elitären Politik der patrizischen

¹⁸⁰ vgl. Hoffmann: a.a.O., S. 115.

¹⁸¹ vgl. ebenda

¹⁸² vgl. Raimond Aron: Die imperiale Republik, Stuttgart, Zürich 1975, S. 412

¹⁸³ vgl. hier auch die Eigenaussage der amerikanischen Regierung, die an erster Stelle ihrer allgemeinen Ziele "word freedom", Friede und Wohlstand nennt in: National Security Strategy of the United States, The White House, January 1987, S. 1.

¹⁸⁴ vgl. Carl-Christoph Schweitzer: Weltmacht USA, Kontinuität und Wandel ihrer Außenpolitik nach 1945, München 1983, S. 21

¹⁸⁵ vgl. Mathiopoulos a.a.O., S. 292

¹⁸⁶ vgl. Jürgen Hartmann: Die Außenpolitik der Weltmächte, Frankfurt, New York 1988, S. 26

Gründergeneration wandelte und schließlich den gesamten amerikanischen Mittelstand und seine geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebensbereiche durchdringen sollte¹⁸⁷.

Das Selbstbewußtsein der alten europäischen Einwanderer, der Pilgerväter, war noch streng religiös geprägt. Sie sahen ihre Siedlungen als neues Jerusalem. Kurt Spillmann nennt die Zeit vor der amerikanischen Revolution den einmaligen Fall eines von Zehntausenden mitgetragenen Sozialexperiments¹⁸⁸. Die Gründerväter der USA glaubten, für die ganze Menschheit zu handeln; es entstand ein universelles Sendungsbewußtsein von der moralischen Verantwortung des einzelnen. Neben dem christlichen Gedankengut und dem Rationalismus ist der Glaube an den zivilisatorischen und technischen Fortschritt die dritte tragende Säule des „american way of life“. In besonders zugespitzter Form brachte John Fisk in seinem Essay „Manifest Destiny“ von 1885 das inzwischen säkularisierte Sendungsbewußtsein Amerikas zum Ausdruck¹⁸⁹. Er ging hierbei von der zivilisatorischen Überlegenheit der weißen angelsächsisch-germanischen Rasse aus. Er konstatierte, daß die USA nun die Rolle Großbritanniens übernommen haben, und daß die Errungenschaften der US-Gesellschaft den größten Beitrag zur Entwicklung der Menschheit darstellten.

In ähnlicher Weise argumentierte ein Zeitgenosse – der berühmte Marinetheoretiker Alfred T. Mahan. Jener sieht für die entwickelten Nationen die Pflicht, in die Verhältnisse unterentwickelter Länder im Sinne des Fortschritts einzugreifen. Das christliche Gedankengut, das für ihn den Höchststand der bisherigen geistesgeschichtlichen Entwicklung darstellte, hatte, seiner Meinung nach, durch seine Impulse auf geistig kulturellem und politisch-sozialem Gebiet entscheidend zum Fortschritt der Menschheit beigetragen¹⁹⁰.

Nahm das amerikanische Sendungsbewußtsein nach der Phase des Hoch-Imperialismus deutlich ab, so blieb der quasi ideologische Rahmen der amerikanischen Außenpolitik erhalten. Richard Hofstadter versucht in seinem 1948 erschienenen Werk: „The American Political Tradition and the Man who made it“¹⁹¹ nachzuweisen, daß alle maßgebli-

¹⁸⁷ vgl. H.R. Guggieberg: Geschichte der USA, Entstehung und nationale Konsolidierung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979, S. 94 ff., zitiert nach Mathiopoulos: a.a.O., S. 246

¹⁸⁸ vgl. Spillmann: a.a.O., S. 12.

¹⁸⁹ zitiert nach Mathiopoulos: a.a.O., S. 104

¹⁹⁰ vgl. Michael Hanke: Das Werk Alfred T. Mahans, Darstellung und Analyse, Osnabrück 1974, S. 85

¹⁹¹ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 122

chen US-Präsidenten und einflußreichen Politiker in einem ideologischen Rahmen agieren, der aus den Begriffen „Freiheit“, „Demokratie“, „Gleichheit“, „Eigentum“, „Wirtschaftsindividualismus“ und „Wettbewerb“ gebildet wird. So kann die amerikanische Geschichte als die in der Praxis angewandte Aufklärung (Ralf Dahrendorf), d. h. als die Verwirklichung des demokratischen und freiheitlichen Fortschrittsgedankens gedeutet werden – die Amerikaner selbst empfanden auch niemals einen Widerspruch zwischen pragmatischem Realismus und moralischem Idealismus.

Nach 1945 manifestierte sich diese Doppelpoligkeit der amerikanischen Außenpolitik zunächst einmal in Franklin D. Roosevelts Vision einer demokratischen „World Society“ einerseits und in Trumans eher pragmatisch betriebener Eindämmungspolitik andererseits. Keine dieser Politikstrategien kann aber als idealtypisch bezeichnet werden, da sie jeweils starke Elemente des Pragmatismus bzw. des Idealismus enthielten. Die Reihe der idealistisch orientierten Präsidenten läßt sich fortsetzen mit Kennedy, der versprach: „... to bear any burden, meet any hardship ... to assure the survival and success of liberty“, ferner Carters Menschenrechtskampagnen bis hin zu Reagans „Crusade for freedom“¹⁹². Stärkere pragmatische Elemente finden sich hingegen bei der Außenpolitik von Nixon und Kissinger, die eher am Gleichgewicht und Status quo sowie an der Kodifizierung von Prinzipien und Regeln orientiert war. Ebenfalls starke politische Elemente finden sich – je nach Handlungsbedarf – gegen Ende der Amtszeit Carters, als es um die weitere Eindämmung der UdSSR ging und in der zweiten Amtszeit von Ronald Reagan, der nach dem Wiederaufbau amerikanischer Stärke zu einer „realistischen“ Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik mit Gorbatschows UdSSR zurückkehrte.

Als jüngstes Beispiel für die dialektische Einheit von Realismus und Idealismus in der amerikanischen Außenpolitik kann der 2.Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits angesehen werden. Kritiker der Interventionspolitik der Bush-Administration wandten ein, daß die USA hier rein selektiv vorgehen würden, da sie nicht gleichzeitig gegen andere unverträgliche Mißstände in der Welt, wie zum Beispiel in der Dominikanischen Republik oder in Südafrika, mit militärischen Mitteln vorgehen würden. Dies bezeichnete der Essayist des Time Magazin, Charles Krauthammer¹⁹³, als Standardargument der Isolationisten; eine militärische Intervention der USA müsse vor allem nach zwei Kriterien

¹⁹² Rede vor dem britischen Unterhaus am 8.6.1982

¹⁹³ vgl. Charles Krauthammer: Must America Slay All the Dragons?, in: Time (international), 4.3.1991, S. 68

beurteilt werden: 1. Sie müsse einer gerechten Sache dienen (= Idealismus), 2. sie müsse im nationalen Interesse liegen (= Realismus). Andernfalls würde die Außenpolitik in einen wahllosen Moralismus oder in eine zynische Realpolitik degenerieren. Als vorläufige Bewertung des Wesens der amerikanischen Außenpolitik soll sich hier nochmals dem Urteil von M. Mathiopoulos angeschlossen werden, die jenes Wesen folgendermaßen charakterisiert: Die in der amerikanischen Revolution geborene „American creed“ prägt die nationale Identität und die politische Wirklichkeit bis heute in ungebrochener Weise, aber ein realistisches Menschenbild und der Pragmatismus dämpfen allen Idealismus¹⁹⁴, so daß diese, wohl auf der Welt einzigartige dialektische Einheit von Idealismus und Pragmatismus in der Außenpolitik, das Ergebnis aus diesem Verschmelzungsprozeß ist.

¹⁹⁴ vgl. Mathiopoulos: a.a.O., S. 292 f.

4.2. Abgeleitete Grundsätze der US-Außenpolitik

Die Feststellung einer dialektischen Einheit von Idealismus und Pragmatismus in der US-Außenpolitik charakterisiert zwar das Wesen dieser Politik, sie gestattet aber kaum konkrete Ableitungen oder Analysen und Vorhersagen. Wie Max Weber in seinen Aufsätzen zur Religionssoziologie feststellte, haben „Weltbilder“, welche durch „Taten“ geschaffen wurden, sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte¹⁹⁵. Es gilt daher zu fragen, was die allgemeinen Interessen der USA auf dem Gebiet der Außenpolitik sind und wie sie sich in Handlungsweisen niederschlagen.

Trotz aller Differenziertheit der amerikanischen Außenpolitik auf den unterschiedlichsten geographischen Schauplätzen, kann man doch eine gewisse Kontinuität ihrer Grundsätze seit der Monroe-Doktrin 1823 feststellen. Als zwei der wichtigsten dieser Prinzipien bezeichnet Stanley Hoffmann den Schutz und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie die Ablehnung der Veränderung des Status quo mit Gewalt (peaceful change)¹⁹⁶. Diese beiden Prinzipien sind natürlicher Ausfluß der Ideale der USA, aber gleichzeitig vermischt mit den Eigeninteressen der USA, wie die Erhaltung des eigenen politischen Systems, die Förderung des nationalen Interesses und der Erhaltung des Weltfriedens. Für die Amerikaner stellt, ausgehend von ihren eigenen innenpolitischen Erfahrungen, eine friedliche und humane Gesellschaft die Normalität des menschlichen Zusammenlebens dar; Kriege und andere Formen des Konflikts offenbaren daher einen Mangel an ethischer Fundierung der Handlungen der Gesellschaft¹⁹⁷.

Nach Hoffmann sind die USA nicht der einzige Staat, der an solche Prinzipien glaubt, sie seien aber einzigartig in ihrer Entschlossenheit, gemäß den Prinzipien zu handeln¹⁹⁸. Diese Entschlossenheit gründet sich maßgeblich auf ein oft naiv anmutendes Vertrauen in die Macht legalistischer, bilateraler oder multilateraler Absprachen¹⁹⁹. Die

¹⁹⁵ vgl. Max Weber: Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1922, S. 252.

¹⁹⁶ vgl. Hoffmann: a.a.O., S. 118

¹⁹⁷ vgl. Crabb: a.a.O., S. 31

¹⁹⁸ vgl. Hoffmann: a.a.O., S. 118

¹⁹⁹ vgl. Ernst Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210, Bonn 1984, S.28

Hauptsorge der USA gilt daher dem internationalen System, der Ordnung in der Welt, und erst in zweiter Linie den eigenen Handlungsinteressen²⁰⁰.

Angetrieben vom Traum der einen Welt, die integriert, organisiert, geordnet, friedliebend und offen für Freihandel sein soll, streben die USA nach der Durchsetzung und Institutionalisierung von Regeln, welche die Ursache von Unruhe im Internationalen System – nämlich die Verfolgung politischer Ziele mit Gewalt – eindämmen sollen²⁰¹. Gemäß diesen Handlungsmaximen wurde das leitende Prinzip der amerikanischen Außenpolitik – die Eindämmung der UdSSR – zu einem Begriff der internationalen Ordnung erweitert, in dem sich die alten Prinzipien der amerikanischen Ethik mit diesem neuen Begriff (des Realismus) verbanden²⁰².

Diese Maxime einer imperialen Republik, sich ein geordnetes, günstig gesonnenes Umfeld zu schaffen, wurde paradigmatisch in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg verwirklicht. Westeuropa wurde hauptsächlich durch die USA zu einer „ultrastabilen“ Sicherheitsgemeinschaft geformt²⁰³. Die andauernde – vor allem sicherheitspolitische – Integration der USA in Westeuropa beseitigte die strukturelle Hauptursache für Konflikte in dieser Region: Jahrhundertlang entstanden in Europa immer wieder kriegerische Konflikte aufgrund des Sicherheitsdilemmas zwischen den Staaten und dem daraus resultierenden Streben nach einer autonomen Verteidigungspolitik; erst die amerikanische Präsenz und die Förderung der europäischen Integration machte die Regeln eines anarchischen Selbsthilfesystems überflüssig, so daß die Demokratie dort gedeihen konnte, wo der Friede gesichert war²⁰⁴.

Der Schutz des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Ablehnung von Gewalt zur Herbeiführung von Veränderungen wurden aber als reaktive oder defensive Prinzipien ausgelegt. Vollendete Tatsachen wurden nicht in Frage gestellt: Die Zugehörigkeit Osteuropas zum marxistisch-leninistischen Lager, die kommunistische Machtübernahme in China, Nordkorea und Nordvietnam, die Einflußzone der anderen Supermacht wurde respektiert²⁰⁵. Das „Containment“ bezog sich nur auf das vermeintliche Ausgreifen der

²⁰⁰ vgl. F.S. Northedge (Hrsg.): Die Außenpolitik großer Staaten, Hildesheim, New York 1978, S. 74

²⁰¹ vgl. Northedge S. 74 ff.

²⁰² vgl. Aron: a.a.O., S. 413

²⁰³ vgl. Josef Joffe: The Limited Partnership, Cambridge 1987, S. 177

²⁰⁴ vgl. Joffe: a.a.O., S. 179 f.

²⁰⁵ vgl. Aron: a.a.O., S. 417

UdSSR aus ihrer eigenen Einflußzone²⁰⁶. Die Gültigkeit der oben genannten Prinzipien zeigte sich aber auch im eigenen Lager: Oft wurden antikommunistische Diktatoren unterstützt oder Arrangements mit ihnen getroffen, aber die Toleranz endete jeweils da, wo durch Völkerrechtsbrüche und Gewaltanwendung territoriale Besitzstände verändert oder anderen Staaten fremde Herrschaftsformen aufgezwungen werden sollten²⁰⁷. Ihren plakativen Ausdruck fanden solche Maximen in den verschiedensten Doktrinen der Präsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg (von Truman bis Reagan), die quasi als Warn-, Verbots- und Gebotsschilder²⁰⁸ für Gegner und Verbündete dienten.

²⁰⁶ auch die sog. Reagan-Doktrin, obwohl sie eine deutlich offensive Ausrichtung der Containment-Strategie beinhaltet, kann in diesem Sinne interpretiert werden, da nur "Befreiungsbewegungen" in solchen Ländern unterstützt wurden, in denen vorher eine mehr oder weniger gewaltsame kommunistische Machtübernahme stattgefunden hatte.

²⁰⁷ vgl. Hartmann: a.a.O., S. 35

²⁰⁸ vgl. Hartmann: a.a.O., S. 42

4.3. Die vier Entwürfe der US-Außenpolitik nach 1945

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Revolution in der UdSSR mußte die US-Außenpolitik auf eine Vielzahl der unterschiedlichsten Ereignisse, ferner auf sich ständig wandelnde Kräftekorrelationen und politische und militärische Bedrohungen reagieren. Als Konstante kann aber eine überwiegende Fixierung auf den weltpolitischen Hauptgegner, die UdSSR, angesehen werden. Man kann von der zentralen Bedeutung der Bedrohungsvorstellung gegenüber der UdSSR sprechen²⁰⁹. Dieser Tatsache Rechnung tragend, teilen Czempiel/Schweitzer die amerikanische Außenpolitik in vier Grundentwürfe ein, die sich an der Politik gegenüber der UdSSR orientieren.

Da hier nicht eine umfassende Darstellung der US-Außenpolitik erfolgen kann, sondern nur die Konzeption und der Einsatz der amerikanischen Militärmacht in den Kontext des Wesens der amerikanischen Außenpolitik gestellt werden soll, wird hier weitgehend diesem Einteilungsschema gefolgt werden.

4.3.1. Die eine Welt (1. Entwurf)

Die Konferenz von Jalta im Februar 1945 stellte den Höhepunkt der Kooperation der Alliierten der Anti-Hitler Koalition dar. Besonders Präsident Roosevelt, der sich den Wilsonschen Idealen verpflichtet fühlte, setzte große Hoffnungen auf eine weitere Kooperation mit der UdSSR und auf die friedensstiftende Tätigkeit der Vereinten Nationen. Großes Mißtrauen hegte er gegen traditionelle, „europäische“ Mittel der Außenpolitik wie Geheimdiplomatie, Allianzen und Einflußsphären. Diese hätten als Notbehelfe den Frieden sichern sollen, hatten aber danach immer wieder versagt²¹⁰. Ein Konsortium der Großmächte und eine Generalversammlung der UNO sollten die Wilsonschen Prinzipien und die Machtrealitäten in Einklang bringen.

Für Roosevelt war die UdSSR trotz eines totalitären Systems im Inneren nicht prinzipiell auf Expansion bedacht. Vielmehr galt es nach seiner Auffassung, ihre legitimen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen. Da er wußte, daß dem sowjetischen Einfluß in

²⁰⁹ vgl. Schweitzer: a.a.O., S. 21

²¹⁰ so ausgesprochen in seiner Rede vor dem Kongreß am 1.3.1945 nach seiner Rückkehr aus Jalta, vgl. Daniel Yergin: Der zerbrochene Friede, Frankfurt 1979, S.70

Osteuropa nichts entgegengesetzt werden könne, hielt er es für besser, den sowjetischen Einfluß im Rahmen einer Verständigung zu mäßigen. So versuchte die amerikanische Regierung trotz verbalen Festhaltens an einer universalen Regelung im Sinne Wilsons, die sowjetische Interessensphärenpolitik mit der universalen Ordnung vereinbar zu halten. Die Regierungen von Roosevelt und Truman waren bereit, ein regionales Arrangement der Sowjetunion in Osteuropa zu tolerieren, das der UdSSR einen bestimmenden und überwiegenden Einfluß (vor allem in außenpolitischen Fragen) einräumte²¹¹.

Die projektierte Friedenssicherung beruhte also auf den drei Säulen

1. der gemeinsamen Friedenssicherung mit der UdSSR durch das Instrument der UNO,
2. einem maximal liberalisierten Welthandel und
3. regionalen Arrangements mit der UdSSR.

4.3.2. „Containment“ (2. Entwurf)

Die Politik der Eindämmung („Containment“) war die für über vierzig Jahre dominierende Handlungsweise gegenüber der Sowjetunion und dem kommunistischen Block. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Situation zwang die USA, ihre isolationistische Politik aufzugeben. Der Preis des Sieges im Zweiten Weltkrieg bestand darin, sich der halben Welt annehmen zu müssen²¹².

Die Politik des „Containment“'s entstand aus der Frustration, daß die Welt das US-Friedensmodell nicht annehmen wollte²¹³, sowie als normale und rationale Reaktion auf die Ideologie und den Expansionsdrang des einzigen Staates, der den USA auf allen Gebieten (militärisch, politisch, ideologisch) entgegentreten konnte²¹⁴. Das ursprüngliche Konzept des „Containment“'s – von George F. Kennan in seinem Artikel in *Foreign Affairs* vom Juli 1947 dargelegt – bezeichnet John Lewis Gaddis als „... the most coherent single attempt made during the early Cold War to formulate a comprehensive stra-

²¹¹ vgl. Werner Link: Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost–West–Gegensatzes 1945–1950, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B. 25/83, 25.6.1983, S. 21

²¹² so formulierte es Raymond Aron: a.a.O., S. 26

²¹³ vgl. Spillmann: a.a.O., S. 28

²¹⁴ vgl. Aron: a.a.O., S. 408

tegy for dealing with the Soviet Union“²¹⁵. Gaddis sieht in der US–Außenpolitik grundsätzlich zwei Ansatzmöglichkeiten, mit deren Hilfe eine für die USA günstige Bedingung und die größtmögliche Sicherheit geschaffen werden können. Die eine, die daran arbeitet, die Welt dem Modell der USA so ähnlich wie möglich zu machen, nennt er den universalistischen Ansatz²¹⁶. Der andere – der sogenannte partikularistische Ansatz – besteht darin, die Unmöglichkeit der von dem universalistischen Ansatz angestrebten Harmonie zu erkennen und Sicherheit durch ein vorsichtiges Ausbalancieren der Kräfte, der Interessen und Antagonismen zu erreichen²¹⁷. Kennans Entwurf – so fährt Gaddis weiter fort – ist eindeutig der zweiten Schule zuzuordnen, da er davon ausging, daß es im amerikanischen Interesse liege, nicht zu versuchen, die Welt nach dem universalistischen Ansatz zu kontrollieren, sondern ein Gleichgewicht zu erreichen, bei dem kein Staat oder keine Staatengruppe die amerikanische Sicherheit gefährden könne. Kennan ging davon aus, daß es auf der Welt nur fünf Industriezentren gäbe, in denen eine solche Militärmacht erzeugt werden könne, die den USA gefährlich werden könnte²¹⁸.

Nur eines dieser Zentren sei unter kommunistischer Kontrolle und es sei nun die Aufgabe der außenpolitischen Strategie des „Containment“s, zu verhindern, daß weitere dieser Zentren unter kommunistische Kontrolle fallen; dagegen sei die innere Verfassung feindlicher Staaten nur von untergeordnetem Interesse. Die Ideologie der UdSSR spiele nur eine untergeordnete Rolle, vielmehr rühre die Feindlichkeit des Sowjetstaates von einem ausgeprägten Unsicherheitsgefühl und paranoidem Mißtrauen her²¹⁹. Für gefährlicher als offener Krieg hielt er die Möglichkeit von psychologischen Eroberungen, indem die Bevölkerung Westeuropas und Japans so demoralisiert würden, daß sie anfällig für kommunistische Umsturzversuche seien oder gar Kommunisten in freien Wahlen Erfolge erzielen könnten. Dementsprechend sollten die Ziele der von Kennan vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen aus folgenden Zwecken dienen:

1. Das Selbstvertrauen der durch die UdSSR bedrohten Nationen wieder herzustellen

²¹⁵ John Lewis Gaddis: *The Strategy of Containment*, In: Thomas H. Etzold/John Lewis Gaddis (Hrsg.): *Containment Documents on American Policy and Strategy, 1945–1950*, New York 1978, S. 25 f.

²¹⁶ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 26

²¹⁷ vgl. ebenda

²¹⁸ dies seien 1. die USA, 2. Großbritannien, 3. das Rhein-Ruhr-Gebiet, 4. die UdSSR, 5. Japan

²¹⁹ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 28

2. Die Fähigkeit der UdSSR, ihren Einfluß außerhalb ihrer Grenzen zu projizieren bzw. einzudämmen
3. Langfristig das sowjetische Konzept der internationalen Beziehungen zu modifizieren mit dem Ziel, Verhandlungen und Abkommen zu erleichtern

Obwohl Kennan die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung starker militärischer Kräfte sah, sollten die Hauptinstrumente des „Containment“ wirtschaftlicher Natur sein. Hier plädierte er stark für den Marshall-Plan und eine Reorientierung der Besatzungspolitik in Japan. Ebenfalls sollten Risse und Brüche im Ostblock ausgenutzt werden, wie zum Beispiel durch das Angebot von Marshall-Plan-Hilfe an osteuropäische Staaten, also durch die Unterstützung eines unabhängigen Kurses Jugoslawiens. Langfristig sollte auch auf das sowjetische Verhalten eingewirkt werden, indem der Sowjetunion verdeutlicht werden sollte, daß sie nicht nur durch Expansion, sondern auch durch Kooperation Sicherheit erreichen könne²²⁰. Diese langfristige, geduldige Eindämmungsstrategie Kennans, durch die ein neues Machtgleichgewicht entstehen sollte, deckte sich mit den Prioritäten Trumans: An erster Stelle standen die innenpolitischen Bedürfnisse der USA, danach ökonomische Hilfsprogramme für befreundete Staaten und schließlich Waffenhilfe für diese Staaten²²¹. Die Truman-Doktrin vom 12.3.1947 wurde sichtbares Zeichen dieser Eindämmungskonzeption, in der es zur Politik der USA erklärt wurde, „... to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or by outside pressures“²²². Auch die Vandenberg-Deklaration vom Juni 1948²²³ und die Gründung der NATO im April 1949 – obwohl einen radikalen Bruch der traditionellen isolationistischen Politik der USA darstellend – folgten diesem Eindämmungsschema²²⁴. Die Sicherheit und Unverwundbarkeit der USA gründeten sich in dieser

²²⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 33

²²¹ vgl. Spillmann: a.a.O., S. 32

²²² Public Papers of the President: Harry S. Truman, 1947, Washinton 1963, S. 178

²²³ mit der Vandenberg-Deklaration wurden in den USA die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für einen NATO-Beitritt geschaffen. In ihr wurde der Anschluß der Vereinigten Staaten auf verfassungsmäßigem Wege an solche regionale und andere kollektive Vereinbarungen, die auf fortgesetzter, wirksamer Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe beruhen, und ihre "Mitwirkung an der Aufrechterhaltung des Friedens durch Betonung ihrer Entschlossenheit, das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen auszuüben, wenn die eigene Sicherheit durch einen bewaffneten Angriff bedroht wird", empfohlen. vgl. Das atlantische Bündnis, Tatsachen und Dokument, NATO Informationsdienst, Brüssel 1982, S. 23 f.

²²⁴ Der NATO-Vertrag war zunächst ein reiner Beistandspakt. Militärische Strukturen wurden erst ab Anfang 1951 aufgebaut.

Phase auf die geographische Unverwundbarkeit, auf die industrielle Basis und auf das Atomwaffenmonopol²²⁵.

Der Sieg der Kommunisten in China, vor allem aber der Verlust des Atomwaffenmonopols – beides in der zweiten Jahreshälfte 1949 – bewirkten im amerikanischen Sicherheitsapparat eine Neubewertung der Lage und der außenpolitischen Strategie. Hierfür wurde eine Studiengruppe unter der Leitung von Paul Nitze eingesetzt, die im Frühjahr 1950 die für die gesamte „Containment“-Politik richtungweisende Studie NSC-68 verfaßte. Der Hauptunterschied zu der Konzeption lag in der Einschätzung der Motivation der UdSSR und ihrer Kriegsbereitschaft. Die bisherige Einschätzung der UdSSR ging davon aus, daß die UdSSR keinen Krieg gegen die USA beginnen würden²²⁶. Die Studie kam aber nun zu dem Schluß, daß die UdSSR 1954 in der Lage sein würde, einen Krieg gegen die USA zu gewinnen. Als Endziel der UdSSR wurde die kommunistische Welt-herrschaft unterstellt. Anders als bei früheren Mächten mit hegemonialen Absichten, sei die UdSSR „... animated by a new fanatic faith, antithetical to our own ...“ so daß prinzipiell ein Konflikt der Idee der Freiheit und der Idee der Sklaverei gegeben sei²²⁷. Die Hauptgefahr gehe daher von der UdSSR auch auf dem Gebiet der psychologischen Beeinflussung und des subversiven Kampfes aus, wodurch der Widerstandswille der freien Nationen untergraben werden solle²²⁸. Die Militärmacht der UdSSR, die weit größer sei als zur reinen Verteidigung nötig, diene dazu, das Konzept der Einflüßausweitung abzusichern und andere Nationen durch ihre „great coercive power“ einzuschüchtern. Bei günstiger Gelegenheit würde die UdSSR aber nicht vor deren Einsatz zurückschrecken²²⁹.

Als breite außenpolitische Gegenstrategien empfiehlt die NSC 68-Studie einmal die Entwicklung einer „healthy international community“²³⁰ durch wirtschaftliche Hilfe, die als ein Hauptinstrument der amerikanischen Außenpolitik bezeichnet wird, die Einrichtung regionaler Strukturen der internationalen Beziehungen (z. B. OAS) und die Unterstützung der Vereinten Nationen. Zum anderen empfiehlt sie eine Politik der Eindämmung der UdSSR „...by all means short of war...“²³¹

²²⁵ vgl. Spillmann: a.a.O., S. 36

²²⁶ Etzold/Gaddie (Hrsg.): a.a.O., S. 283

²²⁷ vgl. Etzold/Gaddis /Hrsg.): a.a.O., S. 387

²²⁸ vgl. Etzold/Gaddie (Hrsg.): a.a.O., S. 394

²²⁹ ebenda

²³⁰ Etzold/Gaddis (Hrsg): a.a.O., S. 401

²³¹ vgl. ebenda

Das wichtigste Mittel der Eindämmungspolitik ist eine starke Militärmacht, einmal zur Abschreckung und Absicherung der nationalen Sicherheit, sodann zur Zurückweisung einer möglichen Aggression und zur Abstützung der Eindämmungsstrategie.

Nach der Abwägung verschiedener Handlungsoptionen kommt die Studie schließlich zu folgenden Empfehlungen: Die politische, ökonomische und militärische Stärke der USA solle ausgebaut werden, um das Selbstvertrauen der freien Welt zu stärken. Gleichzeitig solle ein funktionierendes politisches und ökonomisches Internationales System entwickelt und eine entschlossene politische Offensive gegen die UdSSR gestartet werden. Dies setze ein wirksames militärisches Schild voraus, um die UdSSR vor Aggressionen abzuschrecken, deren Aggressionen zurückzuschlagen, seien sie begrenzt oder umfassend. Nach der Einschätzung Nitzes erfordert selbst eine defensive politische Strategie Streitkräfte, die zu offensiven Aktionen fähig sind, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu bringen²³².

Die amerikanischen Streitkräfte müßten in der Lage sein,

1. wichtige Gebiete der westlichen Hemisphäre zu verteidigen, damit in ihnen die Kriegsführungskapazitäten entwickelt werden können
2. die Mobilisierungsbasis zu schützen, während offensive Kräfte aufgestellt werden
3. Offensiv-Operationen durchzuführen, um vitale Teile der sowjetischen Kriegsmaschine zu zerstören
4. Militärbasen und Kommunikationswege zu schützen und zu verteidigen
5. Hilfe für Alliierte zu leisten²³³

Zu diesen Zwecken müßten die USA Streitkräfte aufbauen, die denen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten überlegen sind.

Die NSC-68 sprach sich ebenfalls für Verhandlungen mit der UdSSR aus, die der Sowjetunion die Möglichkeit lassen sollten, ihr Gesicht zu wahren. Diese sollten aber nur von einer Position der Stärke ausgeführt werden.

²³² vgl. Etzold/Gaddis (Hrsg.): a.a.O., S. 434 ff

²³³ vgl. Etzold/Gaddis (Hrsg.): a.a.O., S. 435

Der Wettbewerb der beiden Supermächte wurde in diesem richtungsweisenden Dokument als Nullsummenspiel aufgefaßt, in dem Gewinne der einen Seite zu gleich hohen Verluste der anderen Seite führen. Kennan hingegen glaubte nicht, daß ein Gewinn der UdSSR in einer entlegenen Weltgegend zu einem Verlust an Sicherheit für die USA führen würde. Ein weiterer Unterschied dieses eher universalistischen Kampfes gegenüber dem partikularistischen Konzept von Truman ist die starke Betonung des militärischen Instruments, so daß ihn Etzold/Gaddis als ein „call to arms“ bezeichnet haben²³⁴.

In der Zeit des „Containment“s, die nach der Einteilung von Czempiel/Schweitzer erst durch den dritten Entwurf der US-Außenpolitik unter der Nixon-Administration abgelöst wurde, stellte dieser universalistische Eindämmungsansatz trotz aller Wandlungen der konkreten Politik ein durchgängiges Muster dar. Allerdings folgen nicht alle Autoren diesem Schema: John Lewis Gaddis zum Beispiel spricht von fünf „distinct geopolitical codes“ in der amerikanischen Außenpolitik der Nachkriegszeit:

1. die ursprüngliche Kennan'sche Strategie des „Containment“s,
2. die Strategie von NSC-68,
3. der „New Look“ der Eisenhower-Administration,
4. die „Flexible Response“-Strategie der Kennedy/Johnson-Jahre,
5. die Detente-Politik von Nixon bis Carter²³⁵.

Das Charakteristische der ersten vier Entwürfe stellt aber meines Erachtens den Versuch einer Begrenzung des Einflusses der UdSSR durch ihre Eindämmung dar, während die verschiedenen Strategien der jeweiligen Administrationen nur eine Variation auf der Ziel-Ebene, nicht aber auf der Zweck-Ebene darstellen; dementsprechend soll hier auch weiterhin der Einteilung von Czempiel/Schweitzer gefolgt werden.

Der Ausbruch des Koreakrieges bestätigte in den Augen der US-Administration die Voraussagen dieser Studie und verdeutlichte die Notwendigkeit einer langfristigen Sicherheitspolitik. Der Schwerpunkt dieser Politik wurde in Europa gesetzt. Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik Deutschland und Japans in das amerikanische Bündnisystem wurde beschleunigt; der Aufbau militärischer NATO-Strukturen in Angriff

²³⁴ vgl. Etzold/Gaddis (Hrsg): a.a.O., S. 384

genommen und in den Lissaboner Beschlüssen²³⁶ ehrgeizige Streitkräftestrukturen beschlossen.

Die neue Administration unter Präsident Eisenhower und seinem Außenminister Dulles hielt weiterhin am „Containment“ fest; ihr Ziel war aber eine gesteigerte Effektivität bei geringeren Kosten²³⁷. Eisenhower war überzeugt, daß die Mittel der USA nicht unbegrenzt sind, und nur die Aufrechterhaltung einer gesamten ökonomischen Basis die Lebensfähigkeit der USA, die Legitimität ihrer Verteidigungspolitik und schließlich auch die Eindämmungsfähigkeit erhalten könne. Bei weiter steigenden Verteidigungsausgaben sah er die Gefahr eines Garnisonsstaates, in dem jene Werte geschwächt würden, die eigentlich verteidigt werden sollten²³⁸.

Nach einer intensiven Planungsphase im Sommer 1953 wurde die neue Strategie des „New Look“ im Oktober desselben Jahres in dem Dokument NSC 162/2 festgelegt. Obwohl die Grundpositionen von NSC-68 übernommen wurden (ideologische Gefahr, starke militärische Ausrichtung, Null-Summen-Spiel), wurden doch entscheidend neue Akzente gesetzt. Während die alte Truman-Strategie – wie sich Außenminister Dulles in seiner berühmten Rede vom 12.1.1954 ausdrückte – „...die Bereitschaft erfordert hätte, in der Arktis und in den Tropen, in Asien, im Nahen Osten und in Europa zu kämpfen, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, mit neuen und mit alten Waffen“²³⁹, sollte nun ein asymmetrischer Ansatz gewählt werden. Der Truman-Ansatz setzte auf Symmetrie: Die Abschreckung würde funktionieren, wenn dem potentiellen Aggressor glaubhaft signalisiert würde, daß hinsichtlich aller Expansionsschritte eine adäquate Abwehr erfolgen würde. Das Eisenhowersche Konzept der Asymmetrie strebte demgegenüber danach, die Gewißheit einer Antwort mit der Ungewißheit ihrer Art und Weise zu verbinden²⁴⁰.

Das bekannteste Element des „New Look“ ist die Nuklearstrategie der „Massiven Vergeltung“, die oft als eine Art blindes Losschlagen mit Nuklearwaffen auf begrenzte Aggressionen mißverstanden wurde. Dem sind zwei Argumente entgegenzuhalten: Zum einen muß die „Massive Vergeltung“ unter dem Aspekt der Asymmetrie betrachtet wer-

²³⁵ vgl. John Lewis Gaddis: *Strategies of Containment*, Oxford, New York, Toronto, Melbourne 1982, S. IX

²³⁶ vgl. *Das atlantische Bündnis*: a.a.O., S. 35; vorgesehen waren die Aufstellung von 50 Heeresdivisionen und die Bereitstellung von 4000 Flugzeugen.

²³⁷ vgl. John Lewis Gaddis, *Strategies of Containment*: a.a.O., S. 124

²³⁸ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 136

²³⁹ vgl. Gaddis: a.a.O. S. 107

²⁴⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 151

den. Statt eines blinden Drauflosschlagens sollte der Gegner mit Reaktionen konfrontiert werden, die nicht auf dem Gebiet der von ihm gewählten Aggression liegen würden, sondern dort, wo die USA ihre Stärke maximal zum Tragen bringen könnten. Wie es Dulles in der schon erwähnten Rede ausdrückte: „Such an approach would allow shaping our military establishment to fit what is our policy, instead of having to try to be ready to meet the enemy's many choices“²⁴¹. Hierdurch sollte die Initiative wiedererlangt werden und gleichzeitig die Kosten reduziert werden. Hierzu mußte allerdings dem Gegner verdeutlicht werden, daß die USA willens seien, nötigenfalls atomare Waffen einzusetzen „... at places and with means of its own choosing...“, wo immer vitale Interessen berührt waren. Die Eisenhower-Administration bemühte sich folglich, den Unterschied zwischen konventionellen und atomaren Waffen herunterzuspielen²⁴². So legte auch NSC 162/2 fest, daß die USA im Falle von Feindseligkeiten mit der UdSSR oder China atomare Waffen als ebenso anwendbar ansehen wie andere (konventionelle) Waffen²⁴³. Allerdings bedeutete dies nicht, daß Atomwaffen unter allen Umständen eingesetzt würden. Dieser Auffassung trat Dulles in einem Artikel in *Foreign Affairs* im April 1954 entgegen, in dem er schrieb:

„... massive atomic and thermonuclear retaliation is not the kind of power which could most usefully be involved under all circumstances“. Vielmehr sollte eine Flexibilität angestrebt werden, die mehrere. Antworten ermöglicht.

Das zweite Argument betrifft die Gesamtstrategie der Eisenhower'schen „Containment“-Politik. Diese bestand nämlich nicht nur aus der „massiven Vergeltung“, sondern beinhaltete insgesamt fünf Elemente:

1. die Nuklearstrategie der massiven Vergeltung,
2. die Allianzpolitik,
3. die psychologische Kriegsführungskomponente,
4. verdeckte Operationen,
5. Verhandlungen.

²⁴¹ zitiert nach Gaddis: a.a.O., S. 147

²⁴² vgl. Gaddis: a.a.O., S. 149

²⁴³ vgl. ebenda

Die Allianzpolitik stellte ebenfalls ein wichtiges Element der „Containment“-Politik dar. Schon die Truman-Administration hatte hierauf großen Wert gelegt, indem sie Allianzverträge mit 41 Staaten abschloß (Rio Pakt 1947, NATO 1949, ANZUS 1951, Japan, Philippinen 1951). Demgegenüber vergrößerte die Eisenhower-Administration die Anzahl der geschützten Länder nur um vier (Thailand und Pakistan durch die SEATO, Korea 1953 und Taiwan 1955). Während aber die Truman-Administration diese Allianzen mehr unter dem strategischen Verteidigungsaspekten organisierte (d. h. Schutz von Gebieten, die für die Verteidigung der USA einen strategischen wert besaßen), legten Eisenhower und Dulles größeren Wert auf den Abschreckungsaspekt: Die UdSSR und China werden so mit einem Ring von anti-kommunistischen Staaten umgeben, so daß der Sicherheitsschirm der USA die beiden kommunistischen Supermächte von einem Angriff auf diese Staaten abschrecken sollte²⁴⁴.

Das dritte Element stellte die psychologische Kriegführung dar. Der bekannteste Aspekt dieses Elementes war die „roll back“-Strategie. Wie Dulles sich ausdrückte, sollten hierbei die "Räume der Freiheit" vergrößert und Länder dem kommunistischen Einfluß entrissen werden²⁴⁵. Wie aber Czempiel/Schweitzer richtig anmerkten, wurde das „roll back“ nie zur befolgten Außenpolitik, Ja es wurde nicht einmal regierungsintern festgelegt²⁴⁶. Dies geschah nicht aus Unvermögen oder mangelndem Willen der Administration, sondern die „roll back“-Strategie war lediglich als Rhetorik innerhalb eines psychologischen Kampfes gedacht. Die Eisenhower Administration zog daher nie ernsthaft in Erwägung, aktiv den sowjetischen Einfluß zurückzudrängen²⁴⁷. Es sollte dadurch lediglich der kommunistischen Propaganda ein entsprechendes Gegenmittel gegenübergestellt werden in der Hoffnung, durch die Darstellung der westlichen Werte und Lebensweise Unruhe und Unzufriedenheit im kommunistischen Machtbereich auslösen zu können.

Das vierte Element der Eisenhowerschen Eindämmungsstrategie, die verdeckten Operationen, sind im engen Zusammenhang mit der psychologischen Kriegführung zu sehen. Auch hierbei wurden nur Trends der Truman-Administration fortgesetzt, die den Haushalt der CIA für verdeckte Operationen von 1948 um 4,7 Mill. \$ auf 1952 82 Mill. \$ steigerte. Allerdings war es erst Eisenhower, der sie zu einem eigenständigen Instru-

²⁴⁴ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 153

²⁴⁵ vgl. Czempiel/Schweitzer: a.a.O., S. 83

²⁴⁶ vgl. Czempiel/Schweitzer: a.a.O., 8. 85

ment der nationalen Strategie machte²⁴⁸. Hierfür wurde eine ganze Palette von Maßnahmen bereitgestellt, die über Propaganda, ökonomische Kriegführung, Subversion und Infiltration bis hin zur Unterstützung anti-kommunistischer Guerillas reichte. zu den bekanntesten Aktionen gehören die Umstürze im Iran 1953 und in Guatemala 1954 sowie alle Umsturzversuche in Indonesien 1958 und Kuba 1960/61.

Trotz der antagonistischen Frontstellung gegen den Kommunismus waren Verhandlungen mit der Sowjetunion das fünfte Element der „Containment“-Strategie. So hieß es zum Beispiel in NSC 162/2 „... that the United States should keep open the possibility of negotiation with the USSR, both to pursue whatever opportunities for settlement which might arise and to convince allies of American good faith in seeking them“²⁴⁹. Stärker als Truman war Eisenhower um Vertrauensbildung und Abrüstung bemüht, was sich in den drei Gipfeltreffen von Genf Camp David 1959 und Paris 1960 manifestierte.

Diese fünf Elemente zusammengenommen bildeten also das Grundkonzept der „Containment“-Strategie der USA von 1953 – 1961. Dies setzte allerdings voraus, daß die USA zur horizontalen und vertikalen Eskalation und somit zu einem höheren Risiko bereit waren. Dafür ermöglichte dieses Konzept aber den USA, gegebenenfalls die Initiative zu behalten und minimierte die Kosten für die nationale Sicherheitsstrategie. So kommt John L. Gaddis zu dem Schluß, daß dieses Konzept eine integrierte und relativ erfolgreiche Strategie darstellte, die knappen Mittel richtigen Zwecken und Zielen zuzuordnen²⁵⁰.

Die Neuorientierung der Kennedy/Johnson-Administration war eine Kampagne sowohl aus den gewandelten Kräfteverhältnissen, als auch aus dem Generationswechsel und der damit verbundenen weltpolitischen Dynamik innerhalb der amerikanischen Administration. Nachdem die USA nach dem Sputnik-Schock von 1957 nach dem Atomwaffenmonopol auch ihre geographische Unverwundbarkeit verloren zu haben schienen, wurde vor allem von zivilen Strategieexperten heftige Kritik an der „massiven Vergeltung“ geübt.

²⁴⁷ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 155

²⁴⁸ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 158

²⁴⁹ Gaddis: a.a.O., S. 160

²⁵⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 161

Von besonderem Einfluß waren die Werke von Robert E. Osgood: „Limited War: The Challenge to American Strategy“ und von Henry Kissinger: „Nuclear Weapons and Foreign Policy“²⁵¹. Diese Kritik machte sich John F. Kennedy weitgehend zu eigen.

Allerdings waren dies nicht die einzigen neuen Herausforderungen, mit denen sich Kennedy und Johnson konfrontiert sahen. Im Mittelpunkt der Kennedyschen Außenpolitik – die später weitgehend von Johnson übernommen wurde – stand nun die These, daß sich der weltpolitische Wettbewerb mit der UdSSR auf einen neuen Schauplatz verlagert habe. von diesem Zeitpunkt ab gehe es hauptsächlich um den Einfluß auf die Entwicklungswege, die nun entstanden, Staaten der Dritten Welt einschlagen würden²⁵².

Der Marxismus-Leninismus wurde als attraktiv für viele Dritte-Welt-Staaten eingeschätzt, da er ihren diktatorischen Regimen Legitimität verleihen und die Instrumentarien für eine Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur bereitstellen würde. Verschärfend kam noch hinzu, daß kurz vor der Amtseinführung der neuen Administration Chruschtschow in einer Rede die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in „nationalen Befreiungskriegen“ angekündigt hatte²⁵³.

Diesen vielfältigen Herausforderungen – denen sich Eisenhower nach Kennedys Meinung noch nicht gestellt hatte, sollten nach den Vorstellungen der jungen, dynamischen Garde um Kennedy mit einer aktiveren Außenpolitik, einer „grand objective“ begegnet werden. Dem alten Ziel der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts verpflichtet, sollten neue Mittel für dieses Ziel eingesetzt werden. Dieses Ziel konnte am besten durch den Schutz und die Aufrechterhaltung einer weltpolitischen Vielfalt (diversity) erreicht werden: Keine einzelne Macht der Staatengruppe sollte in der Lage sein, die Sicherheit der USA zu gefährden. Wenn weder die UdSSR noch die Volksrepublik China in der Lage wären, Europa und Asien zu kontrollieren, wären die USA vor einer Bedrohung weitgehend gesichert. Kennedy folgerte daraus, daß es ein Hauptziel der US–Außenpolitik sein müsse „... to support the independence of nations so that no bloc cannot gain sufficient power to finally overcome us“²⁵⁴.

Im einzelnen sollte auf sechs verschiedenen Feldern die Außen- und Strategiepoltik der USA dynamisiert werden.

²⁵¹ vgl. Russel F. Weigley: The American Way of War, Bloomington 1977, S. 411 ff.

²⁵² vgl. Seymour Brown: The Faces of Power; New York 1983, S. 152

²⁵³ vgl. ebenda

²⁵⁴ Gaddis: a.a.O., S. 201

1. Verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung nicht-militärischer Instrumente des „Containment“²⁵⁵. Hierbei sollten den neuen Dritte-Welt-Staaten die Vorteile der demokratischen Gesellschaft und einer freien Wirtschaft demonstriert und sie dadurch gegen die „Krankheit des Kommunismus“ immunisiert werden. Diese Instrumentarien waren von gleicher – wenn nicht sogar von höherer – Bedeutung wie die militärischen Mittel des „Containment“^s. Ähnlich dem Marshalplan der Truman-Administration für Europa sollte nun die „Alliance for Progress“ Wirtschaftshilfe, technische Hilfe, Hilfe bei der Entwicklung des Bildungs- und Erziehungswesens und Kapitalhilfe usw. für lateinamerikanische Staaten bereitstellen. Zur Unterstützung dieser Maßnahmen wurden die „Agency for International Development“ und das „Peace Corps“ ins Leben gerufen.

2. Eine ebenfalls bedeutende Innovation stellte die Abkehr von der Strategie der „Massiven Vergeltung“ dar. Der asymmetrische Ansatz Eisenhowers wurde dahingehend kritisiert, daß er sich zu sehr auf Nuklearwaffen verlassen habe und damit ein zu hohes Risiko eingegangen sei („Brinkmanship“). Ebenfalls habe er zu wenig Handlungsoptionen bereitgestellt, so daß nur die beiden Alternativen „Kapitulation“ oder „allgemeiner Nuklearkrieg“ bestanden hätten. Da gleichzeitig nicht nur ein Atomkrieg oder ein konventioneller Krieg, sondern auch der Guerilla-Krieg oder subversive Aktionen als mögliche, ja sogar eher wahrscheinliche Konfliktaustragungsmuster, angesehen wurden, wurde in der neuen Strategie der „Flexible Response“ der Schwerpunkt auf den Ausbau der konventionellen und subkonventionellen Kräfte gelegt. Diese Strategie kehrte ähnlich der des NSC-68 wieder zu einem symmetrischen Ansatz zurück²⁵⁶. Dem breiten und ausdifferenzierten Instrumentarium der UdSSR für Aggressionen sollte ein ebenso breites wie ausdifferenziertes Spektrum von Antwortmöglichkeiten gegenübergestellt werden, da der bisherige asymmetrische Ansatz nur ungläubwürdige Handlungsoptionen bereitstellte – wie es einer der strategischen Denker der Kennedy-Administration, Walt Rostow, in seinem grundlegenden Memorandum, Basic National Security Policy (BNSP), vom März 1962 ausdrückte.

So wurde ein umfangreiches Programm des Ausbaues und der Stärkung der konventionellen Kräfte begonnen, um so auch für konventionelle und begrenzte

²⁵⁵ im folgenden beziehe ich mich auf Gaddis–. a.a.O., S. 215–236

²⁵⁶ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 214

Aggressionen gerüstet zu sein und um auch die nukleare Schwelle senken zu können. Die Ökonomie wurde als stark genug angesehen – vor allem dank einer aktiveren keynesianischen Wirtschaftspolitik – diese Mehrausgaben tragen zu können; die Streitkräftestrukturen sollten an Aufgaben und nicht an „willkürlichen Budget-Beschränkungen“ orientiert werden. Starke und hochmobile konventionelle Kräfte sollten in der Lage sein, lokale Aggressionen auf eine angemessene Eskalationstufe zurückzuschlagen, ohne auf den Einsatz von Nuklearwaffen angewiesen zu sein. Hierbei wurde besonderen Wert auf den Ausbau der NATO-Fähigkeiten gelegt.

Diese Maßnahmen allein genügten aber nicht, da nationale Befreiungskriege und Bürgerkriege bzw. Aufstände als neue Kategorien ausgesucht wurden und als wahrscheinlichste Bedrohung angesehen wurden. Durch Chruschtschows Rede vom Januar 1961 bestärkt, ist es nach Harry G. Summers dennoch erstaunlich, mit welcher Macht sich die „counter-insurgency“-Strategie in dem doktrinären Vakuum der US-Army nach der Doktrin der „Massiven Vergeltung“ ausbreitete, ja geradezu zum Dogma der US-Army wurde²⁵⁷. Als einziger Ausweg, Guerillas zu bekämpfen, wurde die Übernahme dieser Taktik gesehen²⁵⁸. Die „counter-Insurgency“-Strategie hatte aber auch starke soziale, politische, ökonomische und psychologische Komponenten²⁵⁹, die in gegenseitiger Abhängigkeit zu den militärischen Operationen gesehen wurden. Solche Maßnahmen sollten ebenfalls schon im Vorfeld eines Konfliktes angewendet werden, um dessen Ausbruch zu verhindern. Die verschiedenen nichtmilitärischen und militärischen Komponenten der „Counter-Insurgency“-Strategie sollten auf diese Weise sowohl als Prophylaxe, als auch als Therapie wirken²⁶⁰.

3. Die strategische Überlegenheit, welche die USA bisher gegenüber der UdSSR besaß, sollte auch weiterhin aufrechterhalten werden. Obwohl die Wahlkampfparole von der Raketenlücke ziemlich schnell als Irrtum erkannt wurde, wurden die

²⁵⁷ vgl. Harry G. Summers: *On Strategy: The Vietnam War in Context*, 4. Aufl., Carlisle Barracks 1983

²⁵⁸ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 217

²⁵⁹ so zum Beispiel spielte die ökonomische Entwicklung "befriedeter Gebiete" und die Wiederansiedlung geflohener Bevölkerungsteile im Vietnamkrieg eine große Rolle in der Gesamtstrategie. Für diese Programm war die amerikanische Agency for International Development (AID) zuständig. vgl. Douglas S. Blaufarb: *Economic Security Assistance and Special Operations*, in: Frank R. Barnett/B. Hugh Tovar/Richard H. Schulz (Hrsg.) *Special Operations in US-Strategy*, National Strategy Information Center 1984, S. 204

²⁶⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 217

Planungsziele auf diesem Gebiet gegenüber der Eisenhower-Administration noch erhöht. Im Jahr 1964 war die Anzahl der Nuklearwaffen um 180 % gestiegen, zehn zusätzliche „Polaris“-U-Boote und 400 zusätzliche „Minuteman“-ICBMs waren aufgestellt worden. Obwohl Stimmen laut wurden, daß mehr Nuklearwaffen nicht immer mehr Sicherheit bedeuten würden²⁶¹, wurde die strategische Überlegenheit als wichtiger Faktor der Abschreckung und der lokalen Kräftebalance angesehen²⁶².

4. In einem vierten Politikfeld, nämlich bei den Verhandlungen mit der UdSSR über Rüstungskontrolle und Abrüstung, wurden die Ansätze der Eisenhower-Administration fortgeführt und verstärkt. Gemäß der BNSP von Walt Rostow sollte es sich vor allem um eine Kodifizierung der Spielregeln, die dem weltpolitischen Wettbewerb mit der UdSSR zugrunde lagen, bemüht werden²⁶³. Die gesteigerten Fähigkeiten der USA, dem Einflußgewinn der UdSSR Einhalt zu gebieten, würden diesem Ansatz gemäß Anreize für die UdSSR schaffen, einer gegenseitigen Zurückhaltung zuzustimmen. Obwohl die Kennedy-Administration auch weiterhin von der Bedrohung durch die UdSSR und dem Fortbestand des Ost-West-Konfliktes Überzeugt war, glaubte sie doch, daß es möglich wäre, auf Politikfelder von gemeinsamen Interesse Abkommen abzuschließen. Auch auf diesem Feld wirkte sich die strategische Überlegenheit der USA aus; sie gab ihr die Sicherheit, sich auf Abkommen und Rüstungskontrollvereinbarungen einzulassen, in der Gewißheit, keine Abstriche von der eigenen Sicherheit machen zu müssen.
5. Die Allianzen mit den Sicherheitspartnern sollten durch die Konzentration auf die wesentlichen Staaten in Westeuropa, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland erreicht werden. Der Zusammenhalt der NATO sollte durch Initiativen zur stärkeren Verantwortung der Europäer (z. B. durch das „Multilateral Force“-Projekt, MLF) und durch intensivere Konsultationen gestärkt werden²⁶⁴. Hingegen wurden CENTO und SEATO als wenig effiziente Bündnisse angesehen. ih

²⁶¹ so zum Beispiel Carl Keyser, ein Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsberaters McGeorge Bundy, vgl. Gaddis: a.a.O., S. 217

²⁶² so zum Beispiel Assistant Secretary of Defense Paul Nitze in einer Rede vor dem Londoner Internationalen Institut für strategische Studien im Dezember 1961. vgl. Gaddis: a.a.O., S. 218

²⁶³ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 228

²⁶⁴ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 223

ren Mitgliedern sollte weniger militärischer Beistand als Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden.

6. Schließlich sollten effizientere Planungsmethoden in Verbindung mit einer aktiveren Wirtschaftspolitik die Ressourcen der USA besser ausnutzen. Auffälligstes Ergebnis dieses Wunsches war das „Planning-Programming-Budgeting“-System (PPBS), das von Verteidigungsminister McNamara in seinen Ministerien eingeführt wurde. Dieses System sollte mit Hilfe von Methoden der System-Analyse eine rationalere Streitkräfte-Planung ermöglichen und den notorischen Verteilungskampf der Teilstreitkräfte um das knappe Verteidigungsbudget beenden.

Die außenpolitische Konzeption von Kennedy und Johnson war dazu bestimmt, den neuen Herausforderungen durch die UdSSR im weltpolitischen Einflußkampf gerecht zu werden und ihnen eine eigene dynamische Politik entgegenzustellen. Eines der Hauptanliegen war es dabei, der Sowjetunion die Erfolglosigkeit von Aggressionen, die auf breiterer und differenzierter Basis vorgetragen wurden, zu demonstrieren, gleichzeitig aber die Gefahr einer nuklearen Konfrontation zu verringern. Daneben sollten die USA wieder die Fähigkeit erlangen, falls die Abschreckung versagen sollte, potentielle Aggressionen, seien sie indirekt oder direkt, klein oder groß, konventionell, subkonventionell oder nuklear, durch das Instrument der Flexiblen Reaktion zu beenden. Weiterhin sollten der Sowjetunion aber alle Vorteile von Zurückhaltung und Einhaltung von Spielregeln vor Augen geführt werden.

Für diese Konzeption war allerdings die Aufrechterhaltung des Vertrauens in die USA durch ihre Verbündete von entscheidender Bedeutung. Die perzipierte Stärke und Entschlossenheit Amerikas stellten ein unerläßliches Element zur Wahrung seiner Weltgeltung, seines Einflusses und seiner Abschreckungsfähigkeit dar. Obwohl die Prämissen und Interessen der Kennedy/Johnson-Administration dem partikularistischen Ansatz zuzurechnen sind („to make the world safe for diversity“), konnte sich die USA – nach Einschätzung ihrer damaligen Führung – keine Räumung auch unhaltbarer Positionen erlauben, da damit ein zu großer Vertrauensverlust verbunden gewesen wäre. Die noch vorhandene strategische Überlegenheit, das neue Vertrauen in die verbesserten Instrumente (Flexible Response, PPBS) und die idealistische Rhetorik führten daher zum Höhepunkt des Globalismus der USA und zum Scheitern in den Dschungeln Vietnams, das die Begrenztheit sogar der stärksten Supermacht aller Welt deutlich vor Augen führte.

4.3.3. Entspannung als Fortsetzung des „Containment“s mit anderen Mitteln (3. Entwurf)

Gerade das Überengagement der vereinigten Staaten, das im Vietnamkrieg am deutlichsten zu Tage trat, veranlaßt die neue republikanische Administration unter Richard Nixon zu einer grundlegenden Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik. Czempiel/Schweitzer bezeichnen diese neue Politik als den dritten Entwurf der amerikanischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit, nach dem Vorrang der UNO als System kollektiver Sicherheit und der Eindämmungsstrategie²⁶⁵.

Ebenfalls mußte die neue Administration die Konsequenzen aus der strategischen und waffentechnischen Parität der UdSSR ziehen, die diese Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre erreicht hatte. Nixon und der Hauptarchitekt der Außenpolitik, sein Sicherheitsberater und spätere Außenminister Kissinger, reagierten auf diese Herausforderungen durch die Abkehr von einem regionalen Krisenmanagement²⁶⁶ zu einer globalen Strategie, die strategische Prioritäten setzte. Hierzu war eine neue Beurteilung der Weltlage und der amerikanischen Interessen erforderlich, die auch mit Hilfe historischer und politikwissenschaftlicher Kriterien erarbeitet wurde.

Diesen „philosophical deepening“ – wie es Kissinger nannte²⁶⁷ führte zu der Einsicht, daß die Weltlage durch eine Mültidimensionalität der Machtfaktoren gekennzeichnet sei und militärische macht eine abnehmende Bedeutung habe, während ökonomische Macht zunehmend wichtiger werde. Ferner wurde nunmehr angenommen, daß das Ringen um weltpolitischen Einfluß kein „Nullsummenspiel“ sei, bei dem Gewinne der einen Seite automatisch zu gleich großen Verlusten der anderen Seite führen. Die Welt wurde als Pentagonale von fünf ökonomischen Großmächten (USA, Europa, Japan, UdSSR und China, ähnlich wie Kennan fünf hauptsächliche Industriegebiete) gesehen, zwischen denen es galt, ein Gleichgewicht herzustellen. Alle Teilnehmer wurden nach diesem Konzept nach ihren Handlungen und nicht nach der herrschenden Staatsideologie beurteilt.

Den Schlüssel zur Sicherheit im Nuklearzeitalter sahen Nixon und Kissinger darin, daß versucht werden sollte, von einem internationalen System der „Balance of Power“ zu

²⁶⁵ vgl. Czempiel/Schweitzer: a.a.O., S. 304

²⁶⁶ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 333

²⁶⁷ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 277

einer neuen Weltordnung zu gelangen, in der Stabilität nicht das Produkt der Ausgewogenheit der Kräfte, sondern das Ergebnis von gegenseitiger Zurückhaltung, Koexistenz und schließlich Kooperation sein sollte.

Durch dieses „Detente“-Konzept sollte die UdSSR als stabiles Element in die existierende Weltordnung eingebunden werden, in der Hoffnung, daß selbst ein revolutionärer Staat die Vorteile von legitimem Verhalten im internationalen System erkennen und gemeinsame Interessen höher bewerten würde als revolutionäre oder machtpolitische Expansion. Gaddis folgend bestand das neue Konzept hauptsächlich aus fünf einzelnen Punkten²⁶⁸.

1. mit der Sowjetunion sollten substantielle Verhandlungen hauptsächlich über Rüstungskontrolle, Wirtschaftsbeziehungen und Verhalten im internationalen System geführt werden. Durch eine Kombination von Druck und Anreizen sollte die UdSSR zur Anerkennung der Legitimität des Internationalen Systems bewegt werden. Ebenfalls dazu geeignet erschien die Verflechtung der sowjetischen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft, um somit die Abhängigkeit der UdSSR zu erhöhen. Ihren besonderen Ausdruck fand diese Politik in der Unterzeichnung der Erklärung über die Grundsätze bilateraler Beziehungen vom 29.5.1972. In dieser Erklärung wurde ein umfangreicher Verhaltenskatalog aufgestellt, der solche Bestimmungen wie die „Friedliche Koexistenz“ als Grundlage der Beziehungen, die gegenseitige Zurückhaltung, die Vermeidung militärischer Konfrontationen, die weitere Abrüstung, die von Wirtschaftskontakten und die Förderung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit enthielten²⁶⁹.
2. Dabei verfolgte Kissinger den „Linkage“-Ansatz, in dem er Zugeständnisse der amerikanischen Seite bei Fragen von sowjetischem Interesse mit Wohlverhalten oder Zugeständnisse auf anderen Gebieten von amerikanischen Interessen verknüpfte. Kissinger war der Meinung, daß eine Modifikation des sowjetischen Verhaltens nicht zu erreichen sei, wenn die verschiedenen Verhandlungen mit der UdSSR ohne politische Verbindung geführt würden; ohne dadurch aber Fortschritte in einem Verhandlungsforum zu Vorbedingungen für Fortschritte in einer anderen Verhandlungsarena zu machen. Außer als „bargaining chip“ konnte

²⁶⁸ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 289–301

²⁶⁹ vgl. Abrüstung – Nachrüstung – Friedenseicherung, Beck-Texte im dtv, München 1983, S. 29 ff.

„Linkage“ auch als Instrument des Krisenmanagements eingesetzt werden eingesetzt werden, zum Beispiel gab die USA der UdSSR im September 1970 zu verstehen, daß die Detente ernsthaft Schaden nehmen würde, wenn sie weiter an dem Ausbau einer U-Boot-Basis auf Kuba festhalten würde²⁷⁰.

3. Die Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China diene sowohl der Entkrampfung des über zwei Jahrzehnte gespannten Verhältnisses zur Volksrepublik, als auch zur Einbindung in die „Pentarchie“ und zur Erhöhung des diplomatischen Drucks auf Moskau. Hierbei wurde der Vorrang der Geopolitik vor einer ideologischen Außenpolitik deutlich²⁷¹. Als deutliches Zeichen für die Annäherungsbereitschaft an die Volksrepublik China wandelte die USA ihre Heeres-Strategie von 2 1/2 Kriegen (d. h. die Streitkräfte sollten so beschaffen sein, daß sie in der Lage wären, einen Großangriff der UdSSR in Europa und einen Großangriff Chinas in Asien abzuwehren und einen kleineren Konflikt in der Dritten Welt zu bestehen) in eine 1 1/2 Kriege-Strategie um²⁷².
4. Der Abbau des Überengagements der USA war ebenfalls ein wichtiges Ziel von Nixon und Kissinger. im Vietnamkrieg war der Höhepunkt des amerikanischen Globalismus erreicht, aber die symmetrische Antwort auf die nordvietnamesische Aggression beanspruchte die physischen und moralischen Kräfte zu sehr, als daß das Engagement noch länger hätte fortgesetzt werden können. Es galt nun, wieder stärker die Eigeninteressen der USA zu betonen und das militärische Engagement auf ein tragbares Maß zurückzunehmen. Erstmals wurden daher durch die sogenannte Nixon-Doktrin eindeutige Kriterien für verbündete und Gegner entwickelt, die ein politisch/militärisches Engagement in Übersee betreffen: Die Bündnisverpflichtungen der USA sollten voll respektiert werden; ein militärischer Schutzschild würde automatisch über eine verbündete Nation ausgebreitet, wenn der Angreifer eine Atommacht sei; bei anderen Arten der Aggression würde zuvor Militärhilfe und Wirtschaftshilfe geleistet werden, die Hauptverantwortung für die Verteidigung, d. h. die Stellung der für die Verteidi-

²⁷⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 293

²⁷¹ Kissinger war sich aber des revolutionären Charakters der kommunistischen Staaten immer bewußt, was sich von seiner Interpretation des Internationalen Systems als ein revolutionäres ableiten läßt; vgl. Henry Kissinger: Kernwaffen und Auswärtige Politik, 2. Aufl., München, Wien 1974, S. 121 (Anm. 111., 46)

²⁷² vgl. Henry Kissinger: Memoiren 1968–1973, München 1979 S. 240 f.

gung erforderlichen Truppen, soll bei den angegriffenen Alliierten liegen²⁷³. Wie unter Eisenhower nach dem Korea-Krieg wurde dadurch zu einem asymmetrischen Ansatz, einer Art „New Look“ zurückgekehrt. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Doktrin beschränkten sich auf die Ankündigung des Rückzuges aus Vietnam, aber als Langzeitstrategie hatte sie doch enorme Bedeutung, indem sie das Eingeständnis der USA darstellte, nicht beliebig ihre Verpflichtungen ausnützen zu können, ohne die Bedingungen für ihre Erfüllung im Auge zu behalten.

5. Um die Glaubwürdigkeit der USA aufrecht zu erhalten, war diese Konzeption des strategischen Rückzugs mit einer gleichzeitigen taktischen Eskalation verbunden, die Stärke und Entschlossenheit demonstrieren sollte. Diese demonstrierte Entschlossenheit – wie die von den Militärs schon lange geforderte Verminderung nordvietnamesischer Häfen, die Ausweitung des Landkrieges nach Kambodscha und Laos und eine intensivierete Bombardierung Nordvietnams – sollte die Unsicherheit über die Reaktionsformen der USA in den Köpfen ihrer Gegner erhöhen²⁷⁴. wie unter Eisenhower/Dulles wurde nun Unsicherheit zu einem bestimmenden Element der Abschreckungspolitik.

Dies gilt auch für die Gesamtkonzeption der Nixon/Kissinger-Strategie; sie stellte im wesentlichen die Rückkehr zu einem asymmetrischen Ansatz dar, wie er unter der letzten republikanischen Administration' bestanden hatte. Vor allem der Vietnamkrieg hatte die Aussichtslosigkeit und die hohen Kosten demonstriert, einer Aggression begegnen zu wollen, die auf dem vom Gegner ausgewählten Gebiet und mit für ihn geeigneten Formen vorgetragen wird. Aber sowohl die Nixon-Doktrin als auch der Linkage-Ansatz wiesen Über Vietnam hinaus. Die Nixon-Doktrin sollte die USA von unnötigen Lasten befreien und ihr mehr weltpolitischen Handlungsspielraum ermöglichen.

während die lokale, symmetrische Eindämmung den einzelnen Alliierten überlassen wurde. Der Linkage-Ansatz weitete die asymmetrische Strategie auf die diplomatische Ebene aus, indem Vorteile und Nachteile auf einem Gebiet zu Fortschritten bei Verhandlungen mit der Sowjetunion auf einem anderen Gebiet führen würden. Allgemein

²⁷³ vgl. Kissinger: Memoiren: a.a.O., S. 245

²⁷⁴ Hierzu gehört auch die Entsendung einer Trägerkampfgruppe in den Indischen Ozean während des Indo-Pakistanischen Krieges im Dezember 1971; näheres siehe dazu in Kapitel militärische Diplomatie.

läßt das Ziel sowohl das strategische Kräfteverhältnis als auch das langfristige außenpolitische Konzept der UdSSR durch Verhandlungen und nicht durch Rüstung zu beeinflussen die Verwirklichung eines asymmetrischen Ansatzes erkennen²⁷⁵.

Nach Gaddis waren Nixon/Kissinger größtenteils erfolgreich mit ihrer Politik des „grand design“. Statt sich in erster Linie mit Krisenmanagement zu beschäftigen, wie dies ihre Vorgänger getan haben, das zu unvorhergesehenen regionalen Verwicklungen führte, standen bei ihnen die Errichtung einer globalen stabilen Ordnung im Vordergrund. Auf Krisen sollten nur in dem Maße eingegangen werden, wie sie diese globale Ordnung zu stören schienen. Dank dieses Ansatzes konnte sich die USA von einem selbstzerstörerischen Engagement in Vietnam befreien und sie wurde zum Dreh- und Angelpunkt eines triangularen „Balance of Power“-Systems, so daß Gaddis zu dem Schluß kommt: „Rarely has a nation executed a more impressive or more rapid shift from defeat to dominance“²⁷⁶. Daß Nixon und Kissinger voller Erfolg letztendlich doch versagt blieb, lag größtenteils daran, daß ihre Strategie auf der Voraussetzung aufbaute, daß Asymmetrien toleriert werden konnten, solange sie auf anderen Gebieten kompensiert würden, aber auch auf dem betreffenden Feld nicht zu groß würden; aber gerade auf militärischem Gebiet zeigte der US-Kongreß in der Ära des Vietnam-Krieges keine Neigung, die durch die sowjetische Aufrüstung entstandenen Asymmetrien zu kompensieren²⁷⁷.

Die folgende Administration unter Jimmy Carter, der angetreten war, moralische Prinzipien in der Politik zu verwirklichen, distanzierte sich rhetorisch zunächst scharf von dem Kissingerschen Ansatz der Realpolitik. Dies verdeckt aber die Tatsache, daß er in der Sache kaum Änderungen in den außenpolitischen Kurs hineinbrachte: Er behielt den asymmetrischen Ansatz bei, der zwischen vitalen und weniger wichtigen Interessen unterschied, ferner suchte er die Zusammenarbeit mit China, um die Sowjetunion einzudämmen und legte großen Nachdruck auf die Verhandlungen über strategische Atomwaffen mit der Sowjetunion. Unterschiede traten bei der Betonung des Themas

²⁷⁵ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 304

²⁷⁶ Gaddis: a.a.O., S. 343

²⁷⁷ so stellten die USA in dieser Periode nur zwei neue strategische Systeme in Dienst, während die UdSSR 11 Systeme in Dienst stellte; zwischen 1970 und 1977 sank die Stärke des amerikanischen Heeres um 207 000 Mann, während die sowjetische Mannschaftsstärke um 262 000 Mann vergrößert wurde. Die Verteidigungsausgaben in den USA sanken im Zeitraum von 1970 – 1977 von 8,2 % des BSP auf 5,2 % des BSP, während für die Sowjetunion ein Anstieg von 11 auf 13 % geschätzt wird. Gemessen an den Bundesausgaben der USA sank der Anteil des Verteidigungshaushaltes im gleichen Zeitraum von 40,8 % auf 24,3 % vgl. Gaddis a.a.O., S. 321 f.

„Menschenrechte“ und durch die Aufgabe des „Linkage“-Ansatzes auf, da Rüstungskontrollverhandlungen als zu wichtig angesehen wurden, um sie mit Fragestellungen aus anderen Bereichen zu belasten²⁷⁸. Zwar hatte die Carter-Administration das Pech, in einer Phase an die Regierung zu kommen, in der die UdSSR verstärkte Anstrengungen unternahm, das globale Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu beeinflussen, aber der Hauptgrund des letztendlichen Scheiterns der Carterschen Außenpolitik lag in der Tatsache begründet, daß es nicht gelang, eine koherente und stringente außenpolitische Konzeption zu entwickeln²⁷⁹. Klare Prioritäten fehlten, weil zu viele ziele gleichzeitig verfolgt wurden: Einen Durchbruch bei den SALT-Verhandlungen zu erzielen, die Menschenrechte zu fördern, die Sowjetunion einzudämmen und die Außenpolitik gleichzeitig von ihrer einseitigen Fixierung auf die UdSSR zu lösen²⁸⁰.

Am Ende seiner Amtszeit sah sich Carter zu einem abrupten Kurswechsel gezwungen. Der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan beendete die Phase der partiellen Kooperation. mit der Verkündung der Carter-Doktrin und dem Beginn der Wiederherstellung eines militärischen Kräftegleichgewichts stand der 3. Entwurf der US-Außenpolitik in der Nachkriegszeit zur Disposition²⁸¹. Mit ihm war versucht worden, die weltpolitischen Verpflichtungen der USA zu reduzieren, ohne ihren Einfluß 'zu mindern. Aber in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit hatte sich diese Konzeption nicht bewährt. Die UdSSR war nicht auf die Verknüpfung von Rüstungskontrolle, Wirtschaftskooperation und außenpolitischer Zurückhaltung eingegangen. Der 4. Entwurf der amerikanischen Nachkriegspolitik unter Ronald Reagan verknüpfte die Rüstungskontrolle mit neuer militärischer Stärke²⁸².

4.3.4. Von der militärischen Stärke bei gleichzeitiger Rüstungskontrolle zur „One World“ (4. Entwurf)

Die letzte Periode des Betrachtungszeitraumes ist durch einen, erst langsam sichtbaren, dann aber immer schneller ablaufenden und z. T. sich dramatisch zuspitzenden revolutionären Prozeß im sowjetischen Machtbereich gekennzeichnet, der schließlich zur deutschen Wiedervereinigung, zur Auflösung des Warschauer Paktes und zum Auseinander-

²⁷⁸ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 346 f.

²⁷⁹ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 349

²⁸⁰ vgl. Gaddis: a.a.O., S. 350

²⁸¹ vgl. Czempiel/Schweitzer: a.a.O., S. 312

fallen der Sowjetunion geführt hat. Bei Reagans Amtsantritt (1981) war dieser Prozeß noch keineswegs absehbar, im Gegenteil, es herrschte eine gewisse Krisenstimmung innerhalb der strategic community der USA vor. Die UdSSR hatte weiter die Aufrüstung vorangetrieben und die Machtbalance zu ihren Gunsten verschoben, die amerikanische Abschreckung hatte weiter an Glaubwürdigkeit verloren²⁸³ – was die europäische Diskussion um die Stationierung der Mittelstreckenraketen bewies, als die UdSSR „... den Krieg als Mittel der Politik durch die Verbreitung von Kriegsfurcht als Mittel der Politik zu ersetzen...“, versuchte²⁸⁴. Am Ende seiner Amtszeit hatte sich die strategische Position der USA gegenüber der UdSSR aber erheblich verbessert²⁸⁵, was zum großen Teil auf die Politik der Reagan-Administration zurückzuführen ist.

In noch stärkerem Maße als sein Vorgänger sah Reagan in der kommunistischen Ideologie die zentrale Triebkraft für das außenpolitische Verhalten der UdSSR; so wurde auch der Politik Gorbatschows zunächst nur ein taktischer Wandel unterstellt²⁸⁶. Der ideologische Wettbewerb der beiden Supermächte wurde weiterhin als der zentrale Gegensatz im Internationalen System perzipiert. Statt aber in der Defensive zu bleiben und auf eine Pazifizierung der UdSSR zu setzen, wurde der von Breschnjew ausgerufenen Wettbewerb der Ideen und Systeme aktiv angenommen²⁸⁷. Das Zerbrechen des innenpolitischen Konsenses und das Vietnam-Trauma wurden als Hauptursache des Niedergangs der USA angesehen; daher setzte Reagan für die US-Politik folgende Zwecke:

- den Niedergang der USA aufzuhalten,
- die Legitimität und die moralische Glaubwürdigkeit der amerikanischen Macht wieder herzustellen,
- die Expansion der UdSSR zu stoppen und sie in die Defensive zu drängen²⁸⁸.

Priorität bei den Zielen hatte dadurch der Aufbau eines neuen innenpolitischen Konsenses sowie die Stärkung der Ökonomie (durch eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

²⁸² vgl. Czempel/Schweitzer: a.a.O., S. 385

²⁸³ vgl. Robert W. Tucker: Reagans Foreign Policy, in: Foreign Affairs, America and the World 1988/89, Februar 1989, S. 1

²⁸⁴ Lothar Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa: Ihre Bedeutung und Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1987, S. 327

²⁸⁵ vgl. Tucker: a.a.O., S. 5

²⁸⁶ vgl. Christian Tuschhoff: Einstellungsprofil und Perzeption der Sowjetunion, in: Helga Haftendorn/Jakob Schissler (Hrsg.) Rekonstruktion Amerikanischer Stärke, Berlin, New York 1988, S. 133

²⁸⁷ vgl. Seymour Brown: The Faces of Power: Constancy and Change in United States Foreign Policy from Truman to Reagan, New York 1983, S. 621

²⁸⁸ vgl. Tucker: a.a.O., S. 9

und durch Steuersenkungen) und der Ausbau der militärischen Stärke der USA²⁸⁹. Die amerikanische „Grand Strategy“ wurde schließlich im Dokument NSDD 182 vom 21.5.1982 festgelegt und sein Inhalt vom Sicherheitsberater William Clark der Öffentlichkeit vorgestellt²⁹⁰.

Die darin skizzierte Politik geht über die bis hierher vorgestellten Varianten einer „Containment“-Politik, nämlich eines direkten Ansatzes und eines indirekten Ansatzes, weit hinaus. Erstmals sind Elemente eines „roll back“-Ansatzes zu erkennen, die nicht nur eine psychologische Wirkung enthalten sollten, wie dies bei dem asymmetrischen „Containment“-Ansatz der Eisenhower-Administration der Fall war. Man kann wohl eher behaupten, daß der Reagansche Politik-Ansatz alle Elementedes „roll back“-Ansatzes in sich vereinigte, die eines direkten und indirekten Eindämmungs-Ansatzes.

Diese außenpolitische Strategie beinhaltete politische, diplomatische, ökonomische und informationelle Mittel, die auf einem Fundament militärischer Stärke gegründet sein sollten²⁹¹. Das Element des direkten Ansatzes kommt in der Forderung gegenüber den Streitkräften zum Ausdruck, zu einer globalen Kriegführung in der Lage zu sein: „Die Streitkräfte müssen in der Lage sein, den Erfordernissen eines weltweiten Krieges gerecht zu werden, einschließlich gleichzeitiger Verstärkungen von Europa sowie Truppeneinsätze in Südwestasien und im Pazifik, ferner Unterstützungsfunktionen für andere Regionen“²⁹². War praktisch schon Carter am Ende seiner Amtszeit von der Nixon’schen 1 1/2 Kriege-Doktrin abgegangen, so kommt diese Forderung Reagans nun mindestens einer 3-Kriege-Doktrin gleich²⁹³.

Veranschaulicht das Ziel des Aufbaus einer Militärmacht, die in der Lage ist, die UdSSR auf der ganzen Welt mit Gegenoptionen zu konfrontieren, das symmetrische Element, so repräsentiert die Strategie der horizontalen Eskalation, ein asymmetrisches Element der „Containment“-Strategie, daß eine militärische Aggression der Sowjetunion neben der direkten Verteidigung mit einem Gegenangriff an einem schwachen, aber strategisch wichtigen Punkt der UdSSR beantwortet werden soll.

²⁸⁹ vgl. Tucker: a.a.O., S. 11

²⁹⁰ vgl. Ulrich Weisser: Strategie im Umbruch, Herford 1987, S. 24 f.

²⁹¹ vgl. Brown: a.a.O., S. 607

²⁹² Spillmann: a.a.O., S. 127

²⁹³ vgl. ebenda

Zunächst wurde der Schwerpunkt der Rüstungspolitik auf die Verbesserung der Abschreckung und auf die Steigerung der Projektionsfähigkeit gelegt. Auch in einem lang anhaltenden Nuklearkrieg sollten die USA die Oberhand behalten und die UdSSR zu einer Kriegsbeendigung zu günstigen Bedingungen für die USA zwingen können. Die konventionelle Kriegsführungsfähigkeit sollte soweit verbessert werden, daß die USA in der Lage sein könnten „...die Interessen der UdSSR überall auf dem Globus zu gefährden“²⁹⁴.

Auch die strategische Verteidigungsinitiative kann als Element eines asymmetrischen Ansatzes betrachtet werden, indem hier defensive Waffen entwickelt werden sollten, denen die UdSSR schwer etwas entgegenzusetzen hatte und ihr überproportionale Kosten verursachen sollte.

Als weiteres Element wurde der Systemkonflikt auf das Gebiet der Wirtschaft ausgeweitet. Restriktionen im Technologieexport, keine Verlängerung von Exportlizenzen oder die Gewährung von nur kurzfristigen Krediten sind hier zu nennen. Während das „Konzept der strategischen Zusammenarbeit“ mit den gemäßigten arabischen Staaten und Israels gegen das Expansionsstreben der UdSSR in diesem Raum schon kurz nach seiner Verkündung zum Scheitern verurteilt war²⁹⁵, stellte die sogenannte Reagan-Doktrin ein wesentliches Element des strategischen Gesamtansatzes dar²⁹⁶. Erste Ansätze zur systematischen Unterstützung von antimarxistischen Befreiungsbewegungen reichten bis zur Wahlkampfplattform der Republikaner im Jahre 1980 zurück. Aber erst zu Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 1985 sprach sich Reagan offen für deren Unterstützung aus. Es ging der Administration nicht darum, die UdSSR selbst auszubluten, indem sie ihr Engagement in der Dritten Welt verteuerte, sondern darum, den Trend der Dynamik der Ausbreitung der Interessenssphären der UdSSR in der Dritten Welt umzukehren²⁹⁷.

Neben der militärischen Unterstützung für die afghanischen Mudschahedin, die angolische UNITA, die nicaraguanischen Contras und der antimarxistischen Guerillas in

²⁹⁴ Brown: a.a.O., S. 608

²⁹⁵ vgl. Ernst Otto Czempiel: Die Weltpolitik der Reagan-Administration, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/88, 28.10.1988, S. 39, vgl. auch Brown: a.a.O., S. 612ff.

²⁹⁶ vgl. Raymond W. Copson/Richard P. Cronin: The 'Reagan Doctrine and its prospects, in: *Survival* January/February 1987, S. 41

²⁹⁷ vgl. Copson/Cronin: a.a.O., S. 37

Kambodscha (ebenfalls Unterstützung der „Ethopian People's Democratic Alliance“) ²⁹⁸ wurde auch das informationell-politische Element der Außenpolitik verstärkt. Im Dokument NSDD-75 vom Januar 1983 wurde das „Project Democracy“, das Demokratien in der Dritten Welt fördern und unterstützen sollte ²⁹⁹, initiiert, während gleichzeitig die Aktivitäten des Auslandsinformationsdienstes und der „Voice of America“, verstärkt wurden. Die erste Amtszeit Reagans war also durch eine deutliche Abkehr von der prinzipiell für falsch gehaltenen Entspannungspolitik ³⁰⁰ gekennzeichnet. Wie ebenfalls im für die Sowjetunion-Politik zentralen Dokument NSDD-75 festgelegt, sollte so das Expansionsstreben der UdSSR eingedämmt, sie gleichzeitig zur internationalen Zurückhaltung veranlaßt werden sowie innenpolitische Veränderungen im Sowjetsystem induziert werden.

Verhandlungen mit der Sowjetunion, vor allem über Rüstungskontrolle, sollten aus einer Position der Stärke geführt werden. Zugeständnisse an die UdSSR wurden wie unter der Nixon/Kissinger-Konzeption vom Wohlverhalten und von Zugeständnissen (Linkage-Politik) der Sowjetunion abhängig gemacht. Robert Tucker nannte Reagan die außerordentliche Kombination eines Ideologen und eines Realisten ³⁰¹. Dieses Urteil scheint berechtigt zu sein, wenn man die Tendenzen in seiner zweiten Amtszeit, zur traditionellen Mitte der US-Außenpolitik zurückzukehren, berücksichtigt ³⁰². Nachdem Erfolge bei der Wiederherstellung des amerikanischen Selbstvertrauens, bei der Stabilisierung der Wirtschaft und bei dem Aufbau militärischer Stärke erzielt wurden, wurden erst vorsichtig ab 1984 ³⁰³ und dann verstärkt ab 1986 die Elemente der Kooperation mit der Sowjetunion verstärkt. (Ebenfalls mögen innenpolitische Gründe, wie das wachsende Unbehagen der Öffentlichkeit bezüglich der Rüstungspolitik und des Konfrontationskurses mit der Sowjetunion und die Iran Kontra-Affäre eine Rolle gespielt haben.) ³⁰⁴ Sowohl die START-Verhandlungen als auch die Weltraum- und INF-Gespräche wurden Anfang 1985 mit der UdSSR wieder aufgenommen. Der Höhepunkt der Reaganschen Rüstungskontrollpolitik war der Abschluß des INF-Vertrages im Dezember 1987, der erstmals in der Geschichte der nuklearen Rüstungskontrolle eine tatsächliche Abrüstung festlegte. Gleichzeitig gab Außenminister Shultz die „Linkage“-

²⁹⁸ vgl. Copson/Cronin: a.a.O., S. 44

²⁹⁹ vgl. Czempiel/Schweitzer: a.a.O., 8. 388

³⁰⁰ vgl. Czempiel: Die Weltpolitik der Reagan-Administration: a.a.O., S. 36

³⁰¹ vgl. Tucker: a.a.O., S. 13

³⁰² vgl. Czempiel: Die Weltpolitik... : a.a.O., S. 40

³⁰³ vgl. ebenda

Politik auf, da er glaubte, sie schade nur amerikanischen Interessen, ohne sowjetisches Verhalten wirklich beeinflussen zu können³⁰⁵.

Obwohl es laut Tucker³⁰⁶ Reagan nicht gelungen ist, den innenpolitischen Konsens für seine Außenpolitik zu erreichen, wurden doch entscheidende Erfolge gegenüber der UdSSR erzielt: Die Furcht vor dem Ausgreifen der UdSSR war verschwunden; die Hauptsorge Gorbatschows galt nicht mehr der Ausweitung des Imperiums, sondern seinem Erhalt. Die Beziehungen beider Supermächte konnten entscheidend verbessert werden, wie dies zu Beginn der Ära Reagan nicht für möglich gehalten wurde. Der Niedergang der UdSSR nahm am Ende dieser Ära immer konkretere Formen an. Die vielfältigen Ursachen werden die Historiker noch Jahrzehnte beschäftigen; der Anteil der Reaganschen Gesamtstrategie an diesem Prozeß – vor allem die technologische und die ideologische Herausforderung durch SDI und die Reagan–Doktrin sowie das wiedererstarkte amerikanische Selbstbewußtsein, der Aufbau der militärischen Stärke und die wirtschaftlichen Erfolge des Modells „Amerika“ können bei den außenpolitischen Ursachen des Zerfalls der totalitären kommunistischen Regime nicht unerwähnt bleiben. Die Reagan'sche Politik hat ihre Ziele erreicht. Und es war nicht nur ein posthumer Sieg über die Sowjetunion Breschnjews³⁰⁷.

4.3.5. Zurück zur „One World“?

Schon der Report zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom März 1990 spricht von einem atemberaubenden Wandel und von dem Eintritt in eine neue Ära: „beyond containment“³⁰⁸. Nach dieser Einschätzung ist die neue Ära von Multipolarität und Interdependenz geprägt. Große Hoffnungen und Chancen sind realisierbar, aber auch große Unsicherheiten können die Stabilität gefährden³⁰⁹. Während des Krieges der Völkergemeinschaft gegen den Irak standen die USA und die UdSSR erstmals seit 1945 in

³⁰⁴ vgl. Czempiel: Die Weltpolitik: a.a.O., S. 41 und Haftendorn/Schissler: a.a.O., S. 18 f.

³⁰⁵ vgl. Czempiel: Die Weltpolitik: a.a.O., S. 40

³⁰⁶ vgl. Tucker: a.a.O., S. 25

³⁰⁷ Czempiel kommt zu dem Schluß, daß Reagan einen Sieg über die Sowjetunion Breschnjews erreicht hätte. (vgl. Die Weltpolitik: a.a.O., S. 46) Wie die späteren Ereignisse – wie zum Beispiel das sowjetische Vorgehen im Baltikum im Januar 1991 und der Putschversuch im August 1991 – aber deutlich machen, war die Sowjetunion am Ende der Ära Gorbatschow noch keineswegs frei von stalinistischen Elementen. mit dieser Aussage unterliegt Czempiel – wie so viele Politikwissenschaftler – der Illusion der Reformierbarkeit des Sowjetsystems.

³⁰⁸ vgl. National Security Strategy of the United States 1990 – 1991, George Bush, New York, März 1990, S. 2

³⁰⁹ vgl. National Security Strategy... a.a.O., S. 26

einem Konflikt auf derselben Seite³¹⁰, was zu großen Hoffnungen Anlaß gibt. Trotz dieser Tatsache blieben die USA als Führer der Allianz der Demokratien aber verantwortlich für die Stabilität des Kräftegleichgewichtes – so jedenfalls nach Einschätzung des oben erwähnten Reports zur Nationalen Sicherheitsstrategie³¹¹. So habe die USA das Vietnam-Trauma überwunden, die INF-Stationierung die These von der Verschiebung der Korrelation der Kräfte zugunsten der UdSSR untergraben³¹². Die Führung der Sowjetunion habe ihrerseits nach dem Erkennen der innenpolitischen Krise den Rückzug aus Osteuropa eingeleitet und ihr weltweites Engagement reduziert. Dieser welthistorische Transformationsprozeß könne aber von Rückschlägen und Instabilitäten begleitet sein³¹³.

Die Beziehungen zur UdSSR behielten zunächst einmal, auch unter der Bush-Administration, strategische Priorität, da sie immer noch die einzige verbleibende militärische Supermacht darstellten, welche die USA bedrohen könnten. Das Ziel aber, die UdSSR in das Internationale System zu integrieren, schien zum ersten Mal in tatsächlicher Reichweite zu liegen³¹⁴. Da diese Integration als ebenso schwierig und wichtig angesehen wurde wie das frühere „Containment“, blieb die Stärke der westlichen Allianz und die Führerschaft der USA essentiell notwendig für den Frieden in der Welt. Durch den 2. Golfkrieg wurde aber die Tatsache verdeutlicht, daß die alleinige Fixierung der Außenpolitik auf die UdSSR keinen Bestand haben kann. Zwar sollten trotz Umstrukturierung der NATO nach der Londoner Erklärung vom Juli 1990³¹⁵ die Grundstrukturen des westlichen Bündnisses erhalten bleiben – dies als Rückversicherung, damit die Europäer kein Machtvakuum zu fürchten brauchen. Die günstige Entwicklung in den Strukturen des Internationalen Systems – vor allem nach dem positiven Beispiel der Solidarität gegen den Irak – ließ eine Abkehr von der traditionellen Eindämmungspolitik notwendig werden. Ein neuer Entwurf der amerikanischen Außenpolitik schien – zumindest in der Rhetorik – an ihre Stelle zu treten; ein Entwurf, der große Ähnlichkeiten mit dem ursprünglichen Nachkriegsentwurf aufweist. Nach dem Sieg im Kalten Krieg tauchte die Vision einer „neuen Weltordnung“ als Markierungspunkt – nicht als

³¹⁰ so zumindest nach der Interpretation von Michael Mandelbaum: *The Bush Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs, America and the World 1990/91*, Nr. 1, 1991 S. 10

³¹¹ vgl. *National Security Strategy ...* : a.a.O., S. 7

³¹² vgl. *National Security Strategy ...* : a.a.O., S. 15

³¹³ vgl. *National Security Strategy ...* : a.a.O., S. 17

³¹⁴ vgl. *National Security Strategy ...* : a.a.O., S. 32

³¹⁵ vgl. Londoner Erklärung: *Die Nordatlantische Allianz im Wandel*, vom 6.7.1990, in: *NATO-Brief 4 Juli/August 1990*, S. 33 ff.

konkret erreichbares Ziel – in der amerikanischen Außenpolitik wieder auf. Im Zeichen eines neuen Internationalismus wollten die USA die UNO wieder verstärkt zur Durchsetzung ihrer allgemeinen Ziele einsetzen, wodurch sich der Wert und die Durchsetzungsfähigkeit der Weltorganisation stark erhöht hat³¹⁶. In seiner Botschaft an den Kongreß vom 18.4.1991 nannte Präsident Bush vier Grundprinzipien, um neue Wege zu gehen, mit anderen Nationen zusammenzuarbeiten, um von Aggressionen abzuschrecken und um Stabilität, Friede und Wohlstand zu erreichen:

- die friedliche Beilegung von Konflikten,
- Solidarität gegen Aggressoren,
- weitgehende und kontrollierte Abrüstung,
- gerechte Behandlung aller Völker³¹⁷

Hieraus können zwei Versionen einer neuen Weltordnung abgeleitet werden: Eine optimistische Version, in der den Völkern der Welt die Segnungen heiligster Werte wie Frieden, Stabilität, Gerechtigkeit und Wohlstand zuteil würden und eine realistische Version, von der Kritiker behaupten, diese würde keine neue Weltordnung, sondern nur eine ordentlichere Welt darstellen³¹⁸, in der die Staatengemeinschaft nur einfach besser in der Lage sei, mit Bedrohungen ihrer grundlegenden Normen fertig zu werden³¹⁹.

Auf alle Fälle haben die USA nach dem 2.Golfkrieg und nach Auflösung des Warschauer Paktes eine hervorragende, quasi unilateralistische Position in der internationalen Hierarchie erreicht, die den Universalismus der USA noch mehr zum Tragen bringen kann. Die Durchsetzungsfähigkeit jener grundlegenden Spielregeln im internationalen System wird weitgehend von der Kraft und dem politischen Willen der USA, für diese Ordnung einzustehen, abhängig sein. Eines der Hauptprobleme dürfte darin bestehen, den innenpolitischen Konsens dafür zu finden³²⁰. Werden friedensschaffende Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft von den USA unterstützt und getragen wie das gegen den Irak der Fall war – kann die jeweilige Aggression beendet werden.

³¹⁶ vgl. Friedrich Korkisch: Die neue Weltordnung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1992, S.305

³¹⁷ vgl. Lawrence Freedman: The Gulf war and the new world order, in: Survival May/June 1991, S. 196

³¹⁸ so Flora Lewis, in: International Herald Tribune 18.2.1991

³¹⁹ vgl. Freedman: a.a.O., S. 196

³²⁰ vgl. Michael Mandelbaum: a.a.O., S. 14

Halten sich die USA aus dem Konflikt heraus, können Europäer und der Rest der UNO nur wenig ausrichten, wie das in Jugoslawien täglich demonstriert wurde. So wird die Durchsetzung der „Neuen Weltordnung“ nur dort eine reale Chance haben, wo moralische Prinzipien und nationale Interessen der einzigen Weltmacht sich zusammenfinden.

4.4. Allgemeine Prinzipien der Außenpolitik der UdSSR

Seit der kommunistischen Machtübernahme in Rußland ist das Wesen der sowjetischen Außenpolitik Gegenstand einer kontinuierlichen Debatte unter den Sowjetunion-Experten und außenpolitischen Beobachtern gewesen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Öffnung der Archive können sicherlich viele Fragen über bis heute ungeklärte Fakten beantwortet werden. Diese Klärung von Fakten hilft aber nur bedingt bei der Bestimmung des Wesens der sowjetischen Außenpolitik; vielmehr kommt es auf die Interpretation der Fakten und ihre Einordnung in einen weltpolitischen Gesamtkontext an.

Hierbei spielen das Vorverständnis und die Herangehensweise eine entscheidende Rolle.

Jonathan R. Adelman und Deborah Anne Palmeri³²¹ zählen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – acht verschiedene Ansätze zur Interpretation der sowjetischen Außenpolitik auf:

1. die marxistisch-leninistische Selbstinterpretation
2. die Kontinuitäts-These slawischer Institutionen und Verhaltensmuster
3. der Totalitarismusansatz (vor allem H. Arendt, C. Friedrich und Z. Brzezinski)
4. der geopolitische Ansatz (vertreten in den Werken von N. Leites, A. Georg und R. Tucker)
5. der Bürokratie-Ansatz (H. Gordon Skilling, J. Valentia)
6. das „Rational Actor“-Modell
7. die Kreml-Astrologie

Neben dieser analytischen Vorgehensweise, die hauptsächlich einen Erklärungsfaktor in den Mittelpunkt stellt, ist aber auch das umgekehrte Verfahren – eine synthetische

³²¹ vgl. Jonathan R. Adelman/Deborah Anne Palmeri: *The Dynamics of Soviet Foreign Policy*, New York, 1989, S. 300 ff.

Sichtweise, wie sie z. B. Boris Meissner gewählt hat – denkbar. Er hat bei seiner Interpretation Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik herausgearbeitet.

Bei den Triebkräften unterscheidet Meissner zwischen den traditionell russisch-zaristischen und den speziell sowjetischen³²². Für ihn spiegelt sich das Wesen der Sowjetunion in einer dreifachen Gestalt wider:

1. in ihrem weltrevolutionären Element, das durch das Streben nach einem revolutionären Wandel der bestehenden Staatenwelt und nach einer universellen Herrschaft zum Ausdruck kommt; hierbei spielen die Prinzipien: Proletarischer/sozialistischer Internationalismus und friedliche Koexistenz eine besondere Rolle³²³,
2. in ihrem nationalistischen Element, das im Sowjetpatrotismus zum Ausdruck kam und in ihrem Streben nach den gleichen imperialistischen Zielen wie unter dem Zarismus (Drang zum warmen Wasser)³²⁴,
3. in ihrem totalitären Element, das durch eine unbeschränkte Parteiautokratie, eine totale Kontrolle „von oben“ und eine an ideologischen Leitbildern orientierte Planung, welche die Schaffung eines neuen Menschen zum Ziel hat, reflektiert wird³²⁵.

Es ist wohl unbestreitbar, daß jene aufgeführten Elemente zu den Triebkräften der sowjetischen Außenpolitik gehört haben und in wechselnden Zusammensetzungen bei jeweils verschiedenen Aktionen auszumachen waren.

Der Zweck dieses Kapitels ist aber, den Analyserahmen für eine Untersuchung des Einsatzes der militärischen Macht abzustecken. Hierbei kommt es weniger darauf an, analytische Erklärungen der Motivationen für außenpolitische Konzepte und Handlungen zu liefern, als vielmehr eine von den Einzelergebnissen und den Antriebskräften abstrahierende, auf Begriffe und Prinzipien gestützte ganzheitliche Wesensdarstellung der sowjetischen Außenpolitik zu entwerfen.

³²² vgl. Boris Meissner: Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik, in: Boris Meissner/Gotthold Rhode (Hrsg.): Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1970, S. 15

³²³ vgl. Meissner: a.a.O., S. 16

³²⁴ vgl. Meissner, a.a.O., S. 22 ff.

³²⁵ vgl. Meissner, a.a.O., S. 27

Wie auch die USA, so kann die UdSSR in noch stärkerem Maße als eine „imperiale Republik“ (Aron)³²⁶ gekennzeichnet werden“, die – wie jeder Staat – sowohl nach physischer Sicherheit und Wohlstand, als auch danach trachtet, die internationale Umgebung so zu gestalten, daß sie den eigenen Ideen und Absichten entspricht.

Eine der größten Kontroversen auf dem Gebiet der sowjetischen Außenpolitik war die Frage nach der Relevanz der Ideologie für die Gestaltung derselben. Dies ist nicht nur eine Frage nach den Triebkräften, sondern hat entscheidenden Einfluß auf die Zweckbestimmung (Endziel) und auf die Festlegung der ideologischen Ziele, die durch die „operating ideologies“ und die Auswahl und Anwendung der Mittel festgelegt werden – also auf die Zweck-Ziel-Relation der Außenpolitik.

Es versteht sich von selbst, daß die Interaktion mit einer revolutionär gesinnten Macht wesentlich andere Probleme der Sicherheit und der Friedenssicherung aufwirft als die Interaktion mit einem pragmatisch orientierten Akteur³²⁷.

Unter den Analytikern der sowjetische Außenpolitik war die Meinung stark verbreitet, daß diese Außenpolitik primär von wirtschaftlichen Interessen geleitet sei, daß sie zu einer konservativen Macht geworden sei und ihre Ziele am Status quo orientiert habe³²⁸. Unterschiede zu westlichen Mächten werden kaum noch gesehen. So schrieb Jerry Hough: „Die Ära Breschnjew wird am besten verständlich, wenn wir dem Generalsekretär dieselbe Art von Motivation unterstellen, die wir den meisten Politikern im Westen zuschreiben.“³²⁹

Im Gegensatz dazu soll in diesem Kapitel dahingehend argumentiert werden, daß die marxistisch-leninistische Ideologie – wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt und verändert wurde - für die Zielsetzung, Interpretation der Umwelt und die strategisch-operative Vorgehensweise eine hohe Relevanz besaß.

Ausgehend von der sozial relevanten „offiziellen Ideologie“ wird anschließend das Grundmuster einer marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen

³²⁶ vgl. Aron, Anm. 10

³²⁷ vgl. Dietmar Schössler: Ideologie oder Realpolitik? Sowjetunion-Analyse als Problem der Theorie internationaler Politik, unveröffentlichtes Manuskript, Mai 1988, S. 2

³²⁸ vgl. Hannes Adomeit: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten, Baden-Baden, 1983, S. 66 f.

³²⁹ Jerry F. Hough/Merle Fainsod: How the Soviet Union is Governed, Cambridge, 1979, S. 263, zitiert nach Adomeit: a.a.O., S. 67

dargestellt werden und bestimmte Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik, wie der proletarisch-sozialistische Internationalismus und die Friedliche Koexistenz, aufgezeigt werden.

Nach der Abhandlung der Zweck-Ebene werden auf der Ziel-Ebene strategisch-operative Ziele und Vorgehensweisen in den Hauptfeldern der sowjetischen Außenpolitik erörtert. Den Abschluß des Kapitels bilden die außenpolitischen Wandlungen in der Ära Gorbatschow bis zum Ende der Sowjetunion.

4.5. Das ideologische Wesen der Außenpolitik

4.5.1. Die allgemeine Relevanz der Ideologie

Hauptsächlich ab den späten sechziger Jahren setzte sich die Tendenz in der Sowjetforschung durch, die Rolle der Ideologie in der sowjetischen Politik zu relativieren. Pragmatismus wurde als die Hauptantriebsfeder für die Handlungen dieser Supermacht angesehen³³⁰; allenfalls wurde der Ideologie – nach dem Wandel von einer totalitären zu einer bürokratisch-postrevolutionären Ideologie – ein Rechtfertigungscharakter für das Streben nach „Weltherrschaft“ zugebilligt^{331 332}.

Von entscheidender Bedeutung für die Analyse der Ideologie und deren Einfluß auf das außenpolitische Verhalten ist ohne Zweifel die Definition dessen, was als Ideologie im kommunistischen Machtbereich angesehen wurde und in ihm seine soziale Relevanz entfaltete.

Daniel Jovarsky gab eine Definition von Ideologie, bei der er einen Glauben „ideologisch“ nannte, wenn er, obwohl er nicht beweisbar sei, von einer spezifischen Gruppe als bewiesen akzeptiert wird, da er eine soziale Funktion für die Gruppe erfüllt.³³³

Solche Definitionen waren wahrscheinlich auch mitbestimmend dafür, daß sich im Westen die Tendenz durchsetzte, Ideologien als etwas Irrationales³³⁴ oder als unrealistisch-dogmatisch und fanatisch anzusehen. Hier manifestiert sich der ethnozentristische Glauben, daß alle intelligenten und wirklichkeitsnahen Menschen gleich denken müßten und daß es eine objektive Realität gäbe, die von jedermann erkannt werden könne.³³⁵

³³⁰ vgl. Terry L. Thompson: *Ideology and Policy, The Political Use of Doctrin in the Soviet Union*, Boulder, 1989, S. VII

³³¹ vgl. Joseph L. Noguee/Robert H. Donaldson: *Soviet Foreign Policy since World War II*, 3. Aufl., Headington Hill Hall, 1988, S. 7 und S. 354

³³² Einen guten Überblick über die Diskussion der Relevanz der Ideologie und die verschiedenen Ansichten der Analytiker geben: Erik P. Hoffmann/Frederic J. Fleron Jr. (Hrsg.): *The Conduct of Soviet Foreign Policy*, Chicago, New York, 1971, S. 91 ff.

³³³ vgl. Hoffmann/Fleron: a.a.O., S. 94

³³⁴ vgl. V. Kubalkowa/A.A. Chruickshank : *Marxism – Leninism and the Theory of International Relations*; London, Boston, Henley, 1980, S. XI

³³⁵ vgl. Zbignjew Brzezinski/Samuel Huntington: *Politische Macht USA/UdSSR, Ein Vergleich*; Köln, Berlin 1966, S. 31

Aber der Begriff „Ideologie“ – nachdem er ursprünglich bei Marx ein falsches, bürgerliches Bewußtsein gekennzeichnet hatte, aber unter Lenin wieder eine positive Bedeutung im marxistisch-leninistischen Lehrgebäude erhalten hatte – hatte für die Kommunisten die weitreichende Bedeutung von Geschichtsbewußtsein, Zielstrebigkeit und praktischem Idealismus.

Idealismus ohne Ideologie wurde als reiner Sentimentalismus gesehen. Wer wirklich idealistisch sein wollte, mußte sich sowohl seinen Zielen, als auch seiner Stellung in der Geschichte und seiner Stellung zu der sich ändernden sozio-ökonomischen Wirklichkeit bewußt werden.³³⁶

Um dies zu erreichen und die Umwelt nach eigenen Vorstellungen verändern zu können, müssen zu der totalitären, d. h. monopolisierten, mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit vertretenen und notfalls gewaltsam abgesicherten Weltanschauung noch die Elemente der Organisation und der Aktion hinzutreten.

Dementsprechend stellt Schössler „Ideologie“ als eine unauflösliche Trinität von Idee, Organisation und Aktion dar: „Ideologien unterscheiden sich von (politischen) Ideen vornehmlich durch ihren totalen Charakter: Sie haben Wahrheitsanspruch im Sinne einer Totaldeutung des Seins; sie propagieren eine in Freund und Feind aufgespaltene Welt; sie sind nicht lediglich „Ideen in Aktion“ (E. Hölzle), sondern totale Weltanschauung in ebenso total sich verstehender Aktion. Entscheidend für die Wirksamkeit der Ideologie ist aber nicht allein ihr Wahrheitsanspruch im Sinne eines totalen Zugriffs auf den einzelnen, sondern erst ihre vollständige Amalgamierung mit einer elitären Organisation. D. h. immer (neben Weltanschauung und Aktionsprogramm, F.K.) zugleich auch Organisation, d. h. Macht (P.C. Schulz; H.J. Lieber; K.-D. Bracher).“³³⁷

In der Sowjetideologie haben sich also das Wahrheitsmonopol, das Eliten-Organisationsmonopol und das Aktionsmonopol³³⁸ zu einer dialektischen Einheit verbunden.

Dieser Tatsache trägt auch Peter-Christian Ludz in seiner Typologisierung der sowjetischen Ideologie Rechnung, indem er auf die Verbindung des „Programmatisch-

³³⁶ vgl. Brzezinski/Huntington: a.a.O., S. 32

³³⁷ Dietmar Schössler: Ideologie oder Realpolitik? Sowjetunion – Analyse als Problem der Theorie internationaler Politik – Eine Rahmenorientierung für ein Forschungsprojekt, unveröffentlichtes Manuskript, Weinheim, Mai 1988, S. 9 f.

³³⁸ vgl. Schössler: a.a.O., S. 11

Voluntaristischen“ mit dem Begriff der „Organisation“ hinweist³³⁹. Im folgenden teilt Ludz die marxistisch-leninistische Ideologie nach ihren historischen Phasen in vier verschiedene Gruppen ein³⁴⁰:

1. revolutionäre Primärideologie, die das Frühstadium des Marxismus bis in die Jahre 1857/58 darstellt (bis zur „Kritik der politischen Ökonomie“),
2. konsolidierte Primärideologie (der späte Engels: „Anti-Düring“ der „Ursprung der Familie“),
3. revolutionäre Sekundärideologie (Lenin),
4. konsolidierte Sekundärideologie (ab Spätphase des Stalinismus), wobei der Evolutionsgedanke den ursprünglichen Revolutionsgedanken durch die Anerkennung der Verlangsamung der politischen und sozialen Entwicklung abgelöst hat.

Dieser Konsolidierungsprozeß der Sekundärideologie habe sich nach dem Tode Stalins fortgesetzt³⁴¹.

Eine Ideologie, die neben den Weltanschauungsaspekten auch den Aktions- und den Organisationsaspekt umschließt, muß in der Lage sein, auf alle konkreten Situationen Antworten zu geben. Eine Ideologie, die sich nur auf den philosophisch-erkenntnistheoretischen Teil einer Weltanschauung beschränken würde, könnte dem nicht gerecht werden und nicht alle drei Funktionen erfüllen.

Barrington Moore trifft daher die Unterscheidung zwischen der „official ideology“ –die hierfür zu unbestimmt ist – und den „operating ideologies“: „It is necessary to distinguish, of course, between the effective and actually believed ideology and that which is officially promulgated“³⁴².

Diese „operating ideologies“ bestehen aus einem System von Annahmen der relevanten Entscheidungsträger, die ihre Handlungen leiten³⁴³, und beinhaltet die von den philoso-

³³⁹ vgl. Peter-Christian Ludz: Ideologiebegriff und marxistische Theorie, Opladen 1976, S. 86

³⁴⁰ vgl. Ludz: a.a.O., S. 93-96

³⁴¹ vgl. Ludz: a.a.O., S. 96

³⁴² Barrington Moore: Soviet Politics – the Dilemma of Power, Cambridge 1959, S. 269

³⁴³ Ein ähnliches Konzept eines Systems von Grundannahmen, die das außenpolitische Verhalten von Eliten bestimmt, stellt das Konzept „operational code“ dar. Dieser von Nathan Leites (The operational code of the Politburo, New York 1951) und von Alexander L. George („The operational code“, a neglected approach to the study of political leaders and decision making, in: Hoffmann/Fleron: a.a.O., S. 165 ff.) weiterentwickelte Ansatz beschäftigt sich aber hauptsächlich mit taktischen Rah-

phischen Grundsätzen abgeleiteten operativen Leitsätze marxistisch-leninistischen Verhaltens.

Während ihrer gesamten Existenz standen die kommunistischen Regime unter dem Zwang und dem selbstgewählten Postulat – wie es Alexander Dallin ausdrückte –, für das gesamte Feld der öffentlichen Politik einen homogenen analytischen Rahmen liefern zu müssen und zu wollen. Dies konnten sie nur mit Hilfe einer Ideologie, mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, die nach eigenem Verständnis wesentliche soziale und philosophische Grundfragen der Menschheit endgültig beantworten konnte und die wesentlichen geschichtsverändernden Kräfte erkannte und dadurch das Endziel der geschichtlichen Entwicklung vorhersagen konnte³⁴⁴.

Für die abschließende Bewertung der Relevanz der Ideologie sei hier nochmals Zbigniew Brzezinski aus einem soziologischen Blickwinkel zitiert: „... über die Ideologie hinwegzugehen als ein irrelevantes Kriterium für das, politische Verhalten der sowjetischen Führung, hieße anzunehmen, daß es möglich sei, eine große Organisation aufzubauen, die scheinbar der Erreichung ganz bestimmter Ziele gewidmet ist, in der Individuen befördert werden sowohl auf der Grundlage ihrer professionellen Tätigkeit und ihrer expliziten ideologischen Überzeugung, innerhalb derer das Allerheiligste agieren würde unter vollständiger Mißachtung der ideologischen Prinzipien der Bewegung und immun bleiben würde gegenüber den kontinuierlichen Zwängen der ideologischen Rechtfertigung und zynisch die offiziellen Glaubensgrundsätze mit Verachtung strafen würde.“³⁴⁵

4.5.2. Die Funktion der Ideologie in der Außenpolitik

Auch bei den Befürwortern der Relevanz der Ideologie im politischen Verhalten der sowjetischen Führung sind die Ansichten über die konkreten Funktionen der Ideologie keineswegs einheitlich.

Manche Autoren, wie Therry L. Thompson, legen das Schwergewicht auf die innenpolitischen Machterhaltungsprozesse und die innerelitäre Kommunikation in der sowjeti-

menüberlegungen der sowjetischen Elite. Auch dieser Ansatz verdeutlicht die aktive Relevanz der marxistisch-leninistischen Ideologie in der Aktion der sowjetischen Eliten

³⁴⁴ vgl. Brzezinski/Huntington: a.a.O., S. 31

³⁴⁵ Zbigniew Brzezinski: Sowjet Bloc: Unity and Conflict, Boston 1967, S. 388 f.

schen Gesellschaft. Thompson sieht hauptsächlich drei Funktionen innerhalb der Gesellschaft: Die Hauptfunktion sieht er darin, zur Bildung eines Konsenses zwischen den Parteimitgliedern der KPdSU beizutragen.

Weiterhin diene Ideologie dazu, daß Führungspersonen eine politische Agenda innerhalb eines akzeptablen Rahmens, die sie zu ihrer Regierungsfähigkeit benötigen, entwickeln können.

Schließlich hat die Ideologie die Funktion, Systemwerte an die Bevölkerung zu übermitteln³⁴⁶.

Nach Thompson setzten neue Führer in der Sowjetunion nach und nach ihre eigenen ideologischen Werte, wobei er die existierenden Werte als Ausgangspunkt nimmt, bis seine eigenen schließlich als Parteidogma akzeptiert sind. Bei Breschnjew war dies die These vom „entwickelten Sozialismus“, die offiziell auf dem XXIV. Parteitag, 1971 verkündet wurde³⁴⁷. Auch Michail Gorbatschow hatte eine Agenda des Wandels, die auf Werten beruhte und Lenins Intentionen maßgeblich als Fundament der Umgestaltung benutzt³⁴⁸.

Nach Egbert Jahn liefert die Ideologie sowohl ein Weltbild, eine für Partei, Staatsorgane und Gesellschaft gleichermaßen verbindliche Lagebeurteilung³⁴⁹ als auch Handlungsanweisungen, welche die Prioritäten und das taktische Vorgehen bestimmen. Ebenfalls liefere die Ideologie die Motivation und die Legitimation kommunistischen Handelns³⁵⁰. Folgt man Hannes Adomeit in seiner Studie zu sowjetischen Krisenverhalten, so ergibt sich noch ein umfassenderes Funktionsschema für die Ideologie in der sowjetischen Politik³⁵¹:

1. Die analytische oder kognitive Funktion. Dabei bildet die Ideologie einen Bezugsrahmen, mit dessen Hilfe die sowjetische Führung die Außenwelt interpretiert, um die Ursachen von Konflikten, die Strukturelemente der internationalen Politik und Faktoren für Stabilität bzw. Instabilität erkennen zu können

³⁴⁶ vgl. Thompson: a.a.O., S. VIII

³⁴⁷ vgl. Thompson: a.a.O., S. 4

³⁴⁸ vgl. Thompson: a.a.O., S. 11

³⁴⁹ vgl. Egbert Jahn I, S. 367

³⁵⁰ vgl. Jahn: a.a.O., S. 372

³⁵¹ Adomeit: a.a.O., S. 448 f.

2. Die taktische Funktion, bei der die Ideologie als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis dient, um die Prioritäten für die Außenpolitik „wissenschaftlich“ zu erarbeiten, die Haupttendenzen der jeweiligen Ära der Weltpolitik zu erfassen und die Trends in der „Korrelation der Kräfte“ zu bestimmen.
3. Die legitimatorische Funktion, mit deren Hilfe die Herrschaft der Partei über den Vielvölkerstaat UdSSR und die Vorherrschaft der Sowjetunion über das sozialistische Lager gerechtfertigt wurde.
4. Die revolutionäre, utopische und missionarische Funktion, d. h. die Verpflichtung der UdSSR, eine klassenlose Gesellschaft im Weltmaßstab zu errichten und somit auch nationale Befreiungsbewegungen mit gleicher Zielsetzung zu unterstützen.
5. Die erzieherische, sozialisierende Funktion, bei der die Ideologie als prägende Kraft die psychologischen Eigenschaften der Partielite bestimmt.

Viele westliche Sowjetunion-Analytiker sahen in der Spätphase der Breschnjew-Ära eine geringere Betonung des weltrevolutionären Elements oder glaubten, einen „pluralistischen“ Aushandlungsprozeß bei der Ideologieproduktion³⁵² unterstellen zu können. Danach muß – hier Adomeit folgend – davon ausgegangen werden, daß bis in die Gorbatschow-Zeit hinein sowohl die analytische (siehe hier die weiter unten behandelten, außenpolitischen Aussagen des neuen Parteiprogramms der KPdSU von 1986) als auch die taktische und die erzieherische Funktion der marxistisch/leninistische Ideologie ihre Funktion beibehalten haben³⁵³.

4.5.3. Bewertung des Faktors „Ideologie“ in der Außenpolitik

Nach der Eigendarstellung der Sowjetunion wird ihre Außenpolitik auf wissenschaftlicher Grundlage betrieben³⁵⁴, was soviel bedeutet, daß ihre Grundlagen aus den „...Marxist-Leninist understanding of the international situation, of the laws of social development, of laws of class struggle and the correlation of internal and external

³⁵² vgl. Klaus von Beyme: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983, S. 20

³⁵³ vgl. Adomeit: a.a.O., S. 450

³⁵⁴ vgl. S.P. Sanakojew/N.I. Kapschenko: Theorie der Außenpolitik des Sozialismus, Berlin (Ost) 1979, S. 9

forces, which takes account of the specific national and historical features of each country, group of countries and continents”³⁵⁵ bestehen.

Im „aufgeklärten“ und „ideologiekritischen“ Westen wurde diese Ansicht als eine nur vorgeschobene Position bewertet, um so besser das eigentliche rationale Interesse, das in Wahrheit die Hauptrolle spielen, verschleiern zu können. Die Schwäche dieser Argumentation besteht., darin, daß sie einen Widerspruch zwischen Macht und Ideologie konstruierte, der in Wahrheit nie existierte.

Es ist natürlich nicht widerlegbar, daß sich jede Politik, sei sie nun ideologisch oder nicht ideologisch, mit kurzfristigen, auch taktischen Erwägungen beschäftigt, und sie sich somit in ihren Erscheinungsformen gleichen mögen. „Dennoch besteht ein Unterschied zwischen Politik um ihrer selbst willen und Politik mit einem, Bezugsrahmen aus ideologischen oder anderen langfristigen Erwägungen. Beide gleichermaßen als „pragmatisch“ zu bezeichnen, läßt den Charakter sowjetischer Politik in Vergangenheit ... und in der Gegenwart mißverstehen³⁵⁶.

Vor allem waren die Sowjetbürger und die Herrschende Oligarchie von der lebenslangen ideologischen Sozialisation, der sich wegen der sozialen Relevanz der Ideologie niemand entziehen konnte, indoktriniert. Daher war die Perzeption der Außenwelt durch die Ideologie bestimmt, die einen analytischen Rahmen darstellte, durch den die laufenden Ereignisse wahrgenommen und interpretiert wurden, Freund und Feind unterschieden werden konnten und die Herrschaft der KPdSU legitimiert wurde³⁵⁷.

³⁵⁵ Zorin, in: Senior Special Division, S. 40

³⁵⁶ Leo Labez: Ideology and Soviet Policies, in: Christoph Bertram (Hrsg.): Prospects of Soviet Power in the 1980's, London 1980, S. 23

³⁵⁷ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 39

4.6. Die „operating ideologies“: Die marxistisch-leninistische Theorie der Internationalen Beziehungen

4.6.1. Charakterisierung der marxistisch-leninistischen Theorie der Internationalen Beziehungen

Kann man vor dem XX.Parteitag von 1956 nicht im eigentlichen Sinne von einer marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen sprechen, so wurde nach diesem Ereignis die Theorie der internationalen Beziehungen zu einem eigenständigen Forschungsfeld innerhalb der marxistisch-leninistischen Ideologie, mit den sich zu Beginn der 80er Jahre eine große Anzahl von Experten und eine Fülle von Zeitschriften beschäftigen³⁵⁸.

Im folgenden soll von der These ausgegangen werden, daß im sowjetischen Marxismus-Leninismus eine eigenständige Theorie der internationalen Beziehungen existierte, die sich von der ursprünglichen Marx'schen Theorie signifikant unterscheidet³⁵⁹.

Nach den Ausführungen von Prof. Jelena D. Modrzkinskaja³⁶⁰ wird die marxistisch-leninistische Theorie der internationalen Beziehungen besonders durch folgende sieben Punkte charakterisiert:

1. Sie basiert auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, insbesondere auf der leninistischen Methodologie und dem dialektischen Materialismus;
2. sie ist teil des historischen Materialismus und des wissenschaftlichen Kommunismus;
3. sie ist eine Theorie, welche die ökonomischen, politischen, ideologischen, diplomatischen und militärischen Beziehungen zwischen Nationen, Staaten und Staatssystemen, sozioökonomischen Kräften, politischen Kräften und Organisationen untersucht;

³⁵⁸ vgl. Vernon Aspaturion: Ideology and National Interest, in: ders.: Process and Power in Soviet Foreign Policy, Boston 1971, S. 333; vgl. Kubalkowa/Chruickank: a.a.O., S. 172

³⁵⁹ vgl. V. Kubalkowa/A.A. Chruicksank: a.a.O., S. 82

³⁶⁰ im folgenden übernommen von: Kubalkowa/Chricksank: a.a.O., S. 175 ff.

4. sie ist interdisziplinär;
5. in ihr spielen die ökonomisch bedingten Klasseninteressen eine entscheidende Rolle;
6. sie ist unteilbar verbunden mit den innenpolitischen Verhältnissen der untersuchten Staaten oder Staatsgruppen;
7. sie gestattet es, die Gegebenheiten objektiv zu analysieren, wobei als ein wichtiges Kriterium für den wissenschaftlichen Charakter der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen die richtige Einschätzung der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft angeführt wird³⁶¹.

Diese marxistisch-leninistischen Prinzipien präformieren bestimmte Grundannahmen dieser Theorie:

- a. daß die internationalen Beziehungen prinzipiell nicht chaotischer, sondern organisierter Natur sind;
- b. der universellen Verbundenheit aller Dinge;
- c. der Gültigkeit der Gesetze der Dialektik;
- d. der Existenz antagonistischer und nicht-antagonistischer Widersprüche.

Als Hauptfaktor der sozialen Entwicklung wurden daher natürlich auch die sich fortentwickelnden Produktivkräfte gesehen³⁶².

Bevor im Folgenden der Inhalt der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen anhand immanenter Aussagen dargestellt werden wird, soll zunächst kurz auf die Entstehung und Entwicklung von Marx bis in die Phase des entwickelten Sozialismus eingegangen werden.

³⁶¹ vgl. S.P. Sanakojew/N.I. Kaptchenko: Die Theorie der Außenpolitik des Sozialismus, Berlin (Ost) 1979, S. 10

³⁶² vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 185

4.6.2. Entstehung und Entwicklung

Bei den Gründervätern Marx und Engels kann noch nicht von einer Theorie der internationalen Beziehungen gesprochen werden.

Ihre Theorie erklärte weder das Phänomen des Krieges noch das des Imperialismus. Ihr Augenmerk war hauptsächlich auf den innergesellschaftlichen Wandel gerichtet. Ihrer Theorie zufolge fanden die Klassenkämpfe quer zu den Grenzen der Staaten statt. Staaten waren nur Teil eines Überbaus, der nach dem Sieg des Proletariats absterben sollte. Das von ihnen als vorherrschend angesehene Klassenprinzip hatte die Folge, daß weder der Proletarier noch der Kapitalist ein Vaterland besaß.

Erst bei Lenin kann von einer, zwar unvollständigen, Theorie mittlerer Reichweite gesprochen werden³⁶³.

Für Lenin (wie er es hauptsächlich in seiner 1916 erschienenen Schrift: „Der Imperialismus als höchste Form des Kapitalismus“ ausgedrückt hat) gab es grundsätzlich drei Typen von Staaten:

1. die führenden kapitalistischen Länder Europas und die USA;
2. weniger entwickelte osteuropäische Länder, wie z. B. Rußland,
3. Kolonien und halbkoloniale Länder, wie z. B. China.

Die führenden kapitalistischen Staaten stehen untereinander in starker Konkurrenz und teilen unter sich die rückständigen Gebiete als Kolonien auf. Aus dieser Konkurrenz entstehen nach Lenin zwangsläufig Kriege unter den kapitalistischen Staaten; so interpretiert er den 1. Weltkrieg als imperialistischen Konkurrenzkrieg.

Seine Theorie blieb aber unvollständig, da sie nichts über das zukünftige Verhältnis von kapitalistischen und sozialistischen Staaten oder dem Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten aussagte³⁶⁴.

Nach der Oktoberrevolution ging Lenin von der These aus, daß auf lange Sicht ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Staaten unvermeidbar sei, dem aber dennoch eine längere Friedensperiode vorausgehen könne.

³⁶³ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 15

³⁶⁴ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 18

Stärker als von Marx/Engels und Lenin wurde das sowjetische Denken auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen von Stalin geprägt³⁶⁵. Sein Theoriemodell ging erstmals nicht von einem Ende der Internationalen Beziehungen nach dem Sieg des Sozialismus aus.

Seine Hauptbeiträge zu der Theorie der Internationalen Beziehungen war zum einen die These vom „Sozialismus in einem Land“. Diese These gab Antwort auf die Frage, ob der Sozialismus in der Sowjetunion aufgebaut werden könne (diese These diente allerdings hauptsächlich als innenpolitische Waffe gegen die Opposition von Trotzky, Sinowjew und Kamenew).

Als zweite These postulierte Stalin die Zwei-Lager-Theorie, die besagte, daß auf der Erde zwei antagonistische Lager von Staaten entstanden seien; das demokratische und friedliche, sozialistische Lager und das undemokratische, imperialistische, kapitalistische Lager. Auch Stalin war überzeugt, daß es letztlich zu einem entscheidenden Krieg zwischen beiden Lagern kommen würde, dieser Krieg aber könne lange hinausgezögert werden, bis die Sowjetunion die Phase der Schwäche überwunden habe, in der sie vorsichtig manövrieren und die Widersprüche unter den Kapitalistischen ausnützen müsse³⁶⁶.

Das dritte Element der Stalinschen „Theorie der Internationalen Beziehungen“ stellte die These von der kapitalistischen Einkreisung dar, die hauptsächlich der Legitimation der Terrormaßnahmen im Inneren diene.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der utilitaristischen Kooperation mit den Westmächten in der Anti-Hitler-Koalition wurde die Zwei-Lager-Theorie erneut bekräftigt. Die kapitalistische Einkreisung hatte allerdings mit der Entstehung der sozialistischen Staaten in Mittel-Osteuropa und der gewandelten Kräfteverhältnisse aufgehört.³⁶⁷

Der Tod Stalins 1953, der Aufstieg Chruschtschows und der XX. Parteitag brachten auch die Entwicklung der Theorie der Internationalen Beziehungen zu einem vorläufigen Abschluß.

Der Zweite Weltkrieg brachte nach sowjetischer Einschätzung einen entscheidenden Wandel der Lage und des Kräfteverhältnisses mit sich. Der sich im Zuge der Umwäl-

³⁶⁵ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 111

³⁶⁶ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 24

zungen ergebende revolutionäre Aufschwung führte zu einem Zusammenbrechen des Kapitalismus in einer ganzen Reihe von Ländern; die kapitalistische Einkreisung war durchbrochen. Nach Gromyko/Ponomarjow war die Nachkriegszeit hauptsächlich von vier Tatsachen gekennzeichnet:

1. der Entstehung des sozialistischen Weltsystems,
2. dem Wachstum der internationalen Arbeiterbewegung,
3. dem Aufschwung für nationale Befreiungsbewegungen,
4. einen aktiven Kampf der Völker für den Frieden³⁶⁸.

Die Kräftekonstellation war in eine neue Phase getreten. Nach der Oktoberrevolution bis ins Jahr 1941 war die UdSSR faktisch der einzige sozialistische Staat und damit ziemlich isoliert und zu vorsichtigem Taktieren gezwungen.³⁶⁹

In der zweiten Phase, der Zeit des 2. Weltkrieges und der Anti-Hitler-Koalition, hatte der „Imperialismus“ seine Sonderstellung als dominierende Macht verloren.

In der Phase nach 1945 bis in die Mitte der 50er Jahre nun bildete sich das sozialistische Weltsystem heraus, während der „Imperialismus“ endgültig aufgehört hatte, die dominierende Macht zu sein.

In der vierten Phase, welche die zweite Hälfte der 50er Jahre (XX. Parteitag im Februar 1956) bis zum Ende der 60er Jahre umfaßt, geriet durch den Zusammenbruch des Kolonialismus der Kapitalismus in eine tiefe Krise, während die Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft und die Erfolge der Befreiungsbewegungen weiter zunahmen. Hierdurch war erstmals die reale Chance gegeben, einen Weltkrieg zu verhindern.

Diesen realen Entwicklungen trug die Theorienentwicklung auf dem XX. Parteitag Rechnung.

Chruschtschow führte vier wesentliche neue Elemente in die marxistisch-leninistische Theorie der Internationalen Beziehungen ein:

³⁶⁷ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 150

³⁶⁸ vgl. A.A. Gromyko/B.N. Ponomarjow: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945-1976, Berlin (Ost) 1978, S. 15

³⁶⁹ Die Darstellung der Phasen des Kräfteverhältnisses wurde entnommen aus: Wolfgang Geierkos: Das Kräfteverhältnis, Meisenheim am Glan 1980, S. 19 ff.

1. der Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus war nicht länger unvermeidbar,
2. der Kommunismus kann auf friedlichem Wege erreicht werden,
3. die Theorie der kapitalistischen Einkreisung wurde aufgegeben,
4. die Zwei-Lager-Theorie wurde zugunsten einer dreipoligen Weltsicht aufgegeben³⁷⁰.

Chruschtschow betonte, daß die These, der Krieg sei unvermeidbar, entwickelt wurde, als der Imperialismus ein umfassendes Weltsystem darstellte und die Friedenskräfte schwach waren; nun aber habe sich die Situation radikal geändert. Heute (1956) bestehe ein weltweites, zu einer starken Kraft gewordenenes Lager der sozialistischen Staaten. Die ökonomischen Gegebenheiten für den Ausbruch eines Krieges bestünden aber noch fort, so daß von Seiten der sozialistischen Staatengemeinschaft weiterhin große Wachsamkeit gefordert sei und diese weiterhin die Mittel bereitstellen müsse, die kapitalistischen Staaten an der Entfesselung eines Krieges zu hindern.³⁷¹

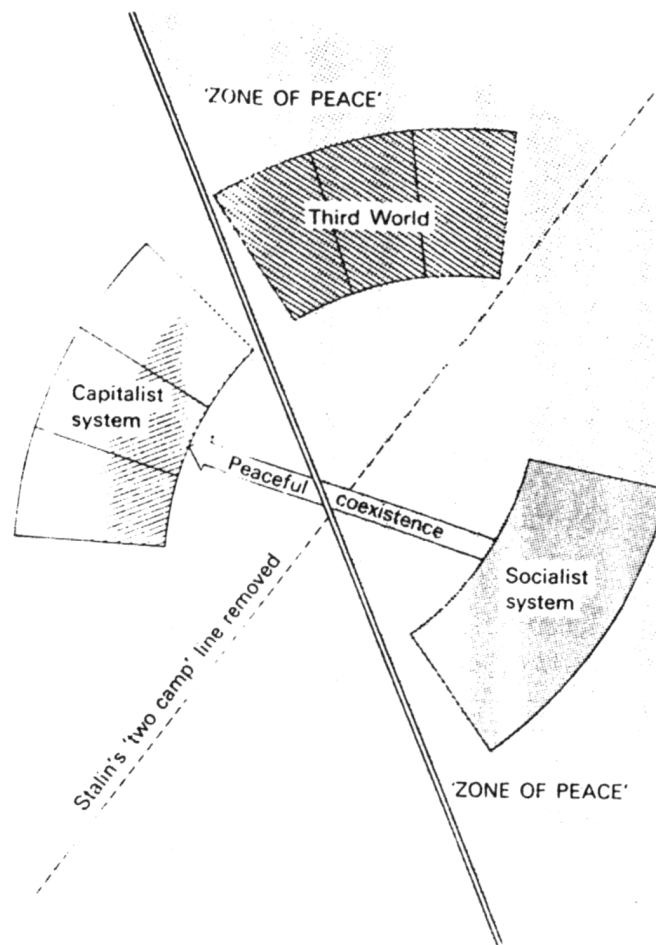
Das Denken über den Krieg wurde in der marxistisch-leninistischen Theorie der Internationalen Beziehungen revidiert. Vor allem die Ausrüstung der Streitkräfte mit Nuklearwaffen – die nach Chruschtschow bei der Entfaltung ihrer Zerstörungskraft keine Klassenprinzipien beachten würden – und die gewandelten Kräfteverhältnisse trügen dazu bei.

Das Lager der Friedenskräfte wurde nun als erheblich gestärkt angesehen. Die tripolare Welt bestand nun aus den kapitalistischen Staaten, dem sozialistischen Weltsystem und den neuen unabhängigen Staaten.³⁷²

³⁷⁰ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 165

³⁷¹ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 28

³⁷² vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 163



Chruschtschows Modifikationen des sowjetischen Modells der „Zone des Friedens“ nach: Kubalkova/Cruickshank

Auf der Konferenz der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember 1960 in Moskau wurde ein theoretisches Konzept verabschiedet, um die nun entstehenden Staaten in der Dritten Welt als auf der Seite des Sozialismus befindlich interpretieren zu können³⁷³. Sie durchliefen demzufolge eine Zwischenstufe bei der Entwicklung zum Sozialismus und bildeten „Nationale Demokratien“, die zwischen der „bourgoisen Demokratie“ und der „Volksdemokratie“ standen. Als Kennzeichen der National-Demokratischen Staaten, in denen die Arbeiterklasse, die Bauern und die nationale Bourgeoisie eine antikoloniale Front bildeten, wurde vor allem

1. die Bewahrung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit,
2. der Kampf gegen den Imperialismus und gegen seine Militärblöcke,
3. der Kampf gegen imperialistische Militärbasen auf ihren Gebiet,

4. der Kampf gegen die Durchdringung mit imperialistischem Kapital und gegen den „Neo-Imperialismus“,
5. die Gewährung breiter demokratischer Rechte für die Bevölkerung, der die Mitwirkung an der Politik eröffnet wird und so die Möglichkeit zu Agrarreformen und sozialem Wandel herbeiführen,
6. die Stärkung des Staatssektors in der Wirtschaft und
7. die Handlungsfreiheit für die kommunistische Partei angesehen³⁷⁴.

Nach der Interpretation der KPdSU ermöglichten die „nationaldemokratischen Staaten“ das Betreten des nicht-kapitalistischen Weges; die tatsächliche Transformation zum Sozialismus erfordere aber weitere Vorbereitungen und revolutionäre Kämpfe.

Doch die reale Praxis hielt sich nicht an die Beschlüsse der Konferenz der kommunistischen Parteien von 1960. Einerseits wollten die nationalen Führer ihre Macht nicht mit den Kommunisten teilen, andererseits gab es in vielen Teilen Afrikas weder eine nationale Partei noch ein Proletariat. So mußte bereits 1962 das Modell revidiert werden. In der „revolutionären Demokratie“ (hier waren vor allem Kuba, Ghana, Algerien und Indonesien Vorbilder³⁷⁵) war das radikale Kleinbürgertum auf die Seite der Arbeiterklasse und des Sozialismus übergewechselt. Dieses Modell der „revolutionären Demokratie“ war sehr flexibel ausgelegt, so daß fast alle innenpolitischen Konstellationen gerechtfertigt werden konnten. So konnten auch nicht-proletarische Führer den Standpunkt der Arbeiterklasse einnehmen, und beliebige progressive Parteien wurden in der Lage gesehen, diese Länder auf einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg zu führen³⁷⁶.

Das sozialistische Weltsystem und die sich nun unabhängig entwickelnden „revolutionären Demokratien“ bildeten nach der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen die Zone des Friedens gegenüber den kapitalistischen Staaten.

Als dritte große Kraft im Friedenslager wurde die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten angesehen. Schließlich zählte Andrej Gromyko – in seinem Werk über Friedli-

³⁷³ Im folgenden beziehe ich mich auf: Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 152 f.

³⁷⁴ vgl. auch Jonathan Steel: World Power, London 1983, S. 165

³⁷⁵ vgl. ebenda

³⁷⁶ vgl. Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 153

che Koexistenz – noch die große Gruppe der nicht sozialistischen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu den Kräften des Friedens³⁷⁷.

Neben dem sozialistischen Weltsystem als dem Hauptfaktor für die Erhaltung des Friedens bildeten die internationale Arbeiterklasse, die „revolutionären Demokratien“ und die große Gruppe der friedlichen, nicht-sozialistischen Staaten in der Dritten Welt eine gewaltige Zone des Friedens, die den imperialistischen Staaten den Weg zum Krieg immer erfolgreicher verlegen konnte³⁷⁸, während gleichzeitig das Sozialistische Weltsystem zum beherrschenden Faktor in der Entwicklung der Menschheit geworden sei³⁷⁹.

In der Ära Breschnjew (1964 – 1982) folgte in der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen der Übergang zu der fünften Stufe des Kräfteverhältnisses. Ab Ende der 60er Jahre wurde der Übergang vom Kalten Krieg zur Phase der Friedlichen Koexistenz möglich³⁸⁰. Während Chruschtschow den friedlichen Inhalt der „Friedlichen Koexistenz“ betonte, fühlte sich Breschnjew so sicher, daß sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus verschoben habe, daß die „Friedliche Koexistenz“ zu einer „Strategie der Weltrevolution“³⁸¹ d. h. zur Umgestaltung der Beziehungen der Staaten untereinander, wurde.

4.6.3. Grundcharakteristika der Theorie der Internationalen Beziehungen im Marxismus-Leninismus

Die sowjetischen Führer glaubten, daß die Grundrealität der Welt aus dem Kampf zwischen zwei antagonistischen – d. h. strukturell unversöhnlichen –, sozialen Systemen bestünde. Dieser Grundkonflikt konkretisierte sich auf drei verschiedenen Ebenen.

Dies war einmal der Antagonismus zwischen dem Lager des friedliebenden Sozialismus und dem imperialistischen Kapitalismus; zum anderen bestanden solche Konflikte zwi-

³⁷⁷ vgl. A.A. Gromyko (Gesamtredaktion): Die Friedliche Koexistenz – der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, russisch Moskau 1962, dt. Staatsvertrag der Deutschen Demokratischen Republik, o.O., o.D., S. 57

³⁷⁸ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 63

³⁷⁹ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 96

³⁸⁰ vgl. Geierkos: a.a.O., S. 37: die Ära der Friedlichen Koexistenz wurde im Mai 1972 in dem Vertrag mit den USA im Vertrag über die Grundprinzipien des gegenseitigen Verhaltens kodifiziert. Vgl. Ingo v. Münch/Martin Klingst (Hrsg.): Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, Beck- Texte im dtv, München 1983, S. 29- 32.

³⁸¹ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 166

schen den kapitalistischen Staaten, deren Wirtschaftssystem zu einem gnadenlosen Konkurrenzkampf untereinander trieb.

Schließlich bestehen antagonistische Konflikte innerhalb der kapitalistischen Staaten zwischen ausbeutender und ausgebeuteter Klasse³⁸².

Die Erfolge des Sozialismus bis zum Ende der 70er Jahre wurden auch als Beweis für die Richtigkeit der Theorie der Internationalen Beziehungen und die Unumkehrbarkeit des historischen Prozesses des Aufstiegs des Sozialismus und des Abstiegs des Kapitalismus gewertet. Noch unter Tschernenko gingen Theoretiker von sich stark zuspitzenden Widersprüchen innerhalb der Hauptgruppierungen des kapitalistischen Lagers wie den USA, der EG und Japan aus³⁸³.

Der Machtzuwachs der sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer – so argumentierte Jakowlew – ergeben für die Kapitalisten geringere Möglichkeiten, ihr überschüssiges Kapital zu exportieren, was zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Lagers führe.

Innerhalb des kapitalistischen Lagers wurden unter der Elite nüchterne/realistische Kräfte ausgemacht, die den „tatsächlichen Gegebenheiten“ Rechnung trügen und sich auf die Politik der Entspannung und der Friedlichen Koexistenz der Sowjetunion einlassen würden. Demgegenüber wurden die reaktionären Kräfte gesehen, die vergeblich versuchen würden, dem Gang der Dinge aufzuhalten.

Auf der anderen, der "friedlichen Seite", befand sich das sozialistische Lager, der enge Zusammenschluß der Staaten mit regierenden kommunistischen Parteien, und das sozialistische Weltsystem, das auch die Staaten auf einem nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg umfaßte, die friedliebenden Staaten der Dritten Welt und die internationale Arbeiterbewegung, die auch innerhalb der kapitalistischen Staaten für den Erhalt des Friedens und für gesellschaftlichen Fortschritt eintraten.

Da die UdSSR eingetreten ist, den endgültigen Frieden durch die Beseitigung der strukturellen Kriegsursachen zu erreichen, unterschieden sich ihre Außenpolitik und ihre internationalen Beziehungen grundsätzlich von der Politik der Staaten im kapitalisti-

³⁸² vgl. Hannes Adomeit: Sowjetische Westpolitik: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Widersprüchen im Imperialismus, in: Uwe Nehrlich/James A. Thomson (Hrsg.): Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986, S. 197

schen Lager. Schon im „Dekret über den Frieden“³⁸⁴ beschränkte sich Lenin nicht auf den politischen Verkehr zu anderen Regierungen, sondern sprach ebenfalls die Völker der anderen Staaten und die internationale Arbeiterklasse an. Die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen der UdSSR und des sozialistischen Lagers wurden seit Lenin von speziellen Prinzipien, dem proletarischen/sozialistischen Internationalismus, dem Prinzip der internationalen Beziehungen neuen Typs und der Friedlichen Koexistenz geleitet.

³⁸³ vgl. Jakowlew, in: „Prawda“ vom 23.3.1984, zitiert nach Adomeit: a.a.O., S. 201

³⁸⁴ vgl. Lenin: „Dekret über den Frieden“, in: ...

4.7. Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen

4.7.1. Der proletarische Internationalismus

Das fundamentale Prinzip, das den auswärtigen Beziehungen marxistisch-leninistischer Regierungen und Parteien zugrunde lag, war der proletarische Internationalismus, wovon alle weiteren Prinzipien abgeleitet wurden³⁸⁵. Der proletarische Internationalismus regelte die Beziehungen zwischen allen „progressiven Kräften“ in der Welt. Er wurde von A. Gromyko als ein Prinzip der Freundschaft und gegenseitiger Hilfe bezeichnet³⁸⁶. Nach Zagladin³⁸⁷ ist der proletarische Internationalismus organischer Bestandteil der Ideologie und der Politik der Arbeiterklasse sowie der kommunistischen Parteien. Er bringt die Gemeinsamkeit der Interessen und die Solidarität der Arbeiterklasse und der Werktätigen aller Länder, ihre Entschlossenheit und ihre Aktionseinheit im Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zum Ausdruck.

Dieses Prinzip sollte sich immer mehr ausweiten, je mehr Menschen vom Sozialismus befreit worden wären³⁸⁸. Ihm kam ausschließlich Klassencharakter, kein zwischenstaatlicher Charakter zu. Erstmals wurde der Proletarische Internationalismus von Lenin in seinem „Dekret über den Frieden“ vom 8.11.1917 eingeführt, in dem er sich nicht nur an die Regierungen der kriegführenden Mächte, sondern auch an die Völker und, auf einer dritten Ebene, an die Arbeiterklasse, wandte. Der Proletarische Internationalismus bildete damit die Basis für die doppelte, strategische Offensive des Marxismus-Leninismus nach 1945 sowohl in den kapitalistischen Staaten als auch in der Dritten Welt, indem er auf das angebliche Proletariat in den kapitalistischen Staaten gerichtet war und gleichzeitig die Unterstützung von anti-kapitalistischen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt legitimierte³⁸⁹.

³⁸⁵ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 204

³⁸⁶ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 11

³⁸⁷ zitiert nach Geierkos: Das Kräfteverhältnis, S. 87

³⁸⁸ vgl. Wettig: Die sowjetische Sicherheitsvorstellung, S. 91

³⁸⁹ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 206

4.7.2. Der „Sozialistische Internationalismus“ und die „Internationalen Beziehungen neuen Typs“

Nach der Durchbrechung der kapitalistischen Einkreisung und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach 1945 wurde der Proletarische Internationalismus über den reinen Klassencharakter hinaus zu einem zwischenstaatlichen Prinzip, dem „Sozialistischen Internationalismus“, weiterentwickelt. Der „Sozialistische Internationalismus“ war dasjenige Prinzip, das die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander regelte. Diese Beziehungen unterschieden sich nach der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen grundsätzlich von den Beziehungen, wie sie zwischen kapitalistischen Staaten bestehen und wurden daher auch „internationale Beziehungen neuen Typs“ genannt.

Nach Lenin sind die Beziehungen kapitalistischer Staaten grundsätzlich durch Ausbeutung und Knechtung und die Verletzung der territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität des Schwächeren durch den Stärkeren gekennzeichnet. Demgegenüber konstatierte das Parteiprogramm der KPdSU von 1961³⁹⁰, daß das sozialistische Welt-system einen neuen Typus der wirtschaftlichen und politischen, zwischenstaatlichen Beziehungen verkörpere, der durch das Prinzip des „sozialistischen Internationalismus“ gekennzeichnet sei. Der „sozialistische Internationalismus“ hatte nach Gromyko/Ponomarjow³⁹¹ die Festigung des Friedens, die gleichberechtigte Zusammenarbeit und die gegenseitige, umfassende Hilfe zum Ziel. Die Einheit und die Solidarität des Sowjetvolkes beruhte nach marxistisch-leninistischer Lesart auf

- dem gemeinsamen Typus des sozio-ökonomischen Systems,
- der einheitlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus,
- gemeinsamen Interessen bei der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der nationalen Unabhängigkeit gegen die Anschläge der imperialistischen Realität,
- dem gemeinsamen Ziel des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus.

³⁹⁰ vgl. Gromyko/Ponomarjow: a.a.O., S. 82

³⁹¹ vgl. ebenda

Die marxistisch-leninistische Theorie ging also von der Grundannahme der Identität, der Gemeinsamkeit der Ziele, vitalen Interessen einer identitätsstiftenden Ideologie und einem gemeinsamen Gegner aus.

Die den „sozialistischen Internationalismus“ konstituierenden Prinzipien der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten wurden auf dem Gipfeltreffen der kommunistischen Parteien 1957 in Moskau definiert³⁹². Diese Prinzipien bestanden aus dem demokratischen Minimum von Verhaltensweisen, wie sie zwischen allen Staaten herrschen sollten und in dem Prinzip der friedlichen Koexistenz zum Ausdruck kamen, und zusätzlich der umfassenden, gegenseitigen, brüderlichen Hilfe und Unterstützung, die sich die sozialistischen Staaten gewähren würden. Gelegentliche Widersprüche zwischen den sozialistischen Staaten wurden als nicht-antagonistisch und lösbar angesehen.

Der „sozialistische Internationalismus“ wurde als objektive Grundlage für die festen und freundschaftlichen, zwischenstaatlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten dargestellt, der ein wichtiger Faktor für die Erhaltung des Friedens und der Sicherung der fortschrittlichen Entwicklung der gesamten Menschheit darstellt³⁹³.

Diese „internationalen Beziehungen neuen Typs“ würden sich, dem objektiven Verlauf der Geschichte folgend, nach und nach zwischen allen Staaten der Erde durchzusetzen.

Die „Gemeinsamkeit“ und „Solidarität“ im Sozialistischen Lager erreichte schließlich mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Bruderländer in der Tschechoslowakei im August 1968 zur Verhinderung eines eigenständigen, demokratischen Weges zum Sozialismus durch die Prager Reformer ihren Höhepunkt. Die de facto begrenzte Souveränität und die Abhängigkeit der Staaten des Warschauer Paktes von der Sowjetunion fand ausschließlich ihren konzeptionellen Ausdruck in der Breschnjew-Doktrin³⁹⁴.

4.7.3. Die „Friedliche Koexistenz“

Wie bereits oben dargestellt, trug der XX.Parteitag der KPdSU im Februar 1956 den gewandelten internationalen Kräfteverhältnissen Rechnung, indem das nun immer mehr erstarkende sozialistische Lager in der Lage sein würde, die Kapitalisten von der Entfesselung eines bisher als unvermeidbar angesehenen Krieges abzuhalten.

³⁹² vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 212

³⁹³ vgl. Gromyko/Ponomarjow: a.a.O., S. 83

Danach wurde ideologisch das Prinzip der Friedlichen Koexistenz als generelle Norm der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen etabliert. Sie ist also ein zwischenstaatliches, kein Klassenprinzip. Durch die Friedliche Koexistenz sollten die günstigen Veränderungen in der internationalen Politik unumkehrbar gemacht werden³⁹⁵.

Auch Lenin hatte schon den Begriff der „Friedlichen Koexistenz“ benutzt, weswegen sich Chruschtschow, Breschnjew und ihre Nachfolger immer wieder auf den Gründer Vater des Sowjetsystems beriefen. Allerdings variieren die Auffassungen über die Einführung des Prinzips und dessen Begründung erheblich. Entgegen der marxistisch-leninistischen Darstellung führt Wolfgang Leonhard das Prinzip auf die stalinistische Periode zurück³⁹⁶, wohingegen der Begriff „Friedliche Koexistenz“ bei Lenin eher eine taktische Bedeutung hatte.

Erst nach dem Verebben der revolutionären Welle mußte die UdSSR wegen ihrer inneren Schwäche eine Atempause einlegen, womit die „Friedliche Koexistenz“ an Dauerhaftigkeit gewann.

Die Einführung der Nuklearwaffen, welche die Gefahr eines menscheitsvernichtenden Holocaust in sich bargen, und die günstige Entwicklung der Korrelation der Kräfte ließen die Friedliche Koexistenz zu einer objektiven Notwendigkeit werden.

Gleichzeitig stiegen damit die Chancen der Verbreitung des Sozialismus, auch ohne die Notwendigkeit, dafür Kriege führen zu müssen.

In der marxistisch-leninistischen Theorie stellt sich das Prinzip der „Friedlichen Koexistenz“ wie folgt dar³⁹⁷: Der Hauptzweck der „Friedlichen Koexistenz“ ist es, Kriege zwischen den beiden antagonistischen Machtblöcken nicht zuzulassen. Kriege zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus können vermieden werden, während sie innerhalb des Kapitalismus unvermeidlich sind³⁹⁸, da sie zum Wesen des Kapitalismus gehören.

³⁹⁴ Die Breschnjew-Doktrin, vgl. Europa Archiv 1968

³⁹⁵ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 272

³⁹⁶ vgl. Wolfgang Leonhard: „Friedliche Koexistenz“, S. 228

³⁹⁷ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 11 ff.

³⁹⁸ vgl. Dietmar Schössler: Militär und Politik, Koblenz 1983, S. 65

Laut der marxistisch-leninistischen Definition³⁹⁹ ist die „Friedliche Koexistenz“ nicht mit Frieden gleichzusetzen; sie bezeichnet lediglich die Abwesenheit von Krieg; sie ist eine Koexistenz zweier entgegengesetzter Gesellschaftsordnungen, die darauf verzichten, den Krieg als Mittel zur Lösung von Streitfragen zwischen Staaten anzuwenden.

Der langjährige sowjetische Außenminister Andrej Gromyko nannte in seinem Werk über die „Friedliche Koexistenz“⁴⁰⁰ vier Thesen zu diesem Prinzip, die im folgenden noch kurz kommentiert werden sollen:

1. Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen können und müssen friedlich miteinander leben, was aber nicht als Schwäche seitens der UdSSR mißverstanden werden dürfe. Die Vermeidung des Krieges zwischen Machtblöcken bedeutete aber keinesfalls den Verzicht auf Krieg als Mittel der Politik. Wie schon Chruschtschow im Januar 1961 betonte, läßt die „Friedliche Koexistenz“ die Unterstützung von Befreiungsbewegungen ausdrücklich zu. Seit 1971 waren sogar Äußerungen zu vernehmen, daß die Unterstützung von Befreiungsbewegungen eine der Hauptfunktionen der sowjetischen Streitkräfte sei⁴⁰¹.

Gromyko schreibt, daß die „Friedliche Koexistenz“ nicht die Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in einem Lande bestimme. Ob dies friedlich oder gewaltsam geschieht, hänge von den konkreten, historischen Bedingungen ab. Allerdings unterstütze die „Friedliche Koexistenz“ den friedlichen Übergang, indem sie der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und den Kolonialvölkern günstigere Kampfbedingungen sichert⁴⁰². Nach Gromykos Ausführungen muß jedes Gesellschaftssystem seine Überlegenheit über das andere im Wettbewerb, in der Produktion materieller Güter, der Schaffung kultureller Werte sowie der maximalen Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen beweisen⁴⁰³. Während er bei der Wirtschaft der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW bzw. COMECON) ein stetiges, stabiles Wirtschaftswachstum ausmachte, konstatierte er für die kapitalistischen Länder Wirtschaftskrisen und wirtschaftlichen Niedergang. Inzwischen sei sogar ein objektives Interesse der kapitalistischen Staaten gegeben, die Wirtschaftsbeziehungen

³⁹⁹ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 75

⁴⁰⁰ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 94

⁴⁰¹ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 208

⁴⁰² vgl. Gromyko: a.a.O., S. 98

⁴⁰³ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 14

mit den sozialistischen Ländern zu intensivieren, was sich günstig auf die „Friedliche Koexistenz“ auswirke⁴⁰⁴.

2. Die Wirtschaft sei heute das Hauptgebiet des friedlichen Wettbewerbs der beiden antagonistischen Systeme. Der wirtschaftliche Wettbewerb sei an die Stelle der militärischen Auseinandersetzung getreten.
3. Es gab keine Entspannung oder Koexistenz gegenüber der bürgerlichen Ideologie; der ideologische Kampf ging weiter⁴⁰⁵. So sollte auch die von der Sowjetführung propagierte Politik der Entspannung nicht den Kampf der Systeme abschaffen, sondern lediglich Regeln für diesen Kampf aufstellen⁴⁰⁶.
4. Die „Friedliche Koexistenz“ bedeutete keinen Verzicht auf den Klassenkampf; vielmehr stellte sie eine besondere Form eines ständig zunehmenden Klassenkampfes dar⁴⁰⁷. Wie es in der Erklärung der 81 kommunistischen Parteien in Moskau vom 5.12.1960 hieß, entstehen durch die „Friedliche Koexistenz“ günstige Bedingungen für den Klassenkampf in den 102 kapitalistischen Staaten und für nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt⁴⁰⁸. Die „Friedliche Koexistenz“ bildete quasi ein Schild für den proletarischen Internationalismus, indem sie verhinderte, daß Klassenwidersprüche zu einem existenzbedrohenden Nuklearkrieg führen⁴⁰⁹. Bei gleichzeitigem, sich verstärkenden Einfluß der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in der Welt hindert die „Friedliche Koexistenz“ die kapitalistischen Staaten am Export der Konterrevolution⁴¹⁰.

So war nach der sowjetischen Doktrin der Sieg des Sozialismus nur eine Zeitfrage und unter bewußter Umgehung des Krieges zu erreichen.

Gromyko schrieb in seinem Werk „Friedliche Koexistenz“, daß unter den Bedingungen der „Friedlichen Koexistenz“ der Prozeß der Isolierung der reaktionärsten und militaristischsten Kräfte erfolgreicher vor sich gehe.

⁴⁰⁴ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 107

⁴⁰⁵ vgl. Bernhard Willms: Entspannung und Friedliche Koexistenz, München 1974, S. 95

⁴⁰⁶ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 365

⁴⁰⁷ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 95

⁴⁰⁸ vgl. Leonhard: a.a.O., S. 239

⁴⁰⁹ vgl. Leonhard: a.a.O., S. 239

⁴¹⁰ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 208

Laut Gromyko trat unter den Bedingungen der „Friedlichen Koexistenz“ der Klassenwiderspruch in den kapitalistischen Staaten schärfer zutage; ebenfalls konnte der gegen das Volk gerichtete, militaristische Charakter des Imperialismus aufgedeckt werden, so daß die Abgrenzung der Klassenkräfte und der Zusammenschluß der werktätigen Massen klarer wird⁴¹¹; die fortschrittlichen Kräften hätten daher zunehmend an Einfluß gewonnen.

Als Hauptsphäre des Klassenkampfes wurde der ökonomische Wettbewerb, der politische Wettbewerb (=Beschränkung aggressiver, kapitalistischer Kräfte durch Abkommen in der Phase der Entspannung) und der ideologische Wettbewerb – wobei die „Friedliche Koexistenz“ den friedliebenden, fortschrittlichen Kräften einen größeren Bewegungsfreiraum in den kapitalistischen Staaten ermöglicht hat – angesehen.

Nach sowjetischer Lesart wurden die kapitalistischen Staaten immer mehr dazu gezwungen, die Prinzipien der „Friedlichen Koexistenz“ in den Beziehungen zu den sozialistischen Staaten anzuerkennen, wie es zum Beispiel in der Erklärung der USA und der UdSSR über die Grundlagen der gemeinsamen Beziehungen vom Mai 1972 zum Ausdruck kam⁴¹².

Schließlich habe der Westen der Friedensoffensive der sozialistischen Staaten nachgeben müssen. Diese historische Etappe wurde von den sozialistischen Staaten „Entspannung“ genannt⁴¹³.

⁴¹¹ vgl. Gromyko: a.a.O., S. 113

⁴¹² vgl. die gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen, Moskau 29. Mai 1972, in: Ingo von Münch/Martin Klingst (Hrsg.): Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, München 1983, S. 29 ff.

⁴¹³ vgl. Kubalkowa/Chruickshank: a.a.O., S. 209

4.8. Grundzüge der Außenpolitik der Sowjetunion nach 1945

4.8.1. Allgemeine Zielsetzung

Nach der Darstellung der Grundprinzipien der sowjetischen Außenpolitik (d. h. den „operating ideologies“) sollen nun die konkreten Strategien der sowjetischen Außenpolitik in ihren Grundzügen dargestellt werden.

Hierbei soll sich vor allem auf die drei Hauptbereiche der Westpolitik, der Blockpolitik und der Dritte-Welt-Politik der UdSSR konzentriert werden.

Zunächst sollen noch einmal die vier unterschiedlichen Netzwerke verdeutlicht werden, in denen die Sowjetunion zu agieren hatte:

1. Als Supermacht beanspruchte die Sowjetunion im Internationalen System eine gleichberechtigte Stellung zu der anderen, antagonistischen Supermacht USA⁴¹⁴.
2. Die Sowjetunion verstand sich als Führer der kommunistischen Weltbewegung, die aus allen Kommunistischen Parteien der Erde bestand, die aber spätestens nach dem offenen Bruch zwischen Moskau und Peking in Jahre 1960 nicht mehr die alleinige Führerschaft der KPdSU anerkannt hatte, deren langfristiges Ziel es aber war, das bestehende Internationale System abzuschaffen.
3. Die UdSSR verstand sich ebenfalls als einer der beiden dominierenden Staaten im sozialistischen Weltsystem, das sich aus den zuletzt 18 regierenden Kommunistischen Parteien zusammensetzte.
4. Unbestrittener Führer war die Sowjetunion demgegenüber nur in der sozialistischen Staatengemeinschaft, die sich aus den Staaten des Warschauer Paktes und des Rates der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON) zusammensetzte.

In der Zeit von 1945 bis zum Beginn der Ära Gorbatschow unterlagen die Erscheinungsformen der sowjetischen internationalen Beziehungen innerhalb dieser vier Netz-

⁴¹⁴ Die folgende Charakterisierung der vier Handlungsebenen ist Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 211, entnommen

werke einem fortgesetzten Wandel, der hauptsächlich durch den Wandel der externen Faktoren und durch die unterschiedlichen Persönlichkeiten der handelnden Akteure bedingt ist. Neben diesen sich wandelnden Erscheinungsformen lassen sich aber auch langfristige Ziele ausmachen, die im Untersuchungszeitraum eine wesentliche Rolle im außenpolitischen Verhalten der Sowjetunion gespielt haben.

Als langfristiges Ziel nennt Lüders⁴¹⁵ den geschichtlichen Prozeß der Ablösung des Imperialismus durch den Sozialismus. Dieser Trend sollte gesichert werden durch

1. eine anti-imperialistische Politik in der Dritten Welt, bei der die sich auf den sozialistischen Entwicklungsweg befindlichen Staaten Rückhalt bei der Sowjetunion fanden,
2. die Politik der Friedlichen Koexistenz gegenüber Westeuropa und die Absicherung des eigenen Machtbereichs,
3. die Neutralisierung des Einflusses der USA und die Herstellung eines globalen Gleichgewichtes mit ihnen,
4. die Konsolidierung des eigenen Machtblockes und die Bekämpfung der Konterrevolution,
5. die militärische Eindämmung und eine Politik der Friedlichen Koexistenz gegenüber der Volksrepublik China.

Obwohl die Sicherheit der Basis der Weltrevolution immer den Vorrang hatte⁴¹⁶, setzte die Sowjetunion ebenfalls weiterhin Vertrauen in die Verschiebung der Korrelation der Kräfte, die hauptsächlich in dem Anstieg der sowjetischen Militärmacht, den scheinbaren Erfolgen der sozialistischen Wirtschaft, der „Krise des Kapitalismus“, der Stärkung der „demokratischen Friedenskräfte“ in den kapitalistischen Staaten und in den Erfolgen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zum Ausdruck kam.⁴¹⁷

Neben den traditionellen Instrumenten der Außenpolitik wie Diplomatie, Kulturaustausch und Public-Relations-Maßnahmen, welche die Sowjetunion allerdings koordi-

⁴¹⁵ vgl. Carl H. Lüders: Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1981, S. 109

⁴¹⁶ vgl. Meissner: a.a.O., S. 21

⁴¹⁷ vgl. Robert Legwold: The Nature of Soviet Power, in: Foreign Affairs, October 1977, S. 60 f.

nierter und massiver einsetzte als andere Staaten⁴¹⁸, bediente sich die sowjetische Außenpolitik einer ganzen Reihe von Mitteln zur informellen Durchdringung. Ziel war es, Zugang zu der Bevölkerung anderer Staaten oder Einfluß auf deren innenpolitische Prozesse zu gewinnen.⁴¹⁹

Zielgruppen bei diesen Durchdringungsversuchen waren hauptsächlich Intellektuelle, Studenten und Militärs. So nahmen 1981 ca. 72000 Studenten an den Austauschprogrammen teil, und zwischen 1955 und 1981 wurden ca. 58000 ausländische Offiziere in der Sowjetunion ausgebildet.⁴²⁰

Nachdem in der Stalin-Ära nach dem Zweiten Weltkrieg die UdSSR die Kontrolle über Osteuropa und den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands erzwungen hatte, konnte sie allerdings ihre Hauptziele, die Neutralisierung Deutschlands, die Verhinderung des Zusammenschlusses der westlichen Staaten zu Wirtschafts- und Militäralianzen und die Herausdrängung der USA aus West- und Mitteleuropa nicht erreichen.

Unter Stalins Nachfolger Chruschtschow wandelten sich der diplomatische Stil und die Taktik der sowjetischen Außenpolitik beträchtlich. Insgesamt war seine außenpolitische Linie von großen Widersprüchen gekennzeichnet. Der Politik des Tauwetters, wie sie in dem Waffenstillstandsvertrag in Korea 1953, dem Staatsvertrag mit Österreich 1955 und der Gipfeldiplomatie ihren Ausdruck fand, stand gleichzeitig seine rigorose Blockpolitik gegenüber, wie sie sich in der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR, der Gründung des Warschauer Paktes und der Niederschlagung des Ungarnaufstandes manifestierte.

Für seine ambitionierten außenpolitischen Ziele war Chruschtschow gewillt, eine höhere Risikobereitschaft aufzubringen⁴²¹. Durch verursachte Krisen und kontrollierte Konfrontationen versuchte er, den Willen des weltpolitischen Gegners (hauptsächlich der USA) zu testen. Durch vorgetäuschte Stärke versuchte er, die strategische Unterlegenheit der UdSSR auszugleichen und politische Konzessionen (so z. B. in der Berlin-Frage) vom Westen zu erpressen.

Ab 1955 rückte auch die Dritte Welt in das Blickfeld des Kreml. Allerdings stand zu keinem Zeitpunkt der UdSSR das gleiche umfangreiche Instrumentarium wie dem Wes-

⁴¹⁸ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 156

⁴¹⁹ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 155

⁴²⁰ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 157

ten für ihre Dritte-Welt-Politik zur Verfügung. Mangels wirtschaftlicher Stärke konnte die Sowjetunion hauptsächlich – neben den oben genannten Ausbildungsprogrammen – den Waffenexport als Einflußmittel einsetzen.

Unter seinem bedächtigeren Nachfolger Breschnjew änderte sich abermals der Stil der Außenpolitik, während die grundsätzlichen Ziele, wie der Aufbau einer strategischen Überlegenheit, die Weiterführung der Politik der Friedlichen Koexistenz bei gleichzeitiger Einflußerweiterung in der Dritten Welt und eine stärkere Integration des eigenen osteuropäischen Blockes konsequent weiterverfolgt wurden⁴²². Breschnjew betrieb eine Außenpolitik, die aus einer Mischung aus Vorsicht und Intervention bestand⁴²³.

Als besonders gravierende Einflußgröße für die sowjetische Politik in seiner Amtszeit als Generalsekretär der KPdSU von 1964–1982 ist der Aufstieg der Volksrepublik China zur Hauptbedrohung für die UdSSR anzusehen. Dieser Konflikt steigerte sich fast bis zum Ausbruch eines Krieges zwischen beiden Staaten im August/September 1969⁴²⁴.

Als zweiten charakteristischen Wandel in der Ära Breschnjew ist die Politik der Entspannung anzusehen, die mit Nixon/Kissinger auf der weltpolitischen Bühne und mit Brandt/Scheel als Partner auf der europäischen Ebene seit Ende der 60er Jahre betrieben wurde und mit der Unterzeichnung der KSZE–Schlußakte 1975 und dem Abschluß der beiden SALT–Verträge zwischen 1972 und 1979 ihren Höhepunkt fand.

Grundvoraussetzung für diese Politik von sowjetischer Seite war einerseits die neue Gegnerschaft zur Volksrepublik China und die damit vorhandene Furcht vor einem amerikanisch–chinesischen Rapprochement, die Krise der sowjetischen Ökonomie⁴²⁵ und andererseits das Erreichen der strategischen Parität mit den USA, bei der nun die ausgewogenen Potentiale an zentralen strategischen Systemen durch Rüstungskontrollabkommen eingefroren werden konnten. Zwar bildete die Rüstungskontrollpolitik das Herzstück der Entspannungspolitik, als deren Hauptziel ist jedoch die Anerkennung der territorialen und machtpolitischen Veränderungen – hier besonders die Teilung Deutschlands – nach dem Zweiten Weltkrieg anzusehen. Gleichzeitig sollte durch eine

⁴²¹ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 105

⁴²² vgl. Adelman/Palmeri: a.a.O., S. 175

⁴²³ vgl. Jonathan Steel: *World Power*, London 1983, S. 62

⁴²⁴ vgl. Henry Kissinger, *Memoiren*, Bd. 1, München 1979, S. 200

⁴²⁵ Ab 1965 wurden unter Breschnjew und Kossigyn wirtschaftliche Reformen in der UdSSR eingeleitet, von denen aber spätestens 1970 absehbar war, daß sie gescheitert waren; vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 257

begrenzte Kooperation mit dem Westen die Gefahr der Eskalation von Krisen reduziert werden und durch den ökonomisch-wissenschaftlichen Austausch die marode sowjetische Wirtschaft gestärkt werden.

Auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU im April 1966 wurden die außenpolitischen Ziele der sowjetischen Führung demzufolge folgendermaßen aufgelistet und fortgeschrieben:

1. günstige Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen;
2. die Einheit und den Zusammenhalt der sozialistischen Länder zu stärken;
3. die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit den jungen Staaten in der Dritten Welt zu fördern;
4. für das Prinzip der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen einzutreten;
5. die aggressiven Kräfte des Imperialismus zurückzuweisen;
6. und einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

In der Verfassung von 1977 wurden im Wesentlichen die gleichen Ziele formuliert; wobei allerdings ein größeres Gewicht auf die Staatsziele der UdSSR gelegt wurde.

In der Mitte der 70er Jahre schien die Politik Breschnjews die gewünschten Erfolge erzielt zu haben. Trotz verstärkter Wirtschaftsprobleme konnten politische und strategische Erfolge verbucht werden. (So z. B. die strategische Parität bei Nuklearwaffen mit den USA, die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in der KSZE-Schlußakte, der Einfluß in der Dritten Welt).

Der Einfluß der Sowjetunion auf die Weltpolitik war seit den letzten 10 Jahren erheblich gestiegen, so daß z.B. Gromyko/Ponomarjow in ihrem Werk über die sowjetische Außenpolitik aus dieser Zeit zu der Selbsteinschätzung gelangen konnten, daß kein großes internationales Problem ohne die Beteiligung der sozialistischen Staaten zuverlässig gelöst werden könne und ihre Beteiligung die Lösung im Interesse des Friedens, der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung der Völker garantiere.

Der gewaltige Balanceakt, einerseits mit dem Westen zu kooperieren, andererseits die innenpolitischen Strukturen des Westens zu unterminieren und seine weltpolitische Position beerben zu wollen, sich gleichzeitig aber vor seinen ideologisch-kulturellen Ein-

flüssen abschotten zu wollen, konnte letztendlich nicht auf Dauer durchgehalten werden.

In den 80er Jahren mehrten sich die außen- und innenpolitischen Probleme der UdSSR. Der Einmarsch in Afghanistan 1979 führte zu einer diplomatischen Isolierung, die Instabilitäten in Europa nahmen zu, der wirtschaftliche Niedergang setzte sich fort, und das hohe Alter der Mitglieder des Politbüros lähmte die politische Führung.

In der Mitte der 80er Jahre operierte Moskau aus einer Position der relativen Schwäche heraus. Nachdem durch die weltpolitische Gegenoffensive der USA (NATO-Doppelbeschluß, Aufrüstung, SDI, Reagan-Doktrin, etc.) der sogenannte „Zweite Kalte Krieg“ entstanden war, wurde der Modernisierungsdruck auf die UdSSR offensichtlich, der schließlich nicht einmal mehr von einem Reformen wie Gorbatschow aufgefangen werden konnte und nunmehr nur durch eine revolutionäre Umwälzung des Systems bewältigt werden konnte. Letztendlich schlugen die Erfolge der Sowjetunion in der Phase der Entspannung dialektisch zurück, führten bei ihren weltpolitischen Hauptgegnern zu einer politisch-strategisch und militärischen Gegenreaktion, der die Sowjetunion in der Phase der Stagnation nichts mehr entgegenzusetzen hatte.

4.8.2. Die Blockpolitik

Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution in einer Reihe europäischer und asiatischer Länder wurde der Sozialismus zum Weltsystem. Dies stellte nach sowjetischer Lesart das größte Ereignis der Weltgeschichte dar⁴²⁶. Nachdem in den Ländern der Volksdemokratien die „antifaschistische, antiimperialistische, demokratische Revolution“ in den Jahren 1947/48 in eine sozialistische Revolution hineingewachsen war, schlossen sich diese Länder mit der UdSSR zu einem engen sozialistischen Lager zusammen⁴²⁷. Ihr Verhältnis zueinander war nach der marxistisch/ leninistischen Theorie der Internationalen Beziehungen von „Internationalen Beziehungen neuen Typs“ gekennzeichnet, die auf dem Prinzip des Sozialistischen Internationalismus basierten und sich durch eine enge Solidarität und eine umfassende, politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auszeichneten⁴²⁸.

⁴²⁶ vgl. Gromyko/Ponomarjow: a.a.O., S. 24

⁴²⁷ vgl. Gromyko/Ponomarjow: a.a.O., S. 68

⁴²⁸ vgl. Gromyko/Ponomarjow: a.a.O., S. 69

Demgegenüber zeichnen westliche Analytiker ein gänzlich anderes Bild von der als „Ostblock“ bekannt gewordenen, engeren Staatengemeinschaft, die durch die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes gebildet wurden. In seinem Standardwerk „Der Ostblock“ führt Jens Hacker einige der gebräuchlichsten Charakterisierungen für diesen Staatenzusammenschluß auf⁴²⁹.

So wurde dieses Staatengebilde von Waldemar Besson in seiner Analyse „Der weltpolitische Horizont der Gegenwart“ als „Imperium“, „Einflußsphäre“, „Sowjetblock“ und „Ostblock“ bezeichnet^{430 431}.

Ebenfalls gebräuchliche Begriffe charakterisieren die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes als „Einflußsphäre“ oder „Interessensphäre“ der Sowjetunion.

Unbestreitbar war der Anspruch der Sowjetunion, als Ordnungsmacht in dieser Region zu wirken und über die Errungenschaften der sozialistischen Revolution in diesen Staaten zu wachen.

Durch die sogenannte „Breschnjew-Doktrin“, die am 26.9.1968 in einem Artikel der „Prawda“ verkündet wurde, wurde das besondere Herrschafts- und Interventionsrecht der UdSSR in ihrer Einflußsphäre durch die These von der beschränkten Souveränität der Länder der „sozialistischen Gemeinschaft“ ideologisch begründet⁴³².

Auch Außenminister Gromyko legte wenige Tage später die Besonderheiten dieses Staatenbündnisses in einer Rede in der UNO-Vollversammlung dar: „Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben ihr eigenes Lebensinteresse, ihre eigenen Verpflichtungen, unter anderem zur Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit, ihre eigenen sozialistischen Prinzipien, denen brüderliche Hilfe, Solidarität und Internationalismus zugrunde liegen. Diese Gemeinschaft ist ein untrennbares Ganzes, das durch unzerstörbare Bande zusammengeschweißt ist, wie sie die Geschichte bisher nicht kannte.“⁴³³

Dies zu Grunde legend war der Ostblock⁴³⁴ durch den Begriff „Einfluß- oder Interessensphäre“ nur unzureichend gekennzeichnet. Auch der Begriff „Hegemonie“, der ei-

⁴²⁹ vgl. Jens Hacker: Der Ostblock, Baden-Baden 1983, S. 904 ff

⁴³⁰ vgl. Hacker: a.a.O., S. 904

⁴³¹ vgl. Hacker: a.a.O., S. 905 f

⁴³² vgl. Europa-Archiv, Folge 23, 1968 S. 580- 584

⁴³³ zitiert nach Hacker; ebenda

⁴³⁴ der Begriff Block wurde von Axel von Freytagh – Loringhoven in Vorlesungen vom August 1936 an der Haager Akademie für Völkerrecht definiert. Hierbei ist eine Staatenallianz durch die Schaf-

nen Zustand der Führung und der gebändigten Macht ausdrückt, ist nach Meinung von Hacker nicht zutreffend⁴³⁵. Vielmehr habe die sowjetisch geführte Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR von August 1968 deutlich gemacht, daß es sich beim Ostblock um ein durch Zwang gekennzeichnetes Herrschaftssystem handelte⁴³⁶; gleichzeitig bestand bei der Sowjetunion das Verlangen, daß ihr exklusiver Herrschaftsanspruch von der gesamten Staatenwelt respektiert wurde⁴³⁷.

Die Entwicklung des Ostblocks teilen nach Hacker Osthistoriker in sieben historische Entwicklungsphasen seit 1945 ein⁴³⁸:

1. Die Zeit von 1945 bis zum Sommer 1947 als Phase der Volksdemokratie und der institutionellen und ideologischen Vielfalt, in der Stalin nationale Besonderheiten berücksichtigte und den kommunistischen Führungen der einzelnen Länder Spielraum für eigenes Handeln ließ.
2. Die Phase vom Sommer 1945 bis zum Tode Stalins (1953), die durch totale Konformität und institutionelle und ideologische Einheit geprägt war.
3. Nach dem Tode Stalins trat wiederum eine Phase der institutionellen und ideologischen Vielfalt ein, die aber nach Brzezinski – vom „Taufwetter“ zur „Sintflut“ im Herbst 1956 in Polen und Ungarn führte.
4. Hierdurch wurde Chruschtschow in der 4. Phase wiederum zu einem Kurswechsel gezwungen, indem er die sowjetischen Beziehungen zu den Bündnispartnern auf eine neue Grundlage stellte und den eigenen Herrschaftsbereich konsolidierte.
5. Mit dem kommunistischen „Weltkonzil“ vom November 1960, auf dem der chinesisch-sowjetische Konflikt deutlich wurde, begann eine neue Phase der Blockpolitik. Diese war durch den fortschreitenden Abbau der politischen Autorität und Integrationserfolge gekennzeichnet und reichte bis zum Sturz von Chruschtschow im Oktober 1964.

fung eines gemeinsamen ständigen Organs, durch die die Vereinheitlichung der Politik dieser Staaten gewährleistet werden soll, als Block gekennzeichnet, vgl. Hacker: a.a.O., S. 912

⁴³⁵ vgl. Hacker: a.a.O., S. 916

⁴³⁶ ebenda

⁴³⁷ vgl. Hacker: a.a.O., S. 917

⁴³⁸ vgl. Hacker: a.a.O., S. XXIV ff

6. Unter der Führung von Breschnjew war die UdSSR bestrebt, die Integration und Kooperation, besonders im ökonomischen und militärischen Bereich weiter voranzutreiben und den Warschauer Pakt als außenpolitisches Integrationsorgan auszubauen.
7. Der „Prager Frühling“ und die anschließende Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten am 21.8.1968 (ausschließlich Rumänien) hatte endgültig den Beweis dafür erbracht, daß die UdSSR entschlossen war, ihren Ordnungs- und Definitionsanspruch, was unter den „sozialistischen Errungenschaften“ zu verstehen sei, konsequent durchzusetzen. Demgegenüber – so Hacker – sei es problematisch, einzelne Entwicklungsphasen während der 70er Jahre zu unterscheiden⁴³⁹.

In Fortführung dieser Einteilung läßt sich der Niedergang des Ostblocks m. E. wiederum in zwei Phasen einteilen: Die erste beginnt im Sommer 1980 mit dem Auftauchen der Solidarnoz-Gewerkschaftsbewegung, die den Kommunismus in Polen im Winter 1980/81 an den Rand des Kollapses brachte⁴⁴⁰, die aber auch durch verstärkte Reformbemühungen in Ungarn gekennzeichnet war.

Schließlich mündete dies ab August 1989 in die Phase des totalen Zusammenbruchs, die in Polen mit der erstmaligen Ernennung eines nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten in einem Land des Warschauer Paktes ihren Anfang nahm.

Ob tatsächlich das Hauptinteresse der Sowjetunion durch das Streben nach Sicherheit – wie dies Steel behauptet⁴⁴¹ – begründet ist, muß nach der Charakterisierung des Ostblocks als Herrschaftsgebiet und nach der oben dargestellten, hohen Relevanz der marxistisch-leninistischen Ideologie auf das Außenverhalten der UdSSR bezweifelt werden. Eine genauere Untersuchung des Sicherheitsbegriffs der UdSSR – wie er im fünften Kapitel vorgenommen werden soll – wird deutlich machen, daß der totale Sicherheitsbegriff der Sowjetunion eine weitgehend ideologische Gleichschaltung nötig machte. Unbestritten ist seine Funktion als militärische Pufferzone gegenüber der NATO. Ebenfalls trug die Führerschaft der UdSSR innerhalb des Warschauer Paktes zu ihrer Statuserhöhung zur Supermacht bei⁴⁴².

⁴³⁹ vgl. Hacker: a.a.O., S. XXVII

⁴⁴⁰ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 313

⁴⁴¹ vgl. Steel: a.a.O., S. 89

⁴⁴² vgl. Steel: a.a.O., S. 92

Unter Breschnjew war eine nicht mehr ganz monolithische Struktur des Ostblocks festzustellen. Gewisse eigene Wege konnten vor allen Rumänien und später Ungarn im Warschauer Pakt gehen, ohne den allgemeinen Zusammenhalt dieses Paktes zu gefährden. Voraussetzung dabei war aber, daß Kernelemente der engeren, sozialistischen Staatengemeinschaft, wie die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt, die führende Rolle der Kommunistischen Partei und die Unterordnung unter die UdSSR sowie die Annahme ihres Rates, stets gewährleistet waren⁴⁴³.

Die vielfältigen Bemühungen der UdSSR, eine noch engere Kooperation und Koordination der Politik der einzelnen WP- und RGW-Länder zu erreichen, sowie die Betonung der wachsenden Bedeutung der ideologischen Zusammenarbeit⁴⁴⁴ konnten den Zerfall des Ostblocks nicht verhindern. Nachdem die ideologische Basis unter Gorbatschow immer mehr weggebrochen war und die UdSSR selbst die Aufgabe ihres Herrschaftswillens durch die sogenannte „Sinatra-Doktrin“ bekundet hatte, gewannen die Zentrifugalkräfte die Oberhand über den Zwangscharakter des Paktsystems, so daß der Warschauer Pakt noch vor dem Ende der UdSSR im Juli 1991 aufgelöst wurde.

4.8.3. Die Westpolitik

Die Westpolitik gegenüber NATO-Europa konnte als das schillerndste und undurchdringlichste der sowjetischen Außenpolitik betrachtet werden.

So z. B. das RGW-Komplexprogramm vom Juli 1971, das ein auf 20 Jahre angelegter, wirtschaftspolitischer Strategieplan zur koordinierten, planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaften darstellte.

Demgegenüber gab es auch eine Fülle von Interpretationen von grundsätzlichen Zielsetzungen und Strategien gegenüber den NATO-Staaten. Die einzelnen Interpretationen sind aber nicht als lupenreine Modelle anzusehen, da in jedem einzelnen auch Elemente und Zielsetzungen der anderen Modelle enthalten sind. Eine Vorstellung der drei wahrscheinlichsten Modelle läßt somit eine hohe Annäherungswahrscheinlichkeit mit der empirischen Realität zu. Exemplarisch seien hier eine geostrategische, quasi unideologisch-offensive Interpretation, eine Status quo orientierte, unideologisch-defensive Interpretation sowie eine ideologisch-offensive Interpretation vorgestellt.

⁴⁴³ vgl. Steel: a.a.O., S. 94

Nach Carl H. Lüders⁴⁴⁵ war Europa der Schwerpunkt des Ringens der UdSSR mit den USA um die Aufrechterhaltung des globalen Gleichgewichts zwischen beiden Supermächten. Seiner Ansicht nach sah die UdSSR nur durch ein regionales Übergewicht in Europa das globale Gleichgewicht zu den USA gewährleistet, die eine globale, maritime Überlegenheit und eine Interventionsfähigkeit in der gesamten Dritten Welt sowie ein überlegenes Wirtschaftspotential besaßen⁴⁴⁶.

Demgegenüber sieht Anthony Steel die Hauptziele der Westpolitik der Sowjetunion darin, daß die Anerkennung der Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Westen erreicht werden sollte und die Früchte der Entspannung der UdSSR zugute kommen sollten⁴⁴⁷. Diese hätten aus der Senkung des Kriegsrisikos, den reduzierten ökonomischen Kosten für den Rüstungswettlauf sowie einem verstärkten Austausch von Waren, Kapital und Technologie bestanden.

Ebenso waren bei dieser Interpretation die Anerkennung des Status quo und eine Teilhabe am internationalen Krisenmanagement angestrebt⁴⁴⁸. Für die Europapolitik wäre dies durch die Eindämmung der Bundesrepublik Deutschland, durch das Bestreben, die Anerkennung der DDR zu erreichen, und in der Aufrechterhaltung des Einflusses auf Osteuropa umgesetzt worden.

Hierfür hatte Breschnjew sogar die „Berlin-Karte“ (s. Viermächte Abkommen vom September 1971) aufgegeben und Konzessionen bei der Menschenrechtsfrage gemacht⁴⁴⁹. Langfristig sollte an der Entspannungspolitik festgehalten werden, so daß 1970 die UdSSR sogar bereit war, die USA als europäische Ordnungsmacht und deren Rolle im KSZE-Prozeß zu akzeptieren⁴⁵⁰.

Die oben dargestellte Relevanz der Ideologie und die geschilderten „operating ideologies“, wie der proletarisch-sozialistische Internationalismus und die „Friedliche Koexistenz“, legen aber eine andere Interpretation der Westpolitik der UdSSR nahe. Danach ist das Verfolgen der Entspannungspolitik nur als ein Minimalziel anzusehen, was die eigene Einflußsphäre absichern und ökonomische Vorteile für die Sowjetunion bringen

⁴⁴⁴ vgl. Gromyko/Ponowarjow: a.a.O., S. 567

⁴⁴⁵ Carl H. Lüders: *Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion*, Baden-Baden 1981, S. 112

⁴⁴⁶ vgl. Lüders: a.a.O., S. 100

⁴⁴⁷ vgl. Steel: a.a.O., S. 21

⁴⁴⁸ vgl. Steel: a.a.O., S. 22

⁴⁴⁹ vgl. Steel: a.a.O., S. 71

sollte. Darüber hinaus hatte die Sowjetunion ihre ideologischen Fernziele nicht aufgegeben. Adomeit⁴⁵¹ konkretisiert diese ideologischen Fernziele in politische Strategien gegenüber Westeuropa. Es lassen sich hierbei Ziele, die sich mit „ought to have“ und mit „nice to have“ unterscheiden:

Als Grundziel gibt er die Anerkennung des territorialen Status quo in Europa an. Gleichfalls strebte die UdSSR – so Adomeit – nach der Annahme des Prinzips der „Friedlichen Koexistenz“ durch die westeuropäischen Staaten.

Dies hätte bedeutet, daß die westeuropäischen Staaten ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion pflegen und sich einer Politik der Stärke und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR enthalten sollten.

Als drittes Ziel nennt Adomeit das Streben nach Zugang zu westlichen Krediten und Know how.

Als viertes Ziel ist die größtmögliche Lockerung der politischen Bindungen der USA zu den Staaten Westeuropas anzusehen. Dies sollte auf militärischem Gebiet durch die Verdeutlichung der Verwundbarkeit der westeuropäischen Staaten erreicht werden, indem ihr Glaube an die NATO-Strategie und damit in die Verteidigungsfähigkeit erschüttert werden sollte. Schließlich strebte die Sowjetunion eine Transformation der politischen Systeme Westeuropas durch die Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien Westeuropas mit anderen „progressiven“ und „friedlichen“ Kräften an.

Adomeit zufolge handelte es sich bei diesen langfristigen Zielen nicht um einen konkreten Plan, da es bei diesen Zielen immanente Widersprüche gab. So hätte z. B. eine entscheidende Anstrengung zur Transformation der westeuropäischen Systeme aller Voraussicht nach zu einem wesentlich engeren Zusammenschluß mit den USA geführt⁴⁵².

Andere Autoren glauben, zumindest Indizien für eine strategische Rahmenplanung gefunden zu haben. Walter F. Hahn⁴⁵³ beruft sich auf den übergelaufenen Ersten Sekretär im tschechoslowakischen Verteidigungsministerium, Generalmajor Jan Sejna, der ein

⁴⁵⁰ vgl. Steel: a.a.O., S. 86

⁴⁵¹ vgl. Hannes Adomeit: Sowjetische Westpolitik: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von „Widersprüchen im Imperialismus“, in: Uwe Nehrlich/James A. Thomson (Hrsg.): Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986, S. 206

⁴⁵² vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik: a.a.O., S. 10 f.

⁴⁵³ vgl. Walter F. Hahn: Ein neuer NATO-Konsens, in: Walter F. Hahn/Robert L. Pfalzgraff Jr.: Die atlantische Gemeinschaft in der Krise, Stuttgart 1982, S. 105 f.

Planungspapier des Warschauer Paktes („Der langfristige strategische Plan für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre und die Jahre danach“) in den Westen gebracht haben soll. Dieses Projekt soll von Breschnjew selbst auf der Herbsttagung des Warschauer Paktes im Jahre 1966 in Gang gebracht worden sein.

In der ausgearbeiteten Studie, die Anfang 1968 vorlag, wurden die wichtigsten Zielländer im Westen sowie die ganze Skala des Instrumentariums wie Diplomatie, Außenhandel, Streitkräfte, „Desinformation“ und Kulturaustausch, genannt⁴⁵⁴.

In diesem Dokument wurde ein strategischer Vier-Phasen-Plan beschrieben, der von der Neubestimmung der „Friedlichen Koexistenz“ im Jahre 1956 bis in das Jahr 1985 reichen sollte. Nach der Entstalinisierung und der Öffnung zum Westen hin wurde ab 1960 das Schwergewicht auf Provokationen von Meinungsverschiedenheiten und mit die Verschärfung sozialer Spannungen im Westen gelegt. In den Staaten der NATO sollte die Furcht vor der westdeutschen Stärke hochgespielt und der französische Nationalismus dazu genutzt werden, Frankreich dem Bündnis zu entfremden⁴⁵⁵. Gleichzeitig wurden die kommunistischen Parteien angewiesen, Zwietracht in die entsprechenden Gesellschaften zu tragen: „Über Gewerkschaften und Studentenbewegungen sollten soziale und industrielle Unruhe angefacht und die Kräfte des Radikalismus und des Protestes gegen den ‚militärisch-industriellen Komplex‘ mobilisiert werden.“⁴⁵⁶

Gleichzeitig sollten die eigene Aufrüstung und die Modernisierung der Streitkräfte weiter vorangetrieben werden.

Die dritte Phase, von 1973 bis 1985, sollte unter dem Motto „Dynamischer sozialer Wandel“ stehen. Einerseits sollte durch die Politik der Entspannung der Sowjetunion eine Reihe von wirtschaftlichen und technologischen Vorteilen verschafft werden, und andererseits sollte im Westen die Überzeugung untergraben werden, daß eine militärische Verteidigung überhaupt möglich sei. Das Herausdrängen der USA aus Europa sollte die Zersplitterung der NATO beschleunigen.

Ab 1985 sollte die Welt dann in die Phase des „Globalen demokratischen Friedens“ eintreten⁴⁵⁷. Die von allen Seiten belagerten, von Westeuropa und den Zugängen zu

⁴⁵⁴ vgl. ebenda

⁴⁵⁵ vgl. ebenda

⁴⁵⁶ Hahn: a.a.O., S. 106

⁴⁵⁷ vgl. ebenda

Rohstoffen aus der Dritten Welt abgeschnittenen USA wären reif für eine „friedliebende Regierung“, die sich dem sowjetischen Willen anpassen würde.

Auch Lüders zeichnet ein ähnliches Szenario⁴⁵⁸. In seinem Werk „Ideologie und Machtstreben in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion“ zitiert er eine Äußerung Breschnjews, der Folgendes auf einer Konferenz der kommunistischen Parteiführer in Prag 1978 gesagt haben soll: Ab 1985 hätte die sozialistische Staatengemeinschaft als Resultat der Entspannungspolitik ihre wichtigsten Ziele in Westeuropa erreicht. Danach hätte eine entscheidende Verschiebung des Kräfteverhältnisses stattgefunden, welche die UdSSR in die Lage versetzt, ihren Willen durchzusetzen, wann immer es notwendig sein sollte.

Die Frage, ob es nun einen historisch belegbaren, konkreten Plan des ideologischen, langfristigen Handelns gegeben hat, ist aber als zweitrangig anzusehen.

Das oben dargestellte ideologische Weltbild, die Rahmenstrategie des „wissenschaftlichen Kommunismus“ als drittes Teilgebiet des Marxismus-Leninismus, die Beschlüsse der Parteitage, die Aussagen der sowjetischen Führungsschicht sowie die konkreten diplomatischen und militärpolitischen Handlungen erlaubten – trotz der Zielkonflikte –, eine schlüssige Interpretation der Grundziele der sowjetischen Außenpolitik zu erstellen.

Nach Adomeit⁴⁵⁹ verfolgte die Sowjetunion in ihrer Westpolitik zu unterschiedlichen Zeiten drei Ansätze, um die obengenannten sechs Ziele zu erreichen.

Dies war einmal das Konzept einer westeuropäischen Orientierung, bei dem neutralistische, anti-amerikanische Kräfte, die eine unabhängige Politik Westeuropas gegenüber den USA verfolgten, unterstützt wurden. Hiermit konnte die Politik der Nachkriegsära unter Stalin gekennzeichnet werden, als nach dem Zerschlagen der Kriegsallianz eine anti-amerikanische Wende in der sowjetischen Außenpolitik eintrat. Die Blockade Berlins und der Korea-Krieg nahmen allerdings der Friedensbewegung den Wind aus den Segeln, so daß die Wiederbewaffnung und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nicht verhindert werden konnte.

⁴⁵⁸ vgl. Lückers: a.a.O., S. 80

⁴⁵⁹ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 208 ff

Unter Chruschtschow verfolgte die Sowjetunion hauptsächlich den Ansatz der „atlantischen Orientierung“ der engeren Zusammenarbeit mit den USA und dem Streben nach einem Kondominium über Westeuropa. Dies drückte sich durch die Politik des „Taufwitters“ und der Gipfeltreffen sowie der Betonung der „gemeinsamen Verantwortung für das Schicksal der Welt“ aus. Chruschtschows gleichzeitiges Bestreben, den Status quo zu verändern (s. Berlin-Ultimeaten, Kuba-Krise, Dritte-Welt-Strategie), führte aber ebenfalls zum Scheitern dieses Ansatzes⁴⁶⁰.

Unter Chruschtschows Nachfolger Breschnjew stand nach Adomeit der Ansatz der gesamteuropäischen Orientierung im Vordergrund. Er stellt eine Verbindung des ersten und des zweiten Ansatzes dar. Angestrebt war, durch Verhandlungen die USA zu einer Reduktion ihrer militärischen Präsenz in Europa zu veranlassen und gleichzeitig bei den Europäern ein blockübergreifendes Bewußtsein zu fördern.

Der Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO 1966 und die Anti-Vietnam-Protestbewegung hatten dafür günstige Voraussetzungen geschaffen.

Breschnjew war zu der Ansicht gelangt, daß eine auf Westeuropa gerichtete Entspannungspolitik nur unter Einbeziehung der USA möglich war. Daraufhin erklärte sich die UdSSR 1970 mit der Einbeziehung der USA in den KSZE-Prozeß bereit⁴⁶¹.

Trotz der Entspannungspolitik blieben die ideologischen Grundpositionen erhalten. Die Welt wurde weiterhin in das progressive, friedliebende und rektionär-imperialistische Lager eingeteilt.

Bei der Erreichung der meisten Zielkategorien waren die Erfolge der Außenpolitik der UdSSR aber gering.

Weniger erfolgreich war die Politik bei der Anerkennung des territorialen Status quo (die Grenzen wurden in der KSZE Schlußakte lediglich für „unverletzlich“ und nicht für „unverrückbar“ erklärt)⁴⁶², sowie bei der Durchsetzung des Prinzips der „Friedlichen Koexistenz“, ferner beim Zugang zu westlichen Krediten und Know-how wie auch bei der Transformation der westeuropäischen, politischen Systeme. Wegen des geringen Einflusses der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern stützte sich die Sowjetunion bei ihren informellen Einflußnahmen auf „Frontorganisationen“, wie

⁴⁶⁰ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 211

⁴⁶¹ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 213

den Weltfriedensrat, den Weltgewerkschaftsbund oder die christliche Friedenskonferenz; hierbei verfolgte die sowjetische Politik aber eher kurzfristige, taktische Ziele, als auf ferne, revolutionäre Veränderungen hinzuarbeiten^{463 464}.

Relativ erfolgreich war die UdSSR allerdings bei ihren sicherheitspolitischen Zielsetzungen. Ihre Aufrüstung betrieb sie kontinuierlich weiter. Hierdurch konnte sie das traditionelle konventionelle Übergewicht in Europa weiter ausbauen, die Parität an nuklearstrategischen Waffen mit den USA erreichen und ein neues Mittelstrecken-Bedrohungspotential aufbauen. Mit gleichzeitigen Rüstungskontrollmaßnahmen versuchte die UdSSR so, Einfluß auf die sicherheitspolitischen Entscheidungen des Westens zu nehmen, wie dies im Kapitel „Verschiebung der Korrelation der Kräfte“ ausführlicher untersucht werden wird. Nach Adomeit gelang es der Sowjetunion, die Bindung einzelner NATO-Staaten zum Bündnis zu lockern und den Glauben an die Verteidigungsfähigkeit und die Durchführbarkeit der NATO-Strategie zu erschüttern. Langfristig hätte die Unglaubwürdigkeit einer Verteidigungsoption zu Prozessen der politischen Anpassung geführt und die Kontrolle der Sowjetunion über wichtige Rohstoffquellen diesen Prozeß noch beschleunigt. In einer Krise hätte die Gefahr bestanden, daß sich die westeuropäischen NATO-Staaten von den USA distanziert hätten. Adomeit sah Anzeichen, daß sich die sowjetische Diplomatie diesem Kalkül unterordnete, wie z. B. die Warnung von Generalsekretär Andropow am 31.12.1982 in der „Prawda“, daß die Kriegsgefahr weltweit gewachsen sei⁴⁶⁵. Der über die Kriegsgefahr besorgten westlichen Öffentlichkeit sollte dann eingeredet werden, daß die USA einen Atomkrieg auf Europa beschränken und ihr eigenes Territorium zum Sanktuarium machen wollten. Das Kalkül der UdSSR war es gewesen, daß die NATO längerfristig vom Konzept des Ersteinsatzes von Atomwaffen in der Strategie der „flexible response“ (deliberate escalation) abzurücken hätte, was nun wiederum die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie weiter unterminiert hätte.

Die Tendenz zur weiteren Kürzung des Verteidigungshaushaltes war in vielen westeuropäischen Staaten ebenso zu erkennen, wie das Bestreben, sich die Entspannungspolitik durch eine neue „Eiszeit“ nicht kaputt machen zu lassen⁴⁶⁶.

⁴⁶² vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 219

⁴⁶³ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 222

⁴⁶⁴ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 218

⁴⁶⁵ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 218

⁴⁶⁶ vgl. Joffe: a.a.O., S. 11

Gleichzeitig wurden die westeuropäischen Regierungen durch die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung und durch die Oppositionsparteien bei den Rüstungskontrollverhandlungen, vor allem im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12.12.1979, unter Erfolgsdruck gesetzt, während sich die UdSSR bis zum INF-Abkommen vom Dezember 1987 weigerte, asymmetrische Abrüstungsschritte vorzunehmen, wobei sie von großen Teilen der Friedensbewegung unterstützt wurde. In der Erwartung, westliche Rüstungsvorhaben ohne Gegenleistungen verhindern zu können, unterstützten die Warschauer-Pakt-Staaten ihrerseits die Friedensbewegung. So nannte der Leiter der Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der ungarischen KP die Kampagne gegen die Neutronenwaffen die erfolgreichste seit dem 2. Weltkrieg⁴⁶⁷.

Aus sowjetischer Sicht wurden hierbei folgende Tatsachen als Erfolge angesehen:

- die Neutronenwaffe wurde verhindert,
- das Anwachsen der Friedensbewegung gefördert,
- eine bündnispolitische Klimaverschärfung erreicht,
- die angestrebte jährliche Steigerung der Verteidigungshaushalte der NATO-Staaten aus dem Long Term Defense Programm wurde von fast allen Staaten nicht erreicht.

Trotz dieser Erfolge, verlief die sowjetische Westpolitik nicht geradlinig. Nach dem Rückschlag, der dadurch entstanden war, daß es der Sowjetunion und ihren Verbündeten nicht gelungen war, die Nachrüstung der NATO zu verhindern, setzte sich eine harte Linie gegenüber dem Westen durch. Vor allem die Bundesrepublik sah sich verstärktem politischem und propagandistischem Druck ausgesetzt. Da die Bundesrepublik traditionell die stärksten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen aller westlichen Staaten zur DDR, der UdSSR und zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten besaß, war die Verwundbarkeit gegenüber der sowjetischen Politik einer neuen „Eiszeit“ potentiell sehr groß⁴⁶⁸.

Neben dem gescheiterten Versuch, die NATO-Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen (Pershing II und Cruise Missile) zu verbinden, war auch der von der Sowjetunion maßgeblich angeregte KSZE-Prozeß eher als Mißerfolg für die UdSSR zu werten. Im Abschlußdokument von Helsinki von 1.8.1975 wurden die Nachkriegsgrenzen in Euro-

⁴⁶⁷ vgl. Adomeit: Sowjetische Westpolitik...: a.a.O., S. 233

⁴⁶⁸ vgl. Adomeit, in Nehrlich/Thomson (Hrsg.): a.a.O., S. 230

pa lediglich als „unverletzlich“ und nicht als „unverrückbar“ bezeichnet, während die westlichen Staaten sich nur bedingt an die sowjetische Interpretation des Einmischungsverbots in die inneren Angelegenheiten hielten⁴⁶⁹.

Zusammengefaßt kann von relativen Erfolgen der sowjetischen Außenpolitik auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik (s.o.), aber von Mißerfolgen auf dem ideologischen, wirtschaftlichen und technologischen sowie der kulturellen Ebene gesprochen werden⁴⁷⁰.

Dennoch waren die sicherheitspolitischen Erfolge der UdSSR eine schwere Belastungsprobe für das westliche Bündnis. Es gelang der sowjetischen (Des-)Informationspolitik die westlichen Öffentlichkeiten gegenüber einer drohenden Kriegsgefahr in hohem Maß zu hypersensibilisieren. Deshalb konnte eine Koalition von Gegnern der NATO-Politik großen, politischen, aber demokratisch nicht legitimierten Druck auf die Regierungen ausüben. Nur unter größten Kraftanstrengungen gelang es den westlichen Regierungen, die Stationierung durchzusetzen.

Damit war der totale Verlust der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie vermieden worden. Das sowjetische Kalkül, den Westeuropäern eine Verteidigungsoption zu verwehren, bzw. westliche Rüstungsvorhaben ohne eigene Gegenleistungen verhindern zu können, wodurch sich das Kräftegleichgewicht wiederum zu Gunsten des Warschauer Paktes verschoben hätte, war nicht aufgegangen; politische Anpassungsprozesse wären damit wahrscheinlich geworden⁴⁷¹.

Mit der Frage der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen (vor allem der Lance-Rakete) stand dem Atlantischen Bündnis eine weitere Bewährungs- und Zerreißprobe bevor.

4.8.4. Die Dritte-Welt-Politik

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es zehn Jahre, bis die UdSSR ihr Interesse an den Staaten der sogenannten Dritte Welt entdeckte. Unter Generalsekretär Chruschtschow wandte sich die sowjetische Außenpolitik von dem „kontinentalen Isolationismus“ Stalins ab⁴⁷². Chruschtschow betrachtete die Dritte Welt als Arena, in welcher der Zwei-

⁴⁶⁹ vgl. Adomeit, in: Nehrlich/Thomson (Hrsg.): a.a.O., S. 219

⁴⁷⁰ vgl. Adomeit, in: Nehrlich/Thomson (Hrsg.): a.a.O., S. 227

⁴⁷¹ vgl. Adomeit, in: Nehrlich/Thomson (Hrsg.): a.a.O., S. 233

⁴⁷² vgl. Steel: a.a.O., S. 32

kampf der Weltordnungsmodelle mit größerem Erfolg und geringeren Risiken fortgesetzt werden könne⁴⁷³. Die Anfänge einer aktiveren Dritte-Welt-Politik wurden mit Waffenhilfen und mit der Finanzierung des Assuan Staudamm Projekte für das Ägypten Gamal Abdel Nassers 1955 gemacht. Besuche in Indien, Burma und Afghanistan führten zu Wirtschaftshilfe für diese Länder. Trotz der im Januar 1961 verkündeten Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt erfüllten sich die Hoffnungen Chruschtschows auf eine allgemeine Revolution in der Dritten Welt nicht⁴⁷⁴. Selbst offensichtliche Gewinne wie das offene Bekenntnis Castros zum Kommunismus im Jahre 1960 waren zweischneidig, da Kuba zu einer großen wirtschaftlichen Last für die UdSSR wurde; ansonsten blieb der Einfluß der kommunistischen Parteien in der Dritten Welt eng begrenzt, da es außer in Indonesien keine nennenswerte kommunistische Partei in Dritte-Welt-Ländern gab und oftmals diese Parteien von den jeweils herrschenden Regimen verfolgt wurden⁴⁷⁵.

Nach der Enttäuschung in den Jahren 1955 – 1965 wurde die Dritte-Welt-Politik unter Chruschtschows Nachfolger Breschnjew modifiziert. Da Breschnjew nicht erpicht darauf war, noch mehr Bruderstaaten unterstützen zu müssen, legte er mehr Wert auf die strategische Position eines Landes als auf dessen vermeintlich fortschrittliche Orientierung⁴⁷⁶.

Formal teilte er auf dem XXIII. Parteitag von 1966 die Dritte-Welt-Staaten in vier verschiedene Kategorien ein:

1. Neokoloniale Regime, die zwar formal unabhängig sind, aber unter westlichem Einfluß stehen;
2. Staaten der „nicht-kapitalistischen Entwicklung“, die einen Weg der progressiven sozialen Entwicklung gehen;
3. Staaten, die den Sozialismus aufbauen (hier nannte er keine Beispiele, aber 1961 wurden dazu Kuba, Indonesien, Ghana, Guinea und Mali gezählt);
4. Staaten oder Kräfte, die für die nationale Befreiung kämpfen.

⁴⁷³ vgl. Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 150

⁴⁷⁴ vgl. Adelman/Palmeri: a.a.O., S. 224

⁴⁷⁵ vgl. Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 151

⁴⁷⁶ vgl. Nogee/Donaldson: a.a.O., S. 166; vgl. auch Kubalkowa/Chruicksank: a.a.O., S. 163

Das Hauptaugenmerk der Außenpolitik der UdSSR war danach auf die Staaten der Kategorie 2 und 4 gerichtet⁴⁷⁷.

Die insgesamt verringerte Hilfe wurde außerdem auf die angrenzenden Staaten konzentriert. Waren früher Ägypten, Indien und Indonesien die Hauptnutznießer der sowjetischen Entwicklungshilfe, kamen jetzt eher Staaten wie Afghanistan, Iran, Irak, Pakistan, Syrien und die Türkei in den „Genuß“ sowjetischer Entwicklungshilfe⁴⁷⁸. Gleichzeitig verschob sich aber der Schwerpunkt von der zivilen Entwicklungshilfe auf die militärische Hilfe. Erstmals im Jahre 1969 gewährte die UdSSR ihren Klientelstaaten mehr Waffenhilfe als wirtschaftliche Hilfe⁴⁷⁹.

Betrug das Verhältnis von Entwicklungshilfe zu Militärhilfe unter Generalsekretär Chruschtschow noch 1:1, so erlangte Ende der 70er Jahre unter Breschnjew die Militärhilfe mit einem Verhältnis von 1:6 eindeutig die Priorität⁴⁸⁰.

In seiner Studie über die sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern – aus dem der folgende Abschnitt zusammengestellt wurde – nennt Krause sechs verschiedene operative Ziele dieser Politik⁴⁸¹:

1. die Zurückdrängung des westlichen und des chinesischen Einflusses in der Dritten Welt;
2. die Sicherung sowjetischer Mitwirkung in möglichst vielen Regionen der Dritten Welt;
3. die direkte Einflußnahme auf das Militär in den Entwicklungsländern;
4. die Einflußnahme auf die Außenpolitik der Empfängerländer sowjetischer Militärhilfe;
5. die Einflußnahme auf die innere Ordnung der Empfängerländer;
6. die Eröffnung neuer militärischer Optionen;

⁴⁷⁷ Zur Katalogisierung und Bewertung vgl. Shulman, in: Hoffmann/Fleron (Hrsg.): a.a.O., S. 462

⁴⁷⁸ vgl. Steel: a.a.O., S. 166

⁴⁷⁹ vgl. Steel: a.a.O., S. 167

⁴⁸⁰ vgl. Joachim Krause: Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern; Internationale Politik und Sicherheit Bd. 16, Baden-Baden 1985, S. 473

⁴⁸¹ vgl. Krause: a.a.O., S. 464

Zu diesem Zweck standen der sowjetischen Militärhilfepolitik eine ganze Reihe von Optionen auf den verschiedenen Handlungsfeldern der Militärhilfe zur Verfügung.

Als erste Möglichkeit der Militärhilfe ist hier der Waffenexport zu nennen. Während in den Jahren von 1953 bis 1968 die UdSSR einen Marktanteil von 28 % (USA 33 %) an den Waffenexporten in die Dritte Welt hatte⁴⁸², steigerte sich dies im Zeitraum von 1965 bis 1983 (einschließlich ihrer Verbündeter) auf ca. 40 %⁴⁸³; gemessen in Stückzahlen an Großgerät (abzüglich der in Tabelle 44 angegebenen Flugabwehrraketen) exportierte die Sowjetunion von 1976 bis 1983 sogar mehr Waffen in die Dritte Welt als die USA und Westeuropa zusammen (42881 : 38746).

Auffällig ist hierbei auch die stärkere Konzentration auf einzelne Länder. Während die USA militärische Beziehungen zu über 50 Staaten der Dritten Welt unterhielten, war dies bei der Sowjetunion nur bei unter 35 der Fall⁴⁸⁴.

Häufig lieferte die Sowjetunion die Ausrüstung ganzer militärischer Einheiten. So zum Beispiel wurden ganze Panzergrenadierbataillone mit allen schweren Waffen, Handfeuerwaffen, Lkw, Instandsetzungsausrüstung, Fernmeldeeinrichtungen und Sanitätsmaterial usw. geliefert⁴⁸⁵. Der Schwerpunkt der sowjetischen Waffenlieferungen lag aber eindeutig auf den schweren Waffen, wobei allerdings Hoch-Technologie-Waffen gar nicht oder nur mit Auflagen geliefert wurden⁴⁸⁶.

Neben den Waffenexporten wurden auch eine ganze Reihe von militärischen Dienstleistungen angeboten. Sie umfaßte einmal technische Hilfe (Montage und Erprobung gelieferter Waffen), Ausbildungshilfen, die sich sowohl auf den technischen Bereich als auch auf den taktisch-operativen Bereich bezogen, bis hin zu einer dreijährigen Generalstabsausbildung in Moskau. Insgesamt sollen ca. 160.000 Mann aus Entwicklungsländern zwischen 1955 und 1983 von der Sowjetunion geschult worden sein. (Im Zeitraum von 1950 bis 1982 schulte die USA 392.000 Mann aus Dritte-Welt-Ländern)⁴⁸⁷.

Ein weiteres Feld der sowjetischen Militärhilfe umfaßte die Entsendung von Beratern in militärischen Einheiten, deren Zahl sich 1983 auf ca. 25.380 belief. Auch hier ist eine

⁴⁸² vgl. Krause: a.a.O., S. 74

⁴⁸³ vgl. Krause: a.a.O., S. 383

⁴⁸⁴ vgl. Krause: a.a.O., S. 386

⁴⁸⁵ vgl. Krause: a.a.O., S. 389

⁴⁸⁶ vgl. Krause: a.a.O., S. 396

⁴⁸⁷ vgl. Krause: a.a.O., S. 398

gewisse Konzentration auffällig: Die größte Zahl von sowjetischen und Warschauer-Pakt-Militärberatern war 1983 in Syrien mit 5800 beschäftigt, während Libyen (2800), Vietnam (2500), Kuba und Äthiopien (je 2300), Afghanistan (2000), Angola (1700) und Irak (1300) folgen; d. h. in diesen acht Ländern waren 81,5 % der Militärberater der Sowjetunion und des Warschauer Paktes konzentriert⁴⁸⁸.

Die Unterstützung für Guerilla-Bewegungen hatte für die Sowjetunion nicht den Stellenwert, den sie in ihrer eigenen Propaganda zum Ausdruck brachte, oder wie er im Westen oft vermutet wurde⁴⁸⁹.

Obwohl ein Ausbildungscamp in der Nähe von Simferopol (Krim) mit einer Aufnahmekapazität für 400 Mann bekannt war⁴⁹⁰, wurde in der Regel die Militärhilfe für Guerilla-Bewegungen von Staaten aus der Region, die diesen Bewegungen Sanktionen zur Verfügung stellten, geleistet. Nur in seltenen Fällen lieferte die Sowjetunion Waffen direkt an Befreiungsbewegungen⁴⁹¹, um unerwünschten politischen Konsequenzen zu entgehen oder weil sich indirekte Lieferungen als praktikabler erwiesen. Eindeutig liegt hier der Schwerpunkt auf leichten Waffen, während schwere Waffen nur in Ausnahmefällen zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei wurden Befreiungsbewegungen pro Jahr Waffen im Wert von ca. 100 Mill. \$ geliefert.

Im Vordergrund stand bis Anfang der 70er Jahre die Unterstützung für die vietnamesische Befreiungsbewegung NLF und dann bis Anfang der 80er Jahre die, für die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO. In Afrika unterstützte die UdSSR die, in den portugiesischen Kolonien kämpfenden Befreiungsbewegungen (MPLA, FRELIMO, PAIGC) sowie die in Eritrea und in West-Somalia; später wurde dann der Schwerpunkt auf Bewegungen im südlichen Afrika SWAPO, ANC und ZANO sowie die POLISARIO in der Westsahara gelegt⁴⁹².

Einen weit größeren Aufwand betrieb die UdSSR bei der Unterstützung von Entwicklungsländern zur Guerilla-Bekämpfung oder zur Unterdrückung von Aufständen.

Der bekannteste und umfangreichste Fall davon ist die Intervention in Afghanistan von 1979-1989, der noch ausführlich dargestellt werden soll; abgesehen davon waren dies

⁴⁸⁸ vgl. Krause: a.a.O., S. 405

⁴⁸⁹ vgl. Krause: a.a.O., S. 412 f.

⁴⁹⁰ vgl. Krause: a.a.O., S. 399

⁴⁹¹ vgl. Krause: a.a.O., S. 412

⁴⁹² vgl. ebenda

aber zwischen 1957 und 1985 von 11 weitere Fälle⁴⁹³, in denen die Sowjetunion mit Waffen und Beratern in interne Auseinandersetzungen in Dritte-Welt-Staaten zugunsten der Regierung eingriff (s. Abschnitt über militärische Diplomatie)

Schließlich soll auch die Variante, zur Verfügungsstellung von Soldaten mit Kampfauftrag (Ägypten 1970, Syrien 1982) im Kapitel 6 der Arbeit unter dem Stichwort „militärische Diplomatie“ genauer beleuchtet werden.

Weiterhin sind als weitere Reaktionsmöglichkeiten der Militärhilfe die Konstruktion militärischer Infrastruktur und der Aufbau einer Rüstungsindustrie in Staaten der Dritten Welt zu nennen.

Sowohl was den Ausbau militärischer Infrastrukturen anbetrifft, als auch was den Aufbau einer Rüstungsindustrie in Entwicklungsländern anbetrifft, blieb die UdSSR deutlich hinter den USA zurück. Zwar hat die Sowjetunion in fast allen Empfängerländern von Waffen auch militärische Bauarbeiten durchgeführt, die sich aber insgesamt nur auf ca. 1/3 desjenigen Aufwandes der USA beliefen⁴⁹⁴, doch hat dies nach Krause weniger konzeptionelle Gründe als vielmehr damit zu tun, daß die USA einige Waffenkunden hatten, bei denen der Konstruktionsbedarf – wie zum Beispiel in Saudi-Arabien – extrem groß ausfiel⁴⁹⁵.

Demgegenüber verhielt sich die Sowjetunion beim Aufbau einer Rüstungsindustrie in Entwicklungsländern bewußt restriktiv. Sie hatte ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet lediglich auf drei Staaten konzentriert.

In China wurde ein starkes Engagement deutlich, als die UdSSR zwischen 1950 und 1960 ca. 100 rüstungstechnische Produktionsstätten lieferte⁴⁹⁶. Beachtlich ist auch der Aufbau von Mig-21 Produktionsstätten sowie Montagewerke für Luft-Luft-Raketen und Schützenpanzern in Indien⁴⁹⁷. Ebenfalls ins Gewicht fiel der Aufbau von Produktionsstätten von Schnellbooten und Mig-21 Jagdflugzeugen und Infanteriewaffen in Nord-Korea. Demgegenüber bemühten sich Länder wie Ägypten, Irak, Algerien und Syrien vergeblich um Aufbauhilfe für eine einheimische Rüstungsproduktion⁴⁹⁸.

⁴⁹³ vgl. Krause: a.a.O., S. 413 ff.

⁴⁹⁴ vgl. Krause: a.a.O., S. 388

⁴⁹⁵ vgl. Krause: a.a.O., S. 403

⁴⁹⁶ vgl. Krause: a.a.O., S. 407

⁴⁹⁷ vgl. Krause: a.a.O., S. 408

⁴⁹⁸ vgl. ebenda

Nachdem die Gebiete der sowjetischen Militärhilfe in der Dritten-Welt aufgezeigt wurden, soll nun anhand der Analyse von Joachim Krause eine kurze Bewertung der Erfolge dieser Politik durchgeführt werden. Krause sieht zwar seit 1974 den eindeutigen Versuch, den Status quo in der Dritten Welt zuungunsten der USA zu verschieben⁴⁹⁹, doch ist der Erfolg der Sowjetunion bei der Erreichung der o. g. sechs operativen Ziele in der Dritten Weltpolitik insgesamt enttäuschend ausgefallen.

Laut Krause hat die Sowjetunion nicht im entferntesten den Einfluß in der Dritten Welt errungen, wie sie sich ihm noch in den 70er Jahren erhofft hatte⁵⁰⁰.

Noch am erfolgreichsten war die Zurückdrängung des westlichen und des chinesischen Einflusses in der Dritten Welt. In fast allen Konflikten auf der südlichen Halbkugel unterstützte die Sowjetunion eine der Konfliktparteien. Sie erreichte dadurch Mitspracherechte und konnte oftmals ihr nicht zusagende Regelungen verhindern. Großen Erfolg bei der Durchsetzung kommunistischer Systeme (z. B. Kuba 1959/60 und Südvietnam 1975) standen ebenfalls spektakuläre Fälle von Einflußverlusten gegenüber (z. B. Indonesien 1965, Ägypten 1976, Somalia 1977).

Da die Sowjetunion außer Waffenhilfe keine Perspektive bieten konnte, wandten sich viele Klientelstaaten an den Westen, um in den lokalen Konflikten zu vermitteln (Südafrika/Mozambique, Camp David 1979, Lancaster-House-Abkommen 1979 über Rhodesien/Zimbabwe).

Nur in wenigen Fällen konnte die UdSSR mittelfristig eigene Lösungsmodelle durchsetzen, wie dies in Angola 1975/76 und am Horn von Afrika 1977/78 der Fall war.

Was den Einfluß auf die lokale Militärelite anbetrifft, hat die UdSSR hier keine Erfolge erzielen können. In vielen Fällen wurden Offiziere verfolgt, wenn sie beschuldigt wurden, kommunistische Zellen in der Armee gebildet zu haben, wie zum Beispiel in Algerien, Syrien und im Irak. Selbst der vermeintlich große Erfolg, als kommunistische Offiziere im April 1978 die Macht in Afghanistan übernahmen, führte zu Panikreaktion bei einigen Militärhilfeempfängern⁵⁰¹.

Bei Beeinflussungsversuchen der Außenpolitik der Entwicklungsländer unterscheidet Krause einmal eine kurzfristige, auf konkrete Handlungen und Ereignisse gerichtete und

⁴⁹⁹ vgl. Krause: a.a.O., S. 455

⁵⁰⁰ vgl. Krause: a.a.O., S. 464

eine langfristige, auf die grundsätzliche Orientierung des Landes abzielende. Hierbei stellt er fest, daß die kurzfristige Beeinflussung in den seltensten Fällen die gewünschte Wirkung zeigte.

Die Beeinflussung der grundsätzlichen Orientierung mancher Staaten zeitigte demgegenüber größere Erfolge. Doch auch nur eine kleine Anzahl von Staaten, wie Afghanistan, die Mongolei, Kuba, Vietnam und mit Abstrichen Süd-Jemen und Äthiopien richteten ihre Außenpolitik getreu auf dem Moskauer Vorbild aus. Also auch jene Staaten räumten bei Bedarf nationalen Interessen eine höhere Priorität ein, als der „internationalistischen Disziplin“⁵⁰².

Verhältnismäßig mehr Erfolg hatte die UdSSR bei der Einflußnahme auf die innere wirtschaftliche und politische Ordnung. Allein die Unterstützung beim Kampf gegen innenpolitische Opponenten und außenpolitische Feinde veranlaßte viele nationalen Führer, den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. In den letzten 30 Jahren haben mindestens zehn Staaten (Kuba, Vietnam, Laos, Kambodscha, Äthiopien, Süd-Jemen, Angola, Mozambique, Benin und Kongo (Brazzaville) ihre innenpolitische und wirtschaftlichen Strukturen an denen der UdSSR ausgerichtet.

Das letzte der sechs genannten operativen Ziele betrifft die Erweiterung des militärischen Optionsspektrums. Auch hier konnte der Kreml keine allzugroßen Erfolge erzielen. Es gelang der UdSSR zwar in einer Reihe von Ländern gesicherte Möglichkeiten zum Anlaufen von Häfen oder der Benutzung von Flughäfen zu erlangen (hier sind Vietnam, Süd-Jemen, die Seychellen, Äthiopien, Syrien, Libyen, Angola, Guinea und Kuba zu nennen)⁵⁰³. In einigen Ländern konnte sie sogar Wartungs- und Reparaturlinien für ihre Kriegsmarine einrichten und mit eigenem Personal bemannt. (Äthiopien, Süd-Jemen, Vietnam und Kuba)⁵⁰⁴. Es gelang der UdSSR auch zeitweise in Ägypten, Guinea, Libyen und Kuba, dauerhaft Aufklärungsflugzeuge zu stationieren. In einem möglichen Konflikt mit dem Westen hätte dies aber weder die westliche Rohstoffversorgung gefährden noch der Sowjetunion neue militärische Optionen eröffnen können; bestenfalls wurde ihr die Lieferung von Waffen an Klientelstaaten bei regionalen Krisen dadurch erleichtert. Eine potentielle Gefahr für den Westen hätte bestenfalls

⁵⁰¹ vgl. Krause: a.a.O., S. 466

⁵⁰² vgl. ebenda

⁵⁰³ vgl. Soviet Military Power 1988, hrsg. v. Secretary of Defense Frank C. Carlucci, Washington D.C. April 1988, S. 132/133

durch die Stützpunkte in Ägypten 1970-1972 und Somalia 1972-1977 bestanden⁵⁰⁵; eine Gefährdung westlicher Seewege hätte nur von Kuba ausgehen können.

Insgesamt ist die Bilanz sowjetischer Militärhilfe in der Dritten Welt als gemischt zu bezeichnen. Oftmals ist es der UdSSR nicht gelungen, die gewünschten Resultate zu erzielen, sie konnte aber bis zu ihrem rapiden ökonomischen und politischen Niedergang ein relativ großes Maß an politischem Mitspracherecht und politischer Unterstützung in der Dritten Welt sichern.

Die Vielzahl der operativen Ziele der sowjetischen Dritten-Welt-Politik und der dabei vorherrschenden Militärpolitik macht deutlich, daß die strategischen und ideologischen Einflußfaktoren nicht als Widersprüche anzusehen sind. Dies wird insbesondere deutlich, wenn die sowjetische Sichtweise berücksichtigt wird, daß es sich bei ihrer Unterstützung progressiver Regime in der Dritten Welt nicht um den Export eines Revolutionsmodells handelt, sondern lediglich um die Absicherung eines sowieso ablaufenden historischen Prozesses gegenüber westlichen konterrevolutionären Einflüssen⁵⁰⁶.

Ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre war – parallel zur Einschätzung der sich zu Gunsten der Sowjetunion verschobenen Korrelation der Kräfte – eine Abkehr von dem traditionell vorsichtigen Kurs der Dritten-Welt-Politik zu verzeichnen⁵⁰⁷. Der Westen verlor in dieser Zeit sein Interventionsmonopol in Krisenregionen der Dritten Welt⁵⁰⁸. Ohne eigene reguläre Truppen einzusetzen leitete die UdSSR ab November 1975 die Intervention von 17.000 kubanischer Söldnern in dem angolischen Bürgerkrieg. Hierdurch konnte die kommunistisch orientierte MPLA den Sieg über ihre westlich orientierten Widersacher FNLA und UNITA erringen.

Von Oktober 1977 bis zum März 1978 verteidigten 15.000 Kubaner unter der Leitung von 1000 sowjetischen Militärberatern Äthiopien gegen die Angriffe Somalias im Ogan. Diese militärische Operation stand unter der Leitung von General Wassili Petrow, dem 1. stellvertretenden Kommandeur der sowjetischen Landstreitkräfte⁵⁰⁹.

⁵⁰⁴ vgl. Krause: a.a.O., S. 468

⁵⁰⁵ vgl. ebenda

⁵⁰⁶ vgl. Gromyko/Ponowarjow: a.a.O., S. 623 ff.

⁵⁰⁷ vgl. Noguee/Donaldson: a.a.O., S. 289

⁵⁰⁸ vgl. Steel: a.a.O., S. 30

⁵⁰⁹ vgl. Adelman/Palmari: a.a.O., S. 213

Den Höhepunkt der kurzen sowjetischen Interventionsphase stellte der Einmarsch ins benachbarte Afghanistan am 26.12.1979 dar. Diese Intervention ist aber als untypisch in der Verfolgung der Dritten-Welt-Politik der Sowjetunion anzusehen. Es sind hierbei eher Anzeichen von „Blockdenken“ auszumachen, wie gegenüber Osteuropa oder der Mongolei zum Ausdruck kamen.

Den Ländern, die unmittelbar an die Sowjetunion grenzten, widmete die sowjetische Führung selbstverständlich – auch aus strategischem Interesse – ganz besonders ihre Aufmerksamkeit. Die Beziehungen zu diesen Ländern gestaltete die UdSSR aber nach ganz unterschiedlichen Modellen aus. So wurden die im Westen angrenzenden Länder als geostrategisches und ideologisches Glacis in den „Ostblock“ einbezogen, während sich die Sowjetunion gegenüber Finnland mit der sogenannten „Finnlandisierung“ zufrieden gab und aufgrund des westlichen Interesse beim Iran und der Türkei zulassen mußte, daß sie westlichen Bündnissen (CENTO, NATO) beitraten.

Im Vergleich zu den angrenzenden oder strategisch interessanten Staaten spielten entfernte Gebiete, die sowieso unter US-amerikanischen Einfluß standen wie Lateinamerika (mit Ausnahme Kubas) eine untergeordnete Rolle in der Dritten-Welt-Politik der Sowjetunion. Hier hatte sie nur eine geringe Neigung, durch Unterstützung von Guerilla-Bewegungen die USA in ihre Hemisphäre herauszufordern.

Als besonders erfolgreiche Dritte-Welt-Politik können die zeitweiligen Erfolge auf dem indischen Subkontinent betrachtet werden.

Nach Anthony Steel⁵¹⁰ war für mehrere Jahre die Sowjetunion der Krisenmanager der Region. Der Friede von Taschkent zwischen Indien und Pakistan im Jahre 1966 sowie der Abschluß des 20jährigen Freundschaftsvertrages mit Indien im August 1971 können als große diplomatische Erfolge Moskaus in der Region gewertet werden. Obwohl sich die UdSSR kurze Zeit später im indisch-pakistanischen Krieg vom Dezember 1971 zur Schutzmacht Indiens aufschwang⁵¹¹, konnte sie doch die guten Beziehungen zu Pakistan fortsetzen.⁵¹²

⁵¹⁰ vgl. Steel: a.a.O., S. 106 ff.

⁵¹¹ Hier ist vor allem das dreimalige Veto im Weltsicherheitsrat zur Verhinderung eines für Indien ungünstige Resolution und die Absicherung der indischen Küste durch eine Marinekampffgruppe vor einer eventuellen amerikanischen Intervention zu nennen.

⁵¹² vgl. Steel: a.a.O., S. 158

Zusammenfassend kann über die sowjetische Dritte-Welt-Politik folgendes festgestellt werden:

Man könnte sie als pragmatische Ideologienpolitik bezeichnen, da sie einerseits begrenzte strategische Ziele mit begrenzten Mitteln verfolgte (s. S. 120).

Dies wurde auch durch den von Generalsekretär Breschnjew am 30.4.1981 propagierten Verhaltenskodex für Großmächte gegenüber der Dritten Welt deutlich:

- keine Einmischung der Großmächte in die inneren Angelegenheiten der Dritte-Welt-Staaten;
- die Dritte-Welt-Staaten nicht in die eigene Interessenssphäre eingliedern und keine Hegemonie über sie anstreben.

Andererseits wird der ideologische Gehalt dieser Dritten-Welt-Politik aus folgenden Tatsachen deutlich:

Die UdSSR teilte die Dritte-Welt-Staaten gemäß der marxistisch-leninistischen Theorie der Internationalen Beziehungen (s. 4.6.) in progressive und reaktionäre Staaten ein und gewährte ihre Hilfe im Zuge der nationalen Befreiung und/oder des „proletarischen Internationalismus“. Sie sah es zwar nicht als ihr Ziel an, eine interventionistische Politik zur Verbreitung der sozialistischen Revolution in der Dritten Welt zu betreiben. Befreiungsbewegungen, die sich vom „Imperialismus“ befreien wollten, konnten daher nur mit der materiellen und diplomatischen Unterstützung der Sowjetunion rechnen. Bei wechselseitiger Nichteinmischung – so das ideologische Dogma – hätte sich dann aber der historische Prozess des Übergangs zum Sozialismus durchsetzen können.

Als pragmatischer Anteil der Dritten-Welt-Politik ist eine Strategie des „denials“ anzusehen, mit der die UdSSR versuchte, den westlichen Einfluß in der Dritten Welt zurückzudrängen und gleichzeitig ihr eigenes Netzwerk, wie zum Beispiel Hafenrechte für die Kriegs- und Handelsmarine und Flugplatz-Nutzungsrechte, auszubauen, das seinerseits wieder den Schutz der Gastländer vor den „Export der Konterrevolution“ verstärkte.

4.9. Die außenpolitische Entwicklung unter Gorbatschow

4.9.1. Die Systemkrise der UdSSR

Die Geschichte der Sowjetunion endete mit dem Rücktritt ihres letzten Präsidenten und letzten Generalsekretärs der KPdSU Michael Gorbatschow am 25.12.1991. Der Zerfall der UdSSR war das Ergebnis von Prozessen, die durch die immer deutlicher werdende Strukturkrise ausgelöst und durch die Reformversuche von Gorbatschow noch beschleunigt wurden. Nach Segbers⁵¹³ bündelten sich in den siebziger Jahren und verstärkt in der ersten Hälfte der achtziger Jahren politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, die als krisenhaft bezeichnet werden mußten: „Nie zuvor in Friedenszeiten war die Sowjetunion einer Strukturkrise solchen Ausmaßen ausgesetzt. Im Internationalen System drohte der zweiten Weltmacht eher der erneute Abstieg als die Aussicht auf die Führungsrolle“⁵¹⁴.

Seglers spricht hierbei von einer Doppelkrise, die sich sowohl auf die internationalen Beziehungen als auf die Binnenstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft bezog⁵¹⁵.

Die Breschnjew-Ära, die heute oft als Periode der Stagnation bezeichnet wird, war zunächst eine der erfolgreichsten Perioden der sowjetischen Geschichte. So war zum Beispiel der 8. Fünfjahresplan (1966-1970) der erfolgreichste der Nachkriegszeit⁵¹⁶. Auf außenpolitischem Gebiet erreichte die Sowjetunion in der Mitte der 70er Jahre den Zenit ihrer Macht. Ihr Einfluß in der Dritten Welt war – vor allem manifestiert durch den Sieg Nordvietnams und die Interventionen in Angola, Mozambique und Äthiopien – so groß wie noch nie; durch den SALT-I Vertrag vom Mai 1972 war die nuklearstrategische Parität mit den USA festgeschrieben worden, die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte im August 1975 brachte der UdSSR die formale Anerkennung ihrer Einflußgewinn nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 konnte Außenminister Gromyko feststellen, daß es keine einzige bedeutende Frage der internatio-

⁵¹³ vgl. Klaus Segbers: Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt .a.M., 1989, S. 174

⁵¹⁴ vgl. ebenda

⁵¹⁵ vgl. Segbers: a.a.O., S. 175

⁵¹⁶ vgl. Segbers: a.a.O., S. 176

nenalen Politik gäbe, die ohne oder gegen die Sowjetunion entschieden werden könne⁵¹⁷. In der Spätphase der Breschnjew-Ära traten aber die Symptome der Strukturkrise der UdSSR immer deutlicher zutage. Auf wirtschaftlichem Gebiet waren vor allem drei Bereiche betroffen:

1. das quantitative Wachstum,
2. die Produktqualität,
3. die Balance zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren und ökonomischen Größen.

Die Steigerungen der industriellen- und landwirtschaftlichen Produktion gingen nach 1970 konstant zurück. So fiel der Zuwachs der Industrieproduktion von 8,3 % im 8. Fünfjahrplan auf 3,7 % im 11. Fünfjahrplan. Im Jahre 1982 stagnierte praktisch das Pro-Kopf-Wachstum⁵¹⁸.

Die sowjetische Führung hielt aber selbst einen Zuwachs des Nationaleinkommens von 4-5 % für unerlässlich, um die wichtigsten inneren und äußeren Aufgaben (Kapitalbildung, Konsum, Staatsausgaben u.s.w.) ohne Abstriche und Zielkonflikte bewältigen zu können.

Gorbatschow selbst stellte dies für die Zielvorgaben des 12. Fünfjahresplan fest: „Berechnungen zeigen aber – wir brauchen als Minimum 4 %. Wenn es keine 4 % gibt – und nötig wären sogar mehr – dann stellt sich die Frage: Was tun? Die Zuwachsrate des Lebensstandards verringern? Das Programm zur Erhöhung des materiellen Volkswohlstandes einschränken? Aber darauf können wir uns nicht einlassen.“⁵¹⁹

Im einzelnen gab es nach Segbers die folgenden strukturellen Defizite:⁵²⁰

- Das sowjetische Wirtschaftssystem blieb hinter dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte (eine klassische revolutionäre Situation). Eine immer stärker arbeitsteilige und differenzierte Ökonomie war nicht mehr mit Mechanismen aus den 30er Jahren zu steuern.
- Große Teile der „offiziellen“ Wirtschaft konnten nur noch durch den systemwidrigen Rückgriff auf informelle Beziehungen ihre Aufgaben erfüllen. Gleichzeitig

⁵¹⁷ vgl. Segbers: a.a.O., S. 177

⁵¹⁸ vgl. Segbers: a.a.O., S. 178 f.

⁵¹⁹ zitiert nach Segbers: a.a.O., S. 180

⁵²⁰ vgl. Segbers: a.a.O., S. 181 ff.

wuchs die Bedeutung der „Schattenwirtschaft“ immer mehr. Die strategischen Weichenstellungen der zentralen Planungsbehörde wurden immer öfter ignoriert, die konkrete Umsetzung und Ausführung von Beschlüssen war eher nur die Ausnahme.

- Extensive Entwicklungsstrategien, die versuchten, das Wachstum durch die Zuführung immer neuer Produktionsfaktoren – unter Vernachlässigung des Kostenaspektes – zu ziehen, waren am Ende. Ihre Möglichkeiten waren in den 70er Jahren weitgehend ausgeschöpft.
- Um den zunehmenden Motivationsproblemen der Arbeiterschaft zu begegnen, die sich nicht länger auf die Zukunft vertrösten lassen wollten, wurden Löhne und Gehälter künstlich festgesetzt und weitgehend von den konkreten Arbeitsergebnissen entkoppelt. Den somit entstandenen Geldeinkommen stand jedoch kein entsprechendes Warenangebot gegenüber.
- Auch weltwirtschaftliche Einflüsse machten der Sowjetunion zu schaffen. Durch Wirtschaftskrisen im Westen ging die Neigung der OECD-Staaten, mit den RGW-Staaten Handel zu treiben, deutlich zurück. Gleichzeitig sanken in den 80er Jahren die Deviseneinnahmen der UdSSR durch den Preisverfall für Rohöl und Erdgas erheblich.

Die Schwäche des ökonomischen Systems war den sowjetischen Eliten durchaus bewußt. Einige prominente Wissenschaftler gingen sogar von der Analyse der Fehlfunktionen des Wirtschaftssystems zu einer Kritik am politischen System über. In ihrem berühmten Nowosibirsker Manifest vom April 1983 gelangte die Soziologin Tatjana Saslawskaja zu dem Schluß, daß die Produktionsverhältnisse zur Bremse der Produktivkräfte geworden seien. Sie plädierte daher für eine grundlegende Umgestaltung des sowjetischen Wirtschaftssystems im Sinne einer Marktwirtschaft.⁵²¹

Parallel zur wirtschaftlichen Strukturkrise verlief ein tiefgreifender sozialer Wandlungsprozeß. Dies betraf hauptsächlich die rasche Urbanisierung und das gestiegene Bildungsniveau der sowjetischen Bevölkerung⁵²².

⁵²¹ vgl. Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Prestrójka“, Baden-Baden 1995, S. 66

⁵²² vgl. Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 230

Lebten 1960 in der UdSSR erst 49 % der Bevölkerung in Städten, war der Anteil der Städter in der Russischen Föderation 1985 schon auf 70 % gestiegen.

Gleichzeitig war ein starker Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung zu verzeichnen, der mit der Umschichtung von Arbeitskräften weg vom landwirtschaftlichen Sektor hin zur Industriearbeiterschaft und zu Angestellten verschoben war⁵²³.

Die damit verbundene Individualisierung der Lebensformen unterminierte vor allem bei Jugendlichen in den 70er und 80er Jahren die kollektiven Werte, mit denen die Elterngeneration die UdSSR aufgebaut hatte. Zunehmend strebten diese nach Selbstverwirklichung in der Freizeit, der Familie sowie bei Hobbys und Reisen⁵²⁴, was die soziale Seite der Krise der Sowjetunion zum Ausdruck brachte⁵²⁵.

Während Alkoholismus, Rauschgiftkonsum und Jugendbanden unter Jugendlichen zu vertrauten Phänomenen wurden, zogen sich die Erwachsenen weitgehend aus dem öffentlichen Leben in ihre private Sphäre zurück. Das „Doppeldenken“ und die „Doppelsprache“ wurden zu einem vertrauten Massenphänomen⁵²⁶.

Tadjana Saslawskaja sprach von der „Entfremdung der Werktätigen von den gesellschaftlichen Zielen und Werten“⁵²⁷.

Auch Generalsekretär Gorbatschow übte harte Kritik an den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Spätphase der UdSSR. Auf dem den Reformprozess in Gang setzenden ZK-Plenum von Januar 1987 sprach er von sozialer Korrosion, die sich negativ auf die geistige Atmosphäre der Gesellschaft auswirke und die hohen moralischen Werte aushöhle. Insbesondere kritisierte er Erscheinungen wie das sinkende Interesse für gesellschaftliche Angelegenheiten, die sinkende Rolle der moralischen Arbeitsanreize, Gleichgültigkeit und Skeptizismus. Als Folgen der sinkenden sozialistischen Moral machte er eine Zunahme der Trunksucht, die Verbreitung des Drogenmißbrauchs und die steigende Kriminalität aus⁵²⁸.

⁵²³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 231

⁵²⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 232

⁵²⁵ vgl. Segbers: a.a.O., S. 183

⁵²⁶ vgl. Segbers: a.a.O., S. 184

⁵²⁷ vgl. ebenda

⁵²⁸ vgl. ebenda

4.9.2. Die Rolle des Afghanistan-Krieges bei der De-Legitimierung der Sowjetunion

Den Einfluß des Afghanistan-Krieges auf die innere Lage der Sowjetunion hat insbesondere Manfred Sapper⁵²⁹ in seiner Studie: „Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft“ untersucht. Im weiteren soll dieser Studie gefolgt werden.

Zwar stellt der Afghanistan-Krieg den längsten militärischen Konflikt in der Geschichte der UdSSR dar. Dieser Krieg ist aber verglichen mit den Opferzahlen anderer Kriege als vergleichsweise kleiner Konflikt zu bezeichnen (14.751 Gefallene).

Selbst auf seinem Höhepunkt wendete die UdSSR nicht mehr als 2 % des Verteidigungshaushaltes für die Kriegführung auf (vgl. USA in Vietnam 23 %).

Danach steht er für eine nahezu pathologische Bedrohungsperzeption der politischen Führung der UdSSR auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes⁵³⁰.

Mit dem Afghanistan-Konflikt fand die Überdehnung des weltpolitischen Engagements der UdSSR ihren Höhe- und Wendepunkt; er symbolisierte – nach Sapper – die Ohnmacht einer militärisch überlegenen Macht, sozialen und gesellschaftlichen Wandel mit Hilfe des Militärs in einer anderen Gesellschaft durchzusetzen. Durch die Einsicht in die Überdehnung der eigenen Kräfte wurde er zu einem wichtigen Katalysator für die Neubewertung der nationalen Interessen der UdSSR⁵³¹.

Mit zunehmender Dauer des Krieges wurden seine Rückwirkungen auf die sowjetische Gesellschaft deutlich spürbar. Insbesondere die politischen Kosten – welche die ökonomischen Kosten bei weitem überwogen – machten der UdSSR erheblich zu schaffen. Hierbei entstanden sowohl außenpolitische wie auch innenpolitische Kosten⁵³².

Außenpolitisch fand sich die UdSSR durch ihren Einmarsch in Afghanistan fast vollständig in der Welt isoliert. Jährlich erfolgte die Verurteilung durch die Vollversammlung der UNO und auch die der UdSSR immer wohlgesonnene „Bewegung der blockfreien Staaten“ wandte sich von der Sowjetunion ab. Die Spannungen mit der Volksre-

⁵²⁹ vgl. Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster, Hamburg, 1994

⁵³⁰ vgl. Sapper: a.a.O., S. 357 f.

⁵³¹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 359

⁵³² vgl. Sapper: a.a.O., S. 360

publik China verschärfen sich und mit den eurokommunistischen Parteien kam es zum Bruch.

Vor allem aber führte das Scheitern der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages zu einer neuen Runde des Wettrüstens, welches die ökonomischen Kosten der Verteidigung für die UdSSR weiter erhöhte und den so dringend gebrauchten Austausch von Technologie mit dem Westen ins Stocken brachte.

Obwohl Sapper keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Afghanistan-Krieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion herstellt, sieht er in ihm doch einen Katalysator, der den Niedergang beschleunigte⁵³³.

Als von zentraler Bedeutung für die Erosion des politischen Systems der UdSSR sieht er den Legitimitätsverlust der Armee – als zentraler Stütze der Sowjetunion – an⁵³⁴: In der öffentlichen Meinung wurde die Verurteilung des Krieges (der als durch nicht gerechtfertigt, als fehlerhaft geführt oder gar als kriminell wahrgenommen wurde) auf die Institutionen übertragen, die ihn führten.

Dieser Legitimitätsverlust führte zusammen mit den strukturellen und ökonomischen Entwicklungskrisen zu einer Abnahme der Systemlegitimität und einem beschleunigten Wertewandel in der Gesellschaft⁵³⁵.

Den Streitkräften wurde allmählich die gesellschaftliche Legitimität entzogen; die militärisch-patriotischen Werte wurden relativiert. Auch bei den Regierenden machten sich Zweifel am eingeschlagenen Weg breit, da sich die Armee als unfähig erwiesen hatte, den Afghanistan-Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen⁵³⁶.

Die Berichterstattung über den Afghanistan-Krieg war mit den traditionellen sowjetischen Methoden der Zensur und der abgestimmten Dosierung der Nachrichten nicht mehr adäquat zu kontrollieren. Der Afghanistan-Krieg erlangte somit eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung für die Entwicklung der öffentlichen Meinung; er bereitete den Weg für eine Pluralisierung des Nachrichtenwesens und für die Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit⁵³⁷.

⁵³³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 361

⁵³⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 362

⁵³⁵ vgl. ebenda

⁵³⁶ vgl. Sapper: a.a.O., S. 364

⁵³⁷ vgl. Sapper: a.a.O., S. 366

Politische Relevanz erlangte ebenfalls der Zustrom islamistischer Publikationen über Afghanistan aus Pakistan und Iran in die südlichen Republiken der Sowjetunion. So wuchs daher schon zu Beginn der 80er Jahre in ihnen das Interesse an der Religion und an der eigenen Kultur. Ab 1987 nahm die Zahl der islamischen Wehrdienstverweigerer kontinuierlich zu, die dafür explizit religiöse Gründe in Anspruch nahmen⁵³⁸.

4.9.3. Gesellschaftliche und außenpolitische Reformversuche

Schon Breschnjews Nachfolger, Juri Andropow, konstatierte in einem Aufsehen erregenden Referat zum hundertsten Todestage von Karl Marx 1983, daß auch die nicht-antagonistischen Widersprüche in der Sowjetgesellschaft zu ernsthaften Kollisionen führen, wenn man sie nicht beachten würde⁵³⁹. Da die Führungselite der UdSSR ihren Weltmachtstatus nicht zur Disposition stellen wollte⁵⁴⁰, war sie gezwungen, eine interne Modernisierung durchzusetzen, welche die bessere Entfaltung der Kräfte gewährleisten sollte. Durch eine umfassende Verbesserung der Beziehungen zu den USA und den Staaten der NATO sollte einerseits der innenpolitische Reformansatz abgesichert und andererseits die ökonomischen Lasten der „weltpolitischen Verantwortung“ („imperial overstretch“) reduziert werden. Häufig wurde für dieses Umsteuern in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik die Bezeichnung „Paradigmenwechsel“ in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt⁵⁴¹.

4.9.3.1. Die Theorie der außenpolitischen „Perestroika“

Viele Analytiker referierten euphorisch über die Grundlagen und die Inhalte des neuen Denkens unter Generalsekretär Gorbatschow. In der Tat unterschied sich das „neue Denken“ rhetorisch ganz entschieden von der bisherigen Theorie der Internationalen Beziehungen des Marxismus-Leninismus:

⁵³⁸ vgl. Sapper: a.a.O., S. 369

⁵³⁹ vgl. Segbers: a.a.O., S. 191

⁵⁴⁰ vgl. Segbers: a.a.O., S. 324

⁵⁴¹ so zum Beispiel bei Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden 1991, Einleitung S. 7

Das dichotomische Weltbild des klassischen Marxismus-Leninismus wurde aufgegeben, die Welt wurde als interdependente Einheit gesehen⁵⁴². Herzstück des neuen Denkens waren die von Gorbatschow proklamierten „allgemeinmenschlichen Werte“, die über dem Klasseninteresse der Arbeiterklasse angesiedelt seien. Schon auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 proklamierte Gorbatschow das Postulat, daß die Beziehungen zwischen den Staaten frei sein müßten von Ideologie und Klasseninteressen, und damit so ein friedlicher Wettbewerb der Systeme stattfinden könnte⁵⁴³.

Die UdSSR sollte sich in die Weltgesellschaft integrieren und das allgemeine Volksrecht zwischen den Staaten uneingeschränkte Gültigkeit besitzen. Unter dem Schlagwort vom „Gemeinsamen Haus Europa“ sollte eine Politik verfolgt werden, die langfristig die Spaltung Europas überwindet. Die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, insbesondere joint ventures, aber auch eine demokratische Verfassungsreform innerhalb der UdSSR bildeten entscheidende Schritte zu diesem Ziel.⁵⁴⁴

Grundlage des „neuen Denkens“ war nach Segbers⁵⁴⁵ ein neues Nationalinteresse der UdSSR. Nicht mehr der Systemgegensatz sei bestimmend für die Formulierung der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik (so Außenminister Schewardnadse auf der wissenschaftlich-praktischen Konferenz im Außenministerium, Juni 1988), sondern die Ressourcen für das Überleben der Menschheit zu sichern, sowie die Vermehrung der materiellen Güter und deren gerechte Verteilung. Der Sozialismus müsse im Wettbewerb mit anderen Systemen beweisen, daß er den Menschen mehr geben könne als diese Systeme. Daher komme dem Umbau der ökonomischen Mechanismen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Sozialismus und dem innenpolitischen Systemwandel (Perestroika und Glasnost) die höchste Priorität zu.

Der Außenpolitik komme nun die Aufgabe zu, günstige Bedingungen für die inneren Aufgaben zu schaffen. Dies heißt insbesondere die Begrenzung der politischen Konfrontation und der militärischen Konkurrenz mit dem Westen, um so die Ausgabe für die Rüstung reduzieren zu können und die frei werdenden Ressourcen in die Modernisierung der Wirtschaft stecken zu können.

⁵⁴² vgl. Lothar Jung: Die Konzeption des „neuen Denkens“ in der sowjetischen Außenpolitik, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 47

⁵⁴³ vgl. Jung: a.a.O., S. 50

⁵⁴⁴ vgl. Jung: a.a.O., S. 55 f.

Im einzelnen waren dies die Kernpunkte des von Gorbatschow und Schewardnadse proklamierten neuen Denkens⁵⁴⁶:

- Eine wachsende Interdependenz der Staaten in der Welt sowie die Gemeinsamkeit der Relationen auf globale Probleme und Herausforderungen wie die Umweltproblematik, der Rüstungswettlauf, die Schuldenkrise der Dritten Welt, Terrorismus, AIDS etc.
- Der Systemgegensatz hat keine bestimmende Auswirkung mehr; der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist kein Hauptwiderspruch mehr. Hauptziel der UdSSR ist die ökonomische, juristische und politische Eingliederung in die „eine Welt“.
- Der Leninsche Imperialismus-Begriff wurde aufgegeben. Die kapitalistischen Systeme wurden als prinzipiell friedensfähig, krisenresistent und entwicklungsfähig eingestuft.
- Den Staaten Ostmitteleuropas und den sozialistischen Staaten der Dritten Welt wurde das Prinzip der freien Wahl zugestanden.
- Der neue Sicherheitsbegriff wurde nicht mehr einseitig als Sicherheit vor den Imperialismus, sondern als gemeinsame Sicherheit, die weniger mit militärischen Mitteln als vielmehr mit politischen Mitteln zu erreichen sei.
- Die Militärdoktrin sollte nicht nur auf der politisch-deklaratorischen Ebene, sondern auch auf der operativen Ebene als defensiv deutlich wahrnehmbar werden⁵⁴⁷.

4.9.3.2. Etappen der Perestroika in der Außen- und Sicherheitspolitik

Schon bald nach der Einführung der neuen Rhetorik von „Perestroika“, „Glasnost“ und dem „gemeinsamen Haus Europa“ wurde die neue Politik Gorbatschows von weiten Teilen der Publizistik und der Öffentlichkeit euphorisch bewertet, ohne daß ihre praktische Relevanz für das westliche Bündnis analysiert wurde.

⁵⁴⁵ vgl. Klaus Segbers: Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): a.a.O., S. 104

⁵⁴⁶ vgl. Segbers: Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel: a.a.O., S. 107 ff.

⁵⁴⁷ vgl. Segbers: Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel: a.a.O., S. 110

Einzelne Analytiker wie G. Wettig bemühten, sich mit Hilfe analytischer Fragen an die Konzeption Gorbatschows auf ihre Relevanz für die westliche Sicherheitspolitik zu untersuchen⁵⁴⁸:

- Bricht Gorbatschow mit der Leninistischen Traditionslinie um der Bevölkerung mehr Freiraum für ihre persönliche Entfaltung zu geben?
- Ist der Kreml bereit, auf sein Machtmonopol zu verzichten?⁵⁴⁹
- Ist er willens, die eigene politische Ordnung nicht mehr aus dem Systemgegensatz heraus zu definieren und die Legitimität der westlichen Systeme zu respektieren?
- Beinhaltet das „neue Denken“ eine Aufgabe der alten Prinzipien der „sozialistischen Parteilichkeit“ oder des „proletarischen Klassenstandpunktes“?
- Versteht Gorbatschow unter der „Freiheit der Wahl“ immer noch, daß sich bei der Abwesenheit äußerer Einmischung neue Staaten sich geschichtsnotwendig für den sozialistischen Weg entscheiden werden?
- Wird das sozialistische Lager weiterhin mit Friedfertigkeit und das kapitalistische Lager mit Kriegstreiberei gleichgesetzt?
- Gibt Gorbatschow das militärstrategische Konzept der „vernichtenden Abfuhr“ – d. h. der vollständigen Zerschlagung des Gegners tief auf dessen Territorien – auf?

Werden solche analytischen Kriterien an die Politik Gorbatschows angelegt, kann die These aufgestellt werden, daß diese Politik erst ab der Jahresmitte 1988 Relevanz für die westliche Sicherheitspolitik erlangte. Nach B. Meissner ist dies der Beginn der 3. Etappe der Perestroika-Politik Gorbatschows.

Gemäß Meissner beginnt die erste Etappe auf dem ZK-Plenum im April 1985. Der Hauptinhalt des politischen Programms Gorbatschows bestand zu diesem Zeitpunkt aus einer Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts⁵⁵⁰. So mußte sich Gorbatschow auch auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986 mit der Bestätigung seines wirtschaftlichen Aktionsprogramms, das den Mittelpunkt des neu verabschiedeten Par-

⁵⁴⁸ vgl. Gerhard Wettig: Gorbatschow auf Lenin-Kurs?, Köln, Mai 1988, S. 9

⁵⁴⁹ vgl. Wettig: a.a.O., S. 13 ff.

⁵⁵⁰ vgl. Boris Meissner: Politischer Systemwandel und Außenpolitik, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): a.a.O., S. 61

teiprogramms bildete, begnügen⁵⁵¹. Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik war Gorbatschow zunächst kein Innovator; sein neues Denken bestand aus kaum mehr als Propaganda-Slogans⁵⁵², mit denen militärische Vorteile auf intelligentem Wege von der NATO erreicht werden sollten (s. z. B. De-Nuklearisierungskampagne).

Erst als Gorbatschow einerseits seine Macht gefestigt hatte und andererseits zu der Einsicht gelangt war, daß eine Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz nur durch einen gesellschaftlichen Umbau und eine Demokratisierung von Partei und Gesellschaft gewann die Perestroika-Politik an Fahrt. Diese zweite Etappe beginnt nach Meissner mit dem ZK-Plenum vom Januar 1987⁵⁵³. In ihr wurde die Auseinandersetzung über die Ziele der gesellschaftlichen Erneuerung aber auch über eine zukünftige sicherheitspolitische Ausrichtung geführt. Die Protagonisten des neuen Denkens verwendeten die Formeln der „vernünftigen Hinlänglichkeit“ und der „defensiven Verteidigung“, um die Neuorientierung der Sicherheitspolitik anzuzeigen. Neue Richtlinien zur Umsetzung dieser Prinzipien folgten diesen Ankündigungen zuerst noch nicht⁵⁵⁴.

Erst um die Mitte des Jahres 1988 begann mit dem Konsens im ZK-Plenum, den 10 Thesen zur Umgestaltung von Partei, Staat, Gesellschaft und Außenpolitik, der XIX. Parteikonferenz und der wissenschaftlich-praktischen Konferenz im Außenministerium die 3. Etappe der Perestroika⁵⁵⁵. Bis zum Ende des Jahres 1989, in dem Gorbatschow die politische Initiative verlor und zum Getriebenen der nicht intendierten Ereignisse wurde⁵⁵⁶, initiierte Gorbatschow wichtige – für die Sicherheitspolitik des Westens relevante – Reformschritte in der Sicherheitspolitik der UdSSR.

4.9.3.3. Kernpunkte der sicherheitspolitischen Perestroika

Auch wenn man der These von G. Wettig folgt, daß die offiziellen sowjetischen Erklärungen über die Leitvorstellungen des „neuen Denkens“ nur wenig und dann nur in einer sehr allgemeinen Weise das nachfolgende praktische Handeln geprägt haben⁵⁵⁷, und die ersten Schritte der sicherheitspolitischen Perestroika zur Erreichung einseitiger Vor-

⁵⁵¹ vgl. Meissner: Politischer Systemwechsel ...: a.a.O., S. 63

⁵⁵² vgl. Gerhard Wettig: Basic Concepts of Gorbatschow's New Security Thinking, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 3/1991, Köln, November 1990, S. 1 f.

⁵⁵³ vgl. Meissner: Politischer Systemwandel ...: a.a.O., S. 63 f.

⁵⁵⁴ vgl. Wettig: Basic Concepts ...: a.a.O., S. 2 f.

⁵⁵⁵ vgl. Meissner: Politischer Systemwandel ...: a.a.O., S. 66 ff.

⁵⁵⁶ vgl. Schröder (Anm. 522): a.a.O., S. 421

⁵⁵⁷ vgl. Wettig: Basic Concepts ...: a.a.O., S. I

teile gegenüber der NATO gedacht waren (s.o.), läßt sich doch eine Flexibilisierung gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik von Breschnjew und Gromyko konstatieren. Hier sind zunächst der Verzicht auf die Einbeziehung von Frankreich und Großbritannien in die INF-Verhandlungen im Januar 1986⁵⁵⁸ und das INF-Abkommen vom 8.12.1987 selbst zu nennen, bei dem die UdSSR erstmals Vor-Ort-Inspektionen und eine asymmetrische Abrüstung akzeptierte.⁵⁵⁹

Da eine ausführliche Darstellung des sicherheitspolitischen Wandels unter Gorbatschow den Rahmen dieser Untersuchung sprengen würde und an dieser Stelle nur der außen- und sicherheitspolitische Analyserahmen für die Untersuchung des Militärmachteinsatzes abgesteckt werden soll, werden hier nur stichwortartig die Kernpunkte dieses Politikwandels aufgeführt. Im wesentlichen stützt sich diese Darstellung auf das umfassende Werk von Hans-Henning Schröder⁵⁶⁰:

1. Auf dem XXVII. Parteitag, auf dem Gorbatschow das „neue Denken“ proklamierte, nannte er als wichtigstes Ziel der Sicherheitspolitik die Verhinderung eines Nuklearkrieges, den keine Seite gewinnen könne und zur Vernichtung der Menschheit führen könne. Es liege daher im allgemeinmenschlichen Interesse, dies durch ein „allumfassendes System internationaler Sicherheit“⁵⁶¹ zu verhindern⁵⁶². Eine Gewährleistung der Sicherheit sei so durch militärische Mittel allein nicht mehr möglich. Sicherheit wird somit eine Frage der Politik (man beachte die Dichotomie Militär vs. Politik!)⁵⁶³ Verbunden damit war eine Diskussion, ob die Clausewitz'sche Formel vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auch im Nuklearzeitalter Gültigkeit besitze. Funktionäre und Propagandisten wie Sagladin, Bovin und Proektor vertraten die Ansicht, daß im Nuklearzeitalter diese Formel „absurd“, bestenfalls veraltet sei, während von den Militärs dagegen entschiedener Widerspruch eingelegt wurde⁵⁶⁴.

⁵⁵⁸ vgl. Schröder: a.a.O., S. 100

⁵⁵⁹ vgl. Schröder: a.a.O., S. 233

⁵⁶⁰ vgl. Anm. 522

⁵⁶¹ Schröder: a.a.O., S. 102

⁵⁶² Die dahinter stehende operative Ideologie besagte aber, daß, da die Sowjetunion von Natur aus friedliebend sei, diese Gefahr nur vom Abschreckungssystem der NATO ausgehen könne. Der Kampf gegen dieses Abschreckungssystem läge also im allgemeinmenschlichen Interesse, ja sogar im Interesse der NATO-Führer selbst, da es ja auch um ihr Überleben gehe. vgl. Wettig: Basic Concepts ...: a.a.O., S. 3

⁵⁶³ vgl. Schröder: a.a.O., S. 105

⁵⁶⁴ vgl. Schröder: a.a.O., S. 119 ff.

2. Auf der Berliner Tagung des politisch-beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 29.5.1987 wurden erstmals Leitlinien für eine Militärdoktrin der sozialistischen Staatengemeinschaft veröffentlicht. Schon auf dem ZK-Plenum vom April 1985 war der Verteidigungsrat damit beauftragt worden, eine Neubewertung der Militärdoktrin vorzunehmen⁵⁶⁵. Es dauerte aber nochmals zwei Jahre, bis diese Erklärung zu konkreten Änderungen in der Ausrüstung, Gliederung und den Einsatzgrundsätzen der Streitkräfte führte⁵⁶⁶, da die Militärs weiterhin auf der vernichtenden Abfuhr für den Aggressor (= NATO) bestanden.

Die Schlüsselbegriffe des militärischen Ziels der Militärdoktrin waren „Hinlänglichkeit“ und „defensive Orientierung“, wobei die Militärs zunächst noch solche Streitkräfte als hinlänglich betrachteten, die dem Gegner eine vernichtende Abfuhr beibringen konnten. Erst zu Beginn des Jahres 1988 verband der Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Staaten, V. K. Kulikow, diese Prinzipien zur „vernünftigen Hinlänglichkeit für die Verteidigung“⁵⁶⁷ und erst im September 1988 sprach Generalstabschef Achromejew von einer Umstrukturierung der Streitkräfte zu einer „unoffensive structure of the armed forces“⁵⁶⁸.

Ab 1987 verlor das Militär allmählich seine alleinige Kompetenz in Sicherheitsfragen, während zivile Experten zunehmend an Einfluß auf die Formulierung der offiziellen Sicherheitspolitik gewannen. Als Beispiele seien hier der Artikel von Kokoshin/Larienow über die defensive Ausrichtung der Roten Armee bei der Schlacht von Kursk vom August 1987 und die Studie von Kokoshin über die Verteidigung in der Militärgeschichte des 20. Jahrhunderts von Januar 1988 genannt.⁵⁶⁹

3. Den Durchbruch, auch in der Sicherheitspolitik, brachte die XIX. Allunionistische Parteikonferenz vom 28.6.-1.7.1988. Hier übten der Historiker Daschitschew und Generalsekretär Gorbatschow an der bisherigen starken Militarisierung der Außenpolitik barsche Kritik⁵⁷⁰. Es wurde festgelegt, daß die Außenpolitik zukünftig einen noch größeren Beitrag zu leisten habe, die Ressourcen des Landes für den friedlichen Aufbau der Wirtschaft bereit zu stellen. Gleichzeitig

⁵⁶⁵ vgl. Schröder: a.a.O., S. 88

⁵⁶⁶ vgl. Schröder: a.a.O., S. 143

⁵⁶⁷ vgl. Schröder: a.a.O., S. 145

⁵⁶⁸ vgl. Schröder: a.a.O., S. 151

⁵⁶⁹ vgl. Schröder: a.a.O., S. 161 f.

wurde das Prinzip der „zuverlässigen Sicherheit“ statt der „zuverlässigen Verteidigung“ beschlossen; sie bildete damit den Wendepunkt der Diskussion innerhalb des Militärs um die defensive Ausrichtung.⁵⁷¹

4. Auf der wissenschaftlich-politischen Konferenz im Außenministerium beanspruchte Außenminister Schewardnadse einen größeren Einfluß bei der Formulierung der Sicherheitspolitik; gleichzeitig nannte er es absolut abwegig, daß die UdSSR so stark sein müsse, wie jede dankbare Koalition vom Gegner.
5. Anfang August 1988 kam es zu mehreren Treffen der Militärführung, um die Streitkräfte auf die Situation nach der XIX. Parteikonferenz einzustimmen. In einem Artikel vom 7.8.1988 in Krasnaja Swesda faßte Verteidigungsminister Jasow die Ergebnisse zusammen:⁵⁷²
 - die Wehrstruktur solle von quantitativen auf qualitative Parameter umgestellt werden;
 - die Einsatzgrundsätze und Ausbildungsrichtlinien sollten grundlegend überdacht werden;
 - die Streitkräfte sollten umstrukturiert werden;

(Bereits im Dezember 1987 fand eine erste Vorführung der Taman-Division bei der Gefechtsort „Verteidigung“ statt. Die Defensive war bei den Militärs aber immer noch in ein Szenario mit anschließender strategischer Gegenoffensive eingebettet.⁵⁷³
6. Bei seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 7.12.1988 kündigte Gorbatschow umfangreiche, einseitige und auch qualitative Abrüstungsschritte auf konventionellem Gebiet an. Innerhalb von zwei Jahren sollten die Streitkräfte um 500.000 Mann reduziert werden. Gleichzeitig sollten 10.000 Panzer, 8500 Geschütze und 800 Kampfflugzeuge außer Dienst gestellt werden. Aus der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei sollten 6 Divisionen abgezogen werden, sowie die Beweglichkeit der Truppen durch den Abzug von Luftsturmbrigaden und Pionierverbänden reduziert werden⁵⁷⁴.

⁵⁷⁰ vgl. Schröder: a.a.O., S. 208 ff.

⁵⁷¹ vgl. Schröder: a.a.O., S. 155

⁵⁷² vgl. Schröder: a.a.O., S. 217 f.

⁵⁷³ vgl. Schröder: a.a.O., S. 228

⁵⁷⁴ vgl. Schröder: a.a.O., S. 246

Ab Anfang 1989 wurde mit der Durchführung dieser Maßnahmen und der Auflösung der von der NATO so gefürchteten „Operativen Manövergruppen“ begonnen⁵⁷⁵.

7. Schließlich wurde am 19.11.1990 auf dem KSZE-Folgetreffen in Paris der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) unterzeichnet. In ihm wurden gleiche Obergrenzen für militärisches Großgerät für NATO und Warschauer Pakt festgelegt. Die Vertragsgrenzen sollten innerhalb von 40 Monaten erreicht werden. Nach 45 Jahren quantitativer konventioneller Überlegenheit der sowjetischen Armee bzw. des Warschauer Pakts würde dadurch erstmals eine stabile militärische Situation in Europa eintreten.

Der historische Zerfallsprozeß der kommunistischen Regime in Ost/Mitteleuropa, der ab 1989 einsetzte, die Auflösung des Warschauer Pakts am 1.7.1991 und die Auflösung der Sowjetunion (mit dem Rücktritt Gorbatschows am 25.12.1991) veränderten innerhalb von zwei Jahren die politische Landkarte der Erde, daß von dem Ende einer alten und dem Beginn einer neuen Epoche gesprochen werden muß.

Die Aufgabe von Streitkräften in der „postkonfrontativen Periode“ wurde dadurch nicht geringer, im Gegenteil; zu den alten Aufgaben kamen umfangreiche weitere hinzu; nach der Klärung der politischen Ausgangspositionen muß die weitere Analyse nun mit der Systematisierung von Militärmacht fortgesetzt werden.

⁵⁷⁵ vgl. ebenda

5. Militärmacht im Kalten Krieg

5.1. Systematik der Militärmacht

In diesem Abschnitt soll das komplexe Phänomen „Militärmacht“ in fünf Dimensionen analysiert werden, um einen systematischen Zugang und eine rationale Diskussionsgrundlage zu erlangen. Als Dimensionen werden

- a) die Zweck-Ziel-Mittel-Relation des Einsatzes militärischer Macht;
- b) die positive/offensive versus die negative/defensive Zielrichtung der Militärmacht;
- c) die politischen Zielsetzungen;
- d) die militärischen Zielsetzungen und
- e) die Intensität des Militärmachteinsatzes gewählt.

5.1.1. Die Zweck-Ziel-Mittel-Relation des Einsatzes militärischer Macht

Militärische Macht ist kein Selbstzweck, sondern ihr letzter Zweck ist nach dem zeitlosen Militärphilosophen Carl von Clausewitz immer ein politischer⁵⁷⁶ (gleichgültig wieviel Einzelinteressen in ihr zusammenlaufen). Die politische Führung setzt also einen politischen Zweck, d. h. die Veränderung eines gegenwärtigen und als untragbar empfundenen Friedenszustandes hin zu einem subjektiv besseren neuen Friedenszustand. In der Regel wird Militärmacht aber nur eingesetzt, wenn eigene vitale staatliche Interessen, oder solche wichtiger Verbündeter auf dem Spiele stehen und andere Mittel keine Abhilfe gebracht haben. Als vitale nationale Interessen sind diejenigen Interessen anzusehen, bei denen Staaten – im internationalen Selbsthilfesystem – nicht kompromißfähig sind. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um ihre territoriale Integrität, ihre Souveränität oder gar die Existenz des Staates.

Auf der Ebene der Militärstrategie ist das Militär gehalten, diese politische Zielvorgabe in militärstrategische Ziele umzusetzen und sie auf der Einsatzebene als militärisches Mittel der Politik durchzuführen. Schon aus der Tatsache heraus, daß die Militärmacht

⁵⁷⁶ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 422

nur einen geringen Teil des Spektrums der Machtmittel eines Staates ausmacht – wenn diese auch den extremsten Teil dieser Mittel darstellt – ergibt sich der Primat der Politik gegenüber dem militärischen Instrument, da ihr die Gesamtleitung der Außen- und Sicherheitspolitik obliegt.

Diese Feststellung ist nicht als Postulat zu verstehen, politische Streitfragen mit militärischer Gewalt zu lösen, sie soll lediglich den instrumentellen Charakter des Verhältnisses von Militär und Politik aufzeigen.

Der Einfluß der Politik auf die militärischen Operationen endet aber keinesfalls – wie es noch Moltke d. Ä. postulierte -, wenn der erste Schuß gefallen ist. Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, in dem die militärischen Operationen z. T. zu einem Selbstzweck wurden, achten die politischen Führungseliten aller Staaten darauf, auch auf die militärischen Operationen direkten politischen Einfluß auszuüben, um sie mit der weiter ablaufenden Gesamtpolitik des Staates zu koordinieren.

5.1.2. Offensiver und defensiver Einsatz

Der politische Zweck des Militärmachteinsatzes kann einerseits offensiver Natur sein, d. h. wie Clausewitz es ausdrückt, einen positiven Zweck haben (da er eine Zustandsänderung anstrebt), andererseits defensiv sein, also einen negativen Zweck haben (d. h. eine Zustandsänderung zu verhindern). Der Einsatz militärischer Macht ist aber immer das extremste Mittel, nicht das letzte Mittel, da er sowohl für den Angreifer als auch für den Verteidiger mit der Gefahr für Leib, Leben und Besitz seiner Bürger als auch mit der Gefahr der Vernichtung der (meist staatlichen) Existenz verbunden ist.

Auch friedenserhaltende Maßnahmen lassen sich unter diese beiden Kategorien subsumieren, da durch die Anwesenheit von Friedenstruppen im Krisengebiet den Konfliktparteien Sicherheit gegenüber Regel- und Vertragsverletzungen der jeweils anderen Seite gegeben werden soll, d. h. daß diese einen defensiven, gegen einen potentiellen Aggressor gerichteten Auftrag haben, um dadurch eine potentielle Willensaufdrängung zu verhindern.

Die Zusammenhänge von Politik und militärischer Macht lassen sich zweckmäßig in vier Ebenen einteilen. Wie bei der Zweck-Ziel-Mittel-Relation ausgeführt, bildet die Politik die höchste und bestimmende Ebene. Die Militärstrategie, die von der Politik

und der höchsten militärischen Führung gemeinsam ausgearbeitete Umsetzung der politischen Vorgaben bildet die zweite Ebene.

Seit Moltke d.Ä. ist es üblich, die Ebene, die sich ausschließlich mit militärischen Einsätzen auf einem Kriegsschauplatz beschäftigt, als „operative Ebene“ (bzw. operative Kunst) zu bezeichnen, während die unterste Ebene des Gefechtes der militärischen Einheiten gegeneinander „Taktik“ genannt wird. Die Unterscheidung dieser vier Ebenen ist von größter Wichtigkeit, wenn Aussagen über den offensiven oder defensiven Charakter des Militärmacheinsatzes getroffen werden sollen. Es ist zum Beispiel durchaus möglich, defensive politische Ziele und defensive militärstrategische Zwecke auf der operativen und taktischen Ebene mit offensivem Mitteleinsatz zu verfolgen. Das Bild einer angreifenden militärischen Einheit sagt nichts über den eigentlichen Charakter des Einsatzes aus. Eine Aussage über Offensive und Defensive ist somit nur auf der politischen Ebene sinnvoll; zumindest muß aber immer die Ebene genannt werden, für welche die Aussage „offensiv/defensiv“ getroffen wird.

5.1.3. Politische Zielsetzungen

Seit dem Aufkommen der Theorie des Realismus in der Theorie der Internationalen Beziehungen galt der Erwerb und der Erhalt von Macht als das primäre Interesse der Nationalstaaten.⁵⁷⁷ Diese, maßgeblich von dem Politikwissenschaftler Hans Morgenthau formulierte Theorie, wurde von seinen Nachfolgern weiterentwickelt, um sie den Gegebenheiten einer sich differenzierenden Weltlage anzupassen und sie auf konkrete Ereignisse der Weltpolitik anwendbar zu machen. Einen konzisen aber auch praktisch anwendbaren Ansatz der nationalen Interessen der Staaten und der damit verbundenen Frage des Einsatzes von Militärmacht entwickelte Donald E. Nuechterlein mit einer Matrix der Interessen und Intensitäten,⁵⁷⁸ mit deren Hilfe die Grundzwecke der Staaten beim Einsatz militärischer Macht klassifiziert werden können.

Zunächst listet er vier hauptsächliche nationale Interessen auf:

1. die Verteidigung des Staates, seiner Souveränität und seiner politischen und wirtschaftlichen Strukturen;

⁵⁷⁷ vgl. Donald E. Nuechterlein: The Concept of "National Interest": a Time for New Approaches, in: *Orbis*, Spring 1979, S. 73

⁵⁷⁸ vgl. Nuechterlein: a.a.O., S. 75

2. die Förderung des wirtschaftlichen Wohlergehens;
3. die Schaffung und Erhaltung eines günstigen internationalen Umfeldes, in dem sich der betreffende Staat sicher fühlt und seine Bürger ungestört ihren internationalen Interessen nachgehen können; dies kann z. B. aus der Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts in einer Region bestehen;
4. die ideologischen Interessen, bei denen der betreffende Staat einen Kanon von Werten weiter zu verbreiten und zu schützen bestrebt ist.

Gerade die ideologische Komponente ist von der reinen Theorie des Realismus bisher vernachlässigt worden. Demgegenüber stellen und stellen Ideen aber immer wieder eine wichtige Motivation außenpolitischen Handelns von Staaten dar. Hier sei nur an die Menschenrechtspolitik der USA, das Streben der ehemaligen Sowjetunion nach „internationalen Beziehungen neuen Typs“ und an die Politik der verschiedenen fundamental-islamischen Gruppen und Staaten erinnert.

Diese vier nationalen Interessen können nun in vier verschiedene Intensitätsstufen eingeteilt werden.⁵⁷⁹

- a) Die oberste Intensitätsstufe besteht aus denjenigen Interessen, die für das Überleben der Nation von extremer Wichtigkeit sind (survival issues) und dann zum Tragen kommen, wenn dieses Überleben gefährdet erscheint. Qua Definition kann nur das Verteidigungsinteresse eine solche Intensität (nicht aber Interessen des wirtschaftlichen Wohlergehens, des günstigen internationalen Umfeldes oder ideologische Interessen) annehmen.
- b) Die zweite Intensitätsstufe betrifft die vitalen nationalen Interessen. Falls diese Interessen verletzt werden, tritt ein schwerer Schaden für die Nation ein. Ein entscheidender Unterschied zu den Überlebensfragen ist der Zeitfaktor. Auf dieser Stufe bleibt Zeit, um durch Diplomatie, Verhandlungen und wirtschaftliche Maßnahmen auf den Gegner einzuwirken.
- c) Auf der dritten Intensitätsstufe kommen Hauptinteressen der Nation zum Tragen. Die meisten internationalen Streitfragen und Interessenskonflikte fallen in diese Ka-

⁵⁷⁹ vgl. Nuechterlein: a.a.O., S. 79

tegorie, bei der das politische, ökonomische oder „ideologische“ Wohlergehen der Nation negativ beeinflußt werden könnte.

- d) Die unterste Intensitätsstufe bilden die sogenannten Rand-Interessen („peripheral issues“),⁵⁸⁰ bei denen es nur um Interessen einzelner Bürger oder von Unternehmen geht.

Selbstverständlich ist das nationale Interesse eines Staates nichts, was festgeschrieben wäre und immerwährende Gültigkeit besitzt. Vielmehr unterliegt die Formulierung des nationalen Interesses in den meisten Staaten den innenpolitischen Aushandlungsprozessen der unterschiedlichsten Elitegruppen in den jeweiligen Staaten. Oft bestehen zwischen den einzelnen Interessensgebieten Zielkonflikte, so daß Kompromisse bei der Verfolgung der einzelnen nationalen Interessen (die wiederum dem Aushandlungsprozess zwischen den Elitegruppen unterliegen) geschlossen werden müssen. Ebenfalls sind Kosten/Nutzen-Abwägungen bei der Verfolgung dieser Interessen in die Beurteilung der verschiedenen Handlungsoptionen von entscheidender Bedeutung. Die einzelnen nationalen Interessen auf ihren jeweiligen Intensitätsstufen sind daher als dynamisch und konkurrierend zu kennzeichnen.⁵⁸¹

5.1.4. Militärische Zielsetzungen

Staaten setzen Militärmacht dann ein, wenn ihre Führung zu dem Schluß gekommen ist, daß die Art und die Intensität der nationalen Interessen den Einsatz von Militärmacht als geeignetes Mittel erscheinen lassen oder sonst keine geeigneten anderen Mittel zur Verfügung stehen. Hierbei müssen die Staatsführungen in ihrer komplexen Kalkulation von Zweck, Ziel und Mittel (die der Willensaufdrängung gegenüber dem Gegner vorausgeht) einerseits und dem gegnerischen Widerstand andererseits sowohl die physischen Mittel des Gegners, als auch die psychischen Kräfte des Gegners abwägen. Während bei der physischen Komponente hauptsächlich die gegnerischen Streitkräfte, ihre Ausrüstung und ihr Ausbildungsstand angesprochen sind, muß bei der psychischen Komponente der gegnerische Wille, sich durch anhaltenden Widerstand der eigenen Willensaufdrängung zu widersetzen, analysiert werden. Hierbei wägt die defensive Partei die Nachteile, die ihr bei Fortsetzung des Widerstandes entstehen, gegen die Nachteile ab,

⁵⁸⁰ vgl. Nuechterlein: a.a.O., S. 80

⁵⁸¹ vgl. Nuechterlein: a.a.O., S. 91

die bei der Annahme des gegnerischen Willens auf sie zukommen (= Kostentoleranz).⁵⁸²

Die klassisch-militärische Methode, einem Gegner seinen Willen aufzudrängen ist die, seine Streitkräfte außer Stande zu setzen, ihren Widerstand fortzusetzen. „Stärkere“ Streitkräfte (nach klassischen quantitativen Indikatoren gemessen) haben hierbei natürlich einen Vorteil gegenüber „schwächeren“ Streitkräften. Es ist aber auch „schwächeren“ Streitkräften als Instrument möglich, dem Gegner den Willen der eigenen politischen Führung aufzuzwingen, wenn sie entweder überraschend ihre Operationsziele erreichen oder aber dem Gegner höhere Kosten verursachen, als dieser selbst bereit ist zu tragen. Für einen erfolgreichen Einsatz militärischer Macht in einem bewaffneten Konflikt wird allgemein der Begriff „Sieg“ verwendet. Es muß aber zwischen dem rein militärischen Sieg und dem entscheidenden politischen Sieg differenziert werden. Von einem politischen Sieg kann nur dann gesprochen werden, wenn der „Verlierer“ tatsächlich bereit ist, den politischen Zweck des Gewinners zu akzeptieren.⁵⁸³

Häufig herrscht zwischen dem politischen Zweck und den militärischen Zielen ein Spannungsverhältnis, d. h. der Verfolgung politischer Zwecke stehen militärische Ziele im Wege oder umgekehrt. Ein Beispiel dafür, wie militärische Ziele die politischen Zwecke dominiert haben, ist die Anfangsphase des Ersten Weltkrieges. Das militärische Ziel der Zerschlagung der französischen Streitkräfte beim gleichzeitigen Unterlaufen der russischen Mobilisierung wurde bedenkenlos von der deutschen Führung verfolgt, ohne daß irgendwelche politischen Kriegsziele formuliert waren, geschweige denn, eine neue europäische Friedensordnung auch nur angedacht worden wäre.

Andererseits darf die Politik „kein despotischer Gesetzgeber“ sein⁵⁸⁴ und durch zu starke Einmischung in laufende militärische Operationen, die auf die Natur des Mittels keine Rücksicht nehmen, diese Operationen in Gefahr bringen. Ein plastisches Beispiel hierfür bieten die Einmischungen von Präsident Carter während der Geiselnbefreiungsaktion im Iran (Operation Eagle Claw April 1980).

Die dritte Möglichkeit, wie militärische Ziele und politische Zwecke in einem Spannungsverhältnis stehen können, ist das Fehlen eines konkreten politischen Zwecks oder

⁵⁸² vgl. Donald M. Snow/Dennis M. Drew: From Lexington to Desert Storm. War and Politics in the American Experience, Armonk, London 1994, S. 8

⁵⁸³ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 16

⁵⁸⁴ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 210

der häufige Wechsel desselben, wie dies insbesondere im Vietnamkrieg auf Seiten der USA zu beobachten war.⁵⁸⁵

Schließlich können die politischen Zwecke die militärischen Fähigkeiten übersteigen, was historisch gesehen die häufigste Ursache für das Spannungsverhältnis von politischem Zweck und militärischem Ziel darstellt.

Die Einführung von Nuklearwaffen in die militärischen Arsenale hatte auch großen Einfluß auf die Zweck-Ziel-Mittel-Relation. Sie führte zwar nicht zu deren Umkehr, da auch ein Atomkrieg aufgrund einer politischen Zwecksetzung geführt werden würde. Sie veränderte aber die quantitative Gewichtung in dieser Relation entscheidend. Es war und ist schlichtweg kein rationaler, politischer Zweck eines Krieges denkbar, der von beiden Seiten mit Atomwaffen geführt worden wäre, der das Risiko der Vernichtung der Menschheit gerechtfertigt hätte. Atomwaffen hatten schließlich nur den einzigen militärischen Zweck, den Gegner vor ihrer Anwendung abzuschrecken.

Diese Abschreckung setzte sich allerdings außerhalb des „Gleichgewicht des Schreckens“ nicht fort, da alle Nuklearmächte auch in begrenzte Kriege verwickelt waren (allerdings nie gegeneinander).⁵⁸⁶

5.1.5. Intensität des Militärmachteinsatzes

Die Intensität des Einsatzes militärischer Machtmittel ist natürlich in erster Linie von der im Abschnitt 5.1.3 geschilderten Intensität des politischen Interesses abhängig.

Auf der militärischen Ebene können sich diese Interessenintensitäten ebenfalls in ein breites Spektrum der militärischen Gewaltanwendung umsetzen. Nach Clausewitz kann das bei der bewaffneten Beobachtung beginnen und sich bis zu Kriegshandlungen steigern, die der theoretischen Gestalt des absoluten Krieges nahe kommen.⁵⁸⁷

Diese – oft ideologisch motivierten – Kriege nehmen dann den Charakter eines Kreuzzuges an und werden mit unbegrenzten politischen Zielen bis zur bedingungslosen Kapitulation einer Seite geführt.

⁵⁸⁵ nach einer Studie von Professor Hugh M. Arnold (Universität Nebraska) wechselte die Begründung für das Engagement der USA in Indochina zwischen 1949 und 1967 22 mal; vgl. Harry v. Summers: *On Strategy*, Novato 1982, S. 98

⁵⁸⁶ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 20

⁵⁸⁷ zum Begriff des absoluten Krieges vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 191-195

Häufiger hingegen wird die Militärmacht zur Erreichung begrenzter politischer Zwecke eingesetzt, wie sich dies bei Bestrafungsaktionen, Geiselbefreiungen bis hin zum konventionellen, begrenzten Krieg manifestiert.

In vielen Fällen verfolgen Konfliktgegner asymmetrische Ziele. Der Vietnamkrieg ist hierfür ein gutes Beispiel: Während Nordvietnam weitreichende Ziele unter Mobilisierung aller nationalen Kräfte verfolgte (die Wiedervereinigung beider Landesteile unter kommunistischer Herrschaft), verfolgte sein Hauptgegner, die Supermacht USA, nur begrenzte Ziele, ohne daß sie ihre Bevölkerung auch nur im geringsten für den Militärmacheinsatz jenseits des Pazifiks mobilisierte.⁵⁸⁸

Oft haben Kriege für Großmächte den Charakter von Expeditionen, die in Übersee ausgetragen werden (oder jenseits der Grenze wie in Afghanistan), während es für die betroffenen Staaten um existenzielle Interessen geht. Besonders in demokratischen Staaten, in denen der Militärmacheinsatz der demokratischen Legitimation bedarf, können solche asymmetrischen Expeditionseinsätze – und sei es nur ein Blauhelmeinsatz – nur auf einer soliden, völkerrechtlichen Grundlage und mit Zustimmung aller politisch relevanten Gruppen durchgeführt werden.

⁵⁸⁸ vgl. Harry G. Summers: *On Strategy II*, New York 1992, S. 9 f.

5.2. Die Anwendung militärischer Macht⁵⁸⁹

Militärische Macht kann in einer fast unübersehbaren Fülle von Erscheinungsformen zur Anwendung kommen, wie sie uns täglich in den Medien dargeboten wird. Zur Systematisierung wurde oben die aktive Willensaufdrängung bzw. die Abwehr einer Willensaufdrängung herangezogen, wie sie sich in zwischenstaatlichen Kriegen oder innerstaatlichen Bürgerkriegen manifestiert.

Nach der Systematisierung soll nun aber auch eine genauere Analyse der Erscheinungsformen der Einsätze militärischer Macht erfolgen. Fernsehbilder kämpfender Parteien sind für deren Beurteilung ein zu oberflächliches Mittel, da sie nur die reinen Kampfhandlungen bzw. deren unmittelbare Folgen vor Augen führen. Sie lassen sowohl die politischen Zwecke, die militärischen Ziele als auch die Ebene der Kampfhandlungen im Dunkeln. Vor allem aber werden durch sie selten die komplizierten psychologischen Wirkungen der Militärmacht auf Eliten und Entscheidungsträger beleuchtet.

Es gilt daher zwischen dem unmittelbaren Einsatz von Militärmacht und dem psychologischen Einsatz zu unterscheiden.

Als drittes großes Anwendungsgebiet sollen in einem gesonderten Abschnitt die nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend wichtiger werdenden „peacekeeping“- oder „Constabulary“-Einsätze analysiert werden.

5.2.1. Der unmittelbare Einsatz militärischer Macht

Der unmittelbare Einsatz militärischer Macht manifestiert sich durch die politische Absicht der Willensaufdrängung (oder ihrer Verhinderung) und dem scharfen Schuß, so daß der Gegner mit Tod oder Verwundung rechnen muß. Ziele und Intensität des unmittelbaren Einsatzes bewegen sich innerhalb eines Kontinuums zwischen den Polen des

⁵⁸⁹ in dem Standard-Werk: Robert J. Art/Kenneth N. Waltz (Hrsg.): *The Use of Force*, 4. Aufl., New York, London 1993, S. 3 ff., verwendet Robert J. Art: "The four Functions of Force:" eine simple Vierer-Einteilung der Funktionen militärischer Macht: defense (Verteidigung), deterrence (Abschreckung), compellence (Willensaufdrängung), "swaggering" (Prahlen). Demgegenüber soll in dieser Darstellung ein fundierteres Analysemodell der Militärmacht angewendet werden, was sowohl auf den Analyseebenen zwischen Wesen und Erscheinungsform der Militärmacht unterscheidet, indirekte und direkte Einsatzarten berücksichtigt als auch die zunehmend wichtiger werdenden Arten des indirekten Einsatzes aufzeigt.

begrenzten Krieges und – wie Clausewitz es ausdrückt – des absoluten Krieges mit dem politischen Zweck der fast unbegrenzten Willensaufdrängung. Hierbei ist aber festzuhalten, daß eine Kategorisierung verschiedener Fallklassen nur zu analytischen Zwecken geschieht und man sich dabei bewußt sein muß, daß es in der Realität zu fließenden Übergängen kommen kann. Auch können Situationen eintreten, bei denen selbst Fallklassen, wie die Erreichung begrenzter militärischer Operationsziele, auf politischer Ebene zu weitreichenden Veränderungen (so zum Beispiel bei der Intervention der USA im Oktober 1983 in Grenada; – Operation 'Urgent Fury') führen können.

Die begrenzten Ziele können zum Beispiel aus der Wegnahme einer Provinz oder der Erreichung politischer Konzessionen bestehen, während die Zwecke am oberen Ende des Kontinuums – an der sich der Krieg seiner „absoluten Gestalt“ nähert – aus der totalen Kapitulation des Gegners oder gar der Auslöschung (Debellation) seines Staatswesens bestehen können.

Sowohl begrenzte als auch weitreichende politische Zwecke können durch die Durchsetzung der folgenden militärischen Operationsziele erreicht werden:

1. Wehrlosmachung:

Hierbei kann die totale Wehrlosmachung eines Staates oder einer Staatenkoalition gemeint sein oder aber die Ausschaltung einer Terroristengruppe zur Befreiung von Geiseln (begrenzte Ziele).

2. Beeinflussung des Kosten-Nutzen-Kalküls des Gegners:

Wie oben dargestellt, akzeptiert der Gegner einen anderen Willen (oder ist zu Kompromissen bereit), wenn er zu dem Schluß kommt, daß die Annahme des gegnerischen Willens das kleinere Übel ist im Vergleich zur weiteren Fortsetzung des Widerstandes. In der Regel wird dies um so eher geschehen, je begrenzter die Ziele des Gegners sind; es sind theoretisch aber auch Fälle denkbar (etwa in einem Nuklearkrieg), bei denen weitreichende politische Zwecke nicht durch die Wehrlosmachung, sondern durch die Beeinflussung der Kosten-Toleranz Kalkulation erreicht werden könnten.

3. Erreichung des Operationszieles:

Dieser Fall wird eher im unteren Spektrum der Intensität der politischen Zwecke eintreten – etwa bei der Befreiung von Geiseln, ohne daß die Geiselnnehmer

wehrlos wären oder noch weitere Kosten-Nutzen-Kalkulationen anstellen könnten. Historisch lassen sich aber auch Beispiele für diesen Fall am oberen Ende des politischen Intensitätsspektrums finden, wie zum Beispiel der Frankreichfeldzug 1940: Zum Zeitpunkt der Kapitulation Frankreichs war dieses noch keineswegs wehrlos, da große Truppenteile, die in der Maginot-Linie gebunden waren oder in den Kolonien stationiert waren, noch nicht zum Einsatz gekommen waren. Allerdings erübrigte sich für die französische Führung nach der Besetzung der Hauptstadt und weiterer Teile des Landes sowie der Zerschlagung der mobilen Teile der französischen Streitkräfte, eine weitere Kosten-Nutzen-Analyse. Weiterer Widerstand war nicht zu kostspielig, sondern einfach sinnlos geworden.

4. Besetzung einer Provinz bzw. Wegnahme eines Faustpfandes:

Bei diesem Fall handelt es sich um einen Spezialvariante von Fall 3. Er soll jedoch gesondert aufgeführt werden, da er sich per definitionem nur auf einen begrenzten Einsatz von Militärmacht bezieht. Oft soll damit nur ein Faustpfand für politische Verhandlungen in den eigenen Besitz gebracht werden (Fall 2); allerdings wäre bei dieser Variante ein *fait accomplis* geschaffen, durch den ein gewisser Stillstand der Kampfhandlungen eintreten würde und eine neue Kosten-Nutzen-Kalkulation einsetzen müßte.

5.2.2. Der indirekte Einsatz militärischer Macht

Scharfe Grenzen zwischen dem direkten Einsatz militärischer Macht und dem indirekten Einsatz existieren nicht. Zwar ist der direkte militärische Einsatz eher auf die konkrete Wehrlosmachung (durch Blutvergießen, Zerstörung oder die Zerschlagung der gegnerischen militärischen Strukturen) gerichtet, aber auch beim indirekten Einsatz kann es zum Kampf und zu Blutvergießen kommen, während natürlich auch beim direkten Einsatz psychologische Kalkulationen eine wichtige Rolle spielen. Zum Zweck der rein analytischen Unterteilung sollen unter indirekten Einsätzen militärischer Macht diejenigen Verhaltensweisen verstanden werden, die überwiegend die Denkmuster und Kalkulationen des Gegners beeinflussen sollen und deren militärische Ziele hierfür eher von sekundärer und tertiärer Bedeutung sind.

Die indirekten Einsatzarten sollen zu Analyse Zwecken in drei Kategorien eingeteilt werden:

1. Abschreckung;
2. militärische Diplomatie;
3. langfristige Verschiebung der Korrelation der Kräfte.

5.2.2.1. Abschreckung

Die Epoche des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg war weitgehend durch ein bipolares System der Abschreckung gekennzeichnet.⁵⁹⁰

Das Prinzip der Abschreckung ist zunächst ein politisches, aus dem dann ein militärstrategisches Prinzip abgeleitet ist.⁵⁹¹

Die klassische Kurzdefinition von Thomas Schelling⁵⁹² lautet: Abschreckung ist die geschickte Nichtbenutzung militärischer Macht. Abschreckung ist also die Macht, jemanden von einer Handlung abzuhalten, die vom Standpunkt des Abschreckenden unerwünscht ist. Es handelt sich also um ein defensives Verhaltensmuster, das nicht darauf abzielt, den Gegner zu etwas zu zwingen oder sein Verhalten zu modifizieren.

Für eine erfolgreiche Abschreckung müssen mehrere Voraussetzungen gegeben sein.⁵⁹³

1. Alle Akteure im Abschreckungssystem müssen rational handeln, so daß ihre Kosten-Nutzen-Kalkulation beeinflußt werden kann;
2. militärische Fähigkeiten müssen vorhanden sein, die ausreichen, um entweder wichtige Werte des Gegners (Militärmacht, Infrastruktur, Produktionskapazität, Elite, politische Legitimität und Kontrolle) zerstören oder schwer schädigen zu können (= retaliation/Vergeltung), oder aber ihm den Erfolg der negativen Handlung/eigener militärischer Optionen versagen zu können (= denial);

⁵⁹⁰ vgl. Klaus-Dieter Schwarz/William P. Van Cleave: Die Theorie der Abschreckung, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. Aufl. Bad Honnef-Erpel 1978, S. 131

⁵⁹¹ vgl. ebenda

⁵⁹² vgl. Thomas Schelling: Strategy of Conflict, 2. Aufl. Cambridge, London 1980, S. 9

⁵⁹³ vgl. Schwarz/Van Cleave: a.a.O., S. 132

3. das Wissen des Gegners, was er nicht tun soll und was er im Falle des Zuwiderhandelns zu erwarten hat;
4. die Drohung muß glaubwürdig sein; d. h. der Gegner muß eine hinreichende Gewissheit haben, daß die Drohung auch wahr gemacht wird. In Zeiten der gegenseitig gesicherten nuklearen Vernichtung genügt so schon ein geringer Zweifel an der Überlebensfähigkeit des eigenen (gegnerischen) Staatswesens, damit der Gegner vor negativen Handlungen abgeschreckt wird.

Es spielt dabei auch keine Rolle, daß der Abgeschreckte den Abschreckenden ebenfalls vernichten könnte; wichtig ist allein, daß der Abgeschreckte dem potentiellen Schaden ebenfalls nicht entgehen könnte.

Dieses System der gegenseitigen Abschreckung der Supermächte drohte aber immer wieder in die Instabilität abzugleiten. Diese wurde hauptsächlich durch drei Entwicklungen hervorgerufen:

- Eine glaubwürdige nukleare Abschreckung bzw. Vergeltung kann nur die fundamentalsten Überlebensinteressen schützen, da nur in solchen Fällen die Gefahr eines beide Seiten vernichtenden Atomkriegs eingegangen werden würde. Beide Supermächte waren aber gezwungen, ihren atomaren Schirm auch auf ihre Verbündeten auszudehnen (extended deterrence). Da das Risiko der Vernichtung der eigenen Nation aber nicht glaubwürdig an den „Abschreckungspartner“ kommuniziert werden konnte, sollte das eigene Vernichtungsrisiko durch die Suche nach flexiblen und begrenzten Optionen der Nuklearkriegführung gemindert werden. Diese begrenzten Optionen erhöhten zwar die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, machten aber gleichzeitig das Risiko des Gegners kalkulierbarer und schwächten damit die Furcht vor der nuklearen Vergeltung (= Rationalitätsdilemma).⁵⁹⁴ Im umgekehrten Fall einer demonstrativen „Selbstmordbereitschaft“ wird zwar das Risiko für den Gegner unkalkulierbar, gleichzeitig erhöht sich aber die eigene Selbstabschreckung vor dem Einsatz der Nuklearwaffen (= Irrationalitätsdilemma). Um diesen Dilemmata zu entgehen, wurde versucht, immer zielgenauere und kleinere Waffen zu entwickeln, die ihrerseits aber leichter einsetzbar gewesen wären und somit wiederum die nukleare Schwelle gesenkt hätten. Dieser Entwicklung sollte doch die „Philosophie“ der kooperativen Rüstungssteuerung und den Abschluß von Rüstungs-

kontrollabkommen (SALT I, SALT II, START I) begegnet werden. Eine endgültige Lösung konnte aber letztendlich nur das Ende des Kalten Krieges und die Auflösung der UdSSR bringen.

- Die Protagonisten der amerikanischen Abschreckungstheorie projizierten ihr Abschreckungsdenken ebenfalls auf die UdSSR, ohne dabei zu berücksichtigen, daß in der UdSSR eine gänzlich andere strategische Kultur vorherrschend war. Die Unterscheidung zwischen Abschreckung und Kriegsführungsfähigkeit war dem sowjetischen Denken gänzlich fremd.⁵⁹⁵ Die sowjetische nukleare Zielplanung war nicht auf Abschreckung, sondern auf das Führen und Gewinnen eines Nuklearkrieges ausgerichtet.⁵⁹⁶ Demgegenüber war das deklaratorische Abschreckungskonzept des Westens zweigeteilt: Für den konventionellen Bereich resultierte die Abschreckung aus der Verteidigungsfähigkeit der NATO (deterrence by denial), während im nuklearen Bereich die Abschreckung auf der glaubwürdigen Vergeltungsdrohung basierte (deterrence by punishment).⁵⁹⁷ Alle Bemühungen amerikanischer Strategietheoretiker, die UdSSR zu dem im Westen vorhandenen Abschreckungsdenken zu bekehren, waren aber gescheitert. Die Frustration darüber, daß die UdSSR weiterhin für die Führbarkeit eines Nuklearkrieges plante, war eine der entscheidendsten Anstöße für den Start der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) durch Präsident Reagan im Jahre 1983, um auf diese Weise beide strategischen Kulturen anzugleichen.⁵⁹⁸
- Schließlich gab es eine nicht zu unterschätzende Schule der Friedensforschung, die in dem technologischen Fortschritt – der vor allem durch die ökonomischen Interessen des sogenannten Militärisch-Industriellen Komplexes in den USA vorangetrieben worden sein sollte – ein wesentliches Element der Instabilität des Abschreckungssystems erblickte.⁵⁹⁹ Der Rüstungswettlauf bringe immer genauere und flexiblere Waffen hervor, die einen Einsatz im Kriegsfall immer risikoloser und da-

⁵⁹⁴ vgl. Schwarz/Van Cleave: a.a.O., S. 134

⁵⁹⁵ vgl. Hans Rühle: Wie kam es zu SDI?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in Ost und West, Forschungsbericht 49, Melle 1985, S. 17

⁵⁹⁶ vgl. William T. Lee: Soviet Nuclear Targeting Strategy, in: Desmond Ball/Jeffrey Rickelson (Hrsg.): Strategic Nuclear Targeting, Ithaca, London 1986, S. 107

⁵⁹⁷ vgl. Rühle: a.a.O., S. 17

⁵⁹⁸ vgl. Rühle: a.a.O., S. 18 f.

⁵⁹⁹ vgl. Dieter Senghaas: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt a.M. 1971, passim.

mit wahrscheinlicher machen und somit das System der Abschreckung immer mehr untergraben würden.

Das Funktionieren der atomaren Abschreckung während des Kalten Krieges ist eine Tatsache. Die Gründe hierfür werden selbst von zukünftigen Historikern kaum herausgefunden werden können. Die Frage, ob sie in Krisenzeiten kurz vor dem Zusammenbruch stand, ist angesichts der Tatsache, daß die nukleare Abschreckung über 40 Jahre Frieden und Freiheit des Westens bewahrt hat, nur noch von sekundärer Bedeutung.

Tatsache ist allerdings, daß das Ende des bipolaren Abschreckungssystems nicht durch die Entspannung zwischen den Blöcken, sondern nur durch die Auflösung des östlichen Blockes erreicht wurde.

5.2.2.2. Militärische Diplomatie

Militärische Macht stellt auch im Frieden ein wichtiges Instrument der Diplomatie dar. Neben der Einteilung der militärischen Diplomatie in kooperative militärische Diplomatie – zur Unterstützung oder Rückversicherung befreundeter Staaten – und in Zwangsmaßnahmen – zur Erreichung von Vorteilen von (oder Vermeidung von Nachteilen durch) anderen Staaten ist auch die Abgrenzung von Kriegs- und Friedenszustand von entscheidender Bedeutung für die Analyse des Begriffs „militärische Diplomatie“.

Da auch im Zuge von militärisch diplomatischen Zwangsmaßnahmen Kampfhandlungen stattfinden können, ist der scharfe Schuß kein hinreichendes Unterscheidungskriterium zwischen direktem und indirektem (diplomatischem) Einsatz.

Zur besseren Analyse (sich dem Clausewitz'schen Postulat der ganzheitlichen Sichtweise bewußt seiend) soll hier der Definition von Blechman und Kaplan gefolgt werden, die ihre Unterscheidung von direktem (wie sie sagen „militärischem“) Einsatz und politisch-diplomatischem Einsatz auf fünf Dimensionen stützen.⁶⁰⁰

Nach ihrer Definition liegt ein diplomatisch-politischer Einsatz von Militärmacht vor, wenn reale Aktionen (keine bloße verbale Drohungen) militärischer Einheiten als Teil von bewußten Versuchen vorliegen, ein spezifisches Verhalten einer anderen Nation zu

⁶⁰⁰ vgl. Barry Blechman/Stephan S. Kaplan: Force without War, Washington D.C. 1978, S. 12 ff.

beeinflussen, ohne sich auf einen fortgesetzten Einsatz von Militärmacht einzulassen. Hierzu müssen folgende fünf Merkmale vorliegen:

1. Eine reale Veränderung der Stationierung, von Aktivitäten oder des Bereitschaftsgrades. Dies kann aus dem Einsatz von Gewalt, der Herstellung von Präsenz, bzw. einem demonstrativen Aufmarsch, einer Blockade, oder einem Dazwischenstellen, dem Abhalten von Manövern, dem Geleitschutz für Handelsschiffe, dem Transport militärischer Güter, Flottenbesuchen, Patrouillen sowie Aufklärung bestehen.
2. Diese Veränderung der Aktivitäten muß zu einem bestimmten politischen Zweck ausgeführt und von der politischen Führung angeordnet worden sein.
3. Diese Aktivitäten müssen einen indirekten d. h. politisch-diplomatischen Einsatz beinhalten, der auf eine Verhaltensänderung beim Gegenüber abzielt (nicht auf eine direkte Besetzung von Gebiet oder Zerstörung von militärischen oder wirtschaftlichen Gütern).
4. Der aktive Staat muß bestrebt sein, eine größere und länger andauernde militärische Konfrontation zu vermeiden.
5. Der Einsatz muß in einer konkreten Situation auf die Veränderung einer spezifischen Handlungsweise des Gegenübers abzielen.

Militärische Zwangsmaßnahmen – gegenüber einem Gegner – können ebenso wie der direkte Einsatz militärischer Gewalt offensiv, zur Erzwingung eines bestimmten Verhaltens (oder der Erzwingung der Unterlassung einer unerwünschten Handlung), oder defensiv, in der Abschreckung einer unerwünschten Handlung eingesetzt werden.⁶⁰¹

Die kooperative militärische Diplomatie – gegenüber einem befreundeten Staat – kann entweder das Ziel haben, ihn zu unterstützen, mit einer bestimmten Handlung fortzufahren oder zu unterlassen (wie zum Beispiel einen Angriff Israels auf den Irak im zweiten Golfkrieg 1991, durch die Stationierung amerikanischer Patriot-Batterien im Lande) oder beabsichtigen, ihn zu einer gewünschten Handlung zu veranlassen. Insgesamt ist

⁶⁰¹ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 71

der Gebrauch von Streitkräften für Zwangsmaßnahmen häufiger als der Einsatz für kooperative Maßnahmen.⁶⁰²

Hauptsächlich wird militärische Diplomatie auf der politischen Ebene dazu eingesetzt, die Autorität des eigenen Staates zu wahren, vor Verletzung der eigenen Interessen durch andere abzuschrecken, einer Drohung zu begegnen sowie befreundete Regime zu schützen oder zu größerer Loyalität zu bewegen.

In seinen Untersuchungen führt S. Kaplan⁶⁰³ für die ehemalige UdSSR zwischen 1944 und 1979 190 Fälle der Anwendung militärischer Macht zu „diplomatischen Zwecken“ an, während eine Studie von B. Blechman und S. Kaplan für die USA von 1946 bis 1975 215 Fälle der „diplomatischen“ Anwendung ausweist.⁶⁰⁴

In der Zeit des Kalten Krieges waren die beiden Supermächte – mit wenigen Ausnahmefällen – darauf bedacht, sich nicht in Konfrontationen verwickeln zu lassen, welche die Gefahr einer Eskalation in sich bargen. Das Ende der Ost-West-Konfrontation sowie das Aufkommen einer Vielzahl ethnisch und religiös motivierter Konflikte lassen den weiteren Einsatz von punktueller militärischer Macht zur Beeinflussung der Handlungen anderer Staaten weiterhin erwarten. Der neuerliche Aufmarsch von Kräften (Februar 1998) der USA und Großbritanniens am Persischen Golf, um den irakischen Diktator Saddam Hussein zur Einhaltung der Waffenstillstandsverpflichtung und zur Abrüstung seiner ABC-Waffen zu zwingen, ist hierfür das jüngste Beispiel.

5.2.2.3. Verschiebung der Korrelation der Kräfte

Nach dem psychologischen Gebrauch von Militärmacht in konkreten Situationen zur Erreichung spezifischer politischer (begrenzter) Zwecke muß als letzte der drei Arten des indirekten Einsatzes auf die langfristige Veränderung der strategischen Gesamtsituation eingegangen werden.

Beide Supermächte setzten in der Phase des Kalten Krieges beträchtliche militärische Mittel zu diesem Zweck ein. Die USA unterhielten in Zentraleuropa ca. 300.000 Mann, 3 taktische Luftflotten und 2 Flotten ihrer Navy, um die politischen Maßnahmen der euro-atlantischen Verflechtung (z. B. NATO) zu untermauern, die europäische Gegen-

⁶⁰² vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 71 und S. 74

⁶⁰³ vgl. Stephan S. Kaplan: *Diplomacy of Power*, Washington D.C. 1981, S. 32 ff.

küste abzusichern⁶⁰⁵ und den kommunistischen politischen Einflußversuchen (neben der ständigen Bereitschaft zur Abwehr eines potentiellen Angriffs des Warschauer Paktes) des Ostblocks entgegenzuwirken.

Aber nur die Sowjetunion – basierend auf der Ideologie des Marxismus-Leninismus und ausgestattet mit einer „wissenschaftlichen“ Theorie der Geschichte und der Außenpolitik – entwickelte eine eigene Theorie des „Kräfteverhältnisses in der Welt“⁶⁰⁶. Im Zuge dieser Theorie galt die „Umgestaltung der internationalen Beziehungen“ – wie der Sieg des Sozialismus genannt wurde – als globaler und historisch unumkehrbarer Prozess auf allen wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Ebenen⁶⁰⁷. Die sowjetische Theorie der Korrelation der Kräfte unterschied sich von westlichen Methoden der Messung von Kräfteverhältnissen hauptsächlich durch:

- Verknüpfung von ökonomischen und militärischen Kategorien mit sozialen und psychologischen Parametern;
- die historische Dimension der Argumentation;
- die Irreversibilität der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus;⁶⁰⁸
- die Vielzahl der in die Berechnung eingebundenen materiellen und immateriellen Faktoren. (Militärmacht, Stand der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, Einfluß verschiedener Anschauungen und Ideen auf die Massen, Rolle und Einfluß sozialer Bewegungen, interne Interessenkonflikte, Stärke nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt usw.)⁶⁰⁹

Obwohl der real existierende Sozialismus das Problem der Korrelation der Kräfte somit wesentlich weiter faßte als ein rein militärisches Problem, ging die sowjetische Führung dennoch davon aus, daß militärische Macht eine umfassende politische Wirkung habe,

⁶⁰⁴ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 16

⁶⁰⁵ vgl. Zbingiew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Weinheim, Berlin 1997, S. 91

⁶⁰⁶ vgl. Wolfgang Geierhos: Das Kräfteverhältnis, Lüneburg 1980, S. 10.

⁶⁰⁷ vgl. Klaus v. Beyme: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983, S. 17

⁶⁰⁸ vgl. Geierhos: a.a.O., S. 15

⁶⁰⁹ vgl. Robert Legwold: Der politische Nutzen militärischer Macht in sowjetischer Perspektive, in: Uwe Nehrlich (Hrsg.): Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 13, Baden-Baden 1982, S. 201 f.

welche die Orientierung anderer Regierungen und damit auch die Grundrichtung des politischen Geschehens beeinflussen könne.⁶¹⁰

Der Aufbau überlegener konventioneller Militärmacht wurde vom Warschauer Pakt ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre – bis zu Gorbatschows aufrichtigen Entspannungsbestrebungen Ende der 80er Jahre – zu einer indirekten psychopolitischen Strategie gegenüber der NATO genutzt.⁶¹¹ Ziel des Warschauer Pakts war es nicht, eine Aggression zu beginnen, oder die NATO zu erpressen, sondern durch eine gezielte politisch-psychologische Doppelstrategie die europäischen NATO-Staaten von den USA zu entkoppeln. Durch den Aufbau überlegener konventioneller Kräfte und die Modernisierung bei den taktisch-operativen Nuklearwaffen (SS-20) sollte einerseits die NATO-Strategie der „Flexiblen Antwort“ als unglaubwürdig und gefährlich erscheinen, da in Zeiten der strategischen Parität zwischen USA und UdSSR eine nukleare Garantie der USA für die Europäer als zu gefährlich für Amerika dargestellt wurde.⁶¹² Umgekehrt wurde das Arsenal der amerikanischen taktischen Nuklearwaffen in Europa als Beleg dafür hingestellt, daß die USA die Absicht hätten, einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg zu führen.⁶¹³

Der andere Teil dieser Psycho-Strategie bestand aus einer propagandistischen „Friedensoffensive“. Durch diese, auf das Bewußtsein der westlichen Eliten zielende, Strategie sollten die internen Widersprüche und Interessengegensätze verschärft werden.

Die kontinuierliche „stille“ Aufrüstung veränderte die objektiven militärstrategischen Rahmenbedingungen, während durch Friedenspropaganda und Verhandlungsinitiativen der westlichen Öffentlichkeit die subjektive Bedrohungswahrnehmung genommen werden sollte,⁶¹⁴ um somit das Verteidigungsklima und den Willen zu fortgesetzter Verteidigung negativ (d. h. für den Warschauer Pakt positiv) zu beeinflussen.

⁶¹⁰ vgl. Legwold: a.a.O., S. 200

⁶¹¹ vgl. K. Peter Stratmann: NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981, S. 242

⁶¹² vgl. Stratmann: a.a.O., S. 228

⁶¹³ vgl. ebenda

⁶¹⁴ vgl. Stratmann: a.a.O., S. 238

5.3. Der Nutzen der Militärmacht im Internationalen System

Nach Keohane und Nye stellt nun die Anwendung oder Androhung militärischer Macht die höchste Stufe der Einflußmöglichkeiten von Staaten im Internationalen System dar. In der weiteren Analyse soll nun auf die Wirkungsweise von Militärmacht, die von einem Akteur im Internationalen System in Bezug auf einen anderen Akteur entfaltet wird, eingegangen werden.

Thomas Schelling führt die Wirkung militärischer Macht in seinem grundlegenden Werk „Arms and Influence“⁶¹⁵ hauptsächlich auf zwei Anwendungsweisen zurück. Die erste ist die direkte Form der Militärmachtanwendung, während die zweite die indirekte Form der Militärmachtanwendung darstellt. Beide Formen können jeweils in einer aktiven und einer passiven Form ausgeübt werden,⁶¹⁶:

1. durch die direkte Fähigkeit, Territorien oder Objekte einzunehmen oder zu besetzen („**power to seize**“) als aktive Tätigkeit oder die Fähigkeit, dies militärisch zu verhindern („power to hold forcibly“).⁶¹⁷ Schelling bezeichnet dies auch als reine Gewalt („brute force“)⁶¹⁸ oder als Kampf auf dem Schlachtfeld („battlefield war“), wie er zum Beispiel fast ausschließlich im Koreakrieg vorkam.⁶¹⁹ Sie ist eine Art der Anwendung militärischer Macht, bei der keine Kooperation des Gegners nötig ist und somit auch nicht gesucht wird. Diese Anwendungsart kann aus den verschiedensten aktiven Handlungen bestehen wie, „eindringen“, „besetzen“, „einnehmen“, „beseitigen /ausrotten“; oder aus neutralen Handlungen bestehen wie „entwaffnen“, „kampfunfähig machen“, „einschließen“ sowie aus den passiven Handlungen „Verwehrung des Zugangs“, „Abwehr eines Angriffs“, „zurückschlagen“ oder „vertreiben“ bestehen.

⁶¹⁵ vgl. Thomas C. Schelling: Arms and Influence, New Haven, London 1966

⁶¹⁶ vgl. hierzu auch Clausewitz: Vom Kriege: a.a.O. Nachricht von 1827, S. 182: die aktive Form soll hier als „Angriff“ und die passive Form als „Verteidigung“ verstanden werden. Diese Formen müssen aber auf der jeweiligen Ebene, der Politik, der Militärstrategie, der Operation und der Taktik unterschieden werden. Nach Clausewitz hat der Angriff die positive Form (ist aber die schwächere Form der Kriegsführung), da er etwas gewinnen will, während die Verteidigung eine negative Form, d. h. einen erhaltenden oder abwehrenden Zweck hat (sie ist aber die stärkere Form der Kriegsführung)

⁶¹⁷ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 6

⁶¹⁸ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 8

⁶¹⁹ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 170

Oftmals wird versucht, den politischen Zweck oder das militärische Ziel durch eine Wehrlosmachung des Gegners, d. h. die Zerstörung bzw. Entwaffnung seiner Streitkräfte bzw. durch die Zerstörung seiner Hilfsquellen oder durch die Abschneidung von diesen zu erreichen. Es sind aber auch Fälle denkbar, bei denen der politische Zweck bzw. das militärische Ziel erreicht werden kann, ohne daß eine weitgehende Entwaffnung des Gegners erreicht wird, indem der Gegner einen weiteren Widerstand als sinnlos erachtet, bzw. die strategischen und operativen Ziele durch die eigenen Waffen erreicht wurden, ohne daß dies der Gegner – trotz seiner weiterhin vorhandenen militärischen Kapazitäten – hätte verhindern können.

2. durch die indirekte Fähigkeit, dem Gegner Schaden zuzufügen („**power to hurt**“)⁶²⁰ d. h. die Möglichkeit zu haben, Werte des Gegners zu zerstören oder zu beschädigen bzw. zu verletzen (Streitkräfte, Zivilbevölkerung, Ressourcen, Infrastruktur usw.). Im Gegensatz zu der „power to seize“, die hauptsächlich auf die Schwächung der gegnerischen Kampfkraft gerichtet ist, soll hier der gegnerischen Gesellschaft Leiden zugefügt werden, welche die politische Führung zu der Überlegung veranlassen sollen, daß die zu erwartenden Kosten eines weiteren Widerstandes höher sind als die Konzessionen, die sie dem Gegner zu machen hat, und so sich dem Willen des Gegners beugt. Diese Fähigkeit kann ebenfalls aktiv als Zwang („coercion“) oder passiv als Abschreckung („deterrence“) angewendet bzw. antizipiert werden. Das eigene Verhalten und die Kommunikation zum Gegner muß so angelegt sein, daß der Gegner erkennt, daß er weiteren Schaden durch Kooperation abwenden kann. Bei der Kosten – Nutzen – Analyse des Gegners spielt nicht so sehr der ihm bereits zugefügte Schaden eine Rolle, sondern die Erwartung des zukünftigen Schadens. Schelling führt dazu aus: „The threat of pain tries to structure someones motives, while brute force tries to overcome his strength.“⁶²¹ Daher ist die „power to hurt“ dann am erfolgreichsten, wenn sie latent ist bzw. zurückgehalten wird.⁶²²

Die Abschreckung, d. h. die Androhung der Zufügung von Schaden im Falle einer nicht gewünschten Handlung des Gegners, soll den Gegner abhalten, dieses Unerwünschte zu tun. Hierzu ist es einerseits notwendig, das Wertesystem des

⁶²⁰ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 2

⁶²¹ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 3

Gegners zu kennen, sowie dem Gegner deutlich zu machen, durch welche Unterlassungen bzw. Handlungen er den Schaden vermeiden kann.⁶²³ Ebenfalls muß der Gegner rückversichert werden, daß eine Bestrafung nicht erfolgt, wenn er die unerwünschte Handlung unterläßt.

Die aktive Variante, die Zwangsmaßnahme („coercion“) solle den Gegner durch die Zufügung bzw. die Androhung der Zufügung von Schaden dazu bewegen, eine erwünschte Handlung auszuführen oder eine bereits andauernde unerwünschte Handlung abubrechen. Hierbei ist die Kommunikation zum Gegner besonders wichtig, um ihm unzweideutig mitzuteilen, was wir von ihm wünschen bzw. was er unterlassen soll.⁶²⁴

Beide Anwendungsarten kommen in der Empirie aber nicht immer als reine Fälle, sondern auch als Mischformen in der militärischen Praxis vor:

Die Abwehr des sowjetischen Angriffs auf Finnland 1939/40 sowie das amerikanische Engagement in Vietnam zwischen 1965 und 1968 bezeichnet Schelling als „deterrent defense“, als eine Mischform der „power to seize“ und der „power to hurt“.⁶²⁵ Die lokale Abwehr Finnlands hatte dabei nicht nur den direkten und lokalen Effekt, den Aggressor an der Besetzung des Landes zu hindern, sondern durch die hohen Verluste kam die sowjetische Führung zu der Einsicht, daß es besser sei, sich mit kleinen Teilen Finnlands zu begnügen, als weitere Verluste hinzunehmen, so daß beide Seiten im März 1940 einen Friedensvertrag abgeschlossen haben.

Während im Korea –Krieg die Kampfhandlungen fast ausschließlich auf das Schlachtfeld und auf dessen Abriegelung konzentriert waren⁶²⁶, fanden sich in der Phase des Vietnamkrieges vom Frühjahr 1965 bis Frühjahr 1968 beide Elemente: Einmal die (passive) „power to seize“ durch Abwehr der Angriffe des Vietcongs und der Nordvietnamesischen Armee in Südvietnam selbst und durch die (aktive) „power to hurt“ die sich in der Bombardierung ausgewählter militärischer und infrastruktureller Ziele in Nordvietnam niederschlug. Schelling bemerkt dazu: „This was not an all-out interdiction campaign, exclusively designed to cut supplies to the Vietcong; it had been that, there would have been little reason not to do the bombing on a larger scale at the outset. The

⁶²² vgl. ebenda

⁶²³ vgl. ebenda

⁶²⁴ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 75

⁶²⁵ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 79

bombing had an evident measure of coercive intent behind it: ...The results of the bombing in North Vietnam, in contrast to that in the south, were to be sought in North Vietnamese willingness to comply, to accommodate, to withdraw, or to negotiate (...).⁶²⁷

Die dritte Art der Anwendung militärischer Macht

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der kurzen Phase der Euphorie über die nun zu erwartende Friedensperiode sah sich die Weltgemeinschaft in Form von UNO-Blauhelmsoldaten sowie die NATO-Staaten und auch die russische Föderation mit der Notwendigkeit von „Militärmacheinsätzen neuen Typs“ konfrontiert. Im „post-heroischen Zeitalter“⁶²⁸ besteht bei der Mehrzahl der Militärmacheinsätze – wie sie in bereits skizziert wurden – auf der politischen und strategischen Ebene nicht mehr der Zweck oder das Ziel darin, einem Gegner den eigenen Willen mit Hilfe der „power to seize“ oder der „power to hurt“ aufzuzwingen. Vielmehr geht es heute darum, Menschenwürde und gewaltfreie Zustände in Bürgerkriegsgebieten wieder herzustellen. Wie bereits dargestellt, hat bei der Vielzahl der neuen Konflikte auch die Komplexität (besser gesagt die Diffizilität und die damit geforderte Sensibilität) der Militärmacheinsätze deutlich zugenommen.

Seitdem der Einsatz der UNO-Blauhelme in Bosnien im Sommer 1995 zu diesem deutlichen Fiasko führte, hat die Zahl der Blauhelme unter UNO Mandat signifikant abgenommen. (vom Sommer 1995 ca. 80000 Mann auf 9665 Mann am 1.8.1998)⁶²⁹. Somit sahen sich die westlichen Staaten zunehmend gezwungen aus humanitären Gründen in innere Konflikte der „gescheiterten Staaten“ einzugreifen. Zwar können Krisen und Konflikte in gescheiterten Staaten auch negative Auswirkungen auf die westlichen Staaten haben⁶³⁰, doch stehen hierbei keine vitalen Interessen oder nur Hauptinteressen (s. Kap. 5.1.3.) der Interventionsmächte auf dem Spiel.⁶³¹ Bestenfalls die Glaubwürdigkeit, mit der sie ihre Werte vertreten, steht dabei auf dem Spiel. Diese Art des Militärmacheinsatzes ist daher als asymmetrisch zu kennzeichnen.

⁶²⁶ vgl. Schelling: a.a.O.: S. 170

⁶²⁷ Schelling: a.a.O.: S. 171

⁶²⁸ vgl. Edward N. Luttwak: A Post-Heroic Military Policy, in: Foreign Affairs, Juni/August 1996, 4, S. 33 - 44

⁶²⁹ vgl. The Military Balance 1998/1999, IISS, London Oktober 1998, S. 285 ff.

⁶³⁰ vgl. 1998 Strategic Assessment, Engaging Power for Peace, hrsg. v. Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C. 1998, S. 7

⁶³¹ vgl. 1998 Strategic Assessment: a.a.O.: S. 10

Um in der Nomenklatur von Thomas Schelling zu bleiben, soll diese Art von Einsatz als „**power to pacify**“ und als „**power to organize**“ bezeichnet werden. Es soll damit zum Ausdruck kommen, daß das Militär einen Wandlungsprozess durchläuft, der weit über die Umstrukturierungsprozesse und den Personalabbau hinausgeht. Schon 1960 forderte der bekannte amerikanische Militärsoziologe Morris Janowitz in seiner auf das US-Militär bezogenen Studie „The Professional Soldier“ eine Wandlung vom US-Militär hin zu der sogenannten „Constabulary Force“⁶³². Diese „Constabulary Force“ ist: „ ... continuously prepared to act, committed to the minimum use of force, and seeks viable international relations, rather than victory, because it has incorporated a protective military posture“.

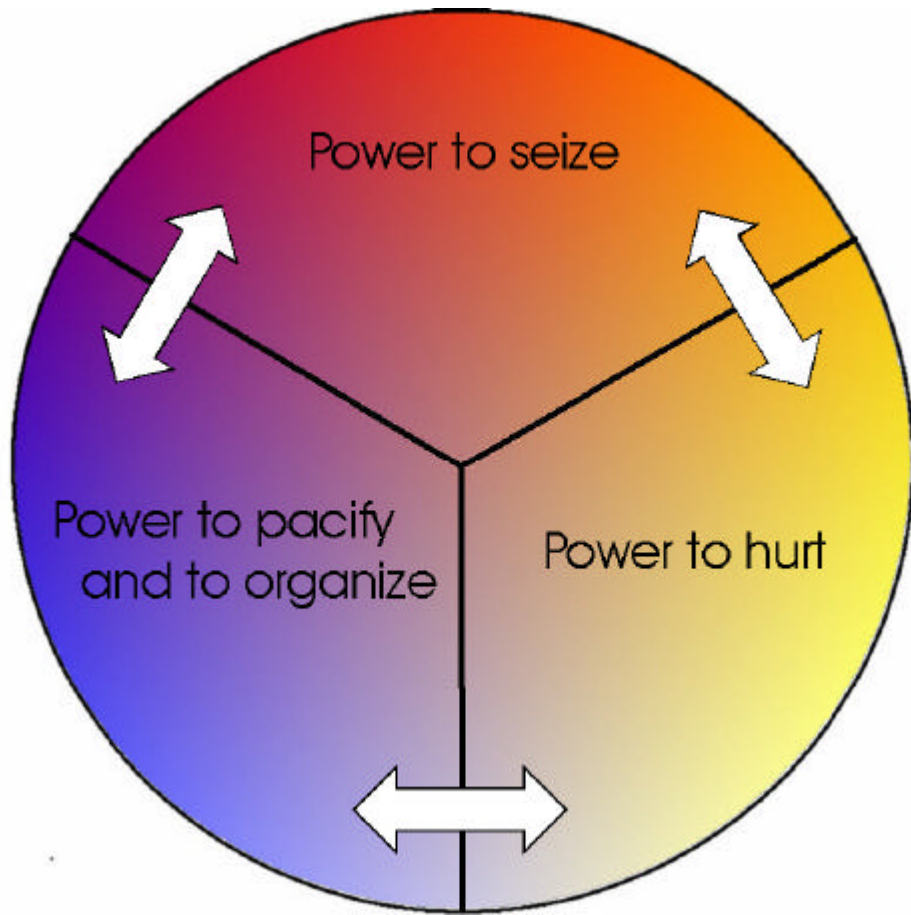
Indem es seine „power to seize“ und „power to hurt“ in vollem Umfang beibehält, muß es die Fähigkeit zu „Military Operations Other Than War“ in den veränderten Gegebenheiten des Internationalen Systems erst – wieder – erlangen. Wie schon ausgeführt, stellt für diese neue Klasse von Operationen die Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung ein entscheidendes Erfolgskriterium dar, da nur die Legitimität der Intervention bei der Bevölkerung sowie bei den verfeindeten Gruppen einen relativ friedlichen Handlungsrahmen solcher Operationen entstehen läßt. Sind bei der Anwendung der „power to seize“ und der „power to hurt“ eher Überraschung, zielstrebiges Operieren und überlegene Feuerkraft von Nöten, so sind es bei komplizierten ethnischen und religiösen Verhältnissen eher Beharrlichkeit, Verhältnismäßigkeit und diplomatisches Geschick. Im Einsatzgebiet treten dann neben der Aufgabe der Sicherung von Ruhe und Ordnung des Lebens und der Zusammenarbeit mit zivilen Hilfsorganisationen auch die Aufgaben des „nation building“ wie zum Beispiel der Aufbau des Polizei- und Justizwesens, der Infrastruktur, der Bildungseinrichtungen, des Presse- und Rundfunkwesens, die Wiederansiedlung von Flüchtlingen, der Aufbau demokratischer Institutionen und Verwaltungen sowie lokale Wirtschaftsförderung in das Aufgabenfeld des Militärs. Hierauf muß die Struktur und die Ausbildung des Militärs in Zukunft ebenfalls eingerichtet werden (z. B. durch „Civil Affairs“-Bataillone, Regimenter für „operative information“ (PSYOPS) und „peace keeping“ Ausbildung). Auf diese Weise entsteht in neuer Form eine alte Art der Organisation mehr oder weniger legitimer Herrschaft: Das Protektorat, wie dies zum Beispiel in Kambodscha, Haiti, Somalia, in Bosnien und im Kosovo der Fall war.

⁶³² vgl. Morris Janowitz: The Professional Soldier, 3. Aufl., New York 1971, S. 418

Der Farbkreis der Anwendung militärischer Macht

Nachdem nun die drei prinzipiellen Anwendungsarten der Militärmacht charakterisiert wurden, soll zur Verdeutlichung der Versuch einer Visualisierung unternommen werden. Dies soll keinesfalls dazu dienen, in der Analyse die komplexen Zusammenhänge unzulässig zu vereinfachen oder praktisches Handlungswissen zu vermitteln. Dies soll lediglich eine Annäherung an die Materie darstellen, die von der Einsicht getragen ist, daß in jedem Einzelfall mit Hilfe der Theorie der Internationalen Beziehungen und der Zweck-Ziel-Mittel-Analyse mit Hilfe des Takts des Urteils ganzheitlich die gegebene Situation zu analysieren ist. Dennoch ist diese Visualisierung hilfreich, um wesentliche Strukturmerkmale der Anwendung militärischer Macht besser zu verdeutlichen:

Zur Visualisierung der drei Arten der Militärmachtanwendung soll ein Farbkreis gewählt werden, der in die drei Sektoren „power to seize“, „power to hurt“ und „power to pacify and organize“ eingeteilt ist. Hierbei grenzt natürlich ein Sektor an die jeweils beiden anderen an, wobei wie bei den Farben im Farbkreis die Übergänge verwischt oder fließend sind. Übergänge können jeweils in beide Richtungen in einen anderen Sektor erfolgen. Im Sektor „power to seize“ ist die Grundfarbe „Rot“ vorherrschend, um die Intensität des Willens bei dieser Einsatzart zu demonstrieren. Der Sektor „power to hurt“ wurde vorherrschend mit der Grundfarbe „Gelb“ belegt, um die eher indirekte Art der Willensaufdrängung zu verdeutlichen, während der Sektor „power to pacify and to organize“ vorherrschend mit dem eher „friedlichen“ „Blau“ belegt wurde. Wie im richtigen Farbkreis steigt die Intensität mit der zunehmenden Entfernung vom Mittelpunkt; gleichzeitig demonstriert der Kreisinhalt die Einheitlichkeit in der Verschiedenheit.



5.4. Militärdoktrinen und Militärstrategien der Supermächte

5.4.1. Die Militärstrategie der USA

5.4.1.1. Die US-Militärstrategie bis zum Aufbau der militärischen Strukturen der NATO

Noch bevor die alliierten Truppen durch die Invasion in der Normandie wieder in Westeuropa Fuß gefaßt hatten, (und damit ein nunmehr 55 Jahre andauerndes Engagement der USA in europäischen Angelegenheiten begründete hatten) schätzten die Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte im Mai 1944 die UdSSR als die führende Macht in Europa ein. Gleichzeitig hielten sie einen Zusammenstoß dieser neuen Macht mit ihrem Verbündeten Großbritannien für wahrscheinlich; gleichzeitig hielten sie es aber für möglich, daß die USA eine vermittelnde Position einnehmen könnten.⁶³³

Im Oktober 1945 gelangte das Joint Strategic Survey Committee der Vereingten Stabschefs schließlich zu der Ansicht, daß die Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung Europas gescheitert seien. Die UdSSR wurde in dieser Lageeinschätzung als nicht saturiert betrachtet, dies zeige sich vor allem an dem Druck, den die UdSSR auf die Türkei wegen der Dardanellen und auf Norwegen wegen Spitzbergen ausübe sowie an ihrer subversiven Tätigkeit in Lateinamerika.⁶³⁴

Langsam gelangte auch die politische Führung zu der Einsicht, daß die Sowjetunion eher als potentieller Gegner denn als Partner einer neuen Weltordnung anzusehen ist. Aus Anlaß der Rede Stalins am 9.2.1946, in der er die kapitalistische Einkreisung und die Unvermeidlichkeit von Kriegen im kapitalistischen Lager beschwor,⁶³⁵ kam Geoge F. Kennan in seinem langen Telegramm vom 22.2.1946 zu dem Schluß, daß sich die UdSSR in einer o. g. kapitalistischen Einkreisung sieht und es auf Dauer keine friedliche Koexistenz geben könne. Kennan schloß daraus – in seinem stark beachteten und

⁶³³ vgl. Steven. T. Ross: American War Plans 1945 – 1950, London 1996, S.4

⁶³⁴ vgl. Ross: a.a.O., S.5

⁶³⁵ vgl. Michael J. Cohen: Fighting World War Three in the Middle East, Allied Contingency Plans 1945 – 1954, London, Boulder 1997, S. 2

auch Truman vorgelegten Telegramm⁶³⁶ – auf eine neurotische Betrachtung der Weltlage und auf ein instinktives russisches Gefühl der Unsicherheit.

Neben der zunehmend als Bedrohung perzipierten Sowjetunion hatte die seit dem 12.5.1945 begonnene Demobilisierung der US-Streitkräfte ebenfalls zu einer verschärften Risikoeinschätzung beigetragen. Hatten am 30.6.1945 die US-Streitkräfte noch eine Gesamtstärke von 12,1 Millionen Mann, so waren ein Jahr später nur noch 2,99 Millionen Mann unter Waffen, bis schließlich am 30.6.1947 die Gesamtstärke der US-Streitkräfte nur 1,55 Millionen Mann betrug. Gleichzeitig wurde für 1946 die sowjetische Stärke auf 4,5 Millionen Mann in 208 Divisionen geschätzt, wovon 93 gegenüber Westeuropa disloziert waren.⁶³⁷

Im Juli 1946 gelangten die Vereinigten Stabschef zu dem Schluß, daß es das Ziel der Sowjetunion sei, die Weltherrschaft zu erringen, sie allerdings aber nicht die Absicht habe, einen Krieg zu beginnen. Sie habe zwar die Fähigkeit, Europa schnell militärisch zu überrennen, sie wende diese aber nicht an, da es ihr primäres Ziel sei, ihre Gewinne aus dem Zweiten Weltkrieg zu konsolidieren und ihr Wirtschaftspotential wieder aufzubauen.⁶³⁸

Gleichzeitig sei sie politisch bestrebt, die Entstehung eines anti-kommunistischen Blocks zu verhindern und sowjetfreundliche Regime in Griechenland, im Iran und in der Türkei zu installieren.⁶³⁹

Dennoch könne ein Krieg aus der Eskalation einer lokalen Krise oder durch die Unterschätzung des westlichen Widerstandswillens entstehen.⁶⁴⁰ Dies um so eher, da die USA selbst und ihre Verbündeten, insbesondere in Europa, als militärisch schwach und verwundbar eingeschätzt wurden. Militärisch sei die UdSSR in der Lage, Europa, den Nahen Osten, die Mandschurei und Nord-China sowie Korea zu besetzen, ohne daß ihr zu Lande viel Widerstand entgegengesetzt werden könne.⁶⁴¹

⁶³⁶ vgl. Drahtbericht des Botschaftsrats (Charge) Kennan aus Moskau vom 22. Februar 1946, in: Ernst-Otto Gempel/ Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210, Bonn 1984, S. 50

⁶³⁷ vgl. Cohen: a.a.O., S. 4

⁶³⁸ vgl. Ross: a.a.O., S. 10

⁶³⁹ vgl. ebenda

⁶⁴⁰ vgl. Ross: a.a.O., S. 7f.

⁶⁴¹ vgl. Ross: a.a.O., S. 19

Die „Pincher“-Serie

In dieser Situation wurde am 2.3.1946 vom „Joint Strategic Plans Committee“⁶⁴² der erste Entwurf einer ganzen Serie von Versionen des „Joint Basic Outline War Plan“ „Pincher“ fertiggestellt.

Allen diesen Entwürfen, die nie die offizielle Absegnung der Vereinigten Stabsschefs erhielten⁶⁴³ war der Glaube an die Wirksamkeit einer strategischen Luftoffensive durch das im März 1946 gegründete Strategic Air Command (SAC) gemeinsam. Das SAC sollte in der Lage sein, die Kriegsmaschinerie der Sowjetunion vorher zu zerstören, bevor sie ihre konventionelle Überlegenheit zum tragen bringen könnte. Bemerkenswert hierbei ist, daß diese Luftoffensive nicht primär atomar angelegt war. Vielmehr fehlten Konzepte für den Einsatz von Nuklearwaffen, da sich die Joint Chiefs of Staff (JCS) bis weit in das Jahr 1947 nicht veranlaßt sahen, Nuklearwaffen in ihr Einsatzkonzept zu integrieren, so lange die Truman-Administration noch die Hoffnung hegte, diese Waffen der internationalen Kontrolle der UNO unterstellen zu können⁶⁴⁴ (Baruch-Plan). Außerdem hielt sich, was den Umfang des atomaren Arsenal der USA anbelangte, die Atomic Energy Commission sehr bedeckt. Erst im April 1947 wurde Truman über den Bestand und die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Nuklearwaffen unterrichtet; Truman war sehr erstaunt über die geringe Stückzahl von Sprengköpfen und Trägermitteln, die sich im Arsenal der USA befanden.^{645 646}

Erste Überlegungen, zum eventuellen Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg nach dem Scheitern der internationalen Kontrolle von Atomwaffen lassen sich erst im Dokument JCS 1764 vom 14.7. 1947 nachweisen.⁶⁴⁷

Obwohl bis 1950 allen strategischen Plänen der USA gemeinsam war, daß sie auf einer unvollständigen Aufklärung und auf unrealistischen und z. T. veralteten Einschätzungen

⁶⁴² für eine kurze Charakterisierung des damaligen Planungsapparates der US-Streitkräfte s. Hans-Jürgen Schraut: Vom Besatzer zum Beschützer, Neuwied 1994, S.56 ff.

⁶⁴³ der erste Kriegsplan, der das offizielle Plazet der Joint Chiefs of Staff bekam, war der Kriegsplan HALFMOON vom Frühjahr 1948; vgl. Cohen: a.a.O., S. 6

⁶⁴⁴ vgl. Schraut: a.a.O., S. 59f.

⁶⁴⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 60f.

⁶⁴⁶ am 30.6.1947 befanden sich 13 Atombomben (9 Fat Man und 4 Mk III) im Arsenal der USA; vgl. Thomas B. Cochran/WilliamM. Arkin/Milton M. Hoenig: Nuclear Weapons Data Handbook, Vol. II, Cambridge Mass., 1984 S. 14; nur 32 B-29 Langstreckenbomber waren in der Lage, Atomwaffen zu tragen (sog. „Silver Plates“); vgl. Cohen: a.a.O., S.11

⁶⁴⁷ vgl. Schraut: a.a.O., S. 60

beruhten und später für undurchführbar erklärt wurden,⁶⁴⁸ bildete die „**Pincher**“-Serie den analytischen Rahmen für die US-Kriegs- und Streitkräfteplanung.⁶⁴⁹

Die erste Version des strategischen Konzepts „Pincher“ ging von einem Kriegsbeginn am 1.7.1947 aus, der aufgrund einer lokalen Krise im Nahen Osten ausbricht. Annahme war, daß die UdSSR die für Großbritannien damals als lebenswichtig erachtete Region mit den Ölvorkommen und dem Suezkanal bedrohen wolle.⁶⁵⁰

Die UdSSR würde danach Offensiven im Nahen Osten (bis hin zum Suezkanal) und in Westeuropa beginnen, das bis auf die Peripherie (Skandinavien, Spanien und Italien) in sowjetische Hände fallen würde.⁶⁵¹

Nach dem Kriegseintritt der USA am 1.1.1948 würden sich diese auf Aufgaben konzentrieren, die ihren momentanen militärischen Fähigkeiten entsprächen:

1. Schutz und Verteidigung der kontinentalen USA (CONUS);
2. Verteidigung und Einrichtung der Operationsbasen in Großbritannien, Ägypten und Indien, möglicherweise auch in Italien und West-China, für die strategische Bombenoffensive;
3. Strategische Bodenoffensive gegen die Kriegsproduktionskapazität der UdSSR;
4. Seekrieg und Seeblockade gegen die UdSSR;
5. Zu einem späteren Zeitpunkt begrenzte Gegenoffensiven gegen vitale, aber periphere Gebiete der UdSSR, wie etwa Nordrußland (via Norwegen und Schweden) oder in den Kaukasus (via Dardanellen und Naher Osten).⁶⁵²

Wichtig anzumerken ist, daß für das strategische Konzept „**Pincher**“ keinerlei politische Vorgaben existierten und keine Kriegsziele oder Kapitulationsbedingungen formuliert waren.⁶⁵³ Ebenfalls ist anzumerken, daß dieses Konzept nur eine grobe Planung für die Anfangsphase einer weltweiten Auseinandersetzung darstellte und Ende die 1946 Vereinigten Stabschefs die Anschlußplanung in Auftrag gaben, welche die vollständige

⁶⁴⁸ vgl. Cohen: a.a.O., S. 3

⁶⁴⁹ vgl. Cohen: a.a.O., S. 6

⁶⁵⁰ vgl. Ross: a.a.O., S.26 f.

⁶⁵¹ vgl. Ross: a.a.O., S. 27

⁶⁵² ebenda

⁶⁵³ vgl. Ross: a.a.O., S.28

nationale Mobilisierung und die strategische Gegenoffensive nach dem Ablauf zweier Jahre vorsah (s.u.).

Die endgültige Version des umfassenden strategischen Konzepts „**Pincher**“ wurde am 8.7.1946 vom Joint Strategic Plans Committee akzeptiert. Es diente zur Beschreibung der Gesamtstrategie der 1. Phase eines globalen Krieges und diente als weitere Grundlage für die Streitkräfteplanung der Teilstreitkräfte.⁶⁵⁴ Diese Version wies im Vergleich zu den früheren Entwürfen einige signifikante Modifikationen auf. Die Gemeinsamkeiten aller Versionen von „**Pincher**“ bestehen aber aus folgenden Punkten:⁶⁵⁵

1. Eskalation des Krieges zu einem neuen Weltkrieg
2. Zentrale Bedeutung Großbritanniens als Ausgangspunkt von Luft- und Landoffensiven
3. Große Bedeutung der alliierten Position im Mittleren Osten
4. Aufgabe Westeuropas, das auch später nicht durch einen direkten Angriff zurückerobert werden sollte.

Im Gegensatz zu früheren Planungen wären nun die USA von Beginn der Kampfhandlungen an involviert. Während die Sowjetunion große militärische Erfolge durch die Einnahme Westeuropas, Nord-Chinas, Koreas und des Nahen Ostens (bis zum Suezkanal) zu verzeichnen hätte, würden die USA damit beginnen, ihre spezifischen Stärken aufzubauen und auszunützen:

1. die große Mobilisierungsfähigkeit ihrer personellen, materiellen und industriellen Ressourcen;
2. die Seeherrschaft auf den Weltmeeren und die damit verbundene Abschnürung der UdSSR vom Welthandel;
3. die Überlegenheit des Strategischen Luftkommandos (SAC) und die strategische Luftangriffsfähigkeit zur Zerstörung der sowjetischen Kriegsmaschinerie und Rüstungsproduktion;

⁶⁵⁴ vgl. Ross: a.a.O., S.32

⁶⁵⁵ vgl. Ross: a.a.O., S. 28f.

4. Unterstützung alliierter Staaten wie Großbritannien, Italien, Spanien, Türkei, China und Ägypten durch Rüstungslieferungen und Militärberater;
5. begrenzte Offensiven – mittels amphibischer Landungen – gegen vitale Gebiete der UdSSR wie das Donez –Gebiet und den Kaukasus.

In der Zeit vom August 1946 bis September 1947 wurde das strategische Konzept „**Pincher**“ durch eine ganze Reihe von detaillierten Regionalplänen ergänzt, auf die hier in ausgewählten Beispielen aufgrund ihrer Wichtigkeit eingegangen werden soll.⁶⁵⁶

Der unter dem Dach von „**Pincher**“ erstellte Regionalplan für West- und Nordeuropa vom 15.5.1947 ging von der Annahme aus, daß die Westeuropäer weder den Willen noch die Fähigkeiten zu einem ernsthaften Widerstand gegen die Sowjetunion haben würden. Mit Widerstand sei nur in den Benelux-Staaten sowie in Dänemark und Norwegen zu rechnen.⁶⁵⁷ Während Schweden und die Schweiz als neutral eingeschätzt wurden, galt die Situation in Frankreich als undurchsichtig. Vom Widerstand an der Seite der Alliierten über Neutralität bis hin zum offenen Bürgerkrieg schien alles möglich.⁶⁵⁸

Nicht viel besser sah die Situation in Westdeutschland, d. h. in der Bizone, der französischen Besatzungszone und in West –Berlin aus. Während Großbritannien in seiner Zone immerhin noch 4 Divisionen stationiert hatte, bestanden die amerikanischen Besatzungstruppen aus einer Infanteriedivision, 10 Regimentern der United States Constabulary, die hauptsächlich nur für Besatzungsaufgaben verwendungsfähig waren, und zwei selbständigen Infanteriebataillonen.⁶⁵⁹

⁶⁵⁶ im einzelnen handelt es sich um folgende Pläne (vgl. Ross: a.a.O., S. 34 – 57)

„Broadview“:	Regionalplan CONUS vom 5.8.1946.bzw. 24.10.1946
„Griddel“:	Verteidigung der Türkei vom 18.8.1946
„Makefast“:	strategische Luftkriegsführung gegen UdSSR vom September 1946
„Caldron“:	Regionalplan Naher Osten vom 2.11.1946
„Cockspur“:	Verteidigung Italiens vom 20.12.1946
ohne Codewort:	Regionalplan West- und Nordeuropa vom 15.5.1947
„Drumbeat“:	Regionalplan Iberische Halbinsel vom 4.8.1947
„Moonrise“:	Verteidigung des Nahen Ostens vom 29.8.1947
„Deerland“:	Regionalplan strategische Zugänge zu CONUS vom 30.9.1947
JCS 1725/1:	Plan für Streitkräftebedarf und Mobilisierung vom 13.2.1947
JWPC 486/7:	Mobilisierungsplan vom Juli 1947
JWPC 486/8:	Mobilisierungsplan vom 18.8. 1947

⁶⁵⁷ vgl. Ross: a.a.O., S.40

⁶⁵⁸ ebenda

⁶⁵⁹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 30

Obwohl der Kommandeur des seit dem 15.3.1947 geschaffenen European Command der US-Army – General Lucius D. Clay – ein Programm zur Steigerung der Einsatzbereitschaft initiiert hatte,⁶⁶⁰ wären diese Truppen niemals zu einem ernsthaften Widerstand in der Lage gewesen gegen die geschätzten 100 Divisionen und 7000 Flugzeuge, welche die Sowjetunion zum Einsatz hätte bringen können. Spätestens nach 60 Tagen hätte nach den Plänen der Stabschefs die Russen am Atlantik gestanden und Europa geräumt werden müssen.⁶⁶¹

Demgegenüber wurden gute Chancen gesehen, die Iberische Halbinsel am Rande der Pyrenäen zu verteidigen.⁶⁶²

Der Plan „Makefast“ vom September 1946 beinhaltete die amerikanische Luftkriegsstrategie. Er enthielt keinen Anhang über den Einsatz von Nuklearwaffen.⁶⁶³ Die Studie identifiziert das Transportsystem innerhalb der UdSSR als die Achillesferse der sowjetischen Kriegsmaschinerie. Für eine wirksame Unterbrechung dieses Systems wären ca. 1 Million Tonnen Bomben nötig, während es für eine Ausschaltung der sowjetischen Stahlindustrie 120000 t bedürfte. Insgesamt standen der US Air Force aber nur 40000 t Bomben zur Verfügung. Angriffe sollten auf 17 Städte innerhalb der Sowjetunion geflogen werden; hierbei kam den Bomberbasen im Mittleren Osten (hauptsächlich in der britischen Suezkanalzone) eine ebenso große Bedeutung zu wie den Basen auf den Britischen Inseln.⁶⁶⁴

Die Verteidigung dieser Basen und der Region des Mittleren Ostens wurde im Plan „Caldron“ vom 2.11.1946 festgelegt. Den 4 ½ britischen Divisionen würden nach Einschätzung der Vereinigten Stabschefs 85 sowjetische Divisionen gegenüberstehen, die zu gleichzeitigen Offensiven gegen Griechenland, die Türkei, den Irak und Iran antreten würden. Allerdings müßten diese Truppen auf nur eine einzigen Eisenbahnlinie in Richtung Ägypten bewegt werden.⁶⁶⁵ Der Suezkanal und die wichtigen Bomber-Basen sollten mit Hilfe nicht genauer spezifizierter Verstärkungen unter allen Umständen gehalten werden.⁶⁶⁶

⁶⁶⁰ vgl. Schraut: a.a.O., S. 28

⁶⁶¹ vgl. Ross: a.a.O., S. 40

⁶⁶² vgl. Ross: a.a.O., S. 43

⁶⁶³ vgl. Cohen: a.a.O., S. 17

⁶⁶⁴ ebenda

⁶⁶⁵ vgl. Cohen: a.a.O., S. 19

⁶⁶⁶ vgl. Ross: a.a.O., S. 38

Demgegenüber wurde im Fernen Osten keine andere Möglichkeit gesehen, als sich vom asiatischen Festland zurückzuziehen (China und Korea) und die Verteidigung Japans zu organisieren.⁶⁶⁷

Da das strategische Konzept „**Pincher**“ nur die erste Phase einer globalen Auseinandersetzung mit der UdSSR umfaßte, war es nötig, Pläne für eine Mobilisierung der amerikanischen Ressourcen sowie den weiteren Aufbau militärischer Stärke und den weiteren Kriegsverlauf zu erstellen. Der auf „**Pincher**“ aufbauende Rahmenplan JCS 1725/1 vom 13.2.1947 ging von der Annahme aus, daß Westeuropa, Griechenland, Teile Italiens, die Türkei, der Nahe Osten, Korea, die Mandschurei, Nord-China sowie die nördliche japanische Insel Hokkaido von sowjetischen Truppen besetzt wären.⁶⁶⁸

Die Vereinigten Stabschefs stellten sich danach den globalen Krieg in vier Phasen vor:

1. Die erste Phase, bis zum Ende des ersten Jahres würde aus dem Auffangen der sowjetischen Offensive und dem halten wichtiger Gebiete wie den britischen Inseln, Ägypten, Süd-Türkei, Zypern und Sizilien und der Mobilisierung auf eine Stärke von 45 Divisionen bestehen.⁶⁶⁹
2. Das zweite Kriegsjahr wäre hauptsächlich der Reduktion des sowjetischen Kriegspotentials durch die strategische Bombenoffensive und der Einnahme wichtiger Basen in Syrien und Anatolien sowie einer weiteren Mobilisierung auf 80 Divisionen gewidmet gewesen.
3. Die entscheidende Phase würde im dritten Kriegsjahr mit einer Offensive nach Südrußland mit Streitkräften, die dann aus 90 Divisionen bestünden
4. Die vierte Phase würde dann aus der Konsolidierung der eroberten Gebiete bestehen.

Im späteren Mobilisierungsplan JWPC 486/7 vom Juli 1947 war erstmals der Abwurf von 34 Atombomben auf 24 sowjetische Städte vorgesehen durch die 99 % der sowjetischen Flugmotoren-Industrie, 99 % der sowjetischen Panzerindustrie und 52 % der Erdölraffinerien zerstört werden sollten. Hierdurch wurde die Kapitulation der UdSSR nach

⁶⁶⁷ vgl. Ross: a.a.O., S. 45 f.

⁶⁶⁸ vgl. Ross: a.a.O., S. 55

⁶⁶⁹ vgl. Ross: a.a.O., S. 55 f.

einem Jahr für möglich gehalten.⁶⁷⁰ Auf jeden Fall würden die Anforderungen an eine Mobilisierung geringer werden; nach einem Jahr hätte die Heeresstärke nur auf 35 1/3 Divisionen steigen sollen.

Ihren Abschluß fanden die Planungen der „**Pincher**“-Serie im leicht modifizierten Mobilisierungsplan JWPC 486/8 vom 18.8.1947.⁶⁷¹

Ab Anfang 1947 systematisierten die Vereinigten Stabschefs das Planungsverfahren, indem sie drei Kategorien der strategischen Einsatzplanung einführten:

1. kurzfristige Notfallpläne (Short-Term-Emergency-Plans) für einen unmittelbar drohenden Krieg mit den jeweils aktuell verfügbaren Streitkräften;
2. mittelfristige Pläne für einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahren
3. langfristige Pläne mit einer Zukunftsperspektive von 10 Jahren⁶⁷²

Der Notfallplan „Broiler“/„Frolic“

In dieser geschichtlichen Phase ist der Kalte Krieg durch die Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 in seine quasi offizielle Phase getreten. Auf organisatorischem Gebiet wurden die sicherheitspolitischen Institutionen der USA durch den National Security Act vom 26.7.1947 der neuen Lage angepaßt (in Kraft 17.9.1947). Im einzelnen wurden folgende Veränderungen vorgenommen⁶⁷³:

- es wurde der Nationale Sicherheitsrat als höchstes Beratungsgremium für den Präsidenten eingerichtet. Ihm gehören der Präsident, der Verteidigungsminister, die drei Minister der Teilstreitkräfte, der nationale Sicherheitsberater und weiter Vertreter des Defense Establishments an, die vom Präsidenten ernannt wurden;
- es wurde ein Verteidigungsministerium eingerichtet, das nun das Heeresministerium, das Marineministerium und das neue Luftwaffenministerium vereinigt. Der neue Verteidigungsminister wurde zum Vorgesetzten der drei Teilstreitkraftminister (erst 1949 eingeführt);

⁶⁷⁰ vgl. Ross: a.a.O., S. 57

⁶⁷¹ ebenda

⁶⁷² vgl. Schraut: a.a.O., S. 59

⁶⁷³ vgl. Russell F. Weigley: The American Way of War, reprint, Bloomington, New York, 1977, S. 374 f.

- es wurde die Organisation der Vereinigten Stabschefs institutionalisiert mit den drei Stabschefs der Teilstreitkräfte und dem Commandant of the Marine Corps mit einem Vorsitzenden an der Spitze. Diesem Gremium wurde ein Stab von ca. 100 Offizieren zugeordnet;⁶⁷⁴
- es wurde eine zentrale Koordinierungs-Organisation für die Koordinierung aller Nachrichten-Beschaffungsmaßnahmen und damit auch ein zentraler Nachrichtendienst, die CIA, eingerichtet.
- Die Luftwaffe wurde eine eigenständige Teilstreitkraft und somit aus dem Heer ausgegliedert.

Im fortschreitenden Planungsprozess wurde am 29.8.1947 das Joint Strategic Plans Committee von den Vereinigten Stabschefs angewiesen, einen Notfallplan auf der Grundlage des strategischen Konzepts „**Pincher**“ zu erstellen. Die Planung sollte mit den am 1.3.1948 verfügbaren Streitkräften erfolgen. Die Planer stellten daraufhin am 8.11.1947 den Notfallplan „**Broiler**“ (JSPG 496/1) fertig.⁶⁷⁵

Die Wirksamkeit von „**Broiler**“ beruhte nun ganz entscheidend auf der frühen Effektivität der strategischen Luftoffensive und dem Einsatz von Nuklearwaffen.⁶⁷⁶

Wie bei den vorangegangenen Kriegsplänen fehlten auch hierbei Vorgaben der politischen Führung; auch wurden keine verbindlichen Kriegsziele formuliert. Lediglich von der Planungsgruppe selbst wurden vage Ziele formuliert, wie die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses auf die Grenzen von 1939 und die Zerschlagung der sowjetischen Rüstungsindustrie.⁶⁷⁷ Obwohl weiterhin den Militärs der Inhalt der atomaren Arsenale der USA unbekannt war, weist der Plan doch eine entscheidende Abstützung auf die atomare Kriegführung des Strategischen Luftkommandos (SAC) auf. Er war somit auch Ausdruck der konventionellen Schwäche der US-Streitkräfte. In der Planung von „**Broiler**“ wurden noch mehr Gebiete von den alliierten Streitkräften geräumt, als in der strategischen Vorgabe der „**Pincher**“-Serie. Innerhalb eines halben Jahres wurde damit gerechnet, daß die UdSSR ganz Europa von Norwegen bis Gibraltar, Sizilien und Kreta

⁶⁷⁴ zur Organisation des sicherheitspolitischen Apparates der USA nach dem Goldwater – Nichols Act von 1986 s. William V. Kennedy: The US Defense Organization, in: o.A.: The Modern US War Machine, New York 1987, S. 30 – 41

⁶⁷⁵ vgl. Ross: a.a.O., S. 61

⁶⁷⁶ vgl. Maurice L. Mallin: Tanks, Fighters and Ships, US conventional Force Planning since World War II, Washington, New York u.a. 1990, S. 26 f.

⁶⁷⁷ vgl. Schraut: a.a.O., S. 63

besetzt. Auch die Türkei, der Nahe Osten, Korea, die Mandschurei und Nordchina sollten der Sowjetunion ohne größeren Widerstand zunächst einmal überlassen werden.⁶⁷⁸

Somit war das folgende strategische Vorgehen geplant:

- Sicherung und Verteidigung der USA als Mobilisierungsgebiet,
- Sicherung bzw. Gewinnung von Basen zur Durchführung der strategischen Bomberoffensive,
- Sicherung und Verteidigung der Britischen Inseln – bei schnellstmöglichem Rückzug vom europäischen Festland,⁶⁷⁹
- Rückzug vom asiatischen Festland und Aufbau einer Verteidigung in Japan,
- Ausübung der Seeherrschaft, Blockade der sowjetischen Häfen und Sicherung der eigenen Seeverbindungen (SLOCs),
- Durchführung der strategischen konventionellen und atomaren Bombenoffensive gegen die UdSSR.

Die atomare Zielliste ist bis heute geheim, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit bestand sie aus den gleichen Zielen wie sie der Mobilisierungsplan JWPC 486/7 enthielt (34 Waffen auf 24 Städte). Später wären auch atomare Angriffe auf Ziele in den Satellitenstaaten der UdSSR und in besetzten Gebieten vorgesehen gewesen.⁶⁸⁰ Durch den Angriff auf Städte sollten einerseits industrielle Ziele und Regierung-Ziele zerstört werden, andererseits sollte damit eine nachhaltige psychologische Wirkung bei der Bevölkerung erzielt werden. Die Planer machten sich dadurch Hoffnung auf eine schnelle Kapitulation der Sowjetunion.⁶⁸¹ Da es nun wenig wahrscheinlich erschien, daß die Bomberbasen am Suezkanal gehalten werden könnten, wurden Alternativen in Pakistan im Raum Karatschi, Lahore, Peschawar favorisiert.

Falls es dennoch gelingen sollte, den Suezkanal zu halten, könnte frühestens nach 10 Monaten⁶⁸² eine Landoffensive zur Wiedergewinnung der wichtigen Ölfelder im Nahen Osten beginnen. Hierzu sollten 13 amerikanische und 5 britische Divisionen zunächst in den Irak und später nach Kuwait und Bahrain vorstoßen. Sollte die Sowjetunion trotz

⁶⁷⁸ vgl. Ross: a.a.O., S. 64

⁶⁷⁹ vgl. Ross: a.a.O., S. 66

⁶⁸⁰ vgl. Ross: a.a.O., S. 69

⁶⁸¹ ebenda

⁶⁸² vgl. Schraut: a.a.O., S. 63

des fortgesetzten strategischen Luftkrieges Widerstand leisten, könnte nach ca. 18 Monaten über die Türkei eine Invasion der Ukraine und Süd-Rußlands erfolgen.

Am 9.3.1948 genehmigten die Vereinigten Stabschefs eine revidierte Fassung des Plans „**Broiler**“ als Grundlage für weiterer Planungen; daraufhin wurde er am 17.3.1948 unter dem Namen „**Frolic**“ dem Verteidigungsminister vorgelegt.

Der Plan „**Frolic**“ wurde aber nicht einhellig innerhalb der Planungsstäbe oder den höheren Kommandos begrüßt. In einer Stellungnahme vom 19.3.1948 listete die Joint Logistic Plans Group ein Reihe von Defiziten auf, die der Durchführung dieses Plans im Wege ständen. Vor allem ein Mangel an Schiffstransportkapazität und an Pionier-Truppen wurde aufgeführt.

Am schwersten wogen aber die politischen Einwände Admiral Denfields, dem „Chief of Naval Operations“ (Stabschef der Marine). Er bewertete den Plan als unzureichend. Ein freiwilliger Verlust Westeuropas, der Seewege im Mittelmeer, der Ölfelder im Nahen Osten ohne Kampf sei für die amerikanische Außenpolitik inakzeptabel,⁶⁸³ zumal dies eine schwere Entmutigung der Europäer und der Türken bedeuten würde.⁶⁸⁴ Er bezweifelte ebenfalls, daß die UdSSR allein wegen des Abwurfs von Atombomben kapitulieren würde. Vielmehr sollte zusammen mit den Europäern eine Verteidigung am Rhein aufgebaut werden.⁶⁸⁵

Der Stabschef der Luftwaffe, General Spaatz, stimmte im in seiner Kritik zu, sprach sich aber dafür aus, „**Frolic**“ dennoch als Notfallplan in Kraft zu setzen und gleichzeitig die Planung mit den westeuropäischen Nationen zu intensivieren.⁶⁸⁶

Der Langzeitmobilisierungsplan „Charioteer“

Auch für den möglichen zukünftigen Krieg mit der UdSSR prognostizierten die US-Planer eine massive konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion, so daß nur ein massiver Einsatz strategischer Luftmacht (konventionell und nuklear) zu einem Sieg führen würde. Der Mobilisierungsplan „**Charioteer**“, der am 3.12.1947 vom Joint War Plans Committee den Vereinigten Stabschefs vorgelegt wurde und von ihnen als Grundlage

⁶⁸³ vgl. Schraut: a.a.O., S. 64

⁶⁸⁴ vgl. Ross: a.a.O., S. 72

⁶⁸⁵ vgl. Ross: a.a.O., S. 73

⁶⁸⁶ ebenda

für weitere Planungen am 10.12.1947 genehmigt wurde, ging vom Beginn der Kampfhandlungen im Jahre 1955 aus und sollte die ersten sechs Monate eines weltweiten Konfliktes abdecken.⁶⁸⁷

Zwar würde Militärhilfe der USA die Fähigkeit der Alliierten wie Griechenland, Türkei und Frankreich zum Widerstand verbessern, aber dennoch könnte die UdSSR mit ihren Satellitenstaaten ganz Westeuropa, Teile des Nahen Ostens, die Mandschurei und Nord-China besetzen. Auch sei mit atomaren Angriffen der Sowjetunion zu rechnen, da sie in der Zwischenzeit eine begrenzte Anzahl von Atomwaffen produziert hätte.⁶⁸⁸

Die Militärstrategie der USA bestünde hauptsächlich darin, die Vereinigten Staaten selbst und wichtige Luftwaffenstützpunkte wie Großbritannien, Grönland, Island, die Suezkanalzone, Pakistan, Okinawa oder Japan zu sichern. Die Strategie baute auf den (1948 eingeführten) Langstreckenbomber B-36 auf, der mit einem Aktionsradius von ca. 6400 km russische Produktions- und Lagerstätten für Atomwaffen, politische – und administrative Zentren, Forschungszentren und industrielle Ziele angreifen sollte. Diese Offensive sollte so schnell als möglich nach Ausbruch der Kampfhandlungen beginnen und sah für die ersten 30 Tage – neben den Einsatz konventioneller Bomben – den Abwurf von 133 Atomwaffen auf 70 sowjetische Städte vor. Hiervon sollten allein acht auf Moskau und sieben auf Leningrad abgeworfen werden.⁶⁸⁹ Hätte die Sowjetunion nach sechs Monaten noch nicht kapituliert, wurden Offensiven durch Heerestruppen oder amphibische Landungen ins Auge gefaßt. Nach einer Kapitulation wäre die UdSSR auf die Grenzen von 1939 reduziert und ein Besatzungsregime installiert worden, das dafür Sorge tragen würde, daß eine zukünftige russische Regierung kein aggressiven Absichten hegen würde.

Der Plan „**Charioteer**“ drückte die Grundüberzeugung der militärischen Planer aus, daß angesichts eines weiter schrumpfenden Verteidigungsetats⁶⁹⁰ und der damit verbun-

⁶⁸⁷ vgl. Schraut: a.a.O., S. 61

⁶⁸⁸ vgl. Ross: a.a.O., S.60

⁶⁸⁹ vgl. Desmond Ball: Targeting for Strategic Deterrence, Adelphi- Paper Nr. 185, London, Sommer 1983, S. 5

⁶⁹⁰ Die Erringung der Mehrheit durch die Republikanische Partei in den Kongreßwahlen vom November 1946 war Ausdruck des amerikanischen Volkes, zu Ruhe und Normalität zurückzukehren. Dies war mit dem Wunsch nach Steuersenkungen verbunden. Präsident Truman, der sich seine Chancen für eine Wiederwahl im November 1948 nicht verbauen wollte, trug dieser Stimmung Rechnung, indem er eine strikte Begrenzung der Verteidigungsausgaben durchführte. Für das Fiskaljahr 1947 begrenzte er die Ausgaben auf 14,4 Mrd. \$, während in den Haushaltsansätzen für 1948 nur 11,7 Mrd. \$ und für 1949 11 Mrd. \$ vorgesehen waren. vgl. Weigley: a.a.O., S. 373

denen konventionellen Schwäche die atomare Luftkriegführung zum Kernstück der Militärstrategie werden sollte.

Der Langzeitplan „Bushwacker“

Schon kurz nach der Fertigstellung von „**Charioteer**“ war die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer deutlicher geworden; auch in der Folgezeit war nach Ansicht der Planer nicht mit einer Verbesserung der finanziellen Situation der Streitkräfte zu rechnen. Besonders das Munitions Board erhob Einspruch gegen den Plan. Daraufhin stellten die Planer des Pentagon bis zum 8.3.1948 den Langzeitplan „**Bushwacker**“. Er ging von der Annahme aus, daß ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und dem Commonwealth mit der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten am 1.1.1952 ausbrechen würde. Das Ergebnis der Planungsarbeiten sollte sich aber als noch unrealistischer erweisen, so daß die Vereinigten Stabschefs nicht geneigt waren, auf der Grundlage von „**Bushwacker**“ zu handeln.⁶⁹¹

Der Plan ging von der Annahme aus, daß sich die politisch/ökonomische Situation im Jahre 1952 nicht wesentlich von der im Jahre 1948 unterscheiden würde. Zwar wäre Großbritannien hinlänglich stark und seine imperiale Position ungefährdet, aber Westeuropa wäre schwach und geteilt, während der chinesische Bürgerkrieg noch im Gange sei. Wie alle Pläne bisher ging er auch von der Annahme aus, daß die UdSSR kein Interesse habe, einen großen Krieg zu beginnen, daß er aber dennoch ausbrechen können, wenn die Sowjetunion bei einer kleineren Aktion den westlichen Widerstandswillen unterschätzen würde.⁶⁹² Auch jetzt waren von der politischen Führung keine Kriegsziele definiert. Die Militärs sahen in dem Plan zwar nicht ausdrücklich die bedingungslose Kapitulation der UdSSR vor, der Krieg sollte zu inneren Bedingungen führen, die eine zukünftige Aggression ausschlossen.⁶⁹³

1952 hätte die Sowjetunion ihre militärische Macht weiter verstärkt: Sie besäße 110 stehende Divisionen und könnte nach einem halben Jahr 500 Divisionen ins Feld führen. Sie besäße zwar noch keine Atombomben, aber radiologische Waffen und ca. 1600 Langstreckenbomber Tu-4/B-29, um damit die USA anzugreifen.

⁶⁹¹ vgl. Ross: a.a.O., S. 87

⁶⁹² vgl. Ross: a.a.O., S. 81

⁶⁹³ vgl. Ross: a.a.O., S. 82

Angesichts einer solchen konventionellen Überlegenheit wäre die UdSSR rasch in der Lage, weite Teile Westeuropas, des Nahen Ostens und des Fernen Ostens zu besetzen; sogar Island und Grönland könnten von ihr besetzt werden.⁶⁹⁴ Allerdings würden die sowjetischen Mobilisierungsmaßnahmen den USA nicht verborgen bleiben, so daß eine strategische Vorwarnzeit existierte.

Das neue Element im Plan „**Bushwacker**“ war das größere Erfordernis von präsenten und einsatzbereiten Streitkräften, die eine wesentliche Steigerung des Verteidigungshaushaltes erforderlich gemacht hätten.⁶⁹⁵

Die strategischen Hauptaufgaben der USA würden folgende sein:

1. Schutz der Rüstungsindustrie und der strategischen Basen in den USA,
2. Schutz der See-, Land – und Luftverbindungswege zu den Alliierten,
3. Führung des strategischen Luftkrieges gegen die UdSSR,
4. materielle Unterstützung der Alliierten,
5. Zerstörung der gegnerischen See- und Luftstreitkräfte,
6. psychologische Kriegführung,
7. Mobilisierung von Landstreitkräften, falls die UdSSR durch den Luftkrieg nicht zur Kapitulation gezwungen werden könnte.

Die Planer nahmen an, daß der Krieg in drei Phasen ablaufen würde:

- die ersten 16 Tage, bis die US-Luftoffensive beginnen würde mit dem Schutz der vitalen Basen,
- die Phase der US-Luftoffensive von unbestimmter Dauer,
- die Phase vom Höhepunkt der Luftoffensive bis zum Ende der Kampfhandlungen; ebenfalls von unbestimmter Dauer.

Alle Operationen in den ersten beiden Phasen wären von präsenten Kräften durchzuführen

⁶⁹⁴ ebenda

⁶⁹⁵ vgl. Ross: a.a.O., S. 86

Vor allem der Marine und der Marineinfanterie käme in der Anfangsphase die Aufgabe zu, Island und Grönland vor sowjetischer Besetzung zu schützen. Diese Inseln sollten nötigenfalls auch ohne Zustimmung der jeweiligen Regierungen von US-Streitkräften besetzt werden. Von diesen Basen könnten ebenfalls strategische Luftschläge gegen die UdSSR geführt werden, wie sie schon von Beginn der Kampfhandlungen an von Basen in den USA und kurz darauf aus Großbritannien und Okinawa begonnen hätten. Weitere Basen sollten an der Gold Küste in Afrika, im Sudan, in Aden und Nord Indien errichtet werden.⁶⁹⁶

Mit dieser Luftoffensive sollte nicht nur der sowjetischen Kriegsmaschinerie schwerer Schaden zugefügt werden, sondern auch eine entscheidende psychologische Wirkung bei der sowjetischen Bevölkerung erzielt werden.

Als hauptsächliche Ziele wurden Atomwaffenlager – und Produktionsstätten, Regierungszentren, Industriekomplexe, die Öl-Industrie, die Flugzeugindustrie, die Eisen- und Stahlindustrie, das Transportsystem, die Energieversorgung sowie U-Boot-Basen angesehen. Hierzu wären 17 schwere und 11 mittlere Bombergruppen ausersehen, die mit Hilfe von Luftbetankungen alle Ziele in der UdSSR erreichen würden.

Die Bodenoperationen würden sich hauptsächlich auf den Nahen Osten konzentrieren und zum Ziel haben, in enger Koordination mit den Briten die Ölquellen wieder in alliierten Besitz zu bringen. Trägerflugzeuge aus dem östlichen Mittelmeer und Sabotage-teams würden den sowjetischen Vorstoß in der Levante und der Golfregion verlangsamen. Nach sechs Monaten sollten drei britische und 10 amerikanische Divisionen in der Golfregion versammelt werden können. Sollte sich der Krieg länger als 1 ½ Jahre hinziehen, würde die US-Army wie im Zweiten Weltkrieg bis auf eine Stärke von 90 Divisionen aufgerüstet werden. Mit ihrer Hilfe, sollten Basen erobert werden, von denen aus auch eine Invasion erfolgen könnte, die aber durch den „**Bushwacker**“-Plan nicht abgedeckt wurde.

⁶⁹⁶ vgl. Ross: a.a.O., S. 83

Der Notfallplan „Crankshaft“

Im Bestreben, einen Notfallplan auszuarbeiten, der von allen Teilstreitkräften akzeptiert werden würde, legte die Joint Strategic Plans Group dem Joint Strategic Plans Committee am 11.5.1948 eine revidierte Fassung des „Broiler“/„Frolic“-Notfallplans vor. Er legte die Streitkräfte zugrunde, die am Beginn des Fiskaljahrs 1949 existierten. „Crankshaft“ wies viele Ähnlichkeiten mit den vorangegangenen Plänen auf – wie z. B. die drückende konventionelle Übermacht der Sowjetunion, die Eroberung weiter Teile Europas und fast kampfloser Rückzug aus ihnen, Aufgabe des Nahen Ostens (jetzt sogar auch die Suezkanalzone) und Asiens innerhalb eines halben Jahres sowie den Schwerpunkt auf einer konventionellen und atomaren strategischen Luftoffensive.

Nach neun Monaten Luftoffensive rechnete der Plan mit zwei Alternativen:

Entweder mit der Kapitulation der UdSSR oder mit der Notwendigkeit von Bodenoperationen. Diese sollten zunächst darauf gerichtet sein, das Erdöl im Nahen Osten wieder unter alliierte Kontrolle zu bringen, um einen längeren Krieg durchstehen zu können. Ausgehend vom pakistanischen Karatschi sollte eine amphibische Landung im iranischen Bandar Abbas (an der Straße von Hormuz) erfolgen und schließlich ein weiterer Vorstoß über Bahrain in das Gebiet Kuwait-Basra stattfinden. Von dort aus sollten getrennte Vorstöße nach Teheran und in die Türkei erfolgen.⁶⁹⁷

Im weiteren Verlauf des Krieges waren Offensiven, ausgehend von Nordafrika über die Ägäis ins Schwarze Meer und in die Ukraine vorgesehen.

Beim Notfallplan „Crankshaw“ wurde erstmals ernsthaft die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß die UdSSR nicht durch die strategische Luftoffensive allein kapitulationsbereit gebombt werden könnte und daß ein langer Krieg mit Landstreitkräften zu führen sei. Die Logistik für solch einen Krieg wurde allerdings in diesem Plan vernachlässigt.⁶⁹⁸

⁶⁹⁷ vgl. Ross: a.a.O., S.88

⁶⁹⁸ vgl. Ross: a.a.O., S.89

Die Notfallpläne „Halfmoon“, „Fleetwood“ und „Trojan“

Einen entscheidenden Einfluß auf die Weiterentwicklung der amerikanischen Militärstrategie brachte das Frühjahr 1948 mit dem kommunistischen Umsturz in Prag am 25.2.1948 und der daraufhin erfolgten Gründung des Brüsseler Paktes am 17.3.1948, in dem sich England, Frankreich und die Benelux-Staaten zu einem Verteidigungsbündnis zusammenschlossen. Dieses Verteidigungsbündnis der Westeuropäer wurde in Washington mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits wurde es als Integration der Europäer auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und als Übernahme von Eigenverantwortung begrüßt, andererseits sah man darin eine Verstärkung zu einer sicherheitspolitischen Einbindung der USA, der noch weite Kreise der politischen Klasse ablehnend gegenüberstanden.⁶⁹⁹ Nach dem Prager Putsch war aber den Militärplanern im Pentagon klar geworden, daß die wirtschaftliche Gesundung Europas allein nicht ausreichen würde, sondern diese eines militärischen Korsetts bedurfte.⁷⁰⁰

Daraufhin initiierte das Joint Plans Committee Stabsgespräche mit dem britischen und dem kanadischen Generalstab. Es war den Amerikanern durchaus klar, daß sie den gültigen Notfallplan nicht als Grundlage hierfür nehmen konnten, da er keinerlei Hoffnung und Perspektive für die Europäer bot.⁷⁰¹ In ihrem Dokument JSPC 876 vom 21.4.1948 nahmen die US-Planer einen quasi revolutionären Satz für die amerikanische Militärstrategie auf: „Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten werden so geschickt kämpfen und verzögern, wie es ihnen ihre Mittel gestatten, aber sie werden nicht von vornherein den Rückzug antreten.“⁷⁰² Sie forderten daher, daß die in Deutschland und Österreich stehenden Besatzungstruppen in effektive Kampfverbände umgliedert werden sollten.

JSPC 876 begründete damit aber noch keine neue Strategie, da es auf der Arbeitsebene der Militärplaner erstellt wurde und insbesondere die späten 40er Jahre von großen Rivalitäten der Teilstreitkräfte untereinander gekennzeichnet waren – bis hin zu der sogenannten „Revolte der Admirale“ im Oktober 1949.⁷⁰³ Die Vordenkerrolle bei diesem Strategiewechsel hatte die US-Army und hier insbesondere der Direktor der Planungs-

⁶⁹⁹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 38

⁷⁰⁰ vgl. Schraut: a.a.O., S. 66

⁷⁰¹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 67

⁷⁰² zitiert nach Schraut: a.a.O., S. 67

⁷⁰³ zu den Rivalitäten der US-Teilstreitkräfte vgl. Weigley: a.a.O., S.369 – 379

abteilung, General Albert Wedemeyer, mit seinem Memorandum vom 21.3.1948 „Koordination der amerikanisch-westeuropäischen militärischen Kräfte zur Abwehr des sowjetischen Kommunismus“ übernommen.⁷⁰⁴

Der neue Notfallplan mit den im Fiskaljahr 1949 verfügbaren Streitkräften erhielt den Namen „**Halfmoon**“⁷⁰⁵ und wurde am 19.5. 1948 von den Vereinigten Stabschefs als Richtlinie für die „unified and specified commanders“ gebilligt und deckte die ersten 12 Monate einer globalen Auseinandersetzung ab.⁷⁰⁶

Wie bei allen bisherigen Plänen konnten die Planer nicht auf politische Vorgaben bauen. Zum Zwecke der Planung setzten sie die Ziele: Reduktion der Sowjetunion auf die Grenzen von 1939 und Verhinderung weiterer Aggressionen; eine bedingungslose Kapitulation wurde zwar nicht ausdrücklich anvisiert, doch kamen die Bedingungen einer Unterwerfung recht nahe.⁷⁰⁷

Neben Großbritannien und den Dominions wurden nun auch Frankreich, die Benelux – Staaten, Spanien, die Türkei und Norwegen als Widerstand leistende Staaten angesehen. Als sowjetische Stoßrichtungen wurden Westeuropa mit einer Luftoffensive gegen Großbritannien, der Nahe Osten sowie in China und Korea angenommen; auch mit der Unterbrechung der atlantischen Zufuhrwege durch U-Boot wurde gerechnet.

Erstmals sah der Plan einen kämpfenden Rückzug der amerikanischen Besatzungstreiber in Deutschland vor.⁷⁰⁸ Nach dem Rückzug bis zum Rhein, sollte ab dort ein Verzögerungsgefecht geführt werden, bei dem sich die Truppen langsam zu einem Kanalfen oder die Pyrenäen zurückziehen sollten, um sich von dort aus nach Großbritannien oder die USA einzuschiffen. Hierdurch sollten die Westeuropäer ihrerseits zu größerem Widerstand motiviert werden.⁷⁰⁹ Wie in der bisherigen Militärstrategie waren die strategische Luftoffensive und die Mobilisierung aller kriegswichtigen Ressourcen die Kernpunkte der Militärstrategie, da glaubhafte konventionelle Alternativen fehlten. Ab dem 15. Tag sollte diese von Basen in Großbritannien, der Suezkanalzone und Okinawa aus beginnen. Island und die Azoren wären zu besetzen. Nach einem Jahr (nicht mehr von

⁷⁰⁴ vgl. Schraut: a.a.O., S. 69

⁷⁰⁵ JCS 1844/4 vom 6.5.1948 (vgl. Ross: a.a.O., S. 99)
JCS 1844/13 vom 21.7.1948 (vgl. Schraut: a.a.O., S. 73)

⁷⁰⁶ vgl. Ross: a.a.O., S. 90

⁷⁰⁷ vgl. Schraut: a.a.O., S.73

⁷⁰⁸ vgl. Ross: a.a.O., S. 91

⁷⁰⁹ vgl. Schraut: a.a.O., S.74 f.

„**Halfmoon**“ abgedeckt) wären genügend Truppen aufgestellt, um damit den Seeweg durch das Mittelmeer wieder zu öffnen und Sizilien zurückzuerobern. Nach zwei Jahren hofften die Planer der Vereinigten Stabschefs die Wiedergewinnung des Öls des Nahen Ostens abgeschlossen zu haben.⁷¹⁰

Am 22.7.1948 erging die Weisung der Vereinigten Stabschefs an alle Kommandobereiche der US-Streitkräfte, den Plan „**Halfmoon**“ in ihren entsprechenden Planungen umzusetzen.⁷¹¹

Schließlich stellte das Joint Strategic Plans Committee am 14. 10.1948 eine revidierte Fassung mit der Codebezeichnung „**Fleetwood**“ fertig. Hierin wurden nun die Tschechoslowakei, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland und Nord-China zu den Verbündeten der UdSSR gezählt. Zu den westlich orientierten Staaten wurden nun die Bizone, Finnland, Österreich, Italien, Griechenland, der Iran und Südkorea gezählt.⁷¹²

Schon vor der Zusendung von „**Halfmoon**“ hatte das US-Hauptquartier in Heidelberg am 16.6.1948 eine neue Joint Operations Order (JOO) ausgearbeitet, die erstmals auf dem Verteidigungsgedanken der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland beruhte.⁷¹³

In dieser JOO sah General Clay vor, am West – und Ostufer des Rheins eine Verteidigungslinie aufzubauen, die Verbindung zu den befreundeten Streitkräften der Mächte des Brüsseler Paktes an den Flanken herzustellen und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ein Verzögerungsgefecht zu führen. Zur Erhöhung ihrer Kampfkraft wurden die Einheiten der US-Constabulary entsprechend umgegliedert.⁷¹⁴ Mitte November wurde eine Revidierte Fassung der JOO fertiggestellt, die nun auf den Vorgaben von „**Halfmoon**“/„**Fleetwood**“ beruhte und sich hauptsächlich durch einen aktualisierten Feindlagebericht unterschied. Während bei diesen Globalplänen der kämpfende Rückzug zu den Kanalhäfen im Vordergrund stand, legte die JOO des USAREUR-Oberbefehlshaber den Schwerpunkt auf die Verteidigung an der Rhein-Linie. Hierdurch sollte Zeit für eine Mobilisierung der US-Streitkräfte gewonnen werden, durch die dann

⁷¹⁰ vgl. Ross: a.a.O., S. 93

⁷¹¹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 76

⁷¹² vgl. Ross: a.a.O., S.94

⁷¹³ vgl. Schraut: a.a.O., S. 85

⁷¹⁴ vgl. Schraut: a.a.O., S. 86 f.

die britischen und französischen Streitkräfte auf dem Kontinent verstärkt werden könnten.⁷¹⁵

Am 28.1.1949 schließlich legten die Pentagon Planer eine revidierte Fassung von „**Halfmoon**“/„**Fleetwood**“ mit der Code-Bezeichnung „**Trojan**“ vor, die sich hauptsächlich durch eine weitere Kategorisierung von Staaten als alliierte Mächte und eine Anlage die nukleare Kriegführung betreffend, unterschied.

Nun wurden auch Italien, Griechenland, Island, Irland und die Philippinen als kriegführend auf alliierter Seite angesehen.

In der von der US-Air Force verfassten Anlage zur Nuklearkriegführung wurde der Abwurf von 133 Atomwaffen auf 70 Städte vorgesehen, die hauptsächlich Ziele der Rüstungs- und Erdölindustrie aufwiesen.⁷¹⁶

„**Trojan**“ stieß aber auf einhellige Kritik bei den Stabschefs der Teilstreitkräfte. Sie kritisierten hauptsächlich, daß die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht zur Erfüllung des Planes ausreichen. Vor allem der Mangel an Pioniereinheiten zur Konstruktion von Bomberbasen im Nahen Osten und von Radar-Technikern wirkten sich besonders negativ aus. Auch die US-Army hatte schwere Defizite an Personal und Material zu verzeichnen. Ihr Stabschef, General Bradley, schlug daher die Erstellung eines neuen Notfallplanes vor, in dem vor allem die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten – der Abschluß des Brüssler Paktes und die Gründung der NATO am 4.4.1949 – berücksichtigt sein sollten;⁷¹⁷ noch konnte er sich aber nicht bei den Stabschefs der anderen Teilstreitkräfte durchsetzen.⁷¹⁸

Der Notfallplan „Offtackle“

Am 25.2.1949 forderte der amtierende Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Eisenhower, in einer Direktive, einen Verteidigungsplan, der die Rhein-Linie in die Verteidigung mit einbezieht oder falls dies nicht möglich sein sollte, zumindest die Erhaltung eines Brückenkopfes auf dem europäischen Kontinent.⁷¹⁹ Die daraufhin von den Vereinigten Stabschefs erlassenen Richtlinien vom 26.4.1949 forderten vom Joint Stra-

⁷¹⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 89 f.

⁷¹⁶ vgl. Ross: a.a.O., S. 97

⁷¹⁷ vgl. Ross: a.a.O., S. 97 f.

⁷¹⁸ vgl. Schraut: a.a.O., S. 97

tegic Plans Committee einen Notfallplan, der die ersten zwei Jahre eines Konfliktes mit der UdSSR abdecken sollte, der am 1.7.1949 ausbrechen würde.

Erstmals konnten sich die Planer auf konkrete politische Vorgaben stützen, wie sie in dem Grundsatzdokument des Nationalen Sicherheitsrates NSC 20/4 „Absichten und Möglichkeiten der UdSSR“ vom 23.11.1948 enthalten waren.⁷²⁰ Hiernach würde ein Krieg dadurch ausbrechen, daß sich die UdSSR zu einem militärischen Abenteuer hinreisen ließe, indem sie den westlichen Widerstandswillen unterschätzen würde. Als Kriegsziel wurde die Verkleinerung des Einflusses und die Zurückdrängung auf das traditionelle russische Einflußgebiet genannt, so daß die Sowjetunion keine Gefahr für Frieden und Stabilität in Eurasien darstellt.

Die Fähigkeiten der UdSSR wurden dahingehend bewertet, daß sie in der Lage wäre, innerhalb von sechs Monaten weite Teile des Nahen Ostens und Europas zu besetzen. Es wurde aber unterstellt, daß die Sowjetunion wahrscheinlich erst 1953 in der Lage wäre, Atomwaffen herzustellen.⁷²¹

Nachdem Präsident Truman am 23.9.1949 der Weltöffentlichkeit bekannt gegeben hatte, daß die Sowjetunion am 29.8.1949 erstmals eine Atombombe getestet⁷²² hatte, wurde in dem am 8.11.1949 fertiggestellten Notfallplan „**Offtackle**“ davon ausgegangen, daß beide Seiten Atomwaffen zum Einsatz bringen würde, da das Pentagon davon ausging, daß die UdSSR Ende 1950 ca. 30 Atomwaffen besitzen würde.⁷²³

Die USA planten für gleichzeitige Angriffe der UdSSR in Westeuropa, dem Nahen Osten, Ostasien und möglicherweise Ablenkungsangriffe auch auf Alaska und Kanada.⁷²⁴

Nach Ansicht der US-Planer würde eine Auseinandersetzung in vier Phasen ablaufen:

- In der ersten Phase, welche die ersten drei Monate umfaßt, würden die Streitkräfte der USA wichtige Basen wie Großbritannien, Nordafrika und Ägypten, Japan und Okinawa sowie Taiwan und die Philippinen schützen sowie die Azoren und Island besetzen. Unmittelbar nach dem sowjetischen Angriff würde auch die strategische Luftoffensive beginnen, deren nuklearer Teil aus dem Abwurf von 220 Atombom-

⁷¹⁹ vgl. Cohen: a.a.O., S. 25

⁷²⁰ vgl. Cohen: a.a.O., S. 9 f.

⁷²¹ vgl. Cohen: a.a.O., S. 10

⁷²² vgl. John Newhouse: Krieg und Frieden im Atomzeitalter; München 1990, S. 110

⁷²³ vgl. Ross: a.a.O., S. 113

⁷²⁴ ebenda

ben auf 104 Städte mit Hilfe 120 nuklearfähiger Bomber bestehen würde. Hierdurch sollten die wichtigen Teile der sowjetischen Kriegsmaschinerie ausgeschaltet werden und somit der Vormarsch der sowjetischen Landstreitkräfte verlangsamt werden. Zweiundsiebzig Bomben sollten in Reserve gehalten werden.⁷²⁵ Für Westeuropa hielten die US-Planer in „**Offtackle**“ zwei alternative Szenarien für möglich: Entweder es gelänge, einen signifikanten Brückenkopf in Frankreich zu halten, oder nach dem Rückzug vom Kontinent sollte eine möglichst schnelle Re-Invasion erfolgen.⁷²⁶

- Die zweite Phase würde den Zeitraum vom 4. bis zum 12. Monat umfassen: Hier sollte die Luftoffensive fortgesetzt werden und gleichzeitig die Mobilisierungsmaßnahmen intensiviert und Landstreitkräfte für eine Invasion Westeuropas in Großbritannien und Nordafrika konzentriert werden. Kleinere Ablenkungsangriffe sollten im Mittelmeer zum Beispiel auf Sizilien, Sardinien, Korsika oder Süditalien unternommen werden.⁷²⁷
- Im zweiten Kriegsjahr würde die Rückeroberung Westeuropas im Mittelpunkt des Kampfgeschehens stehen. Hierbei würden 41 Heeresdivisionen, unterstützt von 10 Trägerkampfgruppen, in Südfrankreich und zu einem geringeren Teil an Küstenabschnitten zwischen Cherbourg und Dänemark anlanden und so weit wie möglich nach Osten vorstoßen.⁷²⁸ Bemerkenswert an diesem Szenario ist, daß im Gegensatz zu allen früheren Plänen, dem Nahe Osten mit seinen Öl-Reserven keine große strategische Bedeutung beigemessen wurde; eine Rückeroberung im zweiten Kriegsjahr würde es nur geben, falls es die Kräfte und die Umstände zuließen.⁷²⁹
- In der von „**Offtackle**“ nicht mehr behandelten Phase nach dem zweiten Kriegsjahr wollten die Alliierten ihren Vormarsch nach Osten fortsetzen und ggf. in die Sowjetunion einmarschieren, bis die sowjetische Regierung kapituliert hätte oder zusammengebrochen wäre.

Der Plan „**Offtackle**“ machte zum ersten Mal das seit Ende 1949 erkennbare Engagement der USA für die Verteidigung Europas deutlich, das zum Hauptproblem der amerikanischen strategischen Planung geworden war. Trotz des Einspruchs des Joint Lo-

⁷²⁵ vgl. Ross: a.a.O., S.117

⁷²⁶ vgl. Ross: a.a.O., S.115

⁷²⁷ vgl. Ross: a.a.O., S.117

⁷²⁸ vgl. Ross: a.a.O., S.118

gistics Plans Committee wurde er im Dezember 1949 von den Vereinigten Stabschefs genehmigt und blieb bis Mitte 1951 in Kraft. Am 18.2.1950 erließen die Vereinigten Stabschefs Richtlinien zur Umsetzung von „Offtackle“ auf allen Kommandoebenen.⁷³⁰

Der Langzeitplan „Dropshot“

Um auch die langfristigen Mobilisierungsbedürfnisse den gewandelten internationalen Verhältnissen anzupassen, beauftragten die Vereinigten Stabschefs ein Ad-hoc-Komitee mit der Ausarbeitung eines Kriegsplanes, der vom Ausbruch der Feindseligkeiten am 1.7.1956 bzw. 1.1.1957 ausgehen sollte. Der Planungsprozess gestaltete sich hierbei sehr langwierig, so daß eine endgültige Fassung des Langzeitplans „**Dropshot**“ erst am 19.12.1949 vorlag. Grundgedanke dieses Plans war es, die Britischen Inseln als Basis und einen möglichst großen Brückenkopf auf dem europäischen Festland zu verteidigen.⁷³¹

Hauptziel des Plans war es, den Finanzbedarf für eine zukünftige Streitkräfteplanung zu ermitteln. Die Planer gingen davon aus, daß die USA, um diese militärischen Fähigkeiten zu erlangen, wie sie in dem Plan gefordert wurden, jährlich 22 Mrd. \$ ausgeben müßten, wovon 2 ½ Mrd. \$ sich auf die Kosten der Militärhilfe für die Alliierten belaufen würde.⁷³²

Die Planer gingen wiederum davon aus, daß die UdSSR ihre Ziele lieber friedlich erreichen möchte, daß sich aber ein Konflikt aus der Eskalation einer lokalen Krise oder die Fehlkalkulation des westlichen Widerstandswillens gegen ein Abenteuer der UdSSR entstehen könnte.

Gleich nach dem Beginn der Feindseligkeiten würden die Alliierten den Schutz Großbritanniens, der westlichen Hemisphäre, der atlantischen Inseln sowie des größtmöglichen Teils Westeuropas übernehmen. Gleichzeitig würde die strategische Luftoffensive gestartet und die Bekämpfung der sowjetischen Flotte, verbunden mit dem Schutz der eigenen Seewege, aufgenommen werden.

⁷²⁹ vgl. Ross: a.a.O., S.113

⁷³⁰ vgl. Ross: a.a.O., S.119

⁷³¹ vgl. Ross: a.a.O., S. 124

⁷³² ebenda

Als anfängliche Verteidigungsstellungen waren in Westeuropa die Linie Rhein – Alpen – Piave vorgesehen; im Nahen Osten sollten Kreta, die Südost-Türkei, das Tigris- und der Persische Golf sowie in Ostasien Formosa, Okinawa und Japan (ausschließlich Hokkaido) vor dem sowjetischen Ansturm gehalten werden.

Beide Seiten würden in diesem Krieg Atomwaffen einsetzen, da das sowjetische Arsenal im Jahre 1957 auf 250 Stück prognostiziert wurde, während sie gleichzeitig 1600 propellergetriebene und 400 düsengetriebene Langstreckenbomber besitzen würde.⁷³³

Die Sowjetunion wurde in der Lage gesehen, weite Teile Eurasiens besetzen zu können und durch ihre U-Boote den Nachschubverkehr über den Atlantik und Pazifik zu stören.

Im Gegensatz zu den früher geplanten Luftoffensiven, deren Prioritätsziele die sowjetischen Industrieanlagen gewesen waren, sollten nun die sowjetischen strategischen Streitkräfte als Prioritätszeile ausgeschaltet werden. An zweiter Stelle sollten Verkehrswege, Nachschubbasen und Truppenkonzentrationen neutralisiert werden, um den sowjetischen Vormarsch zu behindern. Erst an dritter Stelle sollten industrielle Ziele bekämpft werden. Nachdem im August 1948 die Kontrolle der amerikanischen Nuklearwaffen von der Atomenergiekommission in die Hände der US-Air Force übergegangen war,⁷³⁴ konnte diese die strategische Offensive mit realistischen Annahmen planen: Innerhalb der ersten 30 Tage würden die USAF und die britische RAF 453 Atomwaffen und 21925 t konventionelle Munition auf Ziele innerhalb der Sowjetunion und den Satellitenstaaten abwerfen. Diese Offensive würde von Basen in den USA, Alaska, Großbritannien, Okinawa und der Suezkanal – Zone vorgetragen werden; ggf. würden die Ziele auch mehrfach angegriffen werden.

Hätte die Sowjetunion nach zwei Jahren immer noch nicht kapituliert, sollte eine Invasion ihres Gebietes erfolgen. Hierfür waren drei Alternativen vorgesehen:

1. Mit 150 Divisionen sollte nördlich Köln der Rhein überschritten werden, während eine amphibische Landung an der deutschen Nordseeküste erfolgen sollte, um anschließend Bremen, Hamburg und Lübeck einzunehmen. Während eine zweite Streitkräfteformation aus dem Raum südlich Köln auf Wien vorstoßen sollte, würden die Hauptkräfte Berlin einnehmen und schließlich bis auf Königs-

⁷³³ vgl. im weiteren Ross: a.a.O., S. 125 – 131

⁷³⁴ vgl. Cohen: a.a.O., S. 11

berg und Krakau vorstoßen. Als Endziele wären die Donaumündung am Schwarzen Meer sowie der Dnjester vorgesehen.

2. Bei der zweiten Variante wäre ein Vorstoß vom Rhein aus mit einer Offensive durch die Ägäis, die Dardanellen zum Schwarzen Meer verbunden gewesen. Diese Variante war von dem Ad-hoc-Komitee die bevorzugte.
3. Bei der südlichen Alternative – die aber nur im Ausnahmefall anzuwenden sei – sollte der Schwerpunkt auf der Ägäis – Dardanellen – Operation liegen, wobei dann ein Vorstoß von Rumänien in nördliche Richtung nach Polen und Ostdeutschland erfolgt wäre.

Bei der Planung von „**Dropshot**“ waren fast alle Abteilungen der Stabsorganisation der Vereinigten Stabschefs involviert; der Plan reflektiert in noch stärkerem Maße den Wandel der Prioritäten der amerikanischen Militärstrategie. Westeuropa hatte nun die absolute Priorität auch vor dem Öl des Nahen Ostens und den strategischen Bomberbasen in der Suezkanalzone. Ebenfalls ist eine Verfeinerung der amerikanischen atomaren Strategie zu beobachten: Erstmals wurden nicht Städte als primäre Zielpunkte gewählt in der Hoffnung, auch industrielle Ziele damit zu treffen. Bei der neuen Zielplanung standen nun eindeutig „counter-force“-Ziele, also militärische Einrichtungen, im Mittelpunkt.

In der Anfangsphase hätten die Alliierten die Masse der Landstreitkräfte zu stellen, während der amerikanische Anteil bei anwachsender Mobilisierung ständig zunehmen würde. Als Planungsgrundlage diente auch hier das Szenario des Zweiten Weltkrieges, der global und total geführt wurde.

Obwohl „**Dropshot**“ nie offiziell von den Vereinigten Stabschefs gebilligt wurde, diente er doch im folgenden als Grundlage für die amerikanische Streitkräfteplanung; erst durch die Setzung – auch neuerer finanzieller – Rahmendaten durch das Dokument NSC-68 ist er obsolet geworden, so daß er im Februar 1951 zurückgezogen wurde.⁷³⁵

Vorreiter dieser strategischen Interessenverlagerung war die US-Army gewesen. Schon am 5.5.1949 hatte ihr Stabschef, General Bradley, gefordert, den Schutz der westeuropäischen Verbündeten als gleichrangiges Ziel mit dem Schutz Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in die Einsatzplanung mit aufzunehmen. Da er sich gegen seine

Kollegen der Luftwaffe und Marine nicht durchsetzen konnte, blieb als einzige Lösung die interne Verbesserung der Kampfbereitschaft der US-Army Verbände in Europa.⁷³⁶ Die US-Army war entschlossen, einen ersten Schritt zu tun um eine schrittweise Änderung der militärischen Realitäten in Europa herbeizuführen und damit auch die Europäer zu eigenen Anstrengungen zu bewegen.⁷³⁷ Schon früher hatte General Clay in Eigeninitiative die Besatzungstruppen in Deutschland zu Kampfverbänden umgegliedert und war dabei, ihren Ausbildungsstand zu heben, was er am 30.3.1949 dem Pentagon melden konnte.⁷³⁸ Am 15.10. 1949 konnte daraufhin die neue General Alert Order (die den Joint Operations Plan ablöste) in Kraft gesetzt werden: Beim Beginn der Kampfhandlungen sollten die US-Streitkräfte dem Oberbefehlshaber des Brüsseler Paktes (Montgomery) unterstellt werden. Sollte es nicht gelingen, die sowjetischen Verbände am Rhein aufzuhalten, würde entweder eine Verteidigungslinie an den Pyrenäen aufgebaut oder eine Evakuierung über die Kanalhäfen nach England erfolgen. Erst nach einer erfolgten Re-Invasion würde ein alliiertes Hauptquartier wie im Zweiten Weltkrieg die weitere Operationsführung leiten. Nach Schraut stellte der neue Operationsplan von USAREUR in dreifacher Hinsicht eine deutliche Verbesserung gegenüber der alten JOO dar:⁷³⁹

1. er enthielt eine deutlich engere Kooperation mit den Westeuropäern;
2. es wurde eine Kommandostruktur geschaffen, die effektiv in der Lage war, Kampftruppen zu führen;
3. erstmals wurden US-Truppen im Kriegsfall dem Oberbefehl des Brüsseler Paktes unterstellt.

⁷³⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 133

⁷³⁶ vgl. Schraut: a.a.O., S. 134

⁷³⁷ vgl. Schraut: a.a.O., S. 138

⁷³⁸ vgl. Schraut: a.a.O., S. 141

⁷³⁹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 146

Die militärpolitische Bedeutung von „NSC-68“

Die Entwicklung der Atomwaffe durch die Sowjetunion, mit der sich die USA seit September 1949 konfrontiert sahen sowie der Sieg Maos und der Kommunistischen Partei im chinesischen Bürgerkrieg einen Monat später zwangen die sicherheitspolitische Elite der USA, eine Revision der theoretischen Grundlagen der sicherheitspolitischen Strategie in ihrer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion vorzunehmen. Gleichzeitig mit der Entscheidung zum Bau der Wasserstoffbombe vom 31.1.1950 gab Truman eine Bericht zur Revision der sicherheitspolitischen Konzeption der USA in Auftrag. Unter der Federführung des Planungschefs des Außenministeriums, Paul Nitze, legte die hierfür eingesetzte Studiengruppe am 20.4.1950 das Dokument NSC-68 vor, was sowohl in politischer Hinsicht als auch in militärischer Hinsicht die richtungsweisenden Gedanken für die weitere Politik der Eindämmung der Sowjetunion ausdrückte und zusammenfaßte. Es stellte gleichzeitig den ersten Versuch der Systematisierung einer Gesamtstrategie der USA dar.⁷⁴⁰ Es stellt gleichzeitig die Abkehr der USA von einer hauptsächlich ökonomisch und politisch orientierten Eindämmungsstrategie, wie sie von Nitzes Vorgänger, George F. Kennan, vertreten wurde, hin zu einer eher militärisch orientierten Sicherheitspolitik dar. Das Military Assistance Program wurde damit wichtiger, als das European Recovery Program (= Marshall-Plan).⁷⁴¹ Während bei der ursprüngliche „Containment“-Strategie Kennans Militärmacht als ein Mittel angesehen wurde, postulierten die Autoren von NSC-68 Militärmacht als das hauptsächliche Mittel der Eindämmungsstrategie.

Wie schon in Kapitel 4.3.2. dargestellt, wurde der UdSSR zwar das Streben nach der Weltherrschaft unterstellt, nicht aber, daß sie dies mit Hilfe eines Krieges erreichen wollte. Vielmehr würde sie dazu die Mittel der Subversion und der Einschüchterung durch den Aufbau einer überlegenen Militärmacht einsetzen. Sollte sich allerdings aus sowjetischer Sicht eine günstige Gelegenheit bieten, würde sie auch vom Einsatz von Militärmacht nicht zurückschrecken. NSC-68 ging aber von der Annahme aus, daß die UdSSR im Jahre 1954 in der Lage sein würde, eine Krieg gegen die USA zu gewinnen.

⁷⁴⁰ vgl. Mallin: a.a.O., S. 43

⁷⁴¹ vgl. Mallin: a.a.O., S. 42

Neben neuer politischer und wirtschaftlicher Initiativen empfahl die Studiengruppe eine Eindämmungspolitik „... by all means short of war.“⁷⁴²

Das Hauptinstrument der USA hierfür sollte eine starke Militärmacht sein, die allerdings mit den bisherigen Verteidigungsetats nicht aufzubauen sein würde. NSC-68 empfahl daher eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben von bis jährlich 13 Mrd. \$ auf 35 Mrd. \$ oder gar 50 Mrd. \$.⁷⁴³

Die Empfehlungen von NSC-68 wären möglicherweise nie verwirklicht worden (auch billigte Präsident Truman das Dokument erst im September 1950), wenn nicht in Ostasien ein für die Sicherheitspolitik der USA entscheidendes Ereignis eingetreten wäre: Der Ausbruch des Korea-Krieges am 25.6.1950.

⁷⁴² Etzold/Gaddis (Hrsg.): a.a.O., S. 401

⁷⁴³ vgl Ross: a.a.O., S. 139

Der mittelfristige Plan „Reaper“

Bereits im Januar 1950 hatten die Vereinigten Stabschefs das Joint Strategic Plans Committee beauftragt, einen mittelfristigen Kriegsplan auszuarbeiten, der von der Annahme eines bewaffneten Konfliktes mit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten am 1.7.1954 ausging. Der am 29.11.1950 von den Vereinigten Stabschefs gebilligte Plan „**Reaper**“ war der erste Kriegsplan, der die Vorgaben von NSC-68 und die wegen des Korea-Krieges drastisch erhöhten Verteidigungsausgaben in das Verteidigungskonzept mit einbezog.⁷⁴⁴⁷⁴⁵

„**Reaper**“ enthielt detaillierte Angaben über die Streitkräfte-Erfordernisse und den Finanzbedarf in den einzelnen Phasen der militärischen Operationen und der Mobilisierung.

Durch die gestiegenen Verteidigungsausgaben und die erhöhten konventionellen Fähigkeiten der US-Streitkräfte erschien eine Verteidigung sowohl Westeuropas (auch mit Hilfe einer westdeutschen Armee) als auch des Nahen Ostens erstmals möglich.

Die Sowjetunion würde die Kampfhandlungen an zwei Hauptfronten, Westeuropa und im Nahen Osten, eröffnen, wohingegen sie im Fernen Osten nur Ablenkungsangriffe starten würde. Nach der Annahme der Planer stünden ihr zu diesem Zeitpunkt 235 Atomwaffen zur Verfügung, von denen sie ca. 200 gegen die industrielle Basis der USA und den Rest gegen die Großbritanniens einsetzen würde.

Damit müßten die US-Streitkräfte nach dem Beginn der Kampfhandlungen fünf Aufgaben erfüllen:⁷⁴⁶

1. Schutz der industriellen Basis der westlichen Hemisphäre vor der sowjetischen Luftoffensive;
2. Schutz der See- und Luftverbindungswege zu den Alliierten;

⁷⁴⁴ vgl. Ross: a.a.O., S. 142

⁷⁴⁵ Der Verteidigungsetat war von 14,2 Mrd. \$ im Fiskaljahr 1950 auf 53,2 Mrd. \$ im Fiskaljahr 1951 gestiegen: vgl. Ross: a.a.O., S. 139

⁷⁴⁶ vgl. Ross: a.a.O., S. 143

3. Schutz und Vorbereitung vorne gelegener Basen für die strategische Luftoffensive;
4. Beginn der strategischen Luftoffensive, die sich primär gegen drei Zielkategorien richten würde:
 - a) sowjetische Produktions- und Lagerstätten atomarer Waffen,
 - b) Ziele, welche die sowjetische Landoffensive in Westeuropa unterstützen,
 - c) die industrielle Basis der UdSSR mit Schwerpunkt auf der Ölindustrie und Transporteinrichtungen;
5. Beteiligung an der Verteidigung Europas an einer Linie Trondheim – Oslo – Zeeland – Rhein – Alpen – Piave. Erstmals wurde damit Skandinavien in die Verteidigungsplanung einbezogen, während im Nahen Osten mit der Haltelinie Südost Türkei – iranische Bergpässe – Persischer Golf erstmals eine Verteidigung nördlich des Golfes vorgesehen war.

Die Planer stellten sich einen globalen Krieg in vier Phasen vor:

- in der **ersten Phase** – bis zum dritten Monat – würden die Operationen ausschließlich defensiv orientiert sein;
- in der **zweiten Phase** – bis einschließlich des neunten Monats – würde der Kampf um die Luftherrschaft und der Schutz der Seeverbindungswege im Mittelpunkt stehen;
- nach Abschluß der **dritten Phase** – bis einschließlich des zweiten Jahres – wären die Luftherrschaft und die Verbindungswege gesichert. Die Mobilisierung hätte ihren Höhepunkt erreicht und kleiner Gegenoffensiven hätten begonnen;
- in der **Phase vier** würde die Rückeroberung der verlorenen Gebiete stattfinden. Im Gegensatz zu „Dropshot“ enthält „Reaper“ wenig konkrete Angaben über den Kräfteansatz und über operative Ziele. Hauptstoßrichtung wäre von der norddeutschen Tiefebene in Richtung Osten, während Entlastungsvorstöße im Mittelmeer und der Ägäis unternommen werden sollten.

Nach längeren Kontroversen zwischen den Teilstreitkräften über die, ihnen in „Reaper“ zugewiesenen Aufgaben entschieden die Vereinigten Stabschefs im September 1952 dennoch, „Reaper“ weiterhin als Planungsgrundlage beizubehalten. Allerdings wurde schon ab Juli 1952 das strategische Planungssystem der Vereinigten Stabschefs auf eine

systematische Grundlage gestellt. Danach wurden jährlich drei neue Pläne erstellt, nämlich:

1. der Joint Strategic Capabilities Plan, der die Situation im kommenden Fiskaljahr abdeckte;
2. der Joint Strategic Objectives Plan mit einer Projektion der kommenden drei Jahre und
3. der Joint Long-range Strategic Estimate, der eine Zukunftsperspektive von fünf Jahren haben sollte.⁷⁴⁷

5.4.1.2. Die Militärstrategie der USA: Vom Aufbau militärischer Strukturen der NATO bis zur Flexiblen Reaktion 1951 – 1961

Europa erlangt Priorität

Die bisherigen Kriegspläne der USA wiesen einerseits eine Fülle von Gemeinsamkeiten auf, andererseits unterlagen sie auch einem signifikanten Wandlungsprozeß.

Als Gemeinsamkeiten sind die Annahme, daß die UdSSR ihre expansiven Ziele eher mit den Mitteln der Subversion und der Einschüchterung als mit kriegerischen Mitteln zu erreichen beabsichtigt. Alle Kriegspläne gehen aber von der Annahme aus, daß ein Krieg aus einer lokalen Krise oder durch die Fehleinschätzung der Reaktion der Alliierten auf ein sowjetisches Abenteuer entstehen könnte.⁷⁴⁸ Selbst nach dem Erwerb von Nuklearwaffen durch die Sowjetunion sah die US-Kriegsplan keine Initiierung eines Präventivkriegs vor.

Immer wurde ein zukünftiger Krieg als global in seiner geographischen Ausdehnung und total in seiner Intensität gedacht. Er würde mit einer Offensive der UdSSR und ihrer Verbündeten beginnen, der die westlichen Alliierten außer der strategischen Luftoffensive wenig entgegen zu setzen hätten. Wertvolle Zeit für die Mobilisierung von Ressourcen müßte durch die Aufgabe substantieller Teile des Territoriums von Verbündeten erkaufte werden. Schließlich würde der Krieg aber bis zu einem siegreichen Abschluß und der Niederlage der UdSSR – notfalls auch nach einer mehrjährigen

⁷⁴⁷ vgl. Ross: a.a.O., S. 146

Kriegsdauer – fortgesetzt werden. Eine strategische Luftoffensive mit atomaren und konventionellen Waffen sollte eine entscheidende Wirkung entfalten. Der Eckpfeiler der amerikanischen Strategie bildet die „special relationship“ zu Großbritannien von dem entscheidende Beiträge durch die zur Verfügung Stellung von Luftbasen, dem Aufmarschraum für eine Re-Invasion des europäischen Kontinentes und bei der Sicherung der Weltmeere sowie durch die Gestellung von Luft- und Landstreitkräften in Europa und Nahen Osten erwartet wurden.

Im Laufe der Weiterentwicklung der US-Kriegspläne ist aber auch ein entscheidender Wandel der Prioritäten zu beobachten: Bis zum Notfallplan „**Frolic**“ vom Frühjahr 1948 sah die amerikanische Armee eine kampflose Räumung des europäischen Kontinents vor und erst ab dem Plan „**Halfmoon**“ vom Mai 1948 war aus dem kampflosen Rückzug ein kämpfender Rückzug geworden. Höchste Priorität besaß der Nahe Osten und hier insbesondere die Verteidigung der Bomberbasen in der Suezkanalzone (speziell ab 1948 Abu Sueir)⁷⁴⁹ und die Rückeroberung der Erdölreserven am Persischen Golf.

Erst mit der Gründung des Brüsseler Paktes und der NATO erlangte die Verteidigung Westeuropas Priorität über den Nahen Osten. Der Notfallplan „**Offtackle**“ vom November 1949 sah erstmals das Halten eines Brückenkopfes oder die Re-Invasion in Westeuropa vor, während im Langzeitplan „Dropshot“ vom Dezember 1949 sogar das Halten an einer Linie Rhein-Alpen-Piave vorgesehen war.

Atomwaffen spielten erst ab der zweiten Hälfte 1947 eine Rolle, wobei noch um 1949/50 ein Konsens unter amerikanischen Planern bestand, daß Atomwaffen eine, aber nicht die entscheidende Waffe im Krieg gegen die UdSSR sein würden.⁷⁵⁰ Ein entscheidender qualitativer Unterschied zu konventionellen Waffen wurde nicht gesehen. Sie hätten in den Zeiten knapper Ressourcen diejenige Rolle spielen sollen, welche die strategische Luftmacht als solche im Zweiten Weltkrieg inne hatte. Erst mit der Erstellung von NSC-68 und seiner Implementierung nach dem Ausbruch des Korea-Krieges wurde der Versuch unternommen, die strategische Inflexibilität der USA zu korrigieren.

Auch das erste strategische Konzept der NATO – noch lange vor Aufbau ihrer militärischen Strukturen – niedergelegt im Dokument D.C. 6/1 vom 1.12.1949, drückt noch das

⁷⁴⁸ vgl. Ross: a.a.O., S. 151

⁷⁴⁹ vgl. Cohen: a.a.O., S. 132 - 142

relativ geringe militärische Engagement der USA auf dem europäischen Kontinent aus. In diesem Dokument wurden sechs militärische Aufgaben formuliert, die je nach Lage und Vermögen noch ganz im Sinne von „**Offtackle**“ den einzelnen Bündnispartnern zugewiesen werden sollten:⁷⁵¹

1. die Durchführung der strategischen Bombenoffensive, für die primär die USA verantwortlich wären;
2. die Abwehr der sowjetischen Offensive, für die zunächst die Europäer die Verantwortung übernehmen müßten;
3. die Abwehr der sowjetischen Luftoffensive, für die zunächst auch die Europäer die Hauptkräfte zur Verfügung stellen müßten;
4. der Schutz der atlantischen Verbindungswege, für den hauptsächlich die USA und Großbritannien zu sorgen hätten;
5. der Schutz der rückwärtigen Gebiete, für die zunächst jeder Mitgliedsstaat selbst zu sorgen hätte;
6. schließlich die Mobilisierung der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen.

NSC-68 zeichnete ein sehr düsteres Bild der militärstrategischen Lage, indem die Autoren zwar davon ausgingen, daß die UdSSR ihre Militärmacht nur zur Einschüchterung und zur Absicherung ihrer subversiver Tätigkeiten verwenden wolle, sie aber bei einer günstigen Gelegenheit nicht vor dem Einsatz militärischer Gewalt zurückschrecken würde.⁷⁵² Würde allerdings ein globaler Konflikt im Jahre 1950 ausbrechen, so wäre die Sowjetunion in der Lage, Westeuropa und die Ölgebiete des Nahen Ostens zu besetzen sowie die kommunistischen Gewinne zu konsolidieren. Ebenfalls könnte sie eine Luftoffensive gegen die Britischen Inseln und Operationen gegen die atlantischen Seeverbindungswege durchführen. Schließlich könnte sie ebenfalls ausgewählte Ziele in Alaska, Kanada und in den USA selbst mit Atomwaffen angreifen. Sollte sie in der ersten Phase der Kampfhandlungen erfolgreich sein, könnte sie in eine zweiten Phase ganz

⁷⁵⁰ vgl. Ross: a.a.O., S. 154

⁷⁵¹ vgl. Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Area D.C. 6/1, Paris 1.12.1949, in : Foreign Relations of the United States (FRUS), 1949, Volume IV, Western Europe, Government Printing Office, Washington 1975, S. 355 f.

⁷⁵² vgl. NSC-68, in : Foreign Relations of the United States (FRUS) 1950, Volume I National Security Affairs; Foreign Economic Policy, Government Printing Office, Washington, 1977, S. 243

Europa (auch die Iberische Halbinsel und Skandinavien) erobern und eine Invasion wie in der Normandie 1944 verhindern.⁷⁵³

Die Autoren von NSC-68 schlugen daher vor, die politische, ökonomische und militärische Stärke der USA so schnell wie möglich zu erhöhen, um dadurch das Vertrauen und die Zuversicht in der gesamten „freien Welt“ zu verstärken.⁷⁵⁴ Die aufzubauenden politischen und ökonomischen Strukturen – insbesondere in Europa – bedürften eines ausreichenden militärischen Schutzschildes, unter dem sie sich entwickeln könnten.⁷⁵⁵

So sollten die US-Streitkräfte nicht nur in der Lage sein, die westliche Hemisphäre und wichtige alliierte Basen zu schützen sowie möglichst eine Brückenkopf auf dem europäischen Festland zu halten, sondern auch fähig sein, offensive Operationen gegen die UdSSR durchzuführen, um ihre Kriegsführungsfähigkeit nachhaltig zu zerstören, bis eine überwältigende Offensivkapazität des Westens aufgebaut sein würde. Gleichzeitig sollten sie den Alliierten wirksame Militärhilfe leisten.⁷⁵⁶

Hierfür müßten Streitkräfte aufgebaut werden, die denen der Sowjetunion und ihrer Verbündeter überlegen seien, was wiederum nur durch eine signifikante Steigerung des Verteidigungshaushaltes zu erreichen wäre.⁷⁵⁷ Die Autoren schlugen sogar den Aufbau solcher militärischer Potentiale innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre vor, die einer Zweitschlagsfähigkeit gegenüber der UdSSR gleichkommen würden.⁷⁵⁸

Hierdurch sollte eine Abschreckungsfähigkeit gegenüber der UdSSR erreicht werden, so daß die USA ihre militärischen Potentiale gar nicht erst einzusetzen hätten.⁷⁵⁹

Aber erst durch den Ausbruch des Korea-Krieges am 25.6.1950 erhielt NSC-68, so C. Cook,⁷⁶⁰ seine „explosive Bestätigung“, da erst durch die offizielle Genehmigung durch Präsident Truman am 30.9.1950 die Inhalte von NSC-68 zur offiziellen Regierungspolitik wurden.

⁷⁵³ vgl. NSC-68: a.a.O., S. 249 f.

⁷⁵⁴ vgl. NSC-68: a.a.O., S. 282

⁷⁵⁵ vgl. ebenda
vgl. NSC-68: a.a.O., S. 283

⁷⁵⁷ vgl. NSC-68: a.a.O., S. 285

⁷⁵⁸ vgl. NSC-68: a.a.O., S. 287

⁷⁵⁹ vgl. NSC-68: a.a.O., S. 291

⁷⁶⁰ vgl. C. Cook: Forging the Alliance, S. 241, zitiert nach Schraut: a.a.O., S. 164

Der Korea-Krieg wurde von Anfang an nur als ein Ablenkungsmanöver der Sowjetunion oder bestenfalls als Nebenkriegsschauplatz angesehen, so wie es der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Omar N. Bradley, bei den Hearings im Kongreß nach der Entlassung von General Douglas MacArthur am 15.5.1951 plastisch zum Ausdruck brachte. Die Verwicklung der USA in Kampfhandlungen mit der Volksrepublik China um den Preis einer Blöße in Europa würde: "... involve us in the wrong war, at the wrong place, at the wrong time, and with the wrong enemy".⁷⁶¹ So sollte auch bei einem Angriff der Sowjetunion in Europa – mit dem Einverständnis MacArthurs – alle Truppen aus Korea abgezogen werden, um in Europa zum Einsatz zu kommen.⁷⁶²

Präsident Truman selbst gab schließlich den entscheidenden Anstoß für einen entscheidenden Wandel der amerikanischen Militärstrategie: In einem Fragenkatalog an die Vereinigten Stabschefs vom 26.8.1950 wollte er die Bereitschaft der US-Streitkräfte prüfen, sich an der Verteidigung Europas zu beteiligen. In ihrer Antwort schlugen die Stabschefs vor, zusätzliche Truppen hierfür bereitzustellen, die Anzahl sollte aber von den Fortschritten der Europäer abhängig gemacht werden, zu ihrer eigenen Verteidigung einen substantiellen Beitrag zu leisten.⁷⁶³

Daraufhin kündigte Truman am 9.9.1950 eine substantielle Verstärkung der US-Truppen in Europa an. Dieses Engagement wurde schließlich auf der NATO-Ratstagung am 26.9.1950 noch erweitert, indem die Außenminister der Allianz eine formelle Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin abgaben und die Ernennung eines NATO-Oberbefehlshabers für Europa angekündigt wurde.⁷⁶⁴

Nachdem auch der Kongreß am 4.4.1951 die Verstärkung der US-Truppen in Europa um vier Divisionen gebilligt hatte, trafen diese zwischen Mai 1951 und Januar 1952 in der Bundesrepublik Deutschland ein. General Eisenhower, der sein Amt als erster SACEUR der NATO am 2.4.1951 angetreten hatte, standen somit 5 amerikanische Heeresdivisionen, 3 mechanisierte Kavallerieregimenter, ein Infanterieregiment in Berlin sowie Unterstützungstruppen zur Verfügung.⁷⁶⁵ Die Anzahl der US-Truppen in Europa

⁷⁶¹ Cziempiel/Schweitzer: a.a.O., Dokument D 8, S. 57 f.

⁷⁶² vgl. Schraut: a.a.O., S. 162 f.

⁷⁶³ vgl. Schraut: a.a.O., S. 167 ff.

⁷⁶⁴ vgl. Schraut: a.a.O., S. 173

⁷⁶⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 205 f.

stieg somit trotz des Korea-Krieges von 1950 147000 Mann auf 427000 Mann Ende 1953 an.⁷⁶⁶

Im Lichte dieser Entwicklungen konnte der NATO-Rat im Dezember 1950 die Forderung aufstellen, das NATO-Gebiet so weit östlich wie möglich zu verteidigen, was in der Sprache der Kommunikés als „forward strategy“ bezeichnet wurde.⁷⁶⁷ Zur Unterstützung der Verteidigungsbemühungen in Europa befahlen im gleichen Monat die Vereinigten Stabschefs dem Strategic Air Command, sich an der Abwehr eines sowjetischen Vormarsches in Europa zu beteiligen.^{768 769} Zudem war durch den Aufbau eines logistischen Systems durch Frankreich⁷⁷⁰ erstmals eine gewisse strategische Tiefe entstanden, die für die Verteidigung des NATO-Gebietes unabdingbar war. Daraufhin konnte der NATO-Befehlshaber Europa-Mitte (CINCENT) im Juli 1951 Vorschläge unterbreiten, die ab 1952 eine erste Verzögerungslinie Weser – Kassel – Fulda – Nürnberg – München (mit Panzeraufklärungseinheiten) vorsahen, während die Hauptkräfte zunächst an der Linie zwischen Bonn – Kassel – Heidelberg bis weiter nach Süden östlich des Rheins mit der Verteidigung beginnen sollten.⁷⁷¹ Der Schwerpunkt der Verteidigung hätte aber weiterhin an beiden Rheinufern gelegen.⁷⁷² Dies bedeutete eine deutliche Abkehr von einer „Strategie des Rückzugs“ hin zu einer „Strategie der Verteidigung“.⁷⁷³ Erst nach diesem Aufbau militärischer Stärke und dem Ausbau der militärischen Strukturen der NATO hatte das westliche Bündnis die Form seiner heutigen Grundstruktur eingenommen, wie sie fünfzig Jahre Frieden in Freiheit für die westeuropäischen Demokratien bewahrt hat.

Der europäische Beitrag an der Verteidigung Westeuropas sollte nach dem Plan des damaligen französischen Verteidigungsministers Plevén vom 23.10.1950 in Form der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) erfolgen, an der sich deutsche Trup-

⁷⁶⁶ vgl. Jeffrey Record: *Revising U.S. Military Strategy, Tailoring Means to Ends*, Washington, New York et alt., 1984, S. 19

⁷⁶⁷ vgl. Christian Greiner: *Zur Rolle Kontinentaleuropas in den militärstrategischen und operativen Planungen der NATO 1949 bis 1958*, in: Klaus A. Maier/Norbert Wiggersghaus (Hrsg.): *Das Nordatlantische Bündnis 1949 – 1956, Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 37*, hrsg. v. Militärgeschichtliches Forschungsamt, München 1993, S. 151

⁷⁶⁸ vgl. Schraut: a.a.O., S. 190

⁷⁶⁹ die neue Zielliste des SAC bestand nun aus drei Hauptkategorien von Zielen: 1.) die sowjetische Kriegsindustrie, 2.) Atomwaffen- Ziele in der UdSSR, 3.) Ziele zur Verzögerung des Vormarsches in Europa; vgl. Mallin: a.a.O., S.69

⁷⁷⁰ vgl. Schraut: a.a.O., S.208 ff.

⁷⁷¹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 214

⁷⁷² vgl. Schraut: a.a.O., S. 215

⁷⁷³ vgl. Schraut: a.a.O., S. 212

pen mit einem Anteil von ca. 20 % beteiligen sollten. (zunächst nur mit nationalen Einheiten auf Regimentsebene).⁷⁷⁴ Bis zum Jahr 1954 wurde mit einem relativen Maximum an konventioneller und atomarer militärischer Stärke der UdSSR gerechnet. Dieser hauptsächlich konventionellen Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte in Europa wollten die NATO-Staaten eine ebenbürtige konventionelle Verteidigungsfähigkeit entgegenseetzen. Auf der Frühjahrstagung des NATO-Rates im Februar 1952 in Lissabon stellten die Verteidigungsminister das ambitionierte Ziel auf, bis 1954 in Europa 96 Heeresdivisionen verfügbar zu haben, wovon 54 sofort verfügbar sein und 42 Divisionen innerhalb eines Monats einsatzbereit sein sollten.⁷⁷⁵ Dadurch sollte es möglich werden, die Hauptverteidigungslinie schrittweise nach Osten zu verlegen. Nach NSC-68 stellten die Lissaboner Beschlüsse den zweiten (und letzten) Versuch dar, die Streitkräftestrukturen den Verteidigungserfordernissen anzupassen.⁷⁷⁶

Auf der Grundlage der Lissaboner Beschlüsse verabschiedete der NATO-Rat die erste strategische Richtlinie nach dem Aufbau der Militärstrukturen des Bündnisses. In dem am 9.12.1952 beschlossenen Dokument MC 14/1 war festgelegt worden, daß die NATO-Streitkräfte im Falle eines bewaffneten Konfliktes folgende Aufgaben haben sollten:⁷⁷⁷

1. mit allen verfügbaren strategischen und taktischen Luft-, Land- und Seestreitkräften eine Offensive gegen das Vertragsgebiet aufzuhalten und kontern;
2. die Sicherung der Fähigkeit der Luftstreitkräfte zur Durchführung strategischer Angriffe;
3. der Schutz von wichtigen Stützpunkten und Verbindungslinien;
4. die Mobilisierung aller Kräfte für spätere offensive Operationen.

Im Rahmen der „Vorwärtsverteidigung“ sollte der Aggressor in Mitteleuropa hauptsächlich mit konventionellen Kräften gestoppt und in einer Gegenoffensive, die von den strategischen Luftstreitkräften der USA unterstützt werden sollte, vom NATO-Gebiet zurückgeworfen werden.⁷⁷⁸

⁷⁷⁴ vgl. Schraut: a.a.O., S. 201 f.

⁷⁷⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 218

⁷⁷⁶ vgl. Record: a.a.O., S. 20.

⁷⁷⁷ vgl. Greiner: a.a.O., S. 154

⁷⁷⁸ vgl. Schraut: a.a.O., S. 218

Diese Reaktionsart sollte eine „symmetrische“ Antwort auf eine Aggression der Sowjetunion darstellen, indem weitgehend auf der gleichen Eskalationsstufe und an gleichen Orten reagiert werden sollte wie sie der Angreifer gewählt hatte. Das Auseinanderklaffen von Auftrag und Mittel zwang aber die NATO auch, die Ausführung eines „asymmetrischen“ Ansatzes ins Auge zu fassen. Gleichzeitig mit der Aufstellung ambitionierter Ziele bei der konventionellen Streitkräftestruktur in Lissabon billigte der NATO-Rat ein vom SACEUR ausgearbeitetes Konzept, nach dem auf einen Angriff der UdSSR im NATO-Mittelabschnitt von Beginn an auch mit Nuklearwaffen reagiert werden sollte.⁷⁷⁹ Diese Pläne waren Ausfluß der Studie „Project Vista“, die vom September 1951 bis Februar 1952 im Auftrag der US-Army am California Institute for Technology durchgeführt wurde und die Möglichkeit der taktisch-nuklearen Kriegführung als Alternative zur strategischen Kriegführung unter dem Stichwort: „... to bring the battle back to the battlefield“ hatte.⁷⁸⁰ Die Studie schlug eine Verbesserung der nuklearen Fähigkeiten der US-Army und eine größeres Gewicht für und eine nukleare Bewaffnung für das Tactical Air Command der US Air Force sowie die Produktion taktischer Sprengköpfe (bis 50 Kilotonnen) vor, da die Rote Armee auf dem Marsch zerschlagen und nicht durch Zerstörung strategischer Ziele im sowjetischen Hinterland gestoppt werden sollte.⁷⁸¹

Im Lichte dieser Entwicklungen wurden dann auch auf den NATO-Ratstagungen im April und Dezember beträchtliche Abstriche an den in Lissabon aufgestellten Streitkräftezielen gemacht.⁷⁸²

Die Annahme der Pläne sowohl der ambitionierten konventionellen Streitkräftestrukturen bis 1954 als auch zum taktischen Nukleareinsatz in Lissabon machen deutlich, daß die Entwicklung der Militärstrategie oft kein linearer Prozess ist, sondern daß oft unterschiedliche Strömungen parallel laufen können, bis sich dann eine vorherrschende Linie herausgebildet hat. Ab Sommer 1952 begannen dann unter dem Stichwort „New Approach“ in den NATO-Stäben die Planungen des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen auf dem Schlachtfeld.⁷⁸³

⁷⁷⁹ vgl. Schraut: a.a.O., S. 219 f.

⁷⁸⁰ Mallin: a.a.O., S. 70

⁷⁸¹ vgl. Mallin: a.a.O., S. 71

⁷⁸² vgl. Greiner: a.a.O., S. 153

⁷⁸³ vgl. Greiner: a.a.O., S.155

Der „New Look“ der Eisenhower-Administration

Präsident Eisenhower, der sein Amt am 20.1.1953 angetreten hatte, hatten vielleicht von allen amerikanischen Präsidenten die fundiertesten strategischen Kenntnisse und Erfahrungen.⁷⁸⁴

Durch seine von liberalem Idealismus und konservativem Pragmatismus geprägten Weltsicht,⁷⁸⁵ sah er für die USA hauptsächlich zwei Bedrohungen:

1. die aggressive Politik und die Macht des Kommunistischen Blocks unter Führung der UdSSR;
2. die Schwächung der amerikanischen Ökonomie, die dadurch entstehen könnte, daß die USA dieser Bedrohung entgetreten würden.⁷⁸⁶

Insbesondere das hohe Niveau der Rüstungsausgaben, wie sie die Truman-Administration im NSC-68 Dokument angestrebt hatte, würden letztendlich zu hohen Steuern und Inflation führen.⁷⁸⁷ Wie Eisenhower waren auch die meisten Führer der Republikanischen Partei – fiskalisch konservative Geschäftsleute – der Meinung, daß es das Ziel der UdSSR sei, die USA in einen ruinösen Rüstungswettlauf zu verwickeln, um sie ökonomisch zu Grunde zu richten.⁷⁸⁸ So begannen im Mai 1953 Studien, die Untersuchungen für einen einschneidenden Wandel der Militärstrategie der USA unternahmen sollten, die dann zu dem Grundsatzdokument der Sicherheitspolitik der Eisenhower-Administration, NSC-162/2 vom 30.10.1953 führten.

In ihrer politischen Lageeinschätzung glichen sich NSC-68 und NSC 162/2 weitgehend:

Danach ginge die Hauptbedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von der militärischen Macht und dem Expansionsdrang der UdSSR aus. In diesem Zusammenhang bedrohlich ist ihre Kontrolle über die kommunistische Weltbewegung, ihre sich vergrößernden nuklearen Fähigkeiten und die konventionellen Fähigkeiten des Ost-

⁷⁸⁴ vgl. Steven Metz: Eisenhower and the Planning of American Grand Strategy, in: The Journal of Strategic Studies, March 1991, S. 49

⁷⁸⁵ ebenda

⁷⁸⁶ vgl. Metz: a.a.O., S. 51

⁷⁸⁷ vgl. Metz: a.a.O., S. 52

⁷⁸⁸ vgl. Weigley: a.a.O., S. 400

blocks.⁷⁸⁹ Die UdSSR habe aber keine Absicht, einen Krieg zu beginnen, vielmehr versuche sie ihre Ziele durch die Spaltung des Westens und durch Subversion zu erreichen; ein Krieg könnte allerdings durch Fehlkalkulationen entstehen.⁷⁹⁰ Zudem würde die weitere Zunahme der nuklearen Fähigkeiten der UdSSR den Abschreckungseffekt des amerikanischen Nuklearpotentials zur Verhinderung von lokalen Krisen außerhalb der europäischen Zentralfront vermindern.⁷⁹¹ Im Unterschied zu NSC-68 wurden amerikanischen Gegenmaßnahmen vorgeschlagen, die hauptsächlich aus drei Komponenten bestehen sollten:

1. Dem Unterhalt eines starken militärischen Dispositivs mit Streitkräften, die hauptsächlich in der Lage sein sollten, massive Vergeltungsschläge durch ihre Offensivfähigkeit auszuführen. Zwischen nuklearen und konventionellen Kräften wurde im Prinzip kein Unterschied gesehen; im Falle von Feindseligkeiten sollten beide Waffenarten je nach Erfordernissen eingesetzt werden.⁷⁹² Gleichzeitig sollten aber auch präsen- te und mobile konventionelle amerikanische (hauptsächlich als strategische Reserve in den USA) und alliierte (als vor Ort präsen- te) Kräfte bereitgehalten werden, um wichtige Gebiete zu verteidigen, während die Mobilisierung der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen für den endgültigen Sieg von statten geht.⁷⁹³
2. Gleichzeitig kommt es auf die Aufrechterhaltung einer ökonomischen Basis an, die durch ihr Wachstum die unerläßliche Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit der Nation darstellt.⁷⁹⁴ Daher müssen auch die Ausgaben für die nationale Verteidigung derart begrenzt werden, so daß eine Defizit im Staatshaushalt vermieden wird, das zu einer wachstumshemmenden Inflationsrate und hohen Steuern führen könnte.⁷⁹⁵
3. Statt der als zu reaktiv empfundenen Maßnahmen in NSC-68 sollten aktive psychologisch/propagandistische und verdeckte Aktionen unternommen werden, um den sowjetischen Einfluß in der Welt zurückzudrängen. Insbesondere sollten

⁷⁸⁹ vgl. Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952- 1954 Volume II, National Security Affairs, Part 1, Government Printing Office, Washington 1984, NSC- 162/2 30.10.1953, S. 578 f.

⁷⁹⁰ vgl. NSC 162/2: a.a.O., S. 590

⁷⁹¹ vgl. NSC 162/2: a.a.O., S. 581

⁷⁹² vgl. NSC 162/ 2: a.a.O., S. 593

⁷⁹³ vgl. NSC 162/2: a.a.O., S. 582

⁷⁹⁴ ebenda

⁷⁹⁵ vgl. NSC- 162/2: a.a.O., S. 588

Schwächen und Risse innerhalb des kommunistischen Lagers ausgenutzt werden. Dieses später als „roll back“ bezeichnete Konzept war allerdings (vgl. Kap. 4.3.2.) als psychologische Kriegführung gedacht gewesen, um der kommunistischen Propaganda eigene aktive Beeinflussungsversuche entgegenstellen zu können.

Kernpunkt der Militärstrategie war ein Abschreckungskonzept (kein Kriegführungskonzept wie unter Truman), das um die Drohung der massiven Vergeltung für eine Aggression mit dem unmittelbaren Einsatz von Nuklearwaffen zentriert war. Der Krieg sollte durch die Abschreckung mit Atomwaffen von vornherein vermieden werden, da auch dem Gegner klar sein mußte, daß die NATO zu einer konventionellen Verteidigung nicht in der Lage sein würde.⁷⁹⁶ Nuklearwaffen sollten von den Streitkräften eingesetzt werden, wann immer die militärischen Kommandeure dies für sinnvoll erachteten.⁷⁹⁷ Somit würden Nuklearwaffen nicht nur bei einem globalen Krieg, sondern auch – falls sinnvoll – auch in begrenzten Kriegen eingesetzt werden. Außenminister Dulles machte dies in seiner berühmten Rede vom 25.1.1954 vor dem Council on Foreign Relations in New York deutlich: Ein Maximum an Abschreckung zu annehmbaren Kosten sollte durch die neue Strategie erreicht werden: „The way to deter aggression is for the free community to be willing and able to respond vigorously at places and with means of its own choosing.“⁷⁹⁸

Im Gegensatz zu der als zu reaktiv eingeschätzten „Containment“-Strategie von Truman sollten auch in der Militärstrategie ein asymmetrischer Ansatz verfolgt werden und amerikanische Stärke gegen sowjetische Schwäche gesetzt werden. Kernstück der neuen Abschreckungsstrategie war die Fähigkeit des Strategischen Luftkommandos, im Falle einer Aggression eine strategische Luftoffensive gegen die Sowjetunion zu führen. Dafür sollte den Alliierten bei der Verteidigung Westeuropas eine größere Verantwortung zukommen.⁷⁹⁹ Leichte Einschränkungen beim Konzept der Massiven Vergeltung ließ Dulles in einem Artikel in *Foreign Affairs* vom April 1954 erkennen, indem er feststellte, daß nicht unter allen Umständen auf eine Aggression mit der Massiven Vergeltung reagiert werden könnte.⁸⁰⁰

⁷⁹⁶ vgl. Mallin: a.a.O., S. 84

⁷⁹⁷ vgl. Weigley: a.a.O., S. 402

⁷⁹⁸ Weigley: a.a.O., S. 404

⁷⁹⁹ vgl. Mallin: a.a.O., S. 79

⁸⁰⁰ vgl. Mallin: a.a.O., S. 80

Der „New Look“ sollte eine beträchtliche Reduktion der Personalstärke der Streitkräfte und des Verteidigungshaushaltes ermöglichen. Es war geplant, die Personalstärke der US-Streitkräfte von 1953 bis 1957 von 3,4 Millionen auf 2,8 Millionen Mann zu reduzieren;⁸⁰¹ auch bedingt durch das Ende des Korea-Krieges sank der Verteidigungshaushalt („budget authority“ in Dollars von 1983) von 1953 235 Mrd. \$ auf 149,5 Mrd. \$ im Jahre 1955.⁸⁰² Hauptnutznießer war die Luftwaffe im Allgemeinen und das Strategische Luftkommando im Besonderen. Bis in die späten 50er Jahre erhielt die Luftwaffe über 45 % des Verteidigungshaushaltes,⁸⁰³ während sie auf 137 Geschwader aufgerüstet wurde. Von diesen 137 Geschwader gehörten 54 zu dem Strategischen Luftkommando und 34 zum Luftverteidigungskommando.⁸⁰⁴

Die starke Abstützung auf Nuklearwaffen wurde auch an der Einführung taktischer Nuklearwaffen auf dem potentiellen Gefechtsfeld (hauptsächlich Europa) deutlich. Im April 1953 waren auf Drängen des damaligen SACEURs, General Ridgeway, erste Kurse über taktische Nuklearkriegsführung an der EUCOM Weapons School in Garmisch-Partenkirchen eingerichtet worden.⁸⁰⁵ Der Wandel der amerikanischen Strategie in Europa wird von Schraut folgendermaßen zusammengefaßt: „Eisenhower, der noch als NATO-Oberbefehlshaber in Europa, vehement für die Stärkung der konventionellen Schlagkraft der Allianz eingetreten war, entschloß sich als Präsident für die kostengünstigere Alternative der luftgestützten strategischen Nuklearwaffen, gekoppelt mit der forcierten Entwicklung taktischer Atomwaffen für die Landstreitkräfte.“⁸⁰⁶ Im Juli 1953 wurden die ersten 280 mm-Atomgeschütze in die Bundesrepublik Deutschland verlegt; im September wurden die ersten Manöver mit ihnen abgehalten und bis Jahresende waren insgesamt fünf Bataillone mit 20 Geschützen einsatzbereit.⁸⁰⁷

Diese Entwicklung führte bei der US-Army zu der Aufstellung von sogenannten „Pentomic-Divisions“ deren erste im Oktober 1956 einsatzbereit wurde. Diese bestand nun aus fünf statt wie früher aus drei Regimentern, war organisch mit Nuklearwaffen ausgerüstet und hatte eine verstärkte Heeresfliegerkomponente. Mit den Atomwaffen sollte eine Breche in die gegnerische Verteidigung geschlagen werden, was dann durch die

⁸⁰¹ vgl. Weigley: a.a.O., S. 402

⁸⁰² vgl. Record: a.a.O., S. 99, Appendix A

⁸⁰³ vgl. Record: a.a.O., S. 15

⁸⁰⁴ vgl. Weigley: a.a.O., S. 403

⁸⁰⁵ vgl. Schraut: a.a.O., S. 222

⁸⁰⁶ Schraut: a.a.O., S. 223

mobilen Kräfte der Division ausgenutzt werden sollte.⁸⁰⁸ Auch die taktischen Luftwaffeneinheiten und die Marine erhielten durch die Entwicklung der taktischen Atombombe Mk. 7 nun nukleare Offensivkapazitäten.⁸⁰⁹

Auf der Ebene der NATO hegte die neue Administration zunächst die Hoffnung, daß sie durch den Aufbau von 14 französischen und 12 deutschen Divisionen im Rahmen der EVG in der Lage sein würde, bald amerikanische Truppen aus Europa abziehen zu können. Schon im April 1953 hatte Außenminister Dulles im Nationalen Sicherheitsrat erklärt, daß er die NATO als **die Verteidigung Europas durch Europa mit Unterstützung der Vereinigten Staaten** betrachte.⁸¹⁰ Ab dieser Zeit begannen die USA, die europäischen Bündnispartner von der Zweckmäßigkeit taktischer Nuklearwaffen für die Abschreckung und die Verteidigung Europas zu überzeugen. Während die Planungen für die Integration der taktischen Nuklearwaffen in die NATO-Strategie unter dem neuen SACEUR Alfred Gruenther ab August 1953 verstärkt fortgesetzt wurden, forderten die USA ihre NATO-Partner immer dringlicher auf, taktische Nuklearwaffen in die Vorneverteidigung zu integrieren. So verwies Außenminister Dulles am 23.4.1954 vor dem NATO-Rat auf das starke Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte der NATO und des Sowjet-Blocks und forderte die NATO auf: „... to use atomic weapons against the military assets of the enemy whenever and wherever it would be of advantage to do so.“⁸¹¹ Dies führte schließlich am 17.12.1954 zur Verabschiedung desjenigen NATO-Strategiedokuments, MC 48 „The Most Effective Pattern of NATO Military Strength for the Next Few Years“, in dem erstmals der „New Look“ auch für die NATO kodifiziert wurde und in dem nun eine Strategie festgeschrieben wurde, die längst durch die geschaffenen Realitäten eingeführt war. In diesem Dokument wurde festgehalten, daß es der Hauptzweck der Allianz sei, den Ausbruch eines Krieges von vornherein durch eine effektive Abschreckungsfähigkeit zu verhindern.⁸¹² Da die NATO die Initiierung eines Krieges ausschloß,⁸¹³ konnte für sie ein Krieg nur durch eine kommunisti-

⁸⁰⁷ die Geschütze hatten eine Reichweite von 30 km, wogen 85 t und mußte von zwei Zugmaschinen bewegt werden. vgl. Schraut: a.a.O., S. 224

⁸⁰⁸ vgl. Mallin: a.a.O., S. 96 f.

⁸⁰⁹ vgl. Mallin: a.a.O., S. 84 ff.

⁸¹⁰ vgl. Greiner: a.a.O., S. 155

⁸¹¹ zitiert nach: George W. Pedlow: The Evolution Of NATO Strategy 1949 –1969, in: George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents 1949– 1969, Brüssel, Oktober 1997, S. XVII

⁸¹² vgl. MC 48 (FINAL). The Most Effective Pattern Of NATO Military Strength For The Next Few Years, 22.11.1954, in : George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategic Documents 1949 – 1969, Brüssel, Oktober 1997, S. 240

⁸¹³ vgl. MC 48 (FINAL): a.a.O., S. 233

sche Aggression oder durch eine Fehlkalkulation seitens der Sowjetunion entstehen.⁸¹⁴ Ein Konflikt mit der Sowjetunion würde nach der MC 48 in zwei Phasen ablaufen. Eine erste Phase von ca. 30 Tagen Dauer würde durch einen nuklearen Überfall durch die UdSSR beginnen, auf den die NATO ebenfalls mit dem massiven Einsatz von Nuklearwaffen reagieren müßte.⁸¹⁵ Ziel der atomaren Gegenangriffe würde es sein, durch massive strategische und taktische atomare Luftschläge die sowjetische Fähigkeit des Einsatzes atomarer Waffen zu zerstören, um so den Schaden für die NATO möglichst gering zu halten. Ziele hierbei wären vor allem Flugplätze sowie Produktions- und Lagerstätten von Atomwaffen.⁸¹⁶ Nach MC 48 wäre dies die alles entscheidende Voraussetzung, um sowohl das Überleben der NATO zu sichern als auch um die Sowjetunion an der Einnahme Europas zu hindern. Gleichzeitig wären Landstreitkräfte mit integrierten atomaren Fähigkeiten mit der Abwehr der sowjetischen Offensive befaßt.⁸¹⁷ Nach dieser Phase des massiven Einsatzes von Nuklearwaffen von beiden Seiten, an deren Ende die schwächere Seite ihren Vorrat an Nuklearwaffen fast vollständig aufgebraucht hätte,⁸¹⁸ würde sich dann – falls eine Partei nicht schon kapituliert hätte – eine Folgephase anschließen, deren Ausgang weitgehend von der ersten Phase der Kampfhandlungen bestimmt würde, und aus einer Neugruppierung der Kräfte und Operationen der Streitkräfte zur Beendigung des Krieges bestehen würde.⁸¹⁹ Das Military Committee der NATO sah sich aber außerstande, genauere Angaben über diese 2. Phase zu machen.⁸²⁰ Allerdings wären die sowjetische Rüstungsindustrie, Verkehrswege sowie Kommunikations- und Befehlszentren Ziele der Luftoperationen in dieser Phase. Hiervon versprach sich die NATO auch politische Auswirkungen auf den Zusammenhalt des totalitären Sowjetsystems. Ein Abfall sowjetischer Allierter oder von Oppositionsgruppen innerhalb der Sowjetunion wurde daher für möglich gehalten.⁸²¹

Die Streitkräfte der NATO müßten bei dieser Strategie hauptsächlich zu vier Aufgaben fähig sein:⁸²²

1. den ersten massiven Nuklearangriff der Sowjetunion überstehen;

⁸¹⁴ ebenda

⁸¹⁵ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 234

⁸¹⁶ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 241

⁸¹⁷ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 237

⁸¹⁸ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 234 f.

⁸¹⁹ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 235

⁸²⁰ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 237

⁸²¹ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 238

⁸²² vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 241 ff.

2. erfolgreich den Kampf um die Luftherrschaft durch atomare Angriffe auf sowjetische Flugfelder bestehen;
3. die schnelle Besetzung Westeuropas durch den Einsatz präserter, mobiler, gut ausgebildeter und mit einer integrierten nuklearen Fähigkeit versehener, Landstreitkräfte verhindern. Die Planungen des SACEUR gingen davon aus, mit drei Divisionen mit „integrierten nuklearen Fähigkeiten eine Frontbreite von 80 km verteidigen zu können; pro Korpsabschnitt waren dabei der Einsatz von 4 Wasserstoff – und 16 Atomsprengköpfen vorgesehen. In einer Zone bis 35 km hinter den gegnerischen Linien war der Einsatz der atomaren Artillerie vorgesehen, die nächste Zone – bis 750 km Tiefe – war für den Einsatz der taktischen Waffen der in Europa stationierten Luftwaffeneinheiten vorgesehen, während das Strategische Luftkommando bis in eine Tiefe von 7500 km operieren sollte. Damit schien es möglich, mit 31 Divisionen an der Linie Weser – Fulda – Main – Ludwigs-Kanal – Donau die Verteidigung beginnen zu lassen.⁸²³ Mit 34 Divisionen wurde sogar eine Verteidigung an der Elbe für möglich gehalten. Da die NATO-Verteidigungsplaner bis 1957 mit der Aufstellung von 12 Bundeswehrdivisionen rechneten, die zu den 18 vorhandenen Divisionen hinzukommen sollten, bot sich somit die „Weser-Strategie“ an⁸²⁴;
4. schließlich sollten die NATO-Marinestreitkräfte die Nutzung der Transportwege über den Nordatlantik und die Operationsfreiheit auf den Weltmeeren gewährleisten können, da in der zweiten Phase das Nachführen von Verstärkungskräften von entscheidender Bedeutung sein würde.

In den Schlußfolgerungen von MC 48 wurde der entscheidende Punkt der NATO-Abschreckungstrategie nochmals zum Ausdruck gebracht, nämlich die Überlegenheit an taktischen und strategischen Atomwaffen und entsprechenden Trägermitteln, so daß ein potentieller Aggressor zu dem Schluß kommen müßte, daß ein Angriff auf die NATO für ihn ein unkalkulierbares Risiko einschließen würde.⁸²⁵ Demgegenüber würden

⁸²³ vgl. Christian Greiner: Von der massiven Vergeltung zur flexiblen Antwort, in: Truppenpraxis-Wehrausbildung, Nr.4/1997, S. 258

⁸²⁴ vgl. ebenda

⁸²⁵ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 246

Streitkräfte, die erst in der Folgephase zum Einsatz gelangen würden, eine geringere Priorität haben.⁸²⁶

Diese militärische Strategie wurde vom SACEUR, General Gruenther, in der Öffentlichkeit unter der Bezeichnung „Schild und Schwert“-Konzept bekannt gemacht. An dieser Stelle kann aber Greiner⁸²⁷ nicht ganz gefolgt werden, der die These aufstellt, daß die Verteidigung Europas für die NATO nur an fünfter Stelle der Prioritätenliste gestanden habe. Vielmehr wird im Dokument MC 48 die Verhinderung der „Überrennung Europas“ als dritte Aufgabe der Schild-Streitkräfte genannt – nach dem Überleben eines sowjetischen Nuklearangriffs und der Schlacht um die nukleare Überlegenheit – die ja präsent und mit integrierten nuklearen Fähigkeiten ausgestattet werden sollten⁸²⁸. Allerdings wurde im Dokument MC 48/1 vom 9.12.1955, das kein Nachfolgedokument war, sondern nur eine Ergänzung von MC 48 darstellte, festgestellt, daß aufgrund der Verzögerungen, die den deutschen Verteidigungsbeitrag betreffen, nicht vor Mitte 1959 mit einer effektiven Durchführung der „forward strategy“ zu rechnen ist⁸²⁹. Bis 1957 wurde in den NATO-Plänen noch eine erste Verteidigungslinie festgelegt, die im Mittelabschnitt am Elbe-Trave-Kanal begann und dann im Süden an die Weser sowie nach Fulda, den Main und den Ludwig-Kanal zurücksprang⁸³⁰.

Höhepunkt und Delegation des NewLook

Nachdem es der Eisenhower – Administration (auch Dank des Endes des Koreakrieges) 1954 und 1955 gelungen war, den Verteidigungshaushalt drastisch zu senken⁸³¹, war es aber absehbar, daß vor allem wegen der Programme von ballistischen Flugkörpern und der B-52 Langstreckenbomber der Verteidigungshaushalt auf ca. 48 Mrd. \$ (FY1957) steigen würde⁸³². Um das Verteidigungsbudget auf einem Niveau von 40 Mrd. \$ halten zu können, schlug der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Admiral Radford, eine drastische Reduktion der Mannschaftsstärken der US-Streitkräfte vor. In diesem, im Juli 1956 von Gegnern in der Presse lancierten, sogenannten Radford-Plan fand

⁸²⁶ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 247

⁸²⁷ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas..., a.a.O., S. 157

⁸²⁸ vgl. MC48(FINAL): a.a.O., S. 241

⁸²⁹ vgl. Pedlow: a.a.O., S. XVIII

⁸³⁰ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas..., a.a.O., S. 157

⁸³¹ vgl. Record: a.a.O., S. 99

⁸³² vgl. Anthony Leviero: Radford Seeking 800000- Man Cut; 3 Services Resist, in : New York Times, 13. 7.1956

die bisherige Nukleardoktrin der USA ihren klarsten Niederschlag⁸³³. Der Plan sah vor, bis 1960 die US-Streitkräfte um 800000 Mann zu reduzieren. Hierbei wäre die Army mit einer Reduzierung von 450000 Mann die am stärksten betroffene Teilstreitkraft gewesen. Die Navy hätte 200000 Mann abgeben müssen, während die Luftwaffe zwar auch um 150000 Mann reduziert werden sollte, aber dafür sollte ihr Bestand an Geschwadern von 131 auf 137 ansteigen⁸³⁴. Hauptnutznießer davon wäre das Strategische Luftkommando gewesen, da die Kürzung zu Lasten des Taktischen Luftkommandos gegangen wäre. Für die in Europa stationierten Heeresstreitkräfte, insgesamt fünf Divisionen, hätte dies bedeutet, daß sie zu einer „... small token force...“ reduziert worden wären⁸³⁵. Die USA hätten sich damit fast vollständig wieder in ihre „Fortress America“ zurückgezogen.

Da ein zukünftiger Krieg – so Radford – kurz, aber sehr intensiv, d. h. mit massiven Kernwaffenschlägen, geführt werden würde, könnten Reserven nicht in der erforderlichen Zeit nach Europa gebracht werden. Die in Europa verbleibenden Heeres –Kräfte wären zwar mit einer integrierten nuklearen Fähigkeit versehen, aber in ihrer Funktion zu der eines reinen Stolperdrahtes reduziert, der nur dazu dienen sollte, den atomaren Gegenschlag auszulösen. Alle Teilstreitkräfte sollten mit der maximal möglichen (atomaren) Feuerkraft durch die Einführung von Fernlenkwaffen und atomwaffenfähigen Jagdbombern, Cruise Missiles⁸³⁶ und Artilleriegeschützen versehen werden.

Obwohl die einhellige Empörung fast aller NATO-Partner Verteidigungsminister Wilson zwangen, den Radford-Plan zurückzuziehen,⁸³⁷ wurde der Bestand der US-Army 1956 dennoch um 100000 Mann von 20 auf 18 Divisionen verringert, während sich der Bestand von 1956 mit 3500 Atomsprengköpfen seit 1953 verdreifacht hatte.⁸³⁸

Nachdem der „Atomic Strike Plan“ des SACEUR 1955 fertiggestellt war,⁸³⁹ wurde der mögliche Ablauf einer Abwehr eines Angriffs der Sowjetunion mit der Strategie der

⁸³³ vgl. Klaus-Dieter Schwarz: Amerikanische Militärstrategie 1945- 1978, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3., neu bearbeitete Aufl., Bad Honnef-Erpel 1978, S. 351

⁸³⁴ vgl. Leviero: a.a.O.

⁸³⁵ vgl. ebenda

⁸³⁶ die ersten - noch primitiven - Cruise Missiles, die nuklear bestückten "Matador" des 701. Tactical Missile Wing, waren ab dem 20.5.1954 auf dem Stützpunkten Hahn, Bitburg und Sembach in der Eifel in Deutschland stationiert worden; vgl. Martin W. Bowman: The USAF at War, Sparkford 1995, S. 84

⁸³⁷ vgl. John M. Taylor: General Maxwell Taylor, The Sword and the Pen, New York, London, Toronto, Sydney, Auckland, 1989, S. 211

⁸³⁸ vgl. Mallin: a.a.O., S. 93

⁸³⁹ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas...: a.a.O., S. 159

„Massiven Vergeltung“, wie sie in MC 48 für Europa festgelegt worden war, von den NATO-Luftstreitkräften in ihrer berühmt gewordenen Stabsrahmenübung „Carte Blanche“ vom 20. – 28.6.1955 durchgespielt: In einem Kampf Nordland (Nordwestdeutschland, Niederlande, Belgien) gegen Südland (Süddeutschland, Ostfrankreich) wären 335 Atomwaffen eingesetzt worden, wovon 268 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland detoniert wären. Der Angriff von Nordland konnte zwar abgeschlagen werden, aber obwohl in erster Linie Luftstützpunkte angegriffen wurden, wären nach vorsichtigen Schätzungen dabei ca. 1,7 Mill. Menschen ums Leben gekommen und 3,5 Mill. Menschen verletzt worden⁸⁴⁰. Eine weitere große Stabsrahmenübung – diesmal auch unter Beteiligung aller Heeresstreitkräfte – fand vom 20. – 27.3.1957 unter dem Namen „Lion Noir“ statt. Nach einem atomaren Vorbereitungsfeuer auf Nachschubhäfen (Hamburg, Bremen), rückwärtige Zentren (Frankfurt, Stuttgart) und strategische Flußübergänge (Köln) sowie NATO-Truppenansammlungen wurde ein breit angelegter Großangriff des Warschauer Paktes angenommen. Nachdem die Truppen des Warschauer Paktes den Rhein erreicht hatten, wurde eine erste Staffel von 100 Atomsprengköpfen auf die Truppen des Warschauer Paktes abgeworfen und das Strategische Luftkommando sowie das britische Bomberkommando begannen mit der strategischen Vergeltung⁸⁴¹. In der zweiten Phase gingen die verbliebenen NATO-Truppen und über den Atlantik herangeführte Verstärkungen unter ständigem atomaren Einsatz zum Gegenangriff über und stellten die „territoriale Integrität“ der Bundesrepublik wieder her. In einer Pressekonferenz zur Manöverlage hatte der Alliierte Oberbefehlshaber Europa; General Norstad, erklärt, daß die Verteidigung Europas in der Hauptsache auf taktischen Atomwaffen beruhe und sprach sich gleichzeitig dafür aus, daß auch die Bundeswehr mit solchen Waffen ausgerüstet werden sollte. „Lion Noir“ hatte damit noch eindringlicher als „Carte Blanche“ die Rolle der taktischen Atomwaffen bei der Kriegführung in Europa verdeutlicht⁸⁴².

Die Suche nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten bei den USA (s. Radford-Plan) und insbesondere bei Großbritannien, das Haushaltsmittel für seine nuklearen Ambitionen, frei bekommen wollte, führte zu einer weiteren Überprüfung der NATO-Strategie, zumal auch das noch gültige Dokument MC 14/1 ebenfalls an die neue Strategie angepaßt

⁸⁴⁰ vgl. Frank Buchholz: Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründerphase der Bundeswehr 1949- 1960, Frankfurt a.M., Bern, New York, Paris, 1991 S. 241 ff.

⁸⁴¹ vgl. Buchholz: a.a. O., S. 244 f.

⁸⁴² vgl. Buchholz: a.a.O., S. 245

werden mußte; gleichzeitig ging der SACEUR ab September 1956 nun von einer endgültigen Zahl von 30 Divisionen (im Gegensatz zu 96 Divisionen der Lissaboner Beschlüsse vom Februar 1952) aus, die für eine Verteidigung im Abschnitt Europa-Mitte zur Verfügung stehen würden⁸⁴³. Das daraus resultierende Dokument CM(56) 138 „Directive to the NATO Military Authorities from the North Atlantic Council“ war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen denjenigen Staaten, die durch eine weitere Nuklearisierung der Militärstrategie finanzielle Einsparungen erwarteten und denjenigen Staaten, die durch eine ausschließlich auf Atomwaffen gestützte Verteidigung eine weitgehend Zerstörung ihres Landes befürchten mußten. Eine Reduktion der „Schild“-Kräfte auf die bloße Funktion eines Stolperdrahtes fand in dieses Dokument keinen Eingang. Vielmehr sollten die Schild-Kräfte einerseits bei einer „bewaffneten Aggression“ in der Lage sein, im Rahmen der „forward strategy“ von Beginn an unter Einsatz von Nuklearwaffen zu kämpfen **„ohne eine stärkere Absetzbewegung zu beabsichtigen“** andererseits sollten sie aber in der Lage sein, Infiltrationen, Einfälle und lokale Aktionen des Gegners auch ohne den Rückgriff auf Atomwaffen zu bereinigen⁸⁴⁴.

Mit Hilfe dieser politischen Richtlinie, die ebenfalls die Verpflichtungen der NATO-Großmächte außerhalb des NATO-Vertragsgebietes anerkannte⁸⁴⁵ – und somit als Entschuldigung für weitere Truppenreduzierungen in Zentraleuropa dienen konnte –, waren die NATO-Militärplaner in der Lage, die grundlegenden und abschließenden Dokumente für die neue NATO-Strategie der „Massiven Vergeltung“, das „Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“ MC 14/2 und die „Measures to Implement the Strategic Concept“ MC 48/2, auf der NATO-Ebene zu erstellen.

In den Strategiedokumenten MC 14/2 und MC 48/2 vom 23.5.1957 – in denen erstmals die Streitkräfte zur Abschreckung mit dem Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung zur Erhaltung einer gesunden ökonomischen Basis verknüpft wurden⁸⁴⁶ – wurde ebenfalls die Möglichkeit gesehen, daß der Warschauer Pakt die NATO-Abschreckung durch die Durchführung begrenzter Optionen unterlaufen könnte. Im Kapitel „Alternative Threats to NATO-Security“ wurde die Möglichkeit eingeräumt, daß der Warschauer

⁸⁴³ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas...: a.a.O., S. 161

⁸⁴⁴ vgl. Pedlow: a.a.O., S. XIX

⁸⁴⁵ vgl. ebenda

Pakt nur durch Infiltrationen, Einfälle oder lokale feindliche Aktionen die Sicherheit des NATO-Gebietes bedrohen könnte. Unter dem Stichwort „Flexibilität“ sollten die NATO-Streitkräfte in der Lage sein, solche Situationen zu bereinigen, ohne notwendigerweise auf Atomwaffen zurückgreifen zu müssen⁸⁴⁷. Sollte aber die Absicht des Warschauer Paktes erkannt werden, solche lokalen feindlichen Aktionen zu intensivieren oder zeitlich auszudehnen, sollte sofort mit Nuklearwaffen reagiert werden, da „... in no case is there a NATO concept of limited war with the Soviets“⁸⁴⁸.

Die primäre Funktion der NATO-Streitkräfte wurde in der Abschreckung des Warschauer Paktes gesehen, da sie einem potentiellen Aggressor einerseits die Fragwürdigkeit seiner Erfolgchancen (denial) vor Augen führen sollten und andererseits ihn mit einem tödlichen Risiko konfrontieren sollten (retaliation)⁸⁴⁹. Der allgemeine Nuklearkrieg wurde zwar nicht als der wahrscheinlichste Fall angesehen, da die UdSSR ihn wahrscheinlich nicht absichtlich beginnen würde, er könnte aber dennoch aus einer Fehlkalkulation oder der Eskalation lokaler Krisen entstehen. Auf jeden Fall stellt er aber die größte Bedrohung für das Überleben der NATO-Nationen dar⁸⁵⁰.

Die Abschreckung wird durch die Fähigkeit der NATO-Streitkräfte erreicht, eine sofortige, und wirksame nukleare Gegenoffensive führen zu können⁸⁵¹.

Sollte die Abschreckung versagen und ein allgemeiner Krieg ausbrechen, würde in einer ersten Phase von maximal 30 Tagen Dauer eine nukleares Gefecht von maximaler Intensität geführt. Hauptaufgabe der NATO-Streitkräfte wäre zunächst, das eigene Überleben sicher zu stellen und nach dem ersten Schlag des Warschauer Paktes unverzüglich zu versuchen, die nukleare Überlegenheit durch den Einsatz strategischer („powerful nuclear retaliatory forces mainly under national command“)⁸⁵² und taktischer Atomwaffen zu erlangen. Andererseits hätten die „Schild“-Streitkräfte mit ihren Land-, Luft- und Seekomponenten mit integrierten nuklearen Fähigkeiten⁸⁵³ den Abwehrkampf aufzunehmen, da sich die NATO für einen rein konventionellen Abwehrkampf selbst als zu

⁸⁴⁶ vgl. MC 14/2(FINAL):“Overall Strategic Concept For The Defense Of The North Atlantic Treaty Organization Area“, in: George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents 1949- 1969, Brüssel, Oktober 1997, S.283

⁸⁴⁷ vgl. MC 48/2 (FINAL), in: Pedlow (Hrsg.): a.a.O., S. 327

⁸⁴⁸ ebenda

⁸⁴⁹ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 293

⁸⁵⁰ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 287

⁸⁵¹ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S.293

⁸⁵² vgl. MC 48/2 (FINAL): a.a.O., S.328

⁸⁵³ vgl. ebenda

schwach einschätzte.⁸⁵⁴ Mit der Verteidigung sollte so weit vorne wie möglich begonnen werden⁸⁵⁵.

Das Ziel der „Schwert“-Streitkräfte sollte die Zerstörung der gegnerischen nuklearen Fähigkeiten, seiner Kommunikationsstrukturen, seiner Ressourcen und Streitkräfte sein⁸⁵⁶, während die „Schild“-Streitkräfte einerseits die Aufgabe hätten, den Gegner zur Konzentration seiner Streitkräfte zu zwingen – womit er gute Ziele für Nuklearwaffen bieten würde – und andererseits durch offensive und defensive Operationen den Gegner maximal abnutzen und ihn schließlich zum Stehen bringen sollten.⁸⁵⁷

In einer zweiten Phase würden dann die Truppen reorganisiert, wieder aufgefrischt und eine begrenzte Mobilisierung – so weit noch möglich – erfolgen, damit dann Operationen zur endgültigen Beendigung der Feindseligkeiten erfolgen können. Über diese Phase wurde von den NATO-Planern allerdings nichts spezifiziert.⁸⁵⁸

Eine weitere Nuklearisierung der NATO-Strategie wurde durch zwei Beschlüsse des NATO-Rates vom Dezember 1957 erreicht. Zum einen wurde festgelegt, „...Vorräte von Atomladungen ... zu schaffen, ... die im Notfall für die Verteidigung des Bündnisses leicht erreichbar waren.“ Zum anderen hatte der NATO-Rat beschlossen, dem SACEUR ballistische Geschosse mittlerer Reichweite zur Verfügung zu stellen^{859 860}.

Schließlich nuklearisierte der NATO-Rat auch noch die „Flexibilität“, die in den Dokumenten MC 14/2 und MC 48/2 eingebaut war. In dem am 9.5.1958 verabschiedeten Dokument MC 70 „The Minimum Essential Force Requirements, 1958 – 1963“ wurde nun die Möglichkeit gesehen, zur Abwehr von Infiltrationen, Einfällen und örtlichen Aktionen konventionelle **oder** nukleare Waffen einzusetzen⁸⁶¹. Damit konnte man im Kriegsfall bestenfalls noch zwischen dem „großen“ und dem „kleinen“ Nuklearkrieg unterscheiden⁸⁶².

⁸⁵⁴ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 289

⁸⁵⁵ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 293

⁸⁵⁶ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 298

⁸⁵⁷ vgl. ebenda

⁸⁵⁸ vgl. MC 14/2 (FINAL): a.a.O., S. 293

⁸⁵⁹ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas...: a.a.O., S. 169

⁸⁶⁰ Diese IRBM's wurden in Form von Thor-Raketen in Großbritannien (einsatzbereit ab Juni 1959) und Jupiter-Raketen (einsatzbereit in Italien ab April 1961 und der Türkei ab August 1961); vgl. Jacob Neufeld: The Development of Ballistic Missiles in the United States Air Force 1945 – 1960, Office of the Air Force History; USAF, Washington D.C. 1990, S. 186

⁸⁶¹ vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas...: a.a.O., S. 169

⁸⁶² vgl. Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas...: a.a.O., S. 170

Grundvoraussetzung für die Glaubwürdigkeit der „Massiven Vergeltung“ war die nukleare Überlegenheit der USA gegenüber der UdSSR. Schon der Überflug des sowjetischen Langstreckenbombers M-4 Molot (Bison) über die Mai-Parade auf dem Roten Platz 1954 beunruhigte die US-Luftwaffe zutiefst⁸⁶³, da der erste vergleichbare amerikanische Bomber, die B-52, erst im Juni 1955 in Dienst gestellt werden sollte. Als ein Jahr später noch ein zweiter Bomber mit noch größerer Reichweite der sowjetischen Öffentlichkeit vorgestellt wurde⁸⁶⁴ (Tu-20 Bear), wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit die Möglichkeit diskutiert, ob sich nicht eine „Bomberlücke“ aufgetan haben könnte. Der amerikanische Nachrichtendienst schätzte, daß bis 1959 die Sowjetunion 600 – 700 strategische Bomber in Dienst gestellt haben könnte⁸⁶⁵; ab April 1956 hielt ein Untersuchungsausschuß des Senats Anhörungen über die „Bomberlücke“ ab⁸⁶⁶. Schon im Dokument NSC-5501 „Basic National Security Policy“ vom Januar 1955 war eine baldige nukleare Parität der UdSSR vorausgesagt worden, ohne daß allerdings daraus Konsequenzen für die Beschaffung oder die Bereitstellung von Ressourcen gezogen wurden⁸⁶⁷.

Als die Regierung der UdSSR am 26.8.1957 den ersten erfolgreichen Test einer Interkontinentalrakete bekannt gab⁸⁶⁸, wurde dies von der amerikanischen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Einen wahren Schock löste allerdings die Nachricht in der amerikanischen Öffentlichkeit aus, daß es der UdSSR gelungen war, ihren ersten künstlichen Erdtrabanten, Sputnik-1, am 4.10.1957 in eine Erdumlaufbahn zu schicken. Als besonders demütigend empfanden es die Amerikaner, daß bisher alle ihre Bemühungen, das gleiche zu tun, meist publikumswirksam vor laufenden Fernsehkameras gescheitert waren. General Gavin, der „Chief of Research and Development“ der US-Army, sprach von einem „technologischen Pearl Harbour“⁸⁶⁹. Wie vorher die „Bomberlücke“, war nun die „Raketenlücke“ Gegenstand von Anhörungen des Kongresses⁸⁷⁰. Ohne eigene einsatzfähige Interkontinentalraketen und ohne ein Verteidigungssystem gegen diese Waffen fühlten sich die USA gegenüber einem Erstschlag der UdSSR ex-

⁸⁶³ vgl. Steven J. Zaloga: Target America, Navato 1993, S. 83

⁸⁶⁴ vgl. Zaloga: a.a.O., S. 87

⁸⁶⁵ vgl. Newhouse: a.a.O., S. 163

⁸⁶⁶ vgl. Newhouse: a.a.O., S. 164

⁸⁶⁷ vgl. Mallin: a.a.O., S. 88

⁸⁶⁸ Es handelte sich dabei um die auch heute noch in der zivilen Raumfahrt gebräuchliche R-7 (SS-6 Sapwood), die nach einem Flug vom 6400km am 21.8.1957 im Zielgebiet im Pazifik einschlug. vgl. Zaloga: a.a.O., S. 145

⁸⁶⁹ vgl. Zaloga: a.a.O., S. 148

⁸⁷⁰ vgl. Neufeld: a.a.O., S. 190

trem verwundbar, der ihnen die Vergeltungswaffen (die strategischen Bomber des SAC) aus der Hand schlagen könnte⁸⁷¹. Erst nach dem Amtsantritt der Kennedy-Administration gab Verteidigungsminister McNamara im Februar 1961 der Öffentlichkeit bekannt, daß es keine Anzeichen für eine Raketenlücke gebe⁸⁷².

Vorerst stellte aber das Security Resources Panel (besser bekannt unter dem Namen Gaither Committee) in seinem Abschlußbericht vom November 1957 fest, daß die „Massive Vergeltung“ nicht mehr länger glaubwürdig sei, da eine überwältigende nukleare Überlegenheit der USA nicht mehr gegeben sei, und schlug daher vor, in einem Fünf-Jahre-Programm die Einsatzfähigkeit und Überlebensfähigkeit der strategischen Bomber zu erhöhen, die Programme für Interkontinentalraketen und Mittelstreckenraketen zu beschleunigen, aber auch die Fähigkeiten der konventionellen Streitkräfte für begrenzte Einsätze zu verbessern⁸⁷³. Es wurde daher die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 19 – 44 Mrd. US \$ empfohlen, die ggf. durch höhere Steuern oder durch Kreditaufnahmen aufgebracht werden sollten.⁸⁷⁴ Durch seine Prämissen und seine Schlußfolgerungen lehnte sich der Report an das Strategiepapier NSC-68 der Truman-Administration an – nicht zuletzt deswegen, da der Stellvertreter von H. Rowen Gaither Paul Nitze gewesen ist, der damalige Spiritus rector von NSC-68⁸⁷⁵. Eisenhower allerdings bezweifelte die alarmierende Lageeinschätzung des Reports: Auf einer gemeinsamen Sitzung des Komitees mit dem Nationalen Sicherheitsrat am 7.11.1957 sah er keinen Grund, die nationale Strategie zu ändern⁸⁷⁶.

Die Delegation der „Massiven Vergeltung“, der durch die erstmals gegebene Verwundbarkeit der USA die materielle Basis genommen wurde, ist von zwei Gruppen vorgetragen worden. Einmal aus den Streitkräften selbst: Hier waren es insbesondere die Stabschefs der US-Army Matthew B. Ridgeway und Maxwell D. Taylor sowie der Chief of Research and Development James M. Gavin (alles Generale der Luftlandtruppe), die nicht nur aus einem Gefühl der Benachteiligung der Army heraus, sondern auch wegen der größeren Vertrautheit der Army mit begrenzten Kriegen und Operationen den Mangel an begrenzten Optionen der „Massiven Vergeltung“ kritisierten. Ridgeway

⁸⁷¹ vgl. Steven L. Rearden: *The Evolution of American Strategic Doctrin*, Boulder, London 1984, S. 42

⁸⁷² vgl. Newhouse: a.a.O., S. 219

⁸⁷³ ebenfalls vorgeschlagen wurde die Verbesserung der Frühwarnsysteme, eine beschleunigte Forschung und Entwicklung bei Radar-Geräten, der Verteidigung gegen ballistische Raketen, der U-Boot-Abwehr sowie eine nationales Zivilschutzprogramm. vgl. Rearden: a.a.O., S. 43

⁸⁷⁴ vgl. Rearden: a.a.O., S. 44

⁸⁷⁵ vgl. ebenda

vertrat einerseits in veröffentlichten Briefen und seinen 1956 herausgegebenen Memoiren die Ansicht, daß Nuklearwaffen einen großen Selbstabschreckungseffekt hätten; andererseits kam er zu der Ansicht, daß taktische Nuklearwaffen – die einen geringeren Selbstabschreckungseffekt hätten – größere und nicht kleinere konventionelle Streitkräfte erforderlich machen würden, da bei einer taktisch-nuklearen Kriegführung mit sehr hohen Verlusten zu rechnen sei und durch die notwendig aufgelockerte Dislozierung der Truppen ein erheblich größerer Raum abgedeckt werden müsse. Er plädierte daher für ausgewogene Streitkräfte, die auch vorne in potentiellen Konfliktregionen stationiert sein sollten⁸⁷⁷.

Weiter in seiner Kritik ging General James M. Gavin in seinem Buch „War and Peace in the Space Age“ aus dem Jahr 1959, in dem er argumentierte, daß die finanzielle Austrocknung der Streitkräfte sowie technologische und strategische Trägheit die USA der Gnade der Sowjetunion ausgeliefert hätten – sogar auf dem Gebiet der nuklearen Kriegführung⁸⁷⁸. Als Hauptanliegen vertrat er die Steigerung der strategischen und taktischen Mobilität der Army durch den Ausbau der Luftransportfähigkeit sowie der Heeresfliegertruppe, insbesondere der „Luftkavallerie“.⁸⁷⁹ Gavin wurde später in das Beraterteam des Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei John F. Kennedy aufgenommen⁸⁸⁰.

Der einflußreichste Kritiker der Strategie der „Massiven Vergeltung“ und des „New Look“ aus den Streitkräften heraus war allerdings Maxwell D. Taylor. Nachdem er schon als Stabschef der US-Army interne Kritik an der Sicherheitspolitik der Eisenhower-Administration geübt hatte, veröffentlichte er 1960 sein Werk „The Uncertain Trumpet“ das als Blaupause für die neue Strategie der Kennedy-Administration, der „Flexiblen Reaktion“ gelten kann⁸⁸¹.

Taylor kritisierte an der bestehenden US-Militärstrategie, daß sie durch die nun gegebene Verwundbarkeit der USA durch sowjetische Atomwaffen ihre Grundlagen verloren habe. Er schlug stattdessen eine Strategie der „flexiblen Antwort“ vor, die auf einem breit gefächertem militärischen Dispositiv bestehen sollte, das in der Lage sein sollte,

⁸⁷⁶ vgl. ebenda

⁸⁷⁷ vgl. Weigley: a.a.O., S. 419 f.

⁸⁷⁸ vgl. Weigley: a.a.O., S. 422

⁸⁷⁹ vgl. Weigley: a.a.O., S. 423 f.

⁸⁸⁰ vgl. John M. Taylor: General Maxwell Taylor, the Sword and the Pen, New York 1989, S. 227

⁸⁸¹ vgl. Taylor: a.a.O., S. 222

auf eine breite Palette von Aggressionen reagieren zu können: Für die Abschreckung eines nuklearen Angriffs würde selbstverständlich eine ausreichende Anzahl von Nuklearwaffen benötigt; diese hätten aber auf lokale Krisen und Konflikte nur einen sehr geringen Einfluß. Diese lokalen Krisen und Konflikte seien aber die wahrscheinlichste Bedrohung für den Westen. Er forderte daher die konventionellen Fähigkeiten des Heeres auszubauen sowie die Fähigkeiten des Tactical Air Command und die strategische Mobilität zu verbessern⁸⁸².

Erstmals erlangten durch ihre Kritik an der „Massiven Vergeltung“ auch Akademiker die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit⁸⁸³. In den 40er Jahren spielten Atomphysiker, die am Manhattan-Projekt beteiligt waren, eine bedeutende Rolle, in der Expertendiskussion über die neue Militärstrategie, da sie sich nach der Entwicklung der Atombombe für die nationale Sicherheit und/oder den Weltfrieden verantwortlich fühlten⁸⁸⁴.

Im Zuge des Zweiten Weltkriegs hatten Naturwissenschaftler durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur Verbesserung der Kampfaktiken und vom Waffensystemen sowie zur Lösung bestimmter operativer Fragestellungen einen größeren Einfluß auf die Strategiediskussion gewonnen. Schon ab 1938 hatte zum Beispiel die Royal Navy damit begonnen, zivile Analytiker zur Auswertung von Feindinformationen zu rekrutieren⁸⁸⁵. Ab 1941 entwickelte R.M.S. Blackert für das Coastal Command der Royal Air Force auf der Basis von „Operations Research“-Methoden operative Konzepte, um der tödlichen Gefahr der deutschen U-Boote Herr zu werden⁸⁸⁶. Auf amerikanischer Seite leitete ab 1942 Philip Morse vom Massachusetts Institute for Technology die Anti-Submarine Warfare Operations Research Group der US-Marine⁸⁸⁷. Im Zuge der Erfindung und Verbesserung des Computers (UNIVAC-1 1951) verstärkte sich die Tendenz, strategische Probleme mit Hilfe mathematischer Methoden zu lösen, so daß sich nun auch Volkswirtschaftler, Mathematiker und andere Naturwissenschaftler im Zuge der zur Systemanalyse weiterentwickelten operations research Methoden mit den ineinander verwobenen Problemen von Strategie, Taktik und Waffensystemen beschäftigten. War

⁸⁸² vgl. Taylor: a.a.O., S. 223

⁸⁸³ vgl. Colin S. Grey: What RAND hath wrought.; Foreign Policy, Bd. 4 (Fall) 1971, zitiert nach Marc Trachtenberg (Hrsg.): The Development of American Strategic Thought, Bd. 4. Writings on Strategy 1961–1969, and Retrospectives, New York, London 1988, S. 392

⁸⁸⁴ vgl. Weigley: a.a.O., S. 406

⁸⁸⁵ vgl. Eliot A. Cohen/ John Gooch: Military Misfortunes. The Anatomy of Failure in War, New York 1991, S. 77

⁸⁸⁶ vgl. Cohen/Gooch: a.a.O., S. 78

⁸⁸⁷ vgl. Cohen/Gooch: a.a.O., S. 92

früher die Analyse der Strategie ausschließlich die Sache der Historiker, so trat jetzt eine Verbreiterung der wissenschaftlichen Basis der „strategic studies“ durch die ökonomische und mathematische Analyse ein.⁸⁸⁸ Dennoch spielten aber die Sozialwissenschaftler die bedeutendste Rolle in der Kritik der Strategie des „New Look“⁸⁸⁹.

Hier sind vor allem die Namen von Bernard Brodie, William W. Kaufmann, Robert E. Osgood, Albert J. Wohlstetter und Henry. A. Kissinger zu nennen. Schon im November 1954 äußerte Brodie in einem Artikel: „Unlimited Weapons and Limited War“ die hauptsächlichsten Kritikpunkte an der neuen Strategie, wonach die Androhung der massiven Vergeltung mit Atomwaffen nicht in der Lage sei, die Sowjetunion vor dem begrenzten Einsatz ihrer Militärmacht abzuschrecken⁸⁹⁰. Einer der wichtigsten Kritiker war William W. Kaufmann in seinem Buch von 1956: „Military Policy and National Security“, in dem er ausführte, daß die Initiierung eines allgemeinen Krieges dem Initiator nur sehr geringe Vorteile bringen würde. Da ein allgemeiner Nuklearkrieg für beide Seiten selbstmörderisch wäre, könnte ein solcher auch nur bei Fragen des absoluten Überlebens der Nation ausgelöst werden. Somit könne die gültige Militärstrategie alle anderen, geringeren Eventualfälle nicht abdecken⁸⁹¹.

Die einflußreichste Kritik an der Strategie der „massiven Vergeltung“ äußerte Henry Kissinger in seinem Buch „Kernwaffen und auswärtige Politik“⁸⁹². Er kam zu dem Schluß, daß sich die USA zwar der Erringung der Weltherrschaft durch die UdSSR widersetzen müsse, daß aber angesichts der Folgen eines totalen Krieges, die Weltherrschaft durch die UdSSR nicht mit dem Mittel des totalen Krieges angestrebt zu werden braucht. Vielmehr nehme sie ihr planmäßiges Vorrücken so fein abgestuft vor, daß keiner ihrer einzelnen Schritte einen totalen Krieg „wert“ sei⁸⁹³. Daher erscheine den USA die Folgen etwaiger militärischer Handlungen immer schwerer zu wiegen, als mögliche Gewinne, wodurch die Politik der USA rein defensiv geworden sei⁸⁹⁴; dies äußere sich vor allem dadurch, daß durch das Ansteigen der sowjetischen Atomwaffenvorräte die

⁸⁸⁸ vgl. Weigley: a.a.O., S. 406 f.

⁸⁸⁹ vgl. Weigley: a.a.O., S. 407

⁸⁹⁰ vgl. Weigley: a.a. O., S. 410

⁸⁹¹ vgl. Grey: a.a.O., S.393

⁸⁹² vgl. Colin S. Grey: a.a.O., S. 394

⁸⁹³ vgl. Henry Kissinger: Kernwaffen und Auswärtige Politik, 2. Aufl., München, Wien 1974, S. 9

⁸⁹⁴ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 11

Grenzzlinie, zwischen dem, was als „lebenswichtig“ und dem, was als „peripherisch“ anzusehen sei, immer weiter hinausgeschoben werde⁸⁹⁵.

Hieraus leitete Kissinger die Forderung ab, daß die strategische Doktrin der USA weniger katastrophale Lösungen finden müsse, als die thermonukleare Massenvernichtung⁸⁹⁶, da nicht alle Pläne auf der Annahme aufbauen könnten, daß ein kommender Krieg unvermeidlich ein totaler Krieg sein würde⁸⁹⁷. Abschreckung werde mit strategischer Schlagkraft gleichgesetzt, wie wenn der Korea-Krieg nie stattgefunden hätte⁸⁹⁸. Kissinger schlug daher eine Strategie vor, die durch eine möglichst hohe Anzahl von Zwischenstufen zwischen der totalen Kapitulation und dem totalen Krieg die Politik unterstützen solle⁸⁹⁹. In einem von einer solchen Strategie geleiteten begrenzten Krieg ginge es darum, den gegnerischen Willen zu beeinflussen ihn aber nicht zu brechen⁹⁰⁰; der Krieg würde damit wieder zu einem politischen Akt, im Gegensatz zu der Strategie der „Massiven Vergeltung“, bei der die Politik ende, wenn der Krieg begonnen habe⁹⁰¹. Zudem hätten beide Seiten ein Interesse daran, den Krieg begrenzt zu halten und einen nuklearen Holocaust zu verhindern.

Er forderte allerdings nicht eine Abschaffung, sondern eine Ergänzung der „Massiven Vergeltung“, da nur die Fähigkeit zur massiven Vergeltung die Sowjetunion davon abhalten würde, einen begrenzten Krieg in einen totalen Krieg auszuweiten⁹⁰².

Eine solche Strategie der begrenzten Kriegführung bedürfe einerseits einer entsprechenden strategischen Lehre als auch der adäquaten Mittel, um eine solche Strategie ausführen zu können. Ziel solle es sein, dem Gegner so hohe Verluste beizubringen oder ihn mit so hohen Risiken zu konfrontieren, die in keinem Verhältnis zu dem in Frage stehenden Streitobjekt stehen⁹⁰³. Selbst nach einem Austausch atomarer und thermonuklearer Schläge können konventionelle Streitkräfte den Ausschlag geben, wenn dann überlegene Kräfte für andere Kampfformen zur Verfügung stehen⁹⁰⁴; (erst recht würden konventionelle Kräfte eine bedeutende Rolle bei ähnlichen Konflikten wie dem Korea-

⁸⁹⁵ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 13

⁸⁹⁶ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 16

⁸⁹⁷ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 17

⁸⁹⁸ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 48

⁸⁹⁹ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 115

⁹⁰⁰ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 119

⁹⁰¹ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 121

⁹⁰² vgl. Kissinger: a.a.O., S. 123

⁹⁰³ vgl. Kissinger : a.a.O., S.124

⁹⁰⁴ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 125

krieg spielen). Demgegenüber würde ein Einsatz der strategischen Streitkräfte in einem begrenzten Krieg ihre Fähigkeit, vor dem großen Krieg abzuschrecken, erheblich reduzieren⁹⁰⁵.

Kissinger bemängelte insbesondere das Fehlen kleiner, mobiler Einheiten im militärischen Dispositiv der USA, die in der Lage sein sollten, lokale Aktionen durchzuführen und ständig präsent sein müßten, da die Kompliziertheit der Waffen und die Verfeinerung der Taktik des modernen Krieges eine ausreichende Ausbildung von Reservestreitkräften nicht zulasse⁹⁰⁶.

Zur Erlangung dieser Fähigkeiten wäre eine moderate Aufrüstung des Heeres auf 28 Divisionen erforderlich, während gleichzeitig stärkere Kräfte als strategische Reserve in den USA zusammengefaßt werden sollten, die mit Hilfe der zu verbessernden Mobilität an verschiedene Krisenpunkte gebracht werden sollten; hierzu sollten spezielle leichte Divisionen geschaffen werden, die nur rund die Hälfte an Gerät und Ausrüstung besitzen sollten, wie es eine herkömmliche Division besitze⁹⁰⁷.

In der Führung eines begrenzten Atomkrieges sah Kissinger die wirksamste Militärstrategie gegen Atommächte⁹⁰⁸; zur Führung dieses Krieges auf dem Gefechtsfeld forderte er kleine bewegliche Einheiten, die mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sein sollten und zu selbständigen Operationen in der Lage sein sollten⁹⁰⁹, wobei es Kissinger für wenig sinnvoll erachtete, zwischen „taktischen“ und „strategischen“ Waffen zu unterscheiden; vielmehr sollte sich die Auswahl der Waffen nach der Art der Ziele richten, die im begrenzten Atomkrieg bekämpft werden sollten⁹¹⁰. Dadurch sollte die sowjetische operative Kunst, die sich im Zweiten Weltkrieg und Korea auf „massiertes Menschenmaterial“⁹¹¹ stützte, durchkreuzt werden.

Seine Forderungen faßte Kissinger in fünf Leitsätzen zusammen⁹¹²:

1. Der thermonukleare Weltkrieg muß vermieden werden.

⁹⁰⁵ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 133

⁹⁰⁶ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 134 und S. 137

⁹⁰⁷ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 139

⁹⁰⁸ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 170

⁹⁰⁹ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 156

⁹¹⁰ vgl. Kissinger: a.a.O., S. 159

⁹¹¹ Kissinger: a.a.O., S. 168

⁹¹² vgl. Kissinger: a.a.O., S. 172 f.

2. Eine Macht, die im Besitz von thermonuklearen Waffen ist, wird einer bedingungslosen Übergabe nicht zustimmen, ohne von diesen Waffen Gebrauch zu machen.
3. Aufgabe der Diplomatie ist es, der UdSSR klar zu machen, daß die USA nicht auf eine bedingungslose Übergabe abzielen
4. Es ist Aufgabe der Militärpolitik der USA, die Lehre und die Fähigkeit des abgestuften Gebrauchs der Gewalt zu entwickeln
5. Damit ein begrenzter Krieg unter dem Schild der Abschreckungskräfte geführt werden kann, müssen genügend starke und geschützte Abschreckungskräfte unterhalten werden.

Die Studie Kissingers war allerdings die letzte ihrer Art, da sich ab 1957 ein Konsens unter den „Strategieexperten“ herausgebildet hatte, daß unter einem „begrenztem Krieg“ nur ein rein konventionell geführter Krieg verstanden werden sollte. Dies war vor allem deshalb der Fall, da niemand eine konkrete Vorstellung davon hatte, wie ein solcher begrenzter Nuklearkrieg zu führen sei⁹¹³. Die intellektuelle Debatte wandte sich danach einem breiteren Themenspektrum zu. Gray zählt für die Debatte der 50er und frühen 60er Jahre insgesamt sieben Themenbereiche auf, mit denen sich die zivilen „Strategieexperten“ meist nacheinander beschäftigten: Abschreckung, begrenzter Krieg, Rüstungskontrolle, Flexible Reaktion, Nation Building/Counter Insurgency, Krisenmanagement und kontrollierte Eskalation⁹¹⁴.

Die Formulierungen in den Nachfolgedokumenten der späten Eisenhower Administration⁹¹⁵ lassen den Schluß zu, daß die Administration ihrerseits eine Schwerpunktverlagerung in Richtung „begrenzter Nuklearkrieg“ vorgenommen hatte. Schon in NSC 5501 wurde eingeräumt, daß die UdSSR durch ihre atomare Aufrüstung in der Lage sei, den USA erheblichen Schaden zuzufügen⁹¹⁶. Es würde dadurch eine Situation der gegenseitigen Abschreckung entstehen, in der beide Seiten starke Hemmungen entwickeln,

⁹¹³ vgl. Gray: a.a.O., S. 394

⁹¹⁴ vgl. Gray: a.a.O., S. 392

⁹¹⁵ die Nachfolgedokumente für NSC 162/2 vom 30.10.1953 waren:

NSC 5501	vom 06.01.1955
NSC 5602/1	vom 15.03.1956
NSC 5707/8	vom 03.06.1957
NSC 58010/1	vom 05.05.1958
NSC 5906/1	vom 05.08.1959

Handlungen zu unternehmen, welche die Gefahr der Eskalation zu einem Nuklearkrieg in sich bergen⁹¹⁷. Weiterhin wurde in diesem Dokument die Fähigkeit der selektiven und flexiblen Anwendung der militärischen Macht als von zunehmender Wichtigkeit für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der Abschreckung bezeichnet⁹¹⁸. Die USA und ihre Alliierten müßten es vermeiden, in eine Lage zu geraten, in der sie nur die Alternativen zwischen einem Nachgeben gegenüber einer lokalen Aggression und dem nuklearen Holocaust hätten⁹¹⁹. Die USA schlossen daher den Einsatz von Nuklearwaffen in lokalen Kriegen nicht aus,⁹²⁰ sondern sahen es als von besonderer Wichtigkeit an, Nuklearwaffen in das NATO-Verteidigungssystem zu integrieren⁹²¹. (Wie dies auch im Monat zuvor im Dokument MC 48 festgelegt wurde).

Bis zum Dokument NSC 5810/1 „Basic National Security Policy“ vom 5.5.1958 hatte sich die Schwerpunktverlagerung auf den lokalen Nuklearkrieg soweit vollzogen, daß Maurice L. Mallin von einem „**New New Look**“ spricht⁹²². War im Dokument NSC 5501 nur von gegenseitiger Selbstabschreckung die Rede, wird nun explizit eingeräumt, daß Zweifel zunehmen, ob die USA ihre massiven nuklearen Kapazitäten einsetzen würden, um die Interessen der freien Welt zu verteidigen⁹²³. Ganz ausdrücklich wird in diesem Dokument die entscheidende Bedeutung von Nuklearwaffen für die Ausführung der Militärstrategie festgelegt⁹²⁴. Das Arsenal der USA sollte, da Nuklearwaffen vom militärischen Standpunkt als konventionelle Waffen angesehen wurden, Atomwaffen der verschiedensten Typen und Größen enthalten – ja es war sogar von „sauberen Waffen“ die Rede⁹²⁵, um flexible und selektive Fähigkeiten sowohl für den allgemeinen Krieg als auch für den lokalen Krieg zur Verfügung zu haben⁹²⁶. Erstmals wird auch die

⁹¹⁶ vgl. NSC 5501, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 97

⁹¹⁷ vgl. NSC 5501, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S.98

⁹¹⁸ vgl. NSC 5501, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 108

⁹¹⁹ vgl. ebenda

⁹²⁰ vgl. ebenda

⁹²¹ vgl. NSC 5501, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 98

⁹²² vgl. Mallin: a.a.O.: S. 110

⁹²³ vgl. NSC 5810/1, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 194

⁹²⁴ „It is the policy of the United States:

- to place main, but not sole, reliance on nuclear weapons;

- to integrate nuclear weapons with other weapons in the arsenal of the United States;

- to consider them as conventional weapons from a military point of view;

- and to use them when required to achieve national objectives.“ vgl. NSC 5810/1, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 196

⁹²⁵ vgl. ebenda

⁹²⁶ vgl. ebenda

Möglichkeit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (IRBM's) an der Peripherie der Sowjetunion außerhalb des NATO Gebietes in Betracht gezogen⁹²⁷.

Allerdings wird in den Dokumenten stets ausdrücklich betont, daß sich der Begriff „lokaler Krieg“ nur auf weniger entwickelte Gebiete (explizit in NSC 5906/1 vom 5.8.1959: „Local aggression as the term used in this paragraph refers to conflicts occurring outside the NATO area...“⁹²⁸) und nicht das NATO-Gebiet bezieht. Dennoch erscheint m. E. eine Tendenz zur „Verselbständigung“ eines Nuklearkrieges auf dem europäischen NATO-Gebiet, angesichts der vermeintlichen „Bomber- und Raketenlücken“ nicht von der Hand zu weisen. Insofern kann hier dem Urteil von Steven Metz⁹²⁹, daß Eisenhower kein großer Innovator auf strategischem Gebiet war und eher einen verwaltungstechnischen statt eines unternehmerischen Ansatzes vertreten hatte, mit gewissen Abstrichen zugestimmt werden. Eine gewisse Entwicklungstendenz innerhalb der Militärstrategie ist insofern erkennbar, als sich die Administration der schwankenden Basis ihrer Militärstrategie bewußt wurde und sie mit einer immer stärkeren Nuklearisierung der lokalen Kriegsszenarien (bzw. der Szenarien lokaler Infiltration, Subversion und Aggression) reagierte. Die Kritiker wie Kissinger, Kaufmann oder Osgood legten zwar den Finger in die Wunde der massiven Vergeltung, doch blieben ihre Gegenvorschläge doch höchst spekulativ, da niemand auch nur annähernd erfassen konnte, was eine atomare Kriegführung auf dem Schlachtfeld bedeuten würde und die Probleme der operativen Kriegführung unter atomaren Bedingungen nicht thematisiert wurden. Wie schon zur Zeit der Truman Administration gaben allerdings konkrete Probleme bei der Verteidigung Westdeutschlands und hier insbesondere der Verteidigung West-Berlins ab 1958 schon in der Eisenhower Ära wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Militärstrategie hin zu der „Flexible Response“ der Kennedy Ära⁹³⁰. Die bemerkenswerteste Kontinuität in der amerikanischen Militärstrategie stellt allerdings die Tatsache dar, daß Eisenhower seine eigentliche Pläne nicht verwirklichen konnte: Sein Ziel war es gewesen, nach der Etablierung der EVG und der Aufstellung der Bundeswehr die amerikanischen Truppen wieder aus Europa abzuziehen⁹³¹. Zwar hatte die Mannschaftsstärke der US-Streitkräfte in Europa im Jahre 1953 – im Jahre des Amtsantritts von Eisenhower –

⁹²⁷ vgl. NSC 5810/1, in: Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 198

⁹²⁸ vgl. NSC 5906/1, in : Trachtenberg (Hrsg.): a.a.O., S. 234

⁹²⁹ vgl. Metz: a.a.O., S.64

⁹³⁰ vgl. Sean M. Maloney: Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958 – 1963, in: Militärgeschichte H.1, 1. Quartal 1997, S. 3

⁹³¹ vgl. Marc Trachtenberg: The Nuclearization of NATO...: a.a.O., S. 166 ff.

ihren absoluten Höhepunkt von 427000 Mann erreicht, doch waren dies 1960 – im letzten Amtsjahr von Eisenhower – noch immer 379000 Mann gewesen⁹³².

5.4.1.3. Die Anfänge der „Flexible Response“ unter Kennedy und Johnson 1961 – 1969

Sofort nach der Inauguration am 20.1.1961 ging die neue Kennedy-Administration daran, eine Bestandsaufnahme der Verteidigungspolitik vorzunehmen. Ihr Ziel war es, die an der Verteidigungspolitik Eisenhowers geäußerte Kritik umzusetzen, die Militärstrategie den gegebenen militärischen und politischen Verhältnissen anzupassen und dem Präsidenten eine größere Vielfalt von militärischen Handlungsoptionen an die Hand zu geben. In seiner ersten Rede zur Verteidigungspolitik am 28.3.1961 bemerkte Präsident Kennedy: „Our defense posture must be both flexible and determined. Any potential aggressor contemplating an attack on any part of the free world with any kind of weapons, conventional or nuclear, must know that our response will be suitable, selective, swift, and effective.“⁹³³ Für Kennedy stellten Militärmacht und Diplomatie keine Gegensätze dar – in dem das eine Instrument eingesetzt würde, wenn das andere versagt hätte – sondern er sah sie als sich gegenseitig ergänzende Elemente einer einzigen Politik. Diese „usable military power“ bedeutete zunächst die konventionelle Komponente der Militärmacht zu stärken.⁹³⁴ Dies insbesondere, da die Truman- und die Eisenhower-Administrationen Verteidigungsverpflichtungen für 45 Staaten eingegangen waren, wovon die Hälfte in der Nähe der UdSSR oder der Volksrepublik China gelegen waren.⁹³⁵ Lokale Kriege sollten so möglichst konventionell geführt werden. Außerdem schien ein allgemeiner thermonuklearer Krieg nicht unbedingt als geeignete Maßnahme, um auf einen begrenzten Schritt der Sowjetunion, wie zum Beispiel eine erneute Blockade Berlins, zu reagieren.⁹³⁶

In einer Studie der Vereinigten Stabschefs von 1962 war für Planungszwecke ein 2 ½-Kriege-Szenario für die Fähigkeit der Streitkräfte entworfen worden. Als Grundlage für eine realistische Planung wurde einmal ein Großangriff der Sowjetunion in Westeuropa, ein weiterer Großangriff der Volksrepublik China sowie ein gleichzeitig ablaufender

⁹³² vgl. Record: a.a.O., Appendix F, S. 104

⁹³³ zitiert nach Weigley: a.a.O., S. 445

⁹³⁴ vgl. Weigley:a.a.O., S. 445

⁹³⁵ vgl. Record: a.a.O., S. 24

⁹³⁶ vgl. Pedlow: a.a.O., S. XXI

kleinerer Einsatz gegen Kuba oder im Stile der Intervention im Libanon 1958 angenommen.⁹³⁷ Der primäre Focus bildete aber weiterhin das amerikanische Engagement für die NATO in Europa. Hierfür war ein Bedarf von insgesamt 28 1/3 Divisionen der Army und des Marinekorps veranschlagt.⁹³⁸

Die neue „Flexible Response“, mit deren Hilfe die gesamte Bandbreite möglicher Konflikte abgedeckt werden sollte, drückte sich bei Verbesserungen in hauptsächlich drei Bereichen der Streitkräfte aus:

Konventionelle Streitkräfte: Nach der Berlin-Krise im Sommer und Herbst 1961 wurden die amerikanischen Heeresstreitkräfte von 859000 mit 14 Divisionen auf 927000 Mann mit 16 Divisionen im Jahre 1964 verstärkt. Die Mannschaftsstärke von Marine und Luftwaffe wuchs ebenfalls um 41000 bzw. 36000 Mann an.⁹³⁹ Um die Flexibilität zu erhöhen wurde eine strategische Reserve in den USA mit 9 Divisionen und 14 Geschwadern Kampfflugzeuge der aktiven Streitkräfte und 9 Divisionen und 12 Geschwadern Kampfflugzeuge der Reservestreitkräfte geschaffen. Zum Transport dieser strategischen Reserve sollten 120 neue C-5, 284 C-141 Transportflugzeuge sowie 31 schnelle Transportschiffe beschafft werden. Hierdurch wurde die Aufgabe der Marine, die Verbindungswege über den Atlantik und Pazifik zu kontrollieren, zunehmend wichtiger, nachdem ihre nuklearen Kampfaufträge von der mit „Polaris“-Raketen bestückte U-Boot Flotte übernommen worden war. Hierfür sollte sie 15 Angriffsträgerkampffgruppen erhalten. Zunächst wurden die Truppen in Europa von 1960 379000 Mann auf 417000 Mann im Jahre 1961 verstärkt⁹⁴⁰, mußten dann im Zuge des Vietnamkrieges 1965 auf 363000 Mann reduziert werden, bis sie im Jahre 1970 nur noch eine Stärke von 291000 Mann besaßen.⁹⁴¹ Im Gegenzug wurden allerdings 300000 t Waffen und Material für amerikanische Verstärkungskräfte eingelagert.⁹⁴² Durch den Abgang von der „Pentomic-Division“ hin zur „ROAD-Division“ wurde diese mobiler (mit Hubschraubern) und erhielt eine größere konventionelle Feuerkraft, dafür aber weniger taktische Nuklearwaffen.⁹⁴³

⁹³⁷ vgl. Mallin:a.a.O., S. 126

⁹³⁸ vgl. Record: a.a.O., S. 24

⁹³⁹ vgl. Record: a.a.O., S. 23

⁹⁴⁰ vgl. Mallin: a.a.O., S. 127

⁹⁴¹ vgl. Mallin: a.a.O., S. 145

⁹⁴² vgl. Mallin: a.a.O., S. 129

⁹⁴³ vgl.Mallin: a.a.O., S. 135 f.

Subkonventionelle Spezialkräfte: Nachdem Chruschtschow in einer Rede vom 6.1.1961 die Unterstützung der UdSSR für nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt angekündigt hatte, war Kennedy zu dem Schluß gekommen, daß sich der Kampf der Systeme nun von Europa weg nach Afrika, Asien oder Latein-Amerika verlagert habe. Um dieser subversiven Kriegsführung begegnen zu können, seinen weniger konventionelle Truppen, sondern irreguläre Spezialkräfte („Counter Insurgency“-Kräfte) von Nöten.⁹⁴⁴ Daraufhin wurde die Anzahl der Spezialkräfte nicht nur von 1500 auf 9000 Mann erhöht, sondern auch deren Ausbildung erheblich erweitert und die Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten verstärkt.⁹⁴⁵ In kleinen Teams eingesetzt, sollten die „Green Berets“ nicht nur Guerillas bekämpfen und einheimische Kräfte darin ausbilden, sondern durch „civic actions“ und Maßnahmen des „nation building“ die Herzen und Hirne der Zivilbevölkerung gewinnen.

Strategische Nuklearstreitkräfte: Obwohl Verteidigungsminister Mc Namara, nachdem er alle vorliegenden Aufklärungsergebnisse gesehen hatte, am 6.2.1961 zugab, daß eine strategische Unterlegenheit der USA gegenüber der UdSSR nicht gegeben war („missile gap“), wurde die strategische Rüstung unvermindert fortgesetzt, um weiterhin eine strategische Überlegenheit und damit die „Eskalationsdominanz“ gegenüber der Sowjetunion zu erhalten. Um das eigene Potential weitgehend unverwundbar zu machen und so eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit zu erreichen, sollten 1200 „Minuteman“-Raketen in verbunkerten Silos und weiteres „Polaris“-U-Boote in Dienst gestellt werden.⁹⁴⁶ In seiner Rede in Ann-Arbor im Juni 1962 verkündete Mc Namara die amerikanische Entschlossenheit, dieses Potential im Falle eines Atomkrieges gegen die Streitkräfte der Sowjetunion zu ihrer Entwaffnung einzusetzen („counter force“), um den Schaden für die USA möglichst gering zu halten.⁹⁴⁷ Nachdem an der Durchführbarkeit dieser Konzeption massive Zweifel geäußert wurden und die Sowjetunion nun langsam ein unverwundbares Zweitschlagpotential aufbaute, ging Mc Namara in seiner deklarativen Nuklearstrategie im Jahre 1964 zum Konzept der gegenseitig gesicherten Vernichtung (Mutual Assured Destruction, MAD) über. Hierbei sollte ein Potential ausrei-

⁹⁴⁴ vgl. Mallin: a.a. O., S. 155

⁹⁴⁵ vgl. Weigley: a.a.O., S. 457

⁹⁴⁶ vgl. Weigley: a.a.O., S. 443

⁹⁴⁷ vgl. Klaus- Dieter Schwarz: Amerikanische Militärstrategie 1945 –1978, in: Schwarz (Hrsg.): a.a.O., S. 355

chend sein, das in der Lage war, in der Sowjetunion 25 – 33 % der Bevölkerung zu vernichten und zwei Drittel der Industrie zu zerstören.⁹⁴⁸

Schon kurz nach der Amtsübernahme war die Regierung Kennedy dazu entschlossen, ihre Konzeption der „Flexiblen Reaktion“ auch bei den Verbündeten innerhalb der NATO durchzusetzen. Am 20.4.1961 wurde vom Nationalen Sicherheitsrat das National Security Action Memorandum (NSAM) 40 beschlossen, in dem festgelegt war, die NATO-Verbündeten zu drängen, auch für wahrscheinliche Szenarien als den Beginn eines großen Angriffs durch die Sowjetunion, Gegenmaßnahmen einzuplanen.⁹⁴⁹ Allerdings sollte die neue Flexibilität zunächst durch die geschickte Auslegung der existierenden NATO-Strategie erreicht werden.⁹⁵⁰ Im Mai 1961 beschlossen allerdings die NATO-Verteidigungsminister, die NATO-Strategie weiterentwickeln zu wollen.⁹⁵¹ Bis zum September 1963 war trotz des Widerstandes Frankreichs die Entwicklung soweit vorangetrieben worden, daß das Military Committee in der Studie zur Streitkräfte-Planung für 1970 (MC 100/1) Forderungen aufstellen konnte, die im wesentlichen der NATO-Strategie der „Flexible Response“ entsprachen.⁹⁵² Die Implementation dieser Strategie scheiterte aber zunächst am weiteren Widerstand de Gaulles.

Erst nachdem Frankreich im März 1966 die militärische Integration der NATO verlassen hatte, konnte die flexiblere Strategie der NATO mit der formalen Verabschiedung des Dokuments MC 14/3 am 12.12.1967 in Kraft gesetzt werden. Die „Flexible Response“ behielt bis zum November 1991 ihre Gültigkeit.

Der fast abgeschlossene Aufbau der Bundeswehr und die amerikanischen Verstärkungskräfte gestatteten es in der zweiten Hälfte des Jahres 1963, eine Verteidigungsplan der NATO in Kraft zu setzen, der vorsah, den Abwehrkampf nun unmittelbar an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland auszunehmen und weite Teile der Bundesrepublik nicht mehr kampflos aufzugeben.⁹⁵³

⁹⁴⁸ vgl. Schwarz: Amerikanische Militärstrategie: a.a.O., S. 358

⁹⁴⁹ vgl. Pedlow: a.a.O., S. XXI

⁹⁵⁰ vgl. ebenda

⁹⁵¹ vgl. Pedlow: a.a.O., S. XXII f.

⁹⁵² vgl. Pedlow: a.a.O., S. XXIII

⁹⁵³ vgl. Ulrich de Maizière: Verteidigung in Europa-Mitte, München 1975, S. 18

5.4.1.4. Die Anpassung der Strategie an die geschwundenen Kräfte. Von Nixon bis Carter 1969 – 1979

Die Verstrickung der USA in den Vietnamkrieg hatte deutlich gemacht, daß die Kräfte für eine glaubwürdige 2 ½ Kriege-Strategie keinesfalls ausreichten. So waren in dem ½ Krieg in Vietnam im Jahre 1968 ca. 550000 Mann, d. h. 9 von insgesamt 22 Divisionen der Army und des Marinekorps gebunden. Hätte die Sowjetunion einen Großangriff in Europa begonnen – wie es in der CSSR-Krise zunächst Befürchtungen gab – wären die USA nicht in der Lage gewesen, militärisch angemessen, selbst auf ein 1 ½ Kriege-Szenario zu reagieren.⁹⁵⁴ Weiterhin bestand der Druck des Kongresses, das Engagement in Vietnam zu beenden und die Verteidigungsausgaben zu senken bzw. weitere Kürzungen an dem schon niedriger veranschlagten Verteidigungshaushalt der neuen Nixon-Administration vorzunehmen.⁹⁵⁵

Die Regierung Nixon sah sich, um wieder außenpolitischen Handlungsspielraum zu erlangen, gezwungen, ihre militärischen Verpflichtungen drastisch zu reduzieren. Einmal durch die im Juli 1969 Nixon/Guam-Doktrin (s. o.) in der die Administration ihr Engagement hauptsächlich in Südostasien auf Militärhilfe und notfalls auf ein militärisches Engagement mit der Marine und der Luftwaffe beschränkte.⁹⁵⁶

Als zweite Maßnahme wurde die Planungsgrundlage für den Streitkräftebedarf von 2 ½ auf 1 ½ Kriege reduziert. Dies war möglich geworden, nach dem die Nixon-Administration die kommunistischen Staaten nicht mehr als monolithischen Block in ihrer militärischen Planung behandelte, sondern sich anschickte, wieder normale Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen. Die Eventualplanung ging nun von einem Großangriff der Sowjetunion in Europa **oder** in Asien aus sowie von einem kleineren Konflikt im Mittleren Osten oder Südkorea. China wurde nicht mehr als Gegner in einer militärischen Auseinandersetzung angesehen, während NATO-Europa das strategisch wichtigste und am meisten bevorzugte Gebiet in der amerikanischen Militärstrategie blieb.⁹⁵⁷

⁹⁵⁴ vgl. Record: a.a.O., S. 26

⁹⁵⁵ vgl. Kissinger: Memoiren Bd. 1: a.a.O., S. 219

⁹⁵⁶ vgl. Mallin: a.a.O., S. 188

⁹⁵⁷ vgl. Mallin: a.a.O., S. 189

Um weitere Kürzungen des Verteidigungshaushaltes durch den Kongreß aufzufangen und dem entspannteren Verhältnis zur UdSSR und China Rechnung tragend, schaffte die Nixon-Administration 1973 die allgemeine Wehrpflicht ab.

Die Nuklearstrategie der Nixon-Ära war durch die strategischen Parität mit der UdSSR gekennzeichnet. Diese hatte im September 1969 einen numerischen Gleichstand an strategischen Nuklearraketen mit den USA erreicht⁹⁵⁸ und begann in der Folgezeit, weitere strategische Waffen in ihr Arsenal aufzunehmen. Nachdem die USA nach der Annahme der deklaratorischen Doktrin der gegenseitig gesicherten Vernichtung den numerischen Ausbau ihrer strategischen Streitkräfte 1967 beendet hatten, verkündete Nixon am 27.1.1969 das Streitkräfteziel der „Sufficiency“.⁹⁵⁹ Dies bedeutete einerseits, daß die nuklearen Streitkräfte die „mutual assured destruction“ gewährleisten mußte (jetzt: 25 % des Industriepotentials und 25 % der Bevölkerung). Andererseits sollte das eigene Potential genügend unverwundbar sein, so daß die Stabilität in einer Krise bewahrt bliebe und kein Zwang zur Präemption entstünde. Ebenfalls sollte ein ungefähres Gleichgewicht verhindern, daß die UdSSR aus einer von Dritten wahrgenommenen Überlegenheit einen politischen Nutzen ziehen könnte. Schließlich sollte das Potential auch die Abschreckung gegenüber der Volksrepublik China gewährleisten.

Gleichzeitig wurden während der Nixon-Administration erstmals seit Kennedy Anstrengungen unternommen, die Anzahl der Zieloptionen für Nuklearstreitkräfte im „Single Integrated Operational Plan“ (SIOP) zu erhöhen, da sich herausgestellt hatte, daß selbst die selektivste Option im gültigen SIOP-63 zu viele Nuklearwaffen beinhaltete und zu viele Opfer unter der Zivilbevölkerung kosten würde.⁹⁶⁰ Die anschließende Revision der Zielplanung führte schließlich zu einer neuen Doktrin, die am 17.1.1974 im Dokument NSDM 242 festgelegt wurde. Neben der Einführung weiterer begrenzter Zieloptionen (Limited Nuclear Options), wurden nun auch Feuerpausen oder nicht zu zerstörende Einrichtungen aufgenommen. Der größte Unterschied zu dem bisherigen SIOP bestand aber darin, daß nun Ziele bekämpft werden sollten, die eine schnelle Erholung der sowjetischen Gesellschaft nach einem Nuklearkrieg ermöglichen würden.⁹⁶¹

⁹⁵⁸ vgl. Weigley: a.a.O., S. 472

⁹⁵⁹ vgl. Weigley: a.a.O., S. 470 f.

⁹⁶⁰ vgl. Desmond Ball: The Development of the SIOP, 1960-1983, in: Desmond Ball/Geffrey Richelson (Hrsg.): Strategic Nuclear Targeting, Ithaca, London 1986, S. 71

⁹⁶¹ vgl. Ball: a.a.O., S. 73

Auch unter den Präsidenten Ford und Carter blieb das 1 ½-Kriege-Szenario als Basis für die Streitkräfteplanung erhalten.⁹⁶² Allerdings wurden durch weitere finanzielle Engpässe und angesichts der massiven konventionellen Aufrüstung der Sowjetunion die mögliche Erfüllung der geforderten Aufträge durch die Streitkräfte weiter in Frage gestellt, so daß eine noch stärkere Konzentration auf das NATO-Gebiet zu verzeichnen war.⁹⁶³

5.4.1.5. US-Militärstrategie im Zeichen der globalen Herausforderung 1980 – 1990

Der Sturz des Schahs von Persien im Februar 1979 und der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember des gleichen Jahres bewirkte eine deutliche Veränderung in der amerikanischen Militärstrategie. In der Epoche von 1980 bis 1985, die oft als „zweiter Kalter Krieg“ bezeichnet wird, wurden die US-Verteidigungsausgaben von Carter und insbesondere von Reagan drastisch erhöht.⁹⁶⁴

Zunächst verpflichtet Carter in seiner Erklärung vom 20.1.1980 erstmals die USA zur Verteidigung Südwest-Asiens, in dem er jede auswärtige Macht davor warnte, die vitalen Öl-Interessen der USA am Persischen Golf gewaltsam zu beeinträchtigen. Jeder bewaffnete Angriff in der Region würden als Angriff auf die vitalen Interessen der USA betrachtet und notfalls mit Gegengewalt beantwortet.⁹⁶⁵ Ein Hauptszenario stellte der Einmarsch sowjetischer Truppen in den Nord-Iran dar. Da eine Kriegsführung in diesen Gebieten eine große logistische Herausforderung – selbst für die USA – darstellte, wurde mit der „Rapid Deployment Joint Task Force“ eigens eine Truppe für Interventionen in weit entfernten Gebieten zusammengestellt, der es möglich sein sollte, innerhalb von 7 – 10 Tagen ca. 20000 Mann mit den entsprechenden Waffen auf dem Schauplatz zu versammeln. (Seit Januar 1983 wurde hierfür ein eigener Kommandobereich, das „Central Command“ geschaffen.)⁹⁶⁶

⁹⁶² vgl. Record: a.a.O., S. 32

⁹⁶³ vgl. ebenda

⁹⁶⁴ Budget Authority 1979: 174,4 Mrd. \$
 1980: 178,3 Mrd. \$
 1981: 200,3 Mrd. \$
 1982: 223,8 Mrd. \$
 1983: 239,4 Mrd. \$ vgl. Record: a.a.O., S. 99

⁹⁶⁵ vgl. Mallin: a.a.O., S. 219

⁹⁶⁶ vgl. ebenda

Die am 20.1.1981 in Amt gekommene Reagan-Administration war entschlossen, die weltpolitische Herausforderung der UdSSR anzunehmen und bereit, ein umfassendes Aufrüstungs- und Modernisierungsprogramm ins Werk zu setzen. Von 1981 bis 1985 erhöhte sie den Verteidigungshaushalt um ca. 30 %, was die größte Aufrüstung in Friedenszeiten für die USA bedeutete.⁹⁶⁷ In dem grundlegenden Planungsdokument „National Security Decision Document“-32 vom 20.5.1982 wurde davon ausgegangen, daß ein Krieg mit der Sowjetunion wahrscheinlich auf mehreren Kriegsschauplätzen gleichzeitig zu führen sei, und daß die US-Streitkräfte folglich in der Lage sein müßten, wo immer es nötig sei, zu kämpfen.⁹⁶⁸ Ein Konflikt mit der UdSSR, der auf einem Schauplatz begönne, ließe sich wahrscheinlich nicht auf diesen beschränken, sondern griffe auf andere Schauplätze über.⁹⁶⁹ Die Reagan-Administration und ihr Verteidigungsminister Weinberger planten daher für eine „world wide war“-Strategie, was de facto die Fähigkeit bedeutete, drei große Kriege gleichzeitig führen zu können.⁹⁷⁰ Gleichzeitig wurde angenommen, daß diese von langer Dauer sein können und nicht wie manche Experten bezüglich eines potentiellen Nuklearkrieges vorausgesagt haben, nur Stunden dauern würden. US-Streitkräfte sollten also auf eine „protracted, multifront war“ vorbereitet sein.⁹⁷¹

Nach einem Angriff durch die Sowjetunion sollte aber keinesfalls nur reaktiv in den Gebieten verteidigt werden, in denen der Angriff erfolgte. Der asymmetrische Teil der US-Militärstrategie der Reagan Ära bestand darin, verwundbare Punkte der Sowjetunion in einer horizontalen Eskalation durch eine Gegenoffensive anzugreifen. Hierbei sollte besonders die Marine zum Einsatz kommen, die mit Hilfe einer betont aggressiven Strategie die sowjetische Marine nicht nur in ihren Heimatgewässer einschließen, sondern ihre Kraftquellen und Stützpunkte angreifen und vernichten sollte.⁹⁷² Hierfür sollte sie 15 Trägerkampfgruppen und 600 Überwasserkampfschiffe erhalten.

Zur Wiedererlangung der Eskalationsdominanz wurde auch ein umfangreiches Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramm, das in der Anschaffung neuer strategischer Bomber und Interkontinentalraketen gipfelte (B-1B, B-2; MX „Peacekeeper“). Eine der meistdiskutierten und kontroversesten Entscheidungen Reagans betraf die Initiierung

⁹⁶⁷ vgl. Mallin: a.a.O., S. 221

⁹⁶⁸ vgl. ebenda

⁹⁶⁹ vgl. Record: a.a.O., S. 41

⁹⁷⁰ vgl. ebenda

⁹⁷¹ vgl. Record: a.a.O., S. 42

der „Strategic Defense Initiative“ mit seiner Rede vom 23.3.1983. Diese Initiative beinhaltete den Versuch, von einem System der gegenseitigen Abschreckung durch die Androhung nuklearer Vergeltung dominierten System zu einem auf Verteidigung beruhenden System zu kommen. Gleichzeitig stellte es aber auch ein Teil der asymmetrischen Militärstrategie dar, in dem die USA ihre technologische Stärke gegen einen sowjetischen Schwachpunkt setzen wollten.⁹⁷³

Zwar erreichte der Verteidigungshaushalt des Jahres 1986 die Rekordsumme von 313,7 Mrd. \$,⁹⁷⁴ doch konnten selbst mit diesen Mitteln die ambitionierten Streitkräfte Ziele der Reagan-Administration nicht erreicht werden. Deutliche Defizite gab es noch bei der strategischen Mobilität der Streitkräfte.⁹⁷⁵

Der Amtsantritt von Michael Gorbatschow im März 1985 und die zunehmende Besorgnis des Kongresses über die steigende Staatsverschuldung führten auf beiden Seiten zu der Einsicht, durch gezielt Abrüstungsschritte und vertrauensbildende Maßnahmen (s. den Abschluß des INF-Vertrages im Dezember 1987) ihre jeweilige Sicherheit zu verbessern.

5.4.1.6. US-Militärstrategie „beyond containment“: Bush-Ära 1990/91

Schon im Mai 1989 verkündete Präsident Bush (sen.) seine Devise vom der Strategie „beyond containment“. Eine sich demokratisierende Sowjetunion sollte demnach in die Gemeinschaft der Völker integriert werden.⁹⁷⁶ Nach dem Gewinn des Kalten Krieges wollten auch die USA die sogenannte „Friedensdividende“ erhalten. So sank zwischen dem Fiskaljahr 1985 und im Fiskaljahr 1990 der Verteidigungshaushalt real um 13 %.⁹⁷⁷ Seit August 1990 wurden Planungen bekannt, daß das Pentagon an dem sogenannten „**Base Force**“-Konzept arbeitete, durch die Verteidigungsausgaben um weitere 25 % sinken sollten. Durch diese „Base Force“ sollte eine Streitkräftestruktur aufgestellt werden, die das Minimum darstellte, welche die USA für die Verfolgung und den Schutz

⁹⁷² vgl. Mallin: a.a.O., S. 230

⁹⁷³ für die Diskussion über die amerikanisch Motivation für das SDI-Programm s. Hans Rühle: Wie kam es zu SDI, in: Thomas Enders (Redaktion): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forschungsbericht 49, St. Augustin 1985, S. 9 ff.

⁹⁷⁴ vgl. Mallin: a.a. O, S. 229

⁹⁷⁵ vgl. Record: a.a.O., S. 46

⁹⁷⁶ vgl. Mallin: a.a.O., S. 260

⁹⁷⁷ vgl. William Kaufmann: Assesing The Base Force: How Much Is Too Much?, Washington D.C. 1992, S. 1

ihrer Interessen benötigten.⁹⁷⁸ Erste Eckdaten wurden Anfang 1991 bekannt, wonach der Umfang der Streitkräfte von 2,1 Mill. Mann auf 1,62 Mill. Mann sinken sollte.⁹⁷⁹ Als das fertige Konzept zu Beginn des Jahres 1992 vorgestellt wurde fehlten vorher enthaltene Szenarien bezüglich eines autoritären Rußlands völlig.⁹⁸⁰ Statt dessen bestand nun die „Base Force“ aus sogenannten Streitkräfte-Paketen, die jeweils ganz bestimmte Aufgaben zu übernehmen hatten:

- 1.) ein strategisches Paket, das mit seinen strategischen Nuklearstreitkräften weiterhin die Abschreckung zu garantieren hätte
- 2.) ein „Atlantic force package“
- 3.) ein „Pacific force package“
- 4.) ein „contingency force package“ für den globalen Einsatz.⁹⁸¹

Noch ehe diese Planung aber richtig verwirklicht werden konnte, wurde diese durch den „Bottom-Up Review“ der Clinton-Administration vom 1.9.1993 abgelöst.⁹⁸²

⁹⁷⁸ vgl. Kaufmann: a.a.O., S. 3

⁹⁷⁹ vgl. Kaufmann: a.a.O., S. 8

⁹⁸⁰ vgl. Kaufmann: a.a.O., S. 48 f.

⁹⁸¹ vgl. Harry Summers: „The New World Strategy“, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapore, 1995, S. 135

⁹⁸² vgl. Summers: The New Harry Summers: „The New World Strategy“, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapore, 1995, S. 135 World Strategy: a.a.O., S. 136

5.5. Sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie

Die grundsätzliche Einstellung zum Krieg der Marxisten-Leninisten legte Lenin in seiner Schrift „Sozialismus und Krieg“ dar, in der er zwar alle Kriege als eine bestialische und barbarische Sache verurteilte, aber im Gegensatz zu den bürgerlichen Pazifisten die historische Funktion der Kriege bei der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Voranschreiten auf dem Weg zum Kommunismus hervorhob⁹⁸³. Der vom Marxismus-Leninismus postulierte Klassencharakter eines jeden Krieges erlaubt es nicht nur, sondern erfordert es sogar, jeden Krieg bezüglich der Interessen des Proletariats zu beurteilen. In den Zeiten des Kalten Krieges beschwor – nach marxistisch-leninistischer Ansicht – die untergehende Monopolbourgeoisie die Gefahr eines Atomkrieges, einer für die Menschheit kaum vorstellbaren Katastrophe herauf⁹⁸⁴.

Aufgabe der Avantgarde der Arbeiterklasse, der kommunistischen Parteien, sei es, die Menschheit vor diesem Unglück zu bewahren. Nach dieser Auffassung setzte die sozialistische Gemeinschaft besonnen, konsequent und wachsam die Fortführung ihrer Friedensstrategie den massiven Versuchen der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals, die Völker abermals zur Gratwanderung am Abgrund eines neuen Weltkrieges zu drängen, entgegen⁹⁸⁵.

Der Marxismus-Leninismus sah in der Existenz einer Klassengesellschaft die historische Bedingung für das Entstehen von Kriegen. Erst in einer klassenlosen Gesellschaft könne es keine Kriege mehr geben. In dieser historischen Mission fielen das Interesse der Arbeiterklasse mit den grundlegenden Interessen der gesamten Menschheit zusammen⁹⁸⁶. Nach Scheler/Kiesling ergab sich nun für die Arbeiterklasse folgendes Problem: „Die Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Krieg eine soziale Notwendigkeit ist, umfaßt aber eine ganze historische Epoche. Sie kann von der Arbeiterklasse nur in einem zähen Kampf gegen die untergehende Ausbeuterklasse errungen werden, und das verlangt von ihr, den Krieg jeweils konkret zu betrachten... Sie

⁹⁸³ vgl. Wladimir I. Lenin: Sozialismus und Krieg, Berlin (Ost) 1973, S. 5 f.

⁹⁸⁴ vgl. Wolfgang Scheler / Gottfried Kießling: Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin (Ost) 1981, S. 5

⁹⁸⁵ vgl. Scheler / Kießling: a.a.O., S. 7

⁹⁸⁶ vgl. Scheler / Kießling: a.a.O., S. 13 f.

muß sich daher bei jedem dieser Kriege fragen, in welchem Verhältnis er zu den Interessen der Arbeiterklasse steht.⁹⁸⁷

Je nachdem, wie die Klassenfrage beim jeweiligen Krieg beurteilt wurde, nahm der Krieg einen „gerechten“ oder „ungerechten“ Charakter an. Dies wurde nicht danach beurteilt, wer in einem Kriege der Angreifer oder der Verteidiger war, sondern welche Klasse ihn führte und welche Politik durch ihn fortgesetzt wurde. So wurden Kriege, welche die Menschheit dem Endziel des Kommunismus näherbrachten, als gerecht beurteilt, während Kriege, die reaktionären Zielen dienten, als ungerecht bewertet wurden. Daher sind die Kategorien gerechter bzw. ungerechter Krieg keine ausschließlich ethischen Kategorien, sondern Begriffe, mit denen streng wissenschaftlich erfaßt werden sollte, ob der betreffende Krieg in einem positiven oder negativen Verhältnis zur historischen Aufgabe der jeweils progressivsten Klassenkräfte einer jeden Epoche stand.

Gerechte Kriege konnte deshalb nicht nur von der Arbeiterklasse der sozialistischen Staaten geführt werden, sondern auch von anderen Klassen und Staaten, in erster Linie von den „ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Nationen“, die um die Befreiung vom Imperialismus rangen.

Neben der Einteilung nach qualitativen Merkmalen konnten mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Terminologie die jeweiligen Kriege auch nach artunterscheidenden Merkmalen eingeteilt werden. In dem grundlegenden Werk „Militärstrategie“ teilte V.P. Sokolowskij die Kriege in folgende Kategorien ein:

1. Kriege zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Lager,
2. Imperialistische Kriege, die vom Imperialismus unternommen werden, um nationale Befreiungsbewegungen zu unterdrücken oder Kolonien zu erwerben,
3. Nationale Befreiungs- und Bürgerkriege – also die Kategorie „imperialistische Kriege“, die von den Staaten der Dritten Welt aus gesehen,
4. Kriege innerhalb des kapitalistischen Lagers zwischen rivalisierenden kapitalistischen Staaten⁹⁸⁸.

⁹⁸⁷ Scheler/Kießling: a.a.O., S. 14

⁹⁸⁸ vgl. V.D. Sokolowskij: Militärstrategie, 3. Aufl., Köln 1969, S. 263 ff.

Diese Klassifikation reichte aber nicht mehr aus, um solche Phänomene wie die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR 1968 oder den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 zu erklären. Daher mußte ein neuer Typ von bewaffneten Konflikten eingeführt werden. Eine fünfte Kategorie von Kriegen wurde so mit dem „Krieg zur Verteidigung der weltweiten sozialistischen Gemeinschaft“ geschaffen. Auf diese Weise wurde es der UdSSR möglich, zu erklären, daß sie „gemäß den Grundsätzen des Internationalismus und den Verpflichtungen gegenüber ihren Verbündeten auch die Errungenschaften sozialistischer Bruderstaaten verteidigte“⁹⁸⁹.

Nach geographisch-dimensionalen Gesichtspunkten wurde einerseits der lokale Krieg und andererseits der Weltkrieg zwischen beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen unterschieden.

In der letzten Kategorie ist aber zu beachten, daß in der sowjetischen Terminologie qua Definition Weltkrieg (*Mirovaya Voina*) als ein Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus bezeichnet wurde, den die Kapitalisten begonnen hatten und der immer von historischer Bedeutung für das Weiterbestehen des Kapitalismus und des Sozialismus war⁹⁹⁰.

Die Erfindung der Atomwaffen führte, wie es bei einer dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung auch zu erwarten war, zu keiner Änderung der Typologisierung der Kriege in gerechte und ungerechte. Da auch ein nuklearer Weltkrieg, falls er von den imperialistischen Staaten entfesselt werden sollte, die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln gewesen wäre, blieb Clausewitz' Formel auch im Nuklearzeitalter gültig. Für die sozialistischen Staaten bedeutete dies, daß sie auch beim Einsatz von Nuklearwaffen einen gerechten, weil der Sache des Sozialismus förderlichen, Verteidigungskrieg führten. Bürgerlichen Denkern, die postulierten, daß im Atomzeitalter nicht einmal Verteidigungskriege gerecht sein könnten, wurde vorgeworfen, daß sie das Wesen des Krieges mit seinem Ausgang bzw. den Kriegsfolgen verwechselten. Der gerechte oder ungerechte Charakter eines Krieges wurde, trotz der

⁹⁸⁹ Michael Sadykiewicz: *Die sowjetische Militärdoktrin und Strategie*, Koblenz 1985, S. 33. Die Kategorie "gemischte Art des Krieges", die bei Sadykiewicz aufgeführt ist, wurde nicht in die Darstellung aufgenommen, da dessen Darstellung ungenau und widersprüchlich ist

⁹⁹⁰ vgl. P.H. Vigor: *The Soviet View of War*, in: Michael Mcc Gwire (Hrsg.): *Sovjet Naval Development, Capability and Context*, New York, 1973, S. 22 f.

durch die Massenvernichtungswaffen radikal veränderten Situation in der Beurteilung der Kriegsfolgen, noch immer allein von seinem klassenmäßigen Wesen bestimmt⁹⁹¹.

Nach marxistisch-leninistischer Überzeugung erwachsen dem Sozialismus aus der Tatsache, daß er mit den Entwicklungstendenzen unserer Epoche übereinstimmte, in einem solchen Krieg Kräfte, über die der Kapitalismus nicht verfügte. Durch die Entfesselung eines Weltkrieges kämen die Imperialisten nicht aus der Krise heraus, sondern diese würde sich im Gegenteil noch verschärfen. Entscheidend wäre in einem solchen Falle die Entschlossenheit und die Fähigkeit der verbündeten sozialistischen Staaten gewesen, die ihnen zur Verfügung stehenden modernen Waffen zur schnellstmöglichen Zerschlagung der Aggression einzusetzen. Dies hätte den einzigen Schutz vor dem Verlust aller sozialistischen Errungenschaften und den Tod unzähliger Menschen geboten⁹⁹². Als qualitativ neue Entwicklung seit der Ära Chruschtschow und der Formulierung der friedlichen Koexistenz-Doktrin war die scharfe Trennung zwischen dem allgemeinen Weltkrieg und lokalen Kriegen zu bewerten, wie sie von der damaligen sowjetischen Führung vorgenommen wurde. Während für Chruschtschow noch alle Kriege zu vermeiden waren, da jeder die Gefahr einer Eskalation in sich barg, fühlte sich die damalige Kremlspitze weniger gehemmt und relativ sicher in dem Glauben, daß sich die Korrelation der Kräfte bereits zu ihrem Gunsten verschoben hatte. In der neuen Sichtweise waren nun wieder lokale Kriege möglich, die nicht zu einem Weltkrieg eskalieren mußten. Nach Sadykiewicz verlief diese Entwicklung, dargestellt an Sokolowskijs „Militärstrategie“ und der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“ (SME) über folgende Zwischenstufen⁹⁹³:

1962: Jeder lokale Krieg wird sich zu einem uneingeschränkten weltweiten Kernwaffenkrieg ausweiten.

1968: Es gab die Möglichkeit, die Ausweitung eines lokalen Krieges zu einem Weltkrieg zu verhindern.

1978: Die Möglichkeit zur Verhinderung der Ausweitung eines lokalen Krieges zum Weltkrieg nimmt zu. Es erhöht sich die Möglichkeit einer siegreichen Beendigung lokaler Kriege.

⁹⁹¹ vgl.. Scheler / Kießling: a.a.O., S. 66 ff.

⁹⁹² vgl.. Scheler / Kießling: a.a.O., S. 66

⁹⁹³ vgl. Sadykiewicz: a.a.O., S. 35

So wurde es möglich, daß Bürgerkriege und nationale Befreiungskriege als eigenständige Erscheinungsformen des sowjetischen Kriegsbildes anerkannt werden konnten.

5.5.1. Die Kriegstheorie des Marxismus-Leninismus

Die Militärdoktrin

Die sowjetische Militärdoktrin steht an der Spitze der Hierarchie des Begriffssystems der politisch-militärischen Ansichten und Lehrmeinungen über einen zukünftigen Krieg und der Rolle des Militärs im allgemeinen und in einem Krieg im besonderen. Ihre politischen Aspekte sind bereits von Lenin dargestellt worden. Er formulierte die grundlegenden Leitsätze über das Verhältnis der Sowjetunion zum Kriege, über den Charakter ihrer militärischen Aufgaben und über die politischen Ziele des Krieges⁹⁹⁴. Diese Grundsätze wurden natürlich durch die Beschlüsse der Parteitage weiterentwickelt.

Die Grundzüge der damaligen Militärdoktrin waren aber – da selbst Lenin den Charakter eines möglichen Atomwaffenkrieges nicht voraussehen konnte – erst nach 1960, nach der „Militärisch-Technischen Revolution“ konzipiert worden.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Militärdoktrin durch die 1941 von Stalin postulierten fünf immerwährenden Faktoren bestimmt. Diese Faktoren waren:

1. die Stabilität des Hinterlandes,
2. die Moral der Armee,
3. die Quantität und die Qualität der Divisionen,
4. die Bewaffnung der Armee,
5. die Organisationsfähigkeit der Kommandeure.

Trotz der Entwicklung der Atomwaffen, die es nah gelegt hätten, dem Faktor „Überraschung“ größere Bedeutung zu schenken, fand zu Stalins Lebzeiten keine Diskussion über diese gültige Militärdoktrin statt⁹⁹⁵.

⁹⁹⁴ vgl. Sokolowskij: a.a.O., S. 99

⁹⁹⁵ vgl. Harriet Fast Scott / William F. Scott: The Armed Forces of the USSR, Boulder 1979, S. 38

In der Phase nach Stalins Tod, in der so folgenreiche Entwicklungen wie die Wasserstoffbombe, der strategische Langstreckenbomber und die nuklearwaffentragende Interkontinentalrakete (ICBM) Eingang in die militärischen Arsenale fanden, gab es aber eine lebhafte Diskussion über eine mögliche neue Militärdoktrin⁹⁹⁶. Am 14.1.1960 verkündete Chruschtschow schließlich auf der 4. Sitzung des Obersten Sowjets die Grundzüge dieser neuen Militärdoktrin:

- Kriege sind nicht mehr unvermeidlich,
- der Krieg beginnt mit Schlägen strategischer Raketen in das Hinterland,
- aber der erste Schlag eines Angreifers ist nicht allein entscheidend, es würden genügend Waffen überleben, um einen Angreifer auszulöschen,
- sollte die UdSSR angegriffen werden, würde sie den Angreifer vom Angesicht der Erde tilgen; sollten die Kapitalisten angreifen, würde dies das Ende des Kapitalismus bedeuten,
- die UdSSR führt gegenüber den USA im Raketenwettlauf,
- die Verteidigungskraft hängt nicht mehr von der Mannschaftsstärke der Armee, sondern von ihrer Feuerkraft ab.⁹⁹⁷

Die damalige sowjetische Militärdoktrin war zwar ein in sich logisches Lehrgebäude, ihr genauer Inhalt unterlag aber strenger Geheimhaltung, so daß ihre Aussagen nur über die Beobachtung einzelner Beschlüsse der Führungsgremien soweit der beobachteten Maßnahmen der Rüstungspolitik im Aufbau der Streitkräfte und ihrer Dislozierung sowie aus den Einsatzgrundsätzen der Streitkräfte und nicht zuletzt aus den Maßnahmen der Wirtschafts- und Außenpolitik erschlossen werden konnten⁹⁹⁸.

Nach der Definition der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“⁹⁹⁹ ist die Militärdoktrin ein vom Staat zu einer bestimmten Zeit übernommenes System von Ansichten über die Zie-

⁹⁹⁶ vgl. Scott / Scott: a.a.O., S. 40 f.

⁹⁹⁷ vgl. Scott / Scott: a.a.O., S. 42

⁹⁹⁸ Hubatschek / Farwick: Entscheidung in Deutschland, Berg am See 1978, S. 25

⁹⁹⁹ Die „Sowjetische Militärenzyklopädie“ ist das seit der letzten Auflage von Sokolowskij's „Militärstrategie“ (1968) neu erschienene Standardwerk, in der die sowjetische Militärdoktrin dargestellt wird: In den 8 Bänden, die zwischen 1976 und 1980 erschienen sind, wird aber auf eine geschlossene Darstellung der Doktrin verzichtet und durch eine Sammlung von Stichworten ersetzt. Wichtige Artikel sind durch den Verfassernamen gekennzeichnet. Der offizielle Charakter des Werkes kommt dadurch zum Ausdruck, daß an der Spitze des Redaktionsstabs der sowjetische Verteidigungsminister Gretschnko stand. Nach dessen Tod übernahm der sowjetische Generalstabschef Orgakov die Ver-

le und den Charakter eines potentiellen Krieges, über die Vorbereitung des Landes und der Streitkräfte für den Krieg und über die Art, ihn zu führen. Die Militärdoktrin bestimmt gewöhnlich, mit welchem Gegner in einem künftigen Krieg zu rechnen sein wird. Sie bestimmt den Charakter und die Ziele des Krieges, an dem der Staat und seine Streitkräfte mit ihren entsprechenden Aufgaben teilnehmen werden. Sie legt auch fest, welche Streitkräfte zur erfolgreichen Kriegführung erforderlich sind und welche Richtung ihre Entwicklung und die Art der Kriegführung nehmen wird¹⁰⁰⁰. Die Militärdoktrin umfaßt zwei eng miteinander verbundene und voneinander abhängige Elemente, nämlich das politische und das militärisch-technische Element. Dabei ist immer zu beachten, daß die Militärdoktrin ausschließlich ein Produkt der politischen Führung ist und somit der Primat der Politik immer gewahrt ist.

Die Militärdoktrin wurde von sozialpolitischen, ideologischen und militärischen Faktoren beeinflusst, welche die politische Führung bei der Formulierung der Militärdoktrin berücksichtigte, wobei die sozialpolitische Seite die hauptsächliche und bestimmende war¹⁰⁰¹. Sie war also ein Instrument, um die Gedanken der Politiker an die Militärs zu übermitteln, deren Einstellung auf einen zukünftigen Krieg vorzubereiten und sie mit den Anforderungen, auf die sie sich einstellen müssen, vertraut zu machen¹⁰⁰². Sie verknüpfte die politischen Ansichten der Führung und die strategisch-wehrpolitische Planung. Die Militärdoktrin stellte die Verbindung von der Zweck- und Zielebene her, wurde aber auch von der Mittelebene beeinflusst, da zwischen der eigenen Mittelebene und der des Gegners einerseits und der Doktrin andererseits ein Rückkopplungs- bzw. Lerneffekt bestand und so die Einheit von Theorie und Praxis verwirklicht wurde. Sie war für alle fünf Teilstreitkräfte verbindlich.

Nach sowjetischer Auffassung hätten sich in einem Krieg nicht irgendwelche gegensätzlichen politischen Interessen entladen, sondern es hätte ein fundamentales historisches Problem seine Lösung gefunden (It will resolve not specific limited political interests but a crucial historical problem)¹⁰⁰³. Die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes

antwortung für Band III – VIII. In der Redaktion war die wissenschaftliche und militärische Elite der sowjetischen Streitkräfte vereinigt. vgl. Sadykiewicz: a.a.O., S. 9 ff.

¹⁰⁰⁰ vgl. Sadykiewicz: a.a.O., S. 14

¹⁰⁰¹ vgl. Sholtow, Chomenko, Konratkow (Hrsg.): a.a.O., S. 256

¹⁰⁰² vgl. Sephen M. Meyer: Soviet Theatre Nuclear Forces, Part I: Development of Doctrin and Objectives, Adelphi Paper No 187, IISS London 1984, S. 4

¹⁰⁰³ Marxismus – Leninismus on War and Army. A Soviet View, Moskau 1972, S. 29 zit. nach K. Peter Stratmann: NATO-Strategie in der Krise?, Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 5, Baden-Baden, S. 182

wäre dann der denkbar gerechteste Krieg gewesen. Er wäre ohne Kompromisse und mit einem Maximum der zur Verfügung stehenden Kräfte und Ressourcen geführt worden. Seine sozio-politische Natur betreffend wäre ein Krieg – wäre es den Imperialisten gelungen, ihn zu entfesseln – ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen zwei diametral entgegengesetzten Systemen gewesen. Es wäre wahrscheinlich ein Nuklearkrieg. („As regards the means used, this war may be a nuclear one“)¹⁰⁰⁴. Obwohl Atomwaffen eine entscheidende Rolle gespielt hätten, wäre der endgültige Sieg über den Aggressor nur das Ergebnis gemeinsamer Aktionen aller Teilstreitkräfte gewesen, welche die Erfolge durch die Atomwaffen hätten auszunutzen sollen. Allerdings hätten auch lokale Kriege ausbrechen können, die wegen der Gefahr einer Eskalation zum weltweiten Nuklearkrieg studiert wurden, falls in sie Nuklearmächte verwickelt gewesen wären. Lokale Kriege wurden von der Seite des Imperialismus als Fortsetzung der aggressiven Politik mit Waffengewalt definiert, während sie von der Seite der Staaten, die Opfer einer imperialistischen Aggression geworden sind, als Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit gesehen wurden¹⁰⁰⁵.

Der Ausbruch eines Weltkrieges war aber die Hauptsorge der politischen Führung. In der Endphase des Sowjetregimes wurde auch die Möglichkeit eingeräumt, daß dieser Weltkrieg ganz – oder für längere Zeit – konventionell geführt werden könnte. „Die sowjetische Militärstrategie geht davon aus, daß ein Weltkrieg ausbrechen und im Verlauf einer bestimmten Zeit mit dem Einsatz konventioneller Waffen allein geführt werden kann. Eine Ausweitung der Kampftätigkeit kann jedoch eine Umwandlung in einen allgemeinen Atomkrieg herbeiführen, wobei das Hauptkampfmittel die Kernwaffen bilden, insbesondere die strategischen“ /SME Bd. VII, S. 564)¹⁰⁰⁶.

Im Gegensatz zu der Zeit, als die Doktrin der friedlichen Koexistenz formuliert wurde, sind in den 80er Jahren Kriege für die sowjetischen Führung wieder wahrscheinlicher geworden. Auf dem XXI. Parteitag im Jahre 1959 hieß es noch zu diesem Punkt, „... daß sich schon vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus in der Welt, während der Kapitalismus in einem Teil der Welt noch weiter besteht, die reale Möglichkeit ergibt, den Krieg aus dem Leben der Gesellschaften zu verbannen.“¹⁰⁰⁷

¹⁰⁰⁴ Marxismus – Leninismus on War and Army, a.a.O., S. 304, zit. nach Stratmann: a.a.O., S. 182

¹⁰⁰⁵ vgl. Scott / Scott: a.a.O., S. 61.

¹⁰⁰⁶ Sadykiewicz: a.a.O., S. 36

¹⁰⁰⁷ Sadykiewicz: a.a.O., S. 31

Im 2. Band der Sowjetischen Militärenzyklopädie wird zum gleichen Thema hingegen folgendes ausgeführt: „Die wichtigste Schlußfolgerung gründet darin, daß eine aktuelle Gefahr aggressiver Kriege solange bestehen wird, wie der Imperialismus existent ist ... Das Fehlen der fatalistischen Möglichkeit eines Krieges bedeutet nicht, daß die Möglichkeit eines Kriegsausbruches in der gegenwärtigen Epoche gänzlich beseitigt ist. Die Natur des Imperialismus unterliegt keiner Veränderung. Die Imperialisten bereiten mit allen Mitteln einen neuen Krieg vor ... Nur nach einem weltweiten Sieg des Sozialismus werden die Ursachen für den Ausbruch von Kriegen jedweder Art endgültig beseitigt. Sie werden aus dem Leben der Gesellschaft eliminiert.“¹⁰⁰⁸

Aus diesen Zitaten wird aber dennoch deutlich, daß die sowjetischen Militärdoktrin eine defensive Natur besitzt, da sie sich auf das politische Ziel des Aufbaues und der Verteidigung des Sozialismus bezieht¹⁰⁰⁹. Jede militärische Maßnahme zum Schutz des Sozialismus wird als defensiv betrachtet.

Die Kriegskunst

Der Militärdoktrin nachgeordnet sind die einzelnen Bereiche der Kriegskunst. Nach Sokolowskij untersucht die Theorie der Kriegskunst „... den Charakter und die Methoden von Kampfhandlungen verschiedenen Maßstabs sowohl in der Gesamtheit als auch hinsichtlich jeder Teilstreitkraft und jeder einzelnen Waffengattung“¹⁰¹⁰. Sie umfaßt demnach die Bestandteile Strategie, operative Kunst und Taktik. Innerhalb der Grenzen, die von der Militärdoktrin gezogen wurden, ist es die Aufgabe der Militärstrategie, die von der militärischen Führungsspitze ausgearbeitet wird, die grundlegenden Methoden und Konzepte zu entwickeln, auf der die Kriegführung, die Streitkräftestruktur, der Einsatz der Streitkräfte und die Entwicklung der Waffen beruhen. Für Clausewitz ist die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke der Kriegführung. Marschall Ogarkow, der damalige Generalstabschef, definiert die Militärstrategie für die Sowjetunion in der SME folgendermaßen: „Sie ist Bestandteil der Kriegskunst und ihr höchstes Gebiet, das die Theorie und Praxis der Vorbereitung des Landes und der

¹⁰⁰⁸ ebd.

¹⁰⁰⁹ vgl. Meyer: a.a.O., S. 4

¹⁰¹⁰ Sokolowskij: a.a.O., S. 58

Streitkräfte zum Kriege sowie die Planung und Durchführung des Krieges und der strategischen Operation umfaßt.¹⁰¹¹

Sie fällt in den Aufgabenbereich des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs und soll die Probleme der militärischen Planung lösen helfen, die auf dem Gebiet des Kriegsschauplatzes und auf höherer Ebene auftreten. Folglich gibt es nur eine Militärstrategie, deren Grundprinzipien wie „Überraschung“, „Konzentration“, „Bewegung“ und „Aktivität“ für alle Teilstreitkräfte in gleichem Maße, wie sie auch auf den unteren Ebenen der Kriegskunst, der operativen Kunst und der Taktik – in abgewandelter Form – Gültigkeit besitzen. Allgemein formuliert die Militärstrategie eine Hierarchie militärischer Ziele, die Aufgaben und Rollen der Teilstreitkräfte und die Prinzipien, nach denen sich deren Einsatz richtet.

Es war vornehmlich die Aufgabe der sowjetischen Streitkräfte im Kriegsfall, innerhalb aller Operationsgebiete alle gegnerischen Nuklearwaffen zu zerstören, bevor mit ihnen ein Angriff auf die UdSSR oder ihre Streitkräfte unternommen werden konnte. Schläge in das Hinterland des Feindes sollten gleichzeitig mit der Offensive an der Front ausgeführt werden, während auf dem Kriegsschauplatz Schläge mit Flugzeugen gegen Punktziele oder gegen bewegliche Ziele den Raketenschlägen gegen Flächenziele folgen sollten. Die Landstreitkräfte hatten die Aufgabe, durch „kühne Stöße“, d. h. durch eine Vielzahl von kleinen aufgelockerten Bewegungsgefechten schnell in die Tiefe des gegnerischen Territoriums vorzudringen¹⁰¹², mit ihrer ersten Staffel strategische Zwischenziele zu erreichen, während ihre zweite Staffel diesen Erfolg weiter ausnutzen und ausbauen sollte

Die sowjetische Militärstrategie war somit eindeutig offensiv orientiert, was die sowjetischen Militärs auch nie in Abrede gestellt haben¹⁰¹³.

Unter der von der Militärstrategie definierten Ebene regelte die „operative Kunst“ die Prinzipien der Anwendung der Streitkräfte innerhalb der Teilstreitkräfte und auf dem Kriegsschauplatz. Sie wurde vom Generalstab in Zusammenarbeit mit den Stäben der Teilstreitkräfte ausgearbeitet.

¹⁰¹¹ Sokolowskij: a.a.O., S. 16

¹⁰¹² vgl. Phillip E. Karber: Die taktische Revolution in der sowjetischen Militärdoktrin I, in: Europäische Wehrkunde 6/1977, S. 272 f.

¹⁰¹³ vgl. Meyer: a.a.O., S. 4

Die unterste Ebene der Kriegskunst, die Taktik, wird von Clausewitz als die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht definiert. Sie wurde allein in der Verantwortung der Teilstreitkräfte formuliert. Die Aufgabe der Taktik war es, Mittel und Wege, Formen und Methoden des Kampfes gemäß der jeweiligen Situation und jeweiligen Augenblicks zu finden, die den strategischen Zielen entsprachen und die Erreichung dieser Ziele am besten vorbereiten hätten sollen.

Wie aus dem bisher Gesagten deutlich wird, hatte die sowjetische militärische Planung einen streng hierarchischen Charakter. An der Spitze stand die von der politischen Führung ausgearbeitete Militärdoktrin, welche die Natur eines zukünftigen Krieges und die Gegner bestimmte, und so Planungsvorgaben an die Militärs lieferte. Von ihr abhängig waren die unter ihr stehenden drei Teile der Kriegskunst: Strategie, operative Kunst und Taktik. Änderungen der Doktrin betrafen daher alle Bereiche der Kriegskunst; allerdings war die Doktrin wesentlich unabhängiger von militärischen und technischen Einflüssen, welche die Kriegskunst verändern konnte.

5.5.2. Exkurs: Die sowjetische Militärwissenschaft

Mit der Doktrin und der Kriegskunst ist das Lehrgebäude des sowjetischen militärischen Denkens noch nicht vollständig beschrieben. Vielmehr bemühten sich die sowjetischen Militärtheoretiker um die Erforschung der objektiven Gesetze des bewaffneten Kampfes als des spezifischen Hauptinhalts des Krieges und der ihm eigenen Gesetzmäßigkeit, die im Prozeß des Einsatzes bestimmter Kräfte und Mittel durch die kriegführenden Seiten unter verschiedenartigen Bedingungen und unter dem Einfluß verschiedener Faktoren entstehen¹⁰¹⁴. Dazu bedienten sie sich der Militärwissenschaft. Sie war ein geordnetes Wissenssystem, eine Reihe von Disziplinen, die durch einen einheitlichen Gegenstand und durch gemeinsame Grundlagen vereinigt waren und untereinander in einem bestimmten Subordinationsverhältnis standen¹⁰¹⁵. Der erklärte Zweck der sowjetischen Militärwissenschaft war es, das Verständnis über Krieg und Streitkräfte auf den Status einer wissenschaftlichen Disziplin zu heben¹⁰¹⁶. Wegen der marxistisch-leninistischen Methodologie, die in ihr angewandt wurde, hielten die sowjetischen Militärwissen-

¹⁰¹⁴ vgl. Sholtov, Chomenko, Kontratkow (Hrsg.): a.a.O., S. 247

¹⁰¹⁵ ebd.

¹⁰¹⁶ vgl. Julian Lider: Die sowjetische Militärwissenschaft, in : ÖMZ 2/1983, S. 143

schaftler sie gegenüber den bürgerlichen Militärwissenschaften für überlegen¹⁰¹⁷. Wie die innersowjetische Diskussion zeigte, herrschte keine vollständige Einigkeit über die Einteilung dieser Wissenschaft in verschiedenen Disziplinen; es schien jedoch, daß die Zusammenfassung der Disziplinen, wie sie in der sowjetischen Militärenzyklopädie aufgeführt war, wenn man die dort nicht genannte „Allgemeine Theorie der Militärwissenschaft“ hinzufügt, zumindest zeitweilig als standardisiert erachtet werden konnte¹⁰¹⁸.

Die sowjetische Militärwissenschaft war streng hierarchisch gegliedert, wobei die allgemeine Theorie der Militärwissenschaft die führende Disziplin darstellte, die Theorie der Kriegskunst die zweite Stelle einnahm und erst dann alle anderen Disziplinen folgten.

Nach der Definition der SME (unter Hinzufügung der Allgemeinen Theorie) wurden folgende Disziplinen zur Militärwissenschaft gezählt:

- Allgemeine Theorie der Militärwissenschaft
- Die Theorie der Kriegskunst
- Die Theorie der Entwicklung der Streitkräfte
- Die Theorie der Kampfausbildung und Erziehung
- Die Theorie der politischen (Partei)arbeit in den Streitkräften
- Die Theorie der Militärwirtschaft und Logistik
- Die Militärgeographie
- Die Kriegsgeschichte
- Die militärtechnische Wissenschaft¹⁰¹⁹

Der Inhalt der allgemeinen Theorie der Militärwissenschaft kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Die Natur der Kriegführung und die methodologische Basis der Kenntnis davon. Die Forschung auf diesem Gebiet sollte Antwort auf die Fragen geben: (a) Was der bewaffnete Kampf ist, welchen Platz er innerhalb eines Krieges einnimmt, wie sich seine charakteristischen Merkmale in das Atomzeitalter einordnen; (b) Was ist der Inhalt ihrer

¹⁰¹⁷ vgl. Sholtov, Chomenko, Kontratkov (Hrsg.): a.a.O., S. 247

¹⁰¹⁸ vgl. Lider: a.a.O., S. 145

Hauptkategorien? (c) Was sind die Hauptgesetzmäßigkeiten, die für die Kriegführung bestimmend sind und was sind die Grundsätze ihrer Durchführung? (d) Was sind die marxistisch-leninistischen philosophischen Ansätze, Gesetzmäßigkeiten und Kategorien, die beim Studium der Kriegführung angewandt werden? (e) Welches sind die Hauptfaktoren, die den Verlauf und das Ergebnis des bewaffneten Kampfes beeinflussen?

Die zweite Aufgabe der allgemeinen Theorie der Militärwissenschaft war die Untersuchung ihres Zweckes und ihrer Struktur um festzustellen, welchen Platz die Militärwissenschaft unter den Komponenten der militärischen Theorie einnahm, sowie eine interne Hierarchie der Disziplinen zu prüfen.¹⁰²⁰

Der Inhalt der zweitwichtigsten Disziplin der Militärwissenschaft – der Kriegskunst – wurde wegen ihrer direkten Relevanz für das Thema bereits oben dargestellt. Aber es ist hier nochmals zu verdeutlichen, daß in der marxistisch-leninistischen Methodenlehre die Art und Weise, wie der Kampf ausgetragen werden sollte, gleich jeder anderen Art von gesellschaftlicher Tätigkeit, bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen war. Die geschichtliche Entwicklung der Kriegskunst hing somit in einer gesetzmäßigen Art und Weise von der Entwicklung der materiellen Basis der Gesellschaft, der Entwicklung der Produktivkräfte und im besonderen von der militärischen Technologie ab. Allgemein ausgedrückt hingen diese Erscheinungsformen von einem Komplex gesellschaftlicher Faktoren ab, von denen das gesellschaftlich-wirtschaftliche und das politische System sowie die Politik selbst besonders maßgeblich waren¹⁰²¹. Aber nicht nur die geschichtliche Entwicklung der Kriegskunst, sondern auch der Verlauf und der Ausgang eines Krieges hingen von Gesetzmäßigkeiten ab. Hierbei mußten auch äußere Faktoren wie auch die internen Gesetze des bewaffneten Kampfes in Betracht gezogen werden. Die Theorie der Entwicklung der Streitkräfte hatte als Forschungsgebiet die Organisation und das „Management“ der Streitkräfte als Gegenstand. Sie sollte die allgemeine Basis der Struktur und Organisation des Militärs erarbeiten, aber auch Fragen beantworten, die sich auf die Organisation seiner Teilbereiche bezogen, wie z. B. die Teilstreitkräfte und die Stellungen der Waffengattungen zueinander sowie auch Probleme der Rekrutierung, Alarmierung usw..

¹⁰¹⁹ vgl. ebd.

¹⁰²⁰ vgl. Lider: a.a.O., S. 148

¹⁰²¹ vgl. ebd.

In den anderen Disziplinen dieser Wissenschaft waren Gebiete wie die Militärpädagogik, Militärpsychologie, Militärgeographie und Topographie, technisch-militärische Wissenschaften, Kriegsgeschichte sowie die Analyse und Kritik der bürgerlichen Militärwissenschaft und Militärgeschichte enthalten.

5.5.3. Die sowjetische Militärstrategie

5.5.3.1. Die defensive Phase 1946 – 1949

Im Zuge der Reformdiskussion der sowjetischen Militärstrategie veröffentlichte im Februar 1989 das „Militärhistorische Journal“ einen Kriegsplan der Sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, der Ende 1946 erstellt wurde und bis 1949 Gültigkeit besaß.¹⁰²² Während in theoretischen Schriften weiterhin nach den Erfahrungen des „Großen Vaterländischen Krieges“ der Wert der Offensive betont wurde, sah dieser Plan zuerst eine Verteidigungsphase vor, von der aus dann zur Gegenoffensive übergegangen werden sollte, um die alte Demarkationslinie wieder herzustellen (es waren allerdings einige Passagen ausgelassen worden). Die Inhalte des Planes deckten sich im wesentlichen mit den damaligen Erkenntnissen der westlichen militärischen Nachrichtengewinnung. Dieser Plan war nach den Anforderungen des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte ausgearbeitet worden, die im Zuge der „aktiven Verteidigung des Territoriums der UdSSR“ an die sowjetischen Streitkräfte folgende Aufgaben gestellt hatten:

- das sichere Zurückschlagen einer Aggression und die Wiederherstellung der Integrität der Grenzen, die durch die internationalen Abkommen nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbart wurden;
- die Abweisung von Luftangriffen, seien sie konventionell oder atomar
- die Verhinderungen von Seelandungen als Aufgabe für die Marine und die Unterstützung der Landstreitkräfte.

Hierzu sollten die Heeresstreitkräfte aus vorne dislozierten Armeen, aus Reservekräften des Oberkommandos und aus im Kriegsfall mobilisierbaren Kräften bestehen. Die vorne dislozierten Kräfte sollten den Gegner in den Grenzverteidigungszonen schlagen und

¹⁰²² vgl. David M. Glantz: The Military Strategy of the Soviet Union; A history, London 1992, S. 180

die Voraussetzungen für die Gegenoffensive schaffen. Verzögerungskräfte in der Stärke von vier Regimentern waren innerhalb eines 50 km breiten Streifens östlich der Zonengrenze in der Sowjetischen Besatzungszone disloziert, während die Masse der mechanisierten Kräfte (zwei Armeen) in einer 100 km breiten Zone in 50 km Abstand von der Zonengrenze stationiert war.¹⁰²³ Weiter östlich standen nochmals zwei Armeen mit zusammen sieben Divisionen.¹⁰²⁴

Die ersten beiden Armeen sollten im Stile der Kriegsführung des zweiten Weltkrieges drei Sperrgürtel in 50 km, 100 km und 150 km Tiefe verteidigen. Die Hauptverteidigungslinie lief im Norden von Wismar über Ludwigslust entlang der Elbe und der Saale bis zur tschechischen Grenze.¹⁰²⁵ Die zweiten und dritten Verteidigungslinien waren aufgeklärt, aber im wesentlichen unbesetzt. Die dahinter liegenden zwei Armeen sollten dann auf der Achse Berlin-Magdeburg zum Gegenangriff antreten und später auf Schwerin bzw. Leipzig eindrehen.¹⁰²⁶ Innerhalb von sieben Tagen sollten aus Kaderregimentern weitere acht Divisionen entstehen, so daß die Stärke der sowjetischen Besatzungstreitkräfte von 16 auf 24 Divisionen anwachsen würde.

Während der Berlin-Krise ab Juni 1948 wurden die sowjetischen Besatzungstreitkräfte auf volle Kriegsstärke gebracht und blieben dies bis zu den von Chruschtschow initiierten Truppenreduktionen im Jahre 1958.¹⁰²⁷

5.5.3.2. Von Stalin zu Chruschtschow 1949 – 1960

Nach David M. Glantz bildeten von 1949 – 1987 mächtige Streitkräfteformationen (in Friedenszeiten auf Kriegsstärke gehaltene Fronten), welche in Zentral- und Osteuropa stationiert waren, die zentrale Basis des strategischen Streitkräftedispositivs der Sowjetunion. Diese Streitkräftestruktur eröffnete sowjetischen Planern die Option, eine großangelegte Offensive durchzuführen, ohne dafür eine weitgehende Mobilisierung durchführen zu müssen. Aber auch diese neue Militärstrategie war von ihrer Durchführung her an den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges orientiert. Über die erste Phase nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb im Jahre 1964 die militärtheoretische Zeitschrift „Voyennaya mysl“: „In der ersten Nachkriegsphase ging die Entwicklung der sowjetischen

¹⁰²³ vgl. Glantz: a.a.O., S. 181

¹⁰²⁴ vgl. Glantz: a.a.O., S. 184

¹⁰²⁵ vgl. Glantz: a.a.O., S. 181

¹⁰²⁶ vgl. Glantz: a.a.O., S. 183

Militärwissenschaft überwiegend den traditionellen Weg der Verallgemeinerung der Erfahrungs-Analysen unter Bezug auf den vergangenen Krieg. Daraus wurden Schlußfolgerungen und Empfehlungen für die Führung eines bewaffneten Konflikts mit den üblichen (konventionellen) Mitteln abgeleitet. Diese Periode umfaßte die Zeit von 1946 – 1953.¹⁰²⁸

Stalin fühlte sich als der Architekt des Sieges über Hitler-Deutschland und als führender Militärtheoretiker, so daß in der sowjetischen Militärwissenschaft seine (schon 1918 entwickelten) fünf permanente Faktoren Gültigkeit besaßen:¹⁰²⁹

- die Stabilität des Hinterlandes
- die Moral der Truppen
- die Quantität und die Qualität der Divisionen
- die Bewaffnung der Armee
- die Fähigkeiten der Kommandeure

Andere Faktoren wie „Überraschung“ (die nur als zeitweise wirkend angesehen wurde) oder gar die Existenz der Atomwaffen spielten bis Stalins Tod im März 1953 keine bedeutende Rolle in der sowjetischen Militärwissenschaft. Erst danach setzte sich allmählich ein neues Kriegsbild durch in dem nun auch strategische Nuklearwaffen und taktische Gefechtsfeldwaffen in die Streitkräftestrukturen und in das Kriegsbild einbezogen wurden.¹⁰³⁰ Dieser Prozess war erst mit dem XXII. Parteitag der KPdSU im Jahre 1961 abgeschlossen. In den Jahren 1954 – 1957 standen theoretische Überlegungen zum Einsatz von Nuklearwaffen an der Generalstabsakademie im Vordergrund. In dieser Zeit wurde eine Studie erstellt, die dann dem Chef des Generalstabes Marschall V. D. Sokolowski vorgelegt wurde. In den Jahren 1958 bis 1960 wurde dann mit der Produktion und Dislozierung von „strategischen“ Waffen und von Gefechtsfeldwaffen begonnen. Gleichzeitig wurden die konventionellen Streitkräfte von Verteidigungsminister Schukow (Februar 1955 – Oktober 1957) reorganisiert. Anstelle der schwerfälligen mechani-

¹⁰²⁷ vgl. Glantz: a.a.O., S. 186

¹⁰²⁸ zitiert nach Joseph D. Douglass Jr.: Sowjetische Militärstrategie in Europa, München 1983, S. 50

¹⁰²⁹ vgl. Glantz: a.a.O., S. 174

¹⁰³⁰ m. E. ist diese Interpretation auch ein Instrument der Abgrenzung der neuen sowjetischen Führung von Stalin, da unter seiner Führung sehr wohl die Entwicklung von Langstreckenbomber und Mittelstrecken-Trägerraketen in Auftrag gegeben wurde. So zum Beispiel die Raketen SS-1 “Scunner”, Erstflug 18.10.1947; SS-2 “Sibling”, Erstflug 26.10.1950; SS-3 “Shyster”, Entwicklungsbeginn

sierten Divisionen und immobilen Schützendivisionen wurden so neue Motorschützendivisionen geschaffen.¹⁰³¹

Ab 1959 wurde dann mit der Ausarbeitung einer neuen Militärdoktrin/Militärstrategie begonnen, die von Generalsekretär Chruschtschow im Januar 1960 unter dem Stichwort „Militärisch-Technische Revolution“ verkündet wurde.

5.5.3.3. Militärstrategie in der Zeit der „Militärisch-Technischen Revolution“ 1960 – 1966

Nach der Schaffung der Strategischen Raketenstreitkräfte im Dezember 1959 und der Ausrufung der „Militärisch-Technischen Revolution“ durch Chruschtschow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet einen Monat später, standen Nuklearwaffen im Zentrum der sowjetischen Militärstrategie. In seinem erstmals 1962 erschienen Werk „Militärstrategie“ führt Marschall Sokolowski aus, daß sich in einem eventuellen zukünftigen Weltkrieg zwei gigantische Militärkoalitionen gegenüberstehen werden und daß darin von Beginn an mit dem massiven Einsatz strategischer Interkontinentalraketen mit thermonuklearen Sprengköpfen und taktischen Gefechtsfeldwaffen zu rechnen ist, wodurch eine frühe Entscheidung im Krieg herbeigeführt werden würde. Heeresseinheiten mit taktischen Nuklearwaffen hätten Breschen in die gegnerische Verteidigung zu schlagen und hätten anschließend nur noch die Aufgabe, das feindliche Gebiet von desorganisierten Einheiten zu säubern.¹⁰³² Folgerichtig wurden die sowjetischen Streitkräfte von 3,6 Millionen Mann und 180 Divisionen im Jahre 1958 auf 2 Millionen Mann und 138 Divisionen 1968 reduziert.¹⁰³³ Ihre relative Unverwundbarkeit gegen Atomwaffen und ihre Mobilität erhöht nochmals die Wichtigkeit von Panzereinheiten. Der Angriff solle von mehren Fronten in verschiedenen operativen Richtungen erfolgen.

In diese Periode fällt auch die theoretische Herausbildung neuer strategischer Führungsebenen unterhalb des Oberkommandos. Diese wurden in der sowjetischen Militärwissenschaft TVD („teatr voennykh dejstivij“) genannt. Nach der Definition der „Sowjetischen Militärenzyklopädie“ ist der TVD „... ein ausgedehntes Territorium eines Teils eines Kontinents mit den diesen umspülenden Meeren oder Aquatorium eines Ozeans

1952 sowie die strategischen Bomber Tu-4, Erstflug Juli 1947; Tupolew Tu-95, Erstflug 11.11.1952 und Myasishew M-4, Erstflug 20.1.1953; vgl. Zaloga: a.a.O., S. 251 ff.

¹⁰³¹ vgl. Glantz: a.a.O., S. 176

¹⁰³² vgl. Glantz: a.a.O., S. 189 f.

(Meeres) mit seinen Inseln und den angrenzenden Küsten von Kontinenten sowie auch der Luftraum über diesem, in dessen Bereich sich strategische Gruppierungen der Streitkräfte entfalten und Kriegshandlungen führen können.“¹⁰³⁴ Der oben genannte Begriff kann mit „Schauplatz von Kriegshandlungen“ oder „Strategisches Operationsgebiet“ übersetzt werden. Die theoretischen Überlegungen dazu erfolgten zwischen 1965 und 1975, während die praktische Durchführung (z. B. die Einrichtung entsprechender Hauptquartiere) bis Anfang der 80er Jahre in Anspruch nahm.¹⁰³⁵ Für die Kriegsgliederung der sowjetischen Streitkräfte und die Durchführung von „Angriffen im strategischen Maßstab“ wurden in Eurasien 5 TVDs eingerichtet.¹⁰³⁶ Die wichtigsten drei TVDs lagen im Westen des Eurasischen Kontinents:

- TVD Nordwest mit dem Hauptquartier in Petrozavodsk mit der Zielrichtung Skandinavien;
- TVD West mit dem Hauptquartier Liegnitz mit der Zielrichtung Westeuropa/Atlantik;
- TVD Südwest mit dem Hauptquartier Winnitza mit der Zielrichtung Norditalien/Balkan/Türkei.

Die weiteren TVDs waren der:

- TVD Süd mit dem Hauptquartier Taschkent mit der Zielrichtung Arabien/Pakistan/Afghanistan/Indien;
- TVD Fernost mit dem Hauptquartier Irkutsk und der Zielrichtung China/Japan/Alaska.¹⁰³⁷

5.5.3.4. Die nukleare Zielplanung der Sowjetunion

In der Militärdoktrin der Sowjetunion wurde immer wieder betont, daß es die Hauptaufgabe der Streitkräfte auch im Nuklearkrieg sei, den Sieg über die Streitkräfte des

¹⁰³³ vgl. Glantz: a.a.O., S. 191

¹⁰³⁴ zitiert nach Günther Wagenlehner: Militärpolitik und Militärdoktrin der UdSSR, in: Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hrsg): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987, S. 24 f.

¹⁰³⁵ vgl. Wagenlehner: a.a.O., S. 25

¹⁰³⁶ vgl. Wagenlehner: a.a.O., S.26

¹⁰³⁷ vgl. Wagenlehner: a.a.O., S. 28 ff.

Gegners zu erringen.¹⁰³⁸ In der Phase der „Militärisch-Technischen Revolution“ stellten die Strategischen Raketenstreitkräfte das Hauptinstrument zur Durchführung dieser Aufgabe dar, indem sie das militärische, politische und ökonomische Potential des Gegners zerschlugen und somit seinen Widerstandswillen brechen sollten. Nach den Worten des damaligen Oberkommandierenden der Strategischen Raketenstreitkräfte (SRF) Marschall N. Krylow vom September 1967, stellt das Ziel der SRF die Erreichung des **Sieges** über den Gegner dar.¹⁰³⁹ Abschreckungstheorien, wie sie von westlichen zivilen Militärtheoretikern entwickelt und gepflegt wurden, spielen hierbei nur eine sehr untergeordnete Rolle. Hauptziele der Kräfte der SRF wären die gegnerischen Nuklearstreitkräfte und Produktionsstätten nukleare Waffen sowie militärische Einrichtungen und Kommandozentralen, industrielle Ziele und administrative Zentren gewesen. Die sowjetische nukleare Zielplanung war somit auf Kriegsführung und die Begrenzung des Schadens („damage limitation“) für die Sowjetunion und nicht auf Abschreckung oder Vergeltung gegen Bevölkerungszentren ausgerichtet. Die Sowjetunion unterschied auch daher nicht zwischen strategischen und taktischen Waffen (nur bei den Rüstungskontrollverhandlungen schloß sie sich der amerikanischen Nomenklatur an), da strategische Operationen für die UdSSR immer unmittelbar vor den Grenzen der UdSSR begannen.¹⁰⁴⁰

Die Ausrüstung und Gliederung der SRF wurde nach den technischen Möglichkeiten und den zu erfüllenden Aufträgen in den einzelnen TVDs ausgerichtet. Als es durch die Einführung von Interkontinentalraketen und U-Boot gestützten Nuklearraketen möglich war, Ziele auf dem nordamerikanischen Kontinent zu bekämpfen, wurde neben den fünf o. g. TVDs ein sechster, transozeanischer TVD, eingerichtet. Grundsätzlich waren alle TVDs gleich „strategisch“ wobei allerdings der TVD West der Primus inter Pares genannt werden konnte.¹⁰⁴¹ Die Zielplanung in jedem TVD richtete sich einmal nach politischen Faktoren, nach den militärischen Zielen, die in dem betreffenden TVD erreicht werden sollten, nach den Einschränkungen zur Vermeidung von Kollateralschäden und der Art der Ziele, die bekämpft werden sollten.

¹⁰³⁸ vgl. William T. Lee: Soviet Nuclear Targeting Strategy, in: Desmond Ball/Jeffrey Richelson: Strategic Nuclear Targeting, Ithaca; London 1986, S. 85 f.

¹⁰³⁹ vgl. Lee: a.a.O., S. 86

¹⁰⁴⁰ vgl. Lee: a.a.O., S. 87

¹⁰⁴¹ vgl. Lee: a.a.O., S. 88

Im westlichen TVD sollten die NATO-Streitkräfte besiegt und anschließend Westeuropa besetzt werden, so daß sowohl die Kampfaufträge erfüllt als auch die Kollateralschäden begrenzt werden mußten. Da nach der Besetzung der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erfolgen sollte, mußte die humane, soziale und ökonomische Basis weitgehend intakt erhalten werden.¹⁰⁴² Gleichfalls sollten die Ressourcen Europas dazu dienen, die Sowjetunion nach einem Nuklearkrieg wieder aufzubauen; die herrschende Westwinddrift verstärkte noch den Zwang, den Einsatz selektiv und begrenzt zu halten.

Im fernöstlichen TVD waren die Zielplanungen eher regional abgestuft. Da die UdSSR nicht davon ausging, die Volksrepublik China besetzen zu können, stand hier eine zuverlässige Zerstörung der militärischen Kapazitäten und der Infrastruktur im Vordergrund, während in Randgebieten wie der Mandschurei oder Japan mit größerer Zurückhaltung geplant werden mußte. Auch im transozeanischen TVD (USA/Kanada) stand die Zerstörung des Kernwaffenpotentials der USA und die Verzögerung des Wiederaufbaus durch die Zerstörung der Infrastruktur im Vordergrund.¹⁰⁴³

Während die erste sowjetische Mittelstreckenrakete (SS-3 „Shyster“) erstmals am 20.2.1956 mit einem Atomsprengkopf getestet wurde, erreichte die erste Interkontinentalrakete (SS-6 „Sapwood“) am 15.12.1959 ihre Einsatzbereitschaft.¹⁰⁴⁴ Noch 1968/69 befanden sich mehr Mittelstreckenraketen als Interkontinentalraketen im Bestand der SRF, so daß sich in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens die Zielplanung hauptsächlich auf die eurasischen TVDs konzentrierte. Ein weiterer Grund bestand darin, daß in den USA eine wesentlich größere Anzahl gehärteter Ziele (Raketensilos) angegriffen werden mußte, und hierfür die Treffgenauigkeit der sowjetischen Raketen nicht ausreichte.

Das Inventar der SRF ist nun genau auf die Art und die Anzahl der zu bekämpfenden Ziele in den einzelnen TVDs ausgerichtet gewesen. So waren die ersten schweren Interkontinentalraketen der UdSSR (SS-9) dafür vorgesehen, die Abschluß-Kontrollzentren der amerikanischen Minuteman-Interkontinentalraketen zu zerstören. Erst mit Einfüh-

¹⁰⁴² vgl. Lee: a.a.O., S. 92

¹⁰⁴³ vgl. Lee: a.a.O., S. 93

¹⁰⁴⁴ vgl. Zaloga: a.a.O., S. 139 und S. 255

rung der MIRV-Technologie¹⁰⁴⁵ im Jahr 1974 war die UdSSR in der Lage, mit einiger Wahrscheinlichkeit auch Raketensilos selbst zu zerstören.

Das Inventar der SRF mußte gewährleisten, daß die für die Sowjetunion und für den Auftrag ihrer Streitkräfte gefährlichsten Ziele mit Priorität und mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zerstört oder außer Gefecht gesetzt werden konnten.

Für die eurasischen TVDs bedeutete dies, daß ca. 750 Ziele – davon ca. 600 NATO Ziele – abgedeckt werden mußten. Allerdings waren davon nur ca. 20 gehärtet (Kommandozentralen und französische Mittelstreckenraketen). Ab Ende der 70er Jahre kamen dann noch 90 bis 120 chinesischen Atomraketen in gehärteten Silos hinzu. Im wesentlichen blieb aber die Zielstruktur in diesen TVD weitgehend konstant. Um 1970 waren dementsprechend ca. 750 Mittelstreckenraketen (SS-4/SS-5/SS-11, mit einmaliger Nachladefähigkeit zur zweifachen Abdeckung) von der Sowjetunion stationiert. Im Jahre 1983 gab es 900 – 1100 Ziele in den eurasischen TVDs, von denen ca. 15 % gehärtet waren. Die Entwicklung der SS-20 dürfte nicht unwesentlich von der Zunahme der gehärteten Ziele in der Volksrepublik China beeinflußt worden sein.

Für den transozeanischen TVD ergab sich ein anderes Bild. Hier dominierten eindeutig die gehärteten Ziele. Die UdSSR mußte hier ca. 1200 gehärtete Ziele abdecken, wofür ca. 3600 Sprengköpfe benötigt wurden. Das 1983 vorhandene Arsenal von 150 SS-17, 308 SS-18 und 330 SS-19 konnte ca. 5200 Sprengköpfe tragen, so daß noch eine Reserve von ca. 1600 Sprengköpfen verblieb. Allerdings wurde die nötige Anzahl zur zuverlässigen Zerstörung der harten Ziele im transozeanischen TVD erst Mitte der 80er Jahre erreicht.¹⁰⁴⁶ (Zur zuverlässigen Zerstörung müssen drei Sprengköpfe auf ein Raketensilo gezielt werden). Zusätzlich mußten noch einmal die gleiche Anzahl an weichen Zielen abgedeckt werden, wofür ältere Interkontinentalraketen (SS-11/SS-13 und U-Bootgestützte Raketen zur Verfügung standen).¹⁰⁴⁷

5.5.3.5. Die dritte Nachkriegsperiode 1966 – 1987

Wie gewöhnlich wurde eine Modifikation der Militärstrategie durch das Erscheinen theoretischer Schriften eingeleitet und dann in Manövern erprobt. Das 1965 erschienene

¹⁰⁴⁵ Multiple Independently Targetable Re-entry Vehicle (voneinander unabhängig steuerbare Wiedereintritkörper mit atomarem Sprengkopf).

¹⁰⁴⁶ vgl. Lee: a.a.O., S. 107

Werk „Fragen der Strategie und der operativen Kunst in der sowjetischen Militärtheorie 1917 – 1940“ mit einem Vorwort des Generalstabschef Marschall Sacharow, ließ ein erneutes Interesse an operativer Kunst und an konventionell geführten Operationen in der Tiefe erkennen.¹⁰⁴⁸ Ebenfalls setzte ein intensives Studium der Operationen des „Großen Vaterländischen Krieges“ ein. Ende 1966 führte dies zu einer Änderung der Doktrin, bei der eine „konventionelle Option“ bei der Kriegführung gegen die NATO einbezogen wurde. Nach Michael MccGwire beruhte die Doktrinänderung auf der neuen Einschätzung, daß ein Ost-West-Krieg nicht zwangsläufig zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg eskalieren werde.¹⁰⁴⁹ ¹⁰⁵⁰ MccGwire zufolge ist damit nicht das zunächst nuklear geprägte Kriegsbild durch ein zunehmend konventionell geprägtes abgelöst worden. Vielmehr habe sich ein Spektrum von für möglich gehaltenen Kriegsformen herausgebildet: Ein von Anfang an nuklear geführter Krieg; ein Krieg mit einer konventionellen Anfangsphase und anschließendem Übergang entweder zu einem begrenzten oder auch zu einem umfassenden Kernwaffeneinsatz; schließlich ein bis zum Ende konventionell geführter Krieg. Auf diese Weise erkläre sich, warum die sowjetische Rüstung im Bereich sowohl der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen weiterbetrieben wurde.¹⁰⁵¹ Erstmals wurde 1967 bei dem Manöver „Dnjepr“ wieder eine konventionelle erste Phase durchgespielt.¹⁰⁵²

Allerdings gilt zwischen der damaligen sowjetischen Wunschstrategie und einer realistischen Einschätzung, der durch die NATO aufgezwungenen Optionen zu unterscheiden. Nach Walter ist nicht vor Beginn der 80er Jahren die sowjetische Strategie von der realen Möglichkeit eines konventionell geführten Weltkrieges ausgegangen.¹⁰⁵³

Noch 1979 stellte der damalige Generalstabschef Ogarkow in der Sowjetischen Militär- enzyklopädie das verbindliche sowjetische Kriegsbild folgendermaßen dar: „Die sowje-

¹⁰⁴⁷ vgl. Lee: a.a.O., S. 101 f.

¹⁰⁴⁸ vgl. David M. Glantz: Soviet Military Operational Art; in Pursuit of Deep Battle, London, Portland 1991, S. 207

¹⁰⁴⁹ vgl. Glantz: ...Operational Art: a.a.O., S. 215 f. Diese Meinung Glantz' ist eintypisches Beispiel für die von fast allen westlichen Analytikern vertretene Meinung, daß die Sowjetunion an einer Denuklearisierung Europas interessiert sei, um besser ihre konventionelle Überlegenheit ausspielen zu können. Wie später gezeigt werden wird, waren die tatsächlichen strategischen Pläne aber davon unberührt und hätten von Beginn an den Einsatz taktische Atomwaffen vorgesehen.

¹⁰⁵⁰ vgl. Franz Walter: Der militärische Auftrag. Die sowjetische Doktrin für den Einsatz von Streitkräften in Europa, in : Gerhard Wettig (Hrsg.): Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden- Baden 1990, S. 34

¹⁰⁵¹ vgl. Walter: a.a.O., S. 34 f.

¹⁰⁵² vgl. Richard Simpkin: Red Armour, Oxford, Washington 1984, S. 142

¹⁰⁵³ vgl. Walter: a.a.O., S. 35

tische Militärstrategie nimmt an, daß ein Weltkrieg mit Einsatz nur konventioneller Mittel beginnen und eine bestimmte Zeit geführt werden kann. Jedoch kann die Ausweitung der Kriegshandlungen zum Hinüberwachsen in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg führen.“¹⁰⁵⁴

Große Aufmerksamkeit wurde nun der Anfangsphase des Krieges gewidmet. Durch eine Maximierung des strategischen und operativen Überraschungsmomentes sollte die Verteidigung der NATO durchbrochen werden, ehe das westliche Bündnis die Zeit hatte, seine Verteidigung voll zu entfalten. Dazu war es nötig, daß die 1. strategische Staffel (d. h. die sowjetischen Truppen in den verbündeten Staaten und die Armeen dieser Staaten) in der Lage sein sollte, die Kampfaufträge ohne die Mobilisierung und Heranführung der 2. strategischen Staffel (d. h. die sowjetischen Streitkräfte in den westlichen Militärbezirken der UdSSR) zu erfüllen. Unabhängig davon, ob ein Krieg mit dem Einsatz strategischer Atomwaffen beginne oder ob er konventionell bliebe, hätte die 1. Staffel dann offensive „Operationen strategischer Reichweite im TVD“ („theater strategic operations“) durchgeführt.¹⁰⁵⁵ Hierfür formierte die 1. strategische Staffel mobile, aber kampfstärke Vorausabteilungen, sogenannte „Operative Manövergruppen“ (OMG), die Lücken oder Einheitsgrenzen in der NATO-Verteidigung ausnutzend, tief ins Hinterland vorstoßen sollten und dann mit einem Eindremanöver die rückwärtigen Verbindungen zu durchtrennen und somit die Stabilität der gegnerischen Verteidigung erschüttern.¹⁰⁵⁶ Ein weiteres vorrangiges Ziel dieser OMGs, zusammen mit den taktischen Luftstreitkräften; wäre die Zerstörung bzw. Unterdrückung der taktischen Nuklearwaffen der NATO gewesen. Außerdem hätten sie die Korridore erweitert, durch die dann die Hauptkräfte des Warschauer Paktes nach Westen durchgestoßen wären. Weiterhin war geplant, den Angriff mit Luftlande- und Luftsturmtruppen sowie Spezialeinheiten („Spetznatz“) zu unterstützen.¹⁰⁵⁷ Täuschung und Überraschung wurden zu wichtigen Elementen dieses Operationskonzeptes.

Um die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser konventionellen wie nuklearen Optionen zu schaffen, begann die Sowjetunion ab Ende der 60er Jahre ein gewaltiges

¹⁰⁵⁴ vgl. ebenda

¹⁰⁵⁵ vgl. Glantz: ...Operational Art; a.a.O., S. 222

¹⁰⁵⁶ vgl. Richard E. Simpkin: Race to the Swift, London, Oxford, Washington, New York, Toronto, Sydney, Frankfurt 1985, S.44

¹⁰⁵⁷ vgl. Simpkin: Race to the Swift: a.a.O., S. 45 ff.

Aufrüstungsprogramm, so daß die sowjetischen Streitkräfte im Jahre 1987 wieder einen Personalbestand von 5,2 Millionen Mann und 220 Divisionen hatte.¹⁰⁵⁸

5.5.3.6. Die Operation strategischer Reichweite im TVD West

Die nach der deutschen Wiedervereinigung gefundenen Dokumente lassen ein recht vollständiges Bild der Übungstätigkeit der 1. strategischen Staffel des Warschauer Paktes bis ins Jahr 1990 erkennen. Nach dem 3.10.1990 konnte die Bundeswehr ca. 25000 Dokumente der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) auswerten, welche die strategische und operative Kriegsplanung der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ und der NVA deutlich werden ließ.¹⁰⁵⁹ Aus ihnen geht bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre eine eindeutig offensive Kriegsplanung hervor. Aus- und Weiterbildung der militärischen Führer, die Ausbildung der Truppen und Stäbe sowie die infrastrukturellen, personellen und fernmeldetechnischen Vorbereitungen waren gezielt darauf angelegt, einen Angriff des Warschauer Paktes bis nach Frankreich hinein vorzubereiten.¹⁰⁶⁰ Demnach plante der Warschauer Pakt eine massive Offensive durch die alte Bundesrepublik Deutschland mit 60 Divisionen auf fünf verschiedenen Achsen (und einer möglichen sechsten). Dies war nicht nur eine Planung für Eventualfälle, sondern die Aufträge der einzelnen Einheiten waren genau spezifiziert und die Ziele den nuklearen Gefechtsfeldwaffen zugewiesen.¹⁰⁶¹ Die Dokumente zeigen weiterhin, daß vor 1988 die sowjetischen Streitkräfte und die NVA sehr geringen Wert auf die Vorbereitung defensiver Operationen legten.¹⁰⁶² Selbst in den Jahren 1989 und 1990 bildeten offensive Operationen noch den Schwerpunkt der Übungen.¹⁰⁶³ Zwar wurde als politische Ausgangslage immer die Befreiung von besetztem Territorium der DDR ange-

¹⁰⁵⁸ vgl. Glantz: *The Military Strategy...* : a.a.O., S. 205

¹⁰⁵⁹ Die Dokument bestanden aus Tagungsprotokollen der obersten politischen und militärischen Führung der DDR, Vorschriften, Befehle, Berichte und Aufzeichnungen, Übungs- und Ausbildungsunterlagen, Feindlageberichte sowie Mobilmachungsunterlagen. vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg): *Militärische Planungen des Warschauer Paktes in Zentraleuropa*, Arbeitsgruppe Verteidigung, AG- Vorlage, Bonn Januar 1992, S. 3

¹⁰⁶⁰ vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a.a. O., S. 4

¹⁰⁶¹ vgl. Michel M. Boll: *By Blood, Not by Ballots: German Unification , Communist Style*, in: *Parameters*, Spring 1994, S. 68

¹⁰⁶² vgl. Lothar Rühl: *Offensive defence in the Warsaw Pact*, in: *Survival* September/October 1991, S. 442

¹⁰⁶³ vgl. ebenda

nommen, dennoch schlug sich diese Ausgangslage nie im entsprechenden Übungsgeschehen nieder.¹⁰⁶⁴

Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte der Warschauer Pakt beim Angriff nukleare und chemische Waffen eingesetzt, auch wenn die NATO noch keine atomaren Waffen eingesetzt hätte. Fünfzig Prozent der NATO-Truppen sollten dadurch neutralisiert werden.¹⁰⁶⁵ Auf der ersten Angriffssachse sollten die Warschauer-Pakt-Truppen Schleswig-Holstein und Jütland erobern, um die Ostsee-Ausgänge zu kontrollieren.¹⁰⁶⁶ Die zweite Achse zielte auf Bremen und die Niederlande während die dritte Achse von Magdeburg aus in Richtung Hildesheim, Braunschweig und Hannover und weiter in Richtung Ruhrgebiet nach Belgien zielte.

Die vierte Achse wurde die „Luxemburg-Richtung“ genannt und nahm ihren Ausgang von Thüringen durch den „Fulda-Gap“ nach Frankfurt über den Rhein bis nach Metz und Reims. Die fünfte Achse schließlich wurde „Bayerische Richtung“ genannt und sollte von sowjetischen und tschechischen Truppen vorgetragen werden. Dieser Angriff zielte durch Bayern und Baden-Württemberg in Richtung Elsaß, Belfort und Besancon. Die dritte, vierte und fünfte Achse hätten in einer großen Zangenbewegung die alliierten Kräfte in Nordfrankreich einschließen und auf Paris zielen sollen. Optional wurde noch eine sechste Achse eingeplant (für die allerdings noch keine Einheiten bestimmt waren), die aus dem ungarisch/tschechischen Raum durch Österreich über München nach Norditalien zielte. Innerhalb von 14 Tagen sollte die französische Atlantikküste erreicht werden.¹⁰⁶⁷

Der Einsatz taktischer Atomwaffen war im Warschauer Pakt integraler Bestandteil der Ausbildung auf der Führungsebene Armee und höher. Mit ihnen sollte ein Durchbruch durch die gegnerische Verteidigung erzielt werden.¹⁰⁶⁸ In den Manövern und Übungen zwischen 1980 und 1990 wurden für den ersten Einsatz im TVD West 225 taktische Nuklearwaffen und für den Folgeinsatz 294 taktische Nuklearwaffen vorgesehen.¹⁰⁶⁹ Noch im Februar 1990 übte die 5. Armee der NVA einen Angriff in Richtung Jütland, bei dem am zweiten Tag taktische Nuklearwaffen eingesetzt wurden, und selbst bei ei-

¹⁰⁶⁴ vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a.a.O., S. 7

¹⁰⁶⁵ vgl. Rühl: Offensive defence...: a.a.O., S. 446

¹⁰⁶⁶ die folgenden Passagen sind Rühl: Offensive defence..., a.a.O., S. 445 ff. und Boll: a.a. O., S. 69 f. entnommen

¹⁰⁶⁷ vgl. Rühl: Offensive defence... a.a.O., S. 445

¹⁰⁶⁸ vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a.a.O., S.8

ner gemeinsamen Übung der NVA mit sowjetischen Truppen im Juni 1990 wurden noch der Einsatz taktischer Nuklearwaffen simuliert.¹⁰⁷⁰

Der Besetzung hätte die Transformation des politischen Systems folgen sollen. So hätten z. B. laut Plänen aus dem Jahr 1985 in Berlin führende Politiker, Beamte, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler und Techniker aber auch Journalisten und andere mißliebige Personen interniert werden sollen. In den 12 Berliner Bezirken sollten Kreisdienststellen eingerichtet werden, deren Personal schon ausgesucht war. Organigramme mit den Namen der neuen Amtsinhaber waren schon gedruckt und 4,9 Milliarden Mark an Besatzungsgeld und 8000 Tapferkeitsorden befanden sich in den Lagerbeständen der DDR.¹⁰⁷¹

5.5.3.7. Militärstrategie im Zeichen der „Perestroika“

Erstmals veröffentlichte der Politisch-Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes am 29.5.1987 in seiner Ost-Berliner Erklärung den Wortlaut einer Militärdoktrin. Darin heißt es: „Die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages wie auch jedes Teilnehmerstaates ist der Aufgabe untergeordnet, keinen Krieg – weder einen mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen geführten – zuzulassen.“¹⁰⁷² Diese Passage und die Betonung des ausschließlichen Verteidigungscharakters der neuen Doktrin veranlaßte viele Beobachter von einer defensiv ausgerichteten Militärstrategie der UdSSR zu sprechen. Demgegenüber kam allerdings F. Walter im Juli 1989 zu dem Schluß, daß die Sowjetunion den Übergang zu einer Defensivstrategie nicht vollzogen habe.¹⁰⁷³ In der Veröffentlichung selbst ist weiterhin von der „vernichtenden Abfuhr“, die einem Aggressor erteilt werden soll, die Rede.¹⁰⁷⁴ Als Hauptindiz führt Walter aber die Kritik der zivilen Verteidigungsexperten an der Tendenz zur Präemption, die das Konzept der „vernichtenden Abfuhr“ enthielt, da zum Beispiel Verteidigungsminister Jasow im Oktober 1987 die These vertreten hatten, daß die Ausrichtung der sowjetischen Streitkräfte bereits diesem

¹⁰⁶⁹ vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): a.a.O., S. 19

¹⁰⁷⁰ vgl. Rühl: Offensive defence... a.a.O., S. 448

¹⁰⁷¹ vgl. Boll: a.a.O., S. 70 f.

¹⁰⁷² V.G. Kulikow: Doktrin des Friedens. Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Berlin (Ost) 1988, Anlagen: Über die Militärdoktrin der Teilnehmer des Warschauer Vertrages S. 73

¹⁰⁷³ vgl. Walter: a.a.O., S. 19

¹⁰⁷⁴ vgl. Kulikow: a.a.O., S. 74

defensiven Konzept entspräche und kein weiterer Umbau der Strategie und der Gliederung nötig sei.¹⁰⁷⁵

Demgegenüber stellten Kokoschin und Larionow in ihrem Artikel vom Juni 1988 vier verschiedene strategische Szenarien vor, die von der „vernichtenden Abfuhr“ bis zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit reichten.¹⁰⁷⁶ Die zweite Variante von Kokoschin/Larionow war von dem historischen Beispiel der Schlacht von Kursk im Juli 1943 abgeleitet und beinhaltet eine erste defensive Phase mit einer anschließenden strategischen Gegenoffensive zur vollständigen Vernichtung des Aggressors. Das dritte Modell beinhaltete demgegenüber eine erste defensive Phase dem ein operativer Gegenangriff folgen sollte, um den Status quo ante wieder herzustellen.¹⁰⁷⁷ Die historischen Beispiele hierfür waren die Kämpfe mit Japan bei Chalkin Gol vom Mai bis September 1939 und die chinesisch-nordkoreanische Gegenoffensiven von November 1950 bis Mai 1951 in Korea.

Prinzipielle Weisungen für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte und der Verteidigungsausgaben scheinen erstmals von der 19. Parteikonferenz im Juni/Juli 1988 erlassen worden zu sein.¹⁰⁷⁸ Im September 1988 verkündete dann Generalstabschef Achromjew beim Stockholmer SIPRI- Institut, daß nun die Hauptkampart bei der Abwehr einer Aggression die „Defensive“ sei und daß die Vorschriften dementsprechend in Umarbeitung seien, dafür aber Zeit benötigt würde.¹⁰⁷⁹ Umstrukturierungsmaßnahmen – so Achromjew – könnten aber nur **auf der Basis der Gegenseitigkeit mit der NATO** vorgenommen werden.¹⁰⁸⁰ Es erscheint nicht unplausibel, daß eine solche Intransigenz des Militärs Gorbatschow zur Verkündung einseitiger Abrüstungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen bei seiner UNO-Rede vom 7.12.1988 veranlaßt haben. Im März 1989 sprach dann der neue Generalstabschef Moissejew davon, daß sich die Streitkräfte im Prozess der „Realisierung der defensiven Ausrichtung der sowjetischen Militärdoktrin“ befänden.¹⁰⁸¹ Weiterhin führte er aus, daß zu Beginn des Krieges nach einem Angriff auf den Warschauer Pakt als Hauptart der Handlungen Verteidigungsoptionen gäbe und daß die Verteidigung auf strategischer, operativer und taktischer Ebene in der Ausbil-

¹⁰⁷⁵ vgl. Walter: a.a.O., S. 24 f.

¹⁰⁷⁶ vgl. Schröder: a.a.O., S. 161 f.

¹⁰⁷⁷ vgl. ebenda

¹⁰⁷⁸ vgl. Walter: a.a.O., S. 29

¹⁰⁷⁹ vgl. Walter: a.a.O., S.26 und S. 29

¹⁰⁸⁰ vgl. Walter: a.a.O., S. 29

¹⁰⁸¹ vgl. Walter: a.a.O., S. 28

derung der Streitkräfte auf den ersten Platz gerückt sei. Allerdings müssen ein Aggressor nicht einfach angehalten werden, sondern **zur Besinnung gebracht werden**.¹⁰⁸²

In seinem im Juli 1994 abgeschlossenen Werk: „Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Perestroika““ kommt Schröder zu dem Schluß, daß ab Anfang 1989 die militärische Führung der Sowjetunion begann, Strategie und Streitkräftestrukturen der veränderten Militärdoktrin anzupassen. Es ist plausibel anzunehmen, daß am Ende der Sowjetunion eine Militärstrategie Gültigkeit besaß, die am Modell der Schlacht von Kursk orientiert war, d. h. eine erste wirkliche Verzögerungs- und Verteidigungsphase beinhaltete, die – nachdem der Aggressor zum Stillstand gebracht war – in einen strategischen Angriff zur vollständigen Zerschlagung des Aggressors auf dessen Gebiet überging. Die Wiener Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierungen in Europa und die sich überstürzenden Ereignisse in den Ländern Ostmitteleuropas, die zu dem beschleunigten Abzug der sowjetischen Streitkräfte und der Auflösung des Warschauer Paktes führten, machten die sowjetischen Planungen 1990/91 wieder zu Makulatur.¹⁰⁸³

¹⁰⁸² vgl. Walter: a.a. O., S. 30

¹⁰⁸³ vgl. Schröder: a.a.O., S. 246 f.

6. Die operative Anwendung von Militärmacht im Kalten Krieg

6.1. Die „Rules of the Game“

Während des Kalten Krieges und der Frontstellung der beiden Supermächte kam es zu zahlreichen Krisen, durch die sich die jeweils andere Supermacht herausgefordert fühlte. In seiner Analyse des sowjetischen Krisenverhaltens teilt Hannes Adomeit diese Krisen in vier Typen ein:¹⁰⁸⁴

- Typ Ia: Aktionen der Westmächte und ihrer Verbündeten, die eine Herausforderung für die UdSSR darstellten, diese aber keine Gegenmaßnahmen ergriff;
- Typ Ib: Aktionen der Westmächte und ihrer Verbündeten, die eine Herausforderung für die UdSSR darstellten und diese entsprechende Gegenmaßnahmen ergriff;
- Typ IIa: Aktionen der UdSSR und ihrer Verbündeten, die eine Herausforderung für die Westmächte darstellten, diese aber keine Gegenmaßnahmen ergriffen;
- Typ IIb: Aktionen der UdSSR und ihrer Verbündeten, die eine Herausforderung für die Westmächte darstellten und diese entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen.

In seiner Übersicht zählt Adomeit 29 solcher Krisen auf¹⁰⁸⁵, wovon 14 den Typ Ia, keine den Typ Ib, 12 den Typ IIa und 3 den Typ IIb repräsentieren. Die drei Krisen, bei denen es zu militärischen Frontstellungen und sogar zu gelegentlichem Schußwaffeneinsatz kam, waren die Berlin Blockade 1948/49, der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Kuba-Krise 1962.

¹⁰⁸⁴ vgl. Hannes Adomeit: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten, Baden-Baden, 1983, S. 53 f.

¹⁰⁸⁵ vgl. Adomeit: a.a.O., S. 55

Krisen, Konflikte und Konfrontationen seit dem Zweiten Weltkrieg

Aktionen der Westmächte oder lokale Konflikte		mit folgendem Ergebnis:	Aktionen der Sowjetunion und ihrer „Stellvertreter“	
indirekte oder keine militärische Konfrontation der Supermächte (Typ Ia)	direkte Konfrontation der Supermächte (Typ Ib)		indirekte oder keine militärische Konfrontation der Supermächte (Typ IIa)	direkte Konfrontation der Supermächte (Typ IIb)
1947 Bürgerkrieg in Griechenland		1946 Iran-Krise	1948 Blockade Berlins	
1954 Indochina-Krieg		1948 Putsch in der ČSSR	1961 Bau der Mauer	
1956 Suez-Krise		1950-52 Korea-Krieg	1962 Kuba-Krise	
1957 Syrische Krise		1953 Intervention in der DDR		
1958 Jordanien/Libanon/Irak-Krise		1956 Intervention in Ungarn		
1958 Quemoy/Matsu-Krise		1968 Intervention in der ČSSR		
1960 Kongo-Krise		1965-76 Vietnam-Krieg		
1960/61 Laos-Krise		1970 Übernahme von Verteidigungsaufgaben in Ägypten durch sowjetische Militäreinheiten		
1967 Nahost-Krieg	keine Beispiele	1970 Versuch der UdSSR, in Kuba eine Basis für U-Boote mit strategischen Raketen zu bauen		
1969 Bürgerkrieg in Nigeria		1975/76 kubanisch-sowjetische Intervention in Angola		
1970 Bürgerkrieg in Jordanien		1977/78 kubanisch-sowjetische Intervention in Äthiopien		
1972 US-Blockade der nordvietnamesischen Häfen		1979 sowjetische Intervention in Afghanistan		
1973 Nahost-Krieg				
1979 Intervention Vietnams in Kampuchea und chinesische „Bestrafung“ Vietnams				

aus: Hannes Adomeit: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten, Baden-Baden 1983, S.55

Diese drei Krisen waren mit z. T. erheblichen militärischen Aktivitäten und militärischer Risikobereitschaft verbunden. So wollte der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland Ende Juni 1948 die sowjetische Entschlossenheit testen und die Blockade durch einen bewaffneten Konvoi brechen lassen.¹⁰⁸⁶ Ebenfalls wurde ein zusätzliches Jagdbombergeschwader nach Neubiberg und 60 (von nuklearfähigen äußerlich nicht unterscheidbare) strategische Bomber vom Typ B-29 nach England verlegt.¹⁰⁸⁷

Dreizehn Jahre später wurden auf dem Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise im Oktober 1961 31 Kampfflugzeugstaffeln der Air National Guard der Bundeskontrolle unterstellt und 11 davon nach Europa verlegt.¹⁰⁸⁸ Schließlich standen sich am 27.10.1961 amerikanische und sowjetische Panzer kampfbereit am Checkpoint „Charlie“ gegenüber.¹⁰⁸⁹

Zu der schärfsten Konfrontation der beiden Supermächte kam es während der Kuba-Krise, als die USA nicht nur am 24.10. 1962 eine Seeblockade – „...a strict quarantine

¹⁰⁸⁶ vgl Adomeit: a.a.O., S. 127 und S.187

¹⁰⁸⁷ vgl Bowman: a.a.O., S. 80 und Adomeit: a.a.O., S. 187

¹⁰⁸⁸ vgl Rene' Francillon: The Air Guard, Osceola, o.D. S. 59

¹⁰⁸⁹ vgl. Adomeit:a.a.O., S. 291 f.

on all offensive military equipment under shipment to Cuba...“¹⁰⁹⁰ – errichteten, sondern auch zum ersten und einzigen Mal in der Nachkriegsgeschichte die strategischen Nuklearstreitkräfte in den Alarmzustand DEFCON 2 versetzten.¹⁰⁹¹ Gleichzeitig wurden ca. 200000 Mann für eine eventuelle Invasion in Florida zusammengezogen¹⁰⁹² und Pläne für Luftangriffe auf die sowjetischen Raketenstellungen in Kuba ausgearbeitet.¹⁰⁹³

Gleichzeitig stellte die Kuba-Krise neben der Stationierung von Flugabwehreinheiten und Jagdflugzeugen in Ägypten 1970 und den Einmarsch in Afghanistan 1979 die einzige Stationierung sowjetischer Streitkräfte außerhalb des Machtbereiches der UdSSR dar.¹⁰⁹⁴

Die außerordentliche Kriegsgefahr zwischen den beiden Supermächten in der Kuba-Krise ebnete allerdings den Weg zu weniger spannungsreichen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR. Mit der Einrichtung der direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml („heißer Draht“) und dem Abschluß des teilweisen Atomteststopvertrages 1963 und verstärkt in der Phase der Entspannungspolitik ab 1969 kam es zu der Herausbildung von Verhaltensregeln der Supermächte in Krisen und Konflikten.

Im folgenden sollen zwei Studien zu der Charakterisierung der „rules of the game“ zwischen den USA und der UdSSR bezüglich ihres militärischen Krisenverhaltens angeführt werden.

Die erste Studie von James M. McConnell¹⁰⁹⁵ untersucht die Einflußfaktoren auf das militärische Krisenverhalten der Supermächte. Abgestützt auf 24 bzw. 27 Einzelfälle zwischen 1967 und 1976 kommt er zu dem Schluß, daß hauptsächlich drei Bestimmungsgrößen das militärische Krisenverhalten der Supermächte bestimmt haben:

¹⁰⁹⁰ Graham T. Allison: *Essence of Decision*, Boston 1971, S. 128

¹⁰⁹¹ vgl. Scott D. Sagan: *The Limits of Safety*, Princeton 1993 S. 62 ff. Der Alarmzustand DEFCON 2 (gegenüber dem Normalzustand DEFCON 5) ist ein Verteidigungszustand, der es jederzeit gestattet, in den höchsten Alarmzustand DEFCON 1 oder in den Kriegszustand „Defense Emergency“ überzugehen. Für das Strategische Luftkommando bedeutete dies, die Flüge mit Atomwaffen bestückten B-52 Bombern auf ihren Alarmrouten von 12 auf 75 pro Tag zu erhöhen, (vgl. Sagan: a.a.O., S. 65) sowie die Anzahl der einsatzbereiten Atomwaffen von 1433 auf 2952 zu erhöhen und 183 B-47 Bomber auf 33 militärische und zivile Flugplätze zu stationieren. Alle Übungen und Ausbildungsmaßnahmen wurden eingestellt (vgl. Sagan: a.a.O., S. 63).

¹⁰⁹² vgl. Allison: a.a.O., S. 64

¹⁰⁹³ vgl. Allison: a.a.O., S. 126

¹⁰⁹⁴ vgl. Stephen S. Kaplan: *Diplomacy of Power*, Washington D.C., 1981 S. 41 f.

¹⁰⁹⁵ vgl. James M. McConnell: *The „Rules of the Game“: A Theory on the Practice of Superpower Naval Diplomacy*, in: Bradford Dismukes/James M. McConnell (Hrsg.): *Soviet Naval Diplomacy*, New York, Oxford, Toronto, Sydney, Frankfurt, Paris, 1979, S. 240 - 280

1. Das Kräfteverhältnis am Ort der Krise; um glaubwürdig in einer Krise vor Ort agieren zu können, müssen diese Kräfte nicht überlegen sein, sondern sie müssen lediglich in der Lage sein, der anderen Seite einen schnellen Erfolg zu verwehren.¹⁰⁹⁶
2. Die Motivation des Interesses an dem Streitgegenstand bzw. die Bedeutung für die nationale Sicherheit.
3. Die normative Kraft des Status quo.¹⁰⁹⁷

Nach McConnell war die Frage, welche Supermacht bzw. welcher Klientel-Staat den Status quo verteidigte, von überragender Bedeutung für das Krisenverhalten. Diejenige Schutzmacht, welche den Status quo verteidigte, hatte demnach das größere Engagement, auch wenn ihr eigentliches Interesse geringer oder ihre präsenten Kräfte der anderen Partei unterlegen waren. Obwohl es sich bei dem Konzept des Status quo um keine fixe Vorstellung handelte, sondern der beiderseitigen Interpretation unterlag, waren die daraus resultierenden Probleme in der Dritten Welt nicht so groß, wie es bei der gegenseitigen Rivalität zu erwarten gewesen wäre, da die Supermächte in unklaren Situationen Vorsicht und Zurückhaltung walten ließen.¹⁰⁹⁸ Die traditionellen Einflußsphären wie die westliche Hemisphäre und Westeuropa für die USA und Osteuropa für die UdSSR wurden weitgehend von der jeweils anderen Supermacht respektiert. Selbstverständlich handelte es sich hierbei nur um Verhaltensmuster informeller Art, um eine unerwünschte Eskalationen zu vermeiden, ohne daß Absprachen zwischen den USA und der UdSSR diesbezüglich getroffen worden wären.

Aus der Tatsache der überragenden Bedeutung der Legitimität des Besitzes (Status quo) entwickelte sich nach McConnell eine sich selbst stabilisierendes System durch das sich gegenseitig ausbalancierende Krisenverhalten der Supermächte („self-equilibrating system brought into being by mutually countering superpower behavior“)¹⁰⁹⁹ Die relativ hohe Stabilität im Internationalen System, im Gegensatz zu den 30er und 40er Jahren, resultierte daraus, daß die Supermächte mit militärischen Mitteln eher eine Verlustminimierung als eine Gewinnmaximierung anstrebten;¹¹⁰⁰ d. h., daß die Supermächte b-

¹⁰⁹⁶ vgl. McConnell: a.a.O., S. 243

¹⁰⁹⁷ vgl. McConnell: a.a.O., S. 245

¹⁰⁹⁸ vgl. McConnell: a.a.O., S. 246

¹⁰⁹⁹ vgl. McConnell: a.a.O., S. 250

¹¹⁰⁰ vgl. McConnell: a.a.O., S. 277

diglich dann in Konflikte intervenierten, wenn ihrem Klienten eine Niederlage drohte, bzw. um seine Niederlage in Grenzen zu halten., nicht aber um seine offensiven Absichten zu unterstützen.¹¹⁰¹

Das Verhalten der Supermächte in den untersuchten Krisen schuf nach Ansicht McConnells Präzedenzfälle aus denen sich schließlich informelle „rules of the game“ entwickelten.¹¹⁰² Er konzediert aber, daß das Eingreifen der UdSSR in den angolischen Bürgerkrieg durch den Lufttransport kubanischer Truppen von Kuba nach Angola im Januar 1976 als Bruch des Status quo interpretiert werden kann. Allerdings war in der fließenden Situation des Bürgerkrieges schwerlich ein Status quo auszumachen und andererseits kann das sowjetische Eingreifen (mit Zivilflugzeugen) als Gegenintervention gegen das Eindringen südafrikanischer Truppen in Angola Ende Oktober 1975 gewertet werden. Durch das Tunney Amendment im US-Senat vom 19.12.1975 war mit einer amerikanischen Intervention nicht zu rechnen.¹¹⁰³

So widersprechen alle Fallbeispiele – nach Ansicht McConnells – nicht der Hypothese, daß die entscheidende Variable in der Ausübung der militärischen Diplomatie der Supermächte die Frage war, welche Schutzmacht eines Klienten den Status quo verteidigte.¹¹⁰⁴ Dies bedeutet aber keinesfalls, daß die Supermächte nicht danach in der einen oder anderen Phase des Kalten Krieges den Status quo zu ihren jeweiligen Gunsten zu verändern. Allerdings wurden dazu aber keine direkten Mittel der militärischen Diplomatie, sondern außenpolitische Instrumente wie Waffenhilfe, Ausbildungshilfe oder Militärberater eingesetzt.¹¹⁰⁵

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte Neil Matheson in seiner Studie: *The „Rules of the Game“ of Superpower Military Intervention in the Third World 1975 – 1980.*¹¹⁰⁶ Anhand von vier Fallbeispielen, der kubanisch/sowjetischen Intervention in den angolischen Bürgerkrieg 1975/76, dem kubanisch/sowjetischen Eingreifen in den Krieg zwi-

¹¹⁰¹ so zum Beispiel hielt die Sowjetunion den ägyptischen Präsidenten Sadat 1971 und 1972 davon ab, Israel anzugreifen. Erst nachdem im Sommer 1972 Sadat die Sowjetunion dazu aufgefordert hatte, ihre Luftabwehreinheiten und Militärberater abzuziehen fühlte er die politische Freiheit, Israel am 6.10.1973 anzugreifen. Zum Zeichen ihrer Nichteinmischung verließen sowjetische Marineeinheiten am 5. Oktober den ägyptischen Hafen Port Said. Erst als Syrien und Ägypten vor schweren Niederlagen standen drohte Moskau mit militärischer Intervention. vgl. McConnell: a.a.O., S. 271 ff.

¹¹⁰² vgl. ebenda

¹¹⁰³ vgl. McConnell: a.a.O., S. 258

¹¹⁰⁴ vgl. McConnell: a.a.O., S. 276

¹¹⁰⁵ vgl. McConnell: a.a.O., S. 277

¹¹⁰⁶ vgl. Neil Matheson: *The „Rules of the Game“ of Superpower Military Intervention in the Third World 1975- 1980*, New York, London 1982

schen Somalia und Äthiopien 1977/78, der belgisch/französisch/amerikanischen Intervention in Zaire/Kongo 1977/78 und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 untersuchte er anhand von fünf Fragestellungen¹¹⁰⁷, die zu „rules of the game“ bei der militärischen Diplomatie der Supermächte geführt haben. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß durchaus so etwas wie ein informeller Verhaltenskodex der Supermächte existiert habe, der auf der Basis der Selbstregulierung funktionierte.¹¹⁰⁸ Diese Regeln besaßen – obwohl sie von beiden Seiten anerkannt wurden – keine absolute Gültigkeit, sondern wurden zum Teil trickreich umgangen:

1. Interventionen der Supermächte sollten nur mit der Zustimmung der betroffenen Regierung erfolgen. (völkerrechtlicher Aspekt). Allerdings wurde dies in nur zwei der vier Fälle eingehalten. In Angola existierte keine allgemein anerkannte Regierung, so daß die Einladung zur Intervention von einer Bürgerkriegspartei ausging, während beim Einmarsch in Afghanistan die Einladung von der zukünftigen Regierung, die sich noch auf dem Gebiet der Sowjetunion aufhielt und erst nach der Ermordung Präsident Amins durch sowjetische Spetznatz nach Kabul kam.
2. Die Intervention sollte nur zur Abwehr einer äußeren Aggression gegenüber dem Klienten erfolgen (völkerrechtlicher Aspekt). Auch hierbei handelte es sich um eine von beiden seiten akzeptierte Norm, die allerdings auch nur im Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Somalia eingehalten wurde, da in den anderen Konflikten die Rolle ausländischer Einmischung stark überbetont wurde.¹¹⁰⁹
3. Bis zum Einmarsch in Afghanistan wirkten Aspekte der Entspannungspolitik mäßigend auf das Krisenverhalten ein, obwohl die Entspannungspolitik eher nach der sowjetischen Interpretation stattfand.¹¹¹⁰ (Entspannungsaspekt)

¹¹⁰⁷ diese Fragestellungen betreffen :

- 1.) die Anerkennung der Regeln des Völkerrechts;
- 2.) die Einflüsse der Entspannungspolitik dieser Jahre;
- 3.) der Einfluß der normativen Kraft des Status quo;
- 4.) die Auswirkungen der formeller und informeller Einflußsphären;
- 5.) Muster zur Vermeidung militärischer Konfrontationen. Vgl Matheson: a.a.O., S. 15

¹¹⁰⁸ vgl. Matheson: a.a.O., S. 109 und S. 112

¹¹⁰⁹ vgl. Matheson: a.a.O., S. 110

¹¹¹⁰ vgl. Matheson: a.a.O., S. 111

4. Dem defensiven Schutz von Klienten billigten beide Supermächte Legitimität zu. Bei einer solchen Intervention erfolgte keine Gegenintervention (Status quo-Aspekt)
5. Es gab eine implizite Verständigung über formelle aber auch informelle/sekundäre Einflußsphären die von den Supermächten akzeptiert wurden ebenso wie neu gewonnenen Einflußgebiete wie zum Beispiel für die Sowjetunion am Horn von Afrika oder in Angola. (Aspekt der Einflußsphären)
6. Eine Intervention erfolgte nur, wenn das Risiko einer Gegenintervention gleich Null oder sehr gering war (Aspekt der Vermeidung militärischer Konfrontationen)
7. Wann immer es möglich war, wurden Alliierte als Stellvertreter für die Intervention eingesetzt. So zum Beispiel kubanische Truppen in Angola und Äthiopien oder belgische und französische Truppen in Zaire/Kongo. (Aspekt der Vermeidung militärischer Konfrontationen)

Diese informellen „Regeln“ waren nicht kodifiziert und wurden auch nicht aus den „Grundsätzen für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ vom 29.5.1972 abgeleitet. Im zweiten Abschnitt wurde zwar festgelegt, daß Bestrebungen, direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen, nicht im Einklang mit diesen Grundsätzen steht.¹¹¹¹ Allerdings bezog die UdSSR diese Bestimmung – gemäß ihrem Verständnis von friedlicher Koexistenz ausschließlich auf das zwischenstaatliche Verhältnis zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Demgegenüber interpretierten die USA dies als eine Zusage der UdSSR, nicht außerhalb ihrer traditionellen Einflußsphäre Einfluß auszuüben. Die amerikanischen Hoffnungen – insbesondere von Henry Kissinger – daß sich der Wettbewerb der Supermächte von der militärischen Ebene auf die politische und ökonomische Ebene verlagern würde,¹¹¹² mußte nach den Erfahrungen von Angola, Äthiopien und insbesondere nach Afghanistan begraben werden. Mit der Verkündung der Carter-Doktrin am 4.1.1980 zeigte die USA an, daß sie

¹¹¹¹ vgl. Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vom 29.5.1972, in: Ingo v. Münch/Martin Klingst (Hrsg.): Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, Beck-Texte im dtv, München 1983, S. 30

¹¹¹² vgl. Matheson: a.a.O., S. 54

nicht mehr gewillt war, die Entspannungspolitik einseitig nach den Regeln der Sowjetunion zu betreiben.

Die Einhaltung dieser Regeln, die auch schon zum Teil vor der Phase der Entspannung eingehalten wurden¹¹¹³ und das überragende Interesse beider Seiten an der Verhinderung einer Konfrontation, die eine Gefahr einer nuklearen Eskalation in sich barg, sorgte dafür, daß auch in neuerlichen Phase der erhöhten Spannungen zwischen den Supermächten zwischen 1980 und 1985 die gegenseitige Zurückhaltung die Oberhand behielt.

¹¹¹³ vgl. Matheson: a.a.O., S. 115

6.2. Überblick: Die operativen Anwendungen von Militärmacht im Kalten Krieg

Nach der Darstellung des Einsatzes militärischer Macht in Theorie und Praxis durch die Supermächte im Kalten Krieg im Kapitel 5 soll an dieser Stelle nun ein Überblick und eine Zusammenstellung dieser Einsätze gegeben werden, bei dem von den konkreten historischen Gegebenheiten abstrahiert werden soll. So soll ein abstrakter und allgemeiner Überblick über die politischen Zwecke des Einsatzes der Militärmacht der Supermächte entstehen, der es gestattet, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit, allgemeine aber doch operative Einsatzzwecke für Militärmacht zu formulieren. Hierzu soll sich der Kategorisierung in Militärmachtanwendungen als „power to seize“, „power to hurt“ und als „power to pacify“ bedient werden, um die Unterschiedlichkeit der politischen Zwecke – nicht der empirischen Erscheinungsformen – deutlich zu machen. Auch hierbei muß aber dem Theorieverständnis von Clausewitz gefolgt werden, daß eine solche Kategorisierung nur zu analytischen Zwecken hilfreich ist¹¹¹⁴, während zur Synthese dann die ganzheitliche Sichtweise mit Hilfe des Takt des Urteils angewendet werden muß.

¹¹¹⁴ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 283

6.2.1. Die operative Anwendung der „power to seize“ im Kalten Krieg

6.2.1.1. USA

Der Korea-Krieg

Der Krieg in Korea – der von Präsident Truman nicht als Krieg, sondern als Polizeiaktion bezeichnet wurde¹¹¹⁵ – stellte eine Herausforderung dar, wie sie in der amerikanischen Militärstrategie von 1950 (vgl. Kapitel 5.3.1.1) nicht vorgesehen war, da nach NSC-68 die amerikanische Strategie ausschließlich auf einen globalen und totalen Krieg gegen den sowjetischen Block als Abwehr eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa ausgerichtet war.¹¹¹⁶ Gleichzeitig war er die erste bewaffnete Konfrontation im Kalten Krieg.¹¹¹⁷

Als weitere qualitative Merkmale dieses dreijährigen Konfliktes ist festzustellen, daß er der erste begrenzte Krieg war, den die USA im 20. Jahrhundert (nach dem Ersten – und Zweiten Weltkrieg) führen mußten; gleichzeitig war er der erste Krieg, der ohne offizielle Kriegserklärung (s.o.) geführt wurde.

Für die 1945 gegründete UNO stellte er gleichzeitig den ersten Militärmacheinsatz im Zuge der Bestimmungen der kollektiven Sicherheit nach Kapitel VII der Charta dar.

Bei der Charakterisierung des politischen Zwecks des Militärmacheinsatzes soll nach dem **indirekten** und nach dem **direkten Zweck** unterschieden werden.

Der indirekte Zweck, bzw. die indirekte Auswirkung war die Erhaltung der Glaubwürdigkeit des militärischen Engagements der USA gegenüber den Verbündeten und der Erhaltung der Abschreckung gegenüber der UdSSR. In den USA wurde der Überfall Nord-Koreas auf die Republik Korea als Teil der Gesamtkonfrontation des Kalten Krieges und somit als erster bewaffneter Test der „Containment-Politik“ gesehen, so daß ein

¹¹¹⁵ vgl. Harry G. Summers: Korean War Almanac, New York, Oxford, Sydney, 1990, S. 99

¹¹¹⁶ vgl. Morton Halperin: The Korean War, in : Robert J. Art/Kenneth N. Waltz (Hrsg.): The Use of Force; 4. Aufl., Lanham, New York, London, 1993, s. 221

¹¹¹⁷ vgl. Donald M. Snow/Dennis M. Drew: From Lexington to Desert Storm, Armonk, London, 1994, S. 180

passives Verhalten der USA deren Glaubwürdigkeit bei den Verbündeten untergraben hätte.¹¹¹⁸

Der Angriff Nordkoreas wurde von den Entscheidungsträgern in den USA unterschiedlich interpretiert:¹¹¹⁹

1. Als Ablenkungsangriff, damit die USA ihre Ressourcen auf die Verteidigung Südkoreas konzentrieren und dann bei einem sowjetischen Angriff auf Westeuropa ihre Ressourcen in Ostasien gebunden hätten.
2. Als das Ausfüllen eines Machtvakuumms, nachdem die USA die Republik Korea im Januar 1950 nicht in den Verteidigungsring in Ostasien einbezogen hatten (Rede des Außenministers Acheson).
3. Als Test des Verteidigungswillens der USA, der, wenn er negativ ausgefallen wäre, ähnlich wie bei der Außenpolitik Hitlers, immer neue Aggressionen zur Folge gehabt hätte.
4. Als Demonstration der sowjetischen Stärke und amerikanischen Schwäche, die langfristig eine Verschiebung der Korrelation der Kräfte bewirkt hätte.
5. Als Teil einer sowjetischen Ost-Asien Strategie, die Japan - kurz vor Abschluß des Sicherheitsvertrages mit den USA – seine Schutzlosigkeit demonstrieren sollte, und den Grundstein für eine weitere Einflußnahme in Ost-Asien legen sollte.

Die erste Interpretation wurde hauptsächlich von den amerikanischen Militärs (Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs Omar N. Bradley) vertreten, es wurde ihr aber auch von Truman eine gewisse Plausibilität zugebilligt. Als wahrscheinlichste Motivation der UdSSR sah aber Truman die Variante 3.) an,¹¹²⁰ da Nordkorea als bloßer Handlanger der Sowjetunion angesehen wurde.¹¹²¹ Nachdem der UNO Sicherheitsrat in der Resolution 83 vom 27.6.1950 festgestellt hatte, „...that urgent military measures are required to restore international peace and security“¹¹²², entschloß sich Truman die ersten Einheiten der US-Army mit Kampfauftrag am 1.7.1950 nach Südkorea zu entsenden, um so den

¹¹¹⁸ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 184

¹¹¹⁹ vgl. Halperin: a.a.O., S. 221 f.

¹¹²⁰ vgl. ebenda

¹¹²¹ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 183

Verteidigungswillen der USA der Sowjetunion und den eigenen Alliierten zu demonstrieren. Während dieser indirekte Zweck bis zum Waffenstillstand am 27.7.1953 unverändert blieb, wurde der direkte politische Zweck mehrfach – je nach Lage auf dem Gefechtsfeld – von der politischen Führung der USA und der UNO geändert.¹¹²³

Der ursprüngliche operative Zweck des militärischen Eingreifens der USA war sehr begrenzt und bestand aus der Abwehr des nordkoreanischen Angriffs sowie der Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität Südkoreas.¹¹²⁴ Asymmetrisch dazu verfolgte Nordkorea einen weiterreichenden Zweck, nämlich die gewaltsame Wiedervereinigung und den Sturz der Regierung Präsident Rhee.

Nach der erfolgreichen Landung amerikanischer Truppen tief im Hinterland der nordkoreanischen Armee in Inchon und dem Ausbruch der UNO-Streitkräfte aus dem Brückenkopf von Pusan befand sich die nordkoreanische Armee in einem fluchtartigen Rückzug. Daraufhin gestatteten die Vereinigten Stabschefs dem UNO-Oberbefehlshaber MacArthur am 27.9.1950 „... to carry out the destruction of the North Korean Armed Forces...“, allerdings mit der Beschränkung, daß der 38. Breitengrad nur von südkoreanischen Truppen zu überschreiten sei.¹¹²⁵ Am 7.10.1950 forderte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer „Uniting for Peace“ Deklaration die Wiedervereinigung der beiden Landesteile unter einer All-Parteien Regierung und die Abhaltung allgemeiner Wahlen in ganz Korea¹¹²⁶ und autorisierte damit militärische Operationen mit dem politischen Zweck, die Kapitulation Nordkoreas und die Entfernung der Kommunistischen Partei von der Macht zu erreichen. Nach dem Eingreifen der Volksrepublik China und den dramatischen Rückschlägen, welche die Truppen der Vereinten Nationen im Winter 1950/51 hinnehmen mußten, wandelte sich der politische Zweck erneut, in dem nun die UNO-Truppen lediglich wieder den Status quo ante bellum herstellen sollten.

Als die Streitkräfte der Vereinten Nationen im März 1951 erneut den 38. Breitengrad erreicht hatten, waren Truman und sein Außenminister Acheson aus Sorge vor einer

¹¹²² 83 (1950) Resolution of 27 June 1950 (S/1511), in:

www.un.org/documents/sc/res/1950/scres50.htm, 9.7.2000

¹¹²³ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 188; vgl. auch Resolution des Sicherheitsrates Nr. 83 vom 27.6.1950:a.a.O.: „... to repel the armed attack and restore international peace and security in the area.“

¹¹²⁴ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 182

¹¹²⁵ vgl. Micheal Carver: War since 1945, erst amerikanische Aufl., New York 1981, s. 159

¹¹²⁶ vgl Paul Nitze: From Hiroshima to Glasnost, London 1989, S. 108

weiteren Eskalation des Krieges bestrebt¹¹²⁷, nicht noch einmal eine militärische Wiedervereinigung zu versuchen; vielmehr sollte eine politische Lösung auf der Grundlage des Status quo angestrebt werden.¹¹²⁸ Die Friedensverhandlungen wurden schließlich am 10.7. 1951 aufgenommen aber die Kämpfe zogen sich noch über zwei Jahre in einem Stellungskrieg hin, bis am 27.7.1953 ein Waffenstillstand in Kraft treten konnte.

Der ursprüngliche Zweck des Krieges war damit zwar erreicht, aber was im Oktober 1950 als ein Sieg der Vereinten Nationen gewertet worden wäre, war nach der Ausweitung des politischen Zwecks hin zur Wiedervereinigung für die USA nur ein bitterer Kompromiß.¹¹²⁹ Dieser begrenzte Zweck war allerdings nicht von der Art, für den das amerikanische Volk dauerhaft bereit war, größere Opfer auf sich zu nehmen.¹¹³⁰

Der Vietnam-Krieg

Der Konflikt in Vietnam war nicht nur der längste Krieg, den die USA geführt haben, er war auch derjenige, in dem sie weder ihren politischen Zweck noch eines ihrer operativen Ziel erreichen konnten. Weder konnten sie dem Gegner, der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) ihren Willen aufzwingen noch seine Fähigkeit zu Kämpfen entscheidend beeinträchtigen. Demgegenüber konnte Nordvietnam seinen politischen Zweck – die Beseitigung und Besetzung der Republik Vietnam (Südvietnam) – vollständig verwirklichen.¹¹³¹

Auch bei diesem militärischen Engagement der USA gilt es zwischen dem übergeordneten indirekten Zweck und dem direkten Zweck zu unterscheiden.

Der Vietnamkrieg kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muß im Kontext der allgemeinen Eindämmungspolitik der USA analysiert werden. Die Probleme Indochinas haben über 25 Jahre fünf amerikanische Präsidenten beschäftigt, die z.T. aus unterschiedlichen Gründen von der Wichtigkeit Südvietnams überzeugt waren. Während Eisenhower glaubte, daß der Fall Indochinas an den Kommunismus einen „Domino-Effekt“ auslösen würde, in dem ein Staat nach dem anderen – wie aufgestellte Domino-

¹¹²⁷ ein erneuter Versuch der militärischen Wiedervereinigung hätte möglicherweise Angriffe auf die Volksrepublik China selbst erforderlich gemacht, was wiederum die Gefahr der militärischen Konfrontation mit der UdSSR in sich geborgen hätte. vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 194

¹¹²⁸ vgl. Geoffrey Perret: *Old Soldiers never die*, Holbrook 1997, S. 566

¹¹²⁹ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 191

¹¹³⁰ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 207

Steine-¹¹³² umfallen und dem Kommunismus anheimfallen würden, glaubten die Präsidenten Truman und Johnson eher an die München-Analogie, daß die kommunistische Offensive gegen Südvietnam ein Test der Entschlossenheit der USA darstellte. Sollte die USA nicht in der Lage sein, die Grenze des Eindämmungsgebiet zu halten, würden die kommunistischen Hauptmächte UdSSR und China weitere Eroberungsversuche an anderen Stellen unternehmen.¹¹³³ Allerdings konnten sich die politische Führung der USA niemals genau festlegen, wer in Südvietnam eigentlich eingedämmt werden sollte. Hierfür gab es vier mögliche Interpretationen:

- 1 Nordvietnam und die Nationale Befreiungsfront Südvietnams;
- 2 die Volksrepublik China;
- 3 die UdSSR;
- 4 die kommunistische Weltbewegung.¹¹³⁴

Die Schwierigkeit bzw. das Unvermögen, das allgemeine Postulat der Eindämmung in einen konkreten politischen Zweck umzusetzen, war einer der Hauptursachen dafür, daß die Gründe, in den Krieg in Vietnam einzugreifen, der amerikanischen Bevölkerung nur schwer zu vermitteln waren. Auch war in der Zeit der beginnenden Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik dieses militärische „containment“ nur schwer zu begründen.¹¹³⁵

Wie im Korea-Krieg standen bei den USA keine eigenen vitalen Interessen auf dem Spiel, da Südvietnam am äußeren Bereich der Eindämmungszonen lag und eher als Nebenkriegsschauplatz gegenüber dem wichtigeren Europa angesehen wurde, der nicht zu viele Ressourcen binden durfte.¹¹³⁶ So gab es auch keine einzelne Entscheidung dieser fünf Präsidenten, die eine dramatische Wende im Engagement der USA bedeutet hätte; vielmehr baute jede einzelne Entscheidung weitgehend folgerichtig auf den vorherigen eigenen oder Entscheidungen vorheriger Administrationen auf.¹¹³⁷

¹¹³¹ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 255

¹¹³² vgl. Pressekonferenz von 7.4.1954: „You have a row of dominoes set up, you knock over the first one, and what will happen to the last one is the certainty that it will go over very quickly.“ Zitiert nach: Guenter Lewy: *America in Vietnam*, Oxford, New York, Toronto, Melbourne, 1978, S. 6

¹¹³³ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 224

¹¹³⁴ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 225

¹¹³⁵ vgl. Drew/Snow: a.a.O., S. 238

¹¹³⁶ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 228

¹¹³⁷ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 221

Demgegenüber mobilisierte Nordvietnam für den absoluten Zweck der Wiedervereinigung unter kommunistischem Vorzeichen seine ganzen Ressourcen und alle Teile der Bevölkerung. Insofern war dies für Nordvietnam ein totaler Krieg, der die Auseinandersetzung zu einem asymmetrischen Konflikt werden ließ.

Der direkte politische Zweck der USA bestand darin, die Übernahme Südvietnams durch die Nationale Befreiungsfront (Vietcong) und Nordvietnam zu verhindern. In den Richtlinien des im Februar 1962 gegründeten Militärischen Unterstützungskommando Vietnam heißt es: „to assist the Government of Vietnam and its armed forces to defeat externally directed and supported communist subversion and aggression and attain an independent South Vietnam functioning in a secure environment.“¹¹³⁸

Der Grundstein für das amerikanische Engagement für Südvietnam wurde von der Eisenhower-Administration gelegt, als die USA bei der Gründung des SEATO-Paktes am 8.9.1954 durch eine einseitige Erklärung in einem Zusatzprotokoll eine Sicherheitsgarantie für die Nicht-Mitglieder Laos, Kambodscha und Südvietnam abgaben.¹¹³⁹ Auch Präsident Kennedy bekräftigte später sein Engagement für die Verteidigung Südvietnams¹¹⁴⁰, so daß Ende 1963 bereits 16263 US-Militärberater in Südvietnam stationiert waren und die US-Streitkräfte 99 Tote zu beklagen hatten.¹¹⁴¹ Durch die Tonking-Resolution des amerikanischen Kongresses erhielt dann Präsident Johnson am 7.8.1964 weitgehend freie Hand für ein militärisches Eingreifen, um die zu diesem Zeitpunkt verzweifelte militärische und innenpolitische Lage Südvietnams zu stabilisieren.¹¹⁴²

Schließlich hatte sich die Situation für die südvietnamesische Regierung derart verschlechtert, daß sich Johnson genötigt sah, mit regulären Kampftruppen einzugreifen. Die erste Einheit der Marineinfanterie landete in Südvietnam am 8.3.1965. Hierdurch wurden die USA in den längsten und – nach den beiden Weltkriegen – verlustreichsten

¹¹³⁸ zitiert nach : Harry G. Summers: On Strategy, 4. Aufl., Novato 1984, S. 101

¹¹³⁹ vgl. Gerd Portugal: Amerikanische Sicherheitspolitik gegenüber Südostasien, Saarbrücker Politikwissenschaft Bd. 16, Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1993, S. 60

¹¹⁴⁰ vgl. Brief vom 14.12.1961 an Präsident Diem; vgl. Lewy: a.a.O., S.23

¹¹⁴¹ vgl. Lewy: a.a.O., S. 24

¹¹⁴² darin heißt es: „... that the Congress approve and support the determination of the President, as Commander in Chief, to take all necessary measures to repel any armed attack against the forces of the United States and prevent further aggression.“ Weiterhin heißt es, daß die USA die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Südost Asien als vitales nationales Interesse betrachten, so daß sie gewillt sind „...to take all necessary steps, including the use of armed force, to assist any member or protocol state of the Southeast Asia Collective Defense Treaty requesting assistance in defense of its freedom.“ Zitiert nach: Lewy: a.a.O., S. 33 f.

Kämpfe im 20. Jahrhundert verwickelt. Die letzten US-Truppen verließen Südvietnam nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens am 29.3.1973.¹¹⁴³

Die Kritik an der amerikanischen Strategie wird von zwei Seiten vorgebracht. Von der einen Seite – insbesondere von Harry G. Summers vertreten¹¹⁴⁴ – wird argumentiert, daß die reine Defensivstrategie zur Abwehr der Aggression in Südvietnam einerseits und die graduelle Anwendung von Luftmacht zum Zwecke der militärischen Diplomatie über Nordvietnam andererseits sich nur auf die Symptome konzentrierte anstatt die Wurzel des Übels zu bekämpfen.¹¹⁴⁵ Die politische und militärische Führung hätte bei den beiden Aspekten der Militärstrategie – der **Vorbereitung auf den Krieg** und der **Kriegführung als solches** - zu sehr die Methoden für die „Vorbereitung auf den Krieg“ auf die „Kriegführung als solches“ angewandt.¹¹⁴⁶ Durch die Wahl eines vorsichtigen und gradualistischen Ansatzes, der zudem noch mit ungeeigneten quantifizierenden Managementmethoden verfolgt wurde, seien die traditionellen militärischen Ziele – wie Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte – zu sehr in den Hintergrund getreten. Die USA hätten somit niemals die Absicht gehabt, den Sieg über Nordvietnam erringen zu wollen.¹¹⁴⁷

Die Kritik von der anderen Seite führt an, daß der Schwerpunkt einer umfassenden Kriegführung nicht auf die Zerstörung des gegnerischen Kampfeswillen, sondern auf die Gewinnung der Herzen und Hirne der südvietnamesischen Bevölkerung hätte gelegt werden müssen. Zum Verständnis dieser Kritik sind zunächst die Grundlagen der amerikanischen Gesamtstrategie und der Militärstrategie zu beleuchten.

Die US-Strategie in Vietnam beruhte darauf, mit begrenzten Mitteln unter kontrollierter Anwendung begrenzte Zwecke zu vertretbaren Kosten zu verfolgen.

Konkret fand der militärisch/psychologische Kampf auf vier Ebenen statt:

- 1 der Kampf um die Herzen und Hirne der Bevölkerung Südvietnams;
- 2 der militärische Kampf großer militärischer Einheiten – meist im Zentralen Hochland und an der kambodschanisch/laotischen Grenze – um dem Gegner

¹¹⁴³ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 255

¹¹⁴⁴ vgl. Summers: On Strategy: a.a.O., passim

¹¹⁴⁵ vgl. Summers: On Strategy: a.a.O., S. 102

¹¹⁴⁶ vgl. ebenda

¹¹⁴⁷ vgl. Summers: On Strategy: a.a.O., S. 103

- konstant hohe Verluste beizubringen und ihn so abzunutzen (August 1965 – Mai 1969) („the big unit war; attrition strategy; search and destroy“)¹¹⁴⁸;
- 3 die Pazifizierung der südvietnamesischen Dörfer in den Bevölkerungszentren (hauptsächlich in den Küstenebenen und im Mekong-Delta; verstärkt ab November 1968; Kampf gegen die Infrastruktur des Vietcong)¹¹⁴⁹;
- 4 der Luftkrieg gegen Nordvietnam, der in erster Linien als Mittel der militärischen Diplomatie gedacht war, Nordvietnam von seiner Subversion Südvietnams abzubringen („power to hurt“)¹¹⁵⁰, während die Unterbindung des Nachschubs oder die Zerstörung der militärischen und wirtschaftlichen Infrastruktur ein gewünschter Nebeneffekt war (insbesondere Operation „Rolling Thunder“ März 1965 – Oktober 1968).

Die andere Seite der Kritik, wie z. B. Guenter Lewy, betont die Unfähigkeit der USA die politisch/soziale Dynamik eines revolutionären Krieges zu verstehen¹¹⁵¹. Der Gebrauch massiver Feuerkraft und High-Tech-Waffen sowie die zu lange Vernachlässigung der Pazifizierungskampagne habe es einerseits erschwert, die Herzen und Hirne der südvietnamesischen Bauern zu gewinnen und andererseits verhindert, daß die US-Army eine angemessene Anti-Guerilla-Strategie entwickelte.¹¹⁵² Nordvietnam hatte den Krieg als Konflikt zweier Gesellschaften begriffen¹¹⁵³ und richtete somit seine Abnutzungsstrategie auf die öffentliche Meinung in den USA und kämpfte mit seinen Streitkräften in der Art, um politische Zwecke zu erreichen.¹¹⁵⁴ Demgegenüber konzentrierte sich die Abnutzungsstrategie des US-Oberbefehlshabers Westmoreland unter Vernachlässigung der Pazifizierungskampagne¹¹⁵⁵ auf die Vernichtung der mobilen gegnerischen Hauptkräfte und der Zufügung maximaler Verluste in operativ höchst offensiven aber strategisch defensiven Einzelaktionen.

Beiden Kritiken gemeinsam ist die Erkenntnis, daß die amerikanische politische Führung den schweren Fehler beging, nicht zu erkennen, daß Nordvietnam, um den Zweck

¹¹⁴⁸ vgl. Lewy: a.a.O., S. 50 ff.

¹¹⁴⁹ vgl. Lewy: a.a.O., S. 135 f.

¹¹⁵⁰ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 233

¹¹⁵¹ vgl. Lewy: a.a.O., S. VI

¹¹⁵² vgl. Lewy: a.a.O., S. 437 f.

¹¹⁵³ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 235

¹¹⁵⁴ vgl. Lewy: a.a.O., S. 438

¹¹⁵⁵ bis Ende des Jahres 1966 wurden 95 % aller Kampfataillone für den „big unit war“ im Zentralen Hochland eingesetzt. vgl. Lewy: a.a.O., S. 63

der militärischen Wiedervereinigung zu erreichen, gewillt war, einen quasi totalen Krieg zu führen, in dem die Nordvietnamesen bereit waren höchste Opfer zu erdulden. Gegenüber einer solchen Entschlossenheit konnte einer Strategie des Gradualismus keinen Erfolg beschieden sein.¹¹⁵⁶

Den Wendepunkt des Krieges stellte die ab dem 30.1.1968 hauptsächlich von Vietcong-Kräften vorgetragene Tet-Offensive dar. Zwar scheiterte die Intention damit einen nationalen Aufstand der südvietnamesischen Bevölkerung zu entfachen und die Verluste errichten solche Ausmaße, daß sich die Infrastruktur und die Kader des Vietcong niemals mehr davon erholten, dafür aber waren die Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in den USA von kriegsentscheidender Bedeutung. Nach zweieinhalb Jahren positiver Verlautbarungen über die Fortschritte und den bald zu erwartenden positiven Ausgang des Krieges in ihren Hoffnungen bestärkt, wurde sich nun die amerikanische Öffentlichkeit der grausamen Tatsache bewußt, daß trotz weiter steigender Opferzahlen ein positiver Ausgang auf Jahre hinaus nicht in Sicht ist. Damit war der entscheidende Domino-Stein (L.Gelb) gefallen und die Kostentoleranz der amerikanischen Bevölkerung überschritten.¹¹⁵⁷

Nach dieser **politischen** Niederlage endete die Bereitschaft der USA die Hauptlast des Krieges in Vietnam zu tragen. Die neuen Ziele der Administration waren Deeskalation, Vietnamisierung und Friedensverhandlungen mit Nordvietnam. Der Zweck des militärischen Engagements der USA wurde von „to defeat ... aggression...“ zu „to provide **maximum assistance** to the South Vietnamese to strengthen their forces, **supporting pacification** efforts, and **reducing the flow of supplies** to the enemy,“ reduziert¹¹⁵⁸, wie es in der neuen Aufgabenstellung des Unterstützungscommandos vom Juni 1969 ausgedrückt wurde.

Die schon unter Johnson begonnene und dann unter Nixon mit Priorität fortgesetzte Vietnamisierung des Krieges sollte unter gradueller Reduktion der amerikanischen Truppenstärke die südvietnamesischen Streitkräfte in die Lage versetzen, ihr Land letztendlich selbst verteidigen zu können. Gleichzeitig sollte mit Nordvietnam ein Friedensabkommen ausgehandelt werden, das es den USA erlauben würde, unter Wahrung ihrer

¹¹⁵⁶ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 237

¹¹⁵⁷ Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Gallup wechselten zwischen Anfang Februar und Mitte März 1968 ca. 20 % der Bevölkerung von der „Falken“- Position zu der „Tauben“- Position bezüglich des Krieges in Vietnam. Zitiert nach Lewy: a.a.O., S 434

Würde ihr militärisches Engagement in Vietnam zu beenden. Sollte Nordvietnam allerdings dieses Friedensabkommen massiv verletzen, wäre die Nixon Administration notfalls bereit gewesen, mit ihrer überwältigenden Luftmacht, die konventionellen Angriffe zurückzuschlagen, wie sie dies bei der mit mechanisierten Kräften vorgetragene Osteroffensive der Nordvietnamesen vom März bis September 1972 getan hatten.

Nach dem Abschluß des Friedensabkommens und dem Rückzug der letzten Truppen der USA aus Vietnam wurde eine effektive Hilfe durch die innenpolitische Situation in den USA und insbesondere die Kriegsmüdigkeit des Kongresses verhindert.¹¹⁵⁹

Dennoch standen Südvietnam und die USA in den Jahren 1969 bis 1971/72 dem Sieg so nahe wie nie zuvor.¹¹⁶⁰ Die vernichtende Niederlage der Guerilla-Kräfte bei der Tet-Offensive, die neue Strategie des im Juli 1968 ernannten Oberbefehlshabers Creighton W. Abrahams, das den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Kampfkraft der südvietnamesischen Armee und auf die Pazifizierung der Bevölkerungszentren legte, aber insbesondere politische und wirtschaftliche Maßnahmen führten in diesen Jahren zu einer seit dem Beginn des Konfliktes nicht gekannten Stabilisierung der Lage. So lebten 1971 84 % der Bevölkerung in einer sicheren Umgebung, während diese 1968 nur 47 % gewesen waren.¹¹⁶¹ Ausschlaggebend hierfür waren:

- 1 Die schweren militärischen Niederlagen der Guerilla-Kräfte nach der Tet-Offensive 1968 und die der konventionellen Kräfte nach der Oster-Offensive 1972;
- 2 Die Erfolge des seit Mai 1967 ins Leben gerufene und seit Sommer 1968 verstärkte CORDS-Programm der Pazifizierung der Dörfer¹¹⁶², das in der

¹¹⁵⁸ zitiert nach Summers: On Strategy: a.a.O., S. 104

¹¹⁵⁹ insbesondere das am 29.6.1973 vom Kongreß verabschiedete Church-Case – Amendment untersagte der Regierung ab dem 15.8.1973 militärische Aktionen in, über oder von der Küste von Südvietnam, Laos oder Kambodscha aus zu unternehmen, ohne die ausdrückliche Genehmigung des Kongresses erhalten zu haben. vgl. Samuel Lipsman/Stephen Weiss et.al.: The Vietnam Experience, The False Peace 1972- 74, Boston 1985, S.90. Ebenfalls reduzierte der Kongreß die Militärhilfe für Südvietnam vom FY 1973 2,2 Mrd. \$ über FY 1974 1 Mrd. \$ zu 700 Mill. \$ im FY 1975; vgl. Lewy: a.a.O., S. 206. Der Watergate Skandal bewirkte ein übriges, daß die Regierung diesen Bestrebungen wenig Widerstand entgegensetzten konnte (vgl. Lipsman/ Weiss: a.a.O., S. 90).

¹¹⁶⁰ vgl. Ronald H. Spector: After Tet, New York 1993, S. 290

¹¹⁶¹ vgl. Lewy: a.a.O., S. 192

¹¹⁶² Civil Operations and Revolutionary Development Support war die Zusammenfassung aller bisher einzeln ablaufenden Pazifizierungsprogrammen in einer vereinigten zivil-militärischen Dienststelle unter der Führung des stellvertretenden COMUSMACV, eines Zivilisten, das hauptsächlich die Selbstverteidigungskräfte der Dorfgemeinschaft stärken und durch die zur Verfügungstellung von

Lage war, in das Vakuum vorzustoßen, was die Dezimierung der Guerillas nach der Tet-Offensive hinterlassen hatte.

- 3 Die Verwaltungsreform Präsident Thieu, welche die Selbstverwaltung der Dorfgemeinschaft stärkte.¹¹⁶³
- 4 Die Landreform, die es ermöglichte, daß 1973 93 % der Bauern ihr eigenes Land bestellten¹¹⁶⁴.
- 5 Begleitmaßnahmen zu CORDS wie das Wiedereingliederungsprogramm für übergelaufene Vietcong „Chien Hoi“ und das verdeckte Programm zur Zerschlagung der Infrastruktur des Vietkong, „Phoenix“.¹¹⁶⁵

Nach dem Abschluß des „Abkommens am zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung des Friedens“ in Paris am 27.1.1973 und dem Abzug der letzten US-Truppen endete die amerikanische Phase des zweiten Vietnamkrieges. Die Regierung in Saigon befand sich in einer relativ guten Lage, wie sie seit den Tagen von Präsident Diem nicht mehr zu verzeichnen war:

Vor einem halben Jahr hatten ihre Streitkräfte den bis dahin massivste Offensive Nordvietnams zurückgeschlagen. Die große Mehrheit der Bevölkerung des Landes befand sich unter ihre Kontrolle. Die Moral der Streitkräfte und ihr Ausrüstungsstand hatten einen Höhepunkt erreicht und das Abkommen versprach zumindest ein Ende der Kämpfe. Ökonomische Aufbauprogramme waren im Anlaufen und erste Flüchtling wurden wieder angesiedelt.¹¹⁶⁶

Was dann schließlich – begünstigt durch den **inneren Zerfall Südviets**¹¹⁶⁷ – zu der Eroberung des Landes durch die nordvietnamesischen Streitkräfte vom Dezember 1974 bis zum April 1975 war eine mit Panzern und schwerer Artillerie vorgetragen Heeresof-

Entwicklungsfonds, über die die Dorfgemeinschaft selbst verfügen durfte, entscheidend zur Loyalität der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber der Saigoner Regierung beigetragen hat. vgl. Samuel Lipsman/Edward Doyle et.al.: The Vietnam Experience, Fighting for Time 1969 -70; Boston 1983, S. 74 ff.

¹¹⁶³ vgl. Lipsman/Doyle: The Vietnam Experience, Fighting for Time: a.a.O., S. 80 f.

¹¹⁶⁴ vgl. Spector:a.a.O., S. 290

¹¹⁶⁵ vgl. Lipsman/Doyle: The Vietnam Experience, Fighting for Time: a.a.O., S. 78 ff.

¹¹⁶⁶ vgl. Lipsman/Weiss et. al. : The Vietnam Experience, The False Peace 1972 – 74: a.a.O., S. 134

¹¹⁶⁷ wie zunehmende Korruption, Nepotismus, Wirtschaftskrise, Verfall der Moral der Truppe vgl. Lipsman/Weiss: a.a.O., S. 136 ff.

fensive, der die südvietnamesische Armee aus den o. g. Gründen nichts mehr entgegen zu setzte hatte. Es ist allerdings bemerkenswert, daß Nordvietnam diese Strategie nicht aus der Stärke eines erfolgreich verlaufenden Guerillakrieges sondern wegen der Schwäche seiner revolutionären Kämpfer wählen mußte.¹¹⁶⁸ Die These Summers' gewinnt damit erheblich an Plausibilität.

Die „Mayaguez“-Geiselbefreiung

Am 12.5.1975 kaperten Kanonenboote der neuen kambodschanischen Regierung der Roten Khmer das amerikanische Handelsschiff „Mayaguez“, das sich auf dem Weg zu einem thailändischen Hafen befand.¹¹⁶⁹ Vor der Kaperung gelang es der Besatzung noch einen Notruf abzusetzen, so daß Präsident Ford in der Lage war, eine sofortige Befreiungsaktion anzuordnen. Einen Tag später kam es in der Nähe der „Mayaguez“ zu Kampfhandlungen zwischen amerikanischen Kampfflugzeugen und kambodschanischen Kanonenbooten, in deren Verlauf zwei Kanonenboote versenkt wurden, es aber den Amerikanern nicht gelang, den Abtransport der Geiseln auf die Insel Kaoh Rong Samloem zu verhindern. Falsche Nachrichten ließen die US-Regierung vermuten, daß sich die Geiseln auf der Insel Koh Tang befänden, so daß dort am 15.5.1975 ein 600 Mann starkes Marineinfanteriebataillon in mehreren Wellen mit Hubschraubern angelandet wurde. Starkes Abwehrfeuer führte zum Verlust von 18 Mann und drei Hubschraubern. Die Kämpfe dauerten den ganzen Tag an, ehe es gelang, die auf der Insel festsitzenenden 230 Marineinfanteristen wieder zu evakuieren. In der Zwischenzeit war die Besatzung von den Roten Khmer freigelassen worden und konnte auf die von der US-Marine zurückeroberte „Mayaguez“ zurückkehren.

¹¹⁶⁸ vgl. Lewy: a.a.O., S. 437

¹¹⁶⁹ die Darstellung der Ereignisse wurde Kenneth Anderson: History of US Military Operations since World War II, revised Edition, New York, 1992 S. 165 f. entnommen

Die versuchte Geiselbefreiung im Iran

Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Iran, wurden die USA von den Fundamentalisten in der Regierung des Ajatollah Kohmeiny als Inbegriff des Bösen angesehen. Am 4.11.1979 stürmte eine Schar fanatisierter sogenannter „Studenten“ die amerikanische Botschaft in Teheran an und nahm zunächst 66 Amerikaner als Geiseln, um die Auslieferung des sich im amerikanischen Exil befindlichen Schahs zu erpressen. Nach einer Serie von frustrierenden Verhandlungen mit der Teheraner Führung befanden sich im April 1980 immer noch 53 Personen des Botschaftspersonal in der Geiselhaft der Iraner. Präsident Carter hatte daher die Befreiung der Geiseln durch ein gewagtes Kommandounternehmen angeordnet. Bei dieser verdeckten Operation durfte es auf keinen Fall zu einer offenen Konfrontation mit dem Iran kommen, so daß nur ausgesuchte Spezialkräfte dafür vorgesehen waren und die 164 Tage dauernden Planungsarbeiten bei größter Geheimhaltung vor sich gingen. Am 24.4.1980 starteten schließlich 8 Transporthubschrauber vom Flugzeugträger „Nimitz“ und sechs Transportflugzeuge mit 132 Mann Spezialkräften aus Ägypten, um sich auf dem Wüstenlandeplatz „Desert One“ zu treffen. Von einem zweiten Landeplatz bei Teheran sollten dann die Spezialkräfte mit Lastwagen zur amerikanischen Botschaft vordringen, die Geiseln befreien und dort von Hubschraubern abgeholt werden. In der Stadt Manzariyeh hätten derweil eine Kompanie US-Ranger einen verlassenen Wüstenflugplatz unter ihre Kontrolle bringen sollen, von wo aus die Geiseln mit C-141 Transportflugzeugen ausgeflogen worden wären.¹¹⁷⁰

Das Unternehmen mit dem Code Namen „Eagle Claw“ entwickelte sich aber Desaster für die amerikanischen Streitkräfte und zu einem Prestigeverlust für ganz Amerika. Nachdem mehrere Hubschrauber mechanische Defekte aufwiesen, ordnete Präsident Carter den Abbruch des Unternehmens an.¹¹⁷¹ Beim Start in der Wüste kollidierten ein Hubschrauber und ein Tankflugzeug wobei bei dem resultierenden Feuer acht Soldaten getötet wurden; fünf Hubschrauber und Geheimdokumente wurden zurückgelassen als die Spezialtruppe mit den Transportflugzeugen ausgeflogen wurde.¹¹⁷² Wäre das Unternehmen wie geplant durchgeführt worden, wäre mit größerem Widerstand von iranischen Sicherheitskräften zu rechnen gewesen.

¹¹⁷⁰ vgl. Paddy Griffith: *America Invades*, New York 1991, S. 130

¹¹⁷¹ vgl. Anderson: a.a.O., S. 168

Die Invasion Grenadas

Der Wiederaufstieg der US-Streitkräfte nach dem Trauma von Vietnam vollzog sich in kleinen Schritten. Mit der Besetzung der Karibik-Insel Grenada, die zu den Großbritannien assoziierten Staaten Westindiens gehörte, konnten die US-Streitkräfte wieder ein kleines Stück des Vertrauens der Amerikaner in diese Institution zurückgewinnen,¹¹⁷³ obwohl die Invasion nicht unbedingt ein Beispiel überragender militärischer Effizienz darstellte.¹¹⁷⁴

Obwohl auch in Grenada eine Geiselnahme von ca. 800 amerikanischen Studenten nicht ausgeschlossen schien, waren doch weitgehend politische Gründe für die Entscheidung der Durchführung der Intervention ausschlaggebend. Da Grenada für die USA aber nicht von vitalem Interesse war, stellte es eine begrenzte Aktion mit begrenzten Mitteln dar. Die politischen Zwecke der Operation „Urgent Fury“ waren:

1. die Ausschaltung des kubanischen (hauptsächlich militärischen) Einflusses;
2. die Verhinderung der Fertigstellung eines leistungsfähigen Flugplatzes und anderer Militäranlagen unter kubanischer Leitung;
3. die Ersetzung einer radikal marxistischen Regierung unter General Hudson Austin durch eine demokratisch legitimierte;
4. der Schutz der amerikanischen Studenten:

Seit 1979 wurde Grenada von dem gemäßigten Marxisten Bishop regiert, der es zu einem engen Verbündeten Kubas machte. Im März 1983 wurde bekannt, daß umfangreiche Konstruktionsarbeiten an militärischen Anlagen von kubanischen Arbeitern vorgenommen wurden.¹¹⁷⁵ Am 12.10.1983 putschte der radikalmarxistische General Austin, wobei Bishop und 16 seiner Anhänger getötet wurden.

Nach Konsultationen mit sechs karibischen Nachbarstaaten (die sich dann auch an der Invasion mit insgesamt 300 Mann beteiligten) ordnete Präsident Reagan ein Invasion

¹¹⁷² vgl. Edwin P. Hoyt: *America's Wars and Military Excursions*, New York, St. Louis; San Francisco, Toronto, Hamburg, Mexico, 1987, S. 481

¹¹⁷³ allerdings gab es am Tage der Invasion einen herben Rückschlag, als in Beirut durch einen Selbstmord Bombenanschlag islamischer Fundamentalisten 241 US-Marineinfanteristen getötet wurden. Zu der Renaissance der US-Streitkräfte nach Vietnam vgl. Harry G. Summers: *On Strategy II*, New York 1992, passim.

¹¹⁷⁴ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 317

¹¹⁷⁵ vgl. Anderson: a.a.O., S. 182

der Insel für den 25.10. 1983 an. Er berief sich hierbei auf ein offizielles Ersuchen von fünf Mitgliedsstaaten der Organization of Eastern Caribbean States, um die Demokratie auf der Insel wieder herzustellen. Während der drei Tage der Hauptkämpfe wurden die ca. 7000 amerikanischen Truppen in z.T. heftige Kämpfe mit grenadinischen und kubanischen Truppen verwickelt, so daß sie 18 Todesopfer hinnehmen mußten (bei 25 getöteten Kubanern und 45 getöteten Grenadiner).

Während der Operationsführung offenbarten sich vor allem Schwächen bei der Feindaufklärung, der Kooperation der beteiligten Teilstreitkräfte, der Planung, sowie Mängel bei der Kommunikation und bei der entschlossenen militärischer Führung.¹¹⁷⁶

Am 31.10.1983 erklärte der britische Generalgouverneur, daß die USA anstelle Großbritanniens zu Hilfe gerufen habe, da nur so ein schnelles Eingreifen möglich gewesen wäre. Nachdem am 9.11.1983 vom Generalgouverneur eine Übergangsregierung ernannt wurde, wurden bis 15.12.1983 die letzten US-Truppen abgezogen. Allgemeine Wahlen fanden am 3.12.1984 statt. Bei der Durchsuchung der Insel wurden umfangreiche Waffenlager sichergestellt, die ausgereicht hätten, um damit 1000 kubanische Soldaten auszurüsten.¹¹⁷⁷

Die Festnahme der „Achille Lauro“-Entführer

Am 7.10.1985 überfiel ein palästinensisches Terrorkommando das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ vor der ägyptischen Küste und brachte es in seine Gewalt. Während der dreitägigen Kaperung wurde ein amerikanischer Passagier von den Terroristen ermordet. Schließlich gaben sie auf und wurden in einem Flugzeug der staatlichen ägyptischen Fluglinie am 10.10.1985 von Ägypten nach Tunesien geflogen. Nachdem die US-Streitkräfte davon Kenntnis erhielten, fingen amerikanische Marinejagdflugzeuge die Boeing 737 im internationalen Luftraum ab und zwangen sie zur Landung auf einem italienischen NATO-Stützpunkt in Sizilien.¹¹⁷⁸ Die Terroristen wurden den italienischen Behörden zur Strafverfolgung übergeben; diese schoben allerdings den Anführer des PFL- Kommandos, Abu Abas, nach Jugoslawien ab.

¹¹⁷⁶ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 322

¹¹⁷⁷ vgl. Anderson: a.a.O., S. 183

¹¹⁷⁸ vgl. Anderson: a.a.O., S. 209

Die Invasion Panamas

Die Invasion Panamas vom 20.12.1989 stellte bis dahin größte Militäroperation der USA nach dem Vietnamkrieg dar. Der politische Zweck der Operation „Just Cause“ war der Sturz des Oberbefehlshabers der Nationalgarde, aber faktischen Machthabers Panamas, General M. Noriega, seine Verhaftung und Überstellung an ein Gericht in Tampa, Florida, das ihn am 4.2.1988 wegen Drogenschmuggel angeklagt hatte und die Einsetzung des am 7.5.1989 in den Präsidentschaftswahlen wegen offensichtlichem Wahlbetrugs unterlegenen Kandidaten G. Endara.

Über fast zwei Jahre bauten sich die Spannungen zwischen den USA und Panama auf nachdem Noriega den im Amt befindlichen Präsidenten, der ihn seinerseits als Chef der Nationalgarde absetzen wollte, von dem ihm ergebenen Nationalversammlung absetzen ließ. Nach zwei erfolglosen Putschversuchen gegen Noriega und gelegentlichen Ausschreitungen gegen Mitglieder der amerikanischen Garnison und der Einfrierung panamesischer Staatsguthaben in den USA, war die Spannung so aufgeladen, daß die Nationalversammlung am 15.12.1989 den Kriegszustand mit den USA verkündete.¹¹⁷⁹ Terrorakte gegen die 35000 in Panama lebenden US-Bürger wurden befürchtet. Daraufhin ordnete Präsident Bush das militärische Eingreifen in Panama an, mit dem Zweck, das Regime Noriega zu beseitigen und den durch den Wahlbetrug vom 7.5.1989 nicht in das Präsidentenamt gelangte G. Endara in dieses Amt einzusetzen. Hierbei konnten die Militärs auf Eventualpläne zur Verteidigung des Panamakanals zurückgreifen.

Innerhalb von zwei Tagen waren die Streitkräfte Noriegas von den ca. 24000 US-Truppen (von den ca. 3000 im Sprungeinsatz abgesetzt wurden) überwältigt. Noriega selbst flüchtete zunächst in die päpstliche Nuntiatur, stellte sich aber dann, so daß er am 4.1.1990 in die Obhut der Strafverfolgungsbehörden in Florida gelangte. Der eigentliche Wahlsieger der Präsidentschaftswahl, G. Endara, wurde nun in sein Amt eingesetzt. Bei den Kämpfen kamen 23 US-Soldaten, 50 panamesische Soldaten und 202 Zivilisten ums Leben.¹¹⁸⁰

¹¹⁷⁹ vgl. Anderson: a.a.O., S.202

¹¹⁸⁰ vgl. Anderson: a.a.O., S. 206

Die Befreiung Kuweits (Golfkrieg II)

Nach Michael Mandelbaum war der Krieg zur Befreiung des vom Irak besetzten Ölscheichtums Kuwait der letzte Seufzer der moralisch unkomplizierten Ära des Kalten Krieges.¹¹⁸¹ Treffender manifestierte sich m. E. in ihm eher – nach Werner Link – „der unipolare Moment“ der Übergangszeit von der alten bipolaren Weltordnung hin zu einer multipolaren Ordnung.¹¹⁸²

Er zeigte die militärische Handlungsfähigkeit der USA und etablierte sie als einzige verbleibende Weltmacht. Gleichzeitig konnten für einen kurzen Moment der Einigkeit der ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat die UNO ihre Wirksamkeit demonstrieren: Die Befreiung Kuweits stellte, nach Südkorea 1950, den zweiten Fall in ihrer Geschichte dar, in der sie nach Kapitel VII ihrer Charta einem Mitgliedstaat nach einer nicht provozierten Aggression gegen ihn, ihm zu Hilfe kam. Insofern stellte der Golfkrieg II eine neue Qualität in der Weltpolitik dar. Allerdings folgte er noch einem klassischen Konfliktmuster, indem es sich hierbei um einen zwischenstaatlichen Konflikt, der mit klassischen konventionellen militärischen Mitteln ausgetragen wurde, handelte. Die Alliierten gingen gegen die Verletzung des Völkerrechts vor, nicht um die Demokratie oder Menschenrechte zu verteidigen.

Nach dem Überfall des Irak auf Kuwait am 2. 8.1990 und dessen Besetzung innerhalb von 3 ½ Stunden wurden die Reaktionen der USA durch zwei Motive vorangetrieben. Einmal die Sorge, daß die irakischen Panzereinheiten in Kuwait nicht anhalten würden, sondern auch zu den Ölzentrern Saudi Arabiens vorstoßen könnten. Mit der Einnahme Kuweits kontrollierte Saddam Hussein ca. 20 % der Welterdölreserven; bei einer Eroberung Saudi Arabiens würde der Irak die Kontrolle über ca. 40 % der Welterdölreserven ausüben können.¹¹⁸³ Somit hatte die Verteidigung Saudi Arabiens zunächst einmal Priorität.¹¹⁸⁴ Nachdem Optionen von symbolischen Luftschlägen gegen den Irak schnell verworfen wurden, wurde der Operationsplan 90 – 1002 des Central Commands unter General Schwarzkopf zur Richtschnur des militärischen Handelns der USA. Er sah eine Stationierung von 4 Heeresdivisionen (2 mechanisierte Infantriedivisionen) und entsprechende Luftwaffen – und Marineeinheiten mit insgesamt ca. 250000 Mann inner-

¹¹⁸¹ vgl. Micheal Mandelbaum: The Reluctance to Intervene, in: Foreign Policy, Summer 1994, S. 3

¹¹⁸² vgl Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, München 1998, S. 152

¹¹⁸³ vgl Bob Woodward: The Commanders, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapur, 1991, S. 226

halb von 120 Tagen vor.¹¹⁸⁵ Insbesondere die langen Versorgungswege von den USA bis nach Saudi Arabien von ca. 7000 Meilen Luftlinie bewirkte, daß das Fenster der Verwundbarkeit nur langsam geschlossen werden konnte. Als erste Heeresinheit traf die (leichte) Alarmbrigade der 82. Luftlandedivision (ca. 2300 Mann) am 9.8.1990 in Saudi Arabien ein.¹¹⁸⁶

Das andere Motiv stellte der moralische Impuls dar, die flagrante Verletzung des Völkerrechts durch Debellation Kuweits zu korrigieren und die Souveränität und territoriale Integrität Kuweits wieder herzustellen. Nach einem dreitägigen Entscheidungsprozess – an den weder Stabschef Powell noch Verteidigungsminister Cheney beteiligt waren – stellte Präsident Bush mit seinem Satz: „This will not stand“ am 5.8.1990 in der Öffentlichkeit den politischen Zweck auf, Kuwait von der Herrschaft Saddam Husseins zu befreien.¹¹⁸⁷ Die konkreten militärischen Planungen konzentrierten sich aber zunächst ganz auf die Verteidigung Saudi Arabiens.

Bush war er sich der Tatsache bewußt, daß eine reine amerikanische oder europäische Intervention von den arabischen Staaten als „imperialistische westliche Invasion“ abgelehnt worden wäre. Daher bestand in der Formierung einer breite Koalition mit signifikanter arabischer Beteiligung die einzigen Möglichkeit, Saudi Arabien mit einer starken Präsenz amerikanischer Truppen zu Hilfe zu kommen. Die Einbeziehung des moralischen Gewichtes der UNO – die in der „neuen Weltordnung“ – eine prominente Rolle spielen sollte, war daher von entscheidender Bedeutung. Präsident Bush setzte bei der Proklamation einer „neuen Weltordnung“ auf eine neue Partnerschaft der Nationen insbesondere mit Hilfe internationaler und regionaler Organisationen.¹¹⁸⁸ Obwohl auch ohne sie handlungsfähig, war die Unterstützung durch die UNO doch von unschätzbarem Wert für die USA.¹¹⁸⁹

Der Sicherheitsrat der Weltorganisation hatte am Tage der Invasion, diese in seiner Resolution 660 verurteilt und sie als Bruch des internationalen Friedens und der Sicherheit

¹¹⁸⁴ vgl. Woodward: a.a.O., S. 227

¹¹⁸⁵ vgl. Woodward: a.a.O., S. 269

¹¹⁸⁶ vgl. Frank N. Schubert/Theresa L. Kraus (Hrsg.): *The Whirlwind War; The United States Army in Operations Desert Shield and Desert Storm*, Washington D.C. 1995, S. 52

¹¹⁸⁷ vgl. Woodward: a.a.O., S. 261

¹¹⁸⁸ vgl. George Bush: *The UN: World Parliament of Peace*, Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, am 1.10.1990, zitiert nach Henry Kissinger: *Die Vernunft der Nationen*, Berlin 1994, S. 894

¹¹⁸⁹ vgl. Andrew Leyden: *Gulf War Debriefing Book, An After Action Report*, Grants Pass, 1997, S. 4

charakterisiert, und den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen gefordert.¹¹⁹⁰ Nachdem der Irak dieser Aufforderung nicht nachgekommen war, erließ der Sicherheitsrat mit der Resolution 661 vom 6.8.1990 ein totales wirtschaftliches und militärisches Embargo und sanktionierte mit der Resolution 665¹¹⁹¹ (25.8.1990) eine militärische Blockade der irakischen See- und Landgrenzen.

Analog gliederten sich die militärischen Operationen in zwei große Phasen: Zunächst die defensive Phase „**Desert Shield**“, der Aufmarsch gemäß dem Operationsplan 90-1002, der zunächst vier Ziele verfolgte:

1. Abschreckung des Iraks vor einem Angriff auf Saudi Arabien;
2. ggf. Verteidigung Saudi Arabiens;
3. Erzwingung der Sanktionen gegen den Irak nach den Resolutionen 661 und 665;
4. Aufbau einer Koalitionsstreitmacht;¹¹⁹²

Ende September 1990 waren genügend US-Truppen in Saudi Arabien versammelt, daß Verteidigungsminister Cheney und Stabschef Powell sich in der Lage fühlten, einen Angriff Saddam Husseins abschlagen zu können.¹¹⁹³

Nachdem nun „Desert Shield“ ins Werk gesetzt worden war – der Aufmarsch hierfür sollte bis zum 1.12.1990 abgeschlossen sein – forderte Präsident Bush von seinen militärischen Planern, Eventualplänen für die Befreiung Kuweits auszuarbeiten. Die Präsentation dieser Operationspläne für den erweiterten politischen Zweck vor Präsident Bush am 11.10.1990 ergab, daß mit den Kräften von „Desert Shield“ nur ein kostspieliger Frontalangriff auf die in Kuwait eingegrabenen irakischen Truppen möglich wäre.¹¹⁹⁴ Daraufhin forderte der Oberbefehlshaber des CENTCOM, General Schwarzkopf, das VII. US –Korps aus Deutschland und eine zusätzliche Division aus den USA an, die innerhalb von drei Monaten in Saudi Arabien versammelt sein sollten. Die endgültige Entscheidung zur Befreiung Kuweits und zur Ausführung der Operation „**Desert Storm**“ wurde am 30./31.10.1990 von Bush getroffen. Am 8.11. 1990 gab Bush die

¹¹⁹⁰ vgl. Resolution 660 des Weltsicherheitsrates vom 2.8.1990, in: <http://www.un.org/Docs/scres/660e.pdf> vom 10.8.2000

¹¹⁹¹ vgl. Resolution des Weltsicherheitsrates 665 vom 25.8.1990, in: <http://www.un.org/Docs/scres/665e.pdf> vom 10.8. 2000

¹¹⁹² vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 299

¹¹⁹³ vgl. Woodward: a.a.O., S. 298

¹¹⁹⁴ vgl. Woodward: a.a.O., S. 307

Verstärkung der Truppen in Saudi Arabien bekannt: „... to ensure that the coalition has an adequate offensive military option should that be necessary to achieve our common goals.“¹¹⁹⁵ Nach einer intensiven Pendeldiplomatie war es Außenminister Baker gelungen, in der UNO die notwendige Unterstützung für eine entsprechende Resolution des Weltsicherheitsrates zu erlangen. Am 29.11.1990 wurden durch die Resolution 678 die Mitgliedsstaaten der UNO, die mit der Regierung Kuweits kooperierten, ermächtigt „alle notwendigen Mittel einzusetzen“, um die Resolution 660 durchzusetzen, falls dies der Irak nach dem 15.1.1991 nicht freiwillig getan haben sollte.¹¹⁹⁶

Die Operation „Desert Storm“ sollte in vier Phasen ablaufen, wovon die ersten drei Phasen eine reine Luftkriegführung beinhalteten, während die vierte Phase die Offensive am Boden mit dem Ziel der Rückeroberung Kuweits sein sollte. In ihrer abschließenden Fassung wurden mit „Desert Storm“ fünf Ziele - in zum Teil sich überlappenden Phasen – verfolgt:

- 1 Ausschaltung der irakischen Kommunikations- und Führungsmittel
- 2 Strategische Ziele, insbesondere die irakischen ABC- Waffenfähigkeiten zu neutralisieren.
- 3 Das Kernstück der irakischen Armee und Hauptmachtbasis Saddam Husseins, die Republikanische Garde, entscheidend schwächen.
- 4 Die Rückeroberung Kuweits
- 5 Die Wiedereinrichtung der kuwaitischen Regierung zu unterstützen.¹¹⁹⁷

Am 12.1.1991 billigte der amerikanische Senat mit 52 zu 47 Stimmen und des Repräsentantenhaus mit 250 zu 183 Stimmen den Einsatz der US-Streitkräfte zu Befreiung Kuweits.

Am Tage des Ablaufs des Ultimatums am 15.1.1991 waren 422041 amerikanische Truppen in Saudi Arabien versammelt. Insgesamt bestand die Koalition aus 32 Staaten.¹¹⁹⁸

¹¹⁹⁵ Woodward: a.a.O., S. 324

¹¹⁹⁶ vgl. Resolution des Weltsicherheitsrates 678 vom 29.11.1990, in: <http://www.un.org/Docs/scres/1990/678e.pdf>

¹¹⁹⁷ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S 301

¹¹⁹⁸ vgl. Schubert/Kraus (Hrsg.): a.a.O., S. 157; der Höchststand war am 22.2.1991 mit 533608 Männer und Frauen erreicht. 14 weitere Alliiert stellten zusammen 183010 Mann; hiervon stellten Saudi A-

Nach Ablauf des Ultimatums begann am 17.1.1991, was Snow/Drew als die erfolgreichste Luftkriegsoperation der Kriegsgeschichte bezeichnete.¹¹⁹⁹ Die 43-tägigen Luftkriegsoperationen in deren Verlauf 109876 Einsätze geflogen wurden (= 2555 pro Tag)¹²⁰⁰ war so erfolgreich, daß man von einer Vereinigung der Luftkriegstheorie mit der Praxis sprechen könnte.¹²⁰¹ Wegen des erstmaligen Einsatzes modernster Elektronik und Computertechnik bei Kommunikations- und Führungsmittel, der Aufklärung und Frühwarnung, des „Force Managements“, der elektronischen Kampfführung, der Navigation und bei präzisionsgelenkter Munition wird vom Golfkrieg auch vom ersten Informationskrieg der Kriegsgeschichte gesprochen.¹²⁰² Insgesamt wurden in 1 ½ Monaten ca.60000 t Bomben bei einer Verlustrate von 0,04 % abgeworfen.¹²⁰³ Schon in den ersten Tagen konnte die absolute Luftherrschaft errungen werden und im weiteren Verlauf konnten die irakischen strategischen Einrichtungen weitgehend zerstört, die zivile und militärische Infrastruktur weitgehend lahmgelegt, die Truppen im Felde isoliert und vom Nachschub abgeschnitten sowie die irakische Aufklärung unterbunden werden. Die irakische Kriegführung beschränkte sich weitgehend auf zwei Ebenen:

- auf die Propaganda-Ebene, indem eine Lösung der Kuwaitproblematik von der Lösung der Plästinenserproblematik bzw. der ganzen Nahostproblematik abhängig gemacht wurde und durch die Erklärung des Heiligen Krieges die Unterstützung der arabischen Massen gesucht wurde;
- die Provokation Israels durch die Beschießung mit Scud-Raketen, die einen Kriegseintritt Israels und den wahrscheinlichen Bruch der Kriegskoalition zur Folge haben sollte. Ab dem 18.1.1991 feuerte der Irak 42 Scud-Raketen auf Israel, 48 auf Saudi Arabien und 3 auf Bahrain. Diplomatischer Druck und die Verteidigung Israels mit Patriot – Abwehrraketen verhinderten allerdings einen solchen Kriegseintritt. Ebenfalls zur Beruhigung Israels wurde die Zerstörung der Abschußrampen der – militärisch eher unbedeutenden – Scud-Raketen zur Priorität bei der Luftkriegführung erhoben. Mit insgesamt 2493 Einsätzen konnten die Scud-Starts zwar eingedämmt, aber nicht vollständig unterdrückt werden. Immerhin konnte ihre Häu-

rabien mit 45000 Mann, Großbritannien und Ägypten 35000 Mann, Syrien 20000 Mann, Frankreich mit 17000 Mann vgl.Leyden: a.a.O., S. 257 ff.

¹¹⁹⁹ vgl. Snow/Drew: a.a.O., S. 312

¹²⁰⁰ vgl. Richard Hallion: Storm over Iraq, Washington, London 1992, S. 188

¹²⁰¹ vgl. Hallion: a.a.O., S. 7

¹²⁰² zum Einsatz der neuen elektronischen Mittel vgl. Frank Kostelnik: Führung und Gefecht im Informationszeitalter (2), in : Truppenpraxis, März 1998, S. 150 ff.

figkeit von 5 Starts pro Tag in den ersten 10 Tagen auf ein Start pro Tag in den letzten 33 Tagen reduziert werden.¹²⁰⁴

Die letzte Phase der Operation „Desert Storm“ am 24.2.1991, die Rückeroberung Kuweits und Ausschaltung der irakischen Heerestruppen in Kuwait und südlich des Euphrat. Durch die Operationen der alliierten Luftwaffen nicht nur der Nachschub unterbunden und die Infrastruktur weitgehend lahmgelegt werden sondern auch den Truppen auf dem Schlachtfeld empfindliche Verluste beigebracht werden. Insgesamt wurden 60 % der irakischen Panzer, 60 % der Artillerie und 40 % der gepanzerten Fahrzeuge zerstört (zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes hatte der Irak ca. 90 % seiner Panzer und Artillerie und 50 % seiner gepanzerten Fahrzeuge im Operationsgebiet verloren).¹²⁰⁵

Nach der Verstärkung durch das VII. Korps waren die alliierten Streitkräfte von Schwarzkopf umgruppiert und Teile davon weit ins Landesinnere verlegt worden, so daß sich nun eine ca. 525 km breit Front zum Irak ergab, von denen aber nur ca. 360 km von irakischen Truppen abgedeckt war. Hierdurch konnten die schnellen Hubschrauber und Panzerverbände der US-Army (insbesondere das XVIII- Luftlandekorps und das VII- Korps) die irakischen Verbände umfassen bzw. in deren Flanke vorstoßen. (hierbei legte die 24. Mechanisierte Infanteriedivision an vier Tagen ca. 420 km zurück, während die schweren Teile des VII. Korps immerhin noch 250 km vorstießen¹²⁰⁶) Die informationelle Überlegenheit der alliierten Verbände machte eine irakische Gegenwehr fast aussichtslos. Gleichzeitig durchbrachen, nach massiver Feuervorbereitung Verbände des US Marinekorps und arabische Verbände die irakischen Verteidigungsstellungen in Kuwait und stießen auf Kuwait- City vor.

Nach 100 Stunden der Landoffensive ordnete Präsident Bush am 28.2.1991 einen Waffenstillstand an, da mit der Befreiung Kuweits und der Zerstörung der irakischen Invasionstruppen alle militärischen Ziele erreicht waren. Von den ehemals 43 irakischen Divisionen im Operationsgebiet Kuwait konnte Saddam Hussein nur 5- 7 retten. Die alliierte Streitkräfte machten ca. 60000 Gefangene und zerstörten 3847 Panzer, ca. 3100 Artilleriegeschütze und ca. 1400 gepanzerte Fahrzeuge. Das US Central Command hatte

¹²⁰³ vgl. Hallion: a.a.O., S. 190 und 196

¹²⁰⁴ vgl. Hallion: a.a.O., S. 180 ff.

¹²⁰⁵ vgl. Hallion: a.a.O., S. 205

¹²⁰⁶ vgl. Schubert/Kraus (Hrsg.): a.a.O., S. 195 und S. 201

damit den schnellsten und umfassendsten Sieg in der amerikanischen Militärgeschichte errungen.¹²⁰⁷

Die politischen Bedingungen für den Waffenstillstand, also der Zweck des Krieges wurde vom Weltsicherheitsrat in seine Resolutionen 686 vom 2.3.1991¹²⁰⁸ und 687 vom 3.4.1991¹²⁰⁹ festgelegt. Diese bestanden aus der Aufgabe der Annexion Kuweits, aus Wiedergutmachungsleistungen aber insbesondere der Zerstörung aller ABC- Waffen sowie der Zerstörung aller Raketen mit einer Reichweite von über 150 km. Zu diesem Zweck mußte der Irak eine Kontrollkommission der UNO (United Nations Special Commission, UNSCOM) permanent im Land dulden, die das Recht zu unangemeldeten vor Ort Inspektionen hatte und eine große Anzahl chemischer Waffen und Flugkörper zerstörte. Nach jahrelangen Querelen über die Kompetenzen der UNSCOM mit der irakischen Regierung erreichten die Spannungen im Dezember 1998 eine vorläufigen Höhepunkt. Am 9.12.1998 wurde den UNO-Inspektoren zum wiederholten Male der Zugang zu dem Hauptquartier der regierenden Baath- Partei verwehrt. Am 15.12.1998 erstattete der Leiter der UNSCOM dem UNO-Sicherheitsrat Bericht, daß der Irak trotz anderslautender Beteuerungen fortgesetzt Überraschungsinspektionen blockiere, verdächtige Anlagen „säubere“, bevor den Inspektoren Zutritt gewährt würde und die Aushängung von Produktionsunterlagen verweigere.¹²¹⁰ Daraufhin wurde die UNSCOM zurückgezogen und Präsident Clinton ordnete für den 17.12.1998 die Operation „Desert Fox“ an, bei der vier Tage lang amerikanische und britische Luft- und Seestreitkräfte irakische Ziele der Luftverteidigung, des Nachrichtendienstes, der Republikanischen Garde, der Baath- Partei und insbesondere Einrichtungen zur Entwicklung- und Herstellung von Massenvernichtungsmittel und entsprechender Trägersysteme angriffen. Insgesamt wurden 418 Cruise Missiles abgefeuert und 534 Bomben abgeworfen.¹²¹¹

Zwar ist der Irak an der Ausübung seiner Souveränität durch die Flugverbotszonen gehindert und durch das weiterhin aufrechterhaltene Embargo geschwächt, so daß er für seine Nachbarstaaten keine große militärische Bedrohung darstellt, die weitere Existenz des Regime Saddam Hussein sorgt aber dafür, daß auch in absehbarer Zeit die USA eine

¹²⁰⁷ vgl. Schubert/Kraus (Hrsg.): a.a.O., S. 201

¹²⁰⁸ vgl. Resolution des Weltsicherheitsrate 686 vom 2.3.1991, in: <http://www.un.org/Docs/scres/1991/686e.pdf>, vom 10.8.2000

¹²⁰⁹ vgl. Resolution des Weltsicherheitsrates 687 vom 3.4.1991, in: <http://www.un.org/Docs/scres/1991/687e.pdf>

¹²¹⁰ vgl. Karner: Neuerliche gewaltsame Eskalation des Konflikts mit dem Irak, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 2/1999, S. 243 f.

Teil ihres militärischen Potentials dazu verwenden müssen, diesen „Sorgenstaat“ einzudämmen.

Evakuierungen

Aus systematischen Gründen sollen als negative „power to seize“ auch Evakuierungen von Zivilpersonen oder Militärs aus Krisen und Kampfgebieten gezählt werden, deren Modus von Natur aus als defensiv einzustufen ist und die verglichen mit den o. g. Militäroperationen mit einer geringen Intensität, wenn auch nicht immer ohne Opfer durchgeführt werden konnte. Aus den auf Seite 340/341 genannten Quellen ergeben sich folgende Fälle

- Israel/Palästina, 23.7.1948: Evakuierung einer UNO-Delegation (unter UNO-Flagge) durch ein US-Kriegsschiff aus dem Hafen von Haifa.
- Tachen Inseln/Taiwan, 8.2.1955: Nach der Beschießung dieser dem chinesischen Festland vorgelagerten Insel durch die Volksrepublik China, evakuierte die US-Navy über 15000 Zivilisten und 11000 Soldaten von dieser Insel.
- Naher Osten, 30.10.1956: Nach dem Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges evakuierte die US-Navy ca. 2000 Staatsbürger westlicher Staaten aus der Region.
- Kuba, 24.10.1958: Im Zuge der Kampfhandlungen im kubanischen Bürgerkrieg forderte das US-Außenministerium die Evakuierung von US-Bürgern. Diese wurden von einem US-Kriegsschiff im Hafen von Nicaro aufgenommen.
- Kongo/Zaire, 1.7.1960: Nach dem Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Unruhen in der ehemaligen belgischen Kolonie unterstützte der Flugzeugträger „Wasp“ die Evakuierung westlicher Staatsbürger.
- Haiti, 8.5.1963: Nach dem Ausbruch von Unruhen evakuierten US-Kriegsschiffe 2279 Zivilisten.
- Sansibar, 13.1.1964: Nach dem Umsturz des Regimes durch Rebellen evakuierte ein US-Zerstörer 54 US-Bürger und 36 Staatsbürger anderer Nationalität.

¹²¹¹ vgl. ebenda

- Pakistan, 15.9.1965: Nach dem Ausbruch des Indisch-pakistanischen Krieges evakuierten Flugzeuge der US Air Force amerikanische Staatsbürger aus Pakistan.
- Zypern, 22.7.1974: Nach dem Coup gegen die Regierung Makarios und der Landung türkischer Truppen auf der Insel evakuierte die US-Navy bedrohte Zivilisten von der Insel.
- Kambodscha, 12.4.1975: Nach dem Zusammenbruch des Lo Nol- Regimes und vor der Eroberung Phnom Penhs durch die Roten Khmer wurden durch die Operation „Eagle Pull“ von einer Marinekampfgruppe 287 amerikanische und ausländische Staatsbürger evakuiert.
- Südvietnam, 29.4.1975: Nach dem Zusammenbruch Südvietnams und vor – sowie zum Teil während – der Eroberung Saigons wurden in einer der größten Evakuierungsoperationen der neueren Geschichte unter dem Code Name „Frequent Wind“ 7806 US-Staatsbürger und kolaborierende Südvietnamesen evakuiert. Diese wurden mit 194 Hubschrauberflügen von der US-Botschaft zu einer vor der Küste kreuzenden Marinekampfgruppe gebracht. Durch gegnerisches Feuer wurden zwei US-Soldaten getötet; zwei Hubschrauber gingen mitsamt der Besatzung verloren.
- Libanon, März 1985: Nachdem sich die Sicherheitslage für das Botschaftspersonal sehr verschlechtert hatte, wurden Teile des Botschaftspersonal durch Marinehubschrauber nach Zypern evakuiert.
- Somalia, 2.1.1991: Nach dem Sturz des Diktators Siad Barre und dem Ausbruch schwerer Kämpfe in Mogadischu flüchteten sich unbeteiligt ausländische Staatsbürger in die US-Botschaft. Auf Bitten des US-Botschafters wurden von einer US-Marinekampfgruppe (mit dem Hubschrauberträger „USS Guam“) 281 ausländische Staatsbürger evakuiert.

Eskorten

Als Schutz oder Abwehr der „power to seize“ sollen unter diesem Abschnitt auch das Eskortieren von Schiffen aufgeführt werden, das in bestimmten Krisensituationen eine politische Relevanz erlangte:

- Quemoy Inseln/Taiwan, September/Oktober 1958: Nachdem durch den Beschuß der Inseln durch die Volksrepublik China ab dem 23.8.1958 die zweite Taiwan-Krise ausgelöst wurde, eskortierten Kriegsschiffe der US-Navy taiwanesisch Schiffen mit Nachschub für die Insel bis in die taiwanesisch 3 Meilen Zone;
- Kuba Dezember 1971/Januar 1972: Nachdem die kubanische Marine ein Motorschiff von Ex- Kubaner am 15.12.1971 aufgebracht hatte, eskortierte die US-Navy die verbleibenden Schiffe der betreffenden Schifffahrtlinie bis Ende Januar 1972
- Rotes Meer, Oktober/November 1973: Nachdem am 24.10.1973 ein amerikanisches Frachtschiff am Eingang des Roten Meeres beschossen wurde, eskortierten ein US-Zerstörer amerikanische Handelsschiffe auf diesem Meer.
- Mai 1984, Persischer Golf: Da im Zuge des Krieges zwischen Iran und Irak (1980 – 1988) mehrfach Handelsschiffe neutraler Staaten angegriffen wurden, eskortierte die US-Navy ab Mai 1984 amerikanische Handelsschiffe auf diesem Meeresteil; im Januar 1986 mußte aufgrund einer weiteren Eskalation zu einer engen Deckung übergegangen werden;
- 21.7.1987, Persischer Golf: Nach einer weiteren Verschärfung der iranischen Angriffe auf Tankschiffe neutraler Staaten drohte die Ölzufuhr aus dem Persischen Golf zum Erliegen zu kommen. Die USA erklärten sich daher bereit, auf Bitten Kuweits; kuwaitische Tanker umzuflaggen und diese amerikanischen Tanker dann zu eskortieren. Diese mit einigen Kampfhandlungen verbunden Operation „Earnest Will“ dauerte vom 21.7.1987 bis zum Waffenstillstand zwischen Iran und Irak am 20.8.1988;

6.2.1.2. UdSSR

Im Jahre 1990 erstellte der „Ausschuß der Obersten Sowjet der UdSSR für die Angelegenheiten der Soldaten-Internationalisten“ zum ersten mal in der sowjetischen Geschichte ein offizielles Dokument, in dem aufgelistet wurden, wann sich sowjetische Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg außerhalb der Landesgrenzen aufhielten und in Gefechte oder Krieg verwickelt wurden. Diese Liste umfaßte 23 Fälle¹²¹², wobei 7 Fälle die Errichtung von Besatzungsregimes nach dem Zweiten Weltkrieg betrafen. Von den verbleibenden 16 Fällen können vier unter der Zweckbestimmung „power to seize“ gezählt werden und an dieser Stelle auf ihre Zweck- Ziel- Mittelrelation beleuchtet werden.

Die Intervention in Ungarn 1956

Nach der „Befreiung“ Ungarns durch die Rote Armee 1945 betrieb die UdSSR wie im gesamten Ostblock auch dort eine konsequente Sowjetisierungspolitik nach dem vom M. Mackintosh aufgestellten fünf- stufigen Muster.¹²¹³

Im Jahre 1948 war Ungarn zu einem ein- Parteien Staat geworden, in dem die Kommunisten die absolute Macht ausübten und 1956 noch zwei sowjetische Divisionen mit 20000 Mann und ca. 600 Panzer stationiert waren.¹²¹⁴ Im Mai 1955 zählt es zu den Gründungsmitgliedern des Warschauer Vertrages – in dem die Nachfolger Stalins - das Bündnis und Abhängigkeitssystem formalisiert hatten. Der nach dem Tode Stalins im März 1953 ins Amt gekommene Nationalkommunist und relativ populäre Imre Nagy hatte einige Liberalisierungen eingeleitet, mußte aber im April 1955 wieder vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktreten.

¹²¹² vgl. Sapper: a.a.O., S.301 f.

¹²¹³ vgl. Malcom Mackintosh: Stalin's Policies towards Eastern Europe 1939 – 1948: The General Picture, in: Thomas H. Hammond (Hrsg.): The Anatomy of Communist Takeovers, New Haven, 1975, S. 238 f., zitiert nach: Alex P. Schmid: Soviet Military Interventions Since 1945, New Brunswick, Oxford, 1985, S. 5

1. Errichtung einer „Nationalen Front“ Koalitionsregierung mit maßgeblicher kommunistischer Beteiligung
2. Zwangsvereinigung der Sozialdemokratischen – oder Sozialistischen Parteien mit der Kommunistischen Partei
3. Isolierung rechter und bürgerlicher Parteien durch Drohung und Verfolgung
4. Wahlen mit einer Einheitsliste
5. Ausschaltung der Nationalkommunisten und Titoisten in den „Vereinigten Arbeiterparteien“

Durch die Entstalinisierungsperiode nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wurde die Politik der Kommunistischen Partei Ungarns zunehmend delegitimiert was auch zu einem Erwachen des Nationalgefühls führte.¹²¹⁵

Der Auslöser für die schwerste Krise im sowjetischen Machtbereich war eine Solidaritätsdemonstration für die neuen polnischen Machthaber die sich trotz des einhelligen Widerstandes der Führung der KPdSU am 19.10.1956 in Warschau etablieren konnten, die von Studenten und Schriftstellern organisiert wurde. Auf dieser Demonstration am 23.10.1956 werden auch politische Forderungen nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, freien und geheimen Wahlen, nach Presse- und Redefreiheit sowie der Zulassung des Streikrechts und der Durchführung ökonomische Reformen erhoben.¹²¹⁶ Schließlich wird die Forderung erhoben Nagy zum Ministerpräsidenten zu machen; Stalins Statue wird von der Menge geschleift. Gegen Abend feuern Geheimpolizisten in die Menge, die sich vor dem Rundfunkgebäude versammelt hatte, woraufhin sich Soldaten mit den Demonstranten solidarisierten und ihnen ihre Waffen überließen. Arbeiter der Betriebskampfgruppen gingen ebenfalls mit ihren Waffen zu den Demonstranten über; weitere Armeeeinheiten solidarisierten sich mit den Demonstranten, die auf diese Weise, den Bestand ihrer Waffen weiter vergrößern können; schließlich wird das Gebäude der Parteizeitung erobert.¹²¹⁷ Als am frühen Morgen des 24.10.1956 um das Rundfunkgebäude gekämpft wird, greifen sowjetische Panzer zugunsten des alten Regimes unter Parteichef Gerö ein.¹²¹⁸ Einige tausend sowjetische Truppen mit ca. 100 Panzern waren von Gerö zu Hilfe gerufen worden, die am Morgen das Feuer auf die bewaffneten Demonstranten eröffnet hatten.¹²¹⁹ Dabei kam es zu heftigen Straßenkämpfen, allerdings waren die sowjetischen Operationen wenig wirkungsvoll und ohne klare politische Zielvorstellungen.

Am Vormittag des 24. Oktober hatte das Zentralkomitee der Partei Imre Nagy zum Ministerpräsidenten ernannt, der aber noch von den alten Parteikadern und der Geheimpolizei an der Ausübung seines freien Willens gehindert wurde.¹²²⁰ Um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen kamen am nächsten Tag der Chefideologe der KPdSU

¹²¹⁴ vgl. Schmid: a.a.O., S. 26

¹²¹⁵ vgl. Christian Zentner: Die Kriege der Nachkriegszeit, München 1969, S. 190

¹²¹⁶ vgl. Schmid: a.a.O., S. 26

¹²¹⁷ vgl. Zentner: a.a.O., S. 199

¹²¹⁸ vgl. ebenda

¹²¹⁹ vgl. Schmid: a.a.O., S. 26

¹²²⁰ vgl. Zentner: a.a.O., S. 202

Soslow und der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan nach Budapest. Sie ließen den Scharfmacher Gerö als Parteivorsitzenden ablösen und durch den gemäßigten Janos Kádár ersetzen. In der Zeit vom 25.- 28. Oktober gewannen die Revolutionäre immer mehr an Boden, so daß fast ganz Ungarn nun unter ihrer Kontrolle stand. Allmählich konnte Nagy seine Handlungsfreiheit erlangen und sich an die Spitze der ungarischen Revolution setzten, in dem er sich viel Forderungen der Aufständischen zu eigen machte:

- Zulassung von Arbeiterräten
- Neuaufbau der ungarischen Armee
- Sofortiger Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest
- Dauerhafter Abzug der sowjetischen Truppen aus ganz Ungarn
- Auflösung des Geheimdienstes

Tatsächlich werden die sowjetischen Truppen in ihre Garnisonen zurückgezogen aber gleichzeitig verstärkt: Befanden sich am 26.10. bereits 50000 – 75000 Mann in Ungarn so war am 4.11. ihre Zahl auf ca. 200000 mit 2000 – 2500 Panzern angewachsen.¹²²¹

Am 30.10.1956 macht Nagy mit der Systemtransformation ernst, indem er das ein- Parteiensystem abschafft und eine Regierung bildet, in der auch Vertreter der bürgerlichen Parteien beteiligt waren, die seit 1948 verboten waren und sich nun wieder neu konstituieren; freie Wahlen sollen vorbereitet werden. Am 31.10.1956 meldet Radio Moskau, daß die Stationierung der sowjetischen Truppen in Ungarn, Polen und Rumänien einer Prüfung unterzogen werde.¹²²²

Als Nagy am 1.11. den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt verkündet und einen Tag später die UNO bittet, die Neutralität waren die vitalen Sicherheitsinteressen so stark gefährdet, daß sich die sowjetische Führung entschloß, der ungarischen Revolution ein Ende zu bereiten. Am Morgen des 4.11.1956 begannen sowjetische Truppen erneut mit der Besetzung strategisch wichtiger Punkte und mit der Brechung des Widerstandes der ungarischen Nationalgarde. Gleichzeitig wurde von Parteichef Kádár eine Gegenregierung gebildet, welche die sowjetischen Truppen gebeten hatte, Ungarn vor der faschistischen Gefahr zu bewahren, da die Revolution von Faschisten unterwandert

¹²²¹ vgl. Schmid: a.a.O., S. 27

¹²²² vgl. Zentner: a.a.O., S. 219

worden sei.¹²²³ Trotz des äußerst entschlossenen Vorgehens der sowjetischen Truppen können diese den letzten Widerstand erst am 11. November brechen. Insgesamt hatte die sowjetische Armee Verluste von 657 Tote und 1540 Verletzte¹²²⁴, während auf ungarischer Seite ca. 20000 Tote zu beklagen waren.¹²²⁵

Nagy, der sich am 4.11. in die jugoslawische Botschaft geflüchtet hatte, verließ diese schließlich unter Zusicherung freien Geleites am 22.11. Diese Zusicherung wurde aber von der Regierung der UdSSR nicht eingehalten: Er wurde verhaftet und nach einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.¹²²⁶

Ab 1957 begann dann die Restaurationsphase unter Janos Kádár. Ab März 1957 wurde die macht der Kommunistischen Partei wieder hergestellt und die Treue Ungarns zum Warschauer Pakt bestätigt. Ungefähr 2000 Aufständische wurden hingerichtet und 20000 in Lager festgehalten.¹²²⁷

In der Folgezeit entstalinisierte Kádár die ungarische Politik, entideologisierte das tägliche Leben und führte Wirtschaftsreformen durch, so daß in Ungarn der höchste Lebensstandard im Ostblock herrschte. Seine Ablösung vom Amt des Parteichefs im Mai 1988 leitete die Systemtransformation Ungarns ein und war damit eine entscheidende Einflußgröße bei dem Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft über den Ostblock 1989 –1991.

Die Intervention in der CSSR 1968

Zu einer weiteren Systemkrise des real existierenden Sozialismus im Ostblock kam es 1968 in der Tschechoslowakei. Diese begann sich innerhalb der regierenden Kommunistischen Partei der CSSR zu entwickeln als der Alt- Stalinist A. Novotny am 5.1.1968 vom Amt des ersten Sekretär abgelöst und durch den Reformler Alexander Dubcek ersetzt wurde. Nachdem die 1965- 67 durchgeführten Wirtschaftsreformen keine durchgreifende Verbesserung der ökonomischen Lage gebracht hatte, begann sich bei Teilen der kommunistischen Führung die Meinung durchzusetzen, daß solche Reformen nur dann wirksam sein können, wenn sie auch von politischen Reformen begleitet wür-

¹²²³ vgl. Zentner: a.a.O., S. 226

¹²²⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 301

¹²²⁵ vgl. Schmid: a.a.O., S. 27

¹²²⁶ so wurde es am 17.6.1958 in Budapest bekanntgegeben. Vgl. Zentner: a.a.O., S. 229

¹²²⁷ vgl. Schmid: a.a.O., S. 29

den.¹²²⁸ So kam es zu einer Spaltung der Kommunistischen Partei in „liberale Reformer“ und „Konservativen“, bei der die Reformer im Zentralkomitee in die Mehrheit kamen. So begann in der CSSR unter dem Motto „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ eine kurz Reformperiode, die unter dem Namen „Prager Frühling“ bekannt geworden ist.

Als im April 1968 das neue Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der CSSR angenommen und die Pressezensur abgeschafft wurde, löste dies bei der Führung der UdSSR und anderer Warschauer Pakt Staaten tiefe Besorgnis aus, die CSSR könnte sich aus dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zurückziehen oder der Geist der Reformen auf andere Ostblockstaaten übergreifen. Intellektuelle drängten die Regierung – die neue Pressefreiheit ausnutzend – die Reformen weiter voranzutreiben. Die Situation in der CSSR war dann auch das Hauptthema auf den kommunistischen Gipfeltreffen in Dresden und Moskau.

Bisher waren keine sowjetischen Truppen in der CSSR stationiert, aber ab dem 14.5.1968 fand eine Stabsrahmenübung des Warschauer Paktes mit gepanzerten und mechanisierten Truppen aus Polen, Ungarn, der DDR und der UdSSR in der nördlichen Tschechoslowakei statt. In der zweiten Juli- Woche befanden sich so noch ca. 16000 Mann sowjetischer Truppen in der CSSR.¹²²⁹

Am 15.7.1968 sprachen die anderen Regierungen der Warschauer Pakt Staaten – mit Ausnahme Rumäniens im sogenannten Warschauer Brief eine letzte Warnung an Dubcek und seine Genossen aus. Gestützt auf eine Mehrheit des Zentralkomitees wies Dubcek allerdings diese Kritik zurück. Daraufhin verschärfte die Sowjetunion ihren Nervenkrieg gegen die CSSR durch groß angelegte Manöver an den Grenzen der CSSR.¹²³⁰

Ein Treffen der Führer der Warschauer Pakt Staaten und das dabei verabschiedete Manifest von Bratislava wog die neue tschechische Führung in Sicherheit, da sie dies als einen Kompromiß nach ihrer Zurückweisung des Briefes von Warschau auffaßte. Tatsächlich wurden Anfang August die letzten sowjetischen Truppen aus der CSSR abgezogen.

¹²²⁸ vgl. Schmid: a.a.O., S. 30

¹²²⁹ vgl. Schmid: a.a.O., S. 31

¹²³⁰ vgl. Schmid: a.a.O., S. 31

Am 10.8.1968 wurde der Entwurf für ein neues Parteistatut veröffentlicht, das geheime innerparteiliche Wahlen vorsah und auf dem für den 9. September geplanten Parteitag verabschiedet werden sollte.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 drangen 175000 – 200000 Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR (es sollen sich hierbei allerdings nur um 23 Fernmeldesoldaten gehandelt haben)¹²³¹ in die CSSR ein und besetzten Flughäfen und größere Städte. Da der sowjetische Generalstab Kämpfe, wie sie zwölf Jahre zuvor in Ungarn stattfanden, unter allen Umständen vermeiden wollte sollten die Warschauer Paktruppen in überwältigender Stärke zum Einsatz kommen. Die Operation „Donau“ wurde ab dem 8.4.1968 geplant, als der sowjetische Verteidigungsminister Gretschnko die Weisung GOU/1/87654 unterzeichnete. Hierbei sollten in der ersten Staffel 165000 sowjetische Truppen, die hauptsächlich in der DDR, Polen und Ungarn stationiert waren, mit 4600 (!) Panzern zum Einsatz kommen.¹²³² Später wurden die Sowjettruppen auf ca. 400000 Mann mit 6300 Panzer verstärkt.¹²³³ Polen stellte ein Kontingent von ca. 50000 Mann, Ungarn von ca. 20000 Mann und Bulgarien von ca. 10000 Mann.¹²³⁴

Auf Befehl der Regierung leistete die 175000 Mann starke tschechoslowakische Armee keinen Widerstand, so da der Widerstand der Bevölkerung fast immer mit friedlichen Mitteln durchgeführt wurde –wodurch er natürlich auch wirkungslos blieb; lediglich ein bulgarischer Soldat wurde durch Tschechen getötet; allerdings wurden im Zuge der Besetzung und der Brechung des friedlichen Widerstandes ca. 90 Menschen - vor allem in Prag – getötet.¹²³⁵

Die Umsetzung des militärischen Erfolges – der Besatzer zieht ja Clausewitz am liebsten friedlich in ein Land ein – gestaltet sich für die Besatzer allerdings sehr schwierig, da sie zunächst keine Führerpersönlichkeiten fanden, die zu einer Kooperation bereit waren bzw. eine Marionettenregierung zu bilden; 57,8 % aller tschechoslowakischen

¹²³¹ Volker Koop/Dietmar Schössler: *Erbe NVA – Eindrücke aus ihrer Geschichte und an Tagen der Wende*, Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Waldbröl 1992, S. 193 f.

¹²³² vgl. Karel Bartosek: *Mittel- und Südosteuropa*, in: Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München, Zürich, 1998, S. 487

¹²³³ vgl. ebenda

¹²³⁴ vgl. Schmid: a.a.O., S. 32

¹²³⁵ vgl. Bartosek: a.a.O., S. 487

Offiziere unter 30 Jahre verließen die Armee.¹²³⁶ So war die sowjetische Führung gezwungen, Druck auf die bestehende Parteiführung und Regierung auszuüben. Nach und nach war die Parteiführung unter Dubcek gezwungen, ihre eigenen Reformen, wie Presse- und Versammlungsfreiheit und die Zulassung nicht-kommunistischer Organisationen, zurückzunehmen. Im Oktober 1968 mußte sie schließlich der Stationierung von 5 sowjetischen Heeresdivisionen mit ca. 75000 Mann Mannschaftsstärke zustimmen. Am 17.4.1969 schließlich folgte der gefügigere Gustav Husak Dubcek als Parteichef nach. Daraufhin erfolgte die „Normalisierung“ des öffentlichen Lebens in der CSSR. Zwischen 1970 und 1971 wurden 2313 Personen aus politischen Gründen verurteilt, die Verwaltung gesäubert. Schließlich dankte Husak 1971 der Sowjetunion, daß sie 1968 der Bitte der tschechoslowakischen Kommunisten nach brüderlicher Hilfe nachgekommen ist.¹²³⁷

Der Grenzkonflikt mit der Volksrepublik China 1969

Seit dem politischen Bruch Pekings mit Moskau 1960 und verstärkt nach dem Beginn der Kulturrevolution in der Volksrepublik China 1966 verschärfte sich der Streit mit der UdSSR über die Grenzziehung zwischen Kasachstan und Sinkiang aber insbesondere an dem Flüssen Amur und Ussuri, bis er 1969 bedrohliche militärische Formen annahm. Schon im März 1963 hatten Pekinger Zeitungen die Rückgabe der vom Zar „geraubten“ Gebiete gefordert und ab November 1963 war es zu ersten Grenzzwischenfällen gekommen.¹²³⁸ Die Grenzstreitigkeiten resultierten aus den sog. „ungleichen Verträgen“ durch die im 19. Jahrhundert das russische Zarenreich ca. 1,5 Mill. Quadratkilometer vom schwachen chinesischen Kaiserreich erworben hatte.¹²³⁹ Da 1962/63 ca. 50000 Einwohner Sinkiangs in die UdSSR flohen, beschuldigte China die Sowjetunion der Subversion unter den dort lebenden Minoritäten.¹²⁴⁰ Bei den umstrittenen Gebieten handelte es sich um weitgehend unbewohnte oder dünn besiedelte Gebiete. Der bewaffnete Konflikt entzündete sich am Flußlauf des Ussuri, bei der Peking von einem Grenzver-

¹²³⁶ vgl. Schmid: a.a.O., S. 33

¹²³⁷ vgl. Schmid: a.a.O., S. 34

¹²³⁸ vgl. Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion, 7., verbesserte und erweiterte Aufl., Stuttgart 1987, S. 530

¹²³⁹ zwischen 1850 und 1881 hatte das Zarenreich ca. 1 Mill. qkm chinesischen Territoriums im „Großen Nordosten“ und ca. 500000 qkm im „Großen Nordwesten“ vereinnahmt; das schwache China mußte in vier Verträgen dem zustimmen; vgl. Johann Adolf Graf Kielmannsegg/Oskar Weggel: Unbesiegt? China als Militärmacht, Stuttgart, Herford 1985b S. 267 f.

¹²⁴⁰ vgl. Schmid: a.a.O., S. 36

lauf in der Flußmitte ausging, während Moskau das chinesische Ufer als Staatsgrenze ansah, wodurch über 600 Inseln im Flußlauf zu umstrittenen Gebieten wurden.

Am 2.3.1969 legten ca. 300 chinesische Soldaten auf der Damanski- Insel eine Hinterhalt für eine sowjetische Patrouille. Bei dem sich entwickelnden Feuergefecht wurden sollen nach sowjetischen Presseberichten 23 Sowjetsoldaten getötet worden sein¹²⁴¹. Am 8. März wurden daraufhin die sowjetischen Truppen im Fernen Osten in Alarmbereitschaft versetzt. An der 6400 km langen Grenze standen sich 420000 chinesische und 300000 sowjetische Soldaten gegenüber.¹²⁴² Sowjetische Truppen versuchten gepanzerten Kräften am 15.3.1969 die Insel zurückzuerobern; allerdings befand sie sich nach neunstündigem Gefecht, wobei 800 chinesische Soldaten gefallen sein sollen¹²⁴³; immer noch in der Hand der Chinesen.¹²⁴⁴ Eine Serie weiterer Grenzzwischenfälle ereignete sich im April und Mai; obwohl Peking am 11. Mai auf den sowjetischen Vorschlag der Einberufung der gemeinsamen Grenzkommission einging, gingen die Grenzzwischenfälle im Mai und Juni weiter. Zwischenzeitlich hatten sowjetische Streitkräfte Manöver in der Nähe der chinesischen Grenze abgehalten. Der damalige Sicherheitsberater Präsident Nixons, Henry Kissinger, vertritt die Ansicht, daß für die Zwischenfälle an der Grenze von Kasachstan zu Sinkiang die Sowjetunion verantwortlich sei, da diese in der Nähe eines sowjetischen Eisenbahnknotenpunktes ausbrachen, während die Entfernung zum nächsten chinesischen Endbahnhof mehrere hundert Kilometer betrug.¹²⁴⁵ Die Erkenntnis, daß sich in diesem Fall Peking in der Defensive befand, nutze er dann für seine Annäherungsdiplomatie an die Volksrepublik China, die der amerikanischen Außenpolitik ganz neue Handlungsspielräume eröffnen sollte.

Die Unterzeichnung eines gemeinsamen Protokolls über die verbesserte Schifffahrt auf den Grenzflüssen am 8.8.1969 beendete die Spannungen zwischen China und der UdSSR keineswegs. Kurz danach erreichten in Kasachstan/Sinkiang die blutigen Grenzkonflikte ihren Höhepunkt. Zehn Tage später wollte die sowjetische Führung über geheime diplomatische Kanäle die Haltung der USA im Falle eines sowjetischen Angriffs auf die chinesischen Atomanlagen erkunden und Ende August wurden sowohl in

¹²⁴¹ zitiert nach Henry Kissinger: Memoiren 1968–1973, München 1979, S. 189

¹²⁴² vgl. Kielmannsegg/Weggel: a.a.O., S. 54

¹²⁴³ vgl. ebenda

¹²⁴⁴ vgl. Kissinger: Memoiren 1968–1973: a.a.O., S. 190

¹²⁴⁵ vgl. Kissinger: Memoiren 1968–1973: a.a.O., S. 193

der Sowjetunion als auch in China die Bevölkerung auf einen Krieg vorbereitet.¹²⁴⁶ Als untrügliches Zeichen für die Herstellung der Kriegsbereitschaft wurde die sowjetische Luftwaffe im Fernen Osten gegründet. Am 23.8. erklärte die chinesische Parteiführung den Zustand der drohenden Kriegsgefahr.¹²⁴⁷ Die Spannungen ließen erst nach, als sich der sowjetische Premierminister Kossigyn und sein chinesischer Amtskollege Tschou En-lai am 11.9.1969 auf dem Pekinger Flughafen zu einem Gespräch getroffen hatten. Schließlich nahmen beide Staaten die Verhandlungen über Grenzfragen am 20. Oktober wieder auf und die Anzahl und die Schwere der Grenzverletzungen nahm deutlich ab.

Nach dem Nachlassen der akuten Spannungen ging der latente Kalte Krieg zwischen der UdSSR und China bis zur endgültigen Entspannung zwischen Gorbatschow und Deng Xiaoping weiter. Nach 1969 verstärkte die UdSSR ihre Truppen in der Region Fern-Ost auf ca. 500000 Mann, ohne bei gleichzeitiger Aufrüstung in Europa. Diese befanden sich in einem hohen Bereitschaftsgrad; schließlich waren nach der Einführung der Mittelstreckenrakete SS-20 im Jahre 1983 108 dieser Raketen im asiatischen Teil der UdSSR stationiert. Auch die chinesische Seite verstärkte und verbesserte nach 1972 ihre Truppen an der Grenze. Latent verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Moskau und China weiter, so daß Peking 1978 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Japan unterzeichnete und ein Jahr später diplomatische Beziehungen mit den USA aufnahm, die auch gemeinsame Projekte der Nachrichtengewinnung und begrenzte militärische Kooperationen einschlossen.¹²⁴⁸ Langfristig verwandelte sich die Handlungsweise für die UdSSR in ein diplomatisches Desaster, das nicht unwesentlich zu dem Reformdruck unter Gorbatschow und zum Niedergang der Sowjetunion beigetragen hat, während es der UdSSR allerdings gelang, den Status quo an der Grenze zu bewahren.

Der Krieg in Afghanistan

Wie der Vietnamkrieg für die USA, so stellte der Krieg in Afghanistan auch den längsten (und letzten) Krieg in der Geschichte der UdSSR dar. Auch die Konstellation war ähnlich, dadurch daß in beiden Fällen hoch gerüstete Militärmächte Krieg gegen eine waffentechnisch und logistisch weit unterlegene Guerilla-Bewegung führten, in einem

¹²⁴⁶ vgl. Kissinger: Memoiren 1968–1973: a.a.O., S. 199 f.

¹²⁴⁷ vgl. Schmid: a.a.O., S. 36

¹²⁴⁸ vgl. Schmid: a.a.O., S. 38

Krieg ohne Fronten und schließlich verloren, bzw. ihren ursprünglichen politischen Zweck nicht erreichten.

Sapper führt in seiner Studie sechs verschiedene Deutungen für die sowjetische Intervention auf:¹²⁴⁹

1. Expansionismus: Gemäß der zaristischen Tradition stelle die Invasion in Afghanistan keine neue Qualität dar, sondern sei auf den Drang zum warmen Wasser (Persischer Golf) und zu den Ölquellen des Nahen Ostens zurückzuführen; Afghanistan sei demnach nur Sprungbrett für weitere offensive Schritte gewesen; als zweites Antriebsmoment wurde auf die marxistisch-leninistische Ideologie verwiesen, derentwegen im Zuge des „proletarischen Internationalismus“ revolutionären Bewegungen und Staaten sozialistischer Orientierung Unterstützung gewährt wurde, um die „sozialistische Staatenwelt“ zu erweitern.
2. Breschnjew- Doktrin: Diese sei erstmals auf einen Staat außerhalb des direkten Machtbereiches der UdSSR ausgedehnt worden. In Afghanistan- das nicht als „Land mit sozialistischer Orientierung“, sondern nur als „fortschrittlich“ eingestuft wurde, habe die Machtübernahme durch konterrevolutionäre Kräfte gedroht, so daß die UdSSR zum Eingreifen gezwungen war.
3. Sicherheitsinteressen: Ausgehend von einem extensiven Sicherheitsbegriff habe die UdSSR Afghanistan zu ihrem „cordon sanitaire“ gezählt, der für ihre Sicherheit unerlässlich war. Als sich hier gewaltige Instabilitäten abzeichneten, habe sich die Sowjetunion gezwungen gesehen, mit militärischen Mitteln einzugreifen.
4. Angst vor dem islamischen Fundamentalismus: Als Unterthese zur Sicherheitstheorie wird hierbei behauptet, daß sich die UdSSR durch das Vordringen des islamischen Fundamentalismus im Iran, in Pakistan und nun in Afghanistan bedroht fühlte, da sie ein Übergreifen auf die eigenen zentralasiatischen Republiken fürchtete.
5. Als Teil des Ost-West Konfliktes: Gemäß dieser These habe sich das Verhältnis der beiden Supermächte nach 1978 rapide verschlechtert und das geopolitische Umfeld aus sowjetischer Sicht rapide zu ihren Ungunsten verändert. (Aufgabe

der Entspannungspolitik, NATO-Doppelbeschluß, Annäherung USA – China, China – Japan, militärische Präsenz der USA am Persischen Golf und die Entwicklung in Afghanistan). Eine Stabilisierung der Lage in Afghanistan müsse daher als Teil der weltpolitischen Auseinandersetzung gesehen werden.

6. Fehlerperzeption und Eigendynamik: Da die UdSSR die „April-Revolution“ von 1978 weder initiiert noch gewollt habe, sei sie unvorbereitet und planlos in einen Krieg „hineingeschlittert“.

Sapper widmet dann ein Kapitel der Vorgeschichte und dem Entscheidungsprozess, der zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan geführt hat, und bewertet anschließend die Thesen nach ihrer Plausibilität. Demnach wurde die UdSSR von dem Coup am 27.4.1978 vollkommen überrascht, der von Offizieren unter der Leitung des Generalstabschefs Quadir und Politikern der marxistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) durchgeführt wurde. Die Nachrichtenagentur TASS sprach sogar von einem Militärputsch – und nicht von einer Revolution.¹²⁵⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren in dem offiziell blockfreien Land ca. 300 sowjetische Militärberater stationiert; allerdings waren ca. 4000 afghanische Offiziere in der sowjetischen Armee ausgebildet worden.¹²⁵¹

Nach dem Machtwechsel gestalteten sich nun die Beziehungen beider Staaten wesentlich enger als vorher: Im Mai 1978 wurde ein Militärabkommen und am 5.12. 1978 der „Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“ geschlossen.¹²⁵² Bis Dezember 1979 stieg somit die Zahl der Militärberater auf ca. 5000 an.¹²⁵³ Seit Sommer 1978 verstärkte sich allerdings der Widerstand gegen das marxistische Regime von Ministerpräsident Taraki und dessen überstürzte Reformen zur Modernisierung der in weiten Teilen agrarisch und islamisch geprägten Gesellschaft. Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes an Kleinbauern (die aus traditionellen und religiösen Gründen meist Grundbesitz ablehnten)¹²⁵⁴, die Antireligionspolitik, das

¹²⁴⁹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 51 ff.

¹²⁵⁰ vgl. Sapper: a.a.O., S. 55 f.

¹²⁵¹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 56

¹²⁵² in Artikel 4 dieses Vertrages wurden Konsultationen zur Gewährleistung der Sicherheit, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität beider Länder und die Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Einverständnis beider Seiten festgelegt. Weiterhin wurde darin vereinbart, die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit beider Staaten weiterzuentwickeln. Vgl. Sapper: a.a.O., S. 57

¹²⁵³ vgl. Schmid: a.a.O., S. 127

¹²⁵⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 58

Verbot des Brautverkaufs und die rechtliche Gleichstellung der Frauen entfremdete die Spitzen der tribalen Gesellschaft und islamische Kreise dem Regime. Proteste und Aufstände wurden von der Regierung brutal unterdrückt; im ersten Regierungsjahr wurden ca. 11000 Landbesitzer und Gläubige ermordet. Die Freiheitskämpfer oder Mudjahedin operierten während des ganzen Befreiungskampfes als lose Allianz unabhängig voneinander operierender Stämmen ohne zentrale Führung, die sich ethnisch, tribal, religiös und politisch derart unterschieden, daß sie nur der Zweck einte, die Regierung der DVPA zu stürzen und die sowjetischen Truppen aus dem Land zu drängen.¹²⁵⁵ Während die Desertionen in der Regierungsarmee ein bedenkliches Ausmaß annahmen, konnten die Mudjahedin erste militärische Erfolge erzielen. Einen ersten Höhepunkt erreichte der Kampf, als am 15. März 1979 ein großer Aufstand in der westafghanischen Stadt Herat ausbrach, bei dem die Masse der 17. Infanteriedivision zu den Mudjahedin überlief¹²⁵⁶. Es dauerte eine Woche, bis die Regierungstruppen den Aufstand niedergeschlagen hatten. Die Aufständischen töteten mehr als 100 sowjetische Berater und deren Familienangehörige; insgesamt kamen 5000 Menschen ums Leben.

Die Ereignisse in Herat waren der Auslöser dafür, daß sich das Politbüro der KPdSU erstmals in einer Krisensitzung mit der Lage in Afghanistan beschäftigte. Gleichzeitig war diese auch der Beginn einer Serie von 21 militärischen Hilfsgesuchen, welche die bedrängte und ratlose afghanische Führung an Moskau richtete.¹²⁵⁷

Der innere Kreis der sowjetischen Führung um Generalsekretär Breschnjew, Außenminister Gromyko, KGB- Chef Andropow, Verteidigungsminister Ustinow und der ZK-Sekretär der Internationalen Abteilung Ponomarjow reagierten zunächst sehr zurückhaltend auf diese Hilfsgesuche, da sie sich klar waren, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in Afghanistan so rückständig waren, daß eine Revolution nur mit Bajonetten durchgesetzt werden könnte.¹²⁵⁸ Ein direktes militärisches Eingreifen kam für sie nicht in Frage, wobei aber auch klar gestellt wurde, daß die Sowjetunion Afghanistan niemals ihren Feinden überlassen würde.¹²⁵⁹

¹²⁵⁵ vgl. Sapper: a.a.O., S. 88

¹²⁵⁶ vgl. A.Z. Hilali: Afganistan: The Decline of Soviet Military Strategy and Political Status, in: The Journal of Slavic Military Studies, No. 1 (März) 1999, S. 96

¹²⁵⁷ vgl. Sapper: a.a.O., S. 68

¹²⁵⁸ vgl. Sapper: a.a.O., S. 64

¹²⁵⁹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 62

Nach Einschätzung von Premierminister Kossygin verbot sich ein militärisches Eingreifen aus drei Gründen:

1. Wegen der negativen internationalen Folgen;
2. wegen der Gefahren, die eine solche Aktion für die eigenen südlichen moslemischen Landesteile heraufbeschwören würde
3. und weil es eher die Lage in Afghanistan verschärfen würde.

Im Juli 1979 hatte sich allerdings in der sowjetischen Lageeinschätzung eine entscheidende Wende vollzogen. Zunächst hatte der afghanische Widerstand eine solche Stärke erreicht, daß die Regierung nur noch 7 von 28 Provinzen des Landes kontrollierte;¹²⁶⁰ Angriffe richteten sich auch gegen den wichtigsten Flughafen in Afghanistan, der nördlich Kabul gelegene Flugplatz Bagram, der als Lebensader zur Versorgung des Kabuler Regimes von großer Bedeutung war. Daher wurde am 8.7.1979 ein Bataillon der 105. Luftlandedivision zum Schutze dieses Flugplatzes aus der Sowjetunion entsandt. Gleichzeitig übte die sowjetische Führung Druck auf Kabul aus, das Tempo der Reformen zu drosseln und die Basis der Regierung durch die Integration unabhängiger Fachleute zu verbreitern.¹²⁶¹

Eine weitere Verschlechterung der Lage trat am 13. September 1979 ein, als Präsident Taraki durch seinen Stellvertreter Hahafizullah Amin abgesetzt und ermordet wurde. Amin verschärfte weiter das Tempo der Umgestaltung und provozierte damit weiteren Widerstand der Mudjahedin, während sich sein Regime immer weniger in der Lage sah, den wachsenden islamischen Widerstand zu brechen. Schnell trat nach der Ermordung Tarakis (die auf Breschnjew traumatisch wirkte)¹²⁶² auch außenpolitisch eine gewisse Entfremdung zwischen Kabul und Moskau ein, da Amin versuchte, seine Beziehungen zu Pakistan – dem Verbündeten der USA – zu normalisieren. So fürchtete die UdSSR einerseits die Machtübernahme durch die Mudjahedin oder andererseits eine Annäherung an den neuen Verbündeten der USA, Pakistan, oder gar eine Neuorientierung Amins à la Ägypten hin zu den USA.¹²⁶³

¹²⁶⁰ vgl. Sapper: a.a.O., S. 69

¹²⁶¹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 70

¹²⁶² vgl. Sapper: a.a.O., S. 72

¹²⁶³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 73

Aufgrund dieser – durch den Ost-West Konflikt geprägten Sichtweise – reifte nun doch der Entschluß, durch eine schnelle Intervention einen gemäßigteren und gleichzeitig loyalen Führer Afghanistans an die Stelle Amins zu setzen. Nachdem Anfang November 1979 der stellvertretende Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber des Heeres, General Pawlowski, von einer Inspektionsreise aus Afghanistan zurückgekehrt war, sprach sich dieser ausdrücklich gegen eine militärische Intervention aus. Die prinzipielle Entscheidung zur Intervention war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon gefallen.¹²⁶⁴ Am 6.12.1979 wurde zunächst eine Spezialabteilung des Militärgeheimdienstes GRU nach Kabul zum „Schutz“ Präsident Amins (auf dessen eigenen Wunsch) entsandt; am 12.12.1979 entschieden dann Breschnjew, Andropow, Gromyko und Ustinow endgültig über den Einmarsch. In dem Befehl von Verteidigungsminister Ustinow vom 24.12.1979 hieß es, daß die UdSSR einige Kontingente sowjetischer Truppen auf das Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan entsende, „... um dem befreundeten afghanischen Volk internationalistische Hilfe zu leisten und günstige Bedingungen zur Unterbindung möglicher anti-afghanischer Aktionen von seiten der angrenzenden Staaten zu schaffen.“¹²⁶⁵ Aufgabe dieser Truppen war zunächst auf die Sicherung wichtiger Objekte und der Infrastruktur beschränkt.

Am Nachmittag des 25.12.1979 überschritten die ersten Teile der 40. Armee die sowjetisch-afghanische Grenze, während gleichzeitig ca. 10000 Mann Luftlande- und Spetsnaztruppen auf dem Flughafen Bagram gelandet wurden.¹²⁶⁶ Am Abend des 27.12.1979 stürmten fast 2000 Spetsnaz Truppen, unter der Führung von Oberst Bayerenow in afghanischen Uniformen den Präsidentenpalast, und löschten Amin, seine Familie und seine gesamte Abendgesellschaft aus.¹²⁶⁷

Das unmittelbare Ziel der Invasion war die schnelle Besetzung Kabuls und weiterer Schlüsselpositionen sowie die Ersetzung Amins durch Babrak Karmal, der für die Wünsche Moskaus empfänglicher war. Hierdurch sollte die Kontrolle über Afghanistan gewonnen werden, ohne direkt in die Kämpfe eingreifen zu müssen. Für diese Invasion wurde die gleiche Taktik wie in Prag 1968 angewandt; mit General Pawlowski hatte das sowjetische Oberkommando auch den gleichen Kommandeur wie 11 Jahre vorher aus-

¹²⁶⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 74

¹²⁶⁵ vgl. Sapper: a.a.O., S. 75

¹²⁶⁶ vgl. Sapper: a.a.O., S. 76 und Dale Brownb (Hrsg.): *Special Forces and Missions*, aus der Reihe: LeeE. Hassig (Hrsg.): *The New Face of War, Time – Life Books*, Alexandria, 1990, S. 94

¹²⁶⁷ vgl. Brown (Hrsg.): a.a.O., S. 96

gewählt.¹²⁶⁸ Die 105. Luftlandedivision kontrollierte Kabul, während die Verbindungswege in die Sowjetunion durch Reservedivisionen, die hauptsächlich mit moslemischen Mannschaften besetzt waren, kontrolliert wurden. Nachdem dies erreicht war, hegte die sowjetische Führung für kurze Zeit die Hoffnung, die Situation in Afghanistan stabilisiert zu haben. Sie nahm an, daß sie durch den Schutz der Zentren und der Infrastruktur der afghanischen Armee den Rücken frei halten zu können, so daß diese sich auf den Kampf gegen die Mudjahedin konzentrieren könne. Gleichzeitig sollte durch Karmal ein Programm der nationalen Versöhnung ins Werk gesetzt werden sowie die politische und soziale Basis der Regierung verbreitert werden.

Die Invasion verschlimmerte aber eher die Situation, als daß eine Besserung eintrat. Nun war die Sache der Mudjahedin auch zur Sache der nationalen Befreiung geworden; bisher loyal zur Regierung stehende Kreise gingen nun zu den Mudjahedin über. Während oder kurz nach der Invasion sollen 40000 Mann aus der afghanischen Armee desertiert sein,¹²⁶⁹ und das gesamte Panshir- Tal ging auf die Seite des charismatischen Mudjahedin Führers Ahmed Shah Massoud über.¹²⁷⁰ Somit hatte die sowjetische Führung sowohl die Stärke des islamischen Widerstandes als auch die Moral und die Kampfkraft der afghanischen Armee überschätzt.¹²⁷¹ Bald sah sie sich gezwungen, selbst in die Kämpfe einzugreifen.

Das russische Verteidigungsministerium teilte 1993 den Krieg in Afghanistan in die folgenden vier Abschnitte ein¹²⁷²:

1. Vom Dezember 1979 bis zum Februar 1980: In dieser Etappe wurden die Truppen in ihre Garnisonen disloziert.
2. Vom März 1980 bis zum April 1985: Die Phase der großen Gefechte.
3. Vom April 1985 bis zum Dezember 1986: Hier standen Unterstützungsfunktionen für die afghanische Armee im Vordergrund.
4. Vom Januar 1987 bis zum Februar 1989: Diese Phase diente der Vorbereitung des Abzugs und der Unterstützung der Politik der „nationalen Versöhnung“.

¹²⁶⁸ vgl. Oliver Roy: The Lessons of the Soviet/Afghan War, in: Adelphi Paper 259, London, Summer 1991, S. 17

¹²⁶⁹ vgl. Schmid: a.a.O., S. 128

¹²⁷⁰ vgl. Roy: a.a.O., S. 17

¹²⁷¹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 88

¹²⁷² vgl. Sapper: a.a.O., S. 92

Nach militärischen Gesichtspunkten kommt Oliver Roy zu einer etwas anderen Einteilung der Phasen:¹²⁷³

1. Die Phase der Invasion
2. Die Phase der Entwicklung von Strategie und Taktik 1980 – 1984
3. Die offensive Phase 1984 – 1986
4. Der Kulminationspunkt 1986
5. Der Rückzug 1988 – 1989

Nachdem sich die sowjetische Führung gezwungen sah, in die Kämpfe einzugreifen, unternahmen die sowjetischen Truppen im März 1980 die erste Offensive im Kunar-Tal an der Pakistanischen Grenze.¹²⁷⁴ Im Gegensatz zu den eigenen militärstrategischen Prinzipien, daß der Sieg nur durch die unablässige Offensive errungen werden könne, war die sowjetische Armee entweder nicht in der Lage oder nicht Willens, diesen Prinzipien zu folgen.¹²⁷⁵ In den Jahren 1980 bis 1982 wurden durchschnittlich nur zwei Offensiven pro Jahr durchgeführt, während 1983 keine Offensive durchgeführt wurde; ja mit Massud wurde sogar ein einjähriger Waffenstillstand vereinbart.¹²⁷⁶ Keine der durchgeführten Großoffensiven konnte dauerhaft die Mudjahedin aus ihren Basen vertreiben und es wurde von den sowjetischen Truppen auch kein ernsthafter Versuch unternommen, die Guerrillas zu vernichten, da sie die Verluste, die sie hierfür in Kauf nehmen mußten, scheuten.¹²⁷⁷ Ähnlich wie die Amerikaner in Vietnam die Vietcong, wollten die Sowjets die Mudjahedin nicht auf dem Schlachtfeld, sondern mit Hilfe einer langfristigen Abnutzungsstrategie besiegen, bzw. Mudjahedin so lange in Schach halten, bis das Kabuler Regime effektive Streitkräfte aufgebaut hätte.¹²⁷⁸ Diese wies drei Elemente auf.

1. Abnutzung und Vergeltungsmaßnahmen

¹²⁷³ vgl. Roy: a.a.O., S. 16 - 25

¹²⁷⁴ vgl. Roy: a.a.O., S. 18

¹²⁷⁵ vgl. Hilali: a.a.O., S. 101

¹²⁷⁶ vgl. Roy: a.a.O., S. 18

¹²⁷⁷ vgl. Roy: a.a.O., S. 20

¹²⁷⁸ vgl. Roy: a.a.O., S. 21

2. Unterbrechung der Nachschubrouten aus Pakistan sowie politisch- militärischer Druck auf Pakistan (Bombardierungen, Terroranschläge)
3. Infiltration der Mudjahedingruppen.¹²⁷⁹

Die Offensiven in dieser Phase wurden nach ausgedehnter Artillerievorbereitung mit konventionellen Mot-Schützen Verbänden vorgetragen, während Luftlandverbände in Reserve gehalten wurden.¹²⁸⁰ Diese Mot- Schützen Verbände – ohne eine spezielle Anti-Guerilla Ausbildung – erlitten schwere Verluste, und waren niemals in der Lage, dauerhaft das eroberte Gebiet zu kontrollieren. Ab 1982 wurden verstärkt Kampfhubschrauber eingesetzt; ebenfalls wurden Mot- Schützenverbände von Transporthubschraubern im Rücken der Mudjahedin abgesetzt, um deren Rückzug abschneiden zu können.

Nachdem 1983 keine größeren Offensivoperationen stattgefunden hatten, begann 1984 unter dem neuen Generalsekretär Tschernenko eine neue Phase des Krieges. In dieser eskalatorischen Phase vom April 1984 bis zum Sommer 1986 wurden nun Luftlandtruppen als Speerspitze des Angriffs tief im Hinterland der Mudjahedin eingesetzt. Ebenfalls war die Anti-Guerilla- Ausbildung verbessert worden, so daß die Soldaten nun in der Lage waren, nächtliche Hinterhalte zu legen. Auf diese Weise wurden 2/3 des Panshir Tals erobert und die Gebirgspässe zu der nördlichen Ebene besetzt und wichtige Städte (Herat, Mazar-i Sharif) mit Sicherheitszonen umgeben und im April einer der wichtigsten Mudjahedin- Stützpunkte eingenommen.¹²⁸¹ Anfangs war somit eine Wende zugunsten der sowjetischen Streitkräfte eingetreten.¹²⁸² Dennoch unternahm die UdSSR keine wirklichen Anstrengungen, den Krieg in Afghanistan zu gewinnen. Auf dem Höhepunkt des Afghanistan-Krieges waren 108000 Mann der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan stationiert, was 2,1 % der gesamten Personalstärke ausmachte- wohingegen die USA auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges 21 % ihrer Streitkräfte in dem südostasiatischen Land stationiert hatten.¹²⁸³ Mit dieser Anzahl von Truppen war ein Land mit 25000 besiedelten Punkten nicht zu kontrollieren. Die Regierung und die sowjetischen Truppen beschränkten sich auf die Kontrolle von 20 % des Landes, dem sog.

¹²⁷⁹ vgl. Roy: a.a.O., S. 20

¹²⁸⁰ vgl. Roy: a.a.O., S. 18

¹²⁸¹ vgl. Roy: a.a.O., S. 19

¹²⁸² vgl. Citha D. Maaß: Der sowjetisch- afghanische Krieg: Innenpolitische Voraussetzungen, Verlauf und Endphase, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9/89, 24.2.1989, S. 10

¹²⁸³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 91

„nützlichen Afghanistan“, in dem ca. 70 % der Bevölkerung wohnten.¹²⁸⁴ Um die Guerilla von der Bevölkerung zu trennen und ihnen die Basis ihrer Subsistenz zu entziehen, wandten die sowjetischen Streitkräfte Taktiken der ethnischen Säuberungen und Repressalien in den Guerilla-Gebieten an, indem sie mit Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern Dörfer in Guerillagebieten angriffen und so die Dorfbewohner zur Flucht in die befestigten Städte zwangen, in denen sie von sowjetischen Lebensmittellieferungen abhängig waren.¹²⁸⁵

Gleichzeitig zeigte aber auch die westliche Waffenhilfe für die Mudjahedin ab 1984 ihre Wirkung. Neue Sturmgewehre (Kalaschnikows), schwere Maschinengewehre, Granatwerfer, Bazzookas und insbesondere die amerikanischen Flugabwehrraketen „Stinger“ (ab August 1986) wurden dank amerikanischer Unterstützung über Pakistan von den Mudjahedin in die Kampfgebiete geschmuggelt. Hierdurch stiegen die sowjetischen Verluste sowohl an Personal (1983: 1057 Gefallene; 1984: 2060 Gefallene), als auch besonders an Hubschrauber und Flugzeugen an, so daß die Mudjahedin die sowjetische Luftherrschaft bis zum Sommer 1987 neutralisieren konnten (50 % des afghanischen Luftraumes waren frei von sowjetischen Kampfflugzeugen und Hubschraubern).¹²⁸⁶ Ab Frühjahr 1985 begannen die Mudjahedin, Kabul mit Raketen zu beschießen. Im Juli 1985 gelang es erstmals Massud, einen Posten der Regierungsarmee in Bataillonsstärke zu überrennen.

Oliver Roy führt drei Gründe auf, warum es der Sowjetarmee nicht gelungen ist, die Mudjahedin militärisch zu besiegen:¹²⁸⁷

1. Der Abnutzungskrieg, der zwar sehr verlustreich für die Zivilbevölkerung war, wurde nie systematisch geführt; es gelang den Mudjahedin immer, eine Stärke von 150000 – 200000 Mann aufrecht zu erhalten.
2. Die Verbindungswege nach Pakistan konnten nie dauerhaft unterbrochen werden und die militärische und diplomatische Unterstützung durch westlich orientierte Staaten (insbesondere die USA) erreichte 1986 ihren Höhepunkt. Selbst im schlechtesten Jahr 1986 konnten die Mudjahedin 2/3 ihres Nachschubs aus Pakistan entlang der 1500 km langen Grenze durchbringen. Selbst die terroristi-

¹²⁸⁴ vgl. ebenda

¹²⁸⁵ vgl. Hilali: a.a.O., S. 103

¹²⁸⁶ vgl. Hilali: a.a.O., S. 104 und Roy: a.a.O., S. 23

¹²⁸⁷ vgl. Roy: a.a.O., S. 20

schen Aktionen in Flüchtlingslagern, in pakistanischen Städten, die 1987 ihren Höhepunkt erreichten¹²⁸⁸ und die Bombardierung pakistanischen Gebiets konnte Pakistan nicht von seiner Unterstützung für die Mudjahedin abbringen.¹²⁸⁹

3. Die Durchdringung und Pazifizierung von Mudjahedin- Gebieten erzielte keine dauerhafte Ergebnisse.
4. Es gab keine größeren Anstrengungen, die Herzen und Hirne der afghanischen Landbevölkerung zu gewinnen.¹²⁹⁰

Als militärischen Wendepunkt ist das Jahr 1986 anzusehen, als dank der massiven Wafenhilfe durch CIA Programme¹²⁹¹ die Mudjahedin in der Lage waren, sich der sowjetischen Armee im Kampf zu stellen, ohne größere Verluste zu erleiden. So konnte Masud zwischen November 1986 und Oktober 1987 drei Divisionshauptquartiere erobern.

Nach der Amtsübernahme von Generalsekretär Michael Gorbatschow begann ein Prozess der politischen Neubewertung des Krieges in Afghanistan. Auf der ersten ZK-Sitzung im April 1985 wurde das Politbüro mit einer Studie betraut, die einen Ausweg aus der verfahrenen Situation aufzeigen sollte. Da die verschiedenen Meinungen im Politbüros keine einheitliche Linie zuließen, wurde zunächst eine Doppelstrategie verfolgt: Auf militärischem Gebiet wurde zunächst die Lage von General M. Sajtsew im Sommer jenes Jahres erkundet, der eine aggressivere Taktik und eine Schwerpunktbildung an der pakistanischen Grenze vorschlug. Daraufhin wurden Luftangriffe im Grenzgebiet durchgeführt und auch pakistanisches Gebiet nicht ausgespart (s.o.)¹²⁹²

Auf politischem Gebiet stimmte Moskau im Juni 1985 zu, sich an den seit Juni 1982 in Genf stattfindenden Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und Pakistan zu beteiligen und als Garantiemacht zu fungieren (im Dezember 1985 erklärte sich auch Washington bereit, als Garantiemacht aufzutreten). Im Oktober 1985 schließlich beschloß das Politbüro, den Truppenabzug zu beschleunigen und die „Afghanisierung“

¹²⁸⁸ der afghanische Geheimdienst KHAD wird für 101 Anschläge mit 127 Toten in pakistanischen Flüchtlingslagern im Jahre 1987 verantwortlich gemacht. Vgl. Kuhshi M. Khan: Zur politischen Lage in Pakistan nach Zia, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9/89, 24.2.1989, S. 15

¹²⁸⁹ vgl. Roy: a.a.O., S. 22

¹²⁹⁰ vgl. Roy: a.a.O., S. 21

¹²⁹¹ im Zuge seiner nach ihm benannten Doktrin erließ Präsident Reagan im April 1985 die „Nationale Sicherheits- Direktive 166“, in der gefordert wurde, daß die sowjetischen Truppen mit „allen Mitteln“ aus Afghanistan vertrieben werden sollten; vgl. Sapper: a.a.O., S. 260

¹²⁹² vgl. Maaß: a.a.O., S. 10 und Sapper: a.a.O., S. 266

des Krieges voranzutreiben, wogegen sich allerdings die afghanische Führung unter Karmal heftig zur Wehr setzte.¹²⁹³

Erstmals ließ Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 – indem er vom Afghanistan-Krieg als „blutende Wunde“ sprach – seine Bereitschaft zu einer politischen Lösung erkennen.¹²⁹⁴ Die von Moskau betriebene Ablösung Karmals als Parteichef der DVPA durch Mohammed Najibulla am 4.5.1986 machte dafür den Weg frei.

Im Sommer 1986 kündigte Gorbatschow schließlich einen begrenzten Truppenabzug an (ca. 8000 Mann), um eine politische Lösung zu beschleunigen. Schließlich wurde auf der Sitzung des Politbüros am 13.11.1986 über vier Einschätzungen Konsens erzielt:¹²⁹⁵

1. die Lage in Afghanistan ist militärisch nicht zu entscheiden und die Armee habe sich als unfähig erwiesen, die gestellte Aufgabe zu lösen;
2. für ein sozialistisches Afghanistan fehle die soziale Basis im Lande und der Anspruch des Regimes auf soziale Verbesserungen sei nicht eingelöst worden;
3. das afghanische Regime genösse keinen Rückhalt in der Bevölkerung;
4. den sowjetischen Sicherheitsinteressen sei mit einem neutralen Afghanistan Genüge getan.

Daher sollten die Truppen im Verlauf der nächsten zwei Jahre abgezogen werden und ein Versöhnungsprozess unter Einschluß islamischer Parteien und des im Exil lebenden Königs in Gang gesetzt werden.¹²⁹⁶

Dies bedeutete zugleich die Aufgabe der sowjetischen Konzeption der Dritten Welt. Die KPdSU ging davon aus, daß es in der Dritten Welt Staaten gibt, die von einer revolutionären Avantgarde-Partei regiert werden, sich an Moskau anlehnen und einen „nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg“ eingeschlagen haben. Im Zuge der Erfahrungen des Afghanistan-Krieges verwarfen dann sowjetische Gesellschaftswissenschaftler in der Ära von „Glasnost“ und „Perestroika“ diese Konzeption, da sie erkannten, daß in sol-

¹²⁹³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 268

¹²⁹⁴ vgl. Maaß: a.a.O., S. 10

¹²⁹⁵ vgl. Sapper: a.a.O., S. 272 f.

¹²⁹⁶ vgl. Sapper: a.a.O., S. 275

chen Ländern kaum eine Entwicklung stattgefunden habe und diese nur am Tropf der Sowjetunion hängen würden.¹²⁹⁷

Nadjibulla wurde angehalten, eine Politik der nationalen Versöhnung durchzuführen, um eine möglichst breite Koalition hinter das Kabuler Regime zu bringen, um so ein blockfreies und neutrales Afghanistan zu schaffen.¹²⁹⁸ Im Januar 1987 kündigte Nadjibulla den Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb von 18 Monaten, bot einen sechsmonatigen Waffenstillstand an und rief zur nationalen Versöhnung auf.¹²⁹⁹

Da Gorbatschow und Schewardnaze die grundsätzliche Entscheidung getroffen hatten, die sowjetischen Truppen so schnell wie möglich aus Afghanistan abzuziehen, wurden bei den Genfer Verhandlungen entscheidende Fortschritte erzielt, so daß am 14.4.1988 eine Übereinkunft in vier Abkommen unterzeichnet werden konnte. Darin wurden die folgenden Punkte¹³⁰⁰ festgelegt:

1. In dem zweiseitigen Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan bekannten sich die Vertragsparteien zu den Grundsätzen der Nicht-Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.
2. Beide Garantiemächte USA und UdSSR garantierten dieses Abkommen.
3. Die UdSSR beginnt mit ihrem Truppenrückzug am 15.5.1988 und schließt diesen innerhalb von 9 Monaten bis zum 15.2.1989 ab.
4. Die UdSSR verzichtet auf die Koppelung des Rückzugsbeginns an eine vorherige Bildung einer Koalitionsregierung.
5. Afghanistan verpflichtete sich, rückkehrwillige Flüchtlinge aufzunehmen.

Vor dem endgültigen Rückzug der UdSSR versuchte diese vergeblich noch eine Koalitionsregierung in Afghanistan oder wenigstens einen Waffenstillstand zu Stande zu bringen¹³⁰¹; als dies nicht gelang, setzte Moskau wenigstens seine massive Waffenhilfe fort, so daß die Regierung zunächst der ersten Offensive der Mudjahedin und der Belagerung von Jalalabad zwischen März und Juli 1989 – auch mit Hilfe von 350 verschossenen

¹²⁹⁷ vgl. Sapper: a.a.O., S. 276

¹²⁹⁸ vgl. Sapper: a.a.O., S. 277 ff.

¹²⁹⁹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 280 f.

¹³⁰⁰ vgl. Maaß: a.a.O., S. 12

¹³⁰¹ vgl. Maaß: a.a.O., S. 13

„Scud“-Raketen – standhalten konnte.¹³⁰² Die Regierung mußte allerdings einen strategischen Rückzug einleiten, in dem sie weite Landstriche von Truppen entblößte und ihre besten Truppen um die Großstädte Kabul und Jalalabad konzentrierte.¹³⁰³

Noch 1990 stellte die sowjetische Regierung Afghanistan ca. 4 – 5 Mrd. Rubel an Militär- und Wirtschaftshilfe zur Verfügung;¹³⁰⁴ als aber die Sowjetunion zusehends zerfiel und die ökonomische Katastrophe sichtbar wurde, nahm das Disengagement Formen eines fluchtartigen Rückzugs an. Der neue russische Präsident Jelzin stellte 1991 die Zahlungen ein, die dem Anteil Russlands an den Gesamtzahlungen der UdSSR an Afghanistan entsprach.¹³⁰⁵ Immerhin überlebte die Regierung Nadjibulla die Sowjetunion um mehrere Monate. Kabul wurde schließlich am 15.4.1992 von den Mudjahedin erobert.

Die innenpolitischen Auswirkungen dieses längsten Krieges der Sowjetunion wurden bereits in Kapitel 4.9.2 dargelegt; außenpolitisch bewirkte der Sieg der Mudjahedin ein Re-Engagement der Russischen Föderation in zweifacher Hinsicht. Als erster Außenminister besuchte im Mai 1992 der damalige russische Außenminister Kosyrew nach der Machtübernahme der Mudjahedin Kabul.¹³⁰⁶ Nach dem Abschluß des Vertrages von Taschkent gleichfalls im Mai 1992 und dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Tadschikistan blieb es aber nicht bei einem rein diplomatischen Engagement. Die latente Furcht vor dem Vordringen eines fundamentalistischen Islam begünstigte die engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der GUS. Die in Tadschikistan stationierte 201. Motschützendivision griff in den tadschikischen Bürgerkrieg gegen die Fundamentalisten ein, andererseits ist sie mit dem Schutz der Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan beauftragt. Nach einem spektakulären Grenzzwischenfall im Juli 1993 erklärte der russische Präsident Jelzin die afghanisch-tadschikische Grenze zu einer „russischen“.¹³⁰⁷ (s.u.)

¹³⁰² vgl. Roy: a.a.O., S. 24

¹³⁰³ vgl. ebenda

¹³⁰⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 298

¹³⁰⁵ vgl. Sapper: a.a.O., S. 299

¹³⁰⁶ vgl. Astrid v. Borcke: Rußland und der islamische Süden: Zwischen „Dschihad“ und „McWorld“, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung, Jahrbuch 1996/1997, München, Wien, 1997, S. 384

¹³⁰⁷ vgl. v. Borcke: a.a.O., S. 381

Schutz der Souveränität der UdSSR

Im Gegensatz zu den USA sah sich die UdSSR in der Periode des Kalten Krieges einer größeren Anzahl von Verletzungen ihrer Souveränität ausgesetzt. Insbesondere Aufklärungsflüge der USA am Rande oder über das Gebiet der UdSSR stellten für die Sowjetunion ein großes Problem dar, zumal sie weder die geopolitischen noch die technologischen Möglichkeiten hatte, technische Aufklärung in der Nähe der USA zu betreiben. Die offene Gesellschaft der USA machte dies aber auch weniger notwendig wie im umgekehrten Falle. Die geschlossene, totalitäre Gesellschaftsordnung der UdSSR und die russische Geheimhaltungsparanoia gaben den USA kaum eine andere Möglichkeit an sicherheitsrelevante Daten zu gelangen.¹³⁰⁸ Nach einer (nicht ganz fehlerfreien) Liste von E. Gustin und D. Lednicer¹³⁰⁹ gab es zwischen 1949 und 1.9.1983 27 schwerwiegende Luftzwischenfälle an den Grenzen oder über dem Territorium der UdSSR oder ihrer Verbündeter, an den westliche Flugzeuge beteiligt waren. Allerdings sind die wenigsten diese Fälle so eindeutig wie der Abschub eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs vom Typ „U-2“ am 1.5.1960 über Swerdlowsk. (Die USA stellten daraufhin ihre Überflüge über sowjetisches Gebiet ein) Oftmals gab es Dispute, ob sich der Abschub oder Zwischenfall innerhalb oder außerhalb des sowjetischen Hoheitsgebietes ereignete hatte. (So zum Beispiel beim Abschub einer RB- 47 H in der Barents See am 1.7.1960) Der letzte Zwischenfall mit einem amerikanischen Militärflugzeug ereignete sich am 21.10.1970 über Armenischen SSR.¹³¹⁰

Als verhängnisvoll erwiesen sich allerdings die aggressiven „rules of engagement“ der sowjetischen Luftverteidigung, wodurch zwei mal südkoreanische Passagierflugzeuge abgeschossen wurden; am 1.9.1983 endete dies mit dem Totalverlust einer KAL Boeing 747 und dem Tod von 269 Passagieren und Besatzungsmitgliedern. Nach diesem Abschub sind keine weiteren Grenzzwischenfälle mit Luftfahrzeugen bekannt geworden.

¹³⁰⁸ erst der erfolgreiche Einsatz von Aufklärungssatelliten verringerte ab 1960 die Notwendigkeit, über Aufklärungsflüge militärische Aufklärung zu betreiben (erster erfolgreicher Photoaufklärungssatellit der USA: Discoverer 14/KH- 1 im August 1960; vgl. Phillip Clark (Hrsg.): Jane's Space Directory, 13. Aufl. 1997-98, Coulsdon 1997, S. 189; dies Art der Aufklärung wurde von den beiden Supermächten im SALT I Vertrag vom Mai 1972 ausdrücklich als "nationale technische Mittel" anerkannt.

¹³⁰⁹ vgl. Emmanuel Gustin/ updated by Dave Lednicer: Cold War Shootdowns (letztmals revidiert 6.4.2001), in: <http://home.sprynet.com/~anneled/ColdWar.html>, 11.4.2001

¹³¹⁰ vgl. Gustin: a.a.O., S. 5

Die USA benutzen ebenfalls Unterseeboote, um nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die UdSSR zu sammeln. Hierbei drangen sie auch in die Hoheitsgewässer der UdSSR ein. Nur in den seltensten Fällen wurden dieses Eindringen von der sowjetischen Marine bemerkt und unterbunden. ein solcher Fall ereignete sich zum Beispiel im August 1957 an der sowjetischen Pazifikküste.¹³¹¹

Ein weiteres Gebiet des Schutzes der Souveränität der sowjetischen Hoheitsgewässer betraf das Eindringen japanischer Fischerboote in sowjetische Hoheitsgewässer um die Kurilen- Inseln. Unbemerkt von der Weltöffentlichkeit trugen japanische Fischer, die diese Gewässer als angestammte Fischgründe betrachten, eine „Privatkrieg“ mit den sowjetischen Behörden aus. So wurden zum Beispiel zwischen 1945 und 1973 1402 Fischerboote von den sowjetischen Sicherheitsorganen aufgebracht und 11837 Fischer interniert.¹³¹²

Erweiterung des territorialen Einflußbereiches

Die territorialen Erwerbungen und die Erweiterung der Einflußsphären der UdSSR war im Wesentlichen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im September 1945 abgeschlossen. Durch die m. E. zu ungenaue Trennschärfe des Hauptwerkes über die militärische Diplomatie der UdSSR von S. Kaplan wurden in diese Studie Fälle unter der Kategorie militärische Diplomatie gezählt, die eigentlich unter der „power to seize“ zu subsumieren sind, also auf die den direkten Erwerb und ggf. auf die Brechung von Widerstand gerichtet sind. Einen Solchen Fall stellt die Besetzung der in der Nähe der sowjetischen Stützpunkte Port Athur und Dairen in der Korea Bucht gelegenen Insel Haiyan im März 1947 dar.¹³¹³ (Die Insel wurde 1955 in Zuge der Aufgabe der sowjetischen Stützpunkt in der Volksrepublik China ebenfalls aufgegeben)

¹³¹¹ zur Geschichte der gegen die UdSSR geichteten Aufklärungstätigkeit der US-Marine vgl. Sherry Sontag/Christopher Drew (mit Annette Drew): *Blind Man's Bluff. The Untold Story of American Submarine Espionage*, first Paperback printing, New York 1999; zu dem genannten Vorfall vgl. ebenda s. 42 ff.

¹³¹² vgl. John J. Stephan: *The Kuril Islands, Russo- japanese Frontier in the Pacific*, Oxford 1974, S. 189

¹³¹³ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 35

6.2.2. Analyse der „power to seize“ im Kalten Krieg

Im vorangegangenen Unterkapitel wurden für die USA acht Fälle der Anwendung der „power to seize“ und für die UdSSR vier Fälle dieser Anwendungsart aufgeführt. In ihren Erscheinungsformen sind sie sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie haben eine Bandbreite der Erscheinungsformen, die von der „Gegenentführung“ von Terroristen, ohne die Abgabe eines einzigen Schusses, bis hin zu jahrelangen Kriegen mit Zehntausenden von Toten reicht. Gleichzeitig muß betont werden, daß diese Auswahl an Fällen zwar begründet, aber dennoch subjektiv erfolgte. Wie beim Farbkreis der Militärmachtanwendung bereits verdeutlicht wurde, sind scharfe Trennungslinien zwischen den drei hier angenommenen Arten nicht immer gegeben, so daß bei einer anderen Schwerpunktbildung ein Fall mit einer gewissen Berechtigung auch in eine andere Kategorie eingeteilt werden könnte.

Die hier aufgeführten zwölf Fälle – die m. E. eine Totalausschöpfung dieser Kategorie („Power to seize“) darstellen, sollen nun nach drei Gesichtspunkten untersucht werden:

1. Dem politischen Zweck, dem dieser Militärmachteinsatz diene;
2. dem Modus: Ob offensiv oder defensiv;
3. der relativen Intensität des Mittelanwendung.

6.2.2.1. Politischer Zweck

Nachdem in den beiden vorangegangenen Unterkapiteln die Ereignisse in einer relativ ausführlichen Form dargestellt wurden, soll nun zum besseren Überblick eine Reduktion der Komplexität vorgenommen werden. Auch hier kann die Einteilung nur subjektiv vorgenommen werden und weitergehende politische Erwägungen – wie zum Beispiel die Erhaltung der Glaubwürdigkeit als Supermacht – nur in Nebenaspekten berücksichtigt werden.

USA

Für die USA ergibt sich hierbei, daß sie die großen Kriege (Südkorea, Südvietnam, Kuwait) jeweils zum Schutz von verbündeten Regierungen geführt hat, die von einer äußeren Aggression bedroht, bzw. gestürzt worden waren. (Im Falle Südvietnams auch von innerem Umsturz bedroht.) Im Falle Südkoreas und Südvietnams sollte die gewaltsame Veränderung des Status quo verhindert werden, während im Falle Kuweits der Status quo ante wiederhergestellt werden sollte, der von außen gewaltsam durch den Irak verändert worden war. Im Falle Südkoreas und Kuwaits handelten sie in einem Rahmen der Kollektiven Sicherheit nach Kapitel VII der UNO-Charta. Dies waren im Abstand von 40 Jahren die beiden einzigen Fälle, in denen der Weltsicherheitsrat den Einsatz von Gewalt autorisierte, um eine unprovokierten Angriff auf ein Mitgliedsland abzuwehren bzw. dessen Ergebnisse rückgängig zu machen. Zwar spielten in beiden Fällen weitergehende Interessen eine gewichtige Rolle, wie die Stabilität Japans im Falle Südkoreas und die Ölversorgung sowie die Integrität Saudi-Arabiens im Falle Kuwaits, aber der moralische Impuls, die eklatanten Verstöße gegen Artikel 2, Satz 4 der UNO-Charta¹³¹⁴ zu unterbinden, kann keinesfalls als gering eingeschätzt werden. Verglichen mit dem Eingreifen in Korea und in Kuwait waren beim Engagement der USA in Vietnam die geringsten US-Interessen betroffen; direkt ging es hierbei um die Glaubwürdigkeit der USA als Führungsmacht der westlichen Welt und um die Aufrechterhaltung des Einflusses in Ablösung der französischen Kolonialmacht in Südvietnam. Die konkrete Stabilisierung der Regierung Südvietnams kann hier m. E. als Hauptmotiv des Engagements der USA angesehen werden, zumal ja zu keinem Zeit-

punkt sich die klare Alternative „militärisches Eingreifen“ oder „kein militärisches Eingreifen“ stellte; vielmehr beruhte das militärische Engagement und die Entsendung von maximal 543000 Mann (im April 1969)¹³¹⁵ auf einem Schritt für Schritt intensiviertem Engagement zwischen den Jahren 1955- 1965. Allen drei großen Kriegen der USA in der Nachkriegszeit ist gemeinsam, daß es sich zwar um den Schutz von Klientelstaaten handelte, diese jedoch keine formellen Verbündeten der USA waren; nur im Falle Südvietnams hatten die USA eine einseitige Garantieerklärung im Rahmen eines Zusatzprotokolls zum SEATO- Vertrag abgegeben.

Bei den Operationen in Grenada und Panama nahmen die USA ihre Wächterfunktion in ihrem karibischen Vorgarten war. Im Falle Grenadas wurden völkerrechtlich die Feindseligkeiten von den USA eröffnet, um einerseits die Etablierung eines radikalmarxistischen Regimes zu verhindern und andererseits den kubanischen/sowjetischen Einfluß zurückzudrängen. Gleichzeitig wurde das Leben von US-Bürgern geschützt (präventive Geiselnbefreiung). Formal stützte sich das Eingreifen auf ein Hilfsgesuch des britischen Generalgouverneurs. Wenn auch von dem Ziel der „Wiederherstellung der vorrevolutionäre Herrschaftsverhältnisse“¹³¹⁶ keine Rede sein kann, so ist die Invasion Grenadas doch unter dem Aspekt der „imperialen Republik“ (R. Aron, s.o.) zu interpretieren, bei welcher der ethische Anteil bzw. der revolutionäre Anteil (atlantische Revolution) der US-Außenpolitik sichtbar wurde. Acht bzw. sechzehn Jahre später hätte der Weltsicherheitsrat bzw. die NATO (Nordirak, Kosowo) ein solches Vorgehen als humanitäre Intervention bezeichnet.

Ganz ähnlich ist die Operation „Just Cause“ in Panama 1989 zu bewerten. Nach den Lehren aus Vietnam und auch Grenada erfolgte sie mit überwältigenden Kräften, so daß dies der bisher größte Militärmachteinsatz der USA nach dem Vietnamkrieg wurde. Verglichen mit den Kriegen in Korea, Vietnam und dem Golfkrieg wurde dieser Einsatz allerdings mit begrenzten Mitteln unternommen. Daß Gantzel/ Schwinghammer mit ihrer Interpretation des Zweckes der US-Invasion auch hier daneben liegen („Hauptziel

¹³¹⁴ “All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.”

¹³¹⁵ vgl. Anton Legler/Frieda Bauer: Der Krieg in Vietnam, Bericht und Bibliographie (Oktober 1971 – Januar 1973). Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Weltkriegsbücherei Stuttgart, Heft 16, München 1976, S. 100

¹³¹⁶ vgl. die unverfrorene und extrem geschichtsverfälschende, sich auf dubiose Quellen stützende Darstellung in Klaus Jürgen Gantzel/ Torsten Schwinghammer: Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945 bis 1992, Münster 1995, S. R- 20

der konservativen US-Administrationen Reagan und Bush war, die in den Kanalverträgen von 1977 für 1999 vorgesehene Rückgabe der Kanalzone an Panama zu vereiteln oder zumindest hinauszuzögern¹³¹⁷), zeigt schon die fristgerechte Übergabe des Panama-Kanals im Jahre 1999. Die Gefährdung der USA durch den Drogenhandel der Noriega-Clique wird immerhin von ihnen anerkannt. Wie Grenada, so kann auch der Militärmacheinsatz als Ordnungs- oder Polizeifunktion der USA in der Karibik gewertet werden, bei der die „imperiale Republik“ Auswüchse an Menschenrechtsverletzungen und Kriminalität bekämpft und demokratische Strukturen fördert, wenn dies durch eine schnelle Aktion erreicht werden kann.

Die drei letzten hier eingeordneten Fälle der „Power to seize“ bezüglich der USA befinden sich am unteren Ende der Intensitätsskala. Diese mit jeweils geringen Kräften vor Ort – allerdings mit erheblicher logistischer Unterstützung und mit der Abstützung auf Trägerkampfgruppen - durchgeführten Operationen lassen die Nähe zum Polizeieinsatz von Streitkräften besonders deutlich werden. Zweimal wurden US-Streitkräfte zur Befreiung amerikanischer Staatsbürger, die sich in der Hand staatlicher Akteure befanden, eingesetzt („Mayaguez“ Mai 1975 und Iran April 1980). Bei dem dritten Fall (Oktober 1985) handelte es sich um die Unterbindung eines zivilen Fluges der staatlichen ägyptischen Fluglinie, indem diese Verkehrsmaschine durch amerikanische Jagdflugzeuge zur Landung gezwungen wurde, um ein Terroristenkommando nach einem Überfall auf ein italienisches Kreuzfahrtschiff und der Ermordung eines amerikanischen Passagiers der italienischen Strafjustiz zu überführen.

UdSSR

Die UdSSR wendete ihre Militärmacht als „Power to seize“ in der Periode des Kalten Krieges viermal an. Nur im Falle Afghanistans kann in gewissem Sinne von der Hilfe für einen Verbündeten gesprochen werden, der aber eher von einer inneren Oppositionsbewegung als von äußeren Feinden bedroht wurde.¹³¹⁸ Allerdings verfolgte die UdSSR mit ihrer Intervention im Dezember 1979 erst den Zweck, – durch die Ermordung des Staats- und Parteichefs – diesen Verbündeten nach ihren Vorstellungen zu

¹³¹⁷ vgl. Gantzel/ Schwinghammer: a.a.O., S. R-21; in gewohnter Manier werden auch bei dieser Darstellung essentielle Fakten wie der Wahlbetrug Noriegas vom 9.5.1989 und die Kriegserklärung der Nationalversammlung vom 15.12.1989 an die USA mit Schweigen übergangen.

¹³¹⁸ Ab Juli 1979 leistete die US-Regierung geringe finanzielle und propagandistische Hilfe für die Mudjahedin. Vgl. Robert M. Gates: *From the Shadows; The Ultimate Insider's Story of Five Presidents and How They Won the Cold War*, New York 1996, S. 146

formen. Diese Hilfe war wie auch bei den USA von langer Dauer und mit erheblichen Verlusten und Kosten verbunden. Mit einer Dauer von zehn Jahren stellte der Afghanistan-Krieg den längsten Konflikt dar, in den die beiden Supermächte verstrickt waren. Dieser längste Konflikt in der Geschichte der UdSSR hatte, obwohl nie mehr als ca. 2 % der Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan stationiert waren, einen erheblichen Einfluß auf die sowjetische Gesellschaft, der zu einem nicht geringen Teil zum Zerfall der UdSSR beitrug. Wie den USA in Vietnam, war der UdSSR in diesem ebenfalls asymmetrischen Konflikt kein Erfolg beschieden.

Die zweite Art des politischen Zwecks der Anwendung der „Power to seize“ stellte die gewaltsame Erzwingung des Verbleibs von Verbündeten (und gleichgeschalteten) Staaten im Bereich des von der Sowjetunion geführten Bündnissystems. Beide Aktionen (Ungarn Oktober/November 1956 und CSSR August 1968) wurden blitzartig und mit äußerster Entschlossenheit durchgeführt. Im Falle Ungarns handelte die UdSSR allein, während sie im Falle der CSSR die Unterstützung aller Verbündeter (außer Rumäniens) erlangen konnte. In der CSSR beschränkte sich der Widerstand weitgehend auf zivilen Ungehorsam, so daß die UdSSR ihren Zweck mit einem Minimum an Gewalteininsatz durchsetzen konnte. Im Falle Ungarns stand die Sowjetunion vor dem Problem, daß der ungarische Volksaufstand bereits Tatsachen geschaffen hatte und die Macht in Ungarn erlangt hatte, so daß sie gezwungen war, diese Machtbasis erst einmal zu zerschlagen. Trotz der numerischen und materiellen Überlegenheit der sowjetischen Truppen dauerten die Kämpfe ca. eine Woche. Sowohl in Ungarn als auch in der CSSR wurden danach Führungen der Kommunistischen Partei gewählt (in der CSSR mit einer gewissen Verzögerung), welche die Restauration der alten Verhältnisse durchsetzten und eine Moskau-treue Politik betrieben. In der CSSR, in der vorher keine sowjetische Truppen stationiert waren, blieben diese bis zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes stationiert.

Der dritte Zweck, zu dessen Erreichung die UdSSR die militärische „Power to seize“ einsetzte, war der Schutz der eigenen Grenzen. Während die USA mit ihren Nachbarn spannungsfreie und kooperative Beziehungen pflegen konnte, sah sich die Sowjetunion mit einem mächtigen ideologischen und machtpolitischen Konkurrenten an einer 6400 km langen Grenze konfrontiert: Der Volksrepublik China. Als im März 1969 die Serie der Grenzkonflikte an den Grenzflüssen Amur und Ussuri ausbrach, befand sich die UdSSR eindeutig in der Position des Verteidigers. In der Folgezeit – bis zur Entschär-

fung der Krise im September 1969- scheint die UdSSR allerdings die Eskalation vorangetrieben zu haben und gar einen Präventivkrieg nicht ausgeschlossen zu haben. Der UdSSR gelang es, den Status quo an der Grenze zu erhalten, die längerfristigen diplomatischen Konstellationswechsel ließen die UdSSR bis zur Ära Gorbatschow in eine immer größere diplomatische Isolierung geraten.

6.2.2.2. Modus

USA

In den drei großen Kriegen, welche die USA jeweils zum Schutz verbündeter oder befreundeter Staaten führten, nahm sie jeweils eine politisch und strategisch defensive Position ein, da sie verhindern wollte, daß der mit militärischen Mitteln angegriffene Status quo verändert werden sollte oder dafür kämpfte, diesen Status quo wieder herzustellen. Zweimal handelte sie als Führungsnation einer Koalition im Auftrag der UNO, während sie in Vietnam zusammen mit anderen Mächten des kollektiven Verteidigungsbündnisses SEATO handelte (Kampftruppen aus Australien, Neuseeland, Südkorea und Thailand).

Es ist allerdings anzumerken, daß während des Koreakrieges im Oktober/November 1950 der bisher rein defensive Zweck des Krieges dahingehend verändert wurde, ganz Korea unter einer frei gewählten Regierung zu vereinigen, d. h. Nordkorea zu erobern und das kommunistische Regime zu beseitigen. Nach dem Eingreifen der Volksrepublik China und den schweren Rückschlägen im Winter der UNO-Truppen 1950/51 war dieser Zweck in weite Ferne gerückt. Als sich dann im März 1951 die UNO-Truppen erneut auf dem Vormarsch befanden, beschränkten sich die USA aber bewußt auf die Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Südkoreas und auf die Teilung des Landes in der Nähe des 38. Breitengrades.

Gemäß den vier Ebenen, die bei der Analyse militärischer Operationen zu unterscheiden sind (Politik, (Militär-) Strategie, Operation und Taktik) muß ein defensiver politischer Zweck oder eine defensive Strategie nicht unbedingt auch mit einer defensiven Operationsführung oder defensiven Taktik einhergehen. Vielmehr ist das „pure Erleiden“ etwas, dem Begriff des Krieges Widersprechendes - wie Clausewitz ausführt - und der

Verteidiger muß dem Angreifer“... den Stoß zurückgeben, wenn er sich nicht einem gewissen Untergang aussetzen will“. ¹³¹⁹

So spielten bei der Erreichung des defensiven Zwecks Luftoffensiven in allen drei großen Kriegen der USA eine entscheidende Rolle (auch wenn es hierbei im Vietnamkrieg eher um die „power to hurt“ als um die „power to seize“ ging). Gleichfalls wurden von den Heerestruppen in allen drei Konflikten offensive Operationen auf der operativen und z.T. strategischen Ebene durchgeführt. So in Korea die Gegenoffensiven im September 1950 und vom Januar bis Juni 1951 bzw. in Vietnam mit der „search and destroy“- Taktik in Zentralen Hochland und Mekong- Delta in den Jahren 1965 – 1969.

Besonders deutlich wurde die operativ/strategische Offensive in der politischen Defensive bei der Operation „Desert Storm“, die fünfeinhalb Monate nach Kriegsbeginn am 17.1.1991 begonnen wurde und mit der Rückeroberung und Befreiung Kuwaits endete.

Die Betrachtung des Modus bei den Operationen mittlerer Intensität, der Besetzung Grenadas und der Operation „just cause“ in Panama stößt insofern auf Schwierigkeiten, als hier einerseits die strikte Beschränkung des Völkerrechts auf zwischenstaatliche Beziehung (also auch die Fiktion eines legitimen Internationalen Systems) und andererseits der oft heuchlerische Umgang mit diesem Völkerrecht deutlich wird. Diejenigen, die den USA einen klaren Bruch des Völkerrechts und das Führen eines Angriffskrieges gegen Grenada und Panama vorwerfen sind allzu gerne geneigt, die gleichfalls völkerrechtlichen Tatsachen des Hilferufs des britischen Generalgouverneurs oder die Kriegserklärung durch panamesische Nationalversammlung zu ignorieren. Vom nach 1991 weiterentwickelten völkerrechtlichen Standpunkt könnte in beiden Fällen argumentiert werden, daß es sich dabei um eine humanitäre Intervention handelte, die beide Völker vor Schlimmerem bewahrte. Auf jeden Fall drückt sich in diesen Fällen das Bestreben der „imperialen Republik“ (R. Aron) aus, ihr Umfeld nach dem eigenen System zu formen. Viele Diktatoren haben schon den Fehler gemacht, die revolutionären Anteile der Außenpolitik der USA zu unterschätzen. Der Vorwurf, daß diese Interventionen ein völkerrechtswidriges Verhalten darstelle, zeugt wohl eher von den Defiziten des Völkerrechts als von dessen Verletzung durch die USA.

¹³¹⁹ vgl. Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O., S. 633. Weiter führt Clausewitz aus, daß das „blitzende Vergeltungsschwert“ der glänzendste Punkt der Verteidigung sei. Vgl. Clausewitz: Vom Kriege, a.a.O.,

Bei den drei kleine Militäraktionen – zwei Geiselnbefreiungen und eine Festnahme von Terroristen – befanden sich eindeutig die USA in der politischen Defensive; es liegt aber in der Natur der Sache, daß solche Aktionen immer mit einem großen Überraschungsmoment durchgeführt werden müssen und operativ offensiv vorgegangen werden muß. Da in den beiden Fällen der Geiselnahme diese von Staaten selbst ausgeführt wurde und bei der Festnahme der Terroristen ein Staat Fluchthilfe leistete, wurden von diesen das Völkerrecht zuerst gebrochen, so daß die USA m. E. berechtigt waren, Gewalt einzusetzen bzw. Gewalt anzudrohen.

UdSSR

Die UdSSR setzte ihre „power to seize“ ebenfalls sowohl defensiv, als auch offensiv ein. Am schwierigsten ist dies im Falle des längsten und verlustreichsten Krieges der Sowjetunion, dem Afghanistan Krieg zu beurteilen. Formal handelte es sich dabei um militärischen Beistand für ein befreundetes und verbündetes Land (sozialistischer Internationalismus und Freundschaftsvertrag) gegen eine innere Rebellion. Eine offensive Komponente wurde dadurch sichtbar, indem die UdSSR durch ihre Intervention erst eine ihre genehme Staatsführung installieren mußte, indem sie das Amin Regime politisch und physisch beseitigte. Allerdings ging sie auf der strategischen und operativen Ebene weniger offensiv vor, als die USA in Vietnam, da keinen ernsthaften Versuch unternahm, einen militärischen Sieg zu erringen, sondern langfristig die Mudjahedin abnutzen wollten und gleichzeitig bestrebt waren, das Kabuler Regime zu stabilisieren. Taktisch gesehen nutzte dies der Zivilbevölkerung aber wenig, da die UdSSR eine Politik der ethnischen Säuberung und der verbrannten Erde in den umkämpften Gebieten anwendete. Langfristig siegten die später von Pakistan und den USA unterstützten Mudjahedin, da sie in diesem asymmetrischen Konflikt die größere Leidensfähigkeit und Opferbereitschaft besaßen und die Auswirkungen des Afghanistan Krieges die strukturellen Defizite der Sowjetgesellschaft zu verstärken begann.

Im Gegensatz zu den USA setzte die UdSSR zweimal ihre „power to seize“ ein, um unliebsame innenpolitische Entwicklungen bei verbündeten Staaten zurückzudrehen zu verhindern oder gar den Austritt aus dem Warschauer Pakt rückgängig zu machen. In Ungarn 1956 ging sie dabei unilateral vor da sowjetische Truppen bereits im Land stationiert waren, während sich 1968 außer Rumänien alle Warschauer Pakt Mitglieder an der Besetzung der CSSR beteiligten. In beiden Fällen gelang durch die vollständig Besetzung (in Ungarn mit doch erheblichem Widerstand in der CSSR mit nur geringem

Widerstand) der Länder, diese wieder zu treuen Verbündeten der UdSSR zu machen und eine Moskau-treue Führung (in der CSSR erst nach mehreren Monaten) einzusetzen. Die militärischen Operationen waren in beiden Fällen nach wenigen Tagen abgeschlossen.

Der Grenzkonflikt mit der Volksrepublik China scheint auch ein Beispiel für einen militärischen Konflikt zu sein, in dessen Verlauf der Modus der Anwendung militärischer Macht gewechselt hat. Zu Beginn des Konfliktes befand sich die UdSSR eindeutig in der Defensive, da der ursprüngliche Grenzkonflikt im März 1969 von der Volksrepublik China provoziert worden war. In der weiteren Folge schienen die Grenzkonflikte allerdings von der Sowjetunion provoziert worden zu sein; es gab sogar Anzeichen, daß sich die Sowjetunion auf einen Präventivkrieg mit der Volksrepublik China vorbereitete. Im September 1969 lenkten beide Parteien schließlich ein und der für die Sowjetunion günstige Status quo wurde beibehalten.

6.2.2.3. Intensität

USA

Obwohl der Korea-Krieg über drei Jahre dauerte und die USA 54246 Tote kostete (davon 33629 bei Kampfhandlungen)¹³²⁰ war er derjenige der drei großen Kriege der USA nach 1945, der mit der geringsten Intensität geführt wurde. Die Hauptursache dafür ist darin zu sehen, daß die USA – gemäß ihrer strategischen Doktrin NSC-68 – die Sowjetunion als Hauptbedrohung ansahen und im Zuge des Aufbaues der militärischen Strukturen der NATO das militärische Hauptgewicht auf die Abschreckung in Europa legten. Zudem sah Präsident Truman das amerikanische Eingreifen eher als Polizeiaktion, um eine formale Kriegserklärung des Kongresses überflüssig zu machen.¹³²¹ Er entschloß sich daher für einen symmetrischen Mitteleinsatz, bei dem die eingesetzten Mittel zur Abwehr den eingesetzten Mitteln des Angreifers entsprachen. Obwohl zuletzt ca. 300000 Mann an amerikanischen Bodentruppen¹³²² in Korea kämpften, wurde der Krieg von den USA und der UNO seit Frühjahr 1951 aus der strategischen Defensive zur Erhaltung des Status quo geführt. Die Landfront war ähnlich wie im 1. Weltkrieg vom

¹³²⁰ vgl. Summers: Korean War Almanac, a.a.O., S. 76

¹³²¹ vgl. Summers: Korean War Almanac, a.a.O., S. 99

Juni 1951 bis zum Waffenstillstand zu einem Grabenkrieg erstarrt. Aber auch der Luftkrieg wurde nur mit halber Kraft von den USA geführt. Während die Anzahl der Bomber des Strategic Air Command von 520 im Jahre 1950 bis 1953 auf 762 anstieg (B-29, B-50, B-36, B-47)¹³²³ blieb die Anzahl der in Korea eingesetzten B-29 mit 99 konstant¹³²⁴. Die Hauptaktivitäten der US-Luftwaffe beschränkte sich auf die operativ/taktische Abriegelung des Gefechtsfeldes und die Nahunterstützung der Heerestruppen. Gleichzeitig wurde der Krieg mit deutlichen Restriktionen geführt: Die Industriegebiete und Aufmarschräume in der Volksrepublik China wurden nicht angegriffen, es wurden keine Atomwaffen eingesetzt und der von Mac Arthur geforderte Einsatz nationalchinesischer Truppen fand bei Truman keine Gegenliebe.

Die Furcht, daß der Angriff in Korea nur ein Ablenkungsmanöver sein könnte führte allerdings zu einer deutlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben von 36,5 Mrd. \$ im Fiskaljahr 1950 auf 64,8 Mrd. \$ im Fiskaljahr 1953.¹³²⁵ Der Zuwachs an Finanzmitteln wurde aber hauptsächlich für den Ausbau der Verteidigung Westeuropas und den Aufbau der militärischen Strukturen der NATO verwendet. Wie bereits erwähnt, stieg die Zahl der US Truppen in Europa von 145000 Mann im Jahre 1950 auf 427000 im Jahre 1953.¹³²⁶

Zwölf Jahre nach dem Ende des Korea-Krieges intervenierten die USA – ebenfalls ohne Kriegserklärung des Kongresses – mit regulären Truppen in den Bürgerkrieg in Vietnam. Damit begann der mit acht Jahren längste Krieg in der amerikanischen Geschichte und mit Verlusten von 57690 Toten (davon 47244 in Kampfhandlungen)¹³²⁷ der verlustreichste Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl beim Höhepunkt des Engagements im April 1969 mit 543000 Mann 21 % der US-Streitkräfte in Vietnam stationiert waren¹³²⁸, handelte es sich doch um einen begrenzten Krieg, der über weite Strecken durch Anti-Guerilla-Operationen gekennzeichnet war und mit vielfältigen Restriktionen geführt wurde. Dennoch war der Materialeinsatz gewaltig: Zwischen 1965 und 1973 mußte der amerikanische Steuerzahler 107,8 Mrd. \$ für den Krieg in Vietnam aufwen-

¹³²² vgl. Summers: Korean War Almanac; a.a.O., S. 289

¹³²³ vgl. Natural Resources Defense Council, Tabel of US Bomber Forces 1945 – 1996, in: www.nrdc.org/nuclear/nudb/datab7.asp, 18.8.2000

¹³²⁴ vgl. Larry Davis: Air War over Korea, Squadron/Signal Publication, Carrollton, 1982, S. 26 ff. und Summers: Korean War Almanac: a.a.O., S. 67

¹³²⁵ vgl. Weigley: a.a.O., S. 394

¹³²⁶ vgl. Record: a.a.O., S. 104

¹³²⁷ vgl. Summers: Korean War Almanac: a.a.O., S. 76

¹³²⁸ vgl. Sapper: a.a.O., S. 91

den¹³²⁹, 3744 Flugzeuge und 4868 Hubschrauber mußten als Verluste abgeschrieben werden¹³³⁰ und 6,5 Mill. Tonnen Bomben wurden auf Südvietnam, Laos, Nordvietnam und Kambodscha abgeworfen¹³³¹.

Trotzdem behielt die Verteidigung Europas die höchste Priorität in der amerikanischen Militärstrategie, wobei allerdings der Krieg in Vietnam ein Abzug von Ressourcen und Truppen erforderte. So sank die US-Truppenstärke in Europa von 1962 416000 Mann auf 300000 Mann im Jahre 1969.¹³³² Nach der Tet-Offensive vom Januar 1968 war das amerikanische Volk nicht mehr bereit, für die Rettung eines für die nationale Sicherheit unbedeutenden Landes einen solch hohen Preis zu zahlen. Ab Juni 1969 hatte die Vietnampolitik der neuen Nixon-Administration die Vietnamisierung und das schrittweise Disengagement als politischen Zweck postuliert.

Eine der Lehren aus dem Vietnam-Krieg war, daß bei einem neuerlichen Einsatz amerikanischer Truppen, diese nur massiv und in überwältigender Stärke einzusetzen. Mit einem Höchststand von 533608 erreichten die US-Truppen im zweiten Golfkrieg, der Befreiung Kuwaits, fast die Zahl derer in Vietnam, allerdings betrug die Dauer des US-Engagements nur 204 Tage.¹³³³ Durch die einzigartige Fähigkeit der USA, der strategischen Verlegung der kampfstärksten Armee der Militärgeschichte durch die größte Luft- und Seetransportoperation seit dem Zweiten Weltkrieg¹³³⁴ konnte am Ende einer 7000 Meilen langen Versorgungsline die geforderte überwältigend Kampf versammelt werden. Zu Beginn der Luftoperationen waren 2614 Kampfflugzeugen (davon 1990 amerikanische) und sechs Flugzeugträger in der Region zusammengezogen worden,¹³³⁵ die in einer 39 Tage dauernden Luftkampagne mit ca. 110000 Einsätzen die irakischen Streitkräfte und die irakische Infrastruktur paralyisierte und das Schlachtfeld für die vier Tage andauernden blitzkriegsartige Bodenoffensive vorbereitet. So konnten die Kriegsziele – die Befreiung Kuwaits und die weitgehende Zerschlagung der Armee Saddam Husseins - mit einem Minimum an Opfern erreicht werden.¹³³⁶

¹³²⁹ vgl. Legler/Bauer: a.a.O., S. 102

¹³³⁰ vgl ebenda

¹³³¹ vgl. Legler/Bauer: a.a.O., S. 87

¹³³² v gl. Record: a.a.O., S. 23 f.

¹³³³ vom Eintreffen der ersten F- 15 Jagdflugzeuge am 8.8.1990 bis zum Waffenstillstand am 28.2.1991

¹³³⁴ vgl. Anderson: a.a.O., S. 215

¹³³⁵ vgl. Hallion: a.a.O., S. 157

¹³³⁶ die USA mußten 293 Tote (davon 148 bei Kampfhandlungen) beklagen; vgl. Leyden: a.a.O., S. 271. Im Luftkrieg wurden wurden 28 amerikanische Maschinen abgeschossen; vgl. Leyden: a.a.O., S. 272 ff.

Von wesentlich geringerer Intensität waren die Militärmachteeinsätze der USA bei den Interventionen in Grenada und Panama. So waren an der Besetzung Grenadas ca. 7000 Mann an Bodentruppen (hauptsächlich Marines und von der 82. Luftlandedivision) sowie eine Trägerkampfgruppe und eine amphibische Gruppe mit einem Hubschrauberträger beteiligt. Die Kämpfe dauerten drei Tage, während die Beseitigung letzter Widerstandsnester nach acht Tagen erreicht war. Während der Kämpfe wurden 18 Angehörige der US-Streitkräfte getötet. Neun Tage danach wurde vom Generalgouverneur eine Übergangsregierung ernannt, so daß 52 Tage nach dem Beginn der Operation „Urgent Fury“ die letzten US-Truppen aus Grenada abgezogen werden konnten.

Die Operation „Just Cause“ in Panama vom Dezember 1989 hatte entsprechend der Größe des Landes größere Ausmaße; sie war die größte Militäroperation der USA nach dem Vietnamkrieg und vor dem Golfkrieg. Durch den massiven und überraschenden Einsatz von ca. 24000 Mann – ca. 9500 aus den USA – (und erstmals Frauen in Kampfeinsatz) konnte der Widerstand der panamesischen Nationalgarde nach drei Tagen gebrochen werden. Der größte Sprungeinsatz von Fallschirmjägern seit dem Zweiten Weltkrieg (ca. 3000 Mann) bewirkte, daß die panamesische Nationalgarde schnell ihrer Operationsfreiheit beraubt und demoralisiert wurde. Die amerikanischen Verluste betragen 23 Mann.

Neben diesen Einsätzen mittlere Intensität unternahmen die USA zwei Operationen zur Befreiung von Geiseln und einen Einsatz von trägergestützten Jagdflugzeugen zur Inhaftierung von flüchtigen Terroristen nach einer Geiselnahme mit Mord.

Hierbei stellte die Operation „Eagle Claw“, die Befreiungsaktion der 53 Geiseln im Iran eine äußerst komplizierte und politisch sensitive Operation dar, da es nicht zu einer offenen Konfrontation mit dem Iran kommen durfte. Nach fast einem halben Jahr Vorbereitungszeit starteten 132 Mann Spezialtruppen in sechs Transportflugzeugen und acht Hubschraubern zu dem Kommandounternehmen. Unterstützt wurden sie dabei von zwei Trägerkampfgruppen der Marine. Weitere Transportflugzeuge und eine Kompanie Ranger hätten im weiteren Verlauf der Operation zum Einsatz kommen sollen. Durch unerwartet auftretende Defekte an Hubschraubern mußte das Unternehmen abgebrochen werden. Bei dem Zusammenstoß eines Hubschraubers mit einem Transportflugzeug kamen acht Mann ums Leben.

Nach größere Verluste mußten die US-Streitkräfte bei der Befreiungsaktion für die als Geisel genommene 39 Besatzungsmitglieder des US-Frachtschiffes „Mayaguez“ hin-

nehmen. Da Gefahr im Verzuge war, mußten die US-Streitkräfte unverzüglich handeln; es mußte daher auf in Thailand stationierte Kräfte zurückgegriffen werden; ebenso unterliefen Fehler bei der Aufklärung. Nur ca. 2 ½ Tage nachdem Präsident Ford den Befehl zu der Befreiungsaktion gegeben hatte, wurden die ersten Marineinfanteristen mit Hubschraubern auf der Insel gelandet, auf der die Geiseln vermutet wurden. Von den ca. 660 bereit stehenden Marineinfanteristen wurden hierfür ca. 230 eingesetzt, die erst nach über zwölfstündigen Kämpfen unter massivem Einsatz von land- und trägergestützten Kampfflugzeugen von der Insel evakuiert werden konnten. Insgesamt wurden bei dieser Befreiungsaktion 18 Soldaten getötet und 49 verletzt. Drei große Transporthubschrauber wurden abgeschossen und zehn zum Teil erheblich beschädigt.

Die geringste Intensität der „power to seize“ – Einsätze hatte die Inhaftierung der Entführer der „Achille Lauro“, bei der allein mit der Androhung von Waffengewalt durch trägergestützte Jagdflugzeuge das ägyptische Passagierflugzeug zur Landung auf einem italienischen NATO-Stützpunkt gezwungen werden konnte. Für diese Abfangaktion wurden nur zwei F-14 Jagdflugzeuge und ein Radar-Frühwarn Flugzeug des im Mittelmeer kreuzenden Flugzeugträgers „USS Saratoga“ eingesetzt.¹³³⁷

UdSSR

Für die UdSSR stellte der Krieg in Afghanistan die längste und verlustreichste Militäroperation seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Diese Engagement dauerte offiziell fast zehn Jahre (vom Dezember 1979 bis zum Februar 1989). Auf dem Höhepunkt des Engagements im Jahre 1985 waren 108000 Mann in diesem Land stationiert, die allerdings nur 2,1 % der Gesamtstärke der sowjetischen Streitkräfte darstellten. Mit diesem vergleichsweise kleinen Kontingent ließen allenfalls 20 % Afghanistans kontrollieren oder eine Politik der „verbrannten Erde“ durchführen. Zu keinem Zeitpunkt unternahm die Sowjetunion den Versuch, den Konflikt unter Einsatz massiver Mittel militärisch zu entscheiden oder das gesamte Land dauerhaft zu besetzen.¹³³⁸ Mit 14751 Gefallen stellte er eher einen kleinen Krieg der UdSSR dar; verglichen mit den 125000 Toten des Winterkrieges mit Finnland vom November 1939 bis März 1940 oder dem Zweiten Weltkrieg.¹³³⁹ Auch ökonomisch gesehen waren die Kosten noch tragbar; auf dem Höhe-

¹³³⁷ vgl. Jeffrey G. Barlow: Answering the Call: Carriers in Crises Response Since World War II, in: Naval Aviation News, January-February 1997, S. 19

¹³³⁸ vgl. Sapper: a.a.O., S. 365

¹³³⁹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 357

punkt des Engagements mußte die UdSSR ca. 2 % ihres Verteidigungshaushaltes für den Krieg ausgeben (USA in Vietnam ca. 23 %).¹³⁴⁰ 1990 bezifferte Außenminister Schewardnaze die Gesamtkosten auf 60 Mrd. Rubel. Dennoch stellte er diejenige Belastung für das sowjetische System dar, die das Faß zum überlaufen brachte und die Schwäche des sowjetischen Systems verdeutlichte und nicht nur ein De-Engagement in der 3. Weltpolitik auslöste.¹³⁴¹ Nach Sapper fand in Afghanistan „... die Überdehnung des weltweiten sowjetischen Engagements und die Überbewertung des militärischen Instruments in der Außenpolitik zugleich ihren Höhepunkt und Wendepunkt.“¹³⁴² Weiter legt er dar, daß die politischen Kosten die ökonomischen Kosten bei Weitem überwogen und diese sich in außenpolitischen und innenpolitischen Kosten niederschlugen. Außenpolitisch mußten die Verschärfung des Ost-West Konfliktes, das Ende der Entspannungspolitik und eine Entfremdung zu den blockfreien Staaten sowie die zunehmende Isolierung innerhalb der UNO hingenommen werden.¹³⁴³ An innenpolitischen Problemen – neben der Eingliederung der ehemaligen Afghanistan Kämpfer – induzierte der Afghanistan Krieg den Legitimitätsverlust der Armee und weiter eine Erosion des Verteidigungsbewußtseins und ein Abrücken von den militärisch-patriotischen Werten.¹³⁴⁴ Gleichzeitig trug er zur Entwicklung der öffentlichen Meinung bei, da der Krieg mit den traditionellen sowjetischen Methoden der Zensur und Nachrichtensteuerung nicht mehr zu bewältigen war.¹³⁴⁵

Von weit geringerer Intensität waren die beiden Fälle, in denen die UdSSR ideologisch abweichende Verbündete wieder auf den rechten Weg brachte. Im Falle Ungarns 1956 konnte dies die UdSSR aus eigener Legitimität tun, während sie sich im Falle der CSSR im Jahre 1968 der Mithilfe der Verbündeten des Warschauer Paktes bediente. Vorteilhaft wirkte sich 1956 die Tatsache für die UdSSR aus, daß bereits sowjetische Truppen in Ungarn stationiert waren, so daß selbst eine Verzehnfachung von 20000 auf 200000 Mann mit mindestens 2000 Panzer nur einen quantitativen Unterschied darstellte. Nachdem während der ersten Intervention am 24./25.10.1956 die sowjetischen Truppen relativ planlos die orthodoxen Kommunisten unterstützten und sich dann in ihre Kasernen zurückzogen, gingen sie bei der zweiten Intervention mit großer Zielstrebigkeit vor.

¹³⁴⁰ vgl. Sapper: a.a.O., S. 358

¹³⁴¹ vgl. Sapper: a.a.O., S. 291 u. 299

¹³⁴² Sapper: a.a.O., S. 359

¹³⁴³ vgl. Sapper: a.a.O., S. 360 f.

¹³⁴⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 362 ff.

¹³⁴⁵ vgl. ebenda

Nachdem sie genügend Truppen zusammengezogen hatten und den provisorischen Oberbefehlshaber durch Verrat verhaften konnten, gelang es ihnen trotz heftiger Gegenwehr ab dem 4.11.1956 innerhalb von 8 Tagen den Widerstand der ungarischen Reformer zu brechen. Die sowjetischen Verluste betragen 657 Tote und 1540 Verletzte.

Im Gegensatz zu Ungarn 1956 waren im August 1968 keine sowjetischen Truppen in der CSSR stationiert. Der Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen am 21.8.1968 erfolgte mit überwältigender Stärke, so daß die tschechoslowakische Armee von Dubcek den Befehl erhielt, keinen Widerstand zu leisten. In der ersten Welle waren 165000 sowjetische Soldaten mit 4600 Panzer – von insgesamt ca. 200000 Mann – beteiligt. Innerhalb von fünf Tagen wurden die Truppen weiter auf 27 Divisionen mit 400000 Mann mit 6300 Panzer verstärkt.¹³⁴⁶ Ebenfalls nach fünf Tagen waren die vorläufigen politischen Ziele mit der am 26.8.1968 erfolgten Unterzeichnung des Moskauer Abkommens mit der tschechoslowakischen Führung erreicht, welches das Zurückschrauben der Reformen vorsah.¹³⁴⁷ Weiterhin war die künftige Stationierung von 5 Divisionen mit 75000 Mann vorgesehen. Soweit bekannt, gab es auf sowjetischer Seite keine Todesopfer.¹³⁴⁸

Bei den Grenzkonflikten mit der Volksrepublik China handelte es sich um die potentiell intensivste Auseinandersetzung der Sowjetunion nach 1945, die zu militärischen Gefechten eskaliert ist. Beim ersten Gefecht am 2.3.1969 wurde eine sowjetische Patrouille von ca. 300 chinesischen Soldaten überfallen, wobei die Sowjetunion 8 Tote zu beklagen hatte. Die sowjetische Antwort mit mechanisierten Verbänden in Regimentsstärke am 15.3.1969 führte zu heftigen, neun Stunden andauernden Kämpfen bei denen ca. 800 Chinesen getötet worden sein sollen. In der Folgezeit gab es hunderte von bewaffneten Zusammenstöße an der gesamten sowjetisch-chinesischen Grenze, die zumeist von der Sowjetunion als ein Mittel der militärischen Diplomatie provoziert wurden und ihren numerischen Höhepunkt im August 1969 erreichten.¹³⁴⁹ Die Frage, ob die Sowjetunion einen Krieg mit der Volksrepublik China riskiert hätte läßt sich nicht beantworten, allerdings wurden die Anzeichen für einen Krieg zwischen der UdSSR und China von der US-Regierung so ernst genommen, daß sie am 25.8.1969 zu diesem Thema eine Son-

¹³⁴⁶ vgl. Courtois u. a.: Schwarzbuch des Kommunismus: a.a.O., S. 487

¹³⁴⁷ vgl. Schmid: a.a.O., S. 33

¹³⁴⁸ vgl. Schmid: a.a.O., S. 32

¹³⁴⁹ vgl. Kissinger: Memoiren Bd. 1: a.a.O., S. 190 u. Schmid: a.a.O., S. 36

dersitzung der einer speziellen Arbeitsgruppe einberief.¹³⁵⁰ Zu den Indizien gehörten Vorbereitungen der Zivilverteidigung in Kasachstan, die Anfrage über diplomatische Kanäle über das Verhalten der USA bei einem Angriff der UdSSR auf das nukleare Entwicklungszentrum Chinas, das „Grounding“ der sowjetischen Luftwaffe im Fernen Osten sowie verschiedene „säbelrasselnde“ Bemerkungen sowjetischer Marschälle. Am 27.8.1969 äußerte CIA- Chef Richard Helms vor Pressevertretern die Befürchtung, daß sich die UdSSR mit ihren Verbündeten über präventive Angriffe auf chinesische Nuklearzentren berate.¹³⁵¹ Trotz des sehr kurzfristig anberaumten Treffens der beiden Ministerpräsidenten Kossygin und Tschou En-lai am 11.9.1969 wurden die Kriegsgerüchte durch einen Artikel eines sowjetischen Journalisten vom 16.9.1969 in der britischen Presse weiter verstärkt, in dem er behauptete, marxistische Theoretiker diskutierten die Möglichkeit eines chinesische- sowjetischen Krieges; weiterhin nannte er als mögliches Szenario einen Angriff sowjetischer Luftstreitkräfte auf das chinesische Kernwaffen-Versuchszentrum Lop Nor in der Provinz Sinkiang.¹³⁵² Angesichts der geringen Stärke der chinesischen Nuklearstreitkräfte zu diesem Zeitpunkt, erscheint ein nuklearer Entwaffnungsschlag im Bereich des militärisch möglichen.¹³⁵³ Da das Ende eines solchen Konfliktes aber nicht absehbar war, haben die sowjetischen Militärs und die sowjetische Führung – als geschulte Clausewitzianer – von einer solchen Lösung letztlich Abstand genommen.

¹³⁵⁰ vgl. Kissinger: Memoiren Bd. 1: a.a.O., S. 199

¹³⁵¹ vgl. Kissinger: Memoiren Bd. 1: a.a.O., S. 200

¹³⁵² vgl. Kissinger: Memoiren Bd. 1: a.a.O., S. 202

¹³⁵³ so gibt z. B. Kielmansegg die Anzahl der nuklearfähigen Mittelstreckenbomber Tu- 16/B- 6 im Jahre 1970 mit 10 – 12 an; vgl. Kielmansegg/Weggel: a.a.O., S. 207. Im Jahre 1969 dürfte auch die erste chinesische MRBM, die DF-2/CSS-1 in Dienst gestellt worden sein. Sie hatte eine Reichweite von 1250 km und einen Sprengkopf von 12 KT. Sie war zwar transportabel aber nicht taktisch mobil. Zur Erreichung der Feuerbereitschaft aus der Stellung wurden mindestens 2 ½ Stunden benötigt. Bis 1975 wurden ca. 50 davon in Dienst gestellt; vgl. www.fas.org/nuke/guide/china/theater/df_2.htm. Ein Entwaffnungsschlag gegen diese wenigen und verwundbaren Systeme wäre militärisch wahrscheinlich durchführbar gewesen.

6.2.3. Analyse der „power to hurt“ im Kalten Krieg

6.2.3.1. USA

Als „power to hurt“ oder als militärische Diplomatie wurde die Militärmacht der USA in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ihrer Anwendung eingesetzt. Hierzu liegt die ausführliche Analyse von Barry Blechman und Stephen Kaplan¹³⁵⁴ vor, die im Zeitraum vom Januar 1946 bis Mai 1975 215 Fälle der Anwendung militärischer Diplomatie durch die USA aufzählen. Eine weitere Analyse lieferte Philip D. Zelikow¹³⁵⁵, der weitere 44 Fälle militärischer Diplomatie zwischen Mai 1975 und Dezember 1982 untersucht. Für den Zeitraum von 37 Jahren liegen also Analysen von 259 Fällen vor. Weiterhin wurden für den folgenden Überblick eine Zusammenstellung des US. Senators McCain „U.S. Navy Crises Responses 1946 – 1989“¹³⁵⁶ für den Zeitraum vom Januar 1946 und August 1989, eine Liste des Congressional Research Service „Instances of Use of United States Forces Abroad, 1798 – 1993“¹³⁵⁷ (bis Juli 1993) sowie eine Zusammenstellung von John Pike für die „Federation of American Scientists“ „United States Military Operations“¹³⁵⁸ verwendet. Anhand dieser Zusammenstellungen lassen sich zwischen 1983 und April 1991 weitere 44 Fälle der Anwendung militärischer macht identifizieren. Allerdings ist zu beachten, daß bei diesen Aufzählungen auch Fälle der „power to seize“ wie Geiselnbefreiungen, Evakuierungen oder Eskortierungen sowie der „power to pacify“ enthalten sind, die zum Zwecke der Analyse getrennt behandelt werden sollen.

¹³⁵⁴ vgl. Barry M. Blechman/Stephen S. Kaplan: Force without War, U.S. Armed Forces as a Political Instrument, Washington D.C. 1978 passim.

¹³⁵⁵ vgl. Philip D. Zelikow: Force without War, 1975 – 1982, in : The Journal of Strategic Studies, März 1984

¹³⁵⁶ vgl. Senator McCain: US. Navy Crises Responses, in: www.fas.org/man/dod-101/ops/docs/part03.htm, 1.9.1998

¹³⁵⁷ vgl. Ellen C. Collier: Instances of Use of United States Abroad, 1798 – 1993, Congressional Research Service, in: www.history.navy.mil/wars/foabroad.htm, 3.5.2000

¹³⁵⁸ vgl. John Pike: United States Military Operations“, Federation of American Scientists, in: www.fas.org/man/dod-101/ops/, 13.3.2001

Überblick

Eine rein empirische Analyse birgt immer auch die Gefahr der Trivialität in sich. So kommen Blechman und Kaplan zum Beispiel zu Aussagen, daß der Einsatz der amerikanischen Militärmacht dann besonders erfolgreich war, als die Popularität des Präsidenten besonders hoch und besonders niedrig war;¹³⁵⁹ oder daß ein positiver Effekt dann erzielt wurde, wenn die US-Truppen verstärkt oder reduziert wurden.¹³⁶⁰ In der folgenden Zusammenfassung soll sich daher mehr auf das politische Einsatzspektrum der Anwendung der „power to hurt“ konzentriert werden.

Eine zeitliche Auflistung der vollständig erfaßten 259 Fälle vom Januar 1946 bis Dezember 1982 zeigt allerdings doch signifikante Unterschiede. Eine zeitlich gleichmäßig Verteilung dieser Fälle würde einen Durchschnitt von 7 Fällen pro Jahr bedeuten. Eine jährliche Auflistung der Fälle zeigt vor allem in den Jahren 1957 bis 1965 aber eine signifikante Steigerung der Fallzahlen mit einem Höhepunkt von 21 Fällen im Jahre 1964. Blechman und Kaplan haben ebenfalls herausgefunden, daß der Einsatz der militärischen Diplomatie der USA in Jahren der Verstrickung in lokale Kriege (Korea 1950 – 1953; Vietnam 1965 – 1973) verhältnismäßig gering war.¹³⁶¹ Erstmals wieder nach der Überwindung des „Vietnam Traumas“ unter der Regierung Reagan stieg der Einsatz der militärischen Diplomatie in den Jahren 1981 und 1982 über den Durchschnitt an. Obwohl hier noch genauere Untersuchungen zu leisten wären (da Blechman und Kaplan rein empirisch und nicht historisch/ politisch vorgehen) läßt sich dennoch unschwer erkennen, daß sich diese Einsätze um ganz bestimmte Problemzonen der Weltpolitik gruppieren. Insbesondere die Ordnung der Nachkriegsverhältnisse um Deutschland und Berlin, die weiteren Berlinkrisen von 1958 – 1961, der Aufstieg Fidel Castros, das kommunistische Vordringen in Südostasien, nordkoreanische Herausforderungen und die Nahost Problematik stellen Schwerpunkte des Einsatzes militärischer Diplomatie der USA dar.

Im folgenden soll nun eine kurze Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse von Blechman und Kaplan gegeben werden: In ihrem Untersuchungszeitraum von 1946 bis 1975 bildete die westliche Hemisphäre mit 27,9 % der Einsätze den geographischen Schwerpunkt der amerikanischen militärischen Diplomatie allerdings dicht gefolgt von

¹³⁵⁹ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O.; S. 131

¹³⁶⁰ vgl. ebenda

Europa mit 20 % und Südostasien. Der Mittlere Osten mit Nordafrika nahm mit 17,6 % eher eine Mittelstellung ein, während die USA in Ostasien mit 9,3 % und Südasiens zusammen mit dem südlichen Afrika in der amerikanischen Prioritätenliste an letzter Stelle standen.

In den vier zeitlichen Abschnitten, in die Blechman/Kaplan ihren Untersuchungszeitraum unterteilt haben, gibt es jeweils wechselnde geographische Schwerpunkte des Einsatzes der militärischen Diplomatie durch die USA.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1946 bis 1948 (in der auch leicht der Durchschnitt überschritten wurde) lag der Einsatzschwerpunkt eindeutig mit 63 % in Europa, während in dem Zeitabschnitt von 1949 – 1955 der südost – und ostasiatische Raum mit 46 % der Einsätze die relativ größte Bedeutung hatte.¹³⁶² In den beiden nächsten Zeitabschnitten setzt sich der Trend fort, daß kein eindeutiger Einsatzschwerpunkt erkennbar war; der Aufstieg Fidel Castros ließ allerdings in den Jahren 1956 – 1965 die westliche Hemisphäre mit 37 % und die Korea- und Vietnam- Problematik in den Jahren 1966 – 1975 Südost- und Ostasien mit 36 % zu relativen Einsatzschwerpunkten werden.¹³⁶³

In 34 % dieser Fälle war über den Zeitraum von 1946 – 1975 die UdSSR und in 14 % der Fälle China bzw. die Volksrepublik China beteiligt, wobei sich auch hier signifikante Unterschiede in den einzelnen Betrachtungszeiträumen entsprechend den politischen Brennpunkten ergeben.¹³⁶⁴

Als hauptsächlich Benutztes Instrument der militärischen Diplomatie diente die Marine der Vereinigten Staaten, die an 177 der 215 Fällen beteiligt war; in 103 Fällen war die Luftwaffe beteiligt, während in 45 Fällen Landstreitkräfte (Heer bzw. Marinekorps, sofern es nicht auf den Schiffen eingeschifft blieb, sonder an Land ging) eingesetzt wurden.

¹³⁶¹ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 26

¹³⁶² vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 33

¹³⁶³ vgl. ebenda

¹³⁶⁴ Verwicklung der Sowjetunion und Chinas in die Einsatz militärischer Diplomatie der USA in den einzelnen Untersuchungszeiträumen:

1946 – 1948: UdSSR 63 %	China 4 %
1949 - 1955: UdSSR 42 %	V.R. China 21 %
1956 - 1965: UdSSR 28 %	V.R. China 14 %
1966 - 1975: UdSSR 30 %	V.R. China 11 %

vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 36

In dieser Analyse wird auch die Übertrend Bedeutung des Flugzeugträger für die „power to hurt“ deutlich, dieses Instrument an 106 der 215 Einsätzen (bis 1975) beteiligt war.¹³⁶⁵

Strategische Nuklearwaffen wurden zwischen 1946 und 1975 19 mal von dem Oberbefehlshaber als Mittel der Diplomatie eingesetzt. Hierbei wurden die Atomstreitkräfte vier mal in weltweite erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Dieses äußerste Mittel einer Warnung an die Supermacht UdSSR wurde erstmals in der Nahostkrise im November 1956 von Präsident Eisenhower zu Konterkarierung einer gegen Frankreich und Großbritannien gerichteten nuklearen Drohung der UdSSR eingesetzt. Das zweite Mal wurde das Strategische Luftkommando am 14.7. 1958 kurz vor der Intervention im Libanon in Alarmbereitschaft versetzt.¹³⁶⁶ Den höchsten Bereitschaftsgrad für die strategischen Nuklearstreitkräften der USA, DEFCON 2, ordneten am 24.10.1962¹³⁶⁷ auf dem Höhepunkt der Kuba- Krise Präsident Kennedy und Verteidigungsminister Mc Namara an (vgl. auch Anm. 978, S. 272). Schließlich ordnete Präsident Nixon am 25.10.1973 die Bereitschaftsstufe DEFCON 3 für das Strategische Luftkommando an, nachdem Anzeichen vorhanden waren, daß verschiedene sowjetische Luftlandedivisionen in Alarmbereitschaft versetzt worden waren und Leonid Breschnjew mit einem Eingreifen in den arabisch- israelischen Konflikt gedroht hatte.¹³⁶⁸

Weitere zehn Mal wurden zwischen 1946 und 1968 Bomber des Strategic Air Command in Krisenregionen verlegt, davon 6 mal zwischen 1946 und 1961 nach Europa und 4 mal zwischen 1953 und 1968. Zwei mal waren nuklear ausgerüstete Flugzeugträger (Juli 1958 Libanon und Mai 1959 Berlin) beteiligt. Insgesamt drei mal wurden Nuklearwaffen zur Rückversicherung von Alliierten (Februar 1947 Uruguay, Mai 1954 Nicaragua und April 1963 Türkei – Besuch eines strategischen Nuklearwaffen U-Bootes in einem türkischen Hafen nach dem Abzug der „Jupiter“- Raketen).¹³⁶⁹

Nach dem Höhepunkt des Einsatzes von nuklearfähigen Waffensystemen zum Zwecke der Diplomatie in den 50er Jahren (mit insgesamt 9 mal) gingen diese Einsätze immer mehr zurück, so daß in den 60er Jahren noch vier (allerdings unter Einschluß der Kuba-

¹³⁶⁵ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 38 ff. Amphibische Streitkräfte waren 71 mal beteiligt, während Flugzeugträger und amphibische Streitkräfte zusammen in 56 Fällen zum Einsatz kamen. vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 43 f.

¹³⁶⁶ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 242

¹³⁶⁷ für eine Erleuterung der einzelnen Alarmierungsstufen vgl. Sagan: a.a.O., S. 64

¹³⁶⁸ vgl. Sagan: a.a.O., S. 213

Krise) und in den 70er Jahren noch einer erfolgte. Im untersuchten Zeitraum von 1974 – 1982 fand kein Einsatz von nuklearen Einsatzkräften zur Unterstützung der US-Diplomatie statt.¹³⁷⁰

Nach der Art des Einsatzes unterscheiden Blechman und Kaplan 13 verschiedenen Vorgehensweisen. Die häufigste Einsatzart zwischen 1946 und 1975 bestand aus der Herstellung einer bloßen Präsenz, gefolgt von Besuchen (meist von Marineeinheiten) und der Überwachung bzw. der Durchführung von Patrouillen. Das Abhalten von Manövern mit Alliierten und militärische Demonstrationen folgen auf dem vierten Platz. Schließlich folgen – nach ihrer Häufigkeit - der Transport befreundeter Streitkräfte, Evakuierungen und der Einsatz von Feuerkraft (scharfer Schuß).¹³⁷¹ Hiervon zählten Blechman und Kaplan neun Fälle in Südostasien während des Vietnamkrieges von März 1965 bis März 1972.¹³⁷²

Zur genaueren Untersuchung der politischen Dimension der militärischen Diplomatie wählten Blechman und Kaplan 33 Fälle repräsentativ aus, bei denen sie sich auf operative - konkrete – Zielsetzungen konzentrierten während sie dahinter liegende Motive außer Acht ließen. Als Modus operandi wählten sie auf der einen Seite die **Zwangsdiplomatie** mit Formen der Abschreckung (etwas Unerwünschtes zu tun) und oder Zwangsmaßnahmen (um mit etwas unerwünschtem aufzuhören oder etwas erwünschtem zu tun) und auf der anderen Seite die **kooperative Diplomatie** bei der ein befreundeter Akteur in einem Verhalten bestärkt wird oder dazu angeregt wird, eine erwünschte Handlung zu tun. Als dritte Möglichkeit sehen sie den latenten Gebrauch von Streitkräf-

¹³⁶⁹ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 47 f.

¹³⁷⁰ vgl. Zelikow: a.a.O., S 35

¹³⁷¹ im einzelnen wendeten die USA zwischen 1946 und 1975 folgende Einsatzarten an; vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 54:

Herstellung von Präsenz:	69x
Besuche:	44x
Überwachung/patrouillen:	44x
Manöver /Demonstration:	30x
Transport befreundeter Streitkräfte:	21x
Evakuierungen:	19x (power to seize)
scharfer Schuß:	18x
Besetzung von Territorium	18x
Dazwischensetzungen (Interpositions)	7x
Eskorte	7x (power to seize)
Ausübung von Transitrechten	7x
Blockade	3x
andere	4x

¹³⁷² vgl. ebenda

te, in der kein explizit bestimmtes Ziel verfolgt wird, sondern die Militärmacht lediglich für Eventualfälle, zur Gewährleistung möglichst vieler Handlungsoptionen benutzt wird.¹³⁷³

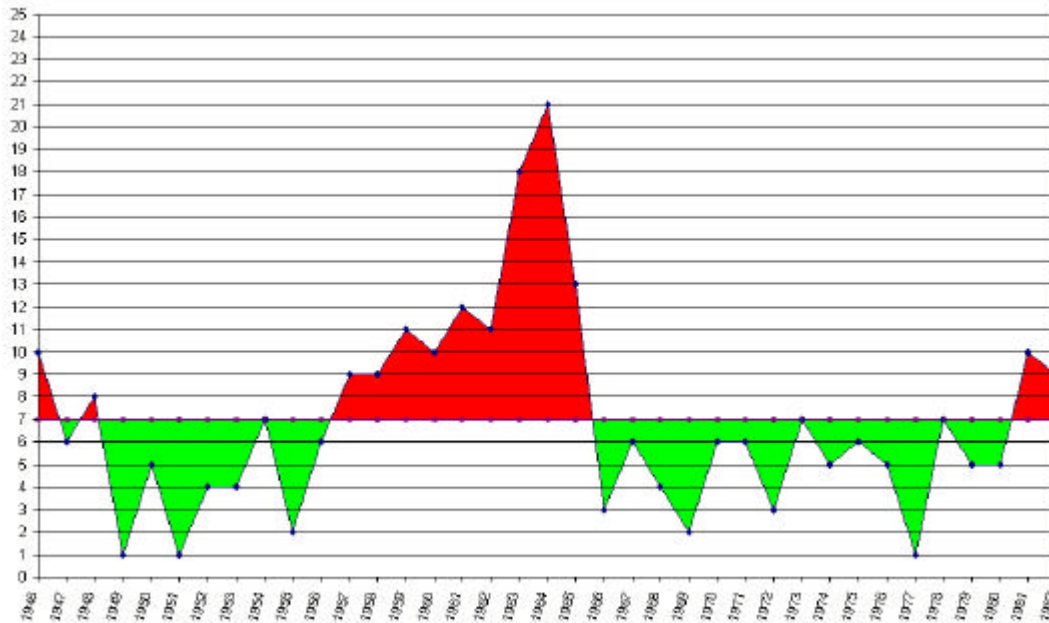
Bei diesen 33 Fällen der Militärmachtanwendung konnten sie 107 Ziele identifizieren, die in fünf Kategorien aufgeteilt werden können:

- Gewaltanwendung: „do not use force“
„do not use force again“
„terminate use of force“
- Unterstützung: „curtail support“
„do not to begin to support“
„begin to support“
- Autorität des Regimes: „hold on“
„seize political authority“
„give up“
- Verhältnis dritter Staaten zu US-Alliierten: „continue“
„restore“
- Schutz amerikanischer Staatsbürger und militärischer Einrichtungen.¹³⁷⁴

Blechman und Kaplan setzten ihre Analyse dahingehend fort, daß sie den Erfolg der Anwendung militärischer Macht als Mittel der Diplomatie anhand der 33 ausgewählten Fälle untersuchen und hierfür den Modus, die Kategorien, die Einsatzarten und auch die angewandten Mittel, die Beteiligung der Sowjetunion sowie Chinas, aber auch die Popularität des Präsidenten miteinander korrelieren.¹³⁷⁵ Da eine Wirkungsanalyse vom diplomatischen Einsatz von Streitkräften einmal immer subjektiv ausfallen muß und andererseits den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, ist es das Ziel dieser Arbeit an dieser Stelle, durch eine politische Kategorisierung ein Art „Vektorraum“ der Anwendung militärischer Macht als „power to hurt“ aufzuspannen.

¹³⁷³ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 71ff.

¹³⁷⁴ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 84 f.



Anzahl der Fälle militärischer Diplomatie der USA von 1946 – 1982. Über dem Durchschnitt von 7 Fällen militärischer Diplomatie pro Jahr liegende Ereignisse sind rot markiert, unter dem Durchschnitt liegende grün. Die Hochphase weltpolitischen Engagements wird besonders in den Jahren 1957 – 1966 und wieder ab 1981 deutlich. Nach Blechman und Kaplan: *Force Without War*, Washington D.C. 1978 und Zelikow: *Force Without War*, 1975 – 1982; in: *The Journal of Strategic Studies*, März 1984.

Kategorisierung

Als Ausgangspunkt für die Kategorisierung der Anwendungsbreite der „power to hurt“ wurde die Listen „U.S. Navy Crises Responses 1940s, 1950s, 1960s, 1970s, 1980s“ gewählt, in der vom 12.1.1946 bis zum 1.8.1989 187 Fälle der militärischen Diplomatie der US-Navy dargestellt sind.¹³⁷⁶ Diese wurde ausgewählt, da sie die vollständigste Aufzählung der politischen Hintergründe (wenn auch nur sehr knapp) der einzelnen Einsätze liefert. In diese Liste integriert wurden die 33 von Blechman und Kaplan repräsentativ ausgewählten Fälle sowie die zehn in ihrem Buch ausführlich analysierten Fallbeispielen. In der Zeit von 1975 bis 1982 wurden die genau aufgeführten Fälle der militärischen Diplomatie bei Zelikow¹³⁷⁷ in die Liste von Senator Mc Cain integriert. Für die Zeit von 1983 bis 1991 wurden die Fälle der o. g. Listen des Congressional Research Service und der Federation of American Scientists integriert. Auf diese Weise

¹³⁷⁵ zu den Ergebnissen vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 86 - 107

¹³⁷⁶ vgl. Mc Cain: *U.S. Navy Crises Responses*: a.a.O.

¹³⁷⁷ vgl. Zelikow: a.a.O.

konnten 231 Fälle vom 21.1.1946 bis zum 2.1.1991 mit bekanntem politischen Hintergrund zusammengestellt werden.

Bei diesen 231 Fällen konnten subjektiv definierte 22 Kategorien des Einsatzes der „power to hurt“ zugeordnet werden, die einen differenzierter Einblick in die politische Anwendung von Streitkräften im Frieden ermöglichen, als dies mit den Kategorien von Blechman und Kaplan der Fall ist. Diese können außerdem keine reinen Kategorien sein, da oft mehrere Zwecke mit einem Militärmacheinsatz miteinander verbunden sind. Häufig wurden bei der Hilfe für ein von außen bedrohten Alliierten (Deutschland, Israel, Südkorea) die Elemente der Abschreckung des Gegners vor einem Angriff oder einer unerwünschten Handlung und die Rückversicherung des Alliierten untrennbar gleichzeitig verfolgt und bewirkt.

Der Versuch einer Ordnung oder Gruppierung dieser Einsätze gestaltet sich sehr schwierig, da weder die Unterscheidung nach defensiv/offensiv oder Status quo orientiert bzw. Status quo verändernd eine Unterscheidung gestatten. Stattdessen wurde versucht, die Kategorien nach dem Grad ihrer Allgemeinheit in abnehmender Tendenz zu ordnen. Zur Verdeutlichung wurde jeweils ein Beispiel genannt:

- 1) **Allgemeiner Alarm der Streitkräfte** (insbesondere der Nuklearstreitkräfte) als Mittel der Demonstration höchster Abwehrbereitschaft und großer Entschlossenheit; Herstellung der allgemeinen Kriegsbereitschaft: Vier mal im Kalten Krieg angewendet: Nukleare Drohung der UdSSR gegen England und Frankreich, November 1956; Libanon-Krise, Juli 1958; Kuba-Krise, Oktober 1962; Yom-Kippur-Krieg, Oktober 1973;
- 2) **Abschreckung** durch die Herstellung von Präsenz von Streitkräften mit glaubwürdigen Fähigkeiten - meist in lokal begrenzten Konflikten – um einen Gegner von einem Angriff auf oder unerwünschten Handlungen gegenüber einen Alliierten oder eigenen Interessen abzuhalten; (z. B. Verlegung der USS „Ranger“ vor die Küste Kenias, um Uganda nach der Geiselfreiung von Entebe vor einem Angriff auf Kenia abzuschrecken, 8.7.1976; Einnahme von DEFCON 3 für die US-Streitkräfte in Südkorea nach der Ermordung von Staatspräsident Park-Chung Hee am 26.10.1979)
- 3) **Rückversicherung**: Durch Herstellung von Präsenz von Streitkräften mit glaubwürdigen Fähigkeiten Demonstration von Verteidigungsbereitschaft und

Entschlossenheit zur Verteidigung eines Alliierten in einer temporären Krise - meist auch mit Abschreckung gegenüber einem lokalen Widersacher verbunden - oder allgemein zur Demonstration von fortgesetzter Bündnisloyalität oder sicherheitspolitischem Engagement; (z. B. Besuch des strategischen Atom U-Bootes „Sam Houston“ in Izmir, Türkei, 14.4.1963, nach dem Abzug der Jupiter IRBM's.)¹³⁷⁸

- 4) **Erzwingung:** Durch Herstellung von Präsenz von Streitkräften mit der „power to hurt“ einen Widersacher zu einem gewünschten Verhalten oder zu der Unterbindung eines unerwünschten Verhaltens veranlassen; (Kuba-Krise, Oktober 1962; durch Blockade und Invasionsdrohung die UdSSR zum Abzug ihrer atomaren Mittelstreckenraketen veranlassen.)
- 5) **Eventualfallreaktion:** Durch die Bereitstellung flexibler Streitkräftekapazitäten militärische Reaktionsmöglichkeiten schaffen, ohne damit konkrete Absichten oder Forderungen zu signalisieren; (Verlegung einer Trägerkampfgruppe in die Nähe Zyperns nach gewalttätigen Demonstrationen griechischer Zyprioten am 18.1.1975.)
- 6) **Induktion:** Beeinflussung eines befreundeten Staates oder eines Alliierten, eine gewünschte Handlung fortzusetzen oder zu beginnen; (Syrienkrise 21.8.1957; durch die Verlegung großer Teile der 6. Flotte sollten die befreundeten Staaten Irak, Jordanien, Libanon und Saudi Arabien dazu bewegt werden, weiterhin die Türkei zu unterstützen.)¹³⁷⁹
- 7) **Demonstration:** Durch Mobilisierung von Streitkräften oder erhöhte Aktivitäten von Streitkräften (Herstellung von Präsenz, Manöver usw.) Demonstration von Entschlossenheit und Verteidigungsbereitschaft, meist in konkreten Krisensituationen, aber unterhalb der Schwelle der allgemeinen Herstellung der Kriegsbereitschaft; (Mauerbau in Berlin, August 1961; erhöhte Alarmbereitschaft der 6. Flotte, Verlegung einer Trägerkampfgruppe in den Nordatlantik und Verlegung von Kampfflugzeugstaffeln der Nationalgarde nach Europa.)
- 8) **Aide Mémoire:** Latente Demonstration potentieller militärischer Fähigkeiten ohne den konkreten Hintergrund einer Krise, aber zur Demonstration großer

¹³⁷⁸ vgl. George Goodwin: U.S.S. Sam Houston SSB (N)- 609 3rd Patrol, in: www.geocities.com/capecanaveral/hall/6853/izmir609.html

Entschlossenheit gegenüber Neutralen oder Gegner;. (Erstmaliges Einlaufen eines US-Flugzeugträger in den Persischen Golf nach 23 Jahren – USS „Constellation“ – verbunden mit Warnungen des US-Außenminister H. Kissinger an die OPEC-Staaten nach dem Öl Embargo, daß die USA notfalls ihre Versorgung mit Öl aus dem persischen Golf auch militärisch sicherstellen könnten.)¹³⁸⁰

- 9) **Feuerkampf:** Äußerstes Zwangsmittel und Anwendung der „power to hurt“ durch Zufügung von militärische, wirtschaftlichem und menschlichem Schaden, um den Widersacher zur Einstellung unerwünschter oder zur Ausführung erwünschter Verhandlungen zu zwingen. (Operation „Attain Document“ III der US-Marine im Golf von Sidra, Libyen, in deren Verlauf es am 24.3.1986 zu Feiergefechten mit libyschen Schnellbooten kam; nach Terroranschlägen auf die Flughäfen von Rom und Wien wollten die USA die Freiheit der Schifffahrt in dem von Libyen zum Hoheitsgewässer erklärten Golf von Sidra durchsetzen. Nach Angriffen auf amerikanische Flugzeuge eröffnete die US-Navy das Feuer und versenkte zwei Schnellboote.)
- 10) **Vergeltung:** Zufügung von militärischem, wirtschaftlichem und menschlichem Schaden als Vergeltung für vorausgegangene Angriffe auf Militäreinrichtungen oder das Leben von Staatsbürgern; (Golf von Tonking 5.8.1964: Angriff amerikanischer Trägerflugzeuge gegen nordvietnamesische Schnellboot- Basen nach vorausgegangenen Schnellbootangriffe auf US-Zerstörer; Syrien 4.12.1983: Bombardierung syrischer Luftabwehrstellungen nach Beschießung amerikanischer Aufklärer; Libyen 14.4.1986: Bombardierung libyscher militärischer Ziele nach einem Terroranschlag auf eine von amerikanischen Staatsbürgern besuchte Diskothek in Berlin.)
- 11) **Besuch:** Häufig angewandtes Mittel der kooperativen militärischen Diplomatie zur Verbesserung der Beziehungen oder Stärkung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten; in aller Regel durch Hafenbesuche von Marine streitkräfte; (Jugoslawien September 1952: Besichtigung des Flugzeugträgers „Coral Sea“ durch Staatspräsident Tito. Unterstützung des Unabhängigkeitskurses Jugoslawiens vom sowjetischen Block.)

¹³⁷⁹ vgl. Blechman/Kaplan: a.aO., S. 77

¹³⁸⁰ vgl. James Cable: Gunboat Diplomacy 1919 – 1979, London et.al. 1981, Reprint 1986, S. 20

- 12) **Schutz:** Sowohl in der taktischen Form der Absicherung einer Operation, (Deckung der Such- und Rettungsaktion nach dem Abschluß eines Passagierflugzeugs der Cathay Pacific Airlines durch chinesische Jagdflugzeuge nahe der Insel Hainan am 23.7.1954) als auch in der strategischen Form als Schutz der Integrität eines Staates in einer konkreten Bedrohungssituation; (Aufmarsch amerikanischer Streitkräfte zum Schutz Saudi-Arabiens im Zuge der Operation „Desert Storm“ gegen mögliche Angriffe des Irak nach dessen Einverleibung Kuwaits, 9.8.1990.)
- 13) **Selbstschutz:** Einnahme eines Verteidigungs- Dispositivs zur Abwehr von Angriffen auf militärische Einrichtungen und eigenen Staatsangehörigen; (Landung von Marineinfanterie zum Schutz der Botschaft und amerikanischer Staatsangehöriger in Monrovia, Liberia nach dem Ausbruch innerer Unruhen, 5.8.1990.)
- 14) **Patrouille:** Überwachung von Land-, Luft- und Seegrenzen befreundeter Staaten zum Aufspüren, Abschreckung oder Unterbindung von Infiltration, Subversion und militärischen Provokationen oder Zwecks allgemeiner militärischer Nachrichtengewinnung; (Die USA stellen der NATO vier AWACS-Flugzeuge zur Verfügung um nach dem Ausrufen des Kriegsrechts in Polen militärische Aktivitäten der Sowjetunion an der sowjetisch-polnischen Grenze zu überwachen, 9.12.1980; nach einer Landung kubanischer Infiltranten in Panama beginnt die US-Marine mit der Überwachung der panamesischen Küste zur Verhinderung weiterer Infiltrationen, 25.4.1959.)
- 15) **Blockade:** Unterbindung des Zugangs – meist auf See – durch die Stationierung von Kräften auf Zufahrtswegen, verbunden mit der Drohung der Zerstörung oder Inbesitznahme von Verkehrsmitteln und Ladung zur Erzwingung einer gewünschten Handlung oder der Unterlassung einer unerwünschten Handlung. Da eine Blockade im Kriegsvölkerrecht eine Kriegshandlung darstellt, wurde sie außer in Kriegen (Korea 1950 – 1953, Vietnam 1972, Irak 1990/1991) nur einmal während der Kuba-Krise angewandt; (Kuba 24.10.1962, Blockade für alle Schiffe mit militärischer Ladung zur Verhinderung der Aufstellung weiterer Mittelstreckenraketen durch die UdSSR auf Kuba und die Erzwingung des Abbaus der bereits ins Land verbrachten Raketen.)
- 16) **Freiheit der Meere:** Befahren von Meeresteilen durch Seestreitkräfte, die nach der Internationalen Seerechtskonvention außerhalb der 12 Meilenzone und somit

zum freien Weltmeer gehören, die aber von Anrainerstaaten zu ihrer Hoheitszone erklärt haben bzw. befahren solcher Meeresteile in denen Anrainerstaaten eine informelle exklusive ökonomische, militärische- und juristische Nutzung beanspruchen; (Japanisches Meer, 15.6.1978: Nach verstärkten sowjetischen Flottenaktivitäten im Japanischen Meer, demonstrierten drei Kriegsschiffe der USA die Freiheit der Schifffahrt in diesem Teil des Pazifiks)

- 17) **Hilfe:** Unterstützung – meist in logistischer Form – für befreundete Staaten, die einer Bedrohung ausgesetzt oder in Kampfhandlungen verwickelt sind; (Transport nationalchinesischer Truppen durch die US-Marine nach dem Ausbruch des chinesischen Bürgerkriegs im April 1946; Zaire 24.11.1964: Nach der Geiselnahme westlicher Staatsbürger durch eine Revolutionsregierung in Stanleyville fliegt die US-Luftwaffe belgische Fallschirmjäger nach Stanleyville, die dann im Sprungeinsatz die westlichen Geiseln - hauptsächlich Belgier und Amerikaner befreien.)
- 18) **Abhaltung:** Die konkrete Blockierung feindlicher Einheiten, so daß jene nicht in der Lage sind, ihren Auftrag (Besetzung von Gebieten oder Stellungen) auszuführen; (Triest, 16.8.1947: Verbände der dort stationierten US-Army blockieren den Weg für 2000 jugoslawische Truppen, die in die westlichen Verwaltungszonen eindringen wollen.)
- 19) **Test:** Test der politischen und militärischen Entschlossenheit eines Widersachers in einer Krisensituation; (Berlin-Krise: 27.3.1959 Transportflüge von Westdeutschland nach West-Berlin durch die US-Luftwaffe in größeren Höhen als die üblichen 10000 Fuß. Nach Protesten durch die Sowjetunion und Beschattung der Transportflugzeuge wiederholte die USAF die am 4.4. und 15.4.1959, um die westliche Verhandlungsposition bei der am 11.5.1959 in Genf beginnenden Außenministerkonferenz der vier Mächte zu stärken und den sowjetischen Widerstandswillen zu testen¹³⁸¹.)
- 20) **Wiederherstellung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung:** Hilfe bei inneren Unruhen für befreundete und alliierte Staaten durch US-Truppen bzw. Positionierung von Streitkräften im Falle von Unruhen um eingreifen zu können; (Jungfern – Inseln, 20.9.1989: Nach schweren Wirbelstürmen kam es zu Plünde-

¹³⁸¹ vgl. Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 375 f.

rungen und Unruhen so daß, der Gouverneur Hilfe von den USA anforderte, die mit Militärpolizei, Pionieren, Küstenwache FBI und Polizei die Ordnung wieder herstellte. Nach Unruhen auf Haiti im August 1962 wurden das „Caribbean Ready Amphibious Squadron“ in haitianische Gewässer entsandt, um für alle Eventualfälle gerüstet zu sein.)

- 21) **Räumung von Seeminen:** Räumung von Seeminen in internationalen Gewässern und stark befahren Seehandelsstraßen, die entweder unbekanntem Ursprungs sind oder nach dem Ende von Kampfhandlungen; (Rotes Meer, 9.8.1984: Nachdem am 9.7.1984 ein sowjetisches Handelsschiff im Roten Meer auf eine Mine gelaufen war, gab der „Islamische Jihad“ bekannt, daß er 190 Minen im Roten Meer verlegt hätte. Internationale Minenräumkräfte aus der Sowjetunion, Frankreich, Italien, Großbritannien und den USA räumten daraufhin die Schifffahrtswege im Roten Meer frei.)
- 22) **Versorgung:** Versorgung der Zivilbevölkerung einer blockierten Region auf dem Luftweg, um eine Landblockade zu durchbrechen; (ein mal bei der Berlin-Blockade 24.6.1948 bis 12.5.1949 zur Versorgung von ca. 2 Millionen Westberlinern angewendet)

6.2.3.2. UdSSR

Für die Analyse der militärischen Diplomatie der UdSSR wurde hauptsächlich das Werk von Stephen S. Kaplan: *Diplomacy of Power*¹³⁸² herangezogen, das insgesamt weniger statistisch, dafür mehr analytisch angelegt ist wie das Werk von Blechman und Kaplan über die militärische Diplomatie der USA. In seinem Werk untersucht Kaplan 190 Fälle militärischer Diplomatie im Zeitraum vom Juni 1944 bis zum August 1979. Hierbei setzte die UdSSR in 158 Fällen ihr Militär als Zwangsinstrument ein (83,1 %) und in 32 Fällen als Instrument der kooperativen Diplomatie (16,8 %).¹³⁸³ Für den Zeitraum von 1946 bis 1978 ergibt sich daraus eine Fallzahl von 167, was einen Durchschnitt von 5 Anwendungen militärischer Diplomatie pro Jahr ergibt. (230 Fälle der USA im gleichen Zeitraum; 7 Fälle durchschnittlich pro Jahr) Die o. g. Übersicht der Kommission des Obersten Sowjets der UdSSR aus dem Jahre 1990 läßt erkennen, daß

¹³⁸² vgl. Stephen S. Kaplan: *Diplomacy of Power, Soviet Armed Forces as a Political Instrument*; Washington D.C. 1981

¹³⁸³ vgl Kaplan: a.a.O., S. 34

nach dem Ende des Untersuchungszeitraumes (August 1979) keine größeren Auslandseinsätze im Bereich der „power to hurt“ stattgefunden haben.¹³⁸⁴

Überblick

Auch Kaplan führt in seiner Analyse Fälle an, die nicht im engeren Sinne zu der „power to hurt“ oder der militärischen Diplomatie zu zählen sind, sondern eher in die Kategorie der „power to seize“, also des direkten Zugriff bzw. dessen Abwehr zu rechnen sind. Hier sind vor allem die Niederschlagung der Aufstände in der DDR vom 17. Juni 1953¹³⁸⁵, in Ungarn 1956 und die Ereignisse in der CSSR 1968 zu nennen.

Nachdem der andauernde Nutzen der Militärmacht für die Sowjetunion in bezug auf die Absicherung ihrer imperialen Sphäre in Osteuropa und durch die Verschiebung der Korrelation der Kräfte aufgezeigt und die sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie dargestellt wurde, soll nun mit der „power to hurt“ der konkrete okkasionelle Einsatz militärischer Diplomatie beleuchtet werden. Allerdings spiegelt sich in der Häufigkeit und der Qualität der militärischen Diplomatie – zumindest auch eine temporäre – Verschiebung der Korrelation der Kräfte wider. An dieser Stelle nicht in die Darstellung einbezogen sind permanente Stationierungen bzw. Routineoperationen der Streitkräfte, sondern nur solche Aktivitäten, die eine physische Veränderung, sei es der Stationierung, der Aktivitäten oder des Bereitschaftsgrades mit sich bringen.¹³⁸⁶

Kaplan unterteilte die sowjetischen Aktivitäten gemäß ihrem politischen Zweck in vier Kategorien¹³⁸⁷:

- 1.) Die Ausweitung des sowjetischen Territoriums und ihrer Autorität
- 2.) Die Aufrechterhaltung der eigenen Einflußsphäre und alliierter kommunistischer Regime

¹³⁸⁴ vgl. Sapper: a.a.O., S. 301 f.

¹³⁸⁵ die Ereignisse des 17. Juni 1953 wurden in dieser Analyse bewußt ausgeklammert, da die UdSSR hierbei als Besatzungsmacht in einer nicht souveränen DDR agierte und dies folglich nicht als Phänomen der Internationalen Beziehungen zu betrachten ist; gleiche Handlungsweisen aber mit **internationalem** Charakter liegen bei der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn 1956 und in der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ 1968 vor.

¹³⁸⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 15

¹³⁸⁷ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 34 f.

- 3.) Die Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit und die Schwächung von NATO-Staaten oder Neutralen
- 4.) Beziehungen zu Staaten der 3. Welt

zu 1.):

Zum Zwecke der Expansion ihres Territoriums oder der Vergrößerung ihrer Autorität setzte die UdSSR 26 mal Mittel der militärischen Diplomatie im Zeitraum vom Juni 1944 bis August 1979 ein. Hierbei markiert das Datum Juni 1944 denjenigen Zeitpunkt, an dem die Rote Armee das Territorium der Sowjetunion vollständig von der Nazi-Herrschaft befreit hatte und nun in Gebiete eindrang, die vor Ausbruch des Krieges nicht zu der Sowjetunion gehört hatten. Dieser politische Zweck der militärischen Diplomatie ist fast ausschließlich mit den Folgeerscheinungen und Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges verbunden, d. h. der „Befreiung“ der ost- und mitteleuropäischen Staaten von der Wehrmacht und deren anschließender Kontrolle. Neunzig Prozent der in dieser Kategorie aufgeführten Fälle fanden zwischen 1944 und 1948 statt. Ein Fall nach dem Ende des zweiten Weltkrieges betraf die Besetzung der Insel Haiyang in der Korea Bucht im März 1947 durch Marinestreitkräfte. Nur ein Fall dieser Anwendungsart ereignete sich nach 1951. (eine Machtdemonstration gegenüber Norwegen durch einen Flugkörper Test im September 1975 wegen Unstimmigkeiten in der Barents See)¹³⁸⁸

Als Hauptinstrument dienten hierbei vorzugsweise große Heereseinheiten (in 20 Fällen mehr als eine Division); bei 10 Gelegenheiten waren Luftwaffeneinheiten beteiligt, während die Marine nur an einem Fall beteiligt war.

zu 2.):

In 51 Fällen diente der Einsatz der „power to hurt“ im Untersuchungszeitraum der Aufrechterhaltung und dem Schutz verbündeter kommunistischer Regime. Hiervon betrafen 43 Fälle die Ausübung militärischen Zwangs, bei 8 Fällen handelte es sich um kooperative Diplomatie. Kaplan unterscheidet in dieser Kategorie vier verschiedene politische Zwecke

- a) Illoyalität eines kommunistischen Regimes gegenüber der Führungsmacht UdSSR in 9 Fällen. (zwei davon wurden schon unter dem Stichwort „power to

¹³⁸⁸ vgl. ebenda

seize“ abgehandelt) Als größerer Einsatz der „power to hurt“ nach dem Ende des Untersuchungszeitraums ist das Flottenmanöver „ZAPAD‘81“ vom September 1981 zu erwähnen, bei dem es in der Ostsee die größte Konzentration von See-streitkräften seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kam.¹³⁸⁹ Unter Beteiligung des VSTOL- Trägers „Kiew“, des Hubschrauberträgers „Leningrad“ und des Docklandungsschiffes „Iwan Rogow“ wurden ca. 5000 Marineinfanterie und Heeresseinheiten südlich Kap Taran abgesetzt. Obwohl eine solche Großübung lange Zeit vor geplant werden muß, hatte diese Machtdemonstration ebenfalls als Abschreckung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ gedacht und hatte gleichzeitig einen rückversichernden und induktiven Effekt gegenüber der polnischen Führung in dem die Sowjetunion demonstrierte, daß sie notfalls eingreifen würde, falls die polnische Führung keine wirksamen Schritte gegen die „Solidarnosc“ unternehmen würde. (Am 13. Dezember 1981 verhängte Parteichef und Ministerpräsident W. Jaruzelski das Kriegsrecht und zerschlug die damaligen Strukturen der Gewerkschaftsbewegung.)

- b) Innere Angriffe auf kommunistische Moskau – treue Regime in Osteuropa in 13 Fällen
- c) Reaktionen auf externen politischen Druck auf kommunistische Regime in 15 Fällen. Hierbei war 9 mal die DDR, 3 mal andere Staaten im Ostblock, 2 mal Kuba und ein mal Nordkorea betroffen. An zwölf der fünfzehn Fällen waren die USA beteiligt.
- d) Reaktionen auf externe militärische Angriffe auf einen Alliierten in Asien. In drei Fällen handelte es sich um den „Angreifer“ um die USA, wovon sich zwei Fälle dieser militärischen Diplomatie auf den Korea-Krieg bezogen; in den weiteren drei Fällen handelte es sich um die Volksrepublik China, die als Angreifer perzipiert wurde.

Bei den 8 Fällen von kooperativer Diplomatie in der 2. Kategorie handelt es sich in drei Fällen um Hafenbesuche der sowjetischen Marine (Albanien Mai 1954, Jugoslawien Mai 1956, China Juni 1956), drei Rückzüge von sowjetischen Truppen (2x China Mai 1955, Rumänien Mai 1958, der Beendigung aggressiver Patrouillen in der CSSR im

¹³⁸⁹ vgl. F. Heistenberg-Andersen: Das Manöver ZAPAD‘ 81; Der amphibische Teil in der Ostsee, in: Marinerundschau 12/1981, S. 634

März 1969 und der Beteiligung an der Suchaktion bezüglich der von Nordkorea abgeschossenen US-EC-121 im April 1969.

zu 3.):

Unter der Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit und der Schwächung von NATO-Staaten oder neutraler Staaten versteht Kaplan sowohl die defensive Verhaltensweise der Abwehr gegen die UdSSR gerichtetes bedrohliches Verhalten, als offensive Handlungen zur Schwächung oder Einschüchterung von NATO-Staaten oder blockfreien Staaten sowie Reaktionen auf instabile Situationen an den Grenzen der UdSSR.¹³⁹⁰ Von Juni 1944 bis August 1979 zählte Kaplan 45 Fälle von Zwangsdiplomatie und 19 Fälle kooperativer Diplomatie.¹³⁹¹ Einen Schwerpunkt dieser politischen Zwecke bildete die Bundesrepublik Deutschland (letztmals im Februar 1962) mit dreizehn Fällen und die Volksrepublik China (erstmalig 1965) mit 7 Fällen. Zwölf weitere Fälle trugen sich in Europa zu, elf weitere in Asien und zwei Fälle betrafen Kuba. Zehn mal blockierten oder behinderten sowjetische Heeresseinheiten den Zugang zu West-Berlin. Zwei mal wurden Flugzeuge in dem Luftkorridor nach Berlin beschossen.¹³⁹² Die Stationierung von Bodentruppen geschah zwei mal zu diesem Zweck. (einmal 1962 in Kuba und 1979 vor der Invasion in Afghanistan) (nochmals in der Dritten Welt in Ägypten ab Februar 1970) Fünf der 19 Fälle der kooperativen Diplomatie betrafen den Abzug sowjetischer Truppen, während später hauptsächlich die Marine für kooperative Diplomatie eingesetzt wurde.

zu 4.):

Nach Kaplan setzte die UdSSR innerhalb des Untersuchungszeitraums 41 mal ihre Streitkräfte zur Zwangsdiplomatie und fünf mal zu kooperativer Diplomatie im Bereich der Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt ein. Erstmals geschah dies durch einen Hafenbesuch in Syrien im September 1957. Bei dieser Zweck-Ziel-Mittel-Relation bildete der Einsatz während des Sechs-Tage-Krieges Israels mit seinen arabischen Nachbarn im Juni 1967 einen empirischen Wendepunkt, da ab diesem Ereignis die Häufigkeit der militärischen Diplomatie der UdSSR in der Dritten Welt bedeutend anstieg. In den zehn Jahren zwischen 1957 und 1967 fanden ein Viertel der Ereignisse statt, wäh-

¹³⁹⁰ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 39

¹³⁹¹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 35

¹³⁹² vgl. Kaplan: a.a.O., S. 40 f.

rend drei Viertel der Ereignisse zwischen 1967 und 1979 stattfanden.¹³⁹³ Hierbei hielten sich die Unterstützung für Alliierte bei internationalen Konflikten und die Unterstützung bei internen Konflikten gegen eine bewaffnete Opposition die Waage.¹³⁹⁴ Die Marine der Sowjetunion stellte das bevorzugte Instrument der militärischen Diplomatie in der Dritten Welt dar. In zwei Drittel der Fälle war die Marine beteiligt; in 40 % der Fälle war sie sogar als einzige Teilstreitkraft beteiligt. Die Luftwaffe war in der Hälfte der Fälle beteiligt (bei einem Drittel als alleinige Teilstreitkraft); wohingegen Heerestruppen nur ein mal bei der Luftverteidigung Ägyptens ab Februar 1970 und hierbei in Verbindung mit der Luftwaffe eingesetzt wurden.

Als Muster für die Art der eingesetzten Streitkräfte kann gelten, daß in Europa und Nordostasien häufig größere Heereseinheiten in Verbindung mit Kampfflugzeugen eingesetzt wurden, während in der Dritten Welt oder zum Schutz entfernter Alliierten häufig Marineeinheiten und Transportflugzeuge eingesetzt wurden. Von den 158 Fällen militärischer Diplomatie im Untersuchungszeitraum waren an 44 Fällen größere Streitkräftekontingente beteiligt; d. h. Heereseinheiten von mehr als einer Division, Luftwaffeneinheiten, die größer waren als ein Regiment oder mehr als fünf Marinekampfschiffe.¹³⁹⁵ Nach Stalins Tod und dem Abflauen der Ost-West Spannungen nach der Kuba-Krise ergaben sich für die Sowjetunion hauptsächlich drei Problemkreise, auf die sie mit groß angelegter militärischer Diplomatie reagierte: Einmal Fälle der Illoyalität innerhalb

¹³⁹³ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 42

¹³⁹⁴ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 43

¹³⁹⁵ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 52 f. Zur Verdeutlichung soll hier eine Liste dieser Einsätze militärischer Diplomatie nach Stalins Tod gegeben werden (die Interventionen in Ungarn 1956 und der CSSR 1968 und der Grenzkonflikt mit China 1969 wurden ausgelassen)

1. U.S. Intervention im Libanon,	Juli	1958
2. Westliche Präsenz in Berlin,	Juli	1961
3. Kuba Krise,	Oktober	1962
4. Grenzkonflikt mit China		1965
5. Grenzkonflikt mit China	Februar	1967
6. Beziehungen zur CSSR	Juli	1968
7. Beziehungen zu Rumänien	August	1968
8. Sicherheit des Regimes in der CSSR	Oktober	1968
9. Luftverteidigung Ägyptens	Februar	1970
10. Rückversicherung der DDR nach Abschluß des Vertrages mit der BRD	Oktober	1970
11. Beziehungen zu Rumänien	Juni	1971
12. Arabisch- Israelischer Krieg	Oktober	1973
13. Arabisch- Israelischer Krieg	Oktober	1973
14. Zypern Konflikt	Juli	1974
15. Beziehungen zu China	April	1978
16. Chinesische Invasion in Vietnam	Februar	1979

des Ostblocks und die Gegnerschaft Chinas nach 1960 sowie Konflikte befreundeter Staaten mit Alliierten der USA in der Dritten Welt.¹³⁹⁶

Die USA mischten sich militärisch nicht ein den Konflikt mit der Volksrepublik China oder in die Beziehungen zu den Mitgliedern des Warschauer Paktes ein. Hauptsächlich an der Peripherie des sowjetischen Machtbereiches und in der Dritten Welt kam es zu „Konfrontationen“ der beiden Supermächte mit den Mitteln der militärischen Diplomatie; wobei beide Seiten große Zurückhaltung übten, um eine Eskalation zu vermeiden. Nach der Kubakrise strebten beide Supermächte nicht danach, einseitige Gewinne auf Kosten der anderen Supermacht zu erzielen.¹³⁹⁷ Auf beiden Seiten herrschte ebenfalls große Zurückhaltung, sich in innerstaatliche Konflikte einzumischen, insbesondere konnten Guerillabewegungen auf Unterstützung durch Mittel der militärischen Diplomatie unterstützen, wenn sie gegen eine etablierte Regierung kämpften. Wahrscheinlicher allerdings wurde die Unterstützung, wenn es wie im Falle Angolas keine etablierte Regierung gab. Auch hier engagierte sich die Sowjetunion aber erst, nachdem sie feststellte, daß mit einem Engagement der USA nicht zu rechnen sei.¹³⁹⁸ Für aggressive Handlungen konnten befreundete Dritte Welt Länder ebenfalls nicht auf die militärisch/diplomatische Unterstützung der UdSSR rechnen. Nicht-staatliche Akteure hatten es besonders schwer, militärische Hilfe von der Sowjetunion zu erlangen. Insbesondere Breschnjew übte hier großen Zurückhaltung. Zwischen 1945 und 1979 standen sich in 23 Fällen größer sowjetische Einheiten und größere U.S. Einheiten gegenüber (allerdings 8 mal in kooperativen Handlungen); in der Mehrheit der Fälle fanden diese „Begegnungen“ mit Marinestreitkräfte statt.¹³⁹⁹

Nuklearwaffen als Mittel der militärischen Diplomatie wurden von der Sowjetunion - trotz mehrfacher verbaler Drohungen - nur einmal, während der Kuba-Krise eingesetzt, in dem sie deren Bereitschaftsgrad erhöhte. Eine Erklärung dafür könnte der generell niedrigere Bereitschaftsgrad der sowjetischen Atomwaffen und die Abneigung der sowjetischen Führung sein diesen zu erhöhen, da sie in einem solchen Bereitschaftsgrad größere Probleme der positiven Kontrolle diese Waffen hatte, als dies in den USA der

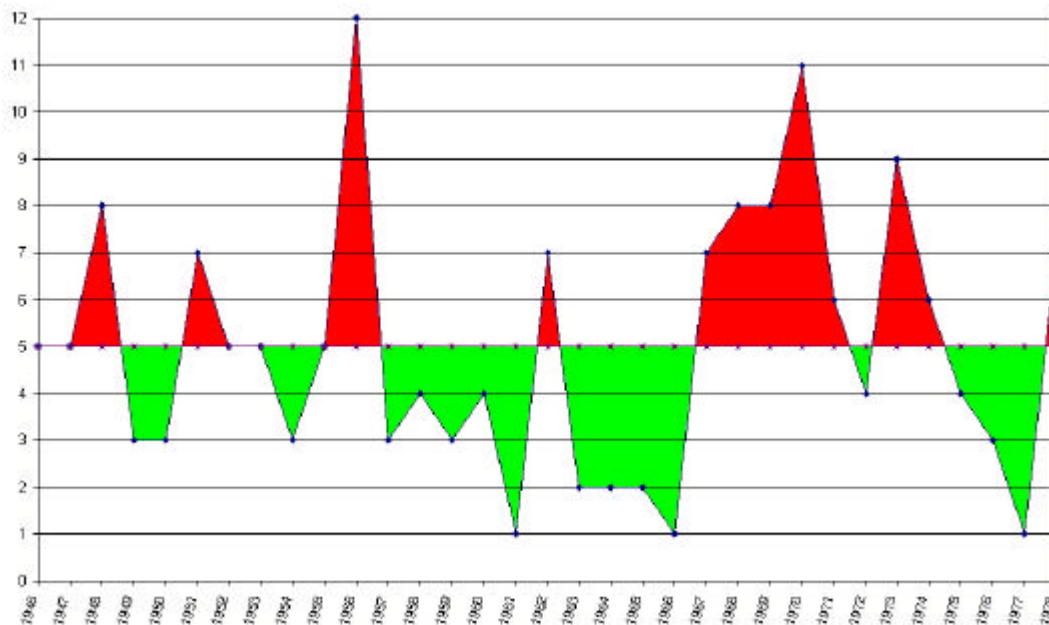
¹³⁹⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S.54

¹³⁹⁷ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 57

¹³⁹⁸ vgl. ebenda

¹³⁹⁹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 58

Fall war. Ebenfalls eine Rolle dürfte gespielt haben, daß die UdSSR erst zu Beginn der 70er Jahre die strategische Parität mit den USA erreichte.¹⁴⁰⁰



Anzahl der Fälle militärischer Diplomatie der UdSSR von 1946 – 1978. Über dem Durchschnitt von 5 Fällen militärischer Diplomatie pro Jahr liegende Ereignisse sind rot markiert, unter dem Durchschnitt liegende grün. Insbesondere hervorzuheben ist das Krisenjahr 1956 und das gesteigerte weltpolitische Engagement zwischen 1967 – 1975. Nach: Kaplan: *Diplomacy of Power*, Washington D.C. 1981.

Kategorisierung

Als Grundlage für die Kategorisierung dienen die Kapitel 3, 4 und 5 der Studie von Kaplan. Hierbei führte Kaplan schon eine grobe Kategorisierung durch, indem er die Anwendungsfälle der militärischen Diplomatie der UdSSR in die Zwecke „Expansion und Verteidigung des Kommunismus“, „Sicherheit der Revolution und des Heimatlandes“ und „Dritte Welt“ unterteilt. Auch bei dieser Kategorisierung ergibt sich die Schwierigkeit, die genannte Aktion genau in der Bandbreite der Zweck- Ziel- Mittelrelation zu verorten. Dies wurde einerseits dadurch abgemildert, daß auch hier nur auf operative und manifeste Zwecke eingegangen wird, ohne daß hierbei indirekte oder dahinterliegende Motivationen berücksichtigt werden konnten. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß mit einer Aktion – selbst wenn man nur ihre konkreten Erscheinungsformen betrachtet – immer einen praktischen und einen psychologischen Zweck erfüllen sollen, so daß eigentlich immer beide Zwecke angegeben werden müßten. Durch den

¹⁴⁰⁰ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 54 f.

Versuch, bei den Kategorisierung vom Allgemeinen zum Speziellen voranzuschreiten soll auch dieses Dilemma abgemildert werden. Für die entsprechend Kategorie werden jeweils Beispiele genannt.

Expansion und Verteidigung des Kommunismus

a) Ausweitung des Territoriums und des Einflusses¹⁴⁰¹

Hierbei wurden die meisten Aktionen im Zuge der Endphase des Zweiten Weltkrieges unternommen, so daß diese in dieser Betrachtung nicht berücksichtigt wurden.

- 1.) **Erzwingung** (s. auch S. 351): Aufmarsch von Streitkräften in Bulgarien und im besetzten Teil Irans an der Grenze zur Türkei im März 1946. Damit sollten Forderungen nach Abtretung von zwei türkischen Provinzen und nach Marinestützpunkten an den Dardanellen Nachdruck verliehen werden.
 - 2.) **Rückzug**: Kooperative Maßnahme des Abzuges sowjetischer Truppen von dem Gebiet befreundeter Staaten um die Beziehungen zu diesen Staaten zu verbessern. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Bulgarien fand im Dezember 1947, der Abzug aus Rumänien im Jahre 1958 statt.
 - 3.) **Aide mémoire**: (S. auch S. 352) latente Demonstration militärischer Stärke außerhalb einer Krise gegenüber Norwegen im September 1975 durch eine Flugkörper Test. Hintergrund waren Spannungen bezüglich der Grenzziehung in der Barents See.
 - 4.) **Feuerkampf**: Beschuß von US-Flugzeugen in der Zeit des chinesischen Bürgerkrieges welche die sowjetischen Stützpunkte In Port Arthur und Dairen überflogen
- b.) Schutz und Hilfe für kommunistische Regime
- 1.) **Rückversicherung**: Durch Hilfsleistungen oder Akte militärischer Diplomatie Unterstützung für ein kommunistisches Regime deutlich machen, das inneren oder äußeren Bedrohungen ausgesetzt war bzw. zur Demonstration weiterer Solidarität: Nach dem Abschluß des Deutsch- sowjetischen Vertrages im August 1970 demonstriert die UdSSR ihre weitere Solidarität mit der DDR durch ein

¹⁴⁰¹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 61 - 72

großes Manöver der Warschauer Pakt Truppen in der DDR im Oktober 1970; nach der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams durch die USA im April 1972 geht eine sowjetische Marinekampfgruppe in ca. 500 Seemeilen Entfernung von den amerikanischen Trägerkampfgruppen in Stellung. Im Zuge des Vietnamkrieges wurden Waffen an Nordvietnam geliefert und die dazu nötige Ausbildung von sowjetischen Instruktoren betrieben. So befanden sich ca. 10000 sowjetische Instruktoren in den Jahren des Vietnamkrieges in Nordvietnam.

- 2.) **Abschreckung:** Während des Mauerbaues gehen am 12./13.8. 1961 zwei sowjetische Divisionen um Berlin in Stellung, um die Westmächte vor einem Eingreifen abzuschrecken; im Zuge der „Pueblo“-Krise im Januar 1968 konzentrierte die sowjetische Marine 16 Kriegsschiffe, unterstützt von Seeaufklärungsflugzeugen, in unmittelbarer Nähe der amerikanischen Trägerkampfgruppen. Diese manövrierten zwischen der nordkoreanischen Küste und den amerikanischen Kriegsschiffen. Es kommt zu Behinderungen sogar zu einer Kollision eines sowjetischen Handelsschiffes mit einem amerikanischen Zerstörer.
- 3.) **Überwachung/Patrouillen:** Abriegelung der Grenzen Polens zur DDR im Juni 1956 und im Dezember 1970 um den Übertritt von Dissidenten und gesuchten Personen zu verhindern. Überwachungsmaßnahmen und die Weitergabe von Informationen durch Seestreitkräfte fanden auch während der „Pueblo“-Krise im Januar 1968 und vor Beginn der chinesischen Invasion in Nordvietnam im Februar 1979 statt.
- 4.) **Schutz:** Im Juli 1979 wurde ein Bataillon Fallschirmjäger auf den Flughafen Bagram bei Kabul verlegt, um diesen – für die Waffenlieferungen nach Afghanistan - wichtigen Stützpunkt vor Angriffen der Mudjahedin zu schützen.¹⁴⁰²
- 5.) **Hilfe** (insbesondere Waffenhilfe und Transportleistungen) während der Invasion der Volksrepublik China in Vietnam lieferte die UdSSR Waffen mit Hilfe einer Luftbrücke nach Vietnam. Nach dem Rückzug der Chinesen liefen sowjetische Kriegsschiffe in vietnamesische Häfen ein und vietnamesische Truppen wurden mit Hilfe sowjetischer Landungsschiffe und Transportflugzeugen in den Norden des Landes transportiert.

- 6.) **verdeckte Kampfhandlungen:** Nachdem die UNO-Streitkräfte durch das Eingreifen der Volksrepublik China in Korea zurückgeschlagen waren und sich eine stabile Front gebildet hatte entsandte die UdSSR im Jahr 1951 zwei Regimenter mit Mig- 15 Jagdflugzeuge nach Nordkorea und China ohne ihre Präsenz offiziell zuzugeben.¹⁴⁰³ Insgesamt nahmen im Verlauf des Krieges ca. 1000 – 1500 Jagdpiloten an der Luftverteidigung Nordkoreas teil. Diese beteiligten sich erst nachdem General Mac Arthur durch General Ridgeway ersetzt worden war und damit deutlich wurde, daß die USA keine weiteren offensiven Absichten verfolgten an Kampfhandlungen. Die Jagdpiloten flogen ausschließlich defensive Einsätze und kein einziger sowjetischer Pilot wurde über von den UNO-Truppen gehaltenem Gebiet abgeschossen. Weiterhin entsandte die UdSSR eine Artilleriedivision mit 5000 Mann und ca. 7500 Mann Flak- Personal nach Nordkorea, so daß sich Ende 1951 ca. 25000 Sowjetsoldaten in Nordkorea befanden;¹⁴⁰⁴ ab Sommer 1979 flogen sowjetische „Berater“ afghanische Kampfhubschrauber im Kampf gegen aufständische Mudjahedin.¹⁴⁰⁵
- 7.) **Übernahme der Luftverteidigung in Friedenszeiten:** Nachdem im Frühjahr 1978 ca. 39000 Mann der kubanischen Streitkräften auf verschiedenen Kriegsschauplätzen in Afrika engagiert waren (was ca. 20 % der Personalstärke der Kubanischen Armee entsprach). Zur Demonstration von Dankbarkeit und Solidarität entsandte die Sowjetunion ab April 1978 Jagdpiloten, welche die kubanische Luftverteidigung verstärkten. Ein Jahr später stellten amerikanische Geheimdienste eine sowjetische mechanisierte Brigade auf Kuba fest, die eine Personalstärke von ca. 3000 Mann hatte.¹⁴⁰⁶
- 8.) **Manöver/Demonstration:** Nachdem sich mehrere Grenzzwischenfälle zwischen der Volksrepublik China und Vietnam ereignet hatten, hielt die Sowjetunion im Juni 1978 Flottenmanöver im Seegebiet zwischen Taiwan und den Philippinen ab.
- 9.) **Besuch:** Zur Verbesserung der Beziehungen zu kommunistischen Staaten und zur Rückversicherung bedrohter Alliiertes setzte die Sowjetunion auch das Mit-

¹⁴⁰² vgl. Sapper: a.a.O., S. 69

¹⁴⁰³ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 91

¹⁴⁰⁴ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 92

¹⁴⁰⁵ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 146

tel des Flottenbesuchs ein. So zum Beispiel nach einer längeren Periode der abgekühlten Beziehungen zu Kuba im Juli 1969 und nach dem Überfall Chinas auf Vietnam im März 1979.

c.) Maßnahmen gegen illoyale kommunistische Regime

Neben den militärischen Interventionen gegen illoyale Regime im Warschauer Paktsystem in Ungarn 1956 und der CSSR 1968 sah sich Moskau auch zu einer Reihe von Maßnahmen der militärischen Diplomatie genötigt, um Warnungen an die Staatsführungen oder an die Bevölkerung verschiedener kommunistischer Regime im Ostblock zu übermitteln. Von diesen Maßnahmen waren Jugoslawien, Ungarn, CSSR und Rumänien.¹⁴⁰⁷

In den Fragen der Loyalität zu der Führungsmacht UdSSR ging es hauptsächlich darum, ein gewünschtes Verhalten zu erzwingen, bzw. die Unterlassung eines nicht gewünschten Verhaltens (also eine Modifikation eines Verhaltens) herbeizuführen oder latent die eigene Macht zu demonstrieren, um ein gefügigeres Verhalten zu induzieren (wohingegen die Kategorie „**Induktion**“ eine Verstärkung eines gewünschten Verhalten oder die Anregung zu einem intendierten Verhalten bedeutet). In den drei Fällen, die Jugoslawien betrafen, bediente sich die UdSSR jeweils eines **Aufmarsches** von Truppen an der Grenze auf ungarischem oder bulgarischem Gebiet. Im August 1949 sollte vor der Annahme eines amerikanischen Kredites oder zu enger Beziehungen mit den USA gewarnt werden. Im September 1951 drückte Stalin sein Mißfallen über amerikanische Waffenlieferungen durch eine Aufmarsch aus und im Oktober 1974 Breschnjew seines über einen Prozess gegen Moskau-hörige Oppositionelle in der jugoslawischen Kommunistischen Partei.

Neben der DDR hatte Polen die größte Bedeutung für die UdSSR im Warschauer Pakt. Als im Oktober 1956 die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei dabei war, den anti-Stalinisten Wladyslaw Gomulka zum neuen Parteichef zu wählen und Mann - K. Rokossovsky - als Verteidigungsminister zu entlassen, zeigte sich Moskau höchst alarmiert. Eine Delegation mit Parteichef Chruschtschow, W.Molotow, A.I. Mikojan und dem Oberkommandierenden der Warschauer Pakt Truppen, L. Kaganovich reiste daraufhin nach Warschau, um diese Wahl zu verhindern. Zur diplomatischen Unterstützung

¹⁴⁰⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 107

¹⁴⁰⁷ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 74 - 85

fand eine **Verlegung** von sowjetischen Bodentruppen nach Polen statt. Drei Divisionen wurden aus der DDR und eine Division wurde aus der Sowjetunion nach Polen entsandt, um die drei dort stationierten drei Divisionen zu verstärken. Sowjetische Kriegsschiffe erschienen in der Danziger Bucht. Gleichzeitig bewegten sich die im Westen stationierten Divisionen auf Warschau zu. Unterdessen mobilisierte Polen 50000 Mann an Betriebskampfgruppen und Truppen der inneren Sicherheit und Gomulka drohte, die Bevölkerung per Radio zum Widerstand aufzurufen. Polnische Einheiten eröffneten sogar das Feuer auf sowjetische Einheiten, die im Begriff waren, die Grenze von der DDR nach Polen zu überschreiten.¹⁴⁰⁸ Schließlich stimmte die sowjetische Führung den Personalveränderungen zu, nachdem Gomulka die Zusicherung gegeben hatte, das Monopol der Partei aufrechterhalten zu wollen. Drei Tage später brach der Aufstand in Budapest aus.

Bevor es zu großen Invasion am 21.8.1968 in die CSSR kam, versuchte die UdSSR und andere Warschauer Pakt Mitglieder durch militärische Diplomatie die Führung der CSSR von ihrem Reformkurs abzubringen. Hierfür wurden ab März 1968 mehrere **Manöver** an den Grenzen oder innerhalb der CSSR abgehalten. Noch Ende Juli 1968 wurde das Manöver „Nemen“ in der DDR, Polen und Ungarn abgehalten zu dem auch Reservisten eingezogen wurden. Gleichzeitig führten Marinestreitkräfte der Sowjetunion, Polens und der DDR zur **Abschreckung** möglicher westlicher Gegenmaßnahmen Flottenmanöver in der Nordsee und im Nordatlantik durch.¹⁴⁰⁹ Nachdem alle diplomatischen Bemühungen aus der Sicht Moskaus nichts bewirkt hatten, erfolgte der Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen in die CSSR in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968.

Insbesondere Rumänien verfolgte außenpolitisch einen eigenwilligen Kurs innerhalb des Warschauer Paktes. Als einziges Mitglied nahm es nicht an der Invasion der CSSR teil und es unterhielt gute Beziehungen zu China und Albanien. Als Warnung und **Aide Mémoire** verstärkte die UdSSR ihre Truppen an der rumänischen Grenze und in Bulgarien (**Aufmarsch**). Als Rumänien im Frühjahr 1971 seine Beziehungen sowohl zu China als auch zu den USA verbesserte (Vermittlung zwischen China und USA) und Gerüchte über einen Balkanpakt mit Jugoslawien und Albanien aufkamen, hielt die UdSSR im Juni 1971 (während sich N. Ceausescu zu einem Staatsbesuch in Peking größere **Ma-**

¹⁴⁰⁸ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 78

¹⁴⁰⁹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 83

növer an der rumänischen Grenze ab, an denen zehn sowjetische Divisionen beteiligt waren. Gleichzeitig führte die Schwarzmeer Flotte ebenfalls Manöver durch. Im August wurden dann gemeinsam mit Ungarn und der CSSR Manöver an der ungarisch-rumänischen Grenze abgehalten.

In der zweiten Krise um Polen 1980/81 führten Seestreitkräfte der UdSSR das o. g. **Manöver** „ZAPAD‘ 81“ (s. S. 358 f.) im September 1981 durch, das als letzte Warnung der UdSSR angesehen werden konnte, die instabilen Verhältnisse in Polen selbst zu bereinigen

Sicherheit der UdSSR und Schwächung der NATO

- 1.) **Allgemeiner Alarm der Streitkräfte:** Nur während der Kuba-Krise im Oktober 1962 gibt es, wie oben erwähnt, Anzeichen dafür, daß die UdSSR den Bereitschaftsgrad ihrer strategischen Nuklearwaffen als politisches Instrument der Diplomatie erhöht hatte.¹⁴¹⁰ In dieser schärfsten Krise des Kalten Krieges, in der eine bewaffnete Konfrontation der beiden Supermächte nur knapp verhindert wurde, erhöhte die UdSSR sowohl den Bereitschaftsgrad ihrer Strategischen Nuklearstreitkräfte als auch allgemein den Bereitschaftsgrad der Warschauer Pakt Streitkräfte, um die USA nach dem 22.10.1962 vor Angriffen auf sowjetische Truppen oder einer Invasion Kubas abzuschrecken. Ebenfalls ließ Moskau sechs ballistische Nuklearraketen tragende U-Boote in den Nordatlantik auslaufen. In der Krise um den sino-sowjetischen Grenzkonflikt vom März bis September 1969 versetzte die Sowjetunion alle Streitkräfte im Fernen Osten in Alarmbereitschaft,¹⁴¹¹ hielt Manöver an der Grenze zu China ab, traf ab Mitte August 1969 Vorbereitungen zur Zivilverteidigung in Kasachstan und stellte schließlich Ende August die höchstmögliche Einsatzbereitschaft der Luftstreitkräfte her.¹⁴¹² Verbunden mit den versteckten Drohungen bezüglich eines Angriffs auf die nuklearen Forschungs- und Produktionsstätten Chinas führte dieser maximale Druck auf die Volksrepublik China zu deren kurzfristigem Einlenken und zur Wiederaufnahme der Grenzverhandlungen.

¹⁴¹⁰ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 54

¹⁴¹¹ vgl. Kissinger: Memoiren, Bd. 1: a.a.O., S. 189

¹⁴¹² vgl. Kissinger: Memoiren, Bd. 1: a.a.O., S. 199 f.

- 2.) **Abschreckung:** Während des Mauerbaues in Berlin in der Nacht vom 12. auf 13. August 1961 gehen zwei sowjetische Divisionen um Berlin in Stellung, um die Westmächte vor einem eventuellen Eingreifen abzuschrecken;
- 3.) **Demonstration:** Nachdem nach in Kraft treten des Friedensvertrages und des „Sicherheitspaktes“ zwischen Japan und den USA Japan die Legitimität der sowjetischen Waffenstillstandskommission nicht mehr anerkannten, führten sowjetische Luft- und Marinestreitkräfte im Juni 1952 Manöver in der Nähe Hokkaidos durch; nachdem Japan ebenfalls die Republik (National) China anerkannt hatte, erfolgten über sechs Monate regelmäßige Verletzungen des japanischen Luftraumes durch sowjetische Mig Jäger; im November 1967 führen die seit März 1966 wieder in der Mongolischen Volksrepublik stationierten Truppen eine große Militärparade in Ulan Bator durch, nachdem sich die Beziehungen zur Volksrepublik China während der Kulturrevolution weiter verschlechtert hatten und die sowjetische Botschaft in Peking mehrere Wochen von „Roten Garden“ belagert worden war.¹⁴¹³
- 4.) **Aide mémoire:** Nachdem Dänemark sich während der Berlin Blockade näher an die Westmächte anlehnte und amerikanische Waffenlieferungen erhielt, führten sowjetische Luft- und Marinestreitkräfte Manöver in der Nähe Bornholms durch, während dessen diese mehrfach den dänischen Luftraum und dänische Hoheitsgewässer verletzten.
- 5.) **Vergeltung:** Nachdem am 2.3.1969 eine sowjetische Grenzpatrouille am Ussuri Fluß in einen chinesischen Hinterhalt geraten war und dabei 23 Soldaten getötet wurden, legte die Sowjetarmee am 15.3.1969 ihrerseits einen Hinterhalt für eine Chinesische Patrouille. Bei den neun Stunden andauernden heftigen Gefechten wurden auch Panzer und Artillerie eingesetzt.
- 6.) **permanente Truppenverstärkung:** Vor dem Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen Japan und der Volksrepublik China im August 1978 verstärkt die UdSSR ihre permanent auf den Kurilen – vor der nordjapanischen Küste gelegen- ihre permanente Garnison von 2000 auf 10000 Mann

¹⁴¹³ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 139

- 7.) **Blockade/Behinderungen:** Zur Erzwingung von Zugeständnissen der Westmächte blockierte die Sowjetunion mehrfach die Zugangswege nach West-Berlin. Erste Behinderungen und Zurückweisungen setzten im Januar 1948 ein.¹⁴¹⁴ Die umfassendste Blockade begann am 24.6.1948 und dauerte bis zum 12.5.1949.¹⁴¹⁵ Dies konnte nur mit der größten bis dahin errichteten Luftbrücke der Westalliierten umgangen werden. Auch danach und insbesondere während der zweiten Berlin-Krise beginnend ab Januar 1958 und auch im Februar 1959 wurde der Berlinverkehr der Alliierten schwer behindert.¹⁴¹⁶ In abgeschwächter Form wurden Behinderungen des Luftverkehrs sowie des Straßen- und Schienenverkehrs nach Berlin noch bis zum Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im Jahre 1971 vorgenommen (insbesondere bei Sitzungen des Bundestages oder bei Wahlen des Bundespräsidenten in Berlin).
- 8.) **Eventualfall Reaktion:** Während der Besetzung Nordzyperns durch die Türkei und erhöhter Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland versetzte die Sowjetunion Luftlandtruppen in Alarmbereitschaft und führte Truppenverlegungen innerhalb Bulgariens durch als Vorsichtsmaßnahme gegen einen Kriegsausbruch zwischen Griechenland und der Türkei.¹⁴¹⁷
- 9.) **Provokation von Grenzzwischenfällen:** Während insgesamt die UdSSR sich in der politischen Defensive in der Frage chinesischer Gebietsansprüche in der Krise vom März bis September 1969 befand (negative „power to seize“) waren ihre operativen Ziele (Erzwingung von Verhandlungen über das Grenzregime, Abschreckung Pekings vor weiteren Aktionen, Erzwingung der Anerkennung des Status quo durch Peking) offensiver Natur. Hierzu provozierte die UdSSR eine Reihe von bewaffneten Grenzzwischenfällen mit China (beginnend ab dem 15.3.1969 und insbesondere auch an der Dsungarischen Pforte am 13.8.1969).¹⁴¹⁸
- 10.) **Schwächung der NATO durch Rüchversicherung und Demonstration:** Konflikte innerhalb der NATO, die unter den Mitgliedern auch mit Mitteln der militärischen Diplomatie ausgetragen wurden eröffnete der Sowjetunion die Mög-

¹⁴¹⁴ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 119

¹⁴¹⁵ vgl. Adomeit: a.a.O., S. 125 ff.

¹⁴¹⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 124 ff.

¹⁴¹⁷ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 137

lichkeit, für eine Seite Partei zu ergreifen oder aus dem Konflikt einen diplomatischen Nutzen zu ziehen. So führten im Mai 1973, während des sogenannten „Kabeljau-Krieges“ zwischen Island und Großbritannien die Sowjetunion See-Manöver mit 10 Kriegsschiffen und 10 U-Booten in der Nähe Islands durch. Hierdurch sollte Island die moralische Unterstützung der Sowjetunion signalisiert werden, nachdem London Kriegsschiffe in die umstrittene Fischereizone entsandt hatte; als Rückversicherung der Türkei in der Zypern-Krise im Juli 1974 verstärkte die UdSSR ihre Mittelmeer Eskadra und verlegte eine Kampfgruppe mit Kreuzern und Zerstörern als Gegengewicht gegen die amerikanische Marinepräsenz in die Nähe Zyperns.¹⁴¹⁹

Militärische Diplomatie in der Dritten Welt

- 1.) **Rückversicherung:** Zur Demonstration der Solidarität mit der syrischen Regierung entsandte die Sowjetunion erstmals am 21.9.1957 einen Kreuzer und einen Zerstörer in ein Land der Dritten Welt- Syrien. Dies geschah eher am Ausklang der Krise vom August/September 1957 als saudische Vermittlungsbemühungen im Gange waren und es unwahrscheinlich war, daß die USA oder die Türkei militärische Maßnahmen gegen Syrien ergreifen würden; nachdem der Irak im März 1973 Teile kuwaitischen Gebietes besetzt hatte, Besuchte im April 1973 der Oberkommandierende der sowjetischen Flotte, Admiral Gorschkow, mit vier Kriegsschiffen einen irakischen Hafen.¹⁴²⁰
- 2.) **Erhöhte Alarmbereitschaft**
- 3.) **Eventualfall Reaktion:** Nach dem Ausbruch des „Yom-Kippur-Krieges“ erhöhte die UdSSR die Alarmbereitschaft von sieben Luftlandedivisionen. Allerdings benötigte sie die Lufttransportkapazität der Luftwaffe für die anlaufende Luftbrücke zur Versorgung Ägyptens und Syriens mit dringend benötigten Nachschub mit Waffen.
- 4.) **Geiselfunktion/Abschreckung:** Da es der sowjetischen Flotte an der Fähigkeit der Projektion von Macht an die Küste mangelte, konnte sie keine glaubwürdige

¹⁴¹⁸ vgl. Kissinger: Memoiren, Bd 1: a.a.O., S. 193 und Kaplan: a.a.O., S. 140

¹⁴¹⁹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 135 ff.

¹⁴²⁰ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 178

Bedrohung für gut gerüstete Staaten in der Dritten Welt darstellen. Als einzige Möglichkeit blieb ihr damit, sich in bedrohte Gebiete hinein zu begeben, in der Hoffnung, durch eine Geiselfunktion eine Abschreckung des Gegners des eigenen Klientelstaates zu erreichen, da dieser keinen militärischen Konflikt mit der Sowjetunion als ganzes riskieren würde. Unmittelbar nach der Versenkung des israelischen Zerstörers „Eilat“ durch ägyptische Schnellboote im Oktober 1967 besuchten sowjetische Flotteneinheiten den ägyptischen Hafen Port Said, um durch die Geiselfunktion Israel vor einem Angriff abzuschrecken.¹⁴²¹

- 5.) **Abschreckung:** Die Abschreckung von Angriffen weniger gut gerüsteter Staaten oder die Verwehrung ganz bestimmter Angriffsoptionen konnte die sowjetische Marine aber durchaus erfüllen, insbesondere dann, wenn vor einem Angriff durch leichte Seestreitkräfte abgeschreckt werden sollte. Am 22.11. 1970 führten ca. 400 portugisische Soldaten ein amphibisches Kommandounternehmen zur Zerstörung von Einrichtungen der Befreiungsorganisation PAIGC in Guinea durch. Beginnend ab dem 24.12.1970 errichtet die sowjetische Marine eine weitgehend permanente Marinepräsenz um Portugal vor weiteren Angriffen auf Guinea abzuschrecken;¹⁴²² aber auch mit Landstreitkräften führte die UdSSR eine Abschreckungsaktion durch: während des indisch-pakistanischen Krieges fand ein sowjetischer Truppenaufmarsch an der chinesischen Grenze statt, um die Volksrepublik China vor einem Eingreifen zu Gunsten Pakistans abzuschrecken.¹⁴²³
- 6.) **Patrouillen:** Im Dezember 1975 patrouilliert ein „Alligator“-Landungsschiff der sowjetischen Marine vor der angolanischen Küste, um eventuelle Infiltrationen durch die zairische Marine oder der FNLA auf die angolanische Enklave Cabinda (Ausladepunkt für sowjetische Frachtschiffe) zu entdecken und zu unterbinden.
- 7.) **Erzwingung:** Im Oktober 1968 brachte Ghana zwei sowjetische Fischtrawler auf und internierte deren Besatzung. Nach erfolglosen Verhandlungen entsandte die Sowjetunion im Februar 1969 vier Kriegsschiffe in den Golf von Guinea,

¹⁴²¹ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 168

¹⁴²² vgl. David K. Hall, in: Kaplan: a.a.O., S. 553 ff.

¹⁴²³ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 184

woraufhin die Fischtrawler und die Besatzung im März 1969 freigelassen wurden.¹⁴²⁴

- 8.) **Feuerkampf:** Zur Unterstützung der äthiopischen Zentralregierung beschießt im Januar 1978 ein sowjetisches Landungsschiff Stellungen der eritreischen Befreiungsfront EPLF an vor dem Hafen Massawa am Roten Meer.¹⁴²⁵
- 9.) **Übernahme der Luftverteidigung:** Im Sommer 1969 hatte sich der „Abnutzungskrieg“ zwischen Ägypten und Israel immer weiter zugespitzt. Ab Dezember 1969 drang die israelische Luftwaffe fast ungehindert, tief in den ägyptischen Luftraum ein. Aufgrund der Bitte von Präsident Nasser verlegte die UdSSR ab Januar 1970 bis zu 21000 Mann, darunter 200 Jagdpiloten mit Mig-21 Jagdflugzeugen und 75 bis 85 FlaRak Batterien und dazugehörige Radarstationen. Sechs Flugplätze wurden von sowjetischem Personal übernommen. nachdem einige israelische Flugzeuge durch sowjetische Truppen abgeschossen wurden, stellte Israel ab Mitte April 1970 stellte Israel die Langstreckeneinsätze seiner Luftwaffe ein und beschränkte sich auf die Bombardierung von Zielen in der Suez –Kanal- Zone. Das politische Überleben Präsident Nassers war damit gesichert. Im August 1970 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Die sowjetische Luftverteidigung wurde Anordnung von Präsident Sadat im Juli 1972 abgezogen.¹⁴²⁶
- 10.) **verdeckte Kampfhandlungen:** Mit hoher Wahrscheinlichkeit beteiligten sich sowjetische Luftwaffensoldaten an den Bürgerkriegen im Nordjemen (ab November 1967), im Sudan 1970/71 und an Operationen gegen die Kurden im Irak 1974/75. Sowjetische Piloten flogen jeweils komplexe Jagdflugzeuge, Hubschrauber oder Bomber der einzelnen Luftwaffen, die von einheimischen Piloten nicht beherrscht werden konnten; durch den Abschluß eines sowjetischen Hubschrauberpiloten durch die EPLF- Befreiungsfront in Eritrea im Dezember 1978 wurde offenbar, daß sowjetische Piloten auch in Kampfhandlungen in Eritrea in der äthiopischen Luftwaffe gegen die Aufständischen kämpften.¹⁴²⁷

¹⁴²⁴ vgl. David K. Hall, in: Kaplan: a.a.O., S. 519

¹⁴²⁵ vgl. Colin Legum, in: Kaplan: a.a.O., S. 622

¹⁴²⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 170 f.

¹⁴²⁷ vgl. Colin Legum, in: Kaplan: a.a.O., S. 626

- 11.) **Neutralisierung/Beschattung/Abschreckung von Gegeninterventionskräften:** Wie oben erwähnt, stellte der Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 die Wasserscheide der sowjetischen militärischen Diplomatie dar. Seit dieser Zeit hat die sowjetische Marine in den Nahost-Krisen eine enge Beschattung der Trägerkampfgruppen der 6. US-Flotte durchgeführt. Wurde dies im Juni 1967 noch durch einzelne Zerstörer durchgeführt, formierte die Sowjetmarine bei der Jordanien-Krise im September 1970 schon ganze Anti-Träger-Kampfgruppen. Als die Sowjetunion mit einem einseitigen Eingreifen in den Nahost-Konflikt im Zuge des „Yom-Kippur-Krieges“ vom Oktober 1973 gedroht hatte wurde weltweit für die amerikanischen Streitkräfte am 25.10.1973 DEFCON 3 befohlen. Danach befanden sich die US-Marinestreitkräfte im östlichen Mittelmeer in einem Zustand zu dem der damaligen Stabschefs der Marine bemerkte: „I doubt that major units of the U.S. Navy were ever in a tenser situation since World War II ended than the Sixth Fleet in the Mediterranean was for ... (that) week.“¹⁴²⁸ Jeder der drei US-Flugzeugträger wurde von einer sowjetischen Anti-Trägerkampfgruppe beschattet, die sich in einem hohen Bereitschaftsgrad befanden und ab dem 26.10.1973 mit ausgedehnten anti-Träger Manöver begannen;¹⁴²⁹ Am 31.10.1973 bestand die Stärke der sowjetischen Marine im Mittelmeer aus 34 Überwasserkampfschiffen, 23 U-Booten und 9 Landungsbooten (mit Waffenlieferungen) und 30 Hilfsschiffen; während des sowjetischen Eingreifens in Angola hielt die sowjetische Marine im Januar 1976 in der Nähe der Straße von Gibraltar eine Anti-Träger Kampfgruppe bereit, um ein eventuelles – aber niemals geplantes – Eingreifen von US-Marinestreitkräften zu konterkarrieren.¹⁴³⁰
- 12.) **Führung:** Mit großer Wahrscheinlichkeit leitete General Wassili Petrow, der stellvertretende Kommandeur des Heeres der Sowjetarmee, die Gesamtoperationen der von kubanischen und äthiopischen Truppen ab Februar 1978 vorgetragenen Gegenoffensive, die den Ogaden von den somalischen Truppen befreite; im Mai 1978 kommandierte er mit Hilfe von 50 –250 sowjetischen Offizieren die

¹⁴²⁸ Kaplan: a.a.O., S. 186

¹⁴²⁹ vgl. Paul Jabber/Roman Kolkowicz, in: Kaplan: a.a.O., S. 459

¹⁴³⁰ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 197 f.

von äthiopischen Einheiten durchgeführte Offensive gegen die EPLF- Befreiungsfront in Eritrea.¹⁴³¹

- 13.) **Transport:** Nach dem Umsturz im Nordjemen und dem Ausbruch des Bürgerkrieges im September 1962 werden zur Unterstützung der republikanischen Seite ägyptische Truppen von sowjetischen Transportflugzeugen in den Nordjemen geflogen; zwei sowjetische Landungsschiffe bringen im April 1973 marokkanische Truppen von Oran nach Syrien (der ursprüngliche Angriffstermin für den Krieg gegen Israel war Mai 1973 geplant);¹⁴³² im Januar 1976 bringen Flugzeuge der „Aeroflot“ kubanische Truppen nach Angola.
- 14.) **Besuch:** Nach dem Militärputsch vom Oktober 1969 in Somalia beginnen ein sowjetischer Kreuzer und ein Zerstörer eine Serie von Hafenbesuchen in somalischen Häfen, um die Solidarität der UdSSR mit dem neuen Machthaber Siad Barre zu demonstrieren.
- 15.) **Räumung von Seeminen:** Nach dem Ende des indisch-pakistanischen Krieges räumen sowjetische Minenräumboote Häfen im neu gegründeten Staat Bangladesch.
- 16.) **Waffenlieferung qua Luft- und Seebrücke:** Beginnend im September 1960 im Kongo versorgte die UdSSR verschiedentlich befreundete Staaten oder nicht-staatliche Akteure in Krisensituationen mit Ausrüstungsgegenständen und Waffen. Insbesondere war dies im Juni 1967 und im Oktober 1973 während der Nahost Kriege mit Ägypten und Syrien der Fall. Ebenfalls wurde der marxistisch orientierten Befreiungsbewegung MPLA in Angola ab März 1975 und ab Oktober 1975 den dort stationierten kubanischen Truppen auf diese Weise Waffen geliefert; nach dem Bündniswechsel und dem Angriff Somalias auf Äthiopien begann die UdSSR im Dezember 1977 ebenfalls mit einer See- und Luftbrücke nach Äthiopien, um dem neuen Alliierten mit Waffenlieferungen gegen Somalia zu unterstützen.

¹⁴³¹ vgl. Colin Legum, in: Kaplan: a.a.O., S. 624 ff.

¹⁴³² vgl. Kaplan: a.a.O., S. 178

6.2.3.3. Analyse der „power to pacify“ im Kalten Krieg

Obwohl in der Phase des Ost-West Konfliktes von 1945 bis 1991 der Schwerpunkt der Zielsetzung der meisten Militärmachteinsätze auf der „power to seize“ und der „power to hurt“ lag gab es doch auch einige Einsätze der Supermächte – oder genauer der USA – die eher auf die „power to pacify“ ausgerichtet waren. Diese „power to pacify“ wurde aber außerhalb der UNO-Blauhelm-Regularien ausgeübt. Zum einen deshalb, weil sich ein Konsens herausgebildet hatte, daß die fünf permanenten Mitglieder des Weltsicherheitsrates sich nicht an Blauhelm-Aktionen beteiligen,¹⁴³³ zum anderen, weil ein Konsens der Supermächte im Sicherheitsrat selten zu erzielen war.

6.2.3.4. USA

Für die USA lassen sich m. E. vier Einsätze von Militärmacht identifizieren, die nach Morris Janowitz mit einem Minimum an Gewalteininsatz die Errichtung stabiler internationale Beziehungen zu errichten bzw. zu unterstützen suchen und weniger den militärischen Sieg als Ziel verfolgen.

Die Blockade des Sicherheitsrates machte es für die USA zweimal notwendig, internationale „Friedenstruppen“ zu organisieren, die aus westlich orientierten Staaten zusammengesetzt waren und kein Mandat des Weltsicherheitsrates besaßen.

Nachdem es den USA gelungen war durch den Abschluß des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel am 26.3.1979 in Washington, den Einfluß der Sowjetunion im Nahen Osten weitgehend zurückzudrängen, mußte die USA die Einhaltung der Bestimmungen garantieren. (das Mandat der nach dem „Yom-Kippur“-Krieg stationierten UNEF II Friedenstruppe war am 24.7.1979 ausgelaufen und nicht mehr verlängert worden) Israel hatte sich darin verpflichtet, die besetzte Sinai-Halbinsel innerhalb von drei Jahren zu räumen. Im August 1981 wurde vereinbart eine internationale Friedenstruppe aufzustellen, die an der Ostküste der Halbinsel Sinai und an der israelischen Grenze stationiert werden sollte und die Aufgabe hat, die Entmilitarisierung des Grenzgebietes zu überwachen und die Freiheit der Schifffahrt im Golf von Akaba zu garantieren.¹⁴³⁴

Diese **Multinational Force and Observers (MFO)** genannte Beobachtertruppe wurde

¹⁴³³ vgl. Anthony Kellett: Soviet and Russian Peacekeeping 1948 – 1998: Historical Overview and Assessment, in: The Journal of Slavic Military Studies, No. 2, Juni 1999, S. 1

¹⁴³⁴ vgl. The Military Balance 1991-1992, IISS, London 1991, S. 237

nach dem vollständigen Abzug der Israelis aus dem Sinai am 25.4.1982 stationiert und hatte 1991 eine Stärke von 2600 Mann, von denen ca. 500 (ein Infanteriebataillon) von den USA gestellt werden.¹⁴³⁵

Ein weiteres mal sahen sich die USA gezwungen eine von der UNO unabhängige Friedenstruppe aufzustellen, als israelische Streitkräfte im Sommer 1982 den südlichen Teil des Libanon und Beirut besetzten. In einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Syrien, Libanon und Israel war vereinbart worden, daß die Guerilla- Kämpfer der PLO aus dem Libanon evakuiert werden sollten. Zur Abwicklung dieses Abkommens landeten ab dem 21.8.1982 französische, amerikanische, italienische und britische Truppen in Beirut. nachdem am 1.9.1982 der Abzug der PLO vollendet war, wurde die **Multi-National Force (MNF)** wieder abgezogen. Kurz darauf verübten christliche Milizen nach der Ermordung des christlichen Präsidenten B. Gemayel an palestinensischen Flüchtlingen. Auf Wunsch der italienischen Regierung wurde nun die MNF eingesetzt, um Ruhe und Ordnung in Beirut wieder herzustellen. Am 29.9.1982 gingen erneut zwei Kompanien Marineinfanterie an Land.¹⁴³⁶ Im Oktober 1982 hatte das US-Kontingent eine Stärke von 1200 Mann erreicht. In der Folgezeit wandelte sich aber der Auftrag der MNF. Unter Aufgabe der strikten Neutralität im libanesischen Bürgerkrieg sollte nun die Regierung des christlichen Präsidenten A. Gemayel unterstützt und der Aufbau einer libanesischen nationalen Armee gefördert werden. Dies machte die MNF, insbesondere die französischen und amerikanischen Einheiten, zur Zielscheibe für die „Freiheitskämpfer“ des „Islamischen Jihad“. Ein erstes Autobomben Attentat wurde auf die US-Botschaft am 18.4.1983 verübt. Zunehmend wurde die MNF, inzwischen mit schweren Waffen ausgerüstet, in Kämpfe verwickelt. Am 23.10.1983 fand ein verheerendes Bombenattentat statt, bei dem 241 amerikanische Marineinfanteristen getötet wurden. Zunehmend schwand die politische Unterstützung für die US-Aktion in der Bevölkerung und im Kongreß. Nachdem die US-Marinekampfflugzeuge zur Vergeltung weiterer Angriffe am 4.12.1983 syrische Radar – und FlaRak- Stellungen bombardiert hatten, wurden die 1800 Marineinfanteristen der MNF am 26.2.1984 abgezogen.

Der umgekehrte Fall, bei dem zwei ursprünglich nicht als Friedenseinsatz konzipierte Unternehmen sich schließlich doch zu einem unparteiischen, stabilisierenden Faktor entwickelten ist bei zwei weiteren US-Militäraktionen zu beobachten.

¹⁴³⁵ vgl. The Military Balance 1991-1992, IISS, London 1991, S. 28

¹⁴³⁶ vgl. Anderson: a.a.O., S. 184

Dies war einmal bei dem Einsatz von 14000 Mann Marineinfanterie und Heereseinheiten im Libanon vom 15.7.1958 bis 28.10.1958. Die ursprünglichen Ziele der Mission waren eine großangelegte Stabilisierung der Region (nach dem Umsturz im Irak) zu erreichen. Insbesondere wollte Außenminister Dulles eine Ausbreitung des Nasserismus und des Kommunismus verhindern, die UdSSR vor Abenteuern abschrecken, den christlichen Präsidenten Chamoun schützen und einen Umsturz in der Zeit der Unruhen im Libanon zu verhindern.¹⁴³⁷ In der Folgezeit wurden die amerikanischen Ziele aber auf die Stabilisierung der Situation im Libanon beschränkt. Dies gelang einmal durch die geschickte Verhandlungsdiplomatie des US-Unterhändlers Murphy als auch durch die Wahl eines neuen überparteilichen Präsidenten gelang. Der Effekt der US-Intervention war die Stimulation der verstärkten Suche nach innenpolitischen Lösungen der Krise im Libanon.¹⁴³⁸

Ein ähnlicher Effekt ist bei der US-Intervention in der Dominikanischen Republik vom 28.4.1965 bis zum September 1966 zu beobachten. Der ursprüngliche Zweck der Intervention war nach einem Putschversuch von gemäßigt linken Offizieren ein zweites Kuba zu verhindern und die Situation im Sinne der USA zu stabilisieren und die Loyalisten zu unterstützen. (offiziell wurde das Eingreifen mit dem Schutz amerikanischer Staatsbürger begründet)¹⁴³⁹ Nachdem die US-Regierung mehrfach den politischen Zweck der Intervention abgeändert hatte,¹⁴⁴⁰ setzte sich im März 1966 der Kurs der strikten Neutralität innerhalb der US-Administration durch und durch die Abhaltung freier Wahlen im Juni 1966 konnte die Situation schließlich stabilisiert werden. Bis zum Abzug wurden die US Truppen von Kontingenten aus Brasilien, Costa Rica, Honduras, Nicaragua und Paraguay verstärkt. Diese Truppe wurde dann Inter- American-Peace Force genannt.¹⁴⁴¹ J. Slater kommt abschließend zu dem Fazit: „Though U.S. Forces remained in the Dominican Republic for eighteen month, after the first weeks their primary function was less to occupy the country than keep the peace, less to dictate U.S. objectives than to ensure that the majority of Dominicans could give effective expression to their own political will.“¹⁴⁴²

¹⁴³⁷ vgl. William B. Quandt, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 232 ff.

¹⁴³⁸ vgl. Quandt, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 248

¹⁴³⁹ vgl. Jerome N. Slater, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 307 und 310

¹⁴⁴⁰ vgl. Slater, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 320

¹⁴⁴¹ vgl. Slater, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 331

¹⁴⁴² Jerome N. Slater: The Dominican Republic 1961 – 1966, in: Blechman/Kaplan: a.a.O., S. 340

6.2.3.5. UdSSR

Die Erfahrungen der Sowjetunion mit „peace keeping“ nach 1945 sind sehr begrenzt. Im Jahre 1964 schlug im Zuge der Definition von Blauhelm Operationen die UdSSR eine Katalog von Richtlinien vor, der auch die Vorgabe enthielt, daß sich ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrates nicht an „peace keeping“ Operationen beteiligen sollten.¹⁴⁴³ Während der vierzig Jahre zwischen 1948 und 1987 beteiligte sich die UdSSR nur ein mal ab 1973 an einer Beobachter Mission der Vereinten Nationen (UNTSO auf dem Sinai, im Libanon und in Syrien). Zwei mal leistete die UdSSR logistische Unterstützung in dem sie Nachschub für die ONUC 1960 per Flugzeug in den Kongo transportierte und österreichische und finnische Truppen 1973 für UNEF II auf die Sinai-Halbinsel flog.

Erst mit dem Sieg der „Perestroika“- Politik Gorbatschows änderte sich diese Praxis. In der Zeit zwischen 1988 und 1991 beteiligte sich die Sowjetunion an fünf der neun UNO „peace keeping“ Operationen, die in diesem Zeitraum begonnen wurden. Diese Beteiligung bestand aus dem Lufttransport kanadischer Truppen zur Überwachung des Waffenstillstandes zwischen den Irak und dem Iran 1988, der Gestellung von Wahlbeobachtern in Namibia 1989, von Beobachter in der West Sahara und an der Demarkationslinie zwischen Irak und Kuwait sowie von Verbindungsoffizieren in Kambodscha.¹⁴⁴⁴ An „peacekeeping“ Operationen oder Operationen, die hier als „power to pacify“ definiert wurden, hat sich die UdSSR während ihre Existenz nicht beteiligt.

¹⁴⁴³ vgl. Kellett: a.a.O., S. 3

¹⁴⁴⁴ vgl. Kellett: a.a.O., S. 3 f.

7. Ausblick und Synopse

7.1. Das Internationale System der postkonfrontativen Periode

Neben der fortdauernden Dominanz des Nationalstaates, überlagert von einem dichten Netz internationaler Organisationen und NGOs, lassen sich im heutigen Internationalen System deutliche Anzeichen der Desintegration ausmachen, die auch für den Einsatz militärischer Macht von entscheidender Bedeutung sind. Am Beispiel Westafrikas verweist so z. B. Robert D. Kaplan auf die Tatsache, daß zunehmende Anarchie das Internationale System des 21. Jahrhunderts prägen werde.¹⁴⁴⁵

Immer häufiger lösen sich in bestimmten Regionen der Welt nationale Regierungen auf, Staaten implodieren unter erheblicher Freisetzung von Gewalt.¹⁴⁴⁶

Staatsgrenzen werden in diesen Regionen zunehmend bedeutungslos, während ethnische Klans, religiöse Sekten oder Drogenkartelle um die Macht in geographischen Regionen (nicht Staaten) kämpfen. Selbst in nach außen stabilen Nationalstaaten können herkömmliche Regierungsstrukturen bereits neben Mafia- oder Warlord-Strukturen koexistieren, die zunehmend Regierungsfunktionen übernehmen. Verfallsprozesse haben auch zu der Entstehung von Stadtstaaten wie zu antiker griechischer Zeit geführt, die von den übrigen Landesteilen abgeschnitten sind.¹⁴⁴⁷

Diese neuen sozialen Einheiten – für welche die noch weitgehend in Kategorien 19. Jahrhunderts operierende Diplomatie noch keine Begrifflichkeit und keine Reaktionsmuster entwickelt hat – operieren quasi in einem rechtlosen Zustand, während nationale Streitkräfte selbstverständlich an geltendes Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht gebunden sind.¹⁴⁴⁸

¹⁴⁴⁵ vgl. Robert D. Kaplan: The Coming Anarchy, in: The Atlantic Monthly, Februar 1994, S. 50

¹⁴⁴⁶ vgl. Kaplan: a.a.O., S. 51

¹⁴⁴⁷ vgl. Ralph Peters: After the Revolution, in: Parameters, Summer 1995, S. 9. Peters nennt hier Städte wie Cali in Kolumbien, Sarajewo in Bosnien und Kabul in Afghanistan.

¹⁴⁴⁸ vgl. Peters: a.a.O., S. 10

R. Peters sieht sogar das Entstehen sog. „Criminal Enterprise Armies“ (CEA's), Armeen, die von kriminellen Organisationen zur Verfolgung ihrer Ziele aufgestellt und unterhalten werden.¹⁴⁴⁹

Der schwierige Einsatz von Militär im bürgerkriegsgeschüttelten Somalia könnte so nur ein Vorgeschmack auf das gewesen sein, was die UNO oder die westliche Welt in Zukunft erwarten könnte. Auch die Stabilisierung der Balkanregion ist noch keineswegs gelungen.

So ist das heutige Internationale System als eine Gemengelage der verschiedenen Phänomene und Trends anzusehen (Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen). Es wird zwar immer noch von Nationalstaaten dominiert, ist aber ebenfalls mit einer Vielzahl internationaler Organisationen, NGO, multinationaler Konzerne und auch partikular-anarchischen Machteinheiten durchsetzt. Es gibt zwar keine größere Macht mehr, die das System in Frage stellt – insofern ist es als legitim zu bezeichnen – andererseits nehmen diejenigen anarchischen Akteure zu, die glauben, sich nicht an internationales Völkerrecht oder an die verbrieften Menschenrechte halten zu müssen. Das Sicherheitsdilemma im „fog of peace“ ist also nach dem Ost-West-Konflikt keineswegs verschwunden.

¹⁴⁴⁹ vgl. Peters: a.a.O., S. 11

7.2. Militärmachteinsatz in der postkonfrontativen Periode

7.2.1. Die postkonfrontative Periode – Multifunktionalität von Militärmacht

In der postkonfrontativen Periode nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde oft ein neues Leitbild des Soldaten postuliert. Er sollte von nun an Schützer, Retter und Helfer sein.¹⁴⁵⁰ Der Krieger, Kämpfer und reine Techniker des Schlachtfeldes sei zunehmend weniger gefragt.¹⁴⁵¹ In der Tat hat der Einsatz von Militär ohne Kampfauftrag von 1990-1995 erheblich zugenommen. So waren zur Jahresmitte 1995 gleichzeitig 16 UNO-Blauhelm oder Beobachtungsmissionen und vier Unterstützungsmissionen auf der Grundlage von UNO-Sicherheitsratsresolutionen im Gange.¹⁴⁵² In seinem Bericht vom 3. Januar 1995 führt der damalige UNO-Generalsekretär B. Boutros-Ghali im Kapitel „Quantitativer und qualitativer Wandel“ folgende strukturelle Veränderungen der Konflikte und des Einsatzes von Streitkräften unter der Ägide der Vereinten Nationen auf:¹⁴⁵³

- die Mehrzahl der Konflikte tritt nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr zwischen Staaten auf, sondern als Bürgerkriege innerhalb von Staaten auf;
- innerhalb der neuerdings unabhängig gewordenen Staaten gab es eine Fülle von oftmals religiös oder ethnisch motivierten Konflikten, die ebenso oft mit Exzessen von Gewalt und Grausamkeit verbunden waren.

Während so 1988 nur 5 „peacekeeping“-Operationen im Gange waren (vier davon bei zwischenstaatlichen Konflikten = 80 %), betrafen von den zwischen 1988 und 1994 begonnenen 21 „peacekeeping“-Operationen nur 38 % zwischenstaatliche Konflikte. Sowohl Quantität als auch Qualität der Blauhelmeinsätze haben sich somit deutlich verändert. Von den militärischen Erscheinungsformen sind dies meist Guerilla-Kriege ohne klare Fronten, die nicht von regulären Armeen, sondern von Milizen oder bewaffneten

¹⁴⁵⁰ vgl. Gustor Däniker: Wende Golfkrieg, Frauenfeld 1992, S. 185 f.

¹⁴⁵¹ vgl. Däniker: a.a.O., S. 185

¹⁴⁵² vgl. The Military Balance, 1995-1996, hrsg. v. International Institute for Strategic Studies, London 1995, S. 299 ff.

¹⁴⁵³ vgl. Supplement to an Agenda for Peace: Position Paper of the Secretary – General on the occasion of the fiftieth Anniversary of the United Nations, S. 2 ff., in: <http://www.un.org/Docs/SG/agsupp.html>

Zivilisten, ohne klare Kommandostrukturen und mangelnder Disziplin ausgefochten werden. Die unbeteiligten Zivilisten sind hierbei die hauptsächlich Betroffenen. Die Zahl der Kriegsflüchtlinge erhöhte sich von Ende 1987 von 13 Millionen auf 26 Millionen Ende 1994. Häufig ist mit solchen Konflikten auch der vollständige Kollaps staatlicher Institutionen verbunden, so daß sich die Frieden schaffenden Interventionen nicht allein auf militärische und humanitäre Maßnahmen beschränken können, sondern ebenfalls die Durchsetzung demokratischer Spielregeln und den Aufbau einer zumindest rudimentären Verwaltung mit einschließen muß.

Einen ganz entscheidenden Meilenstein bei der differenzierteren Einsatzweise von Militärmacht stellte die Resolution 688 des UNO-Sicherheitsrates vom 5.4.1991 dar. Zum ersten Mal schränkte die Weltorganisation hierbei die Souveränität eines ihrer Mitglieder entscheidend ein, um die Menschenrechte einer verfolgten Minderheit zu schützen. Es wurde argumentiert, daß das Recht der leidenden kurdischen Bevölkerung im Nordirak Vorrang habe vor den Souveränitätsrechten des Irak.¹⁴⁵⁴ Die Leiden und die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung und die daraus resultierende Flüchtlingswelle in die Türkei und den Iran wurden vom Sicherheitsrat zur Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit erklärt. In einem Interview für das „Diplomatic World Bulletin“¹⁴⁵⁵ führte der damalige UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar aus: „Wir beobachten eindeutig – was wahrscheinlich eine unaufhaltsame Entwicklung in der Meinung der Weltöffentlichkeit darstellt – hin zu der Überzeugung, daß die Verteidigung Unterdrückter im Namen der Moral Vorrang haben sollte vor der Unverletzlichkeit von Grenzen und den Bestimmungen internationaler juristischer Dokumente.“

Bei der sich der Resolution 688 anschließenden Militäroperation „Provide Comfort“ marschierten rund 13.000 amerikanische, 4000 britische, 2000 französische, 1000 italienische und 1000 niederländische Soldaten in den Nord-Irak ein, errichteten eine Schutzzone und verteilten Nahrungsmittel, Wasser, Kleidung, Medikamente und Zelte für ca. 1,3 Mill. Flüchtlinge.¹⁴⁵⁶

¹⁴⁵⁴ vgl. Thomas G. Weiss/Kurt M. Campbell: Military humanitarianism, in: Survival September/October 1991, S. 454 f.

¹⁴⁵⁵ vgl. ohne Autor "S. G. Perez de Cuellar sees Change in Basic Noninterference Doctrin", in: Diplomatic World Bulletin, vol. 22, No. 6, 6-13 May 1991, S. 1

¹⁴⁵⁶ vgl. Däniker: a.a.O., S. 121

Ein weiteres Beispiel für „humanitäre Zwangsmaßnahmen“ stellte der Einsatz der Weltgemeinschaft in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Somalia dar. Begonnen wurde der Einsatz im Dezember 1992 von rein amerikanischen Streitkräften (UNITAF), der dann von März 1993 bis März 1995 in den, unter UNO Regie stehenden, Einsatz UNOSOM II mündete. Ziel dieses Einsatzes war es, Hilfslieferungen in das von akuten Hungersnöten bedrohte Somalia gegen den Zugriff der zahlreichen Banden und Bürgerkriegsfraktionen abzusichern; ebenfalls sollte die Wiederversöhnung und die Entwaffnung der Bürgerkriegsparteien sowie die Wiederherstellung von Frieden, Stabilität und Rechtssicherheit erreicht werden.¹⁴⁵⁷ (Allerdings revidierte der Sicherheitsrat im Februar 1994 das UNOSOM II Mandat dahingehend, daß Zwangsmaßnahmen nicht mehr stattfinden sollten.) Von Mai 1993 bis Februar 1994 beteiligte sich auch die Bundeswehr mit einem ca. 1700 Mann starken Unterstützungsverband in Belet Uen an dieser Aktion.¹⁴⁵⁸

In seinem Bericht „Agenda for Peace“ vom 17.6.1992 legte UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali das Instrumentarium der Vereinten Nationen zur Bewältigung der Krisen und Konflikte in der postkonfrontativen Periode – einschließlich der militärischen Mittel – dar. Diese können entweder in der Abfolge oder durch parallele Anwendung folgender diplomatischer und militärischer Mittel begrenzt und einer Lösung zugeführt werden:

¹⁴⁵⁷ vgl. <http://www.un.org/Depts/DPKO/Missions/unosom2p.html>

¹⁴⁵⁸ vgl. Weißbuch 1994, S. 73 f. Bundesministerium der Verteidigung, Bonn 5.4.1994.

7.3. Präventive Diplomatie („preventive diplomacy“)

Aufbauend auf Frühwarnung vor Konflikten, Eruierung von Fakten, vertrauensbildenden Maßnahmen oder Schiedsgerichtsverfahren können durch die präventive Stationierung von UNO-Truppen und die Einrichtung entmilitarisierter Zonen Konflikte frühzeitig entschärft werden. Bemerkenswert hierbei ist – abweichend von der bisherigen Blauhelmpaxis -, daß eine präventive Stationierung auch auf Wunsch einer einzelnen Regierung oder Konfliktpartei möglich ist.¹⁴⁵⁹

Auch hier zeichnete sich durch die UNO-Sicherheitsratsresolution 795 vom 11.12.1992 eine wegweisende neue Entwicklung ab, indem erstmals ein Mandat zur präventiven Stationierung von UNO-Truppen (unter maßgeblicher Beteiligung der USA) in der ehemals jugoslawischen Republik Mazedonien (UNPROFOR(M)/UNPREDEP) erteilt wurde.

7.3.1. Peacemaking

Sollten die bisher aufgezeigten Maßnahmen des Kapitels VI der UNO-Charta nicht zum Erfolg führen, stehen der UNO weitere diplomatische und militärische Mittel zur Verfügung.

Angefangen von der Verhängung von Sanktionen (Art. 41) bis hin zu militärischen Zwangsmaßnahmen („peace enforcement“) (Art. 42), wie dies bisher zweimal, nämlich 1950 im Falle Nordkoreas und 1990 im Falle des Iraks angewendet wurde. Diese Operationen wurden aber nicht durch den Abschluß von speziellen Vereinbarungen und die Leitung durch einen Militärstab der UNO (Art. 45) geführt, sondern vielmehr wurden einzelne UNO-Mitglieder zur Durchführung dieser Operationen beauftragt (Art. 48). Diese Zwangsmaßnahmen waren durch großangelegte militärische Operationen unter Einsatz mehrerer hunderttausend Mann und aller verfügbarer konventioneller Kampfmittel gekennzeichnet. Ihr Ziel war es, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wieder herzustellen.

¹⁴⁵⁹ vgl. Boutros Ghali: An Agenda for Peace, Preventive diplomacy, peacemaking and peacekeeping, New York 17.6.1992, S. 4 in: <http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>

7.3.2. Peacekeeping

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und das Aufkommen einer Vielzahl neuer ethnisch/kultureller/religiöser Konflikte brachte einen quantitativen wie auch qualitativen Wandel im Bereich des Instruments des „peacekeeping“ mit sich. Den Höhepunkt dieser Blauhelmeinsätze wurde im Sommer 1995 mit der UNPROFOR (B)-Operation in Bosnien-Herzegowina erreicht. Zu dieser Zeit waren fast 80.000 Blauhelmsoldaten weltweit im Einsatz.¹⁴⁶⁰ Schrittweise wurde bei dieser Operation der Auftrag und das Mandat der Blauhelme erweitert.

In seinem Ergänzungsbericht zu der „Agenda for Peace“ vom 3.1.1995 weist Boutros-Ghali darauf hin, daß „peacekeeping“ in der postkonfrontativen Phase komplexer und gefährlicher geworden ist.¹⁴⁶¹

Während es bei Operationen im Kalten Krieg hauptsächlich darum ging, Pufferzonen und Waffenstillstände im Einvernehmen der Konfliktparteien zu überwachen (mit Ausnahme der Kongo-Operation 1960-1964) kam in der Hochphase der Blauhelmeinsätze eine Erweiterung des klassischen Mandates durch den:

- Schutz humanitärer Operationen,
- Schutz von Sanktuarien für die Zivilbevölkerung sowie
- die Beeinflussung der Konfliktparteien einen Friedensvertrag abzuschließen hinzu.¹⁴⁶²

Dies führte zu einer neuen Art von Blauhelmeinsätzen, wie sie sich in Bosnien-Herzegowina und Somalia manifestierten, die man als robustes „peacekeeping“ bezeichnet hat: Einerseits autorisierte der UNO-Sicherheitsrat den Einsatz von Gewalt nach Kapitel VII der UNO-Charta, andererseits sind die Blauhelm-Einheiten dennoch zur Wahrung der Neutralität verpflichtet; sie haben auch weiterhin kein Mandat, den Frieden zu erzwingen. Im Gegensatz zu früher kann die Erfüllung des erweiterten Mandates aber unter Gefechtsbedingungen erfolgen, solange kein Waffenstillstand oder Friedensvertrag existiert.

¹⁴⁶⁰ vgl. Friederike Bauer: Chef der Blauhelm-Mission scheidet aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1998

¹⁴⁶¹ vgl. Boutros-Ghali: Supplement to an Agenda for Peace: Position Paper of the Secretary-General on the occasion of the Fiftieth Anniversary of the United Nations, New York 3.1.1995, in: <http://www.un.org/Docs/SG/agsupp.html>.

Hierfür mußten bisher heilige Grundsätze der Blauhelmeinsätze aufgegeben werden, bzw. ihnen manchmal zuwider gehandelt werden. Diese waren

- das Einverständnis aller Konfliktparteien,
- die Unparteilichkeit,
- der auf die Selbstverteidigung beschränkte Einsatz von Gewalt.

Die Grenzen des robusten „peacekeeping“ wurden in Somalia und Bosnien-Herzegowina schnell deutlich. Mit 110 Toten durch Feindeinwirkung bei UNOSOM II bzw. 73 Toten bei UNPROFOR waren dies die zweit- bzw. viertverlußtreichsten Blauhelmeinsätze.¹⁴⁶³

Die größten Demütigungen mußte die UNO hinnehmen, als 375 Blauhelmsoldaten im Mai/Juni 1995 von bosnischen Serben als Geiseln genommen wurden,¹⁴⁶⁴ und als das holländische Blauhelmbatallion tatenlos zusehen mußte, wie ca. 6500 bosnische Männer durch Serben in der UNO-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 exekutiert wurden.

Die Gefährdung der Blauhelme, das Unvermögen, ihr erweitertes Mandat auszuführen und die Demütigung der Weltorganisation führten nun seinerseits dazu, daß die Blauhelme durch „Grünhelme“, der 4200 Mann starken englisch-französisch-niederländische Brigade „Aquila“ geschützt werden mußten.¹⁴⁶⁵ Das Konzept des robusten „peacekeeping“ scheint damit vorerst gescheitert zu sein. Die Aufgabe der Durchsetzung des Daytoner Friedensabkommens wurde ab dem 20.12.1995 von der multi-nationalen – hauptsächlich, aber nicht ausschließlich – aus NATO-Truppenkontingenten bestehenden Friedenstruppe IFOR (ab 20.12.1996: SFOR) übernommen. Seitdem sind Blauhelm-Operationen wieder ausschließlich zu ihren klassischen Aufgaben zurückgekehrt; die größte laufende Operation ist die UNIFIL im Süd-Libanon mit einer Stärke von 4491 Mann.

¹⁴⁶² vgl. B. Boutros-Ghali: Supplement to an Agenda for Peace: a.a.O., S. 5

¹⁴⁶³ vgl. Fatalities by Mission and Incident Typ, in: <http://www.un.org/Depts/dpho/fatalities/fatal2.html>. S. 1

¹⁴⁶⁴ vgl. Jan Willem Honing/Norbert Both: Srebrenica, Record of a War Crime, New York 1996, S. 8

¹⁴⁶⁵ vgl. Yves Debay: Rapid Reaction Force in Action, in: Raids, Dezember 1995, S. 4 ff.

7.3.3. Military Operations Other Than War (MOOTW)

Neben der UNO mußten sich natürlich auch nationale Streitkräfte – und hier vor allem die USA – auf Militärmachtanwendung außerhalb von Kriegseinsätzen einstellen. Schon in der Ausgabe der grundlegenden Heeres-Dienstvorschrift FM 100-5 von August 1982, in der die vieldiskutierte Air-Land-Battle Konzeption festgelegt ist, wurden unter der Bezeichnung „contingency operations“ eine Klasse von Operationen bezeichnet, die unterhalb der Kriegsschwelle liegen („hostilities short of war“)¹⁴⁶⁶. Dieser Begriff bezeichnete hauptsächlich Operationen in Notsituationen und Krisen unterhalb der Schwelle eines allgemeinen Krieges. Diese standen noch im Kontext des Ost-West-Konfliktes und bargen immer die Gefahr einer Eskalation zu einem allgemeinen Krieg in sich. So waren in dieser Klasse auch Operationen enthalten, die den direkten Einsatz von Militärmacht betrafen wie Guerilla und Anti-Guerilla-Operation (Low Intensity Conflict), der Kampf gegen den Terrorismus oder Schläge im Zuge der militärischen Diplomatie.¹⁴⁶⁷ Bei diesen Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle waren allerdings auch Peacekeeping-Operationen, Rettungs- und Befreiungsaktionen, Operationen zur Herstellung von Ruhe und Ordnung und Katastrophenhilfe enthalten.¹⁴⁶⁸

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde diese Art von Operation unter der neuen Bezeichnung „Military Operations Other Than War“ (MOOTW) nicht nur in der Neuauflage der FM 100-5 vom Juni 1993, sondern auch in den Zentralen Dienstvorschriften Joint Pub 3-0 „Doctrin for Joint Operations“¹⁴⁶⁹, Joint Pub 3-07 „Joint Doctrine for Military Operations Other than War“¹⁴⁷⁰, in der Army Vorschrift FM 100-23 „Peace Operations“¹⁴⁷¹ und sogar der Presidential Decision Directive 25 von Mai 1994 definiert und ausgearbeitet.

Kennzeichen dieser neu eingeführten Klasse von Operationen bei den US-Streitkräften ist es, daß im Gegensatz zu Kampfoperationen, in denen den Truppen ein anonymer

¹⁴⁶⁶ vgl. Robert J. Bunker: Rethinking OOTW, in: Military Review Dezember 1995, S. 34

¹⁴⁶⁷ vgl. John B. Hunt: Hostilities short of War, in: Military Review March 1993, S. 46 ff.

¹⁴⁶⁸ vgl. ebenda

¹⁴⁶⁹ vgl. Steven R. Drago: Joint Doctrin and Post-Cold War Military Intervention, in: Joint Forces Quarterly, Winter 1996/97, S. 106

¹⁴⁷⁰ vgl. Richard J. Rinaldo: Warfighting and Peace Ops: Do Real Soldier Do MOOTW?, in: Joint Forces Quarterly, Winter 1996/97, S. 112

¹⁴⁷¹ vgl. Rinaldo: a.a.O., S. 111

Gegner gegenübersteht, bei MOOTW das entscheidende Erfolgskriterium die Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung ist, deren Situation verbessert werden soll.¹⁴⁷²

Für MOOTW-Operationen wurden die sogenannten Principles of War der US-Streitkräfte¹⁴⁷³ um neue Prinzipien erweitert – bei weiterer Gültigkeit der Prinzipien für die Kampfeinsätze.

Auch bei den MOOTW-Prinzipien gilt zunächst die Beachtung einer klaren und erfüllbaren Zielvorgabe für die militärische Führung (-Objective).¹⁴⁷⁴ Diese Bedingung gilt aber als prekär, sobald sich die ursprünglichen politischen Bedingungen geändert haben, oder die eingesetzten Streitkräfte statt nur Ruhe und Ordnung herzustellen oder Hilfslieferungen zu sichern, zum „nation-building“ beitragen sollen. Die 44 toten und 175 verwundeten US-Soldaten in Somalia legen Zeugnis dafür ab, daß die erstgenannten Aufgaben zwar glänzend durchgeführt wurden, die Bemühungen, die Klanmilizen zu entwaffnen und eine innenpolitische Friedensordnung durchzusetzen, jedoch gescheitert sind.

Das zweite übergreifende Kriterium betrifft die Gewährleistung der Sicherheit der eigenen Truppen (-Security).

Streben die US-Streitkräfte im Kampfeinsatz Überraschung und entscheidungsfindende Operationen an, gelten bei MOOTW-Einsätzen dem gegenüber Beharrlichkeit und Ausdauer (Perseverance). Komplizierte politische religiöse und ethnische Verhältnisse bedürfen eines langen Atems sowie zäher Verhandlungen, um einen neuen Konsens zwischen den Streitparteien wieder herzustellen. Ein zu früher Abbruch der Mission kann die ganzen bisher erreichten Fortschritte wieder gefährden.

Ein für diese Operationen sehr wichtiges Kriterium ist die nötige Zurückhaltung und die Verhältnismäßigkeit der Mittel (-Restrain), so daß ein übermäßiger Einsatz von Gewalt den Erwerb von Legitimität bei der örtlichen Bevölkerung sowie bei den kämpfenden Parteien und somit das übergeordnete politische Ziel nicht gefährdet wird.

¹⁴⁷² vgl. Peter Fromm: War and OOTW, Philosophical Foundations, in: Military Review September-October 1995, S. 57

¹⁴⁷³ Die Principles of War galten bisher ausschließlich als Leitfaden zur schnellen und erfolgreichen Durchführung von Kampfoperationen. Dies waren: klare, erfüllbare Zielsetzung, Initiative, Einfachheit, Konzentration der Kräfte, geschickte Operationsführung, Gewährleistung der eigenen Sicherheit, Überraschung, Einheitlichkeit des Kommandos, sparsamer Einsatz von Streitkräften. vgl. Rinaldo: a.a.O., S. 114

¹⁴⁷⁴ die folgenden Passagen sind Drago: a.a.O., S. 107 ff. entnommen

Hiermit eng verbunden ist das Prinzip der Legitimität (-Legitimacy). Hierbei wird zur erfolgreichen Durchführung einer MOOTW die andauernde und aktive Akzeptanz durch die lokalen Gruppen und die ansässige Bevölkerung als Voraussetzung angesehen.

Das letzte Prinzip: „Einheitlichkeit aller Maßnahmen“, die im Zuge von MOOTW's getroffen werden (Unity of Effort), soll das konzertierte Handeln aller Beteiligten sicherstellen.

Diese Operationen finden – wie dies der laufende SFOR-Einsatz in Bosnien täglich vor Augen führt – in einer politisch sehr sensitiven Umgebung ab. Dies erfordert einmal die enge Koordination aller aus der Operation beteiligten nationalen Teilstreitkräfte, der einzelnen nationalen Kontingente untereinander und vor allem die Kooperation mit allen zivilen/politischen sowie humanitären Institutionen. Zur Koordinierung der zahlreichen „civil affairs“-Aktivitäten richtete zum Beispiel der IFOR-Kommandeur einen eigenen „Joint civil military cooperation“-Stab (CIMIC) in Sarajewo ein. Zwei Einheiten der US-Army sind speziell für die Koordinierung und Durchführung der „zivilen“ Maßnahmen nach Bosnien entsandt worden (353rd Civil Affairs Command USAR und das aktive 96th Civil Affairs Battalion)¹⁴⁷⁵. Stichwortartig sollen hier die zahlreichen Aktivitäten, die oft unter dem Begriff „Nation-Building“ zusammengefaßt werden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – aufgelistet werden:¹⁴⁷⁶

- Zusammenarbeit mit dem hohen Repräsentanten der Londoner Friedenskonferenz Carl Bildt
- Zusammenarbeit mit humanitären Hilfsorganisationen und lokalen Zivilbehörden
- humanitäre Hilfe
- Sicherstellung der Freiheit der Bewegung/Polizeifunktion
- Räumung der Minen
- Wiederaufbau der Infrastruktur (Telekommunikation, öffentliche Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Strom, Verkehrswege, Müllabfuhr, Friedhöfe)
- Förderung der lokalen Wirtschaft

¹⁴⁷⁵ vgl. Pamela J. Brady: Joint Endeavor – The Role of Civil Affairs, in: Joint Force Quarterly, Summer 1997, S. 45

¹⁴⁷⁶ vgl. Brady: a.a.O., S. 45 ff.

- Aufbau eines öffentlichen Rundfunks
- Organisation von Wahlen, Erstellung von Wählerverzeichnissen
- Wiederansiedlung von Flüchtlingen

Der Erfolg dieser zivil-militärischen Tätigkeit stellt nicht nur beim IFOR/SFOR-Einsatz in Bosnien, sondern auch bei zukünftigen Einsätzen eine Herausforderung an die Multifunktionalität von Streitkräften dar. Mit ihrer – von keiner anderen Organisation erreichten – Fähigkeit, in Situationen zu operieren, in denen mit aktivem Gegenhandeln und mit Gefahr für Leib und Leben zu rechnen ist, ist der Einsatz von Militär zur Befriedung von Bürgerkriegsgebieten, der Verhinderung von Völkermord und der Durchsetzung der Prinzipien der Vereinten Nationen bis auf weiteres unverzichtbar.

7.3.4. Ein neues Leitbild des Soldaten?

In seinem viel beachteten Buch: „Wende Golfkrieg“ stellt Gustav Däniker die These auf, daß sich das Selbstverständnis des Soldaten vom Krieger zum „miles protector“ wandeln werde.¹⁴⁷⁷ Dieser „miles protector“ soll ein Soldat sein, „... der sich für überlegte, flexible, in der Tendenz möglichst menschen- und umweltschonende Einsätze im Rahmen friedensfördernder oder – wiederherstellender Strategien eignet, ohne daß er den Biß und die Fähigkeit verliert, im Bedarfsfall den Gegner mit allen ihm zugebilligten Mitteln zu schlagen und damit zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen...“¹⁴⁷⁸

Seine Motivation solle aus einem doppelten Engagement hergeleitet werden: Erstens der innerlich bejahten Mitwirkung an der Verteidigung grundlegender Werte und zweitens aus der Überzeugung, im Dienste neuer regionaler oder globaler Sicherheitsstrukturen tätig sein zu können, die ihrerseits größere Stabilität, friedliche Entwicklung und Prosperität begünstigen.¹⁴⁷⁹ Taktische und operative Siege seien nicht mehr die Kriterien für Erfolg, sondern wieviele Menschen in welcher Zeit vor welchen Gefahren bewahrt oder gerettet wurden.¹⁴⁸⁰ Allerdings muß der neue Soldat auch in der Lage sein, „... seine Waffe notfalls mit Bravour zu führen...“¹⁴⁸¹ und in der Lage sein, jeder Ge-

¹⁴⁷⁷ vgl. Anmerkung 72, hier S. 143

¹⁴⁷⁸ Däniker: a.a.O., S. 144

¹⁴⁷⁹ vgl. Däniker: a.a.O., S. 147.

¹⁴⁸⁰ vgl. Däniker: a.a.O., S. 151

¹⁴⁸¹ ebenda

waltanwendung entgegenzusteuern sowie den Friedensbrecher nötigenfalls zu bestrafen und den Frieden wieder herzustellen.¹⁴⁸²

Zusammengefaßt lauten die Thesen Dänikers wie folgt¹⁴⁸³ (Nr. 7, 6 und 1): Die Mission des Soldaten des 21. Jahrhunderts heißt: Schützen, retten, helfen. Sein Leitbild ist ein gezielter und wirksamer Beitrag zur Friedenssicherung, Friedenswiederherstellung sowie zur Sicherung eines lebenswerten Daseins der Völker. Flexibilität und Multifunktionalität von Streitkräften sind daher ebenso wichtig wie Feuerkraft und Gefechtsfeldbeweglichkeit. Sie müssen in der Lage sein, Präventionen, Interventions- und Ordnungsfunktionen erfüllen zu können. Abschreckungs- und Kampfaufgaben rücken an zweite Stelle.

Die von Däniker mit Vehemenz vorgetragene Forderungen und die von ihm skizzierten Einsätze sind allerdings nicht neu oder originell. Schon 1960 – also in der Hoch-Zeit des Kalten Krieges – kam der bekannte Militärsoziologe Morris Janowitz in seinem Buch: *The Professional Soldier*¹⁴⁸⁴ zu dem Schluß, daß sich der Gebrauch von militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen derart geändert habe, daß es angebracht sei, nicht mehr von Militär, sondern von „Constabulary Forces“ („constabler“-Kräfte) zu sprechen. Seiner Definition nach wird aus dem Militär eine „constabler“-Truppe, wenn es dauerhaft in der Lage und jederzeit einsatzbereit ist, mit einem Minimum an Gewalteinsatz stabile internationale Beziehungen zu errichten bzw. zu unterstützen und weniger den militärischen Sieg als Ziel verfolgt.¹⁴⁸⁵ Die „Constabulary Force“ umfaßt in Stärke, Optionen und Gliederung das gesamte militärische Spektrum, angefangen von Nuklearwaffeneinsatz bis hinunter zu Anti-Guerilla-Einsätzen und militärischen Hilfsprogrammen.¹⁴⁸⁶

In seinen an die US-Streitkräfte gerichteten Forderungen bezüglich des Selbstverständnisses und der Ausbildung zu ihrer Umwandlung in „Constabulary-Forces“ führte er ihnen die britischen Streitkräfte als Beispiel vor Augen. Diese haben in der Nachkriegszeit eine beachtliche Fähigkeit entwickelt, durch ihre „Constabulary Forces“ „policing“-Missionen durchführen zu können, wodurch sie erheblich zur politischen Stabilität der

¹⁴⁸² vgl. Däniker: a.a.O., S. 151 f.

¹⁴⁸³ vgl. Däniker: a.a.O., S. 171 ff.

¹⁴⁸⁴ vgl. Morris Janowitz: *The Professional Soldier*, New York 1971

¹⁴⁸⁵ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 418.

¹⁴⁸⁶ vgl. ebenda

Staaten des Britischen Commonwealth beigetragen haben.¹⁴⁸⁷ Durch ihre kolonialen Traditionen seien diese für eine „politische“ Kriegsführung sensibilisiert. Zwar haben die USA kein ehemaliges Kolonialreich, aber sie seien durch eine Fülle von Bündnisverträgen auch verpflichtet, durch policing-Einsätze zur Stabilität in vielen Regionen der Welt beizutragen¹⁴⁸⁸ (so zum Beispiel in der Dominikanischen Republik 1965 oder Haiti 1994).

In der Tat hatten die britischen Streitkräfte eine reichhaltige Erfahrung nicht nur in präventivem Krisenmanagement – wie in Jordanien im Juli 1958 oder Kuwait im Juli 1961¹⁴⁸⁹ – sondern auch in der Niederschlagung von Aufständen, der Abwehr bzw. Abschreckung ausländischer Bedrohungen gegenüber schwächeren Staaten sowie bei der Trennung von Konfliktparteien. Großbritannien unterhielt eine solche selbständige Interventionsfähigkeit bis zu Beginn der 70er Jahre. Im Gegensatz zu Frankreich setzte die britische Regierung ihre begrenzten Streitkräfte mit einer solchen politischen Klugheit ein, daß ihre professionelle Ethik nicht beschädigt wurde.¹⁴⁹⁰ Die gelungene Abwehr der indonesischen Expansionsgelüste in der sogenannten „Konfrontation“ 1963 – 1966 bezeichnete der damalige Verteidigungsminister sogar als einen der gelungensten Militärmachteinsätze der Weltgeschichte.¹⁴⁹¹

Wie Richard Rinaldo in seinem Artikel „Warfighting and Peace Ops: Do real Soldiers do MOOTW?“ betont, ist die Unterscheidung zwischen MOOTW und einem Kampfauftrag oftmals problematisch; MOOTW können jederzeit auch Kampfeinsätze beinhalten, so daß jederzeit die Fähigkeit bestehen muß, nach dem Takt des Urteils des geschulten militärischen Führers kämpfen zu können.¹⁴⁹² Zu der Ausweitung des Einsatzspektrums von Streitkräften im Sinne der „Constabulary Force“ und der MOOTW gibt es allerdings keine Alternative, da sonst nur die Option bestehen würde, mit großen, kostenaufwendigen Militärmachteinsätzen Friedhofsruhe zu erzwingen – hierfür dürfte in der westlichen Welt die nötige Unterstützung nicht zu erreichen sein – oder hilflos schwerste Menschenrechtsverletzungen oder Massaker zu tolerieren.

¹⁴⁸⁷ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 435

¹⁴⁸⁸ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 436

¹⁴⁸⁹ vgl. Trisha Palmer (Hrsg.): *The History of the Royal Air Force*, Feltham, Middlesex, 1984, S. 259

¹⁴⁹⁰ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 436

¹⁴⁹¹ vgl. John Pimlott (Hrsg.): *British Military Operations 1945 – 1985*, London 1984, S. 99

¹⁴⁹² vgl. Rinaldo: a.a.O., S. 114

7.4. Kategorisierung

„Daß also nicht jeder von neuem aufzuräumen und sich durcharbeiten habe, sondern die Sache geordnet und gelichtet finde, dazu ist die Theorie vorhanden.“¹⁴⁹³ So beschreibt Clausewitz die begrenzte Reichweite von Theorien, bei denen „geistige Größen“ in Betracht kommen.¹⁴⁹⁴ Genau dies ist auch die Absicht dieser Abhandlung; nicht eine umfassende und abschließende Theorie – also ein positives Lehrgebäude – der Militärmacht zu entwickeln, die gar als Handlungsanleitung dienen könnte, sondern den Gegenstand „Militärmacht“ einer *vernünftigen Betrachtung* zu unterwerfen, um die Vertrautheit mit diesem Gegenstand „Militärmacht“ zu steigern. Die vernünftige Betrachtung ist eine analytische Untersuchung, die zu einer genauen „Bekanntheit“ des Gegenstandes führt, die aber dann noch mit der Erfahrung, d. h. mit der geschichtlichen Empirie verknüpft werden muß, so daß dies zu einer „Vertrautheit“ mit dem Gegenstand führt.¹⁴⁹⁵

Das Ziel dieser Arbeit kann es nur sein, die Theorie der Militärmacht einen kleinen Schritt weiter zu bringen. Dies einmal deswegen, weil in einer Dissertation ein solch komplexes Thema nicht erschöpfend behandelt werden kann, aber auch aus den oben genannten strukturellen Gründen, die nur ein begrenztes Erklärungspotential von Theorien für komplexe soziale Phänomene zulassen.

Nachdem bisher der weltpolitische Rahmen und die praktische und theoretische Empirie dargestellt wurden, sollen nun theoretische Konzepte der Internationalen Beziehungen und die Kategorisierung der Militärmacht verknüpft werden, um so zu einem umfassenderen Erklärungsansatz der Wirkungs- und Einsatzweisen militärischer Macht zu gelangen.

Bisher hatte die **umfassende** Einordnung der militärischen Macht in den Kontext der Internationalen Beziehungen noch eine geringe Priorität. So zum Beispiel sind in dem 608 Seiten umfassenden Standardwerk von Robert J. Art und Kenneth N. Waltz: „The

¹⁴⁹³ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 291

¹⁴⁹⁴ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 284

¹⁴⁹⁵ vgl. Clausewitz: a.a.O., S. 290 f.

Use of Force“ der Analyse der Funktionen militärischer Macht lediglich acht Textseiten gewidmet.¹⁴⁹⁶

R.J. Art bedient sich zur Erklärung des Gebrauchs der Militärmacht vier Kategorien:

1. defensiver Gebrauch („defensive“),
2. Abschreckung („deterrent“),
3. Zwangsmaßnahmen („compellent“),
4. Erhöhung des Prestiges („swaggering“).¹⁴⁹⁷

Umfassender – und vor allem vollständiger – kategorisieren Amos A. Jordan/William J. Taylor Jr. in ihrem Werk: „American National Security“¹⁴⁹⁸. Auf zwei Seiten führen sie sieben Kategorien auf, wobei sie allerdings generelle Kategorien und operative Kategorien vermischen und komplementäre Begriffe als zwei eigenständige Begriffe aufführen (z. B. „intervention“ und „counterintervention role“).

1. Abschreckung („deterrent role“)
2. Zwangsmaßnahmen („compellent role“)
3. Aneignung („acquisitive role“)
4. Intervention („intervention“)
5. Gegen-Intervention („counterintervention role“)
6. kollektive Sicherheit („collective action“)
7. militärische Diplomatie („backdrop for diplomacy“).

Um die Analyse zu komplettieren, sollen nun im folgenden die Stellung der Militärmacht innerhalb der Ebenen der Machtausübung im Internationalen System und der generelle Nutzen der Militärmacht untersucht werden und die Analyse der operativen Anwendung erfolgen.

¹⁴⁹⁶ vgl. Robert J. Art: The Four Functions of Force, in: Robert J. Art/Kenneth N. Waltz The Use of Force, 4. Aufl, Lanham, New York, London, 1993, S. 3 – 11

¹⁴⁹⁷ vgl. Art: a.a.O., S. 4 ff.

¹⁴⁹⁸ vgl. Amos A. Jordan/William J. Taylor Jr.: American National Security, Baltimore, London 1981, hier Kap. I, 2. Military Power and the Role of Force in the Nuclear Age, S. 28 f.

7.5. Die Stellung der Militärmacht im Internationalen System

In Zeiten der Globalisierung¹⁴⁹⁹ ist von einigen „Experten“ die Behauptung aufgestellt worden, daß der Nationalstaat als dominanter Akteur in der Weltpolitik von nicht territorialen Akteuren wie z. B. multinationalen Konzernen, transnationalen sozialen Bewegungen und internationalen Organisationen überschattet worden sei – mithin im „globalen Dorf“ Militärmacht eine immer geringere Rolle spielen würde. Demgegenüber verweisen die Traditionalisten mit guten Gründen darauf, daß Militärmacht auch weiterhin eine bedeutende Rolle in den internationalen Beziehungen spielt. Auch die beide Standpunkte aufhebenden Neorealisten wie z. B. Keohane und Nye¹⁵⁰⁰, für welche die gegenwärtige Epoche der Weltpolitik sowohl von Wandel als auch von Kontinuität bestimmt ist, verweisen auf die Dominanz der Militärmacht gegenüber anderen Formen der Macht.

Traditionell wurde Militärmacht als allen anderen Formen der Macht überlegen angesehen und postuliert, daß die Staaten mit der größten Militärmacht auch die Regularien und Prozesse im Internationalen System bestimmen. In den 70er Jahren wurde diese Interpretation jedoch selbst von Traditionalisten wie Hans Morganthau relativiert, da die Umsetzung militärischer Macht (bzw. militärischer Siege) in politisch gewünschte Ergebnisse (s. Algerien 1962 und Vietnam 1975 oder die Erpressung der westlichen Staaten durch die OPEC) zunehmend komplexer wurde¹⁵⁰¹. Diese Relativierung führte aber nicht dazu, daß sich die Vorstellung des Vorranges anderer Arten der Macht gegenüber der Militärmacht durchsetzen konnte. Vielmehr sprechen beispielsweise Keohane und

¹⁴⁹⁹ Zum Begriff der Globalisierung vgl. Ernst-Otto Cziempel: *Weltpolitik im Umbruch*, 2. Aufl., München 1993: Hiernach entfalten gesellschaftliche (vor allem ökonomische) Akteure autonome und grenzüberschreitende Aktivitäten und beginnen sich selbständig transnational zu organisieren – sei es in Konzernen oder Organisationen wie Greenpeace, Amnesty International, Sozialistische Internationale usw., so daß die Staatenwelt zunehmend von der Wirtschafts- und Gesellschaftswelt verdrängt werde und langfristig das nationalstaatliche Ordnungsprinzip obsolet werden läßt und eine völlig neue globale Ordnung hervorbringen werde.

Demgegenüber spricht Link (vgl. Werner Link: *Die Neuordnung der Weltpolitik*, München 1998 – S. 61 ff.) von der Selbstbehauptung des Territorialstaates, der nach wie vor real und politikbestimmend sei. Er begründet dies u. a. mit den zahlreichen gewaltsamen Konflikten, die wegen des Organisations- und Herrschaftsanspruchs über ein und dasselbe Territorium geführt werden, sowie mit den ungleich größeren Ressourcen, die im Dienste der Politik organisiert und eingesetzt werden können.

¹⁵⁰⁰ vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: *Power and Interdependence*, 2. Aufl. 1989, S. 4

¹⁵⁰¹ vgl. Hans J. Morganthau: *The New Diplomacy of Movement*, in: *Encounter* 3, No. 2, August 1974, S. 56, zitiert nach Keohane/Nye: a.a.O. S. 11

Nye ausdrücklich von der Dominanz der Militärmacht gegenüber ökonomischer Macht.¹⁵⁰² Sie begründen ihre These damit, daß zum Beispiel ökonomische Mittel gegen den entschlossenen Einsatz militärischer Mittel ineffektiv sind.¹⁵⁰³ Auf ihrer Skala der „asymmetrischen gegenseitigen Abhängigkeiten“¹⁵⁰⁴, die drei Ebenen unterscheidet, rangiert Militärmacht an erster Stelle gegenüber nicht-militärischen Verwundbarkeiten („vulnerability“) (2.) und nicht-militärischen Empfindlichkeiten („sensitivity“) (3.). Die gleiche Reihenfolge gilt allerdings auch für die Kosten, so daß durch die höheren Kosten der Militärmachtanwendung ihre „Wirtschaftlichkeit“ nicht immer gewährleistet ist. Dies als gegeben annehmend folgern sie: „We can expect, however, that as the interests at stake become more important, actors will tend to use power resources that rank higher in both dominance and cost.“¹⁵⁰⁵

Asymmetrical Interdependence and Its Uses

Source of Interdependence	Cost Ranking	Dominance Ranking	Contemporary Use
Military (costs of using military force)	1	1	Used in extreme situations or against weak foes when costs may be slight
Nonmilitary Vulnerability (costs of pursuing alternative policies)	2	2	Used when normative constraints are low, and international rules are not considered binding (including nonmilitary relations between adversaries, and situations of extremely high conflict between close partners and allies)
Nonmilitary Sensitivity (costs of change under existing policies)	3	3	A power resource in the short run or when normative constraints are high and international rules are binding. Limited, since if high costs are imposed, disadvantaged actors may formulate new policies.

aus: Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: Power and Interdependence, Cambridge, 1989, S. 17

¹⁵⁰² vgl. Keohane/Nye: a.a.O.: S.16

¹⁵⁰³ vgl. ebenda

¹⁵⁰⁴ vgl. Keohane/Nye: a.a.O. S.17

¹⁵⁰⁵ ebenda

Ein Ungleichgewicht auf der Ebene der Empfindlichkeiten („sensitivity“) zwischen zwei Akteuren könnte den einen Akteur dazu veranlassen, auf eine höhere Ebene des Konflikts zu eskalieren, auf der er ein Übergewicht gegenüber dem anderen Akteur sieht.¹⁵⁰⁶

Bei der Analyse von Machtverhältnissen einzelner Akteure im Internationalen System und der Anwendung dieser Macht ist es also von entscheidender Bedeutung, die Ebenen der gegenseitigen Abhängigkeiten und die Arten der Machtausübungen sorgfältig zu berücksichtigen: „Sensitivity interdependence can provide the basis for significant political influence **only when the rules and norms in effect can be taken for granted**“¹⁵⁰⁷ Dies ist aber im Internationalen System trotz aller Verrechtlichungen wegen des Fehlens des Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit gerade nicht der Fall: „Thus influence deriving from favorable asymmetries in sensitivity is very limited when the underlying asymmetries in vulnerability are unfavorable.“^{1508 1509}

Allerdings folgern sie weiter: „But in many contemporary situations, the use of force is so costly, and its threat so difficult to make credible, that a military strategy is an act of desperation.“¹⁵¹⁰ (Hier wird deutlich, daß diese Aussage noch zum Ende des Kalten Krieges getroffen wurde – 1989.)

¹⁵⁰⁶ Keohane und Nye verwenden dazu folgendes Beispiel: Bei Streitigkeiten zwischen einem erdölexportierenden Entwicklungsland und einem multinationalen Ölkonzern kann der Ölkonzern auf der Ebene der Empfindlichkeiten („sensitivity“) ein Übergewicht haben, da er Fördermengen und Preise bestimmen kann und somit die Einkünfte der Regierung maßgeblich bestimmen kann. Die Kräfteverhältnisse kehren sich allerdings um, wenn die höheren Konfliktebenen „nichtmilitärische Verwundbarkeiten („vulnerability“) (2.) oder gar Militärmacheinsatz (1.) betrachtet werden. Wenn die Regierung zu der Einschätzung gelangt ist, daß sie das Abkommen mit dem Ölkonzern zu annehmbaren Kosten einseitig ändern kann, wird sie immer die Oberhand behalten: „Any attempt by the company to take advantage of its superior position on the sensitivity dimension, without recognizing its weakness at the vulnerability level (much less at the level of military force) is then likely to end in disaster.“ Keohane/Nye: a.a.O., S. 18

¹⁵⁰⁷ ebenda

¹⁵⁰⁸ ebenda

¹⁵⁰⁹ Als Beispiel von Situationen in denen Akteure durch eine Eskalation auf eine höhere Konfliktebene von der Empfindlichkeit („sensitivity“) -Ebene (3.) zur Verwundbarkeit („vulnerability“) (2.) oder gar Militärmachebene (1.) eskalierten, da sie hier die einzige Chance sahen, den Konflikt siegreich zu beenden, ohne untragbar hohe Kosten tragen zu müssen, führen Keohane und Nye die gewaltsame Eroberung der südostasiatischen Rohstoffgebiete und den Überfall auf die amerikanische Flotte durch Japan im Dezember 1941 an. Japan glaubte nur so den schwerwiegenden wirtschaftlichen Sanktionen der USA entkommen zu können – ohne seine Eroberungen auf dem chinesischen Festland und in Südostasien aufgeben zu müssen. Eine fatale Fehlkalkulation, wie sich später herausstellte. vgl. ebenda

¹⁵¹⁰ ebenda

Während in ihrem Werk „Transnational Relations and World Politics“¹⁵¹¹ Keohane und Nye 1972 auf die Bedeutung der multidimensionalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Verflechtungen hinwiesen und damit Kritik an der klassischen realistischen Schule der Theorie Internationaler Beziehungen übten, sahen sie sich 1989 genötigt, vor der Überbetonung dieser Dimensionen und einer Vernachlässigung der Nationalstaaten und der Rolle der Militärmacht zu warnen: „In our view, to exchange realism, for an equally simple view – for instance, that military force is obsolete and economic interdependence benign – would condemn one to equally grave, though different, errors“.¹⁵¹²

So ist zwar der Analyse der neuen Qualität des Internationalen Systems von Stanley Hoffmann¹⁵¹³ weitgehend zuzustimmen, doch muß dabei bedacht werden, daß diese Veränderungen hauptsächlich auf der unteren, der „sensitivity“-Ebene“ (3.) zum Tragen kommen.

¹⁵¹¹ vgl. Robert S. Keohane/Joseph S. Nye jr. (Hrsg.): Transnational Relations and World Politics, Cambridge 1972

¹⁵¹² vgl. Keohane/Nye, 1989: a.a.O.: S. 246

¹⁵¹³ vgl. Stanley Hoffmann: World Disorders; Troubled Peace in the Post Cold War Era, Lanham 1998, S. 60. Er nennt hier 1.) veränderte Bedrohungen und Risiken: Statt Hegemoniestreben und nuklearer Holocaust diffusere Gefährdungen wie durch Terrorismus oder Umweltkatastrophen. 2.) Ein tiefgreifender Wandel im System selbst, in dem die Staaten innerhalb einer globalisierten Weltökonomie agieren müssen und in der die Machtressourcen der Staaten wesentlich diffuser, weniger für eigene Zwecke mobilisierbar und veränderlicher sind. 3.) Neue Akteure im Internationalen System, so sogar einzelne Individuen und die Weltökonomie selbst.

7.6. Die „Constabulary Force“ als Militärmachtanwendung in der neuen historischen Etappe der Internationalen Beziehungen

In dem Entwurf der russischen Militärdoktrin vom 9.10.1999 werden zwei gegensätzliche Trends der Weltpolitik identifiziert:

1. der Trend zur Errichtung einer unpopulären Welt mit der Dominanz einer Supermacht und der Anwendung militärischer Macht zur Lösung von Schlüsselproblemen der Weltpolitik;
2. der Trend zur Herausbildung einer multipolaren Welt, die auf gleichen Rechten der Völker und Nationen beruht, in der ein Gleichgewicht der nationalen Interessen besteht und fundamentale Regeln des Völkerrechts zur Anwendung kommen.¹⁵¹⁴

Gleichzeitig wird der (angebliche westliche) Widerstand gegen das Erstarken Rußlands und gegen seine Rolle als ein einflußreiches Zentrum der multipolaren Welt sowie die Stationierung ausländischer Truppen (ohne UNO-Mandat) in angrenzenden, befreundeten Staaten als externe Bedrohung angesehen¹⁵¹⁵. Nach dem Eingreifen der NATO im Kosovo war eine regelrechte Eiszeit zwischen den USA und Rußland ausgebrochen¹⁵¹⁶, die zwar nach der Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten einem sachlicheren Verhältnis gewichen ist, das aber insbesondere durch die amerikanischen Pläne einer nationalen Raketenabwehr stark belastet ist.¹⁵¹⁷ Somit kann eine weitere Rivalität zwischen den beiden Mächten, die auch eine militärische Dimension enthält, nicht ausgeschlossen werden.

Nachdem allerdings die Schwäche Rußlands chronisch geworden ist¹⁵¹⁸ und ein langfristiger Abstieg in die zweite Liga im Internationalen System unvermeidlich erscheint, verbleiben die USA als einzige Supermacht mit weltweiten Interessen und weltweiter

¹⁵¹⁴ vgl. Draft Russian Military Doctrin, 9.10.1999, in: www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrin/991009-draft-doctrin.htm 6.6.2000, S. 1

¹⁵¹⁵ vgl. Draft Military Doctrin: a.a.O. S.3

¹⁵¹⁶ vgl. Markus Wehner: Beim Treffen der kleinen Gesten geben sich beide Präsidenten viel Mühe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.2000

¹⁵¹⁷ vgl. ebenda

¹⁵¹⁸ vgl. C. Dale Walton: The Decline of the Third Rome: Russias Prospects as a Great Power, in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol. 12, No. 1 March 1999, S. 52

Verantwortung. Rußland wird auf absehbare Zukunft die Einsätze militärischer Macht auf die Verhinderung von Sezessionen innerhalb der Russischen Föderation (s. 2. Tschetschenien-Konflikt seit 1.10.1999) oder in Form von „peacekeeping“-Operationen im Rahmen des Vertrages von Taschkent (Vertrag über kollektive Sicherheit vom 15.5.1992) durchführen¹⁵¹⁹, wofür auch spezielle Verbände innerhalb der Streitkräfte bestimmt wurden.¹⁵²⁰ Selbst unter der hypothetischen Annahme einer militaristischen Regierung erscheint es extrem unwahrscheinlich, daß Rußland weitergehende Ziele als die teilweise Wiederherstellung der alten Sowjetunion verfolgen könnte.¹⁵²¹

Die USA hingegen werden nolens volens die Rolle eines widerwilligen Weltpolizisten einnehmen und gleichzeitig versuchen, die strategische Landschaft („strategic environment“)¹⁵²² zu beeinflussen und Verpflichtungen, die weit über traditionelle nationale Interessen hinausgehen, wahrzunehmen;¹⁵²³ außerdem müssen sie auf „Major Regional Conflicts“ und „Small Scale Contingency Operations“ vorbereitet sein.¹⁵²⁴

Als neue Elemente nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Zunahme der gescheiterten Staaten sowie der Verlust der Schutzmacht einzelner „Schurkenstaaten“ zu konstatieren. Hierdurch wurden neue Anwendungsformen der Militärmacht nötig, wie die (z. T. zwangsweise) Errichtung von UNO-Protectoraten durch „Beliehene“ (Somalia, Haiti, Bosnien, Kosowo, Ost-Timor, um nur die spektakulärsten Fälle zu nennen) oder das „Air Policing“ von „Schurkenstaaten“ (Libyen 1986, Irak 1992 – 1998, Serbisch-Bosnien 1995, Afghanistan und Sudan 1998 sowie Jugoslawien 1999) zusätzlich zu denjenigen im Kalten Krieg.

Nach der Einschätzung des Präsidenten der „Brookings Institution“ – Michael H. Armacost¹⁵²⁵ – werden die USA, trotz des Parteienstreites über multilaterale militärische Operationen und des verbreiteten Mißtrauens gegenüber der UNO weiter damit fortfahren, auch „peacekeeping“ und „peace enforcement“-Operationen durchzuführen und zu

¹⁵¹⁹ zum Vertrag von Taschkent s. Internationale Rundschau: Malek: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Militärische „Integration“ in der GUS, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/1999 S.369 ff.

¹⁵²⁰ vgl. Anthony Kellett: a.a.O., S. 39

¹⁵²¹ vgl. Walton: a.a.O., S. 53

¹⁵²² vgl. Quadrennial Defense Review (QDR), hrsg.von Secretary of Defense William S. Cohen, Washington D.C, Mai 1997: www.defenselink.mil/pubs/qdr/msg.html, 23.7.1999, The Secretary's Message S. 2

¹⁵²³ vgl. QDR: a.a.O.: Section III, S. 1

¹⁵²⁴ vgl. QDR: a.a.O.: Section III, S. 6 ff.

¹⁵²⁵ vgl. Michael O'Hanlon: Saving Lives with Force, Washington D.C. 1997; Foreword, S.V

unterstützen. Gleichzeitig wurden aber die traditionelle operative Kriegsführungsfähigkeit konventioneller Streitkräfte¹⁵²⁶ und die Abschreckungsrolle nuklearer Streitkräfte¹⁵²⁷ bestätigt. In der postkonfrontativen Periode müssen die Streitkräfte der beiden Mächte, aber insbesondere die der USA, also in der Lage sein, das gesamte Intensitäts- und Aufgabenspektrum militärischer Gewaltanwendung abzudecken: Von der Aufrechterhaltung einer – reduzierten – nuklearen Abschreckung bis hin zu Aufgaben des – was Harry G. Summers abschätzig „neo-counterinsurgency“ nennt¹⁵²⁸, also – „peacekeeping“ und humanitärer Interventionen.

Nach den Erfahrungen des zweiten Golfkrieges stellte sich für Gustav Däniker die Frage: „... ob ein Soldatentypus geschaffen werden kann, der sich für überlegte, flexible, in der Tendenz möglichst menschen- und umweltschonende Einsätze im Rahmen friedensfördernder oder – wiederherstellender Strategien eignet, ohne daß er den Biß und die Fähigkeit verliert, im Bedarfsfall den Gegner mit allen ihm zugebilligten Mitteln zu schlagen und damit zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen...“¹⁵²⁹ Mit seinen – vom damaligen Zeitgeist getragenen – Thesen, daß die Abschreckungs- und Kampfaufgaben des Militärs hinter die Präventions-, Interventions- und Ordnungsfunktionen zurücktreten, warf Däniker – zumindest für den deutschsprachigen Raum – wichtige Fragen auf, ohne allerdings auf frühere Diskussionen in der angelsächsischen Welt einzugehen.¹⁵³⁰

Über dreißig Jahre vor ihm fanden sich Analytiker der Militärmacht in den USA vor ähnlichen Fragestellungen, als die gesteigerte weltpolitische Verantwortung der USA, die Einführung der Nuklearwaffen (insbesondere der taktischen) in die Streitkräftestrukturen und die Militärstrategie sowie das Aufkommen der Guerillakriegführung im Zuge der Emanzipation der Dritten Welt ähnliche Fragen aufwarfen. Auch während die Supermächte Atomwaffen in ihre Arsenale und Strategien ab Ende der 40er Jahre (und verstärkt ab Anfang der 50er Jahre) einführten, fanden gravierende Veränderungen bei der konventionellen sowie der irregulären und revolutionären Kriegführung statt.¹⁵³¹

¹⁵²⁶ vgl. Harry G. Summers: *The New World Strategy*, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapur, 1995, S. 233 f.

¹⁵²⁷ QDR: a.a.O., Section III, S. 5

¹⁵²⁸ vgl. Summers: *The New World Strategy*: a.a.O., S. 233

¹⁵²⁹ Däniker: a.a.O., S. 144

¹⁵³⁰ vgl. Däniker: a.a.O., S. 170 f.

¹⁵³¹ vgl. Morris Janowitz: *The Professional Soldier*; 3.Aufl, New York, London 1971, S. 417

In seiner Studie: „The Professional Soldier“ von 1960 propagierte der bekannte Militärsoziologe Morris Janowitz einen Wandel der US-Streitkräfte hin zu einer „**Constabulary Force**“. Er ging davon aus, daß sich die Anwendung der militärischen Macht schon damals so verändert hatte, daß es angebracht erschien, von den Streitkräften eher von „Constabulary Forces“ als von Militär zu sprechen.¹⁵³² Seiner Ansicht nach wird das Militär zu einer „Constabulary Force“, wenn es dazu dient und in der Lage ist, durch den Einsatz geringst möglicher Gewalt eher stabile („viable“) internationale Beziehungen herzustellen, als militärische Siege zu erringen.¹⁵³³ Diese Streitkräfte haben aber das gesamte Arsenal atomarer und konventioneller Waffen zur Verfügung und sind in der Lage, in allen möglichen Kriegsformen – vom allgemeinen Nuklearkrieg bis hin zum Anti-Guerilla-Kampf – und militärischer Ausbildung befreundeter Staaten zu agieren.¹⁵³⁴

Damit das Militär diese diffizilen und weitreichenden Aufgaben erfüllen kann, reicht es nicht aus, seine Ausrüstung und Gliederung dem erweiterten Aufgabenspektrum anzupassen. Gleichfalls nötig sind ein hoher Stand von Bildung und Ausbildung, eine Art „corporate identity“ („the binding force of service traditions“) und die Anerkennung durch Staat und Gesellschaft („honor“).¹⁵³⁵ Das Mitglied der „Constabulary Force“ muß dabei ein Gleichgewicht zwischen seinen technischen Kenntnissen, seine Fähigkeiten als Manager und kampfbereiter militärischer Führer („heroic leader“) einhalten.¹⁵³⁶ Hierbei muß es ihm möglich sein, die technischen und organisatorischen Fähigkeiten von seinen Fähigkeiten als „constabler“ zu trennen.

Innerhalb des „Constabulary Force“-Konzeptes kann auch schon einem jungen Offizier eine große politische Verantwortung auferlegt sein, indem er selbst politisch handeln muß oder die politischen Konsequenzen begrenzter militärischer Aktionen abschätzen können muß, so daß es Janowitz für notwendig hält, die politische und sicherheitspolitische Ausbildung der Offiziere schon an den Militärakademien beginnen zu lassen und nicht erst für Stabsoffiziere an den „War Colleges“. ¹⁵³⁷ Er schlug sogar zivile Praktika

¹⁵³² vgl. Janowitz: a.a.O., S. 418

¹⁵³³ vgl. ebenda

¹⁵³⁴ vgl. ebenda

¹⁵³⁵ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 422

¹⁵³⁶ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 424

¹⁵³⁷ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 426

oder Abordnungen zum „Corps of Engineers“ vor, das mit technischer Unterstützung in Entwicklungsländern betraut war¹⁵³⁸.

Stationierungen im Ausland sollten zur Erweiterung der geographischen und sprachlichen Kenntnisse des Offiziers beitragen. Mit Hilfe dieser Erfahrungen und Kenntnisse sollte der Offizier auch zu einer realistischen Einschätzung der Grenzen und Möglichkeiten des Einsatzes militärischer Macht gelangen.¹⁵³⁹

Nach Janowitz müssen zur Herausbildung eines „Constabulary Force“-Konzepts vier Voraussetzungen erfüllt werden:

1. die Beschränkung auf erreichbare militärische Ziele;
2. die Formulierung einer entsprechenden nationalen Militärdoktrin;
3. die Erreichung einer entsprechenden „corporate identity“;
4. Entwicklung neuer Prozeduren der zivilen Kontrolle über das Militär.¹⁵⁴⁰

Was die Anwendung der militärischen Macht im Internationalen System anbetraf, hatte Janowitz insbesondere die Einsätze der britischen Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg im Auge. Diese entsprachen weitgehend seinem „Constabulary Force“-Konzept, da sie in vielen Fällen nicht zum Sieg in eigener Sache eingesetzt wurden, sondern entscheidend durch „policing“ zu der politischen Stabilität der Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth beigetragen haben.¹⁵⁴¹ Hierbei erzielten die britischen Streitkräfte ein erstaunliches Maß an Erfolgen bei kleinen und mittleren militärischen Operationen.¹⁵⁴² Diese wurde insbesondere durch den Grundsatz des minimalen Einsatzes militärischer Gewalt erreicht, der als militärisch ineffizient galt, es aber erlaubte, politische Lösungen zu finden.¹⁵⁴³ Diese Zurückhaltung konnte nur durch die hohe Disziplin, die hohe Motivation und den guten Ausbildungsstand der Truppen erreicht werden.

Zu den Erfolgen der britischen Streitkräfte nach 1945 haben aber auch die enge zivil-militärische Zusammenarbeit mit Polizeikräften und ziviler Verwaltung sowie Maß-

¹⁵³⁸ vgl. ebenda

¹⁵³⁹ vgl. Janowitz: a.a.O., S. 429

¹⁵⁴⁰ vgl. Janowitz: a.a.O.; S. 435

¹⁵⁴¹ vgl. ebenda

¹⁵⁴² vgl. Micheal Dewar: *Brush Fire Wars, Minor Campaigns of the British Army since 1945*, 3.Aufl. London 1990, S. 180

¹⁵⁴³ vgl. Dewar: a.a.O., S. 181 f.

nahmen, um Herzen und Hirne der Zivilbevölkerung zu gewinnen, neben den psychologischen Operationen entscheidend beigetragen.¹⁵⁴⁴

Das amerikanische Selbstverständnis der „imperialen Republik“ – die nicht nur nach physischem Überleben und nach dem Wohlstand ihrer Bürger strebt, sondern auch bestrebt ist, die internationale Umgebung ihren Ideen und Werten anzunähern¹⁵⁴⁵ – drückt sich auch weiterhin in den Normen aus, denen die außenpolitischen Interessen der USA unterliegen. In der Studie „Engaging Power for Peace“ („Strategic Assessment“ 1998 der „National Defense University“) werden diejenigen Normen aus dem außenpolitischen Verhalten der USA nochmals herausgearbeitet, die über das physische Überlebensinteresse der Nation hinaus gehen und hierfür eine wachsende Akzeptanz unter den Staaten der Erde feststellen:¹⁵⁴⁶

- nicht-aggressives Verhalten, Geltung des Völkerrechts, friedliche Konfliktbeilegung, Rüstungskontrolle, Achtung des Weltsicherheitsrates;
- freier Handel, Freiheit der Meere, freier Zugang zu Ressourcen und Informationen, Umweltschutz;
- Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Gesetz, Achtung der Menschenrechte, Pressefreiheit, individuelle Freiheiten.

Obwohl die USA grundsätzlich das Interesse haben, diese Normen auch gegen die neuerdings „Sorgenländer“¹⁵⁴⁷ genannten Staaten und in gescheiterten Staaten durchzusetzen, werden diese selbst auferlegten Verpflichtungen nicht leichtfertig akzeptiert, da sie meistens keine vitalen Interessen der USA berühren und oft die als notwendig erachtete öffentliche Unterstützung nicht vorhanden ist.

Nach dem Trauma des Vietnamkrieges und den schlechten Erfahrungen mit dem Libanon-Einsatz 1982 – 1984 wurde eine grundsätzliche Debatte über die Grundbedingungen des Einsatzes amerikanischer Streitkräfte in internationalen Konflikten geführt, die bis heute noch zu keinen abschließenden Kriterien geführt hat.

¹⁵⁴⁴ vgl. Dewar: a.a.O., S. 183 f. So hatte in den Anti-Guerilla-Kampagnen der Briten die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung, landwirtschaftliche Hilfe, das Bohren von Brunnen oder Transportleistungen oder Hausbau für die Zivilbevölkerung einen hohen Stellenwert.

¹⁵⁴⁵ vgl. Aron: Die Imperiale Republik: a.a.O.(Anm. 184), S. 412

¹⁵⁴⁶ vgl. 1998 Strategic Assessment, Engaging Power for Peace, Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C., 1998 S. 8 f.

¹⁵⁴⁷ vgl. Vom „Schurkenstaat“ zum „Sorgenland“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.2000

Wichtigster Vertreter eines restriktiven Auslandseinsatzes war Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der in seiner aufsehenerregenden Rede vor dem Washingtoner Presse Club am 28.11.1984¹⁵⁴⁸ das Postulat aufstellte, daß Kampfeinsätze der US-Streitkräfte ausschließlich zum Schutz der nationalen Interessen der USA erfolgen und nur als letztes Mittel eingesetzt werden dürften, wenn alle anderen Mittel versagt hätten.¹⁵⁴⁹ Die Vertreter dieser Denkrichtung wurden von Arnold als die „**all-or-nothing school**“ bezeichnet, um zu charakterisieren, daß sie nur bei den entscheidenden Konflikten, dann aber mit allem Einsatz, militärische Gewalt einsetzen würden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges – nachdem die Gefahr der direkten Konfrontation mit der Sowjetunion nicht mehr gegeben war – und den erfolgreichen Einsätzen in Panama 1989 und am Persischen Golf 1991 konnten sich Meinungen durchsetzen, die eine Lockerung dieser Kriterien befürworteten. Der frühere Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs Colin Powell ist zwar ebenfalls der „all-or-nothing“ Richtung zuzurechnen,¹⁵⁵⁰ doch läßt er bei seinen vier Kriterien für den Einsatz militärischer Macht, die Bedingung aus, die Streitkräfte nur für vitale Interessen einzusetzen (allerdings erhält er das Kriterium des letzten Mittels aufrecht).

Die Vertreter der anderen Denkrichtung faßt Arnold unter dem Stichwort „**limited objectives school**“ zusammen, um anzuzeigen, daß diese auch bereit sind, für geringere Zwecke als vitale nationale Interessen Streitkräfte einzusetzen.¹⁵⁵¹ Als prominente Vertreter dieser Schule sind der ehemalige Verteidigungsminister Les Aspin und Präsident Bush zu nennen. In einer Rede kurz vor Ende seiner Amtszeit 1993 wandte sich Bush grundsätzlich gegen die Aufstellung starrer Kriterien für den Einsatz der Streitkräfte, vielmehr müsse in jedem Einzelfall flexibel entschieden werden.¹⁵⁵² Für Bush war die Wichtigkeit der Streitfragen kein geeignetes Kriterium für die Entscheidung des Einsatzes von Streitkräften: Während der Einsatz von Streitkräften möglicherweise nicht der beste Weg sei, um vitale Interessen zu sichern, könnten sie in einem speziellen Fall durchaus der richtige Weg sein, um „nur“ wichtige Interessen durchzusetzen oder zu bewahren („selective use for selective purposes“). Streitkräfte sollten dann eingesetzt

¹⁵⁴⁸ vgl. Edmin J. Arnold jr. : The Use of Military Power in Pursuit of National Intersets, in: Parameters, Spring 1994, S. 5

¹⁵⁴⁹ vgl. Caspar W. Weinberger: U.S. Defense Strategy, in: Foreign Affairs, Spring 1986, S. 686 f.

¹⁵⁵⁰ vgl. Arnold: a.a.O., S. 6

¹⁵⁵¹ vgl. Arnold: a.a.O., S. 7

¹⁵⁵² vgl. ebenda

werden, wenn andere Mittel nicht effektiv wären und wo ihr Einsatz qualitativ und quantitativ sowie zeitlich begrenzt werden könne.

Übereinstimmend fordern beide Schulen die Aufstellung klarer und erreichbarer Ziele für den Einsatz der Streitkräfte.

Die Einsatzgeschichte der US-Streitkräfte nach 1991 zeigt, daß die Bush- und die Clinton-Administrationen durchaus gewillt waren, Streitkräfte auch für nicht vitale Interessen oder gar für humanitäre Interventionen einzusetzen. Es scheint, daß die Begrenzung des Einsatzes zum Schutz vitaler Interessen in der politischen Klasse der USA – wie Somalia, Haiti, Bosnien, Irak und Jugoslawien beweisen – kein Thema zu sein scheint.¹⁵⁵³ Verknüpft man die These von der abnehmenden Bedeutung der Militärmacht für die Machtstellung eines Staates im Internationalen System mit den Grundsätzen der „limited objectives school“, ergibt sich folgende Paradoxie:

Je unwichtiger militärische Macht für die Stellung von Großmächten im Internationalen System wird, desto häufiger wird sie zum Schutz nicht vitaler Interessen oder zu humanitären Interventionen eingesetzt. Dieser Gewinn an Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit wurde aber durch einen gegenläufigen Trend insbesondere bei der Clinton-Administration konterkariert: Die extreme Furcht, eigene Verluste hinnehmen zu müssen. Die Berichterstattung der Medien, welche die Reaktionen von Verwandten und Freunden eines jeden amerikanischen Kriegsgefangenen oder Gefallenen in Millionen von Wohnzimmern verbreiten, verbunden mit dem demographischen Trend zur „Ein-Kind-Familie“, beeinflussen die Kalkulation der Entscheidungsträger über die Art und Weise des Einsatzes militärischer Macht.¹⁵⁵⁴ Um dennoch zukünftig die politischen Interventionsmöglichkeiten der USA zu erhalten, schlug 1995 Edward N. Luttwak eine post-heroische Kriegsführung im Stile der Kabinettskriegsführung des 18. Jahrhunderts vor, in der allerdings High-Tech Mittel genutzt werden sollten. Als geeignetes Mittel für eine „casualty-free“ Kriegsführung¹⁵⁵⁵ sah er eine gemächlich geführte Luftoffensive („patiently sustained air campaign“)¹⁵⁵⁶. Diese könnte die strategische Situation auf dem Schauplatz verbessern und die „aktive Besorgnis der USA“ ausdrücken.¹⁵⁵⁷ An dieses

¹⁵⁵³ vgl. Arnold: a.a.O.

¹⁵⁵⁴ vgl. Peter Herrly: The Plight of Joint Doctrin after Kosovo, in: Joint Force Quarterly, Summer 1999, S. 103

¹⁵⁵⁵ vgl. Edward N. Luttwak: Toward Post-Heroic Warfare, in: Foreign Affairs May/June 1995, S. 121

¹⁵⁵⁶ vgl. Luttwak: Toward Post-Heroic Warfare: a.a.O., S. 120

¹⁵⁵⁷ vgl. Luttwak: Toward Post-Heroic Warfare: a.a.O., S. 121

Schema hielten sich dann auch der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte und die NATO während des Kosowo-Krieges mit der Operation „Allied Force“.

So war es im Kosowo-Krieg möglich, daß wohl erstmalig in der Weltgeschichte ein sich wehrender Gegner ohne eigene Verluste zur Erfüllung des eigenen Willens gezwungen werden konnte, während es aber der serbischen Soldateska gleichzeitig ermöglicht wurde, über 10000 albanische Zivilisten umzubringen.¹⁵⁵⁸ Für außenpolitische Entscheidungsträger ist der Einsatz von High-Tech-Luftmacht – entgegen aller Einsatzkonzepte des Gefechtes verbundener Waffen und der „jointness“ – eine attraktive, weil eigene Opfer vermeidende Option, um „Sorgenstaaten“ zur Erfüllung des eigenen Willens zu veranlassen.

Die Botschaft, welche die Führer der „Sorgenstaaten“ wahrnehmen, könnte allerdings verheerend (im wahrsten Sinne des Wortes) sein: Daß die Leben von über 10000 Kosowo-Albanern nicht das Leben eines einzigen amerikanischen GI's wert sind.¹⁵⁵⁹

Die Wirkungen militärischer Macht im allgemeinen, und speziell derjenigen der USA sind von vielfältiger Natur. Zu unterscheiden sind hier vor allem **primäre, latente und strukturelle Wirkungen**, wie sie im Quadrennial Defense Report unter der Rubrik „shaping the international environment“¹⁵⁶⁰ aufgeführt sind und von Josef Joffe eindrucksvoll in seinem Werk „The Limited Partnership“¹⁵⁶¹ für die westeuropäische Nachkriegsgeschichte seit Gründung der NATO geschildert hat. Die Fähigkeiten der „Constabulary Force“ die regionale Stabilität im karibischen Raum, an der atlantischen Gegenküste, in Asien und im Nahen Osten zu fördern¹⁵⁶² sowie regionale Konflikte zu dämpfen bzw. zu verhindern und vor Aggressionen durch „Sorgenstaaten“ abzuschrecken – einschließlich der nuklearen Abschreckung – ist hier von entscheidender Bedeutung.¹⁵⁶³

Als zweite Art der Militärmachtanwendung könnte man von einer **sekundären, direkten, manifesten und okkasionellen Wirkung** sprechen, die dann zur Verfügung steht, wenn die primäre Wirkung nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Diese manifestiert sich

¹⁵⁵⁸ vgl. Herrly: a.a.O., S. 103

¹⁵⁵⁹ vgl. Herrly: a.a.O., S. 104

¹⁵⁶⁰ vgl. Report of the Quadrennial Defense Review, hrsg. v. William S. Cohen, Secretary of Defense, Washington D.C., Mai 1997, in: www.defenselink.mil/pubs/qdr/sec3.html, 24.7.1999, S. 3 ff.

¹⁵⁶¹ vgl. Josef Joffe: a.a.O., S. 179 f. (Anm. 206)

¹⁵⁶² zu den jeweiligen Sicherheitsinteressen der USA in den genannten Räumen vgl. Klaus-Dieter Schwarz: Weltmacht USA, Baden-Baden, 1999, S. 38 ff.

in der Eventualplanung, zwei fast gleichzeitig stattfindende größere regionale Konflikte („Major Regional Conflicts“), entweder mit Verbündeten oder allein, gewinnen zu können, weiter über das gesamte Spektrum militärischer Einsätze von der konventionellen Abschreckung durch die Fähigkeit der schnellen Machtprojektion bis hin zu kleineren Einsätzen („Small Scale Contingency Operations“), die militärische Diplomatie, „Air Policing“, „peacekeeping“ oder humanitäre Interventionen umfassen können. Die USA rechnen damit, daß für die nächsten 15 bis 20 Jahre der Bedarf für solche „Small Scale Contingency Operations“ hoch ist und die wahrscheinlichste Einsatzart darstellt.¹⁵⁶⁴

Obwohl der „Quadrennial Defense Report“ feststellt, daß, wenn ausschließlich humanitäre – keine nationalen – Interessen berührt sind, die Streitkräfte allgemein nicht das am besten geeignete Mittel sind, solche Krisen zu bewältigen,¹⁵⁶⁵ können nach Ansicht des Verteidigungsministeriums doch Situationen entstehen, in denen der Einsatz von Streitkräften nötig und angemessen ist.¹⁵⁶⁶ Die Einsätze der US-Streitkräfte in Somalia, Bosnien, Haiti und der KFOR im Kosowo machen deutlich, daß die USA gewillt und in der Lage sind, auch solche Einsätze, welche die Macht der Friedensstiftung („power to pacify“/„power to organize“) erfordern, durchzuführen. Die Streitkräfte der USA sind somit zu einer wirklichen „Constabulary Force“ geworden.¹⁵⁶⁷

Diese „Constabulary Force“ ist das unverzichtbare Instrument der amerikanischen „leadership“, die nach Christian Meier weder als „Reich“ noch als „Hegemonie“ oder „Großraumordnung“, sondern als „Friedensordnung“ zu begreifen ist.¹⁵⁶⁸ Diese Friedensordnung setzt aber „die Bereitschaft voraus, notfalls für seine Sicherung Krieg zu führen ... wozu es eine Macht braucht, die das kann, dazu bereit ist und die Verantwortung dafür empfindet.“¹⁵⁶⁹

¹⁵⁶³ vgl. Report of the Quadrennial Defense Review (QDR): a.a.O., S. 4 f.

¹⁵⁶⁴ vgl. QDR: a.a.O., Section III, S. 7

¹⁵⁶⁵ vgl. QDR: a.a.O., Section III, S. 3

¹⁵⁶⁶ vgl. ebenda

¹⁵⁶⁷ Im Gegensatz zu den russischen Streitkräften, die mit Vorliebe peacekeeping Einsätze rein militärisch, als eine Art von Anti-Guerilla-Kriegführung sehen und diese – innerhalb der GUS – nur in enger Verbindung mit dem nationalen Interesse der Russischen Föderation durchführen. Vgl. Anthony Kellett: Soviet and Russian Peacekeeping 1948 – 1998: Historical Overview and Assessment, in: The Journal of Slavic Military Studies, No. 2, Juni 1999, S. 36 f.

¹⁵⁶⁸ vgl. Christian Meier: Von der „Pax Romana“ zur „Pax Americana“, in: Pax Americana?, hrsg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, Zürich 1998, S. 116 f.

¹⁵⁶⁹ Meier: a.a.O., S. 117

Der Einsatz dieser „Constabulary Force“ durch die USA, sollte im Bedarfsfall m. E. dann durch drei Grundsätze geleitet sein, um die Legitimität und den Erfolg des Militärmachteinsatzes zu ermöglichen:

- durch den **moralischen Impuls** der amerikanischen Nation;
- durch das **nationale Interesse**;
- und durch die **politische Klugheit**, die aus der Kenntnis der Natur des Instrumentes und der realistischen Beurteilung der Zweck-Ziel-Mittel-Relation beruht.

Dem Dilemma, gleichzeitig nach Frieden und nach Gerechtigkeit zu streben, müssen sich die verantwortlichen Staatsmänner der westlichen Führungsmacht und der NATO in jeder Krisensituation neu stellen; sie sollten sich aber hierbei des Satzes von Henry Kissinger erinnern, „...*daß, wenn der Friede zum einzigen politischen Ziel wird, die Furcht vor dem Kriege zur Waffe in den Händen der Rücksichtslosesten wird.*“¹⁵⁷⁰

¹⁵⁷⁰ vgl. Henry Kissinger: Memoiren 1968 – 1973, München 1979, S. 81

Zusammenfassung

Militärische Macht stellte einen wesentlichen Faktoren in der Gestaltung der Internationalen Beziehungen in der Zeit des Ost-West-Konfliktes von 1945 – 1991 dar, der aber bisher in der Theorie weitgehend vernachlässigt worden ist. Im Rahmen dieser Dissertation wurde einerseits die theoretische Grundlage der Anwendung militärischer Macht im Kalten Krieg analysiert und andererseits die Breite des Anwendungsspektrums aufgezeigt. Insbesondere die Beziehungen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion zueinander und deren Aktionen im internationalen System wurden durch die fortwährende latente Wirkung und die konkrete Anwendung ihrer Militärmacht maßgeblich bestimmt. Auch im neues Internationalen System nach 1991 bilden m. E. die gewonnenen Erkenntnisse die Grundlage zur theoretischen Analyse des modifizierten Einsatzes von Militärmacht.

In der Zeit des Ost-West-Konfliktes war zwar der Nationalstaat der bestimmende Akteur im internationalen System, aber im Gegensatz zum klassischen System nach dem Westfälischen Frieden oder nach dem Wiener Kongreß spielten Ideologien und „belief systems“ eine entscheidende Rolle in der Ausprägung der Beziehungen innerhalb dieses Systems. Mit den USA und der Sowjetunion standen sich zwei im Prinzip unversöhnliche Akteure gegenüber, die zwei gegensätzliche und mit universalem Geltungsanspruch versehene Weltordnungsmodelle vertraten. Da die Hauptkonflikte in diesem internationalen System nicht um Interessensgegensätze einzelner Staaten, sondern um die Grundstruktur des Systems als solches geführt wurden, konnte von einem „revolutionären internationalen System“ gesprochen werden.

Nach dem preußischen Militärtheoretiker Carl von Clausewitz beruht Militärmacht immer auf der Wirkung eines tatsächlichen oder angedrohten Gefechtes. Davon ausgehend wurde die latente Wirkung der Militärmacht durch die Stabilisierung, Formierung und Kontrolle des jeweiligen Vorfeldes bzw. der Gegenküste gezeigt. Insbesondere J. Joffe führt die Stabilität in Europa auf die weitgehende Außerkraftsetzung der Sicherheits- und Koalitionsdilemmata zurück, in dem die einzelnen Staaten der Verantwortung der Vorsorge für ihre eigene Sicherheit enthoben waren. Dies wurde von den Bündnissystemen NATO und Warschauer Pakt und den in ihnen dominierenden Supermächten USA und Sowjetunion übernommen.

Erst die Konzentration des Generalsekretärs Gorbatschow auf die innenpolitische Umgestaltung und der Zusammenbruch der Sowjetunion beendete den Ost-West-Konflikt

und führte zu einer substantiellen Verbesserung der Sicherheitslage auf der nördlichen Hemisphäre. Nachdem die Gefahr eines mit Nuklearwaffen geführten Dritten Weltkrieges nun weitgehend reduziert ist, stellen in der Zeit der „neuen Unübersichtlichkeit“ ethnische, religiöse oder innenpolitische Konflikte in „failed states“ das hauptsächliche Muster der militärischen Konflikte in der Staatenwelt dar. Die Resolution 688 des Welt-sicherheitsrates vom April 1991 stellte demzufolge einen bedeutenden Wendepunkt in den internationalen Beziehungen dar, insofern sie erstmals innenpolitische Verhältnisse in einem Staat zur Gefahr für den Frieden und die Sicherheit im internationalen Staatensystem erklärte. „Humanitäre Interventionen“ konnten von nun an mit der Legitimation der Vereinten Nationen durchgeführt werden.

Wie gezeigt wurde, hatte die Anwendung militärischer Macht durch die beiden Supermächte einen streng zweckrationalen Charakter der von der Politik als oberste Instanz bestimmt wurde. Strategien und Mittel wurden entsprechend der politisch gesetzten Zwecke ausgearbeitet und eingesetzt. Als Besonderheit wandte die Sowjetunion ihre Militärmacht in einer umfassenden Theorie der Korrelation der Kräfte – zusammen mit anderen ökonomischen, politischen, propagandistischen etc. Mitteln – zur offensiven und langfristigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse an. Die USA blieben – abgesehen von der Reagan-Doktrin 1985 – weitgehend in der weltpolitischen Defensive und am Erhalt des Status quo orientiert.

Die operative Anwendung der Militärmacht im Ost-West-Konflikt kann mit Hilfe dreier Kategorien klassifiziert werden. Insbesondere die von T. Schelling aufgestellten Kategorien der „power to seize“ und „power to hurt“ ergeben ein notwendiges – aber zur vollständigen Erfassung von Einsätzen militärischer Macht kein hinreichendes – System der Erfassung. Hierfür wurde eine neue Kategorie der „power to pacify and to organize“ eingeführt.

Unter die Kategorie „power to seize“ fielen in ihrem theoretischen Teil alle Militärstrategien der Supermächte im Betrachtungszeitraum und in ihrem praktischen Teil alle Kriege und bewaffneten Konflikte, welche die USA und die Sowjetunion ausgetragen haben.

In die Kategorie „power to hurt“ fielen alle Einsätze der sogenannten „militärischen Diplomatie“. Hierbei konnte gezeigt werden, daß beide Supermächte ihre militärische Macht als äußerst flexibles Instrument handhabten. Zudem deckten sie ein breites Spektrum der verschiedensten politischen Problemstellungen mit Hilfe ihrer Militärmacht ab. Bei der Gefahr des Zusammentreffens beider Militärapparate verhielten sich

beide Supermächte in der Regel zurückhaltend und waren sich der Gefahren der Eskalation des Konfliktes bewußt.

Die dritte Kategorie der Anwendung militärischer Macht, die „power to pacify and organize“ wurde im Ost-West-Konflikt von den Supermächten nur vereinzelt eingesetzt. Insbesondere die USA führten ebenfalls Einsätze durch, die nicht oder nur teilweise an Eigeninteressen orientiert waren, sondern der Stabilisierung innenpolitischer Situationen oder der Friedenssicherung dienten.

Wie die Erfahrungen nach 1991 gezeigt haben – sei es bei unilateralen Aktionen der USA oder Rußlands oder multilateraler Aktionen der NATO der UNO – bedingt die neue Struktur des internationalen Systems und die in ihm vorherrschenden Konfliktmuster eine dramatische Zunahme dieser Art des Einsatzes militärischer Macht.

Auf diese neue Entwicklung haben auch die militärischen Organisationen beider Mächte in jüngster Zeit reagiert, im dem neue Einheiten für zivile Operationen und neue Vorschriften erlassen wurden, ohne daß dabei aber die Fähigkeit des Einsatzes in den beiden ersten Kategorien vernachlässigt wurde. So entwickeln sich – hier in den USA stärker als in Rußland – die Militärorganisationen hin zu der schon 1960 von M. Jannowitz theoretisch skizzierten „Constabulary Force“, die stärker als bisher in der Lage ist, stabilisierend auf die internationalen Beziehungen einzuwirken und innenpolitische Konfliktlösungen in Krisengebieten zu begünstigen, ohne die Fähigkeit verloren zu haben, „die Kriege der Nation führen und gewinnen“ zu können.

Literaturverzeichnis

Quellen:

- Abrüstung – Nachrüstung – Friedenseicherung, Beck-Texte im dtv, München 1983
- Das atlantische Bündnis, Tatsachen und Dokument, NATO Informationsdienst, Brüssel 1982.
- Die Breschnjew -Doktrin, vgl. Europa Archiv, Folge 23, 1968, S. 580 - 584
- Andreas v. Bülow: Das Bülow- Papier: Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa – Wege zur Sicherheitspartnerschaft, Frankfurt a. M., Oktober 1985
- Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg): Militärische Planungen des Warschauer Paktes in Zentraleuropa, Arbeitsgruppe Verteidigung, AG- Vorlage, Bonn Januar 1992
- Phillip Clark (Hrsg.): Jane's Space Directory, 13. Aufl., 1997-98, Coulsdon 1997
- Carl v. Clausewitz: Vom Kriege, 19. Aufl, Bonn 1991
- Carl v. Clausewitz: Verstreute kleine Schriften, hrsg. v. Werner Hahlweg, Osnabrück 1979
- Carl von Clausewitz: Der russische Feldzug von 1812, Essen, o.J.
- Thomas B. Cochran /WilliamM. Arkin/Milton M. Hoenig: Nuclear Weapons Data Handbook, Vol. II, Canbridge Mass., 1984
- Ernst Otto Czempiel /Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210, Bonn 1984
- Thomas H. Etzold /John Lewis Gaddis (Hrsg.): Containment Documents on American Policy and Strategy, 1945–1950, New York 1978
- Der Fischer Weltalmanach 1990, hrsg. v. Hanswilhelm Haefs, Frankfurt a.M., November 1989
- Gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen, Moskau 29. Mai 1972, in: Ingo von Münch/Martin Klingst (Hrsg.): Abrüstung – Nachrüstung – Friedenseicherung, München 1983, S. 29 ff.
- A.A. Gromyko (Gesamtredaktion): Die friedliche Koexistenz – der Leninische Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, russisch Moskau 1962, dt. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, o.O., o.D
- A.A. Gromyko /B.N. Ponomarjow: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945-1976, Berlin (Ost) 1978

Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vom 29.5.1972, in: Ingo v. Münch/Martin Klingst (Hrsg.): Abrüstung – Nachrüstung – Friedenssicherung, Beck-Texte im dtv, München 1983, S. 30

Drahtbericht des Botschaftsrats (Charge´) Kennan aus Moskau vom 22. Februar 1946, in: Ernst- Otto Czempel/ Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 210, Bonn 1984, S. 50

Henry Kissinger: Memoiren 1968–1973, München 1979

V.G. Kulikow: Doktrin des Friedens. Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Berlin (Ost) 1988, Anlagen: Über die Militärdoktrin der Teilnehmer des Warschauer Vertrages

Leitsätze und Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Auslandsverwendungen deutscher Streitkräfte vom 12.7.1994 – mit einer Einführung von Armin A. Steinkamm, in: Bayerischer Monatsspiegel, Sonderdruck, April 1995

Wladimir I. Lenin: „Dekret über den Frieden“, in: Hermann Weber (Hrsg.): Lenin. Aus den Schriften 1895 – 1923, dtv dokumente, 2. Aufl., München 1980, S. 180 ff.

Wladimir I. Lenin: Sozialismus und Krieg, Berlin (Ost) 1973

Londoner Erklärung: Die Nordatlantische Allianz im Wandel, vom 6.7.1990, in: NATO–Brief 4 Juli/August 1990, S. 33 ff.

MC 14/2 (FINAL): „Overall Strategic Concept For The Defense Of The North Atlantic Treaty Organization Area“, in: George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents 1949- 1969, Brüssel, Oktober 1997, S.283

MC 48 (FINAL). The Most Effective Pattern Of NATO Military Strength For The Next Few Yaers, 22.11.1954, in : George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategic Documents 1949 – 1969, Brüssel, Oktober 1997, S. 231 ff.

Frieden, Krieg, Streitkräfte (hrsg. v. Militärakademie „Friedrich Engels“), Dresden 1989, S. 330 f.

The Military Balance 1998/1999, IISS, London Oktober 1998

The Military Balance, 1995-1996, hrsg. v. International Institute for Strategic Studies, London 1995,

National Security Strategy of the United States 1990 – 1991, George Bush, New York, März 1990

National Security Strategy of the United States, The White House, January 1987

NATO Strategy Documents 1949 – 1969, Brüssel, Oktober 1997, hrsg. v. George W. Pedlow

Gottfried Niedhart (Hrsg.): Internationale Beziehungen im 19. Und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1978

Paul Nitze: From Hiroshima to Glasnost, London 1989

NSC- 162/2; 30.10.1953, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952- 1954 Volume II, National Security Affairs, Part 1, Government Printing Office, Washington 1984, S. 578 f.

NSC 5810/1, in: Marc Trachtenberg (Hrsg.): The Development of American Strategic Thought, Bd. 4. Writings on Strategy 1961 –1969, and Retrospectives, New York, London 1988

NSC 5906/1, in: Marc Trachtenberg (Hrsg.): The Development of American Strategic Thought, Bd. 4. Writings on Strategy 1961 –1969, and Retrospectives, New York, London 1988

NSC- 68, in : Foreign Relations of the United States (FRUS) 1950, Volume I National Security Affairs; Foreign Economic Policy, Government Printing Office, Washington, 1977, S. 243

Public Papers of the President: Harry S. Truman, 1947, Washington 1963

S.P. Sanakojew /N.I. Kaptchenko: Theorie der Außenpolitik des Sozialismus, Berlin (Ost) 1979

Wolfgang Scheler / Gottfried Kießling: Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin (Ost) 1981

A.S. Sholtow/ J.A. Chomenko/ T.R. Kontratkow (Hrsg.): Militärische Theorie und militärische Praxis, Methodologische Probleme, Berlin (Ost), 1980

V.D. Sokolowskij: Militärstrategie, 3. Aufl., Köln 1969

Soviet Military Power 1988, hrsg. v. Secretary of Defense Frank C. Carlucci, Washington D.C. April 1988

Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Area D.C. 6/1, Paris 1.12.1949, in : Foreign Relations of the United States (FRUS), 1949, Volume IV, Western Europe, Government Printing Office, Washington 1975, S. 355 f.

Caspar W. Weinberger: U.S. Defense Strategy, in: Foreign Affairs, Spring 1986

Weißbuch 1994, S. 73 f. Bundesministerium der Verteidigung, Bonn 5.4.1994.

Gerhard Wettig: Gorbatschow auf Lenins-Kurs?, Köln, Mai 1988

Internetdokumente

Boutros Ghali: An Agenda for Peace, Preventive diplomacy, peacemaking and peacekeeping, New York 17.6.1992, S. 4 in:
<http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>

Ellen C. Collier: Instances of Use of United States Forces Abroad, 1798-1993, Congressional Research Service, in:
www.history.navy.mil/wars/foabroad.htm, 3.5.2000

DF-2/CSS-1, in: www.fas.org/nuke/guide/china/theater/df-2.htm, 27.2.2001

Draft Russian Military Doctrin, 9.10.1999, in:
www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrin/991009-draft-doctrin.htm 6.6.2000,
 S. 1

Fatalities by Mission and Incident Typ, in:
<http://www.un.org/Depts/dpho/fatalities/fatal2.html>

George Goodwin: U.S.S. Sam Houston, SSB (N)- 609, 3rd Patrol, in: www.geocities.com/capecanaveral/hall6853/izmir609.html

Emmanuel Gustin/updated by Dave Lednicer: Cold War Shootdowns, last revised 6.4.2001, in: <http://home.sprynet.com/~anneled/ColdWar.html>,
 11.4.2001

Senator McCain: US. Navy Crises Responses, in: www.fas.org/man/dod-101/ops/docs/crisis/part03.htm

Natural Resources Defense Council, Tabel of US Bomber Forces 1945 – 1996, in: www.nrdc.org/nuclear/nudb/datab7.asp, 18.8.2000

John Pike: United States Military Operations, Federation of American Scientists, in: www.fas.org/man/dod-101/ops/, 13.3.2001

Quadrennial Defense Review (QDR), hrsg.v. Secretary of Defense William S. Cohen, Washington D.C, Mai 1997:
www.defenselink.mil/pubs/qdr/msg.html, 23.7.1999

83 (1950) Resolution of 27 June 1950 (S/1511), in:
www.un.org/documents/sc/res/1950/scres50.htm, 9.7.2000

Resolution 660 des Weltsicherheitsrates vom 2.8.1990, in:
<http://www.un.org/Docs/scres/660e.pdf> vom 10.8.2000

Resolution 665des Weltsicherheitsrates vom 25.8.1990, in:
<http://www.un.org/Docs/scres/665e.pdf> vom 10.8. 2000

Resolution 678des Weltsicherheitsrates vom 29.11.1990, in:
<http://www.un.org/Docs/scres/1990/678e.pdf>

Resolution 686des Weltsicherheitsrate vom 2.3.1991, in:
<http://www.un.org/Docs/scres/1991/686e.pdf>, vom 10.8.2000

Resolution 687 des Weltsicherheitsrates vom 3.4.1991, in:
<http://www.un.org/Docs/scres/1991/687e.pdf>

The Alliance's New Strategic Concept:
<http://www.nato.int/docu/comm/c911107a.htm>

Supplement to an Agenda for Peace: Position Paper of the Secretary – General on the occasion of the fiftieth Anniversary of the United Nations, S. 2 ff., in: <http://www.un.org/Docs/SG/agsupp.html>

Monographien

- Jonathan R. Adelmann / Deborah Anne Palmeri: The Dynamics of Soviet Foreign Policy, New York, 1989
- Hannes Adomeit: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten, Baden-Baden, 1983
- Graham T. Allison: Essence of Decision, Boston 1971
- Kenneth Anderson: History of US Military Operations since World War II, revised Edition, New York, 1992
- Raimond Aron: Die imperiale Republik, Stuttgart, Zürich 1975
- Raymond Aron: Clausewitz. Den Krieg denken, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980
- Raymond Aron: Frieden und Krieg, Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt a.M. 1986
- Vernon Aspaturian: Ideology and National Interest, in: ders.: Process and Power in Soviet Foreign Policy, Boston 1971
- Desmond Ball: Targeting for Strategic Deterrence, Adelphi-Paper Nr. 185, London, Sommer 1983
- André Beaufre: Totale Kriegskunst im Frieden, Berlin 1964
- Henning Behrens /Paul Noack: Theorien der internationalen Politik, München 1984
- Klaus v. Beyme: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München, Zürich 1983
- Klaus von Beyme: Die Sowjetunion in der Weltpolitik, München 1983
- Barry M. Blechman /Stephan S. Kaplan: Force without War, Washington D.C. 1978
- Martin W. Bowmann: The USAF at War, Sparkford 1995
- Seymour Brown: The Faces of Power: Constancy and Change in United States Foreign Policy from Truman to Reagan, New York 1983
- Zbigniew Brzezinski /Samuel Huntington: Politische Macht USA/UdSSR, Ein Vergleich; Köln, Berlin 1966
- Zbigniew Brzezinski: Sowjet Bloc: Unity and Conflict, Boston 1967
- Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Weinheim, Berlin 1997
- Frank Buchholz: Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründerphase der Bundeswehr 1949- 1960, Frankfurt a.M., Bern, New York, Paris, 1991
- Walter L. Bühl: Transnationale Politik, Stuttgart 1978

- James Cable: Gunboat Diplomacy, London et al. 1981, Reprint 1986
- Micheal Carver: War since 1945, erst amerikanische Aufl., New York 1981
- Eliot A. Cohen / John Gooch: Military Misfortunes. The Anatomy of Failure in War, New York 1991
- Michael J. Cohen: Fighting Worl War Three in the Middle East, Allied Contingency Plans 1945 – 1954, London, Boulder 1997
- Ernst- Otto Cziempiel: Weltpolitik im Umbruch, 2.Aufl., München 1993
- Gustav Däniker: Wende Golfkrieg, Frauenfeld 1992
- Larry Davis: Air War over Korea, Squadron/Signal Publication, Carrolton, 1982
- Micheal Dewar: Brush Fire Wars, Minor Campaigns of the British Army since 1945, 3.Aufl. London 1990
- Joseph D. Douglass Jr.: Sowjetische Militärstrategie in Europa, München 1983
- Rene Francillon: The Air Guard, Osceola o.J.
- John Lewis Gaddis: Strategies of Containment, Oxford, New York, Toronto, Melbourne 1982
- John Lewis Gaddis: The Strategy of Containment, In: Thomas H. Etzold/John Lewis Gaddis (Hrsg.): Containment Documents on American Policy and Strategy, 1945–1950, New York 1978
- Klaus Jürgen Gantzel/ Torsten Schwinghammer: Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992: Daten und Tendenzen, Münster 1995
- Robert M. Gates: From the Shadows; The Ultimate Insider's Story of Five Presidents and How They Won the Cold War, New York 1996
- Wolfgang Geierhos: Das Kräfteverhältnis, Meisenheim am Glan 1980
- David M. Glantz: Soviet Military Operational Art; in Pursuit of Deep Battle, London, Portland 1991
- David M. Glantz: The Military Strategy of the Soviet Union; A history, London 1992
- Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. III, Göttingen 1982
- Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. I, Göttingen 1972
- Heinz Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 2, Göttingen 1982
- Paddy Griffith: America Invades, New York 1991

- Jens Hacker: Der Ostblock, Baden-Baden 1983
- Einleitung von Werner Hahlweg zu: Carl v. Clausewitz: Verstreute kleine Schriften, hrsg. v. Werner Hahlweg, Osnabrück 1979
- Werner Hahlweg: Das Clausewitzbild einst und jetzt, in: Carl von Clausewitz: Vom Kriege, hrsg. v. Werner Hahlweg, 18. Aufl., Bonn 1973
- Richard Hallion: Storm over Iraq, Washington, London 1992
- Michael Hanke: Das Werk Alfred T. Mahans, Darstellung und Analyse, Osnabrück 1974
- Jürgen Hartmann: Die Außenpolitik der Weltmächte, Frankfurt, New York 1988
- John Herz: Politischer Realismus und politischer Idealismus, Meisenheim am Glan., 1959
- Stanley Hoffmann: Gouliers Troubles or the Setting of American Foreign Policy, New York, London, Sidney 1968
- Stanley Hoffmann: World Disorders; Troubled Peace in the Post –Cold War Era, Lanham 1998.
- Jan Willem Honing /Norbert Both: Srebrenica, Record of a War Crime, New York 1996
- Jerry F. Hough /Merle Fainsod: How the Soviet Union is Governed, Cambridge, 1979
- Edwin P. Hoyt: America's Wars and Military Excursions, New York, St. Louis; San Francisco, Toronto, Hamburg, Mexico, 1987
- Hubatschek / Farwick: Entscheidung in Deutschland, Berg am See 1978
- Samuel Huntington: Der Kampf der Kulturen, München, Wien 1996
- Morris Janowitz: The Professional Soldier, 3. Aufl., New York 1971
- Morris Janowitz: The Professional Soldier, New York 1971
- Josef Joffe: The limited Partnership, Cambridge 1987
- Stephan S. Kaplan: Diplomacy of Power, Washington D.C. 1981
- William Kaufmann: Assesing The Base Force: How Much Is Too Much?, Washington D.C. 1992
- Robert O. Keohane / Joseph S. Nye: Power and Interdependence, 2. Aufl. 1989
- Robert S. Keohane / Joseph S. Nye jr. (Hrsg.): Transnational Relations and World Politics, Cambridge 1972
- Johann Adolf Graf Kielmansegg/Oskar Weggel: Unbesiegbar? China als Militärmacht; Stuttgart, Herford 1985

- Henry Kissinger. Kernwaffen und auswärtige Politik, 2. Aufl., München, Wien 1974
- Henry Kissinger: Die Vernunft der Nationen, Berlin 1994
- Henry Kissinger: Großmachtdiplomatie, Neuauflage, Düsseldorf, Wien 1980
- Henry Kissinger: Großmachtdiplomatie. Neuaufl., Düsseldorf, Wien 1980
- Volker Koop /Dietmar Schössler: Erbe NVA – Eindrücke aus ihrer Geschichte und an Tagen der Wende, Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Waldbröl 1992
- Joachim Krause: Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern; Internationale Politik und Sicherheit Bd. 16, Baden-Baden 1985
- V. Kubalkova /A.A. Chruickshank: Marxism – Leninism and the theory of international relations; London, Boston, Henley, 1980
- Anton Legler/Frieda Bauer: Der Krieg in Vietnam, Bericht und Bibliographie IV (Oktober 1971 – Januar 1973); Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Weltkriegsbücherein Stuttgart, Heft 16, München 1976
- Guenter Lewy: America in Vietnam, Oxford, New York, Toronto, Melbourne, 1978
- Andrew Leyden: Gulf War Debriefing Book, An After Action Report, Grants Pass, 1997
- Werner Link Ost-West-Konflikt, zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988
- Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, München 1998
- Samuel Lipsman /Stephen Weiss et. al. : The Vietnam Experience, The False Peace 1972 – 74, Boston 1985
- Samuel Lipsman /Edward Doyle et.al.: The Vietnam Experience, Fighting for Time 1969 -70; Boston 1983
- Carl H. Lücker: Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1981
- Carl H. Lüders: Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion, Baden-Baden 1981
- Peter-Christian Ludz: Ideologiebegriff und marxistische Theorie, Opladen 1976
- Edward N. Luttwak: The endangered American Dream, New York 1993
- Edward N. Luttwak: Strategy, The Logic of War and Peace, Cambridge, Mass., London, 4. Aufl. 1995
- Ulrich de Maizière: Verteidigung in Europa-Mitte, München 1975

Maurice L. Mallin: Tanks, Fighters and Ships, US conventional Force Planning since World War II, Washington, New York u.a. 1990

Neil Matheson: The „Rules of the Game“ of Superpower Military Intervention in the Third World 1975- 1980, New York, London 1982

Margarita Mathiopoulos: Amerika: Das Experiment des Fortschritts, Paderborn, München, Wien, Zürich 1987

Stephen M. Meyer: Soviet Theatre Nuclear Forces, Part I: Development of Doctrine and Objectives, Adelphi Paper No 187, IISS London 1984

Reihard Meyers: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, 2. Aufl., Düsseldorf 1981

Barrington Moore: Soviet Politics – the dilemma of Power, Cambridge 1959

Barrington Moore: Soziale Ursprünge von Demokratie und Diktatur, Frankfurt a.M. 1974

Jacob Neufeld: The Development of Ballistic Missiles in the United States Air Force 1945 – 1960, Office of the Air Force History; USAF, Washington D.C. 1990

John Newhouse: Krieg und Frieden im Atomzeitalter; München 1990

Joseph L. Noguee /Robert H. Donaldson: Soviet Foreign Policy since World War II, 3. Aufl., Headington Hill Hall, 1988

Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, zweite, neubearbeitete Aufl., Stuttgart 1985

Michael O’Hanlon: Saving Lives with Force, Washington D.C. 1997

Trisha Palmer (Hrsg.): The History of the Royal Air Force, Feltham, Middlesex, 1984

Geoffrey Perret: Old Soldiers never die, Holbrook 1997

John Pimlott (Hrsg.): British Military Operations 1945-1985, London 1984

Gerd Portugall: Amerikanische Sicherheitspolitik gegenüber Südostasien, Saarbrücker Politikwissenschaft Bd. 16, Frankfurt a.M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1993

Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion, 7., verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart 1987

John D.R. Rawlings (Consultant): The History of the Royal Air Force, London 1984

Steven L. Rearden: The Evolution of American Strategic Doctrine, Boulder, London 1984

Jeffrey Record: Revising U.S. Military Strategy, Tailoring Means to Ends, Washington, New York et alt., 1984

- Steven. T. Ross: American War Plans 1945 – 1950, London 1996
- Oliver Roy: The Lessons of the Soviet/Afghan War, in: Adelphi Paper 259, London, Summer 1991
- Lothar Rühl: Mittelstreckenwaffen in Europa: Ihre Bedeutung und Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden–Baden 1987
- Hans Rühle: Wie kam es zu SDI?, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte zu SDI in Ost und West, Forschungsbericht 49, Melle 1985, S. 9 - 19
- Michael Sadykiewicz: Die sowjetische Militärdoktrin und Strategie, Koblenz 1985
- Scott D. Sagan: The Limits of Safety, Princeton 1993
- Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994
- Thomas C. Schelling: Arms and Influence, New Haven, London 1966
- Thomas Schelling: Strategy of Conflict, 2. Aufl. Cambridge, London 1980
- Alex P. Schmid: Soviet Military Interventions Since 1945, New Brunswick, Oxford, 1985
- Dietmar Schössler: Eine „Revolution“ im strategischen Denken, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Vorträge, Speeches, Conferences Nr. 4, München 1985
- Dietmar Schössler: Ideologie oder Realpolitik? Sowjetunion-Analyse als Problem der Theorie internationaler Politik, unveröffentlichtes Manuskript, Mai 1988
- Dietmar Schössler: Militärsoziologie, Königstein/Ts. 1980
- Dietmar Schössler: Militär und Politik, Koblenz 1983
- Dietmar Schössler: Theorie und Praxis bei Clausewitz, Ein militärischer Revolutionär als Vorbild für die Bundeswehr, Manuskript August 1985
- Hans- Jürgen Schraut: Vom Besatzer zum Beschützer, Neuried 1994
- Hans-Henning Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Prestrojka“, Baden-Baden 1995
- Frank N. Schubert /Theresa L. Kraus (Hrsg.): The Whirlwind War; The United States Army in Operations Desert Shield and Desert Storm, Washington D.C. 1995
- Klaus- Dieter Schwarz: Weltmacht USA, Baden- Baden, 1999
- Carl–Christoph Schweitzer: Weltmacht USA, Kontinuität und Wandel ihrer Außenpolitik nach 1945, München 1983

- Harriet Fast Scott / William F. Scott: *The Armed Forces of the USSR*, Boulder 1979
- Klaus Segbers: *Der sowjetische Systemwandel*, Frankfurt a.M., 1989
- Dieter Senghaas: *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt a.M. 1971
- Richard Simpkin: *Red Armour*, Oxford, Washington 1984
- Richard E. Simpkin: *Race to the Swift*, London, Oxford, Washington, New York, Toronto, Sydney, Frankfurt 1985
- Donald M. Snow /Dennis M. Drew: *From Lexington to Desert Storm. War and Politics in the American Experience*, Armonk, London 1994
- Sherry Sontag/Christopher Drew (mit Annette Drew): *Blind Man's Bluff. The Untold Story of American Submarine Espionage*, first Paperback printing, New York 1999
- Ronald H. Spector: *After Tet*, New York 1993
- Kurt A. Spillmann: *Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945–1985*, Stuttgart 1985
- Jonathan Steel: *World Power*, London 1983
- Reiner Steinweg (Redaktion): *Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus*, Stuttgart 1980
- John J. Stephan: *The Kuril Islands, Russo- Japanese Frontier in the Pacific*, Oxford 1974
- 1998 Strategic Assessment, *Engaging Power for Peace*, hrsg. v. Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C. 1998
- 1998 Strategic Assessment, *Engaging Power for Peace*, Institute for National Strategic Studies, National Defense University, Washington D.C., 1998
- Harry G. Summers: *Korean War Almanac*, New York, Oxford, Sydney, 1990
- Harry G. Summers: *On Strategy II*, New York 1992
- Harry G. Summers: *On Strategy: The Vietnam War in Context*, 4. Aufl., Carlisle Barracks 1984
- Harry G. Summers: *The New World Strategy*, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapur, 1995
- John M. Taylor: *General Maxwell Taylor, The Sword and the Pen*, New York, London, Toronto, Sydney, Auckland, 1989
- Terry L. Thompson: *Ideology and Policy, the political use of doctrine in the Soviet Union*, Boulder, 1989

Max Weber: Gesammelte Politische Schriften, hrsg. v. Johanna Winkelmann, Tübingen 1971

Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Studienausgabe, Tübingen 1980

Max Weber: Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1922.

Russell F. Weigley: The American Way of War, paperback edition, Bloomington 1977

Ulrich Weisser: Strategie im Umbruch, Herford 1987

Gerhard Wettig: Basic Concepts of Gorbatschow's New Security Thinking, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 3/1991, Köln, November 1990

Bernhard Willms: Entspannung und Friedliche Koexistenz, München 1974

Bob Woodward: The Commanders, New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapur, 1991

Daniel Yergin: Der zerbrochene Friede, Frankfurt 1979

Steven J. Zaloga: Target America, Navato 1993

Christian Zentner: Die Kriege der Nachkriegszeit, München 1969

Sammelbände und in ihnen enthaltene Aufsätze:

Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hrsg.): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987

Hannes Adomeit: Sowjetische Westpolitik: Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Widersprüchen im Imperialismus, in: Uwe Nehrlich/James A. Thomson (Hrsg.): Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986

Robert J. Art / Kenneth N. Waltz(Hrsg.): The Use of Force, 4. Aufl., Lanham, New York, London 1993

Robert J. Art: The Four Functions of Force, in: Robert J. Art/ Kenneth N. Waltz The Use of Force, 4. Aufl, Lanham, New York, London, 1993, S. 3 - 11

Desmond Ball /Jeffrey Rickelson (Hrsg.): Strategic Nuclear Targeting, Ithaca, London 1986

Desmond Ball: The Development of the SIOP, 1960-1983, in: Desmond Ball/Geffrey Richelson (Hrsg.): Strategic Nuclear Targeting, Ithaca, London 1986

Frank R. Barnett /B. Hugh Tovar/Richard H. Schulz (Hrsg.) Special Operations in US-Strategy, National Strategy Information Center 1984

Karel Bartosek: Mittel- und Südosteuropa, in: Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus, München, Zürich, 1998, S. 430 - 504

Douglas S. Blaufarb: Economic Security Assistance and Special Operations, in: Frank R. Barnett /B. Hugh Tovar/Richard H. Schulz (Hrsg.) Special Operations in US-Strategy, National Strategy Information Center 1984, S. 201 – 221

Astrid v. Borcke/Gerhard Simon: Neue Wege der Sowjetunionforschung, Baden- Baden 1980

Astrid v. Borcke: Rußland und der islamische Süden: Zwischen "Dschihad" und "McWorld", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Jahrbuch 1996/97, München, Wien 1997

Dale Brown (Hrsg.): Special Forces and Missions, aus der Serie: Lee E. Hassisg (Hrsg.): The New Faces of War, Time- Life Books, Alexandria, 1990

Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus, München, Zürich, 1998

Emil v. Crabb, in.: American Foreign Policy in the Nuclear Age, 5. Aufl., New York, 1988

Bradford Dismukes /James M. McConnell (Hrsg.): Soviet Naval Diplomacy, New York, Oxford, Toronto, Sydney, Frankfurt, Paris, 1979

Thomas Enders (Redaktion): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forschungsbericht 49, St. Augustin 1985

Kjell Goldmann / Gunnar Sjösted (Hrsg.): Power Capabilities, Interdependence, London, Bererly Hills 1979

Christian Greiner: Zur Rolle Kontinentaleuropas in den militärstrategischen und operativen Planungen der NATO 1949 bis 1958, in: Klaus A. Maier/Norbert Wiggersghaus (Hrsg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949 – 1956, Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 37, hrsg. v. Militärgeschichtliches Forschungsamt, München 1993

Walter F. Hahn /Robert L. Pfalzgraff Jr.: Die atlantische Gemeinschaft in der Krise, Stuttgart 1982

Walter F. Hahn: Ein neuer NATO-Konsens, in: Walter F. Hahn/Robert L. Pfalzgraff Jr.: Die atlantische Gemeinschaft in der Krise, Stuttgart 1982

Morton Halperin: The Korean War, in : Robert J. Art/Kenneth N. Waltz (Hrsg.): The Use of Force; 4. Aufl., Lanham, New York, London, 1993

Rudolf Hamann /Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden 1991

Pax Americana?, hrsg. v. der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, Zürich 1998

John Herz, Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974

John Herz: Aufstieg und Niedergang des Territorialstaates, in: John Herz, Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974

John Herz: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma, in: John Herz: Staatenwelt und Weltpolitik, a.a.O.,

Erik P. Hoffmann /Frederic J. Fleron Jr. (Hrsg.): The Conduct of Soviet Foreign Policy, Chicago, New York, 1971

Michael Howard: The Strategic Approach to International Relations, in: ders. : The Causes of War, London 1983

Amos A. Jordan / William J. Taylor Jr.: American National Security, Baltimore, London 1981

Lothar Jung: Die Konzeption des „neuen Denkens“ in der sowjetischen Außenpolitik, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 39 - 59

Morton A. Kaplan: Die Internationalen Systeme, in: Ernst Otto Czempiel (Hrsg.) Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Darmstadt 1969

William V. Kennedy: The US Defense Organization, in: o.A.: The Modern US War Machine, New York 1987, S. 30 – 41

- Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.): Grundlelemente der Weltpolitik 3, erweiterte Neuauflage, München 1986
- Leo Labez: Ideology and Soviet Policies, in: Christoph Bertram (Hrsg.): Prospects of Soviet Power in the 1980's, London 1980
- William T. Lee: Soviet Nuclear Targeting Strategy, in: Desmond Ball/Jeffrey Richelson: Strategic Nuclear Targeting, Ithaca; London 1986
- Robert Legwold: Der politische Nutzen militärischer Macht in sowjetischer Perspektive, in: Uwe Nehrlich (Hrsg.): Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 13, Baden-Baden 1982
- Richard Löwenthal: Freiheit der Eigenentwicklung, in: Außenpolitik, Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 1, Das Ende des Provisoriums, München, Wien 1971
- Klaus A. Maier /Norbert Wiggersghaus (Hrsg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949 – 1956, Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 37, hrsg. v. Militärgeschichtliches Forschungsamt, München 1993
- Laurence Martin: Der Nutzen militärischer Macht, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. neu bearbeitete Aufl. Bad Honnef-Erpel, 1978, S. 65
- Michael Mcc Gwire (Hrsg.): Sovjet Naval Development, Capability and Context, New York 1973
- James M. McConnell: The „Rules of the Game“: A Theory on the Practice of Superpower Naval Diplomacy, in: Bradford Dismukes/James M. McConnell (Hrsg.): Soviet Naval Diplomacy, New York, Oxford, Toronto, Sydney, Frankfurt, Paris, 1979, S. 240 - 280
- Christian Meier: Von der „Pax Romana“ zur „Pax Americana“, in: Pax Americana?, hrsg. v. der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, Zürich 1998, S. 97 - 122
- Boris Meissner /Gotthold Rhode (Hrsg.): Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1970
- Boris Meissner: Politischer Systemwandel und Außenpolitik, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 61 - 79
- Boris Meissner: Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik, in: Boris Meissner/Gotthold Rhode (Hrsg.): Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1970
- Uwe Nehrlich (Hrsg.): Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 13, Baden-Baden 1982
- Uwe Nehrlich /James A. Thomson (Hrsg.): Das Verhältnis zur Sowjetunion: Zur politischen Strategie der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1986

- F.S. Northedge (Hrsg.): Die Außenpolitik großer Staaten, Hildesheim, New York 1978
- ohne Autor: The Modern US War Machine, New York 1987
- George W. Pedlow: The Evolution of NATO Strategy 1949 – 1969, in: George W. Pedlow (Hrsg.): NATO Strategy Documents 1949 – 1969, Brüssel, Oktober 1997, S. IX – XXV
- Hans Rühle: Wie kam es zu SDI, in: Thomas Enders (Redaktion): Standpunkte zu SDI in West und Ost, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forschungsbericht 49, St. Augustin 1985
- Dietmar Schössler: Der militärisch-industrielle Komplex und sein Einfluß auf Sicherheit und Entspannung in Ost und West, in: Friede ohne Rüstung?, hrsg. v. d. Clausewitz-Gesellschaft, Herford, Bonn 1989
- Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. Aufl. Bad Honnef-Erpel 1978
- Klaus-Dieter Schwarz /William P. Van Cleave: Die Theorie der Abschreckung, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3. Aufl. Bad Honnef-Erpel 1978, S. 131 - 149
- Klaus-Dieter Schwarz: Amerikanische Militärstrategie 1945- 1978, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, 3., neu bearbeitete Aufl., Bad Honnef-Erpel 1978, S. 345 - 372
- Klaus Segbers: Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel, in: Rudolf Hamann/Volker Matthias (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel; Eine Zwischenbilanz 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 99 - 127
- Gerhard Simon: Zeitgeschichtliche Sowjetunion-Forschung: Methoden- und Theorieprobleme, in: Astrid v. Borcke/Gerhard Simon: Neue Wege der Sowjetunionforschung, Baden- Baden, 1980
- Jerome N. Slater: The Dominican Republic 1961 – 1966, in: Barry M. Blechman /Stephan S. Kaplan: Force without War, Washington D.C. 1978
- Marc Trachtenberg (Hrsg.): The Development of American Strategic Thought, Bd. 4. Writings on Strategy 1961 – 1969, and Retrospectives, New York, London 1988
- Marc Trachtenberg: The Nuclearization of NATO and the U.S.- West European Relations, in: Marc Trachtenberg: History and Strategy, Princeton 1991, S. 153 - 168
- Marc Trachtenberg: History and Strategy, Princeton 1991
- Christian Tuschhoff: Einstellungsprofil und Perzeption der Sowjetunion, in: Helga Hafendorn/Jakob Schissler (Hrsg.) Rekonstruktion Amerikanischer Stärke, Berlin, New York 1988
- P.H. Vigor: The Soviet View of War, in: Michael Mcc Gwire (Hrsg.): Soviet Naval Development, Capability and Context, New York 1973

Günther Wagenlehner: Militärpolitik und Militärdoktrin der UdSSR, in: Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hrsg.): Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987

Franz Walter: Der militärische Auftrag. Die sowjetische Doktrin für den Einsatz von Streitkräften in Europa, in : Gerhard Wettig (Hrsg.): Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden- Baden 1990

Gerhard Wettig (Hrsg.): Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden- Baden 1990

Zeitschriften-Aufsätze:

Edmin J. Arnold jr. : The Use of Military Power in Pursuit of National Interests, in: Parameters, Spring 1994

Jeffrey Barlow: Answering the Call: Carriers in Crises Response Since World War II, in: Naval Aviation News, January- February 1997

Friederike Bauer: Chef der Blauhelm-Mission scheidet aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1998

Christoph Bertram: Eine Macht ohne Augenmaß, in: Die Zeit, 2.1.1992

Michel M. Boll: By Blood, Not by Ballots: German Unification , Communist Style, in: Parameters, Spring 1994

Pamela J. Brady: Joint Endeavor – The Role of Civil Affairs, in: Joint Force Quarterly, Summer 1997

Robert J. Bunker: Rethinking OOTW, in: Military Review Dezember 1995

John Chipman: The future of strategic studies: beyond even grand strategy, in: Survival, Spring 1992

Raymond W. Copson /Richard P. Cronin: The 'Reagan Doctrine and its prospects, in: Survival January/February 1987

Ernst Otto Czempiel: Die Weltpolitik der Reagan-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/88, 28.10.1988

Yves Debay: Rapid Reaction Force in Action, in: Raids, Dezember 1995

Steven R. Drago: Joint Doctrin and Post-Cold War Military Intervention, in: Joint Forces Quarterly, Winter 1996/97

Karl Feldmeyer: Fieberhafte Vorbereitungen in Brüssel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1999

Joseph Fitchett: Denouncing Serbs, NATO Intensifies Attacks on Troops, in: International Herald Tribune, 31.3.1999

Lawrence Freedman: The Gulf war and the new world order, in: Survival May/June 1991

Peter Fromm: War and OOTW, Philosophical Foundations, in: Military Review September-October 1995

Christopher Greenwood: Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention?, in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Einmischung erwünscht?, Frankfurt a. M. 1998

Christian Greiner: Von der massiven Vergeltung zur flexiblen Antwort, in: Truppenpraxis- Wehrausbildung, Nr.4/1997

F. Heistenberg-Andersen: Das Manöver ZAPAD' 81; Der amphibische Teil in der Ostsee, in: Marinerundschau 12/1981

Peter Herrly: The Plight of Joint Doctrin after Kosovo, in: Joint Force Quarterly, Summer 1999

A.Z. Hilali: Afghanistan: The Decline of Soviet Military Strategy and Political Status, in: The Journal of Slavic Military Studies, No. 1 (März) 1999

John B. Hunt: Hostilities short of War, in: Military Review March 1993

Karl-Heinz Kamp: Das neue Strategische Konzept der NATO, Aus: Politik und Zeitgeschichte, B 11/99, 12.3.1999

Robert D. Kaplan: The Coming Anarchy, in: The Atlantic Monthly, Februar 1994

Phillip E. Karber: Die taktische Revolution in der sowjetischen Militärdoktrin I, in: Europäische Wehrkunde 6/1977

Karner: Neuerliche gewaltsame Eskalation des Konflikts mit dem Irak, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 2/1999

Anthony Kellett: Soviet and Russian Peacekeeping 1948 – 1998: Historical Overview and Assessment, in: The Journal of Slavic Military Studies, No. 2, Juni 1999

Khushi M. Khan: Zur politischen Lage in Pakistan nach Zia, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9/89, 24.2.1989

Friedrich Korkisch: Die neue Weltordnung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1992

Frank Kostelnik: Führung und Gefecht im Informationszeitalter (2), in: Truppenpraxis, März 1998

Charles Krauthammer: Mist America Slay All the Dragons?, in: Time (international), 4.3.1991

Robert Legwold: The Nature of Sovjet Power, in: Foreign Affairs, October 1977

Anthony Leviero: Radford Seeking 800000- Man Cut; 3 Services Resist, in: New York Times, 13. 7.1956

Julian Lider: Die sowjetische Militärwissenschaft, in: ÖMZ 2/1983

Werner Link: Handlungsspielräume der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945–1950, in: "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B. 25/83, 25.6.1983

Edward N. Luttwak: A Post-Heroic Military Policy, in: Foreign Affairs, Juni/August 1996, 4, S. 33 - 44

Edward N. Luttwak: Toward Post-Heroic Warfare, in: Foreign Affairs May/June 1995

Citha D. Maaß: Der sowjetisch- afghanische Krieg: Innenpolitische Voraussetzungen, Verlauf und Endphase, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9/89, 24.2.1989

- Internationale Rundschau: Malek: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Militärische „Integration“, in der GUS, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3/1999 S.369 ff.
- Sean M. Maloney: Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958 – 1963, in: Militärgeschichte H.1, 1. Quartal 1997
- Michael Mandelbaum: The Bush Foreign Policy, in: Foreign Affairs, America and the World 1990/91, Nr. 1, 1991
- Micheal Mandelbaum: The Reluctance to Intervene, in: Foreign Policy, Summer 1994
- Steven Metz: Eisenhower and the Planning of American Grand Strategy, in: The Journal of Strategic Studies, March 1991, S. 49 - 71
- Joachim Niemeyer: Elemente des modernen Kriegsbildes aus historischer Sicht, in: Truppenpraxis, Jg. 20, Heft 2, 1976
- Donald E. Nuechterlein: The Concept of "National Interest": a time for new approaches, in: Orbis, Spring 1979,
- William Odom: The Soviet Military in Transition, in: Problems of Communism, May/June 1990
- ohne Autor "S. G. Perez de Cuellar sees Change in Basic Noninterference Doctrin", in: Diplomatic World Bulletin, vol. 22, No. 6, 6-13 May 1991
- ohne Autor: Die NATO eröffnet die Phase 3 ihrer Luftangriffe. Kein Eingehen auf „verbale Bekundungen“ Milosevics, in: FAZ, 1.4.1999
- ohne Autor: Die Ukraine möchte vermitteln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.3.1999
- ohne Autor: Vom „Schurkenstaat“ zum „Sorgenland“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.2000
- Ralph Peters: After the Revolution, in: Parameters, Summer 1995
- Richard J. Rinaldo: Warfighting and Peace Ops: Do Real Soldier Do MOOTW?, in: Joint Forces Quarterly, Winter 1996/97
- Matthias Rüb: Den Dritten Weltkrieg herbeireden, in: FAZ, 29.3.1999
- Lothar Rühl: Offensive defence in the Warsaw Pact, in: Survival September/October 1991
- Lothar Rühl: Ein halbes Jahrhundert Nordatlantische Allianz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/99, 12.3.1999
- Robert W. Tucker: Reagans Foreign Policy, in: Foreign Affairs, America and the World 1988/89, Februar 1989
- Ernst Vollrath: Neue Wege der Klugheit: Zum methodischen Prinzip der Theorie des Handelns bei Clausewitz, in: Zeitschrift für Politik 1/1984

C. Dale Walton: The Decline of the Third Rome: Russia's Prospects as a great Power, in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol. 12, No. 1 March 1999

Markus Wehner: Beim Treffen der kleinen Gesten geben sich beide Präsidenten viel Mühe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.2000

Thomas G. Weiss /Kurt M. Campbell: Military humanitarianism, in: Survival September/October 1991

Philip D. Zelikow: Force without War, 1975 – 1982, in: The Journal of Strategic Studies, März 1984

Ich versichere hiermit an Eides statt, daß ich die vorliegende Dissertation eigenständig und ausschließlich mit den aufgeführten Hilfsmitteln erstellt habe.

Frank Kostelnik, M. A., Viernheim, 26. Juni 2001